

Mitteilungen

des
Oberhessischen
Geschichtsvereins
Gießen



2010

95. Band

Mitteilungen
des
Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen

Redaktion:
Manfred Blechschmidt, Michael Breitbach,
Eva-Marie Felschow, Susanne Gerschlauer
und Dagmar Klein

95. Band

Gießen 2010

Dieser Band wurde mit einem Zuschuss der
Universitätsstadt Gießen gedruckt.

Impressum:

Herausgegeben vom Vorstand des Oberhessischen
Geschichtsvereins Gießen e.V.

Titelbild:

Ausgrabung in Waldgirmes.
Detailfund einer Bronzestatue (Reiterstandbild):
Kopf des Pferdes.

ISSN: 0342-1189

Druck und Bindearbeiten:

VDS-Verlagsdruckerei Schmidt, Neustadt a. d. Aisch

INHALT

I. Beiträge

Gabriele Rasbach

Die römische Stadt von Lahnuau-Waldgirmes. Kelten, Germanen und Römer im Lahntal 1

Susanne Gerschlauer

Die evangelische Kirche von Großen-Buseck - Neue Erkenntnisse zu einem alten Dach 23

Susanne Gerschlauer/Michael Gottwald/ Volker Hess/Christoph Röder

Eine mittelalterliche Grube bei Buseck-Beuern 35

Dagmar Klein

Die 375-jährige Todenwart-Stiftung wurde zu neuem Leben erweckt 47

Konrad Schneider

Ziegelhütte, Pottaschesiederei und Pläne zu einer Fayence- und Steingutfabrik in Einartshausen im Vogelsberg 55

Rolf Schmidt

Die Gießener Auswanderungsgesellschaft 77

Ludwig Brake

Frauen in Gießener Vereinen im 19. Jahrhundert 93

Chris Nees

Schloss Rauischholzhausen, Schöpfung eines kunstverständigen Bauherrn, der mit viel Liebe an seinem Bau hing 111

Lothar Schüler

Chronik der „Heinrich-Cloos-Stiftung zu Gießen“ 125

Dieter Steil

„Auf Dein Kommen ... freuen wir uns sehr ...“ - Martin Bubers Beziehungen zu Gießen 135

Kurt Heyne

Heinrich von Zügel (1850-1940): Tiermaler und Ehrendoktor der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Gießen 161

Karl Dienst

„Kirchenkampf“ zwischen Beschreibung und Deutung 167

Ingfried Stahl

Opfer des NS-Regimes - Angenrods letzte Israeliten 183

II. Miszellen

Ludwig Brake, Susanne Gerschlauer, Volker Hess

Regionalgeschichte für alle - Ein OHG-Projekt zur Geschichte Oberhessens im Internet 265

Matthias Recke

Jahresbericht aus der Gießener Antikensammlung 2009-2010 268

Hans-Joachim Weimann

Der Lahnstein 276

III. Rezensionen

Ulrich Klein, Cornelia Süßmuth, Die mittelalterliche Synagoge in Marburg. Dokumentation der Ausgrabung, (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur, 92), Marburg 2009

Susanne Gerschlauer 279

Germania Judaica Teil 4 (1520–1650), hrsg. v. Stefan Rohrbacher, Michael Toch u. Israel Yuval; Band 2, Wolfgang Treue, Landgrafschaft Hessen-Marburg, Tübingen 2009

Dieter Steil 281

Geschichte der Stadt Fulda. Band II: Von der fürstlichen Residenz zum hessischen Sonderstatus. Hrsg. vom Fuldaer Geschichtsverein, Red.: Wolfgang Hamberger, Thomas Heiler, Werner Kirchhoff. Fulda 2008

Eva Maria Felschow 282

Margret Lemberg: Die Grablegen des hessischen Fürstenhauses, Band 71 der Historischen Kommission für Hessen, Marburg 2010

Dagmar Klein 284

Holger Th. Gräf, Eckart Rittmannsperger unter Mitarbeit von Boris Queckbörner (Bearb. und Hrsg.): Die Chronik der Stadt Grünberg von Victor Habicht (1822-1902), Veröffentlichungen aus dem Museum im Spital Grünberg, Band 2, Neustadt an der Aisch 2008

Carsten Lind 285

Jens Flemming, Christina Vanja (Hrsg.), „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“. Das Ständehaus in Kassel und seine parlamentarische Tradition. Kassel: 2007

Eva Maria Felschow 287

Friedhelm Gerecke: Historismus - Jugendstil - Heimatstil in Hessen, im Rheinland und im Westerwald. Das Lebenswerk des Architekten und Denkmalpflegers Ludwig Hofmann aus Herbborn, Petersberg

Dagmar Klein 288

Kerstin Unseld: Werner Bock - Ein deutscher Literat am Rio de la Plata, Heidelberg 2009 (Beiträge zur neueren Literaturgeschichte, Bd. 263) <i>Dieter Steil</i>	290
IV. Vereinsleben	293
V. Presseberichterstattung	295
VI. Autorinnen und Autoren	309

I. BEITRÄGE

Die römische Stadt von Lahnau-Waldgirmes. Kelten, Germanen und Römer im Lahntal.

GABRIELE RASBACH

Die römische Einflussnahme auf die Region des rechtsrheinischen Mittelgebirges begann mit der Eroberung Galliens durch Iulius Caesar, dessen Truppen erstmals im Jahre 55 vor Christus den Rhein erreicht hatten.

Durch alte Beziehungen waren den Römern die Besiedlungsverhältnisse in dem von Kelten bewohnten Gallien gut bekannt. Von Caesar als „oppida“ bezeichnete zentrale befestigte Höhengründungen kontrollierten einzelne Regionen und das römische Heer konnte dort mit zentral gesammelten Abgaben versorgt werden. Diese Verwaltungs- und Versorgungsstrukturen, gestützt auf persönliche freundschaftliche Bündnisse (*amicitia*) nutzte Caesar zum Aufbau der römischen Herrschaft in Gallien, nachdem bei Alesia 52 v. Chr. der letzte gemeinschaftliche Widerstand der Gallier gebrochen worden war. Caesar besetzte ganz Gallien, erreichte den Rhein und stand dort vor ganz anderen Siedlungs- und Wirtschaftsverhältnissen.

Caesar beschrieb die Situation in den „*Commentarii de bello Gallico*“ und berichtete erstmals ausführlicher über Stämme östlich des Rheins, die er unter dem Namen Germanen subsumierte. Er bezeichnete den Rhein als Grenze zwischen Kelten und Germanen und die Germanen selbst als unberechenbare kriegerische Barbaren - ein in den antiken Schriftquellen gerne benutzter Topos für unbekannte Völkerscharen.

Das Bild, das die archäologischen Funde und Befunde widerspiegelt, ist jedoch ein anderes. Eine klare Trennung zwischen Kelten und Germanen in den Jahrhunderten um Christi Geburt ist im Mittelgebirgsraum so eindeutig nicht erkennbar. Der Rhein stellt sich in den vorgeschichtlichen Zeiten nicht als unüberwindliche Kulturscheide dar, und über das Selbstverständnis der östlich des Rheins lebenden Bevölkerung besitzen wir keine zeitgenössischen Schriftquellen. Vielmehr gab es engste Verbindungen zwischen den Menschen links und rechts des Rheins, was z. B. mit den Kriegszügen und Siedlungsversuchen des „germanischen Fürsten“ Ariovist in Gallien bei Caesar überliefert ist.

Nur 8 km Luftlinie von Waldgirmes entfernt liegt der Dünsberg.¹ Auf diesem markanten kegelförmigen Berg befinden sich die Reste der größten Zentralsied-

1 K.-F. Rittershofer, Forschungen am Dünsberg. - Vorbericht zu den Ausgrabungen am Dünsberg 1999-2001. Ber. Komm. Arch. Landesforsch. Hessen 6, 2000/01, S. 125-133. - F.-R. Herrmann, Der Dünsberg bei Gießen. Arch. Denkm. Hessen 60 (Wiesbaden 2000). -

lungen am nördlichen Rand des keltischen Kulturgebiets; der äußere der drei Ringwälle umschließt ein Areal von rund 90 ha. Diese Zentralsiedlung endet nach Ausweis der Funde - besonders der einheimischen Münzen vom Typ „Tanzendes Männlein“ - um 40/30 v. Chr. Jens Schulze-Forster, dem wir diese Untersuchungen verdanken, erarbeitete eine über verschiedene Varianten laufende typologische Reihe der Vorderseitenbilder dieser Münzen, deren letzte und - das darf man wohl ohne Übertreibung sagen - schlechtesten Ausprägungen auch zum Fundbestand der römischen Siedlung in Waldgirmes gehören - und zwar zur ersten Bauphase. Die Serie aus Waldgirmes sieht Schulze-Forster demnach als eine letzte Fortsetzung der mittelhessischen Prägetradition der vorrömischen Eisenzeit, nachdem die Höhensiedlungen aufgelassen waren. Er verband modellhaft das Ende der Besiedlung auf dem Dünsberg mit der historisch überlieferten Umsiedlung der Ubier durch Agrippa auf die linke Rheinseite. Folgt man diesem Modell agierten die Römer in Waldgirmes in einem Raum, dessen Restbevölkerung Städtewesen, ein Wirtschaftssystem, das auf Mehrwert ausgerichtet war und Münzwirtschaft kannte und legten dort ihr neues Machtzentrum an.²

Nachdem Caesar 44 v. Chr. ermordet worden war, war Octavian - der spätere Augustus - aus den Wirren des Bürgerkrieges als Sieger hervorgegangen. Als sein Legat in Gallien Marcus Lollius bei einer Strafaktion gegen germanische Stämme 16 v. Chr. eine empfindliche Niederlage erlitten hatte, beschloss Augustus Gallien neu zu ordnen und dadurch die Rheingrenze besser zu sichern. Eine dauerhafte und durchgehende Beruhigung war jedoch offenbar nur zu gewinnen, wenn Germanien erobert und zur römischen Provinz ausgebaut werden konnte. Seit 12 vor Chr. griffen die Römer deshalb aktiv in die Germania Magna aus. Zwar gab es zuvor bereits einzelne Kriegszüge, sie galten aber immer der Rache für Beutezüge oder waren eine Reaktion auf verlorene Schlachten.

Als Ausgangspunkte der Kriegszüge des Drusus, Tiberius und Saturninus gelten Bunnik-Vechten, Xanten und Mainz. Rechts des Rheins stießen die Römer in locker besiedelte Gebiete vor, deren dort lebende Bevölkerung archäologisch nicht als in größeren politischen Einheiten organisiert erscheinen, denn zurzeit fehlen die einheimischen Siedlungen dieser Zeit, die aufgrund ihrer Architektur und Gliederung zentralörtliche Funktionen wahrgenommen haben könnten. Doch nur wenige der rechtsrheinischen Stationen der Römer waren auf Dauer angelegt, vielmehr waren es zumeist nur saisonal genutzte Anlagen.

Das römische Militärlager von Rödgen in der Wetterau fällt jedoch aufgrund seiner Innenbauten aus dem Rahmen, denn neben 8 Kasernen wurden drei

J. Schulze-Forster, Forschungen am Dünsberg. 2. Kampf und Kult am Dünsberg. Ber. Komm. Arch. Landesforsch. Hessen 6, 2000/01, 135-146. - H. Reeh, Altwege im Bereich des vom Dünsberg beherrschten Lahn Bogens zwischen Marburg, Gießen und Wetzlar, MOHG N. F. 89, 2004, S. 189-211.

2 J. Schulze-Forster, Der Dünsberg und die jüngstkeltschen Münzen in Hessen. In: J. Metzler/D. Wigg-Wolf (Hrsg.), Die Kelten und Rom. Neue numismatische Forschungen. SFMA 19 (Mainz 2009) 159-181. - Ders., Der Dünsberg bei Gießen, keltisches Oppidum oder germanischer Ringwall? Hessen Arch. 2002, 2003, S. 87-90.

mächtige Speicherbauten archäologisch nachgewiesen. Rödgen muss deshalb als Versorgungslager oder - dies wäre bedeutsamer für das Verständnis der politischen Situation in unserem Raum - als Sammelpunkt für Abgaben angesprochen werden. Damit würde sich ein Hinweis dafür ergeben, dass die politische Situation in der Rhein-Main-Lahn-Region für die Römer günstigere Voraussetzungen boten als im nordwestdeutschen Raum; dass die Wetterau bereits kurz nach den ersten Okkupationszügen der Römer praktisch tributpflichtig war. Aufgrund der Münzfunde aus Rödgen wird das Ende des Lagers in den Jahren um 9/7 vor Chr. chronologisch angesetzt.³

Die wichtigsten handelnden Personen der Ereignisse zwischen 15 v. Chr. - dem Alpenfeldzug - und 16/17 n. Chr. waren Kaiser Augustus und seine Heerführer in Germanien: Drusus, der während eines Kriegszuges in Germanien 9 v. Chr. vom Pferd stürzte und an den Folgen starb, Tiberius, der Adoptivsohn des Augustus und sein Nachfolger als römischer Kaiser, Publius Quinctilius Varus, der in der Germania von 7 bis 9 n. Chr. Statthalter des Augustus war und schließlich Germanicus, der die römischen Feldzüge in die Germania bis 16 n. Chr. anführte.

Der größte Widersacher des römischen Planes, die Germania bis zur Elbe zur römischen Provinz zu machen, stand als Offizier im römischen Heeresdienst und besaß das römische Bürgerrecht: Arminius - Hermann der Cherusker. Er wurde nach Ausweis der spärlichen Quellen um 16 v. Chr. geboren und als von den Cheruskern gestellte Geisel in Rom erzogen. Er führte wohl eine reguläre cheruskische Auxiliärtruppe im Heer des Statthalters Publius Quinctilius Varus und somit begann er mit reformatorischem Eifer propagierte „Freiheitskampf“ der Germanen eigentlich als Meuterei von Auxiliärtruppen im Heer des Varus. Arminius wurde im Jahr 21 von Verwandten ermordet, die ihm vorwarfen, die Alleinherrschaft und den Königstitel anzustreben.⁴

Für das Verständnis der politischen Situation dieser Zeit ist schließlich auch die für 7 vor Chr. bei Cassius Dio überlieferte Erweiterung des Pomerium - also der Stadtgrenze - von Rom wichtig. Dies durfte nur geschehen, wenn die Grenzen des römischen Herrschaftsbereiches erweitert worden waren. Dieses Datum kann zu Recht als Hinweis auf die Existenz einer Provinz Germania (rechts des Rheins) interpretiert werden, denn für die Erschließung neu eroberten Gebietes zur Provinz war de facto keine juristische Erklärung notwendig. Auch die archäologischen Befunde geben deutliche Hinweise darauf, dass der Aufbau ziviler Strukturen bereits in einer Phase der Konsolidierung war, als Publius Quinctilius Varus 7 n. Chr. Statthalter des Augustus in Germanien wurde.

Seit 1993 finden in Waldgirmes archäologische Ausgrabungen statt. Lesefunde hatten erwarten lassen, dass eine einheimische Siedlung mit augusteischem

3 H. Schönberger/Hans-Günther Simon, Das augusteische Römerlager Rödgen. Limesforsch. 15 (Berlin 1976).

4 D. Timpe, Die Schlacht im Teutoburger Wald: Geschichte, Tradition, Mythos. In: W. Schlüter/R. Wiegels, Rom, Germanien und die Ausgrabungen von Kalkriese. Osnabrücker Forsch. Alt. u. Ant.-Rezeption 1 (Osnabrück 1999) 717-737.

Import im Boden verborgen liegen könnte. Doch erste geophysikalische Prospektionen ergaben das Bild einer trapezförmigen Grabenanlage, die nach damaliger Lehrmeinung nur zu einem römischen Militärlager gehören konnte. Großflächige Ausgrabungen, die zwischen 1996 und 2009 mit Unterstützung der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ durchgeführt wurden, änderten wiederum die Ansprache des Fundplatzes, weil die aufgedeckten Gebäudegrundrisse nicht zur inneren Struktur eines Militärlagers passten.⁵

Im Inneren der Umwehrung, die aus einer Holz-Erde-Mauer mit zwei vorgelagerten Spitzgräben bestand, wurden vielmehr die Spuren einer entlang der Straßen gelegene Bebauung freigelegt, der eine Porticus - ein Laubengang - vorgelagert war. Außerdem wurden die Grundrisse von Wohngebäuden aufgedeckt, die Atriumhäusern des Mittelmeergebietes ähneln, sowie die Grundmauern eines zentralen Forums. Dies war der Beweis dafür, dass in Waldgirmes eine zivile Siedlung gegründet worden war und erstmals der archäologische Beleg für die zu Beginn geschilderte historische Situation erbracht, die Cassius Dio wie folgt beschreibt:

„In eben jener Zeit hatten sich nämlich in Germanien folgende Ereignisse abgespielt: Die Römer hatten gewisse Teile davon in Besitz, nicht zusammenhängende Gebiete, sondern nur solche Bezirke, wie sie gerade unterworfen worden waren ... Und römische Soldaten lagen dort in Winterquartieren, und man begann eben mit der Anlage von Städten. Die Barbaren selbst passten sich den neuen Sitten an, gewöhnten sich an die Abhaltung von Märkten und trafen sich zu friedlichen Zusammenkünften.“ (Cass. Dio 56, 18, 1-2).

Die Errichtung von zentralen Siedlungen und Städten war aber eine der wesentlichen Voraussetzungen für die großen antiken Kulturen zur Verwaltung eines Landes. In der Gemeinde Waldgirmes an der Lahn wurde bis 2009 eine römische Stadt in ihrer Gründungsphase archäologisch untersucht, die weitgehend - und das ist das besondere Glück - weder mittelalterlich noch neuzeitlich überbaut war. Dort sorgte die Geschichte für einen imposanten Anfang und nur rund 20 Jahre später für ein abruptes Ende.

Das Fundmaterial

Das für die chronologische Einordnung aussagekräftigste Fundmaterial sind die Münzen. Einzelne Prägungen und ihr Mengenverhältnis zueinander sind dabei von großem Belang für die Chronologie des Ortes.⁶ Dies sind:

-
- 5 Neuere Literatur zum Fundplatz bei: A. Becker, Lahnau-Waldgirmes und die Feldzüge des Germanicus, MOHG N. F. 93, 2008, S. 83-89. - K. Ruffing/A. Becker/G. Rasbach (Hrsg.), Kontaktzone Lahn. Studien zum Kulturkontakt zwischen Römern und germanischen Stämmen. Philippika 38 (Wiesbaden 2010).
 - 6 D. Wigg-Wolf, Waldgirmes - eine römische Stadtgründung in Germanien. Num. Nachrichtenbl. 58, 2009, S. 367-372.

- 1) In Nîmes (Nemausus) zwischen 12 und 8 v. Chr. geprägte Bronzemünzen, die als Rückseitenbild das Krokodil als Emblem der Stadt tragen.
- 2) Die in Lyon (Lugdunum) etwa zwischen 7 und 3 vor Christus geprägte 1. Serie von Bronzemünzen, die auf der Rückseite den dort 12 v. Chr. errichteten Altar für Roma und Augustus zeigen.
- 3) Münzmeisterprägungen, die als Rückseitenbild „SC“ für „Senatus Consultum“ tragen.
- 4) Bronzemünzen der 2. Serie aus Lugdunum, die zwischen 10 und 14 geprägt wurden. Diese Münzen fehlen in allen hier genannten römischen Fundplätzen.

Vergleicht man die Münzreihen verschiedener Fundorte der Zeit um Christi Geburt miteinander, lässt sich eine zeitliche Abfolge erkennen. Es fällt die enge Verwandtschaft der Reihen aus Kalkriese und Waldgirmes auf, die dementsprechend zeitlich am engsten aufeinander zu beziehen sind.⁷ Wegen des stärkeren Auftretens von Nemausus-Assen in der Münzreihe von Haltern ist dessen Beginn wohl früher anzusetzen als die Gründung von Waldgirmes. Unterstützt wird diese chronologische Folge, wenn man die verschiedenen Ergebnisse der Dendrochronologie hinzuzieht.⁸

Die römische Präsenz am Ort Waldgirmes beginnt mit der Errichtung eines umzäunten Areals in dem zwei rechteckige Fundamentgruben festgestellt wurden (hier grün markiert). Die Spuren der Einfriedung - es war kein Gebäude - wurden durch spätere Baumaßnahmen bei Errichtung der Stadt zerstört, sind also eindeutig älter.⁹ In einer der beiden Gruben befanden sich die Reste eines massiven aus Lahngeröllern und Mörtel aufgebauten Fundaments. Die Funktion der Anlage ist bisher nicht abschließend geklärt. Auffallend ist, dass die Größe dieses Areals bis auf einen Seitenflügel dem später angelegten Forum zugrunde gelegt wurde. Die Einzäunung muss also sichtbar bzw. ihre Größe noch erkennbar und bewusst gewesen sein. Diese Anlage wurde sicher vor dem Jahr 3 vor Christus eingerichtet, denn im Herbst/Winter des Jahres 4/3 vor Christus wurden Bäume geschlagen, aus deren Spaltbohlen der Kasten eines Brunnens errichtet wurde, der zur ersten Bauphase der Stadt zählt.

Die gesamte Planung und Logistik der Bauausführung in der römischen Siedlung von Waldgirmes lagen sicherlich in den Händen des Militärs, denn um die Zeitenwende besaß nur das römische Militär die notwendigen Fachkräfte, um in neu erobertem Gebiet Vermessungen und Bauplanungen dieses Umfangs

7 F. Berger, Die Münzfunde von Kalkriese. *Germania* 70, 1992, 396-402. - ders., Die Fundmünzen von Kalkriese und die frühkaiserzeitliche Münzprägung. *Num. Nachrbl.* 48, 1999, S. 295-296. - ders., Der Schlüssel zur Varusschlacht. Die römischen Münzen von Kalkriese. In: *Varusschlacht im Osnabrücker Land. Museum und Park Kalkriese.* (Mainz 2009) S. 140-151.

8 Oberaden 12 v. Chr.; Waldgirmes 4/3 v. Chr.

9 Zerstört wurden die Gräbchen durch den Ost-West-verlaufenden Straßengraben, der die Tore der Umwehrgung verbindet und damit eindeutig zur Errichtung der Umwehrgung gehört. Außerdem liegt die Südwestecke des Forums über der Nordostecke der Einfriedung.

durchzuführen. Freilich besitzen wir in Waldgirmes keine Hinweise auf eine Truppe in den für die spätere Zeit überlieferten Sollstärken. In der Zeit um Christi Geburt ist vielmehr mit kleinen flexiblen Einheiten zu rechnen. Die Umwehrung des Areals mit einer aus Holz und Erde aufgebauten Mauer und den beiden davor liegenden Spitzgräben entspricht der Außensicherung römischer Militärlager. Das Militär plante und baute also nach bewährter Manier.

Im Bereich des Osttores konnte eine Befundsituation aufgedeckt werden, die es erlaubt, auf die Höhe der Umwehrung zu schließen. Dort waren die Holzpfosten, nach dem Brand der Stadt, in den davor liegenden Spitzgraben gestürzt und ihre Spuren waren noch über 2,50 m Länge nachweisbar. Man kann also davon ausgehen, dass die Umwehrung eine Höhe von mindestens 3 m hatte. Die Holz-Erde-Mauer war begehrbar und in dieser Region, wo wir aus zeitgleichen einheimischen Siedlungen höchstens Zäune als Außenschutz kennen, eine nicht unbeträchtliche Wehrmauer.



Abb. 1: Gesamtplan der Grabungsergebnisse in Labnau-Waldgirmes.

Zu den ersten Bauten, die am Ort errichtet wurden, gehören neben der Umwehrung einfache offene Bauschuppen und mindestens zwei Brunnen, durch die die Wasserversorgung *intra muros* gesichert wurde. Einige der Gebäude z. B. das Atriumhaus in der Mitte fielen dem weiteren Ausbau des Stadtareals zum Opfer, während dessen auch das Forum errichtet wurde. Für die Interpretation der politischen Verhältnisse im Umfeld geben auch einige andere Befunde Auf-

schluss: Zum einen wurden fast 230 m der Umweh rung an unterschiedlichen Seiten der Stadtanlage untersucht (dunkel markiert), aber an keiner Stelle konnte eine Pflege der Verteidigungsgräben nachgewiesen werden. Zum anderen wurde eine hölzerne Wasserleitung angelegt, die den außerhalb gelegenen Quellhorizont nutzte. Beide Befunde lassen sich nur mit einer friedlichen Lage im Umfeld erklären.

Im Dezember 2005 waren wir bei der Untersuchung des ersten Brunnens in Waldgirmes auf rund 7 m unter dem heutigen Bodenniveau angekommen. Zwar hatte der Brunnenschacht nur wenige Funde ergeben, aber die Hoffnung auf eine gute Holzerhaltung hatte sich erfüllt. Erhalten waren die letzten zwei Lagen des hölzernen Brunnenkastens. Mit Hilfe der Dendrochronologie war eine jahrgenaue Datierung möglich. Einige Eichenhölzer besaßen eine Waldkante, das ist der unbeschädigte letzte Ring mit Splint; sie waren alle im Winter 4/3 v. Chr. geschlagen worden. Damit nicht genug enthielt der Brunnen über 2000 Jahre altes Laub, Brettchen, die wohl als Dachschindeln anzusprechen sind, ein halbes Scheibenrad aus Holz¹⁰ und andere botanische Großreste wie Olivenkerne. Weisen die Olivenkerne ebenso wie Amphorenfunde auf Olivenimporte aus Spanien, so ermöglichen Pollenanalysen Aussagen über die landwirtschaftliche Nutzung und die Flora des Umfeldes. Es gelang der Beweis, dass die Römer bereits das für die römische Küche wichtige Würzkraut Anis anbauten.¹¹ Ebenso fanden sich Speisereste wie Tierknochen in der Verfüllung des Brunnens, die wichtige Kenntnisse über die Fauna beitragen werden.

Die genau im Gefälle der Höhenlinien angelegte Wasserleitung - eine hölzerne Deuchelleitung - wurde offenbar bereits sehr früh geplant, denn die Vermessung ihres Verlaufs bis hin zum Quellhorizont musste einen Taleinschnitt nordöstlich der Anlage überwinden, was für eine antike Druckwasserleitung spricht. Sie bestand aus durchbohrten Baumstämmen, die durch ebenfalls hölzerne Kupplungen zusammengesteckt waren. Fanden sich in Waldgirmes nur noch die Verfärbungen der vergangenen Hölzer, so gibt es gute Vergleiche aus Feuchtbodenbereichen in Vitudurum, dem schweizerischen Winterthur oder dem französischen Bordeaux.¹² In Waldgirmes kamen jedoch nicht nur die Spuren dieser Holzleitung zutage, sondern auch das Bruchstück einer Bleileitung, das sich jedoch nicht mehr *in situ* befand. Die hölzerne Wasserleitung ist ein deutlicher Beleg dafür, dass die Region um die römische Stadt so sicher gewesen ist, dass Frischwasser von außen zugeführt werden konnte.

10 Die Holzfund e des Brunnens von 2005 werden dankenswerter Weise zurzeit im Römisch-Germanischen Zentralmuseum, Mainz, konserviert.

11 A. Stobbe, Ein römischer Brunnen im freien Germanien. Arch. Deutschland 2009, S. 28-29.

12 Chr. Sireix, La cité judiciaire. Un quartier suburbain de Bordeaux antique. Aquitania Suppl. 15 (Bordeaux 2009) S. 64-69. - Th. Pauli-Gabi/Chr. Ebnöther/P. Albertin, Beiträge zum römischen Oberwinterthur-Vitudurum. 6. (Zürich 2002).

Das Forum

War die Umwehrung noch mit einem Militärlager zu verbinden, erbrachten die Kampagnen 1997/98 die steinernen Fundamente des zentralen Gebäudes, das aufgrund von Vergleichsfunden als Forum anzusprechen ist. Dieses Gebäude besitzt eine Grundfläche von 2.200 qm und besteht aus drei einfachen Gebäudeflügeln, die einen Innenhof umgeben. Im Norden wird die Anlage durch eine mächtige, 45 x 12 m messende Basilika mit drei Annexbauten abgeschlossen.



Abb. 2: Forum von Waldgirmes. Luftbild.

Das Dach der Basilika ruhte auf mächtigen Holzpfosten von 50 cm Kantenlänge. Die Spur eines Pfostens war noch rund 2 m tief im Boden zu verfolgen, wodurch es möglich ist, die Höhe des Gebäudes zu schätzen; wir können von einem lichten Maß der Basilika von etwa 6 m Höhe ausgehen. Die Fundamente des Forums bestanden aus lokalem Lahnkalkstein auf dem die Fachwerkwände errichtet waren. Stellenweise konnte noch die Verfärbung des ehemals aufliegenden Schwellbalkens der hölzernen Wandkonstruktionen nachgewiesen werden. Der ausgeklügelte Aufbau der Grundmauern, mit einem Wechsel aus kiesigen und lehmigen Schichten, schützte das Mauerwerk und den aufliegenden Schwellbalken vor aufsteigender Feuchtigkeit von unten.

Das Dach des Forums war - wie alle anderen im römischen Waldgirmes auch - mit organischen Materialien gedeckt, denn es wurden keine Dachziegel gefunden. Aus der Verfüllung des Brunnens konnten einige schindelartige Holzbretchen geborgen werden, was die Annahme einer Schindeldeckung stützt. Für den Grundriss des Forums gibt es gute Vergleiche aus Südfrankreich, Spanien und Norditalien. Vergleicht man die Siedlungsflächen anderer antiker Orte im Verhältnis zur Größe des jeweiligen Forums, wirkt das 2.200 qm große Zentralgebäude des römischen Waldgirmes in seiner umwehrten Fläche von 7,5 ha - das sind 75.000 qm - geradezu überdimensioniert.¹³

Mit welchem Aufwand die Römer diesen Bau errichteten bzw. seiner politischen Bedeutung als Verwaltungszentrum zumaßen, zeigen weitere Funde und Befunde aus dem Bereich des Innenhofs. Dort befanden sich fünf rechteckige Gruben von etwa 2 x 3 m Größe. In einer fanden sich Bruchstücke von zwei Steinquadern, in allen anderen immer wieder fein bearbeitete Architekturteile. Der weiche, leicht zu bearbeitende Muschelkalk stammt, dies ergaben petrographische Untersuchungen, aus den Riffgebirgen des Lothringer Beckens. Indirekt ist damit der Beweis für die Nutzung der Lahn als Transportweg gegeben, denn für Schwertransporte dieser Art waren die vorrömischen Wege und die Transportwagen sicherlich nicht geeignet; ein gut ausgebautes römisches Straßensystem gab es noch nicht. Die Architekturteile gehören zu Boden- und Deckplatten von mehreren Postamenten, deren steinerne Fundamente ausgeraubt worden waren.

Für den aus dem Befund erschlossenen Steinraub fanden Kollegen in der nahe gelegenen germanischen Siedlung von Wetzlar-Naunheim den direkten Beleg. Diese einheimische Siedlung wurde vor der Mitte des 1. Jahrhunderts n. Chr. angelegt und erbrachte Funde, die die Bewohner von der römischen Ruinenstätte aufgelesen hatten. Darunter augusteische Keramik aber auch Architekturteile aus lothringischem Muschelkalk und ein Fragment der Bronze-statue.

Aus zahlreichen Befunden in Waldgirmes wurden nämlich immer wieder Teile vergoldeter Gussbronze zutage gefördert, wovon einige als Fragmente

13 A. Becker/H.-J. Köhler, Das Forum von Waldgirmes. In: S. Hansen/V. Pingel (Hrsg.), Archäologie in Hessen. Festschrift für Fritz-Rudolf Herrmann. Inatnat. Arch., Stud. Honoraria 14 (Rahden/Westfalen 2001) S. 171-177.

eines Pferdes bestimmt werden konnten. Das heißt, an der Peripherie des römischen Reiches stand in einer neu gegründeten Stadt mindestens eine lebensgroße vergoldete Reiterstatue. In dieser Umgebung und in dieser Zeit handelte es sich vermutlich um eine Statue des Kaisers Augustus. Zu diskutieren bleibt, ob die fünf Gruben im Innenhof des Forums nicht für die tatsächliche oder geplante Aufstellung von fünf Statuen sprechen. Hinweise auf mehr als eine Statue am Ort haben sich bisher aus den Bruchstücken vergoldeter Gussbronze nicht ergeben.

Die Wirkung eines lebensgroßen goldglänzenden Herrscherporträts auf die einheimische Bevölkerung muss immens gewesen sein, vor allem wenn man bedenkt, welche schlichten plastischen Menschenbilder aus dem einheimischen Milieu des Mittelgebirgsraums des 1.-3. Jahrhunderts überliefert sind. Die Reiterstatue demonstrierte auf sehr eindrückliche Weise die neue Macht an der Lahn, ja sogar die Anwesenheit des Kaisers selbst als höchstem Gerichtsherrn.

Die Bewohner

Aussagen über die Bevölkerung, die am Ort in Waldgirmes lebte und arbeitete, lassen sich vor allem aus den Dingen des täglichen Bedarfs gewinnen. Dies sind Keramikgefäße, deren Produktionsorte aufgrund der Zusammensetzung des Tons näher bestimmt werden konnten. So ergaben chemische Analysen, dass der überwiegende Anteil der römischen Keramik aus Italien und aus der Champagne stammte; ein geringer Anteil wurde am Ort hergestellt. Auffallend ist das breite Spektrum unterschiedlicher römischer Tischkeramik. Diese Heterogenität zeigt sich besonders im Vergleich zu anderen römischen Fundplätzen dieser Zeit und den dort vertretenen Töpferstempeln auf Terra Sigillata, denn in Waldgirmes kommt kein Töpferstempel ein zweites Mal im Fundgut vor. Daraus kann man ersehen, dass Waldgirmes offenbar nicht kontinuierlich mit größeren Handelsvolumen beliefert wurde, denn dafür wären Funde von Geschirrsätzen eines Töpfers zu erwarten, wie dies Funde aus Haltern eindrücklich zeigen. Dieser Unterschied zwischen Haltern und Waldgirmes ist wohl dahin gehend zu interpretieren, dass für die Belieferung mit größeren Handelsvolumen zu dieser Zeit das Militär der größte Abnehmer war bzw. zum Teil der Vertrieb auch dessen Zuständigkeit unterlag. Die Bewohner des zivilen Waldgirmes hingegen - aufgrund der Hausbefunde ist eine Zahl von weit unter 500 anzunehmen -, waren für die Händler von geringerem Interesse.

Im Gegensatz zur vergleichsweise geringen Menge sind weitläufige Verbindungen in der Keramik sehr wohl erkennbar: z. B. in pompejanisch-roten Platten mit Vulkanerdemagerung, Terra Sigillata aus Italien oder Amphoren, durch die Oliven, Wein, Saucen und Öl aus Italien, Spanien, dem Rhônetal und dem ostmediterranen Raum nach Waldgirmes gelangten. Zur ungewöhnlichen Zusammensetzung der römischen Keramik ist außerdem noch das weitgehende Fehlen von Kochgeschirr anzuführen. Diese Lücke wurde möglicherweise aus der Umgebung geschlossen, denn über 15% aller Keramikfunde stammen von Gefäßen einheimischer Machart und Form.

Die Spuren der einheimischen Bevölkerung im römischen Waldgirmes

Wie zu Beginn skizziert, sind seit der vorrömischen Eisenzeit im rechtsrheinischen Mittelgebirge sowie in der Wetterau Hinweise auf Menschen erkennbar, die aus dem Osten eingewandert sind. Sie brachten ihre Kulturformen mit, die aufgenommen und tradiert wurden. Auch in Waldgirmes sind ihre Spuren noch in der Keramik zu erkennen, die dort mit römischer Keramik vermischt also zeitgleich in den Boden gelangte. So gibt es unter der handgemachten Keramik zum einen traditionelle eisenzeitliche Formen, wie sie auch aus späten Gräbern am nahe gelegenen Dünsberg zutage gekommen sind, zum anderen Gefäße mit facettiertem oder mehrfach abgestrichenem Rand, eine Formgebung die als elbgermanisches Rudiment anzusehen ist.

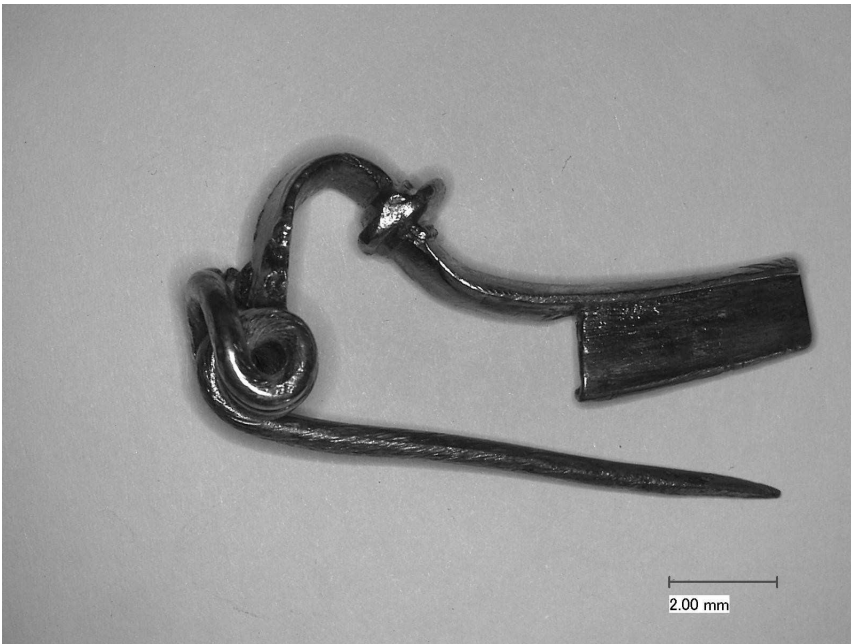


Abb. 3: Germanische Augenfibel aus Silber.

Für die Mittlerrolle, die die römische Stadtanlage in Waldgirmes zwischen römischer und einheimischer Kultur einnimmt, besitzt eine weitere Materialgruppe Aussagewert: die Fibeln. Als Beispiel für die kulturelle Vielfalt der Funde in Waldgirmes, die auch als Hinweis auf weit reichende Beziehungen zu sehen ist, sollen hier stellvertretend zwei Gewandspangen genannt sein: Beide Stücke bestehen aus Silber. Zum einen handelt es sich um eine frühe Augenfibel mit feinen Verzierungen auf dem Bügel und dem Fuß, deren beste Vergleichsstücke aus Gräbern im Böhmischem Becken bekannt sind. Die weitere Verbreitung dieser Fibeln verweist in den Raum östlich der Elbe und in den südlichen Ostseeraum.

In den gleichen Raum verweisen die Hauptverbreitungsgebiete anderer in Waldgirmes gefundener einheimischer Fibeln (z. B. der Form Almgren 2b). Diese Verbreitungsmuster wie auch die Ursprünge mancher Verzierungen auf der handgemachten Keramik sind Hinweise auf eine große Mobilität einheimischer Gesellschaftsgruppen, die in der Lage waren überregionale Wegestrukturen aufzubauen und zu unterhalten. Als Beispiel hierfür kann die eisenzeitliche Brücke angeführt werden, die bei Kirchhain-Niederwald, Lkr. Marburg-Biedenkopf, archäologisch untersucht werden konnte.¹⁴



Abb. 4: Römische Scheibenfibel aus Silber mit Glaseinlagen.

14 Chr. Meiborg, Überreste einer keltischen Brücke in der Kiesgrube von Kirchhain-Niederwald. *HessenArchäologie* 2009, 2010, S. 66-70. - G. Rasbach, Verkehrswege und ihre wirtschaftliche Nutzung in barbarico. In: *Kontaktzone Lahn*. K. Ruffing/A. Becker/G. Rasbach (Hrsg.) *Philippika* 38 (Wiesbaden 2010) S. 77-94 mit weiterer Literatur.

Die Augenfibel ist mit den feinen Verzierungen auf dem Bügel und dem Fibelfuß von großer handwerkliche Qualität; sie wiegt 36 g, was dem Gewicht von drei römischen Denaren ebenso entspricht wie der hohe Silberanteil von über 95% (Abb. 4). Dieser Fibel kann eine römische Scheibenfibel gegenübergestellt werden, die aufgrund ihrer Gestaltung wohl in Oberitalien hergestellt wurde. Auf die runde vergoldete Grundplatte aus Silber ist ein filigran in Form von acht Lotosblättern gearbeitetes Silberblech aufgesetzt, das zusätzlich mit blauen Glaseinlagen verziert ist. Der Niet, der die Elemente zusammenbindet, ist auf der Vorderseite mit einem Bernstein abgedeckt. Beide Edelmetallfibeln sind als Trachtbestandteile höherrangiger Personen anzusprechen, für die mit der römischen Siedlung Waldgirmes ein neuer gemeinsamer politischer Raum geschaffen war.

Handwerkliche Tätigkeiten am Ort

Neben der verkehrsgünstigen Lage stellten möglicherweise auch die Metallvorkommen in dieser Region einen Anreiz für die Römer dar, eine *colonia nova* zu errichten. Von der vorrömischen Eisenzeit an bis in das 3. Jahrhundert n. Chr. belegen neuere archäologische Untersuchungen die durchgehende Ausbeutung der anstehenden Eisenerze.¹⁵

Die in Waldgirmes zutage gekommenen Spuren der Metallbearbeitung stammen ausnahmslos aus Schmiedeprozessen, zu nennen sind vor allem Hammer Schlag, tiegelförmige Herdschlacken und vollständig verglaste Schlackenbruch, der in manchen Fällen nicht ohne weiteres von einem zerschmolzenen Glasgegenstand zu unterscheiden ist. Die Metallbearbeitung in Waldgirmes belegen aber auch einzelne Werkzeuge wie Scheren zum Schneiden von Blechen, Punzieren, ein Ambos zum Treiben von Metall und Durchschläger. Ein vergleichsweise seltenes Werkzeug kam aus einer in der Ost-West-verlaufenden Straße gelegenen Grube zutage: der zierliche Hammerlötkolben eines Feinschmieds. Damit konnten in Kaltlöttechnik Gefäße oder auch Fehlstellen in einer großen Gussbronze repariert werden. Daneben konnten aber auch zahlreiche Eisenstücke geborgen werden, die von der Wiederverwendung des Metalls Zeugnis ablegen.

Obwohl für die Holzbauten in Waldgirmes - nur das Forum besaß ein steinernes Fundament - keine Eisennägel benötigt wurden, war der Schmied sicher neben dem Töpfer der wichtigste Handwerker am Ort. Er war für Reparaturen von Wagenteilen oder die Herstellung von Schuhnägeln, von Bauklammern und anderen Dingen des täglichen Bedarfs zuständig.

Seit dem Beginn der Eisenzeit wurde im Lahntal Roteisenstein verhüttet. Die auf den mageren Böden der Höhen wachsenden Buchen- und Eichenwälder wurden zur Brennholzgewinnung und zum Bau von Häusern genutzt. In den teils breiten Auen betrieb die einheimische Bevölkerung der vorrömischen Ei-

15 A. Schäfer/B. Schroth, Verhüttungsöfen in situ im Eisenrevier bei Wetzlar-Dalheim, Lahn-Dill-Kreis. Hessen Arch. 2007, 76-78. - Dies., Das Fragment einer vergoldeten Großplastik aus Wetzlar-Dalheim, Lahn-Dill-Kreis. Hessen Arch. 2008, S. 71-73.

senzeit und römischen Kaiserzeit eine intensive Grünlandwirtschaft. Die Region von Waldgirmes war also bereits bei Ankunft der Römer wirtschaftlich erschlossen. Die Römer konnten das Vorhandene weiter nutzen, eine durchaus öfter belegte Vorgehensweise, die schnellen Gewinn versprach. Wie schnell nach den Feldzügen des Drusus (ab 12 v. Chr.) die Ressourcen in den neu eroberten Gebieten von Rom genutzt wurden, zeigen zwei Stempelinschriften auf Blei, die in Brilon-Altenbüren im Sauerland und in Bad Sassendorf-Heppen gefunden wurden. Diese Stempel belegen, dass zwei römische Unternehmer bereits in augusteischer Zeit an der Erzgewinnung in Germanien beteiligt waren und ihre Erzeugnisse über die Rhône nach Süden brachten.¹⁶

Das Gießener Becken war - dies zeigen die Funde der Umgebung - bereits in der vorrömischen Eisenzeit ein Verkehrsknoten, dessen Kontrolle, davon muss man ausgehen, den Römern ein wichtiges Anliegen war. Von dort eröffneten sich Wege über das Amöneburger Becken nach Osten. Die im Vergleich zum Lippe-Gebiet andere politische Situation, auf die die Römer offenbar während der Expansionsphase um Christi Geburt in der Rhein-Main-Lahn-Region stießen, sind sowohl an der Errichtung des Versorgungslagers Rödgen wie auch an der durchgehenden Bewirtschaftung der Salinen von Bad Nauheim und der späteren Einbeziehung der Wetterau in das Reichsgebiet abzulesen. Die alten Wege in das Gießener Becken, die die Römer vorfanden, sind noch in Durchlässen im später errichteten Limes erkennbar (Saalburg, Butzbach, Altstadt etc.). Denkt man an die Rheinübergänge Caesars 55 und 53 v. Chr., gewinnt auch der auf der Wasserscheide verlaufende Weg vom Mittelrhein über den Westerwald in das Lahntal an Bedeutung. Dieser „Heerstrasse“ genannte Weg ist in Urkunden des 16. Jahrhunderts belegt.

Waldgirmes, am Schnittpunkt des Ost-West-verlaufenden Lahntals zur Wetterau und damit der Rhein-Main-Tiefebene gelegen, besaß damit beste Verbindungen zu den Flusssystemen von Rhein und Mosel bzw. Rhône. Unter dem bisher für eine Siedlungsgrabung überschaubaren Fundmaterial, was die kurze Besiedlungsdauer widerspiegelt, befinden sich wohl auch deshalb verhältnismäßig viele weit gereiste Stücke. Neben Schmuckstücken vor allem Amphoren aus Spanien, Griechenland und Italien sowie - wie bereits angesprochen - Tischgeschirr aus Italien und Frankreich.

Schwertransporte aus dem Westen und Süden - z. B. die Bauquader aus Lothringen oder die Statuenteile aus Italien oder Gallien - wurden nicht weite Strecken über Land transportiert, sondern auf flachen Kähnen und Booten über den Rhein oder über Rhône und Mosel geschifft und sicherlich die Lahn aufwärts getreidelt.¹⁷ Dazu sind Stationen entlang der Lahn notwendig, die bisher jedoch noch nicht lokalisiert sind.

16 N. Hanel/P. Rotendörfer/St. Genovesi, Germanisches Blei für Rom. Zur Rolle des römischen Bergbaus im rechtsrheinischen Germanien im frühen Prinzipat. *Germania* 83, 2005, S. 53-65.

17 Anders: Bremer, Die Schiffbarkeit der Lahn. unpubl. Manusk. (Wiesbaden).

Das Ende des römischen Waldgirmes

Dann kam es 9 n. Chr. zur „Schlacht im Teutoburger Wald“. Im Gegensatz zur großen Bedeutung, die seit dem 16. Jahrhundert dieser römischen Niederlage vor allem von deutschen Gelehrten beigemessen wurde, zeigen neuere Forschungen, dass die nachweisbaren Auswirkungen dieses Ereignisses wohl weitgehend auf den Nordwestdeutschen Raum beschränkt waren. Offenbar zogen sich die Römer nicht panikartig auf die westliche Rheinseite zurück, wie es sehr oft zu lesen ist.¹⁸ Hierbei wird ein wesentliches Problem archäologischer Fundstellen der Zeit um Christi Geburt evident: archäologische Befunde contra überlieferter Ereignisgeschichte. So gingen wir bis vor wenigen Jahren davon aus, dass die römische Siedlung in Waldgirmes irgendwie im Zusammenhang mit der Niederlage der Römer im Teutoburger Wald endete. Allein einige Befunde mit Fragmenten der Statuen zeigten, dass zwischen der Zerschlagung des Standbildes und dem finalen Brand und damit der Aufgabe der Siedlung ein Zeitraum vergangen war. So fielen bei den Ausgrabungen der beiden Tore im Osten und Westen der Umwehrung flache Eingrabungen über den Spitzgräben auf. Sie enthielten Siedlungsmüll, darunter auch Fragmente der Reiterstatue, aber praktisch keine Reste verbrannter Lehmwände. Diese Fundsituation lässt sich nur dadurch erklären, dass diese Gruben nach der Zerstörung der Statue aber vor dem finalen Brand in der Siedlung angelegt wurden. Auch die Funde von Fragmenten der Bronzestatue im Ost-West-verlaufenden Straßengraben deuteten schon früh auf einen nicht näher einzugrenzenden zeitlichen Zwischenraum zwischen Zerschlagung der Statue und dem Brand der Siedlung hin. So lag das Brustschirrungsteil des Pferdes unterhalb der mit Holzkohle und Brandlehm angereicherten Zerstörungsschicht.

Die Ausgrabungskampagne 2008

Während der Ausgrabungskampagne des Jahres 2008, von der A. Becker an dieser Stelle bereits ausführlich berichtet hat, gelang der Nachweis, dass ein Teil der Ost-West-verlaufenden Straße erneuert worden war, nachdem die Statue zerschlagen war.¹⁹ Denn aus der intentional eingebrachten Verfüllung des Straßengrabens konnten drei kleine Fragmente vergoldeter Gussbronze geborgen werden. Die Stücke waren in die Erde gelangt, bevor die neue Straßendecke aufgebracht wurde. Mit diesem Befund begann die Diskussion um die chronologische Einordnung von Waldgirmes neu. In der Münzreihe, die für die chronologische Ansprache neben der Dendrochronologie am wichtigsten ist, befinden sich keine Prägungen der Jahre 10 und später. Gehen wir davon aus, dass mit neuen Münzen zuerst das Militär bedient wurde, kann man ähnlich wie bei der Vermarktung der römischen Terra Sigillata argumentieren, dass Waldgirmes als zivile Anlage nicht in den regelmäßigen Genuss neuen Geldes kam.

18 Cassius Dio 56, 24.

19 A. Becker, Lahnau-Waldgirmes und die Feldzüge des Germanicus, MOHG N. F. 93, 2008, S. 83-89.

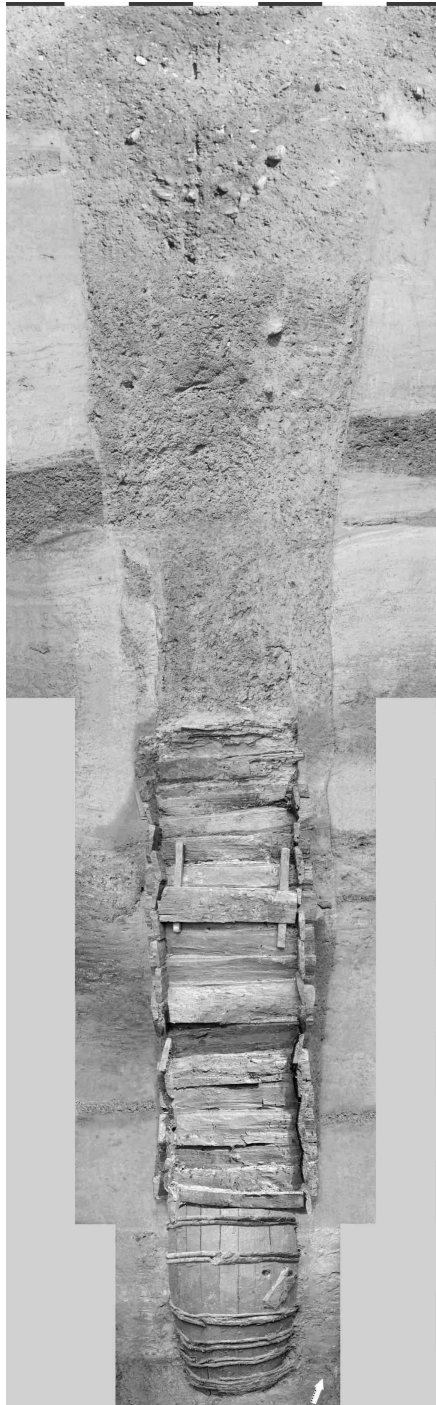


Abb. 5: Waldgirmes. Brunnen 2.

Zwar besitzen wir Hinweise auf die Anwesenheit von Angehörigen des Militärs in Waldgirmes, es handelte sich jedoch sicher nur um eine kleine Vexillation einer bisher unbekanntes Truppe. Es könnte sich auch um eine einheimische Hilfstruppe gehandelt haben. Da die Straße in Waldgirmes nach der Zerschlagung der Statue ausgebaut wurde, liegt damit wohl der erste sichere Baubefund des sog. „Germanicus-Horizontes“ aus der Germania Magna vor.

Die Ausgrabungskampagne 2009

Die Ausgrabungen 2009 dienten der wissenschaftlichen Untersuchung eines bereits im Jahr zuvor erkannten zweiten römischen Brunnens.²⁰ Um diesen Befund vor Beginn der archäologischen Grabungen besser einschätzen zu können, wurden zuerst Bohrungen und geoelektrische Messungen durchgeführt. Beide Verfahren ließen vermuten, dass der Brunnen wieder wie der erste eine Tiefe von etwa 6 Metern erreichen würde.

Nachdem der Brunnenschacht mit seiner Baugrube bis auf 5 m Tiefe verfolgt worden war, konnten die ersten nur noch als Paste erhaltenen Hölzer des Brunnenkastens aufgedeckt werden. Im Verlauf der weiteren Erdarbeiten zeigte es sich, dass die Voruntersuchungen wegen der Verfüllung des Brunnenschachtes über dessen vermeintliche Tiefe geirrt hatten, denn der zweite Brunnen reichte deutlich tiefer bis etwa 11 Meter unter heutiges Bodenniveau hinab. Die Holz-erhaltung war, da der Brunnen weit in das Grundwasserniveau hineinreichte, exzellent und versprach weitere für die chronologische Einordnung des Platzes wichtige Daten aus der Dendrochronologie. Denn aus dem ersten Brunnen konnten nur wenige gut erhaltene Spaltbohlen des Brunnenkastens geborgen werden, die dank der Dendrochronologie ein Schlagdatum der Bäume von Herbst/Winter 4/3 v. Chr. ergeben hatten. Der zweite Brunnen erbrachte insgesamt 68 eichene Spaltbohlen des Brunnenkastens; er enthielt aber außerdem im Unterschied zum ersten verschiedene Hölzer in der Verfüllung, die vielleicht ein Dendrodatum für die Zeit der Auffassung der Siedlung ergeben könnten. Denn dieser Brunnen wurde vor dem finalen Brand gezielt unbrauchbar gemacht, in dem man ihn mit Hölzern aller Art verstopfte. Darunter befanden sich Fragmente von *pila muralia* (römische Schanzpfähle) und Holzgefäßen, eine römische Leiter, eine Wagenachse und vermutlich auch eine Wagendeichsel und vieles mehr. Gerade die Funde von *pila muralia* in der Verfüllung zeigen deutlich, dass während der Brunnen unbrauchbar gemacht wurde Vertreter römischen Militärs am Ort gewesen sind.

Die Konstruktion des Brunnenkastens bestand aus Bohlen die radial aus Eichenstämmen gespalten worden waren. Dadurch besitzen sie jeweils eine so genannte Waldkante - das ist der letzte Wuchsring mit Splint; deshalb konnte das Fällen der Bäume dank der Dendrochronologie auf den Zeitraum von Winter/Frühjahr 3 vor Chr. bestimmt werden. Dieses Datum passte hervorragend zu den Werten, die der erste Brunnenkasten ergeben hatte.

20 A. Becker, Germanicus an der Lahn? - Die Ausgrabungen 2008/09 in Lahnau-Waldgirmes. Hessen Arch. 2009, S. 75-78.

Im Verlauf der Ausgrabung wurde mit Baggern das Areal um den Brunnen immer tiefer gelegt, bis schließlich in einer Tiefe von 11 Metern der Brunnen-schacht endete. Zuunterm hatten die römischen Brunnenbauer ein abgesägtes Fass in den Schacht gestellt, das als Brunnenstube - Sickerschacht - gedacht war. Das Fass war mit Haselruten gebunden und bestand aus Tannenholz. Eine nähere Bestimmung, woher das Fass bzw. sein ursprünglicher Inhalt stammte, steht noch aus.



Abb. 6: Waldgirmes. Bronzestatue. Schuh des Reiters.

Als der Grabungsschacht bis auf die Höhe des Fasses abgetieft worden war, konnte ein erstes Fragment der Bronzestatue geborgen werden: der rechte Schuh des Reiters. Dieses Fundstück ist das einzige sicher dem Reiter zuzuweisende Fragment, das bisher gefunden wurde. Der über den Knöchel hinaus geschnürte Schuh - ein calcaeus - kennzeichnet den Reiter, wie nicht anders zu erwarten, als dem senatorischen Rang zugehörig und stützt damit zusätzlich die Annahme einer Kaiserstatue am Ort.

Schließlich wurde das Fass der angewandten Grabungsmethodik entsprechend ausgenommen. Dabei traten nicht nur acht Mühlsteine, darunter ein Halbfabrikat, zutage, sondern zwischen den Steinen liegend auch der Pferdekopf der Reiterstatue. Außerdem wurde aus dieser Schicht eine Bronzemünze geborgen, die als As bestimmt werden konnte, das zwischen 7 und 3 v. Chr. in Lugdunum geprägt worden war. Zusätzlich war diese Münze während der Statthalter-schaft des Publius Quinctilius Varus mit einem Gegenstempel versehen worden. Damit kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gesagt werden, dass

die Mühlsteine und der Pferdekopf nach 7 n. Chr. oder später in den Brunnen geworfen wurden.

Eine vergoldete Reiterstatue aus Bronze

Die planmäßig angelegte, zivile römische Stadt von Waldgirmes - die älteste rechts des Rheins - erbrachte bereits 1994 das erste Bruchstück vergoldeter Gussbronze. Das nur wenige Zentimeter große Fragment war eine archäologische Sensation, belegte es doch, dass die Römer hier in einer neu gegründeten Stadt eine Statue errichtet hatten. Ihre Größe und die Identität der dargestellten Person blieben hingegen ungewiss, auch als in den folgenden Jahren immer wieder Bruchstücke zutage gefördert wurden. Erst als 1998 ein Bruchstück der vergoldeten Brustschirring eines Pferdes geborgen werden konnte, konkretisierte sich die Vorstellung von dieser Statue. In Waldgirmes hatten die Römer offenbar mindestens eine lebensgroße, vergoldete Reiterstatue aus Bronze aufgestellt. In den folgenden Jahren gab der Boden rund 180, zum überwiegenden Teil sehr kleine Bruchstücke frei, darunter auch das Fragment eines Pferdefußes. Aus historischen Überlegungen heraus kann es sich während der Gründungsphase einer Stadt, in einer neu zu gestaltenden Provinz eigentlich nur um eine Darstellung des Kaisers Augustus gehandelt haben.



Abb. 7: Waldgirmes. Bronzestatue. Kopf des Pferdes.

Im untersten Bereich des Brunnens lag zwischen Mühlsteinen aus Basaltbrüchen der Eifel der Kopf des lebensgroßen Bronzepferdes.²¹ Mit seinen geblähten Nüstern, der feinen Äderung und wachen Augen besitzt der Kopf sehr große Ausdruckskraft. Das Maul ist aufgerissen, das vorwärtsdrängende Pferd wird

21 G. Rasbach, Der bronzenene Pferdekopf aus der römischen Stadtanlage von Waldgirmes. *Hessen Arch.* 2009, S. 78-82.

vom Reiter gezügelt, die Öse der Trense ist ebenso wie der Hengstzahn gut erkennbar. Der qualitätvollen Darstellung des Pferdekopfes entsprechend ist das reich geschmückte Zaumzeug ausgearbeitet. Figural verzierte Schmuckscheiben zieren die Riemenkreuzungen, am Riemenwerk sind kleine Schnallen und Niete erkennbar. Am Stirnriemen zeugen rechteckige Aussparungen von einem ehemals eingesetzten Kopfschmuck.



Abb. 8: Waldgirmes. Bronzestatue. Medaillon mit Victoriadarstellung.

Die Medaillons des Zaumzeugs sind an den Seiten mit drei Büsten der Siegesgöttin Victoria geschmückt, die gut an den in ihrem Rücken sichtbaren Flügeln bestimmbar ist. Ursprünglich waren es wohl vier Darstellungen der Göttin Victoria, ein Medaillon ist jedoch durch eine Beschädigung des Pferdekopfes verloren. Die Zierscheiben sind alternierend an den seitlichen Riemenkreuzungen des Zaumzeugs angebracht.

Die ovale Schmuckplatte auf dem Nasenrücken des Pferdes ziert ein Bild des sitzenden Kriegsgottes Mars, der Schwert und Schild hält. Auf dem seitwärts gewandten Kopf trägt er einen Helm mit hoch aufragendem Helmbusch. Diese Darstellungsweise erinnert an ein hellenistisches Vorbild, das im Ares Ludovisi in einer römischen Kopie des 2. Jahrhunderts überliefert ist.

Das über der Nasenplatte angebrachte Rundmedaillon war wie die anderen figürlich verziert, doch ist der Kopf verloren. Erhalten sind jedoch noch Ansätze der Kleidung, die daraufhin deuten, dass es sich vermutlich um eine militärische Tracht gehandelt hat mit Brustpanzer und Mantelbausch. Die dargestellte Person zu benennen, muss aber Spekulation bleiben; sollte es sich, woran wir nicht zweifeln, um eine Reiterstatue des Kaisers Augustus gehandelt haben, könnte man an eine Darstellung des Julius Caesar denken.



Abb. 9: Waldgirmes. Bronze statue. Medaillon mit Marsdarstellung.

Ebenfalls unklar ist zurzeit noch die Ansprache der Figur, die auf der Zierscheibe über den Nüstern dargestellt ist. Vermutlich gehört auch dieses Bild in den Zusammenhang der Bildersprache von Krieg und Sieg, was gut zur Situation einer römischen Stadtgründung im neu eroberten Gebiet passen würde.

Vergleichbare Statuen gehörten offenbar - und dafür liefert der Fundort Waldgirmes einen eindeutigen Hinweis - bei der Neugründung einer römischen Stadt zum gängigen Ausstattungselement, doch sind leider nur wenige Reste auf uns gekommen.

Die nicht von dauerhaftem Erfolg gekrönten Bemühungen, Germanien dauerhaft zu besetzen sowie flächendeckende Provinzialstrukturen einzurichten, wofür Waldgirmes Zeugnis ablegt, führte Kaiser Tiberius 17 n. Chr. schließlich zur Aufgabe dieses Vorhabens. Er berief das Heer zurück und der Heerführer Germanicus durfte im Jahre 17 in Rom einen Triumph feiern. Die Aufgabe des Planes, Germanien bis zur Elbe zur Provinz zu machen, begründete Tiberius mit den folgenden, bei Tacitus überlieferten Worten:

„Er selbst sei neunmal vom göttlichen Augustus nach Germanien geschickt worden und habe dort mehr durch kluges Verhandeln als durch Gewalt erreicht ... (und weiter) ... Man könne auch die Cherusker und die übrigen aufrührerischen Stämme, da man ja der Rache Roms genug getan, ihren inneren Zwistigkeiten überlassen.“

Mit diesem Entschluss des Tiberius, die Absicht aufzugeben, Germanien bis zur Elbe zur Provinz zu machen, findet wohl auch die römische Stadt in Waldgirmes ihr Ende. Sie ging in einem gewaltigen, wohl von den Römern selbst verursachten Brand, endgültig unter.

Die evangelische Kirche von Großen-Buseck - Neue Erkenntnisse zu einem alten Dach

SUSANNE GERSCHLAUER

Ein Kirchendach der evangelischen Kirche in Großen-Buseck ist fast 800 Jahre alt! Als das Ergebnis einer zweiten dendrochronologischen Untersuchung des Querhausdachs der evangelischen Kirche in Großen-Buseck im Dezember 2009 vorlag, sahen sich die beteiligten Fachleute bestätigt: Die Kirche besitzt mit dem um oder kurz nach 1200 errichteten, noch in wichtigen Teilen erhaltenen Dachwerk über dem Querhaus, vermutlich das älteste im Landkreis Gießen.¹ (Abb. 1)



Abb. 1: Kirche von Nordwesten, historisches Foto vor 1940

1 Eine umfassende Sanierung und Renovierung des gesamten Kirchendaches wurde 1968 qualitativ und behutsam, unter größtmöglicher Schonung der historischen Gefüge, durch die Zimmerei K. und K.-P. Harnischfeger aus Erfelden/Rhein ausgeführt.

Als ältestes bekanntes Dach der Stadt Gießen gilt nach neuesten Forschungen das der romanischen Basilika auf dem Schiffenberg. Es wurde um 1162 fertig gestellt.²

Die dendrochronologische Beprobung zuvor sorgfältig ausgewählter konstruktiver Hölzer ergab für die Grossen-Busecker Kirche als älteste Daten die Fälljahre 1160 und 1191. Weil Eiche als Bauholz in weitgehend frischem Zustand leichter zu bearbeiten ist und daher bis ins 19. Jahrhundert hinein allgemein zeitnah verzimmert wurde, kann das Dachwerk in die erste Bauphase der Kirche, die Zeit des ausgehenden 12., beginnenden 13. Jahrhunderts datiert werden.



Hans Tisje
Platanenweg 7
63263 Neu-Isenburg
Tel. 06102/327419

Dendrochronologisches Gutachten

Grossen - Buseck ev. Kirche

7.12.2009

Probe 3 der Serie von 2007 mit Datierung und ab Probe 10 neue Proben von 2009

Nr.	Holzart	Jahresringe	Splint- ringe	Wald- kante	Entnahmestelle	Korre- lation	Letzter Jahres- ring	Fälljahr und Vergleichskurve
3	Eiche	54	---	---	Querhaus , südl. Flügel, Westseite 3. Sparren von Süden		1199	
10	Eiche	32	--	--	Querhaus , Ostseite 14. Sparren v.N			kein Ergebnis
11	Eiche	118	--	--	Querhaus , Ostseite 14. Deckenbalken von Norden	0,644 t: 8,00	1191	Limburger Dom Pr.30a
12	Eiche	72	--	--	Querhaus , Ostseite 17. Deckenbalken von Norden			kein Ergebnis
13	Eiche	91	13	--	Querhaus , Ostseite 17. Sparren v.N	0,603	1210	Limburger Dom Pr.7
14	Eiche	27	--	--	Querhaus , Ostseite 7. Sparren v.N			kein Ergebnis
15	Eiche	80	--	--	Querhaus , Ostseite 7. Deckenbalken von Norden	0,514	1160	Westdeutschland
16	Eiche	57	5	--	Querhaus , Ostseite 3. Sparren v.N			kein Ergebnis

Probe 15 ist etwas unsicher.

Abb. 2: Ergebnisse der dendrochronologischen Beprobung im Querhausdach von 2009

² Hangleiter, Hans-Michael, Vortrag zu den Ergebnissen der restauratorischen Untersuchung in der romanischen Basilika auf dem Schiffenberg bei Gießen, Oberhessischer Geschichtsverein Gießen, Dezember 2008, vgl. auch: Gießener Allgemeine Zeitung, Gießener Anzeiger, 2008: OHG-Vortrag Hangleiter, Schiffenberg: Baudenkmalpflegerische Untersuchungen an der Basilika 2006, am 10.12.2008

Eine von mehreren schon seit langem offenen Fragen um die Baugeschichte der Kirche zielt auf das Alter der Dachkonstruktion über dem Querhaus des Gebäudes. Daher entschied sich der Kirchenvorstand und der Heimatkundliche Arbeitskreis Buseck e.V. 2007 und 2009 zur Anwendung einer naturwissenschaftlichen Untersuchungsmethode: Sie beauftragten einen Bauhistoriker mit der Beprobung konstruktiver Hölzer und ließen die insgesamt 10 hier entnommenen Bohrkern nach der Jahrringmethode (Dendrochronologie) im Labor Tisje, Neu-Isenburg, untersuchen. Das Ergebnis war nicht so klar wie erhofft, gab aber die Richtung für eine Beurteilung des Daches in die Zeit des Hochmittelalters, um 1200. Die begleitende bauhistorische Befundung und Interpretation von gefügekundlichen Merkmalen, typologischer Aspekte sowie die bauzeittypische Dachneigung (um 44°) durch die Autorin stützen diese Aussage. (Abb. 2)

Die Gründung der Kirche

Die Gründungsgeschichte der Kirche in Großen-Buseck ist eng verknüpft mit der Geschichte der Ortsherrschaft. Ein erstes Weihedatum ist nicht überliefert. Der zeitlichen Zuordnung des Baubeginns kann aber mithilfe eines Umwegs, nämlich über den Einblick in die Herrschaftsgeschichte näher gekommen werden. In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts erbten die Grafen von Peilstein von den Gleiberger Grafen die Herrschaftsrechte im Busecker Tal. Der Bau der Kirche kann als Ausdruck ihres Herrschaftsanspruchs gewertet werden. Unter Umständen ging mit dem Kirchenbau eine Stadtgründung nach süddeutschem bzw. österreichischem Vorbild einher, die bis heute erkennbar ist (Anger), damals aber nicht vollständig ausgeführt wurde. In einer Achse mit dem Haupteingang in die Kirche, in die Westfassade des Turms, lag im Westen des Platzes „Am Anger“ der Sitz der späteren Ortsherren von Trohe. Möglicherweise war er bereits zu Peilsteiner Zeiten angelegt worden war. Schon 1218 starb der letzte Angehörige dieses aus Österreich stammenden Grafengeschlechtes und die Herrschaft über den Ort wechselte zu der Ganerben-gemeinschaft der Familien von Buseck und von Trohe.³ Das hier vermutete Vorhaben der Grafen von Peilstein, Großen-Buseck als geplante Anlage mit einem Anger als zentralem Platz auszustatten, wurde von den folgenden Herrschaftsfamilien nicht fortgeführt. Planänderungen im Kirchenbau (Turm, Neubau des Chores und Einwölbungen) stehen mit dem Herrschaftswechsel ebenfalls im Zusammenhang.⁴

Die Kirche in Großen-Buseck ist ein verputzter Saalbau mit Querhaus, Westturm und Polygonalchor, bauzeitlich am südlichen Ortsrand errichtet Seit

3 Vertiefende Informationen zur Geschichte von Großen-Buseck und des Busecker Tals in: Glöckner, Karl, Die Stadt Buseck, ein früher Orts- und Flurbauplan, in: MOHG Nr. 43, 1959

4 Zu vermuteten planerischen Vorhaben der Grafen von Peilstein: vgl.: Reinholz-Hein, Ilse, Überlegungen zur Entstehung der Kirche in Großen-Buseck, in: Noppes, Elke (Hg.), Die evangelische Kirche in Großen-Buseck, (Schriftenreihe d. Heimatkundlichen Arbeitskreises Buseck e.V., H. 8), Buseck³ 2007, S. 103-105

strukturellen Änderungen in der Straßen- und Verkehrsführung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, dominiert sie, leicht erhöht liegend, den heutigen alten Kern des Ortes, „Am Anger“.

Der Bau

Die Kirche, ehemals St. Laurentius, besteht aus vier Hauptgebäudekomplexen, die zu unterschiedlichen Zeiten errichtet wurden. Verschiedene Umbauten und Renovierungen seit Baubeginn im 12. Jahrhundert betrafen auch die Dachkonstruktion. Dies ist der Grund, weshalb auch die Dachwerke der Kirche vier Hauptbauphasen erkennen lassen. Dabei sind alle Konstruktionen trotz mehr oder weniger ausgeprägter Umbauten noch zu großen Teilen erhalten. (Abb. 3)

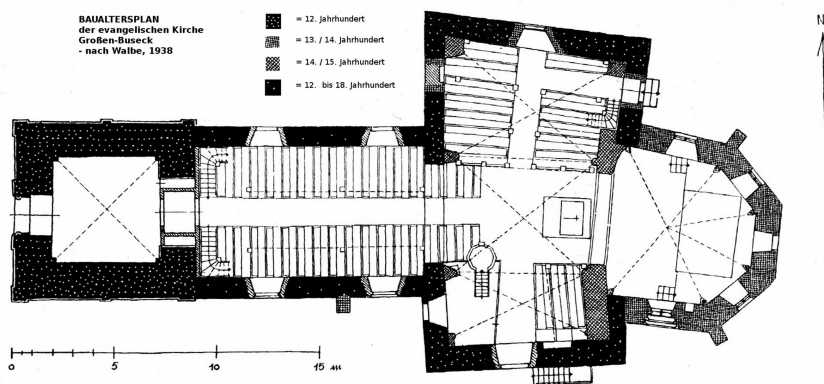


Abb. 3: Baualtersplan - nach Walbe, 1938

Die ältesten Teile

Zu den ältesten Bauteilen, die hier im Zentrum der Betrachtung stehen, gehört neben dem Turm der nördliche Teil des Querhauses der Kirche. Im Zuge einer Sanierungsphase im Jahr 2001, die auch die Erneuerung des gesamten Außenputzes umfasste, gelangen seltene Einblicke auf ein unverputztes mittelalterliches Mauerwerk der Kirche. Dabei traten die Reste der hochmittelalterlichen Bauphase am deutlichsten in der nordöstlichen Querhaushälfte zu Tage. Neben einigen Mauerlagen im „Fischgrätmuster“ (Opus-spicatum), läßt die Summe der Befunde aus sauber bearbeiteten Eckquadern, sorgfältig, lagerhaft aufgemauertem Mauerwerk, vermauerten romanischen Rundbogenfenstern in der Ost- und der Nordwand des Querhauses (letzteres später teilweise gotisch überformt) sowie weiteren Details eine Datierung dieses Gebäudeteils in die Zeit um 1200 zu.

Der zweite noch heute erhaltene älteste Baukörper ist der gedrungene Westturm, dessen ältester Teil etwa auf halber Höhe des 1. Obergeschosses endet. Hier war eine herrschaftliche Kapelle geplant und begonnen worden, die dem

heiligen Michael zugeschrieben wird.⁵ Zur abschließenden Ausführung kam es nicht mehr. Die darüberliegenden Geschosse und das Dach stammen vermutlich aus dem 15. Jahrhundert.⁶ Weil der Turm durch architektonische Elemente besonders hervorgehoben wurde, blieb er im Gegensatz zu den übrigen Wänden der Kirche bauzeitlich unverputzt. Das heutige Erscheinungsbild erinnert im unteren Bereich an den ursprünglichen Zustand. Die besondere Farbigkeit der beige-grünlichen Tuffsteinquader zog die Aufmerksamkeit der Gläubigen vor 800 Jahren auf sich. Hinzu traten auffällige Gliederungsformen, die auch heute noch den Blick auf den Haupteingang in der Mittelachse lenken: Das gestufte Portal ist verziert durch ein Profil aus Rundstab und Kehle. Der attische Sockel und der Rundbogenfries unterhalb des Gurtgesimses gliedern das Turmerdgeschoss horizontal. (Abb. 4)



Abb. 4: Westportal

Im Innenraum bestätigte sich während einer Sanierungsmaßnahme des Turmerdgeschosses im März 2009 die Datierung durch die bauhistorische Befundlage. Nach Abnahme des Putzes traten in der oberen Hälfte der Mauern die lagerhaft, akkurat vermauerten Basalttuffsteine zutage, die auch an den Turmaußenwänden zu finden sind. Die unteren Mauerbereiche aus Basaltfeldsteinen sind ebenso lagerhaft aufgemauert.⁷ Weiterhin weisen Befunde wie das Kreuzgratgewölbe und Fugenstrich auf die frühe Bauzeit. In der Ostwand des Turms liegt der Durchgang in das Kirchenschiff. Dieser wird betont durch einen Sockel aus Rundstäben und Kehlen sowie einer profilierten Kämpferzone.

5 Walbe, S. 154

6 Dendrountersuchungen von 2007 ergaben eine Datierung des Daches auf um 1471.

7 Sowohl der beige-grünliche verwitterungsanfällige Basalttuff wie der Basalt stehen in der Region an.

Das Dach

Die vorgenommene bauhistorische Datierung des Querhausdaches in das Hochmittelalter stützt sich neben der signifikanten Dachneigung von etwa 44° auf die hier vorgefundene Konstruktion des Satteldaches. Im Wesentlichen liegt hier eine frühe Version eines Kehlbalken-Sparrendaches mit schräg nach innen verlaufenden Dreiviertelstrebenpaaren vor.⁸ Das Dachwerk, von Norden her aufgebaut, besteht aus Eichenholz. Alle hölzernen Verbindungen sind mit Holznägeln gegen Verrutschen gesichert. (Abb. 5)

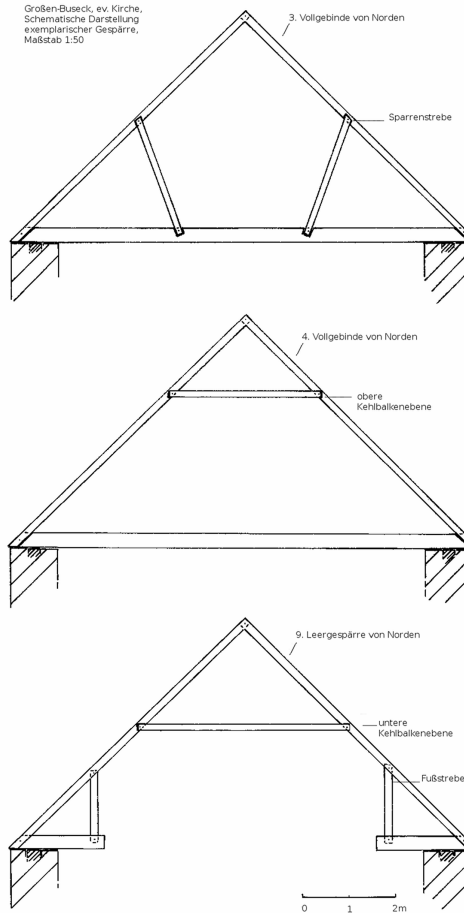


Abb. 5: Schematische Darstellung der Gefüge von oben: 3. Vollgebinde von N, 4. Vollgebinde von N, 9. Leergespärre von N

8 Fachbegriffe: s. Glossar am Ende

Das Dach aus - heute - 43 Gespärren setzt sich aus 14 Voll- und 29 Leergebinden zusammen. Das jeweils nördlichste und südlichste Gespärre (sich gegenüberstehende Dachsparren) liegt auf dem Giebelmauerwerk mit der Innenkante nahezu bündig auf.

Die 14 Vollgebinde sind in Querrichtung abwechselnd auf Abstand gehalten einerseits durch 3/4-Streben, die an den Drittelpunkten der Dachbalken aufgeblattet sind. Andererseits durch Kehlbalken, die etwa 2,90m oberhalb der Dachbalken ansetzen und den Sparren aufgeblattet sind. Die Leergebinde sind durch eine Konstruktion aus Stichbalken mit Fußstreben und Kehlbalken quer ausgesteift. (Abb. 6)



Abb. 6: Querhaus nach Norden

Der Abstand zwischen Leergebinden und Vollgebinden ist meist gleichmäßig. Wo nötig nahmen die Zimmerleute auf besondere Raumgegebenheiten (Winkeländerung) Rücksicht. Dies äußert sich deutlich erkennbar in der südlichen Raumhälfte, wo z.B. der sonst weitgehend eingehaltene Abstand von ca. 80-86 cm mit Maßen von 74 und 98 cm unter- bzw. überschritten wird.⁹

Alle Binderbalken, einige der Sparren, wenige der Kehlbalken und Dreiviertelstreben sind dem Originalbestand zuzuordnen. Obwohl einige der Hölzer über die vergangenen Jahrhunderte ersetzt und manche ergänzt wurden, blieb der Charakter des Dachwerks als romanischer Dachstuhl erhalten.

9 Die Winkeländerung gibt einen Hinweis auf eine Änderung im Bauablauf. Ihre Motivation ist bisher ungeklärt.

Zur Bauzeit des Dachs wird eine reduzierte Anzahl von Leergespärren vorhanden gewesen sein. Es ist anzunehmen, dass ihre heute hohe Zahl erst in jüngeren Jahren eingebaut wurde, um eine Durchbiegung zu vermeiden. Grund wird eine starke Beanspruchung des alten Dachs z.B. durch den Chor Neubau und die Einwölbung im 13./14. Jahrhundert gewesen sein. (Abb. 7)



Abb. 7: Sparren-Dachbalken-Verbindung im NO

Über das Erscheinungsbild des Querhausinnenraums zur Bauzeit kann heute nur spekuliert werden. Vergleichbare Beispiele, wie die Basilika auf dem Gießener Schiffenberg mit ihrer hölzernen Flachdecke lassen Fragen nach dem oberen Raumabschluss in Großen-Buseck aufkommen. Hier kann von einem offenen Dachstuhl ausgegangen werden, ähnlich den Kirchen, die noch heute in Italien zu finden sind.¹⁰ Belege dafür gibt es viele: Im Dachraum des Querhauses liegen die Dachbalken noch heute frei einsehbar auf den Außenmauern. Dadurch ist erkennbar, dass sie keine Nuten oder Stakungslöcher besitzen. Weder an ihrer Unter- noch auf der Oberseite sind Hinweise auf Verschalung oder Verkleidung zu finden, die einen Raumabschluss z.B. durch eine hölzerne Flachdecke nahe legten. Zusätzliche Hinweise sind Putzreste an der Querhausost-, West- und Nordwand, die nahezu bis zur Höhe der Maueroberkanten resp. der Dachbalkenkanten ziehen. Der Raumtypus des mittelalterlichen offene Dachstuhls kommt im nördlichen Mitteleuropa vor allem in Kirchenbauten des 11./12. Jahrhunderts vor. Die Großen-Busecker Kirche war daher bereits zur Erbau-

¹⁰ Der Typus des „offenen Dachstuhls“ ist in dieser so gut rekonstruierbaren Form hessenweit vermutlich einzigartig ist

ungszeit nicht „en vogue“, sondern hinkte dem architektonischen Trend um einige Jahrzehnte hinterher. Erst im 13./14. Jahrhundert wurde der Deckenabschluss im Querhaus geändert, indem die Bauherren ein Kreuzrippengewölbe einbauen ließen, das heute noch vorhanden ist.

Bauhistorische Einordnung

Dachstühle aus Kehlbalken-Sparren-Konstruktionen, die hohe Sparrenstreben zur Aussteifung besitzen, so wie im Dachstuhl des Querhauses in Großen-Buseck, sind nur noch selten zu finden. Diese besondere Konstruktion ergibt sich aus der Weiterentwicklung des typologisch älteren Sparrendachs, das zur Queraussteifung lange Streben besaß, die etwa in der Mitte der Sparren und im mittleren Bereich der Binderbalken saßen. Verbesserte statische Bedingungen sollten weiteren Spannweiten gerecht werden, Druckkräfte vom Binder nehmen und so Durchbiegungen vermeiden.¹¹ Daher wurden die Sparrenstreben durch Kehlbalkenlagen ergänzt, die die Schubkraft der Dachkonstruktion durch Horizontalaussteifung abfangen konnten. Im Querhausdach der Großen-Busecker Kirche findet sich ein Beispiel, in dem die Gebinde abwechselnd mit Sparrenstreben nach der älteren Methode und den typologisch etwas jüngeren Kehlbalken gebaut wurden. Dächer ähnlichen Typs (z.B. Maulbronn, um 1178, Einhardbasilika Steinbach, Dachumbau, ca. 1168) weisen demgegenüber in einem Gebinde gleichzeitig Sparrenstreben und eine Kehlbalkenlage auf. Insofern stellt das etwas jüngere Großen-Busecker Kirchendach mit dieser abwechselnden Konstruktion eine seltene Ausnahme dar.

Dies trifft auch auf den Typus des „offenen Dachstuhls“ zu, der in dieser so gut rekonstruierbaren Form hessenweit vermutlich einzigartig ist.

Fazit

Das heute „nur“ als Dorfkirche angesprochene Bauwerk in Großen-Buseck besaß zu seiner Gründungszeit eine architektonisch über das regional übliche Maß hinausgehende Qualität und Dimension. Sie dokumentiert die Relevanz der Stadtgründungsabsicht für die Grafen von Peilstein, die beabsichtigten, ihren herrschaftlichen Status im Busecker Tal zu etablieren.

Auch wenn mit Hilfe der dendrochronologischen Datierung des Querhausdachs in die Zeit um 1200 eindeutige Hinweise auf die Bauzeit der Kirche gewonnen werden konnten, bleiben viele Fragen zur Baugeschichte offen. Schritte zur Beantwortung könnten systematische bauhistorische Untersuchungen sein, die neben der archivalischen Recherche typologische, konstruktive und gefügekundliche Aspekte des Gebäudes erforschen.

Der Denkmalcharakter dieser Kirche kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. So sind es überwiegend die sakralen christlichen Gebäude, die sich bis heute vor allem wegen ihrer nachhaltigen Funktionalität erhalten haben bzw. durch ihren - mehr oder weniger - homogenen Kontext erhalten wurden. Gebäude

¹¹ Binding, S. 31

und Gebäudeteile des Hochmittelalters verschwinden durch Abbruch oder notwendig gewordene grundhafte Sanierung.

Der Erhaltungs- und Sanierungszustand der Großen-Busecker Kirche verdient daher große Aufmerksamkeit. Nachhaltige denkmalfachliche Betreuung und Schutz sollte nicht nur alle Dachwerke, sondern auch den Baukörper selbst berücksichtigen. Das Nebeneinander der hier vorhandenen vier unterschiedlichen qualitätvollen Konstruktionstechniken der Dächer des Querhauses (12./13. Jh.), des Chores (13./14. Jh.), des Langhauses (13./18.Jh.) und des Turms (15. Jh.) hat in der Region hohen Seltenheitswert.

Literatur

Binding, Günther, Das im deutschen Sprachraum vom Mittelalter bis zum 18. Jahrhundert, München 1991

Freies Institut für Bauforschung (M. Kornitzky), Bericht zur dendrochronologischen Untersuchung im Querhausdachwerk der evangelischen Kirche Großen-Buseck (ehemals St. Laurentius), Marburg 2010

Gerschlauer, Susanne, Die Dachwerke der evangelischen Kirche von Großen-Buseck, in: Noppes, Elke (Hg.), Die evangelische Kirche in Großen-Buseck, (Schriftenreihe d. Heimatkundlichen Arbeitskreises Buseck e.V., H. 8), Buseck³ (überarbeitete und erweiterte Ausgabe) 2007, S. 37-44

Glöckner, Karl, Die Stadt Buseck, ein früher Orts- und Flurbauplan, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, Nr. 43, 1959

Hangleiter, Hans-Michael, Vortrag zu den Ergebnissen der restauratorischen Untersuchung in der romanischen Basilika auf dem Schiffenberg bei Gießen, Oberhessischer Geschichtsverein Gießen, Dezember 2008

Noppes, Elke (Hg.), 800 Jahre Kirche in Großen-Buseck. Die Geschichte einer Kirche, (Schriftenreihe d. Heimatkundlichen Arbeitskreises Buseck e.V., H.8), Buseck² 1999

Reinholz-Hein, Ilse, Überlegungen zur Entstehung der Kirche in Großen-Buseck, in: Noppes, Elke (Hg.), Die evangelische Kirche in Großen-Buseck, (Schriftenreihe d. Heimatkundlichen Arbeitskreises Buseck e.V., H. 8), Buseck³ (überarbeitete und erweiterte Ausgabe) 2007, S. 103-105

Walbe, Heinrich, Baudenkmäler in Hessen. Die Kunstdenkmäler des Kreises Gießen. Band 1: nördlicher Teil, Darmstadt 1938, S 149-163

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Heimatkundlicher Arbeitskreis Buseck e.V., historisches Foto vor 1940

Abbildung 2: Dendro-Ergebnis: Freies Institut für Bauforschung und Dokumentation Marburg/ Büro Tisje, Neu Isenburg, 2009

Abbildung 3: Planbearbeitung: Susanne Gerschlauer nach Walbe 1938

Abbildung 4, 5, 6, 7: Susanne Gerschlauer, September 2010

Glossar der wichtigsten Fachbegriffe für das Dachwerk

Binderbalken: Dachbalken eines Bindergespärrs

Blatt, Blattung, Blattsasse, Anblattung, Verblattung: im Querschnitt reduziertes Ende oder Zwischenstück eines Holzes zur Verbindung mit einem anderen Holz. Das Blatt wird in die Blattsasse (Negativform) eingesetzt.

Dachsparren: gegenüber angeordnete und miteinander verbundene Hölzer einer Dachkonstruktion, die die Dachhaut tragen

Gespärre: Gesamtheit der Sparren, auch gegeneinander gestellte Sparrenpaare

Gebinde (Dach): Binderbalken und Sparrenpaar einer Dachkonstruktion.

Kehlbalken: horizontaler Balken in einem Sparrenpaar, der bei größerer Sparrenlänge zur Unterstützung und Verbindung der Sparren dient. Parallel zum Dachbalken. Holzverbindung durch Verblattung oder Verzapfung.

Strebe (Dreiviertelstrebe, Fußstrebe): versteifendes Holz zur Aufnahme von Druckkräften, (meist) schräggestellt

Vollgebinde: das dem Gebinde zugehörige Sparrenpaar heißt auch Bindergespärre

Zapfung, Verzapfung: Verbindung, bei der an der Schnittfläche eines der beiden Hölzer ein Zapfen ausgearbeitet wird, der sich in den am anderen Holz eingearbeiteten Schlitz einfügt.

Eine mittelalterliche Grube bei Buseck-Beuern

Vorbericht zu einer kleinen archäologischen Sondage

SUSANNE GERSCHLAUER, MICHAEL GOTTWALD,
VOLKER HESS, CHRISTOPH RÖDER

„[...] keine Chronik, keine Sage weiß etwas von ihr, nicht einmal die heutige Geschichtsforschung, die zu wenig auf das hört, was der Boden erzählt.“ (Karl Glöckner)¹

Einleitung



*Abb. 1: Archäologische Fundstelle bei Buseck-Beuern, Lk. Gießen
(Grundlage maps.google.com)*

Östlich von Beuern erstreckt sich zwischen dem Wohngebiet am Steinerberg im Westen und dem Walldistrikt Strauchkopf im Osten auf etwa 304 m ü.NN (Ortsmitte Beuern ca. 232 m ü.NN) eine fast ebene Hochfläche (vgl. Abb. 1). Die landwirtschaftliche Nutzbarkeit des im Norden vom Tal des Erlenwiesensbachs, im Süden vom Lorsbach begrenzten Gebiets wird von Bodenbildungen auf miozänem Basalt des Vorderen Vogelsbergs bestimmt. Tonig-lehmige Basaltverwitterungsprodukte in geringer Tiefe über Basaltgrus und basaltigem Blockschutt sorgen für Staunässe, die die ackerbauliche Nutzung beeinträchtigt.

1 Zit.: Karl Glöckner: Die Stadt Buseck, Ein früher Orts- und Flurbauplan, Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins, 43 (1959), 5 - 14, hier S. 11

gen, was in den Flurnamen „Auf dem nassen Strauch“, „Vor dem nassen Strauch“ und auch „Auf dem Egelspfuhl“ zum Ausdruck kommt.²



Abb. 2: Drainagegraben - Blick in Richtung S. Links zwischen Graben und Waldrand ausgeräumtes Basaltverwitterungsgeröll (16. Aug. 2008, Foto vb)

Die heute weitgehend weide- bzw. heuwirtschaftlich genutzte Fläche wurde in den vergangenen Jahrzehnten partiell unter Einsatz von Drainagierungen immer wieder für Ackerbau unter den Pflug genommen.³ So diente auch die Ziehung eines etwa einen Meter tiefen Grabens durch einen ortsansässigen Landwirt im Sommer 2008 entlang der westlichen Grenze des Walddistrikts „Der Strauchkopf“ der Trockenlegung für die folgende Bewirtschaftungsphase geplanter Ackerflächen in der angrenzenden Flur „Vorm nassen Strauch“ (vgl. Abb. 2).⁴ Den Erdaushub verteilte man in westlicher Richtung in einer Breite von mehreren Metern zur Niveaunivellierung auf dem zur erneuten Bewirtschaftung vorbereiteten Acker.

2 Zur Geologie: W. Plass: Die Böden, in: Willi Schricke: Erläuterungen zur Geologischen Karte von Hessen 1:25.000, Blatt Nr. 5319 Londorf, S. 104 - 125; die Flurnamen: K. H. Passler, M. Handloser: Die Flurnamen der Gemarkung Beuern, Buseck 2006, (= Die Flurnamen im Busecker Tal Teil 1, Schriftenreihe des Heimatkundlichen Arbeitskreises Buseck e.V.) S. 27, 79

3 Gesprächsweise am 13. März 2009: M. Handloser und S. Otto vom Heimatverein Beuern e.V.. Spärliche Lesefunde (früh-)neuzeitlicher sogen. „Düngerkeramik“ zeugen auch von älteren ackerbaulichen Anstrengungen (s.u.)

4 Die Grabenlinie orientierte sich dabei an bereits älteren, offensichtlich aber nicht vergleichbar tief angelegten Grabenziehungen.

Fundgeschichte

Bei den Arbeiten am Entwässerungsgraben kam in etwa 70 cm Tiefe eine bis in die basaltige Verwitterungszone reichende Ascheschicht zutage, die neben Keramik und Holzkohlestücken auch große Mengen an gebranntem Lehm, so genanntem Rotlehm, enthielt. Im Graben war deutlich das Profil einer Grube von etwa drei Metern Durchmesser in Richtung der Störung, also in Nord-Süd-Richtung, erkennbar. Der aufmerksame Landwirt informierte unverzüglich den Vorstand des Heimatvereins Beuern e.V., der eine erste Fundmeldung an das Landesamt für Denkmalpflege Hessen (LfDH) veranlasste⁵ und in der Folge mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern des LfDH sowie der Kreisarchäologie⁶ eine weitere Untersuchung des Befundes abstimmt.



Abb. 3: Absuchen des Grabenaushubs - Blick in Richtung NNW (16. Aug. 2008, Foto vb)

Im Erdaushub auf der angrenzenden Ackerfläche fand sich bei einer ersten Begehung - oft noch direkt eingebettet in Reste der ausgehobenen Brandschicht - eine Vielzahl von Scherben offensichtlich hochmittelalterlicher Keramik (vgl. Abb. 3). Frische Bruchkanten und der Allgemeinzustand ließen mutmaßen, dass sich die Keramikgefäße vor dem Bodeneingriff in weitgehend ursprünglicher ungestörter Lage befanden.

Eine Begehung der angrenzenden Ackerflächen ergab demgegenüber nur wenige, zeitlich und räumlich weit streuende Funde. Auch der Aushub einer

5 S. Gerschauer, V. Hess: Fundmeldung an LfDH, 18. September 2008- Ev. Nr. 2008/87

6 Sehr zu danken ist in diesem Zusammenhang Frau B. Steuernagel M.A. von der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Gießen für ihre Unterstützung.

zweiten Grabenführung im östlich anschließenden Waldareal erbrachte keine weiteren Funde, die auf eine größere Ausdehnung des Siedlungsbefundes hätten schließen lassen können.

Trotz dieses augenscheinlich eher isoliert liegenden Befundes erschien dessen zukünftige Erhaltung im Boden stark gefährdet. Durch den Entwässerungsgraben war bereits ein Teil undokumentiert zerstört worden. Darüber hinaus standen weitere Substanzverluste - beispielsweise durch Erosion der Grabenwände - zu befürchten. So wurden weitere Maßnahmen zu dessen Sicherung und Dokumentation notwendig.

Geomagnetische Prospektion



Abb. 4: Geomagnetische Prospektion (30. Aug. 2008, Foto vb)

Zur Klärung der Befundlage im direkten Umfeld der angeschnittenen Struktur konnte im November 2008 mit massiver Unterstützung durch Mitglieder des Heimatvereins Beuern eine geomagnetische Prospektion auf einem Viertel Hektar der an den Waldrand angrenzenden Acker- und Wiesenfläche durchgeführt werden. Das Ergebnis sei aus dem Abschlußbericht des mit der Durchführung und Auswertung beauftragten Geotechnischen Büro Dr. Tarasconi, Fürth/Bayern, zusammenfassend zitiert (vgl. Abb. 4, 5):

„In dem unmittelbar an den angeschnittenen mittelalterlichen Befund angrenzenden Bereich des Messfeldes sind mehrere punktförmige positive und negative Anomalien zu erkennen, die mit Durchmesser von ca. 0,5 - 1 m und einer linearen bzw. (annähernd) rechtwinkligen Anordnung zueinander eine Ansprache als **Pfostenlöcher** denkbar erscheinen lassen. [...]

Hausgrundrisse sind aus der Verteilung der Anomalien nicht verlässlich ableitbar. Zudem ist davon auszugehen, dass durch die landwirtschaftliche Nutzung archäologische Befunde zerstört wurden und im Messbild nicht überliefert sind.

Aus der Anordnung der möglichen Pfostenspuren und der Nähe zum Befund bzw. zu der Grabung ist jedoch zu vermuten, dass es sich bei den Anomalien um Reste von Bauwerken handelt.

Die im Messbild zu erkennenden, unregelmäßig begrenzten positiven Anomalien könnten verfüllte **Gruben** darstellen, eine gesicherte Ansprache ist mit den zur Verfügung stehenden Ergebnissen jedoch nicht möglich.

[...]

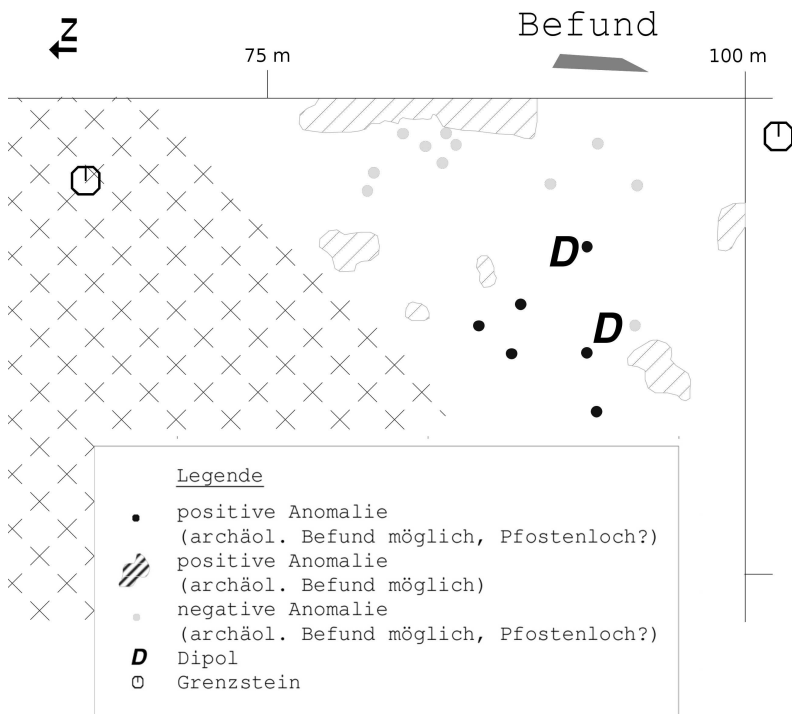
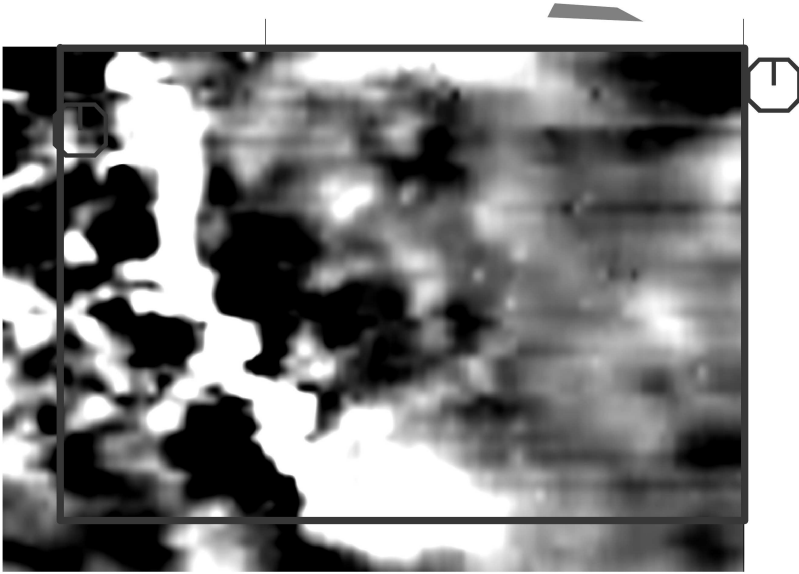
Sollte ein Abtrag des Oberbodens geplant sein, so ist bei dessen Entfernen zu berücksichtigen, dass die angetroffenen Spuren ggf. nur noch rudimentär, d.h. in den oberen Zenti- oder Dezimetern erhalten sein könnten.⁷

Schon die Vorbereitungen zur geomagnetischen Untersuchung ließen deutlich werden, dass der archäologische Befund vor allem durch weitere ackerbauliche Meliorisationsmaßnahmen nachhaltig bedroht war.⁸ Zur notwendigen Sicherung und ggf. weiteren Klärung der archäologischen Situation ermöglichte das LfDH eine kleine Grabungsmaßnahme. Unter Mitwirkung vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer und mit Unterstützung der Gemeinde Buseck wurde innerhalb von zwei Tagen der Befund unter Anlage mehrere Plana ergraben und dokumentiert (vgl. Abb. 6).⁹

7 Zit. M. Tarrasconi, Archäologisch-geophysikalische Prospektion (Magnetometerprospektion) Flur „Am nassen Strauch“, Gde. Buseck, Gemarkung Beuern, Landkreis Gießen. Technische Dokumentation - Abschlussbericht, 15. Dez. 2008, S. 6f, Hervorhebungen im Original

8 So war direkt an der Fundstelle ein Entwässerungsrohr aus Kunststoff in rechtem Winkel zum Drainagegraben eingepflügt worden.

9 Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Abt. Archäologie und Paläontologie, Grabungsbericht: M. Obst, E-Nr. 2008/87 vom 13. März 2009



Geotechnisches Büro Dr. Tarasconi

www.boden-baugrund.info

Abb. 5: Auswertung der geomagnetischen Prospektion (Ausschnitt)

Befundbeschreibung

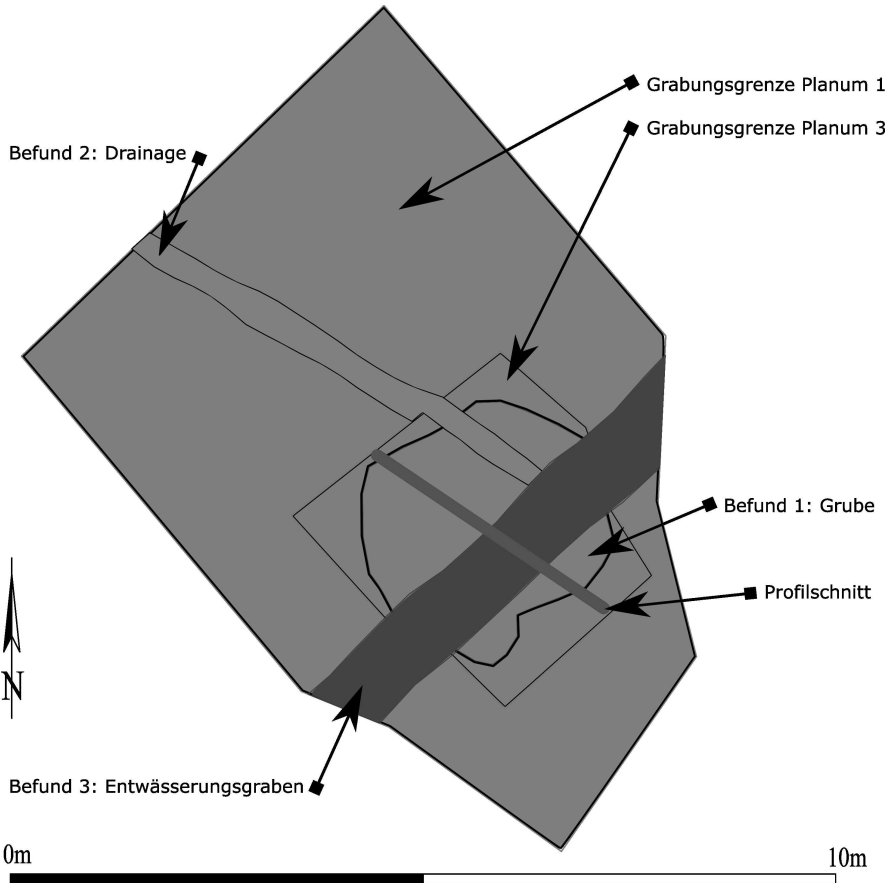


Abb. 6: Planumsskizze (M. Obst LfDH, Umzeichnung vb)

Nach Abtrag des Mutterbodens war schon im ersten Planum eine sich schwach abzeichnende ovale Störung von 2,6 auf 3,1 m erkennbar, die durch den Entwässerungsgraben und das PVC-Drainagerohr fast rechtwinklig durchschnitten war. Weitere Plana und ein Profilschnitt konkretisierten den Befund als relativ regelmäßig wannenförmige Grube anthropogenen Ursprungs. Das Profil verdeutlichte nochmals die schon bei der Erstauffindung im Entwässerungsgraben beobachteten und dokumentierten Strukturen.¹⁰ Das Profil zeigt eine gegliederte Grube mit einer maximalen Tiefe von ca. 70 cm (vgl. Abb. 7).

¹⁰ Gerschlauer/Hess: Fundmeldung 2008

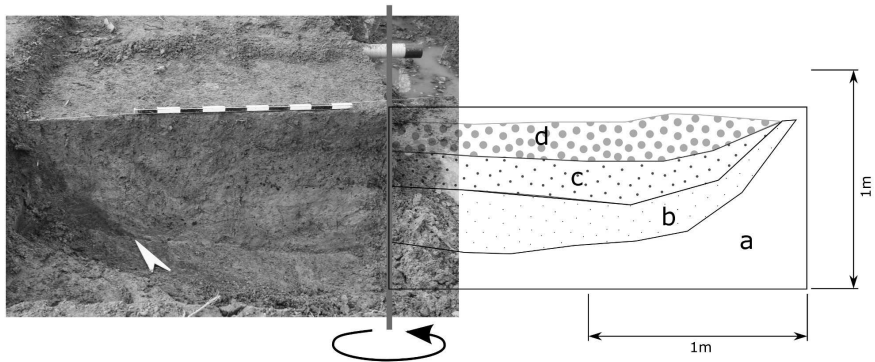


Abb. 7: Grubenprofil - (22. März 2009, M. Obst/LfjDH; Skizze vb)

Die drei Schichten stellen sich wie folgt dar: Eine graue schluffige Verlehmungszone (b) über dem anstehenden Untergrund (a) aus grobsandiger Basaltverwitterung deutete die Grenze des Grubenbefunds an. Überlagert wurde diese Schicht durch 15-20 Zentimeter tonig-grauen Schluffs versetzt mit Asche und Holzkohle (c), die wiederum nicht scharf getrennt in eine Zone mit massiven Rotlehmbeimengungen übergang (d).

Funde

Das umfangreiche Keramikmaterial lässt sich nach einer ersten Begutachtung der Formengruppe T3 der Keramiktypologie nach Meiborg zuordnen.¹¹ Es handelt sich um Kugeltöpfe - teilweise mit Tüllen und Bandhenkeln. Die fast ausschließlich oxydierend gebrannte weiß- bis orangetonige und scheibengedrehte Irdenware entstammt primär der Ascheschicht (vgl. Abb. 7 (c), 9). Die Anzahl der Gefäßindividuen kann derzeit noch nicht eindeutig bestimmt werden. Es dürfte sich aber um mindestens 20 Gefäße gehandelt haben. Wenige Gefäßindividuen lassen sich darüber hinaus einer faststeinzeugartig hart gebrannten Irdenware zuordnen (vgl. Abb. 8).

Besondere Erwähnung verdient ein Deckelfragment aus oxydierend gebrannter Irdenware mit roter Bemalung „Pingsdorfer Art“ (vgl. Abb. 10).

Neben einem Eisenfragment wurde ein kleines bearbeitetes Sandsteinbruchstück mit teilweise geglätteter Oberfläche gefunden.

Ferner fanden sich große Mengen an Rotlehmfragmenten, die eine Größe von 10 cm nicht überschreiten. Einige Fragmente weisen geglättete Oberflächen auf. Bei einer ersten Durchsicht des Materials konnten keine Abdrücke von Flechtwerk beobachtet werden.

11 Chr. Meiborg, Das Kanonissenstift in Wetter, Kr. Marburg, die Ausgrabungen im ehemaligen Stiftsgelände auf dem Klosterberg, in: Fundberichte aus Hessen 39./40. (1999/2000), Wiesbaden 2005, S. 71 - 248



Abb. 8: Faststeinzeugartige Irdenware, reduzierend gebrannt (9. Okt. 2010, Foto vb)

Der Fundkomplex vermittelt einen zeitlich homogenen Eindruck und lässt sich vorläufig unter Berücksichtigung jüngerer archäologischer Befunde aus Marburg und Umgebung in das 13. Jahrhundert datieren.¹²

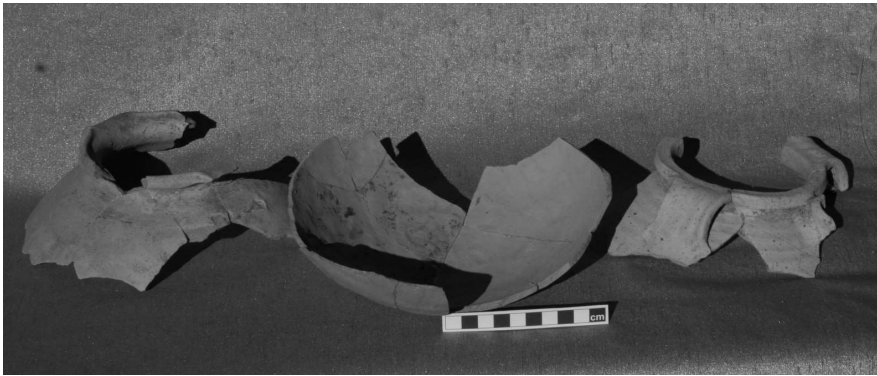


Abb. 9: Oxydierend gebrannte Irdenware (9. Okt. 2010, Foto vb)

12 U. Klein, C. Süßmuth: Die mittelalterliche Synagoge in Marburg. Dokumentation der Ausgrabung, Marburg 2009 (= Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 92), hier: S. 240ff; R. Atzbach: Marburgs heiligster Ort. Ausgrabungen 1970/71 am Standort der Hospitalgründung der heiligen Elisabeth, Marburg 2007 (= Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 88); Chr. Meiborg, Wetter, 2005; G. Schunk-Larrabee: Die Entwicklung der Oberhessischen Keramik am Beispiel Marburger Bodenfunde, Butzbach 1998

Interpretation

Die Lage des Befundes stellt sich zunächst als isoliert dar. Auch Begehungen im Umfeld erbrachten kaum mittelalterliches Fundmaterial. Nur die Geomagnetik lässt wenige anthropogene Strukturen im direkten Umfeld des ergrabenen Befundes wahrscheinlich erscheinen.

Auch wenn die Einwohner Beuerns auf der Grundlage einer nicht klar datierbaren Urkunde aus dem Kloster Arnsburg aus der Zeit zwischen 1199 und 1219 vor wenigen Jahren ihr 800-jähriges Dorfjubiläum feiern konnten, so lässt uns doch im Konkreten die schriftliche Überlieferung aus der Entstehungszeit des archäologischen Befundes im Stich.¹³ Zwar ist auch für den Bereich der Ortsteilgemarkung Beuern für die Mitte des 13. Jahrhunderts von einer im Vergleich zu heute allgemein höheren Siedlungsstellendichte als Ergebnis früh- und hochmittelalterlichen Landesausbaus zu rechnen; schriftliche Hinweise haben sich allerdings nur für eine weitere mutmaßliche Ansiedlung (und Burg) Hagen - vielleicht zu lokalisieren ca. 0,5 km nördlich von Beuern in Orientierung am Flurnamen „Burghain“ - erhalten.¹⁴

Es ist also nach derzeitigem Stand der Forschung von einer kleineren, aller Wahrscheinlichkeit nach zeitlich und räumlich eng eingegrenzten Siedlungslage auszugehen, deren Existenz sich offensichtlich in schriftlichen Quellen des Hochmittelalters nicht niedergeschlagen hat. Die von der Geomagnetik nahegelegten, aber nicht ergrabenen weiteren anthropogenen Strukturen unterstreichen dies. Denkbar wäre beispielsweise die Zugehörigkeit zu einer kleinen Hofstelle in der Nähe einer mutmaßlich mittelalterlichen Verkehrsverbindung, deren Verlauf sich noch heute im Flurnamen „An der hohen Straße“ unweit südöstlich des archäologischen Befundes ausdrückt.¹⁵ So mag der ergrabene Befund ursprünglich als Lehmentnahmegrube gedient haben, die später mit Abfällen verfüllt wurde.

Wir dürfen sicher für das Hochmittelalter mit einer Vielzahl solcher Einzelhöfe bzw. isoliert liegenden Siedlungseinheiten rechnen, deren Gründung nicht selten insbesondere mit der von Klöstern als Grundherren ausgehenden Binnenkolonisation in Verbindung zu bringen ist. Selten fanden sie Niederschlag in schriftlicher Überlieferung. Im Busecker Tal lässt sich zumindest ein solcher Hof auch schriftlich als solcher fassen: Im August 1332 nimmt Albrad, Ehefrau Hermanns

13 Zuletzt: H. H. Kaminsky: Beuern im 13. und 14. Jahrhundert, in: 800 Jahre Beuern. Zwischen Strutwald und Rotem Holzberg. Zur Geschichte des Dorfes - aus seinem Leben - zu seinem Jubiläum, Beuern 2005, S. 1 - 16

14 Vgl. exempl. mit weiterführenden Literatur- und Quellenangaben: H. Bräuning: Die Wüstungen im Busecker Tal. Teil 1, Buseck 2005 (= Schriftenreihe des Heimatkundlichen Arbeitskreises Buseck e.V. 12)

15 Zum Flurnamen vgl.: Passler/Handloser, Flurnamen, 2006, S. 64; zur Verkehrsverbindung (nach Th. Müller): D. Schäfer: Die Geschichte Beuerns von der Frankenzeit bis zum Ende der politisch selbständigen Gemeinde Beuern, in: Bei uns in Beuern. Geschichte - Geschichten - Geschichtchen, o.O. 1985, S. 37 - 72, hier S. 48f

von Trohe, einen Hof genannt zum „Korinberg“ (heute: Kernberg) bei dem Dorf Buseck als landgräfliches Lehen in Empfang¹⁶

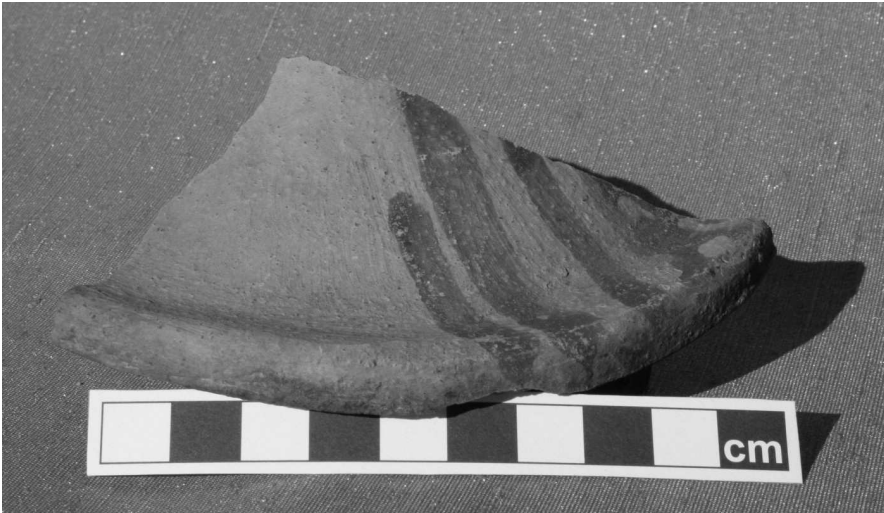


Abb. 10: Deckelfragment, rot bemalte Irdenware, oxydierend gebrannt (9. Okt. 2010, Foto vb)

Wir wissen also nicht, was uns durch die Zufälligkeit der historischen Überlieferung unbekannt geblieben ist. Während die schriftlichen Quellen auch künftig nur schwer vermehrt werden können, liefert die Archäologie selbst in ihren vordergründig unscheinbarsten Befunden noch immer die Möglichkeit zur Erschließung weiterer i.w.S. historischer Quellen und somit im interdisziplinären Kontext fast die einzigen Grundlagen zur künftigen Erforschung der Siedlungs- und Kulturgeschichte des heimischen Raumes. So ist die Aussage, wonach „Burg und Dorf Hagen [...] die einzigen untergegangenen menschlichen Ansiedlungen der jüngeren Geschichte in der Beuerner Gemarkung“ waren¹⁷, zwar unter ausschließlicher Berücksichtigung der hochmittelalterlichen Quellenüberlieferung für den Bereich der heutigen Ortsteilgemarkung von Beuern vermutlich richtig. Der kleine archäologische Befund „Vorm nassen Strauch“ macht demgegenüber beispielhaft, aber nachdrücklich deutlich, welch' bedeutsame nicht schriftliche Überlieferung noch heute im Boden auf ihre Entdeckung wartet.

16 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt A 3 Nr. 199/1; dazu W. Lindenstruth: Der Streit um das Busecker Tal. Ein Beitrag zur Geschichte der Landeshoheit in Hessen, in: Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins 18 (1910), S. 85 - 132, hier S. 98. Im Arnburger Register von 1489-91 erscheint ein „Wolfshuss“: „Die Einzahl von haus weist vielleicht darauf hin, daß wir es mit einem Einzelhof zu tun haben (...) und daß der alte Name heute als Flurbezeichnung im Volksmund (amtlich ist er nicht mehr im Gebrauch) in der Form „hinner W(u!)lfshause“ (> hinter Wolfshausen) lebt.“ W. Lindenstruth: Wüstungen im Busecker Tal, in: Quartalblätter des Historischen Vereins für das Großherzogtum Hessen NF 4 (1910), S. 502 - 506, hier zit. S. 506

17 Zit. Schäfer, Beuern, 1985, S. 51

Glücklicherweise trifft die als Motto diesen Ausführungen vorangestellte Kritik Karl Glöckners so heute nicht mehr. In interdisziplinärem Zusammenhang erarbeitet die Archäologie und die historische Kulturlandschaftsforschung wachsende Inventare mit hohem Quellenwert, deren Schutz und Erhalt den Denkmalbehörden obliegt. Das Zusammenwirken von Behörden, Gemeinden, lokalen Initiativen und ehrenamtlich engagierten Einzelpersonen - wie im skizzierten Fall - ist dabei wertvoll und unerlässlich.

Konkret heißt das für den untersuchten Bereich, dass bei künftigen, nicht unbedingt tiefen Bodeneingriffen vor allem westlich des ergrabenen Befundes mit weiteren Siedlungsspuren zu rechnen ist, die nur durch entsprechende Aufmerksamkeit der lokalen Öffentlichkeit für die Nachwelt gerettet und in das große Puzzle der mittelalterlichen Siedlungsgeschichte eingebunden werden können.

Die 375-jährige Todenwart-Stiftung wurde zu neuem Leben erweckt

DAGMAR KLEIN

Im 375. Todesjahr der Catharina Wolff von Todenwart(h) erfolgte am 13. Juni 2010 in der Michaelskapelle im Gießener Stadtkirchenturm die feierliche Unterzeichnung eines Vertrags, der die Vergabe der Todenwartschen Stiftung neu regelt. Nachfahren der Todenwarth-Familie waren angereist, um gemeinsam mit Vertreter/innen von Stadt und Kirche den Änderungsvertrag zu unterzeichnen.

Antonius Wolff von Todenwart(h), Kanzler des Landgrafen Georg II von Hessen-Darmstadt, hatte 1635 eine Stiftung zum Andenken an seine an der Pest verstorbenen Ehefrau eingerichtet. Jährlich sollten 50 Gulden aus den Erträgen der Stiftung „under Hausarme Leuht ... zu gleichen theilen ausgetheilt“ werden; ganz so, wie es Catharina zu Lebzeiten selbst getan hatte. Der Stifter handelte mit Weitsicht: Er kaufte bei der Stadt eine ewige jährliche Rente und schaffte damit die Grundlage dafür, dass auch nach seinem Tod die Stadt Gießen zur Auszahlung der 50 Gulden an Hausarme verpflichtet war - auf ewig.

Dass dieser Vertrag Gültigkeit besitzt, das hatte ein Urteil des Landgerichts im Jahre 1928 bestätigt. Die Kirchengemeinde war vor Gericht gezogen, weil die Stadt die Auszahlung 1923 eingestellt hatte. Das Gericht legte auch die Summe fest, die im Laufe der Jahrzehnte von Gulden in DM und schließlich in Euro umgewandelt wurde. Zuletzt stellte die Stadt jährlich rund 60 Euro zur Verfügung. Für den Akt des Verteilens ist die Stadtkirchengemeinde, also die Pankratiusgemeinde zuständig.

Das einst durch Wolff von Todenwarth festgelegte Verfahren besagt, dass am Himmelfahrtstag ein Aufruf von der Kanzel erfolgt, auf den Bedürftige sich melden sollen. Doch genau das war zum Problem geworden, niemand meldete sich mehr. Eine vertragliche Änderung musste her, die gemeinsam mit allen Beteiligten an einem ‚runden‘ Tisch gefunden wurde. Zu der Runde gehörte auch die Verfasserin, die als Journalistin mehrfach auf die Dringlichkeit einer Neuregelung hingewiesen¹ und den Kontakt zum Nachfahren Dr. Jochen Halbig hergestellt hatte. Er hatte vor einigen Jahren die originale Todenwarth in Fambach bei Schmalkalden gekauft und restauriert.²

1 Dagmar Klein (dkl): Seit 2001 keine Zahlungen mehr an „Stadtarme“ - Die fast 400-jährige Tradition der „Todenwartschen Stiftung“ ruht seit Jahren - Ausstieg der Stadt 1928 gescheitert, in: Gießener Allgemeine Zeitung (GAZ), 27.05.2009

2 Dagmar Klein: Zentraler Treffpunkt einer Familie. Wolff von Todenwarthsche Stiftung in Gießen und Todenwarthes Schloss bei Schmalkalden, in: Hessische Heimat, Geschichtsbeilage der GAZ, Nr. 19/12.09.2009



*Die Unterzeichnung des Änderungsvertrags in der Michaelskapelle des Stadtkirchenturms
(v.l. vordere Reihe: Dr. Jochen Halbig, Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz, Bürgermeisterin
Gerda Weigel-Greilich, Dekanats- Synodalvorstand Gerhard Schulze-Velmede
hintere Reihe: Pfr. Peter Obl, Antonius Wolf von Todenwart, Dekan Frank-Thilo Becher)*

Die erste nach den neuen Bedingungen ausgezahlte Summe ging an die OASE, ein Projekt für wohnungslose Frauen, deren Haus im Quartier der Pankratiusgemeinde liegt. „Mit diesen Änderungen wird das Gedenken an eine wichtige Frau in der Gießener Stadtgeschichte und an eine großartige Stiftungsidee wachgehalten“, erklärte die Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz. „Die Stadt nimmt nicht nur ihre rechtliche Verpflichtung ernst, sie nimmt vielmehr ihre historische Verantwortung wahr.“

Der Änderungsvertrag wird nachfolgend abgedruckt. Zuvor sei noch darauf hingewiesen, dass die beiden Nachfahren zusammen mit dem Freundeskreis Todenwarth angereist waren. Nach dem Gottesdienst in der Pankratiuskapelle ging es noch auf den Alten Friedhof, um das Grabhaus der Catharina Wolff von Todenwarth zu besuchen, dessen Restaurierung durch den Denkmalschutz der Stadt Gießen 2005 abgeschlossen wurde.³

3 Pressemitteilung (pm): Kanzler vermaß das kleine Wort Inflation. Soroptimist-Club gibt 5000 € für Renovierung des Todenwarth-Grabhäuschens, in: GAZ 15.09.2005



Der Besuch des Freundeskreis' Todenwarte am Todenwartschen Grabhaus auf dem Alten Friedhof

Änderungsvertrag zur Todenwart(h)-Stiftung

Am 25.8.1635 haben die Herren

Antonius Wolff von Todenwart und Eberhard Wolff von Todenwart als
Stifter,

Johann Dietrich als Superintendent,

M. Hartmanus Mogius und Justus Geilfusius als Stadtprediger,

Johann Gerlach als Stadtschultheiß,

Melchior Stohr als ältester Bürgermeister, und

Johannes Kemmerer als Kastenmeister

eine Stiftungsurkunde zugunsten der Gießener Hausarmen errichtet. Aus dieser Stiftung sollen an die in Gießen wohnenden Armen, die sich vorher einschreiben lassen, am 10. Juni des alten Kalenders 50 Gulden morgens zwischen 5 und 6 Uhr zu gleichen Teilen verteilt werden. Damit die in Betracht kommenden Personen Kenntnis von der Stiftung erlangen, ist an Christi Himmelfahrt jeden Jahres von der Kanzel der Stadtkirche eine nach dem Wortlaut festgelegte Aufforderung zu verlesen. Am Sonntag vor Pfingsten ist das Verzeichnis der Personen, die sich gemeldet haben, vom Kastenmeister dem Superintendenten und den beiden Stadtpredigern, ebenso dem Schultheiß und dem ältesten Bürgermeister vorzulegen. Vor der Verteilung des Stiftungsbetrags soll am selben Tag etwa um 4 Uhr in einer Sitzung, bei der die Unterzeichner der Stiftungsurkunde oder deren Nachfolger anwesend sein sollen, der Stiftungsbrief vorgelesen werden. Nach der Verlesung der Urkunde sollten der Superintendent zwei, die anderen fünf Personen einen Goldgulden erhalten.

Die Unterzeichner dieses Vertrags,

Antonius Freiherr Wolff von Todenwarth, Soester Strasse 12, 45307
Essen

Herr Dr. Jochen Halbig, Todenwarth 1, 98597 Fambach, mit Vollmacht
der bekannten Nachfahren des Stifters,

das Evangelische Dekanat Gießen, vertreten durch den Dekanatssynodal-
vorstand, dieser vertreten durch den Vorsitzenden Gerhard Schulze-
Velmede und Dekan Frank-Tilo Becher,

die Universitätsstadt Gießen, vertreten durch den Magistrat,

haben gemeinsam den festen Willen, im Andenken an den Stifter und seine Ehe-
frau das Anliegen der Stiftung fortzusetzen. Sie müssen jedoch in Rechnung
stellen, dass sich die Stiftungsurkunde nach den Erfahrungen der Jahre seit 2001
nicht mehr wortgetreu vollziehen lässt, weil sich keine bedürftigen Personen
mehr auf den Aufruf am Himmelfahrtstag von den Kanzeln der Kirchen im
Stadtgebiet melden.

Um für die Zukunft zu gewährleisten, dass dem Anliegen der Stiftung in mög-
lichst weitgehender Übereinstimmung mit dem Willen des Stifters nachge-
kommen wird, schließen die Parteien folgende Vereinbarung:

Artikel 1. Vertragsgrundlage.

Grundlage dieser Vereinbarung ist die maschinenschriftliche Abschrift

1. des landesfürstlichen Konsensbriefs,
2. der Obligation der Stadt Gießen,
3. der Stiftungsurkunde,

die als Anlage 1 dieser Vereinbarung beigelegt ist. Die Parteien erkennen die Übereinstimmung dieser Abschriften mit dem Original der betreffenden Schriftstücke an.⁴

Artikel 2. Änderungen der Stiftungsurkunde.

1. In der Stiftungsurkunde heißt es:

„Solche fünfzig gulden, sollen von nun an, ein und alle iahr, gar eigentlich eben am zehenden Tag Juny alten Calenders früh zwischen 5 und 6 Uhr, in der Stadt Giessen, in der Kirch daselbst, unter Haußarme, Leuht, welche in Giessen wohnend sind, und sich, wie hirmach gemelt, und sub praeiudicio exclusionis erfordert würd, gebührlich angezeigt und einschreiben lassen, zu gleichen theilen ausgetheilt, und dar von in einem armen, so vil als dem andern, ohnerachtet eins vor dem andern älter oder dürftiger were, zugethailt, und hirinn allein auf die anzahl der zu Gießen wohnenden Hausarmen gesehen, und ihnen alle gegeben werden.“

Dieser Text wird wie folgt geändert:

„Diese 50 Gulden werden nach heutiger Währung ohne Anspruch auf Übereinstimmung mit irgendeiner Umrechnungsvorschrift auf einen Betrag von 500 € im Jahr festgelegt. An dem auf den 10. Juni des neuen Kalenders folgenden Sonntag soll während des vormittäglichen Gottesdienstes von den Kanzeln der Gießener Gemeinden der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau verkündet werden, welche gemeinnützige Gießener Einrichtung, die sich um die Verbesserung der Lebensbedingungen bedürftiger Personen oder Personengruppen bemüht, diesen Betrag erhalten soll. Es ist auch möglich, den Betrag auf mehrere derartiger Einrichtungen aufzuteilen. Die Begründung der Entscheidung ist in dem Gottesdienst zu verlesen.“

2. In der Stiftungsurkunde heißt es:

„Und damit disse wohlgemainte Stiffung keinem Hausarmen, welcher derselbe bedarff, und in Giessen wohnt, verborgen bleibe und keiner aus mangel berichts an dem gemeiß solches Allmosens, einigs iahrs versaumbt were, So sollen alle iahr auf den Auffahrtstag Christi, nach gehaltener Ambtspredigt, von der Cantzel zu Giessen, durch den ienigen, der alsdan die Predigt verrichtet, disse wort, aus einem Zettul, öffentlich und dewtlich verlesen werden.

„Libe Christen, am nechstkünfftigen zehenden Juny früh, zwischen fünf und sechs uhr, würd in dieser Stattkirch, under diejenige Haussarme, welche in Gies-

4 Publiziert in MOHG Bd. 49/50 (1965) von Carl Röhr

sen wohnen, ein Christlich geldallmosen, so von weyland Frawen Catharina Wolffin von Todenwart, geborner von Beeck, Cantzlarin seeligen, einer in Gott ruhenden frommen Matrone herrührt, ausgethailet werden. Wer nun aus dem mittel der alhir wohnenden haussarmen, desselben Allmosens begehrt zu genießen, der soll sich noch vor ausgang disser woch beim Castenmeister anmelden, und einschreiben lassen, damit man seinen nahmen wissen könne. wer sich aber noch vor ausgang disser woch beim Castenmeister nicht anmeldet, der soll, ob er sich schon hernach anzaigen, oder am zehenden Juny in der kirch erscheinen, und des Allmosens genissen wolte, für disses iahr nicht darzu verstattet werden.“

Dieser Text wird wie folgt geändert:

„Das Kuratorium gibt den Gießener Gemeinden der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau Gelegenheit, ihm bis zum Ende der Woche, in die der Himmelfahrtstag fällt, jeweils eine geeignete Einrichtung vorzuschlagen und ihren Vorschlag zu begründen. Das Kuratorium teilt ihnen ferner mit, dass Voraussetzung für das Vorschlagsrecht ist, dass im Gottesdienst der Gemeinde am Himmelfahrtstag an die Stiftung, ihren Anlass und Zweck, den Stifter und seine Ehefrau in geeigneter Form erinnert wird. Form und Inhalt dieser Erinnerung sind in der Begründung des Vorschlags zu beschreiben. Nicht fristgerechte Vorschläge werden nicht in die Auswahl einbezogen.“

3. In der Stiftungsurkunde heißt es:

„Darauf soll am Sonntag, welcher der nechste vor Pffingsten ist, nach gehaltener Predig, dem Herrn Superintendenten und den beeden Stattpredigern, wie auch dem Statt Schultheissen und dem eltisten Bürgermeister zu Giessen, der alsdan im Ambt ist, der Castenmeister, die verzeichnis der Hausarmen, so viel derselben bey ihm, in der Auffahrtswoch sich angegeben vorlegen. Da sollen die Haußarmen personen, welche sich beim Castenmeister angemeldet, und zu Giessen wohnend sind, gezehlt werden, und so viel deren Hausarmen von einem guhten, erbarn und unsträflichen Wandel sind, in so viel stücker oder theil, sollen die fünfzig gülden, gleich getheilet, zeitlich vor dem zehenden Tag juny, zusammen gezehlet, und am vierberürten zehenden Juny früh zwischen fünf und sechs Uhr, ohnfeilbar ausgespendet werden, also, dass man, eh dann es gar sechs schlägt mit der austheilung fertig sey.“

Dieser Text wird wie folgt geändert:

„Das Kuratorium prüft die fristgerecht eingegangenen Vorschläge darauf, ob die Voraussetzungen vorliegen. Für die zulässigen Vorschläge entscheidet es an dem Sonntag vor Pffingsten in dem Zeitraum nach den vormittäglichen Gottesdiensten nach billigem Ermessen über die Zuteilung des Betrags. Es können auch mehrere Vorschläge ausgewählt und mit genau zu bezeichnenden Teilen des Betrags bedacht werden. Der zur Verfügung stehende Betrag muss voll aus-

geschöpft werden. Geht kein zulässiger Vorschlag ein, wird der Betrag bis zum nächsten Bewilligungstermin hinterlegt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.“

4. In der Stiftungsurkunde heißt es:

„Und auf das es bey diesem Stifftungsbrif genau verbleibe, und dessen disposition umb so viel weniger überschritten werde, wie ich dar in meinem tragenden schweren diensten wohlerfahren und oft mit betrübnuß gesehen, welcher gestalt von mancher feinen disposition, nur aus mangel mehrmaligen Lesens derselben, und wegen allzuvilen vertrauens auf die hinfällige menschliche gedächtnus, allgemächlich abgeschritten, und viel von der Stiffter meinung nachgelassen weren. So begehre ich hertzlich, es wollen die, droben ermelte sechs Personen, benanntlich der Herr Superintendentens, die beede Stattprediger, der Statt Schultheis, der eltiste Bürgermeister und der Castenmeister, so ie zu Zeiten nach Gottes willen, in dissen diensten zu Giessen sein werden, an einem jeden zehenden Tag Juny, desto früher, etwa umb vier Uhr zusammen kommen, und ehe darf sie einigen Hausarmen in die Kirche einlassen, gegenwertigen Stifftungsbrief verlesen, nach der verlesung under sich eine umbfrag halten, und da Jhrer einiger etwas wissen oder anzeigen würde, so disser Stifftung zu wider vorgegangen were, dessen Besserung mit guhtem fleiss in acht nehme.

Damit auch die sechs personen die müh, mit deren ich Sie hirinn belade, nechst deme Sie hirdurch dem Allmächtige Gott selbst dienen und dessen von ihm gnedige belohnung empfangen werden, doch auch sonst nicht gar vergebens tragen, sondern ein, ob schon ringfügige, doch guht gemeinte dankbarkeit von mir spüren mögen, So übergebe Jhnen ich auch hiermit die siben Goldgulden iährlicher erbrenthe, von der Statt Gießen fallend, wie davon in der zu dissem Stifftungsbrief gehenckten Gießischen obligation gemeldet würd, also dass man jedes iahrs am zehenden Juny früh zwischen fünf und sechs Uhr die austheilung under die arme beschehen sein würd, der Herr Superntendent von den siben goldgülden zween, die andern fünf Personen aber, eine iede einen goldgülden davon haben und empfangen und da eine von den sechs personen alsdan nicht zugegen in der Kirch were, es beschehe aus was vor publicis oder privatis, gemeinen oder sonderbaren Verhinderung es immer wolle, deren angebühr soll ihro nicht zu Hauß geschickt noch aufgehoben, sondern under die anwesende übrige so bald gethailt werden.“

Hier wird folgender Text angefügt:

„Das Kuratorium erfüllt dieses Begehren, indem es sich an jedem 10. Juni um 5.45 Uhr morgens in einer Gießener Kirche der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau versammeln soll, um die beiden ersten Absätze der Stiftungsurkunde, sowie die am Sonntag vor Pfingsten getroffene Entscheidung mit Begründung öffentlich zu verlesen.

Die Parteien können sich formlos auf eine andere Uhrzeit verständigen, ohne dass es einer schriftlichen Änderung des Stifftungsbriefs bedarf.

Der dem Kuratorium zugedachte Betrag von sieben Goldgulden wird als Beitrag des Kuratoriums zur Aufstockung des Auszahlungsbetrags auf 500 € im Jahr verwendet.“

Artikel 3. Kuratorium.

(1) Das Kuratorium besteht aus

1. dem Dekan des Evangelischen Dekanats Gießen als Superintendent,
2. dem Pfarrer der Evangelischen Pankratiusgemeinde für die beiden Stadtprediger,
3. der Oberbürgermeisterin als Schultheiß und ältester Bürgermeister,
4. dem Leiter der Evangelischen Regionalverwaltung für die kassenführende Stelle des Evangelischen Dekanats Gießen als Kastenmeister.

(2) Das Kuratorium nimmt auch die Aufgaben wahr, die nach der Stiftungsurkunde vom Superintendent, den beiden Stadtpredigern, dem Schultheiß, dem ältesten Bürgermeister und dem Kastenmeister gemeinschaftlich wahrzunehmen sind.

(3) Ein von den Stiftern benannte Person ist zu den Sitzungen des Kuratoriums einzuladen und kann mit beratender Stimme teilnehmen.

Artikel 4. Übergangsregelung.

Die Änderung der Stiftungsurkunde gilt ab dem 1. Mai 2010. Die Stadt verpflichtet sich, die Stiftungsurkunde mit den durch diesen Vertrag vereinbarten Änderungen herzustellen und den Parteien zu übersenden.

Gießen, den 13. Juni 2010

Es unterzeichneten:

Antonius Frh. Wolff von Todenwarth und Dr. J. Halbig, Vertreter der Stifterfamilie

Gerhard Schulze-Velmede und Frank-Thilo Becher, Dekanatssynodalvorstand

Peter Ohl, Pfarrer der Evangelischen Pankratiusgemeinde

Dietlind Grabe-Bolz, Oberbürgermeisterin, und Gerda Weigel-Greilich, Bürgermeisterin

Ziegelhütte, Pottaschesiederei und Pläne zu einer Fayence- und Steingutfabrik in Einartshausen im Vogelsberg

KONRAD SCHNEIDER

Das mit einem großen Waldbestand ausgestattete Dorf Einartshausen (heute Stadt Schotten) im westlichen Vogelsberg gehörte bis 1704 der Laubacher und anschließend der Rödelheimer Linie der Grafen von Solms. Solms-Rödelheim besaß nur Streubesitz von wenigen Orten in der Wetterau bis in den westlichen Vogelsberg.¹ 1806 wurde Solms-Rödelheim mediatisiert und Teil des Großherzogtums Hessen. Der Verlust der Landeshoheit bedeutete jedoch keinen Totalverlust aller Besitzungen und Rechte. Als Standesherrn behielten die Grafen von Solms-Rödelheim eine Reihe „Reservatrechte“ und gehörten nach der hessischen Verfassung von 1820 mit einer Unterbrechung von 1848 bis 1856 bis 1918 zur Ersten Kammer des Landtags. Die besonders in Oberhessen ansässigen Standesherrn waren Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen, insbesondere 1848. Noch heute haben die Grafen von Solms-Rödelheim beträchtlichen Grundbesitz.²

Die Gemarkung von Einartshausen umfasst 546,14 ha und besteht zu 43% aus Wald. Grün- und Ackerland umfassen zu gleichen Teilen zusammen rund die Hälfte.³ Um 1800 musste ein großer Teil der Einartshäuser seinen Lebensunterhalt auswärts und besonders in der Wetterau verdienen, was aber nur in der Erntezeit möglich war. Junge Männer konnten sich als Drescher oder Holzarbeiter verdingen. Doch auch dies waren nur Saisonbeschäftigungen.⁴ 1830 hatte das evangelische Pfarrdorf Einartshausen 80 Häuser mit 407 Einwohnern, eine Getreidemühle und eine Ziegelhütte, rund zwanzig Jahre später 448 Einwohner und keine Ziegelhütte mehr. In der Wetterau und im Vogelsberg war das Ziegeleigewerbe dank entsprechender Tonvorkommen verbreitet, so in Grünberg 1850, Schotten und Laubach. In Laubach arbeiteten auch einige Hütten-

1 Tobias Busch, *Herrschen durch Delegation. Reichsgräfliche Herrschaft zum Ende des 17. Jahrhunderts am Beispiel der Reichsgrafschaft Solms-Rödelheim*, Darmstadt u. Marburg 2008, S. 58-53, 168 f.; Wilhelm Engelbach, *Studien zur Wirtschaftsgeschichte der Grafschaft Solms-Rödelheim*, Marburg 1952, ungedruckt, Staatsarchiv Darmstadt (StAD), Bibliothek, N 1340/10.

2 Eckhart G. Franz, Peter Fleck u. Fritz Kallenberg, *Grossherzogtum Hessen (1800) 1806-1918*, in: *Handbuch der hessischen Geschichte*, hrsg. v. Walter Heinemeyer, 4, Marburg 2003, S. 668-884, passim; Georg Wilhelm Justin Wagner, *Beschreibung des Großherzogtums Hessen*, 4, *Statistik im Ganzen*, Darmstadt 1832, S. 131-145 (Standesherrn).

3 800 Jahr Einartshausen 1187-1987, 2. bis 6. Juli 1987, Schotten-Einartshausen 1987.

4 StAD, F 24 C, 123/8, Bericht des solms-rödelheimischen Hofkammerrates Geyger, 9. Oktober 1802.

und Eisenwerke sowie eine Steingutfabrik. Im Hessischen Hinterland und in Oberhessen wurden reiche Eisenerzlager abgebaut und zu Roh- und Stabeisen verhüttet, besonders in der Friedrichhütte bei Laubach und im Hirzenhainer Hütten- und Hammerwerk bei Ortenberg.⁵ In Grünberg sind im 19. Jahrhundert eine obere und eine untere Ziegelhütte nachweisbar. Im Stadtarchiv werden städtischen Belehnungen von 1803 bis 1857 verwahrt, aus denen hervorgeht, dass sich die Stadt einen Sonderpreis von einem Gulden für jeweils tausend Dachziegel oder Backsteine vorbehielt. In einem Plan von 1863 sind in der oberen Ziegelhütte an der Alsfelder Straße ein Trockenbau und ein Kalkofen eingezeichnet. Die Bezeichnung „Ziegelhütte“ lebte länger als der Ziegeleibetrieb. Bereits 1841 gab es in einer Ziegelhütte auch eine Gastwirtschaft, Ende des 19. Jahrhunderts in der oberen Ziegelhütte eine Sommerwirtschaft. Das Ziegeleigewerbe war stets auch mit einer Landwirtschaft verbunden. Eine der Ziegeleien war 1842 in erheblichem Maße baufällig, so dass der Pächter von der Stadt aufgefordert wurde, die Baumängel zu beheben. Ihm wurde angedroht, ansonsten aus dem Pachtverhältnis entlassen zu werden. 1882 war die obere Ziegelhütte als Hofreite dargestellt.⁶ Diese Entwicklung ist bei Betrieben, die den Anschluss an die Industrialisierung nicht fanden, festzustellen.

Bis weit ins 19. Jahrhundert waren in Oberhessen und dessen Nachbarschaft Fachwerkhäuser die Regel.⁷ Ende des 18. Jahrhunderts begann man, bei den Füllungen der Fächer die gewohnten Stakhölzer mit Geflechtem aus eingewundenen Ästen und Ruten, die dann mit Strohlehm verschmiert wurden, durch Ausmauerungen mit ungebrannten Lehmsteinen und Backsteinen zu ersetzen. Öffentliche Gebäude bestanden, wenn sie massiv ausgeführt wurden, aus Bruchstein, im Vogelsberg aus einheimischem Basalt. Erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts verdrängten Backsteinbauten auch auf dem Land allmählich das Fachwerk.

Ziegelhütten bestehen in der Regel aus einem Gehöft mit Wohnhaus, Scheune und Stall sowie einem Brennofen in einem meist hölzernen oder Fachwerkgebäude und Trockenschuppen. Die zwischen den heutigen Wiesbadener Stadtteilen Igstadt und Breckenheim gelegene Ziegelhütte bestand nach 1830 aus einem zweistöckigen Wohnhaus, einer Trockenhütte, dem etwas abseits stehenden Brennofen von 13,5 x 6,3 m, einer Scheune und einem Viehstall im Wert von 1.000 Gulden (fl) sowie einem Acker und einer Wiese im Wert von 150 fl.⁸

5 Georg Wilhelm Wagner, Beschreibung des Großherzogthums Hessen, 3, Oberhessen, Darmstadt 1830, S. 59; Ph. A. F. Walther, Das Großherzogthum Hessen, Darmstadt 1854 (Neudruck Walluf 1973), passim; zur Eisenindustrie: S. 85-87.

6 Stadtarchiv Grünberg, Bestand Grünberg A, besonders Abt. XV, Konvolut 45, Faszikel 50-56, Abt. XXIII, Konvolut 5, Faszikel 39, Konvolut 6, Faszikel 21-24, Abt. XXVI, Konvolut 10, Faszikel 21-22 (Planzeichnung 1863), für die freundliche Unterstützung ist Frau Marei Söhngen-Haffer M.A., Stadtarchiv Grünberg, herzlich zu danken.

7 B. Hanftmann, Hessische Holzbauten, Marburg 1907; Heinrich Walbe, Das hessisch-fränkische Fachwerk, Gießen 1954 (2. Aufl.).

8 Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HStAW), Abt. 212, Nr. 2.858, dort auf fol. 55 Lageskizze des Betriebs.

Die Ziegler und ihre Familien betrieben in der Regel auch Landwirtschaft, um ihren Grundlebensunterhalt zu sichern. In Ziegelhütten dieser Art wurden in der Regel Dachziegel, Firstziegel, gelegentlich Kalk und auch Irdenware gebrannt. Backsteine wurden weniger benötigt und erlangten erst im 19. Jahrhundert allmählich größere Bedeutung, als die Massivbauweise die Fachwerkbauweise zu verdrängen begann. Zum Ziegelbrennen benötigt man geeignete Tonerden. Alle Tonerden enthalten Aluminium- und Siliziumoxid sowie chemisch gebundenes Wasser und besitzen trotz großer Unterschiede als gemeinsames Merkmal eine gewisse Plastizität. Von ihrer Zusammensetzung hängt ab, zu welchen Erzeugnissen die verschiedenen Tonerden verarbeitet werden können. Ziegeltone zeichnen sich durch erhöhte Anteile von Kalk, Alkalien, Eisenverbindungen, Salzen, Sand und organischem Material aus. Weil Ziegel, Backsteine, Irdenware und Kalk im selben Ofen bei derselben Temperatur gebrannt werden konnten, stellten hessische Häfner und Ziegler oftmals die gesamte Produktpalette her. Für Einartshausen ist dies allerdings nicht belegt.⁹

Zwischen dem Abbau der Tone und ihrer Verarbeitung zu Ziegeln liegen verschiedene Schritte. Zunächst muss die Bildbarkeit durch Verwitterungsprozesse wie Lagern im Freien, in Gräben oder Räumen mit hoher Luftfeuchtigkeit verbessert werden. Als Nächstes folgen Zerkleinern, Kneten und Mischen mit Sand und anderer Tonerde, wenn erforderlich.¹⁰ Hilfsmittel dazu waren Kollergänge mit zwei um eine senkrechte Achse laufenden Mühlsteinen, der 1643 in den Niederlanden entwickelte Tonschneider und nach 1830 Walzmaschinen, denen eine weitere Technisierung und Maschinisierung folgte. Nach dem Kneten wurde der Ton geformt. Die ursprüngliche Methode, das Streichen von Ziegeln und Backsteinen von Hand in Formen, wurde vielfach noch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts angewandt. Die in unserer Region dominierenden Biberschwanz-Dachziegel sind als Flachziegel Fortentwicklungen hölzerner Schindeln. Andere Dachziegelformen sind Hohlziegel (Mönch und Nonne), Falz- und Krempziegel, die ihrerseits auch landschaftsspezifisch bedingt sind. Die Ziegler standen hinter dem Erdtisch mit dem aufgehäuften Lehm und hatten daneben einen Kasten mit Sand stehen. Formen wurden vor dem Strich mit etwas Sand bestreut, damit die Ziegel nicht haften blieben. Daneben stand ein mit Wasser gefüllter Trog, in dem die Ziegel- und Backsteinformen nass gemacht wurden, damit die Formlinge nicht haften blieben. Backsteinformlinge entstanden in unten offenen Rahmen- oder Kastenformen. Bei der Fertigung von Biberschwänzen strich er den Lehm eine entsprechende Form. Bestand die Biberschwanzform nur aus einem Rahmen, musste die Nase zum Aufhängen an die Dachlatte durch eine

9 Siehe Joachim Naumann, *Hessische Töpferei zwischen Spessart, Rhön und Vogelsberg*, Kassel 1975; Karl Baeumerth, *Töpfer und Ziegler in Hessen-Homburg*, Usingen 1987; Klaus Engelbach, *Beiträge zur Gießener Töpferei*, in: *Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen*, 64, 1979, S. 147-183, 65, 1980, S. 227-250, 66, 1981, S. 161-188, 79, 1994, S. 117-149.

10 Beleg aus Wiesbaden vom Ende des 18. Jahrhunderts: zwei Teile Ziegelton und ein Teil Lehm, HStAW, Abt. 1.163, Nr. 185.

Aussparung des Brettchens geformt werden. Eine besondere Form sind verzierte Ziegel, die gern summarisch als „Feierabendziegel“ bezeichnet werden. Besonders die flachen Biberschwanzziegel eigneten sich für Ritzzeichnungen, Stempelungen und Inschriften. Nach der Trocknung im Freiland oder Trockenschuppen folgte der Brand. Hierbei gibt es zwei uralte Prinzipien, das Brennen in einem Meiler (Feldbrand) oder in einem Ofen.¹¹



Abb. 1: Sortiment einer handwerklichen Ziegelei: Lehmziegel, Backstein, Bodenplatte, Biberschwanzz, Firstziegel

Die wenigen archäologischen Belege zeigen Kammeröfen, in denen auch Fliesen, Irdenware und Kalk gebrannt werden konnten.¹² Oben offene Schacht- oder geschlossene Kammeröfen waren bis ins 19. Jahrhundert die Regel. Die oben offenen Öfen entwickelten sich aus Feldbrandmeilern, die noch im 20. Jahrhundert verbreitet waren.¹³ Bis ins 19. Jahrhundert war der alteutsche, oben offene,

11 Ausführlich zur Ziegeltechnik; Willi Bender, Vom Ziegelgott zum Industrieelektroniker. Geschichte der Ziegelherstellung von den Anfängen bis heute, Bonn 2004; Erwin Rupp, Die Geschichte der Ziegelherstellung, Heidelberg o. J.; Christine Doege, Bauhandwerker und Ziegler im Rheinland, Köln 1997.

12 Herbert Reyer u. Hans-Georg Stephan, Der Ziegelhof in Witzenhausen. Ein kommunaler Gewerbebetrieb des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, Witzenhausen 1988, S. 9, 43-49, dort auch weitere Beispiele.

13 Bender (wie Anm. 11), S. 283-288; Doege (wie Anm. 11), S. 68-75, Heinrich Winter, Der Feldbrandofen, in: Volk und Scholle, 15, 1937, S. 208-212.

gemauerte Ofen der am meisten verbreitete Ziegelofen, in dem mit aufsteigender Flamme geheizt wurde und die Heizgase nach oben entweichen konnten.



Abb. 2: Backsteinform



Abb. 3: Biberschwanzform

Dieser Ofentyp musste vor dem Brand oben mit Ziegeln und Lehm abgedeckt werden. Die unbedingt erforderlichen Luftlöcher wurden je nach Stadium des Brandes geöffnet und geschlossen.¹⁴ Ab etwa 1800 erhielten die Ziegelöfen in der Regel gemauerte Gewölbe mit Abzügen für die Rauchgase. 1824 entwickelte der kurhessische Oberbergrat Carl Anton Henschel (1780-1861) aus schon bewährten Typen einen „liegenden“ Flammofen (Kasseler Ofen) mit einem überwölbten langen Brennraum und Schornstein für eine horizontale Feuerführung. Die Entwicklung führte über andere Stufen wie Doppelkammeröfen zum Ringofen, den Friedrich Hoffmann (1818-1900) erstmalig 1859 bei Stettin erprobte, und mit dem ununterbrochen aufgeheizt, gebrannt und abgekühlt werden konnte, während der Brennprozess beim deutschen Ofen alles in allem rund vier Wochen dauerte. Große Sorgfalt war beim Einsetzen in den Ofen und beim Brand erforderlich. Beim Aufheizen zwischen 300 bis 850° C dehnen sich keramische Massen aus, bleiben bis 900° C konstant und beginnen dann zu schwinden. Zwischen 450 und 650° C spaltet sich das chemisch gebundene Wasser der Tonerde ab, die sich zersetzt und ihre Plastizität vollständig verliert. Der Garbrand zwischen 850 und 1.250° C und bei gewöhnlichen Ziegeln nicht über 1.000° C führt zu einem festen Verbund der Bestandteile der keramischen Masse bis zur Sinterung oder der Bildung von Glasanteilen durch Teilschmelzen des Feldspates bei 1.100° C, die bei geeigneten Tonerden zu Steinzeug und Porzellan führt.¹⁵ Beim Ziegelton, der in der Regel nicht über 1.000° C gebrannt wird, erfolgt dies nicht durch die Tonminerale selbst, sondern durch bestimmte Netzwerkwardler (Flussmittel) aus Oxiden u. a. von Eisen, Calcium, Natrium, Kalium und Magnesium. Zu hoch gebrannte Ziegel schmelzen und erzeugen Abfall, den Schmolz. Dem Garbrand folgt das Kühlen, das langsam und vorsichtig vorgenommen werden muss, um Risse zu vermeiden.¹⁶

Im Laufe des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit breitete sich die Ziegeldeckung von den Städten her aus und wurde durch Feuerordnungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorangetrieben, bis die Stroh- und Rieddächer im 19. Jahrhundert weitgehend verschwanden. Zu den für die Region wichtigen Feuerordnungen gehörten die von Hessen-Darmstadt von 1767, die nur Minderbemittelten das Decken mit Stroh und Schindeln gestattete, und die Gründung der kurmainzischen Brandkasse 1780.¹⁷ In dieser Zeit nahmen Ziegel-

14 Heide Braukmüller, Van Kleiland, Tichenwarken un Backstenen. Ein Streifzug durch das Ziegleiwesen des Rheiderlandes, Aurich 1983, S. 47, zum Feldbrand ebd., S. 41-46, insgesamt gute und verständliche Einführung.

15 Ost-Rassow, Lehrbuch der chemischen Technologie, hrsg. v. Franz Runge u. Wilhelm Karl Schwarze, 1, Leipzig 1965 (27. Aufl.), S. 482-491, Bender (wie Anm. 11), S. 269-274.

16 Thomas Wiegand (Hrsg.), Ofenreise. Der Kasseler Flammofen und die Großalmeroder Tonwarenindustrie, Kassel 2000; zu den Meilern und Ofentypen: Bender (wie Anm. 11), S. 283-348.

17 Rolf Reutter, Zur Geschichte der Ziegelproduktion im Rhein-Main-Neckar-Gebiet, in: Zur Geschichte und Kultur des Odenwaldes. Festgabe für Gotthilde Güterbock, hrsg. v. Winfried Wackerfuß, Rolf Assion und Rolf Reutter, Breuberg-Neustadt 1982 (2. Aufl.), S. 137-154, ders., Das Strohdach im Gebiet zwischen Rhein, Main und Neckar = Sammlung zur

hütten auch auf dem Land zu und belegen die Ausbreitung der festen Deckungen.¹⁸

Zur Ziegelhütte in Einartshausen liegt eine mehrbändige Überlieferung von 1705 bis 1841 vor. Ursache war, dass der Betrieb der solms-rödelheimischen Landesherrschaft gehörte und von der Landesherrschaft verpachtet wurde. Das abgelegene Dorf Einartshausen hatte einen eigenen gräflichen Verwalter.¹⁹ Die solms-rödelheimische Verwaltung zeichnete sich besonders im 19. Jahrhundert durch eine ausgesprochen gute Aktenführung aus. Um 1800 stellte der solms-rödelheimische Hofkammerrat A. E. Geyger fest,²⁰ dass in Einartshausen seit 200 Jahren Ziegel gebrannt worden waren.²¹ Im Jahr 1706 war die Ziegelhütte durch den gräflichen Verwalter Christoph Zimmermann an Johannes Helm verpachtet, der einen Zehnjahresvertrag hatte und nach Belieben Dachziegel, Backsteine und Bodenplatten brennen durfte. Er hatte sich auch bereit erklärt, die mit Stroh gedeckte Ziegelhütte mit Ziegeln zu decken, ein eigenes Haus zu bauen, zum eigenen Nutzen einen Acker zu roden, denn die meisten Ziegler betrieben auch eine Landwirtschaft. Der für den Betrieb entrichtete Zins betrug im ersten Jahr 20 und dann 30 Gulden (fl). Für den Klafter gesunden Holzes sollte er 15 Albus und für Lagerholz 12 Albus zahlen. Die Landesherrschaft erhielt von ihm je Tausend Dachziegel, Backsteine und Platten für 10 Albus.²² Schon früh wurden Normformate und Preise festgelegt. Backsteine sind immer etwa eine Handbreit breit und doppelt so lang. Hessen-Darmstadt legte am 26. Mai 1704 für die Obergrafschaft Katzenelnbogen folgende Ziegelmaße fest: Backsteine: 12 x 6 x 2 Zoll, Riegelsteine: 12 x 5 x 2 ½ Zoll,²³ Platten: 14 x 7 x 1 Zoll und Plättchen: 7 x 7 x 1 Zoll.²⁴ Desgleichen wurden örtlich unterschiedliche Preise festgelegt. So kosteten 1.000 Backsteine aus Arheilgen, Stockstadt, Balkhausen, Niederberbach, Wembach, Wersau, Griesheim, Langen und Mörfelden 1766 zwischen 6 und 9 fl.²⁵ In der nassau-usingischen Herrschaft Wiesbaden zahlte die Obrigkeit 1746 und 1808 für 1.000 Backsteine 4 ½ fl und für 1.000

Volkskunde in Hessen, hrsg., v. Gerd Grein, 5, Langen 1976; HStAW, Abb. 106, 349; Abb. 230, 611; zu weiteren Feuerordnungen: Hans-Werner Kothe: Entwicklungsgeschichte der Nassauischen Brand-Versicherung, in: Usinger Land, 1995/1, Sp. 8-12, 25-36.

18 Beispiele: Hanspeter Borsch u. Konrad Schneider, Ziegel für den Taunus. Geformt und gebrannt in Oberhöchstadt, Bad Homburg 2008; Adolf Sahn, Die Ziegelhütten von Babenhausen, Babenhausen 1987.

19 Busch (wie Anm. 1), S. 83, mit Organigramm der gräflichen Verwaltung im 18. Jahrhundert.

20 † 1819 bei einem Unfall in Frankfurt a. M., zuvor Kammerrat, dann Oberkammerrat in Assenheim, StAD, Findbuch Abt. F 24 D, Grafschaft Solms-Rödelheim, Bergbau, v. Heike Rolf, S. 13.

21 StAD, F 24 C, 123/10.

22 StAD, F 24 C, 123/9, Vertrag vom 15. Februar 1705; 1 Gulden = 30 Albus = 60 Kreuzer.

23 Wohl zum Ausmauern von Fächern, alternativ zu ungebrannten Lehmsteinen. Eingezapfte Querhölzer im Fachwerk werden Riegel genannt.

24 StAD, R 1 Höpfner, 40/132.

25 StAD, R 1 Höpfner, 43/71.

Dachziegel 2 fl, während die Landeseinwohner für je Tausend Ziegel 6 bis 7 fl und für je Tausend Backsteine 7 bis 8 Gulden bezahlen mussten.²⁶

Schon 1708 hatte der Pächter Schulden, so dass der solms-rödelheimische Verwalter Zimmermann Pfändungen bei ihm vornahm. Helm stand im Ruf, ein liederliches Leben zu führen, so dass ihn der Sockenstricker Johann Peter Eberling aus Lauter im hessen-darmstädtischen Amt Grünberg ablöste,²⁷ der dort 18 Jahre auf der Ziegelhütte gewesen war und sich am 1. Mai 1708 auf zwölf Jahre verpflichtete, auch in den kommenden fünf bis sechs Jahren die Hütte auf eigene Kosten zu decken sowie Hütte und Ofen zu unterhalten und alles Material anschaffen. Neubauten oder Schäden durch Einsturz sollten von der Landesherrschaft getragen werden. Dafür zahlte er jährlich 30 fl Pachtzins und weitere 22 ½ Albus für die Wiese bei der Hütte. Die Holzpreise betragen für ihn 20 Albus für den Klafter zu 6 x 6 Schuh bei Buche und 15 Albus bei Eiche oder Hainbuche.²⁸ Er stellte 100 fl Kautions, verpflichtete sich, noch im selben Jahr ein Haus zu bauen, und war von Frondiensten befreit.²⁹ Doch auch der neue Pächter führte schon 1709 zu Klagen, galt als liederlich, hatte 1708 nur 9.000 bis 10.000 Ziegel gebacken, war verschuldet und gab 1711 auf. Die Hütte ging anschließend an die Brüder Johann und Georg Helm,³⁰ von denen letzterer von der Verwaltung als der bisher beste Ziegler bezeichnet wurde und die Hütte auch 1728 zusammen mit Johannes Schröder auf drei Jahre pachtete. Genannt wird auch Jakob Helm als Pächter. Die Betreiber durften nach Belieben Erde graben, erhielten Holz zum Tagespreis, mussten 45 fl Zins im Jahr bezahlen und der Landesherrschaft den unverändert niedrigen Preis von 10 Albus für das Tausend einräumen. Jakob Helm betrieb die Hütte von 1731 bis 1734, 1740 gefolgt von Schröder, nachdem sich 1737 zunächst wegen der hohen Pacht kein Pächter gefunden hatte. 1740 lagerten in der Hütte 23.000 Ziegel und 1.000 Backsteine, das Tausend zu 8 Kopfstücken oder 2 fl 20 Albus und 90 Firstziegel. 1741 wurde über eine Reparatur des Brennofens nachgedacht. 1745 berichtete der solms-rödelheimische Landleutnant Milchling,³¹ dass der Absatz schlecht und Schröder ein armer Mann sei. 1746 war von einem Interessenten die Rede, der solms-rödelheimischer Untertan war und im hessen-darmstädtischen Schotten als Ziegler arbeitete. 1747 wurde die Pacht nach einer Versteigerung verlängert, wobei die Gebote mit 23 fl begannen und mit 33 fl endeten. Obwohl Johann Helm das höchste Gebot abgab, wurde Schröders Vertrag um drei Jahre verlängert. Schröder

26 HStAW, Abb. 137 XVIIIb 14a; Abb. 1.163, Nr. 185.

27 Um 1850 gab es dort zwei Ziegeleien, Walther (wie Anm. 5), S. 433.

28 Im Großherzogtum Hessen war der Schuh oder Fuß um 1840 0,25 m lang, der Klafter 10 Fuß = 2,5 m, Friedrich Wilhelm Grimm, Vollständige Darstellung des Maß- und Gewicht-Systems im Großherzogthum Hessen etc., Darmstadt 1840, S. 204 f.

29 StAD, F 24 C, 123/9, u. a. Vertrag vom 7. Februar 1708, Revers vom 1. Mai.

30 Georg Helm in der Schatzungsliste von 1707 als einer der Höherbesteuerten, StAD, F 24 C, 122/1.

31 Offizier der u. a. im Oberrheinischen Kreis zur öffentlichen Sicherheit eingesetzten Gendarmerie, Karl Härter, Policy und Strafjustiz in Kurmainz, Frankfurt 2005, S. 358-372.

der hatte Pachtrückstände, zeitweiligen Arrest auf seinem Eigentum, Probleme beim Bezahlen des Holzes und hielt sich bis 1750. Er verkaufte Ziegel, ohne dies der Landesherrschaft anzuzeigen und tilgte seine Pachtschulden nicht. Die Pacht betrug jetzt 34 fl im Jahr.³² Von 1750 bis 1756 waren Johannes Helm und Heinrich Rieß Pächter der Ziegelhütte und meldeten, dass ihnen tausend Trockenbretter fehlten.

Schließlich wurde 1756 der Neubau der baufälligen Ziegelhütte durch den Maurermeister Adam Kneip geplant. Der Ofen mit Gewölbe sollte die Ausmaße von 20 x 16 Schuh haben und mit 13.000 Dachziegeln 2.000 Stück mehr aufnehmen als der alte Ofen. Der Zimmermeister Konrad Kloß sollte unter Verwendung noch brauchbarer Baumaterialien ein Gebäude aus einfachem konstruktivem Fachwerk von 57 x 27 Schuh mit einem liegenden Dachstuhl für ein Kehlbalkendach aus Buchenholz errichten. Unter der Hütte befand sich eine Grube zum Verbessern der Bildbarkeit der Ziegelerde. Der Ofen war als mit einem Biberschwanzdach überdachter stehender oben gewölbter deutscher Ofen gedacht, in dem Bänke für die ungebrannten Biberschwanzziegel angebracht waren, um den dahinter liegenden Brennraum mit zwei Brennkammern (*Fener Ofen*) möglichst gut auszunutzen. Die Planzeichnungen sind deshalb so wertvoll, weil die meisten alten Brennöfen vergangen bzw. durch neue ersetzt worden sind. Es gibt nur wenige archäologische Befunde, und dies auch deshalb, weil Bodenbefunde von Betriebsstätten der Neuzeit nicht unbedingt im Mittelpunkt des Interesses der Bodendenkmalpflege stehen.³³ Die Kosten für die Maurerarbeiten sollten 23 und die für die Zimmermannsarbeiten 56 fl betragen. Der geplante Neubau wurde jedoch nicht ausgeführt, dafür 1761 noch einmal Reparaturen geplant und die Pacht noch einmal versteigert. Vor dem Abbruch 1766 war Johann Schröder der letzte Pächter und kämpfte mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. 1764 pachtete er die Ziegelhütte in Schotten. Niemand war mehr an der Pacht interessiert. Es blieb nichts anderen übrig, als die Überreste der Ziegelhütte zu versteigern.³⁴

Aus dem Jahr 1706 ist die Verpachtung der Pottaschesiederei in Einartshausen durch Solms-Rödelheim überliefert. Pottasche oder Kaliumkarbonat (K_2CO_3) ist neben Soda (Natriumkarbonat) ein unverzichtbarer Netzwerkwandler (früher Flussmittel) bei der Glasherstellung. Durch ihren Zusatz wird der Schmelzpunkt des Rohstoffs Quarzsand gesenkt; dies bewirkt eine Veränderung innerhalb des Glases, das beim Erkalten keine kristalline Struktur annimmt, sondern physikalisch gesehen eine erstarrte Flüssigkeit ist. Pottasche wird aus Holz- und Pflanzenasche gewonnen, am besten aus Buchenholz. Kernstücke einer Pottaschesiederei waren eiserne oder kupferne Kessel und aus Backsteinen gemauerte Öfen.

32 StAD, F 24 C, 123/9.

33 Ein schönes Beispiel aus Witzenhausen, s. Reyer u. Stephan (wie Anm. 12).

34 StAD, F 24 C, 123/10.

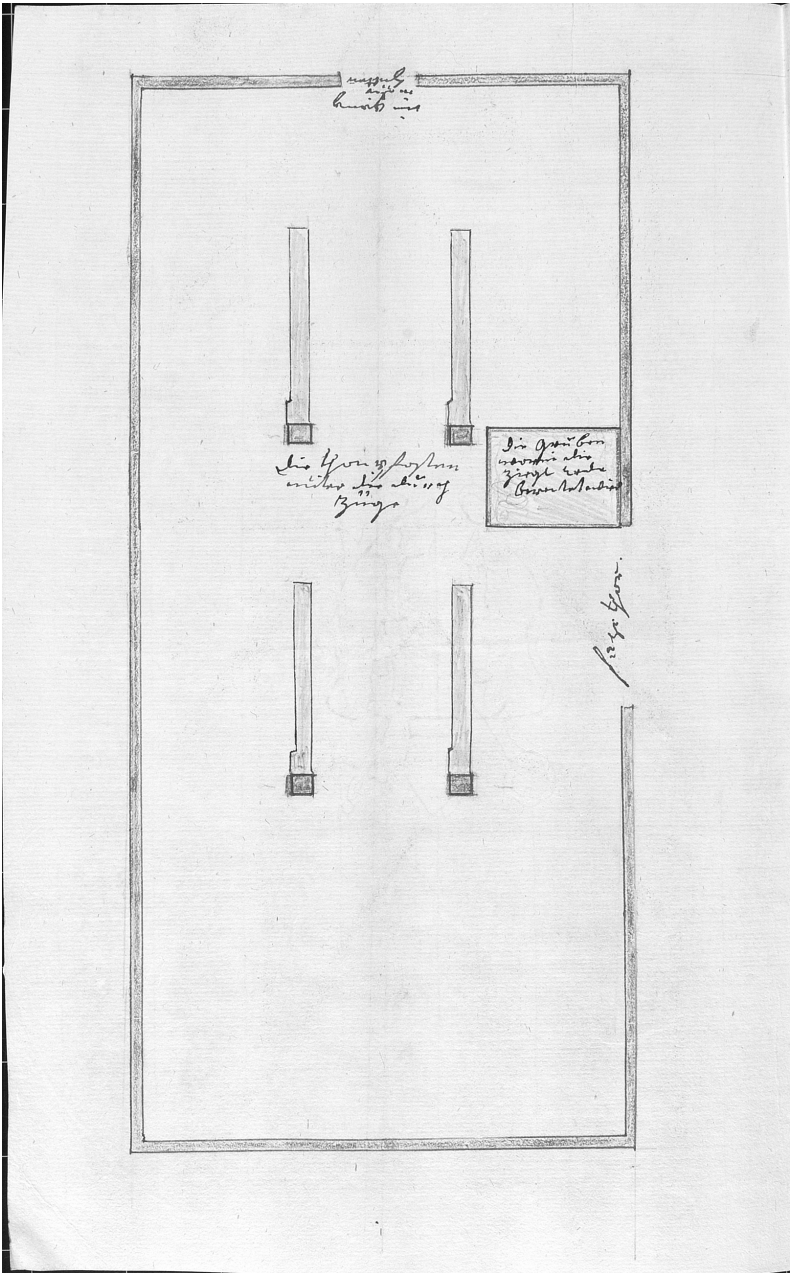


Abb. 4: Grundriss der Einartshäuser Ziegelhütte

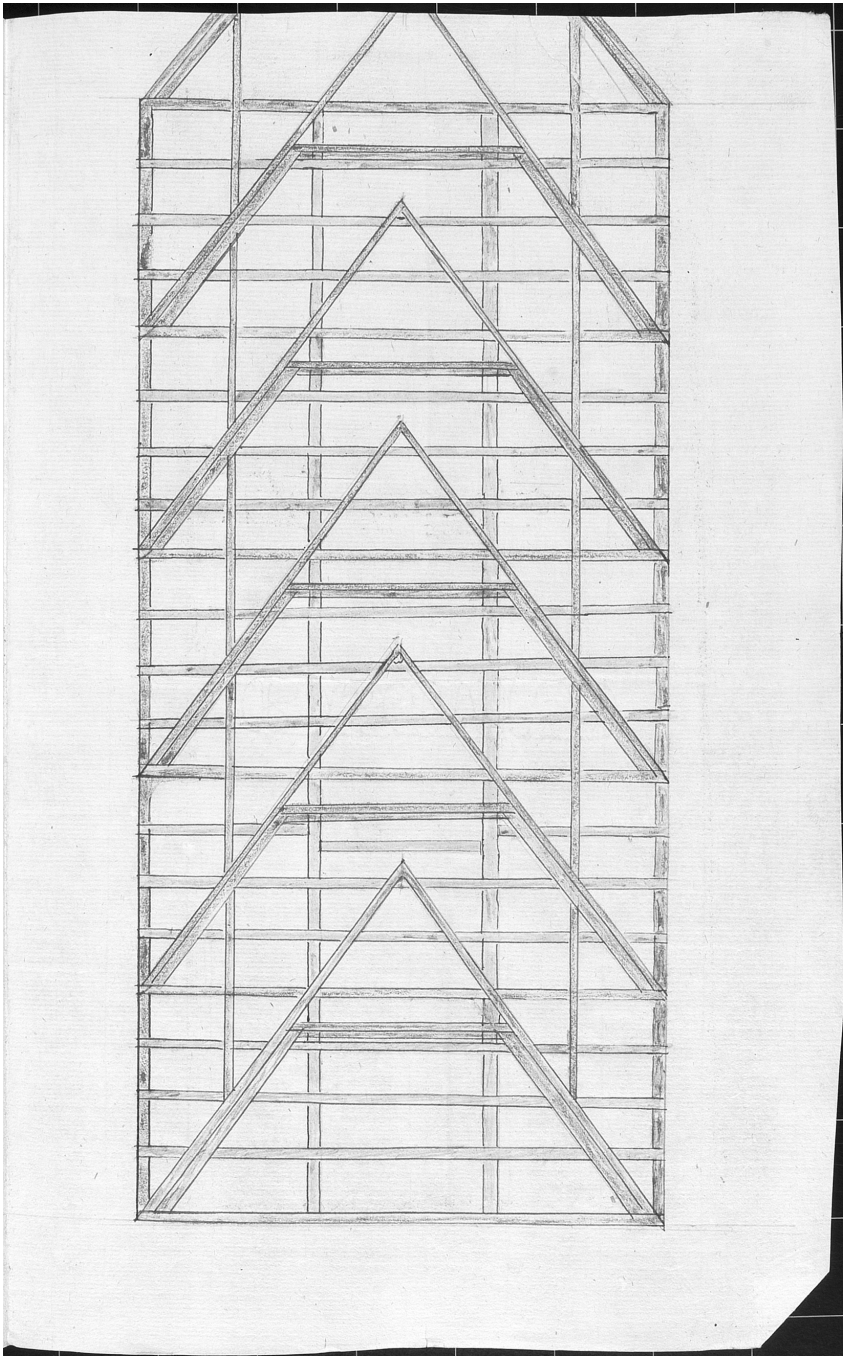


Abb. 6: Dachkonstruktion der Einbartsbäuser Ziegelhütte

Als Personalkosten waren Wochenlöhne von 2 fl 20 Xer für Meisterknechte, 1 fl 20 Xer für den Sieder, 6 fl für vier Knechte und 1 ½ fl für die Holz- und Ascheführer vorgesehen und für das Holzmachen 12 Albus für den Klafter zu 5 x 12 x 5 Schuh. Pottaschefässer kosteten 18 Gulden für ungefähr zwölf Fässer im Jahr und der Fuhrlohn nach Frankfurt 6 fl je Fass. Bei einer Kalkulation über zwölf Fässer ergaben sich Kosten von 762 ¼ fl ohne Holz und Einnahmen von 1.260 fl, so dass für Holz und Gewinn 497 ¾ fl übrig blieben und für Brennholz 200 fl anzusetzen waren. Der Einartshäuser Müller zeigte Interesse an einer Pacht der Pottaschesiederei. Am 29. März 1706 schloss die Landesherrschaft mit einem namentlich nicht genannten Aschenbrenner einen Vertrag ab 1. April über acht Monate, in denen er mit zwei Eisenkesseln (Kroppen) Pottasche sieden sollte. Dazu bekam er nur liegendes Holz und Stümpfe gratis, während ihn stehendes Holz je Klafter zu 6 Schuh 15 Albus kostete. Der Pächter durfte im Wald weder Ziegen noch Hunde halten und zahlte 110 Gulden Pacht. Nachdem sich 1707 wiederum ein Pottaschesieder beworben hatte, sah der gräfliche Verwalter Christian Zimmermann das Aschebrennen als schädlich für den Wald an, weil kein Abfallholz mehr vorhanden war.³⁸ Dieses Problem gab es auch anderswo. Im hessen-darmstädtischen Oberforstamt Battenberg wurde 1713 das Pottaschebrennen solange verboten, bis sich der Wald wieder erholt hatte.³⁹

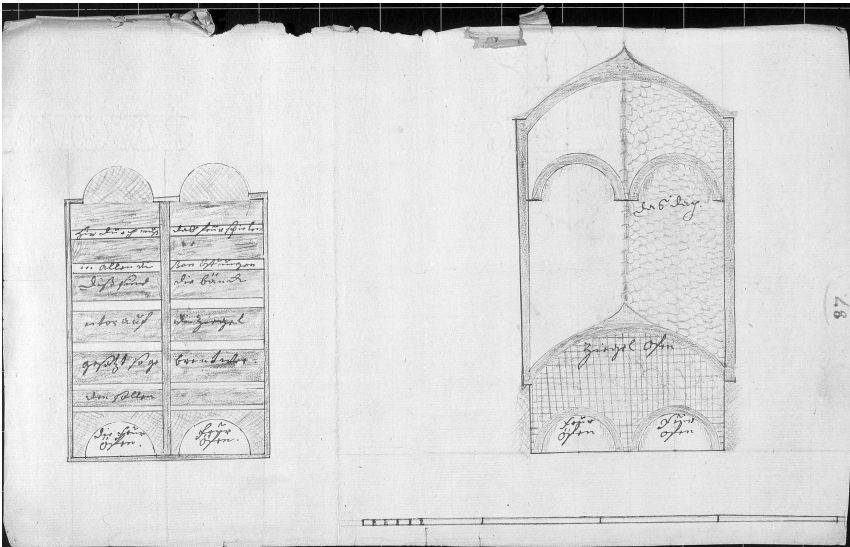


Abb. 7: Plan des stehenden Ziegelofens

38 StAD, F 24 C, 123/9.

39 StAD, E 3 A, Nr. 4/59-53.

Bis ins 17. Jahrhundert wurde in Hessen je nach Tonqualität gelegentlich Steinzeug und in größerem Umfang Irdenware hergestellt, auch im Vogelsberg und dessen Umgebung.⁴⁰ Eine Variante der niedrig gebrannten Irdenware war die Fayence. Sie wurde ab dem 17. Jahrhundert u. a. im Untermaingebiet in zunehmendem Umfang hergestellt. Nach einem ersten Brand (Schrühbrand) erhielt sie durch eine weiß brennende undurchsichtige Zinn(di)oxidglasur eine weiße porzellanähnliche Oberfläche und wurde dann wie Porzellan bemalt und abweichend vom Porzellan mit einer Bleiglasur überzogen.⁴¹ Eine weitere industriell hergestellte Keramik und zunächst auch ein Porzellanimitat war Steingut, das nach 1760 von Josiah Wedgwood (1730-1795) in England aus weiß brennenden Tonen und Kaolinen mit hohem Quarzgehalt und bestimmten Mischungsverhältnissen als Hart-, Weich- und Mischsteingut entwickelt wurde. Es war dem Porzellan ähnlich und fester als die Fayence und wurde wie Fayence und Porzellan von Anfang an in Fabriken hergestellt. Wie bei der Fayence waren zwei Arbeitsgänge erforderlich, nach dem Formen ein von der Zusammensetzung der Tonerde abhängiger erster oder Schrühbrand bei 1.000 bis über 1.250° C und nach dem Dekorieren und Glasieren ein Gar- oder Glattbrand bei einer etwas geringeren Temperatur. In den drei letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts entstanden verschiedene deutsche Steingutfabriken von unterschiedlicher Lebensdauer, so 1771 in Kassel⁴² und 1793 in Hannoversch-Münden. In Weilburg erwarb der Bildhauer Johann Keilhauer 1797 die landesherrliche Genehmigung für eine Fabrik von englischem Steingut, die bis 1813 wiederholt den Betreiber wechselte, ehe sich ihre Spuren verlieren.⁴³ 1787 gelang dem Pächter der kurmainzischen Fayencemanufaktur in Flörsheim, Matthias Josef Weingärtner, die Erzeugung von Steingut. 1790 wurde ihm gestattet, außer Fayence, Öfen und beliebiges irdenes und steinernes Geschirr sowie namentlich „englische Erde“, also Steingut, anzufertigen. Bis 1792 hat er Steingut hergestellt. Die Produktion wurde von anderen im 19. Jahrhundert fortgesetzt.⁴⁴ Die 1739 in Offen-

40 Adolf Spamer, *Hessische Volkskunst*, Jena 1939, S. 75-94; Walter Stolle, „Die Pfanne ist aus Erde gemacht, wer sie zerbricht, der Härner lacht“. Volkstümliche Keramik aus Hessen vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Kassel 1981; Joachim Naumann (Hrsg.), *Hessische Töpferei zwischen Spessart, Rhön und Vogelsberg, Melsungen* 1975.

41 Übersicht über die frühe Fayenceproduktion in Hessen: Paul Jürgen Wittstock, *Hessen in der deutschen Fayence-Kultur des 17. Jahrhunderts*, in: *Keramik und Landesgeschichte*, hrsg. v. Thomas Schindler und Paul Jürgen Wittstock, Marburg 2008, S.189-200.

42 Karl Litzow, *Keramische Technik*, München 1984, S. 68-77; Pravoslav Rada, *Die Technik der Keramik*, Hanau 1989, S. 29-31; Susan Linden, *Kasseler Steingut – ein frühneuzeitlicher Wirtschaftskrimi*, in: *Keramik und Landesgeschichte*, hrsg. v. Thomas Schindler und Paul Jürgen Wittstock, Marburg 2008, S. 201-208.

43 W. Stieda, *Fayence- und Porzellanfabriken des 18. Jahrhunderts in hessisch-nassauischem Gebiet*, in: *Nassauische Annalen*, 34, 1904, S. 111-178; zu Weilburg, *HStAW*, Abt. 151, Nr. 536; Abt. 154, Nr. 317.

44 Bernhard Blisch, *Flörsheimer Steingut des 18. Jahrhunderts*, in: *Zwischen Main und Taunus*, 8, Hofheim 1999, S. 53-57; Karl Schafft, *Flörsheimer Fayencen*, Darmstadt 1977, zum Ende des Betriebs S. 28-30; *Flörsheim am Main im Wandel der Zeiten*. Hrsg. v. Magistrat, Flörsheim 2003, S. 145.

bach gegründete Fayencemanufaktur stellte von 1800 bis um 1830 ebenfalls Steingut her.⁴⁵ Ein Inventar der Hofhaltung des Landgrafen von Hessen-Darmstadt aus dem Jahr 1800 nennt englisches Steingut.⁴⁶ Diese neue Keramikart wurde im 19. Jahrhundert zur industriell hergestellten bürgerlichen Gebrauchskeramik. 1832 folgte dem Auffinden von weiß brennendem Ton im Schlierbacher Forst im nahegelegenen Wächtersbach eine bis heute bestehende Steingutfabrik mit beachtlicher Produktion.⁴⁷

1797 plante Pierre Gaetani von Frankfurt aus die Gründung einer Fayence- und Steingutmanufaktur in Rödelheim. Er hatte bis zur Besetzung der Stadt durch Frankreich 1794 in Köln eine Fabrik für Steingut betrieben, aber auch Irdenware („pots communs“) hergestellt. In seinem Konzessionsantrag gab er an, sich anschließend im kurmainzischen Erfurt niedergelassen, dort das Bürgerrecht erworben und Fayence und Steingut hergestellt zu haben. Gaetani erklärte, den Beweis geführt zu haben, dass man mit Torf Ziegel brennen konnte.⁴⁸ In Thüringen entwickelte sich im 18./19. Jahrhundert eine rege Fayence- und Porzellanindustrie.⁴⁹ Im August 1797 stand in den Frankfurter Frag- und Anzeigungsnachrichten eine Anzeige des Kaufmanns Friedrich Carl Holtz an der Neuen Kräme, die ein reichhaltiges Sortiment von Gaetanis Steinguterzeugnissen aus Erfurt anbot und ihre Feuerfestigkeit pries, u. a. antike Statuen und Vasen, Kaffee- und Teeservice, Terrinen und anderes Geschirr, auch in „englischer Composition“ in Braun und Schwarz, auch golden glasiert lackiert und mit aufgelegten Figuren.⁵⁰ Gaetani ersuchte Solms-Rödelheim um ein Exklusivprivileg für Fayence nach Magdeburger Art und Steingut in der Art von Wedgwood. Zu einem solchen Privileg auf zehn Jahre ist ein Entwurf im Namen des Grafen Volrad (1790-1818) erhalten. Er sollte binnen eines Jahres nach Rödelheim umziehen und den Betrieb ohne Stillstand fortführen: Ihm wurde gestattet, alle Sorten Malerfarben herzustellen, auch eine Baumwoll- und Tapetendruckerei zu betreiben und Personal anzuwerben. Gaetani erhielt persönliche Abgabefreiheit

45 Karl Schafft, *Offenbacher Fayencen*, Offenbach 1991.

46 StAD, Hausarchiv, Abt. VIII, D 8.

47 Margrit Bauer, *Wächtersbacher Steingut*, Frankfurt 1978; Heinz u. Lilo Frensch, *Wächtersbacher Steinzeug*, Königstein 1978.

48 Dazu: Wilhelm Gilly, *Ausführliche Anweisung zur Erbauung der Torf-Ziegel-Oefen und zum Zubereiten und Brennen der Ziegel*, insbesondere derjenigen, welche mit Torf gebrannt werden, Berlin 1790; vermerkt im Neuen Hand- und Adressbuch für den Erfurter und Eichsfelder Staat auf das Jahr 1797, S. 156 als Porzellan- und Fayencefabrikant, 1806 schon nicht mehr, auch nicht in den städtischen Steuerbüchern und Bürgeraufnahmeverzeichnissen, freundliche Auskunft von Herrn Dr. Rudolf Benl, Stadtarchiv Erfurt.

49 Zur Fayenceherstellung in Thüringen: Adelheid Mahnert, *Thüringer Fayence des 18. Jahrhunderts*, Leipzig 1993, und zur Porzellanherstellung: Helmut Scherf, *Thüringer Porzellan unter besonderer Berücksichtigung des 18. und frühen 19. Jahrhunderts*, Leipzig 1985.

50 *Frankfurter Frag- und Anzeigungs-Nachrichten*, 66, 8. August 1797.

für zehn Jahre ebenso wie mögliche Gesellschafter und die Genehmigung zur zollfreien Einfuhr von Waren.⁵¹

Im August 1802 bot Johann Christian Kiesewetter aus Lichta (heute Stadt Königsee) in Schwarzburg-Sondershausen in Thüringen die Gründung und den Betrieb einer Steingut- und Porzellanfabrik in Einartshausen an. Er hielt sich unter anderem in Frankfurt a. M. auf. Dort hatte er erfahren, dass im stolbergischen Gebiet um Ortenberg geeigneter Ton für eine Steingutherstellung vorhanden war. Doch war es wegen des Brennstoffbedarfs der Eisenhütte von Hirzenhain im Besitz des Grafen von Stolberg-Ortenberg unmöglich, neben dieser Hütte einen ebenfalls viel Holz verbrauchenden keramischen Betrieb zu eröffnen. Die Hütte war aus einer Waldschmiede hervorgegangen und fiel schon im 16. Jahrhundert durch Qualität auf.⁵² Kiesewetter hatte erfahren, dass die Bedingungen in Einartshausen günstig seien und brauchte 500 bis 600 Klafter brauchbares Scheitholz im Jahr zu einem annehmbaren Preis und als Starthilfe eine zehnjährige Abgabefreiheit. Der solms-rödelheimische Kammerrat Geyger prüfte den Antrag und äußerte sich am 9. Oktober 1802 wohlwollend.⁵³ Er sah dringend benötigte neue Arbeitsplätze, aber auch Möglichkeiten für Fuhrleute und Wirte, denn ein großer Teil der Einwohner des Dorfes musste auswärts arbeiten, was nur in der Wetterau und während der Erntezeit und danach möglich war. Junge Männer mussten sich als Drescher und Waldarbeiter verdingen. Besonders der Absatz von einfachem Steingut und Porzellan, wobei hierunter wohl Fayence zu verstehen ist, könnte dem Betrieb eine Überlebensemöglichkeit verschaffen. Die Konzession zum Tongraben könnte auf die Einhartshäuser Gemarkung beschränkt werden, zumal mit einem derartigen Ton in der Wetterau nicht zu rechnen sei. Geyger sah Kiesewetters Holzwünsche als unerfüllbar an, denn der Wald um Einartshausen könne diese Mengen nicht liefern. Das landesherrliche Holz werde zu Holzkohle verarbeitet. Auch sei der Preis je Klafter seit 1768 von 3 auf 7 ½ fl gestiegen, so dass Holz nur zum Tagespreis angeboten werden könne. Geyger wollte eine Konzession für zunächst fünf Jahre erteilen. Kiesewetters Antrag wurde am 26. Oktober 1802 positiv entschieden. Er sollte landesherrlichen Schutz genießen, Grundstücke gegen angemessene Bezahlung als Eigentum erwerben und frei seinen Gewerben nachgehen dürfen. Ferner erhielt er die Genehmigung, auf Einartshausener Gemarkung Tonerde exklusiv ausbeuten und zollfrei einführen zu dürfen. Er erhielt Abgabefreiheit für sechs Jahre und darüber hinaus für sich, seine Familie und sein

51 StAD, F 24 C, 590/2, kein Beleg für ein solches Unternehmen in Rödelheim, wo es keine Häfnerzunft gab und ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert lediglich Ziegel und Backsteine hergestellt wurden, Ernst Hartmann u. Paul Schubert, *Alt-Rödelheim, Frankfurt 1921*, S. 107-114; zur Ziegelherstellung in Rödelheim: Völker Rödel, *Fabrikarchitektur in Frankfurt a. Main 1774-1924*, S. 168-171, 616.

52 Fritz Sauer, *Die Eisenhütte zu Hirzenhain. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Eisenhüttenwesens*, in: *Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins*, 30, 1932, S. 1-55.

53 Die Regierung bestand aus einem ersten und einem zweiten Regierungsrat sowie einem Kammerrat, Busch (wie Anm. 1), S. 46 f.

Personal die Garantie voller persönlicher Freiheit. Beim Brennholz kam ihm Solms-Rödelheim allerdings nicht entgegen, sondern verwies auf den Tagespreis. Doch Kiesewetter hatte die Konzession nicht in Frankfurt abgewartet, sondern die Stadt verlassen. Sein Privileg wurde bis zur Ostermesse 1803 zurückgehalten, doch offenbar nie abgeholt.⁵⁴ In beiden Fällen gelang Solms-Rödelheim trotz Einräumens verlockender Bedingungen keine Ansiedlung einer keramischen Manufaktur.

Ebenfalls im Jahr 1802 erwog die solms-rödelheimische Regierung, in Einartshausen wieder eine Ziegelhütte zu betreiben, um die Produktion der mit der Zunahme fester Dächer wichtigen Dachziegel (Biberschwänze und Falzziegel) und Firstziegel zu fördern. Recherchen nach den üblichen Formaten ergaben folgende Formate und Angebote zu Werkzeugen und Maschinen, zunächst Planziegel (ganze und halbe sowie Drittel und Zweidrittel) also Biberschwänze für die Dachflächen und die Teilstücke für die Ränder. Biberschwänze besitzen am oberen Ende auf der Rückseite eine Nase, mit der sie in die Dachlatte eingehängt werden. Hinzu kamen verschiedene Ziegelformen mit Auf- und Abkantungen für den Übergang zu anderen Bauteilen wie Schornsteinen und den Ortgang (Rand des Daches) zum senkrecht stehenden Giebel und für den First eigens geformte Firstziegel.⁵⁵

Geyger legte am 6. Januar 1802 eine umfangreiche Empfehlung für eine neue Ziegelhütte in Einartshausen vor und verwies auf die hohe Qualität der früher dort gebrannten Ziegel und Backsteine, die wegen der besonders guten Ziegelerde bessere Preise erzielt hatten als die anderer Hersteller. Solche Backsteine waren in dem zweihundert Jahre zuvor gemauerten Kirchturm von Einartshausen vermauert worden und so hart, dass man an ihnen wie an Feuersteinen Funken schlagen konnte. Die Verdrängung der Stroh- durch Ziegeldächer hatte in den letzten 20 Jahren den Preis für Dachziegel fast verdreifacht. Weil es den Einartshäusern nicht gestattet war, ihre Ziegel von auswärts zu beziehen und in Solms-Rödelheim keine Ziegelhütte vorhanden war, blieb den Bewohnern nur die Stroheckung. Geyger nahm an, dass privates Interesse an einer Ziegelhütte bestand, wollte aber eine in der Hand der Landesherrschaft haben. Allein diese benötigte in den kommenden Jahren rund 30.000 bis 40.000 Ziegel und 20.000 Backsteine für eigene Zwecke, die sie am günstigsten aus einem qualitätvollen eigenen Betrieb beziehen und dabei mehr verdienen konnte als bei einer Verpachtung. Bei jährlich fünf Bränden zu je 20.000 Ziegeln und 3.000 Backsteinen würden Verwaltung und Arbeitskräfte 720 fl und der Fuhrlohn 800 fl kosten. Man konnte auf Einartshäuser Einwohner zurückgreifen, die in auswärtigen Ziegelhütten arbeiteten und am eigenen Ort mehr verdienen würden. Geyger betrieb auch im solms-rödelheimischen Dorf Ossenheim bei Friedberg einen

54 StAD, F 24 C, 123/8.

55 StAD, F 24 C, 123/11, Abschrift aus dem Kaiserlich privilegierten Reichsanzeiger in Gotha, vermutlich in einer ländlichen Ziegelhütte nicht in der dort beschriebenen Formenvielfalt hergestellt, siehe Martin Mittag, Baukonstruktionslehre, Gütersloh 1956 (7. Auflage), zum Ziegeldecken S. 188-199, Flachziegelformen S. 191.

Ziegelei- und Kalkbrandbetrieb und versuchte mehr oder weniger vergeblich die Herstellung von Irdenware und Steinzeug. Dortige Grundlage war neben Tonerden und Kalk die Braunkohle, zu deren Abbau Solms-Rödelheim 1804 die erste Braunkohlengrube der Wetterau eröffnete, die Einrichtung einer Eisenhütte und einer Glashütte plante und im benachbarten Bauernheim eine kurzlebige Glashütte errichtete.⁵⁶

Geyger hatte sich von dem sachkundigen Philipp Wächter aus Einartshausen beraten lassen, der bereit war, die Betriebsleitung zu übernehmen und eine Berechnung zu den Bau- und Betriebskosten vorgelegt hatte. Die Kosten für die Ziegelhütte in Fachwerkbauweise mit Wohnung mit den Ausmaßen von 60 x 26 Schuh und einer Geschosshöhe von 11 und einer Dachhöhe von 18 Schuh sowie 132 Schuh Eichenbohlen zum Ziegelrocknen zu je 6 Kreuzern und 15 Klafter Holz für Ziegelbretter zu je 7 fl wurden mit 1.313 fl 34 Xern berechnet. Das Dach sollte bis zum Brand eigener Ziegel mit Stroh gedeckt werden. Die Bauarbeiten, die von Wächter gelieferten Mauersteine und der erste Ofen mit Dachziegeln beliefen sich auf 850 fl. Ein zweiter Kostenvoranschlag kam auf 1.060 fl einschließlich eines aus Bruch- und 5.000 Backsteinen bestehenden Ofens. Für die Dächer über dem Fachwerkbau und dem Ofen waren 12.000 Ziegel erforderlich. Geyger sprach sich dafür aus, den Bau auf eigene Rechnung vorzunehmen und nicht Wächter zu überlassen, zumal die Ortseinwohner zu Hand- und Spanndiensten verpflichtet waren, und verwies auf ältere, in der Registratur in Rödelheim liegende Akten zur früheren Ziegelhütte. Weil der Lehm um die frühere Ziegelhütte abgebaut worden war, musste jetzt ein anderer Standort gewählt werden und auch Wasser gut erreichbar und wegen der Feuergefahr nicht zu nahe beim Ort gelegen sein. Auch sollte der Standort luftig sein, damit die Formlinge gut trocknen konnten.

Wichtig war für Geyger zu einer Zeit reger Bautätigkeit ein Regiebetrieb und keine Verpachtung, in der er die Ursache für wenig haltbare Ziegel und Backsteine von schlechter Qualität sah. Geyger hatte festgestellt, dass die in der Wetterau und im Vogelsberg gebrannten Ziegel und Backsteine keine Normgrößen aufwiesen und diese auch die einzigen Produkte waren. Anderswo wurden auch Gewölbe- und Pflastersteine oder Platten zum Belegen von Feuerherden, Fruchtspeichern, Malzdarren sowie Gesims-, Brunnen- und Kesselsteine, Elemente für Fenster, Türen, und Kamine, Walmziegel, Blendsteine und Wasserleitungsrohre gebrannt, zu deren Herstellung man sich in Einartshausen vielleicht auch entschließen könnte. Geyger hatte sich auch Gedanken über die Qualität des Ziegeltons gemacht und den aus Einartshausen für sehr geeignet befunden. Wichtig war, dass die Tonerde eine längere Zeit vor der Verarbeitung

56 Konrad Schneider, Die Braunkohlengrube Ossenheim als Keimzelle weiterer Betriebe zur Herstellung von Ziegeln, Kalk, Steinzeug und Irdenware, in: Archiv für hessische Geschichte, 67, 2009, S. 175-197; zur Glashütte in Bauernheim: Friedrich Ostheimer und Dieter Wolf, Die Bauernheimer Glashütte (1829-1836), in: Dieter Wolf (Hrsg.), 1200 Jahre Bauernheim 778-1978. Aus der Geschichte eines Wetterauer Dörfchens, Friedberg 1978, S. 326-332.

gegraben wurde, am besten von August bis Oktober des Jahres vor der Verarbeitung, damit Sonne und Frost die Bildbarkeit erhöhen konnten. Noch besser seien Ruhezeiten von zwei und mehr Jahren und eine Verwitterung unter freiem Himmel. Als nächstes seien ein Sumpfen und anschließend ein sorgfältiges Treten auf dem Tretplatz erforderlich, bei dem Steine und organische Bestandteile entfernt werden könnten. Beim Streichen in den Formen sollte darauf geachtet werden, dass der Lehm nicht zu steif war und nicht mit zu großer Gewalt in die Form gedrückt wurde. Beim Decken der Trockenbauten sollte auf weit überkragende und Regen abhaltende Ziegeldächer geachtet und nach Oktober nicht mehr gebrannt werden, weil dann keine erfolgreiche Trocknung mehr möglich war. Wenn genug getrocknete Steine vorhanden waren, konnte man unbesorgt auch im Winter brennen.

Geyger, der sich genau über das Ziegeleiwesen informiert hatte, stellte hohe Anforderungen an den Betriebsleiter, der das Streichen selbst und alle anderen Arbeiten beherrschen, die ungebrannten Ziegel selbst in den Ofen setzen und beim Brand von Anfang bis Ende anwesend sein sollte. Von den gängigen Öfen, dem geschlossenen oder gewölbten und dem oben offenen gab er dem geschlossenen den Vorzug, der weniger Holz verbrauchte und Ware von besserer Qualität lieferte. Waren die Öfen rund und innen oben wie ein Kegelstumpf, ging zwar Platz verloren, bot aber beim Brennen, der Qualität und der Holzersparnis mehr Vorteile. Bildeten sie innen einen Quader wie bei den alten Öfen, dann war das Ofensetzen einfacher. In eckigen Öfen waren die neu gebrannten Ziegel aus den Ecken von geringerer Qualität. Insgesamt überwogen die Vorteile des runden Ofens. Am günstigsten hatten sich die Öfen gezeigt, die rund 20.000 Ziegel und 2.000 bis 3.000 Backsteine fassten. Bei größeren Öfen war mit mehr Ausschuss zu rechnen. Neue Öfen sollten behutsam geheizt werden, um Risse zu verhindern, und Öfen vor ihrer Inbetriebnahme im Frühjahr austrocknen und –glühen, um die Winterfeuchtigkeit der in feuchten Gegenden nicht zu tief in den Boden gesetzten Öfen zu vertreiben. Öfen durften nicht mit Kalkmörtel gemauert werden, weil dieser ausbrenne, sondern müssen mit Lehm gemauert werden, der hart brenne. Wenn man Ziegel zum Mauern der Öfen nehme, könnten diese und selbst auch die Gewölbesteine ungebrannt sein und solange wie die gebrannten halten und seien viel preisgünstiger.

Beim Einsetzen in den Ofen war darauf zu achten, dass die Bänke über dem Feuer mit Backsteinen belegt wurden und die weiteren Bänke mit Dach- und Firstziegeln, stets so, dass das Feuer alle Steine erreichen konnte. Der in der Temperatur langsam zunehmende Brand bis zum Garbrand sowie das anschließende Abkühlen erforderten die volle Aufmerksamkeit und Erfahrung des Zieglers. Nach einem sechstägigen Abkühlen waren die Ziegel fertig für den Verkauf. Gute Ziegel fielen durch einen hellen Klang auf, während ein dumpfer Klang auf einen schlechten Brand hin deutete. Gute Ziegel müssten zwar porös sein, um gut vermauert werden zu können, dürften aber nicht zuviel Wasser aufnehmen und müssten im Bruch glatt sein. Geyger war guter Hoffnung, dass die Einartshäuser Ziegelhütte gedeihen und ihre Erzeugnisse besser sein würden

als die der Konkurrenz, ohne teurer zu sein, wenn allen diesen Prinzipien gefolgt werde. Er fand auch erfreulich, dass bei Einartshausen Kalksteine gefunden wurden, die zusammen mit den Ziegeln gebrannt werden konnten.⁵⁷

Beim Kalkbrennen wird Kalkstein (Calciumkarbonat, CaCO_3) durch Erhitzen ab 900°C vom Kohlendioxid getrennt, so dass Branntkalk (CaO) entsteht. Nach dem Brand wird durch die Zufuhr von Wasser Löschkalk [$\text{Ca}(\text{OH})_2$], der als Mörtel zum Abbinden Kohlendioxid benötigt, so dass wieder Calciumkarbonat entsteht.⁵⁸ Ein solcher Brand dauerte bei ständiger Überwachung sieben bis acht Tage. Dabei war es möglich, Kalk auf dem Boden eines Ziegelofens zu brennen. Als reine Kalköfen waren überdachte Schachtöfen mit trapezförmigem Längsschnitt (Trichteröfen) am beliebtesten.⁵⁹ Im 19. Jahrhundert ersetzten Zemente verschiedener Zusammensetzungen u. a. aus Kalk und Tonerden wie der Portlandzement den Mauerkalk. Zement verbindet sich nach dem Anmachen des Mörtels mit Wasser und eröffnete den Weg zum neuen Baustoff Beton.

Die Ziegelhütte wurde gebaut und kostete 1.873 fl 56 $\frac{1}{2}$ Xer mit Inventar 2.018 fl 32 $\frac{1}{2}$ Xer. Baurechnungen und Belege sind erhalten.⁶⁰ Die Ziegelei in Einartshausen wurde als Regiebetrieb der gräflichen Verwaltung zunächst durch den Kammerassessor Buff und ab 1805 durch Amtskammerassessor Augst geführt. Betriebsleiter war Wächter, der allerdings 1806 zu mehr Fleiß angehalten werden sollte, 1814 noch in dieser Funktion war und 1817 starb. Zwischen 1805 und 1810 nahm der Betrieb 2.677 fl 44 $\frac{3}{4}$ Xer ein, denen Kosten von 2.467 fl 42 $\frac{1}{4}$ Xern gegenüber standen, so dass am Schluss 210 fl 41 $\frac{1}{4}$ Xer blieben. Zwei Jahresergebnisse mögen zur Illustration dienen: 1805 nahm die Ziegelhütte 525 fl 44 $\frac{3}{4}$ Xer ein, gab 470 fl 43 $\frac{3}{4}$ Xer aus und erwirtschaftete 55 fl 1 Xer. 1810 machte sie 58 fl 36 Xer Verlust, denn Einnahmen von 453 fl 39 Xern standen Ausgaben von 512 fl 39 Xer gegenüber. Stellt man dem die bekannten Baukosten und nicht greifbaren Verwaltungskosten gegenüber, war der Bau der Hütte und ihre Nutzung als Regiebetrieb eine Fehlinvestition. Dabei förderte die großherzoglich-hessische Landesregierung die Ziegeldeckung. 1813 stellte die Regierung für Oberhessen in Gießen eine Erhebung über die Ziegeleien und die Qualität ihrer Erzeugnisse in den einzelnen Ämtern an und hatte dabei eine Steigerung der Produktion im Auge.⁶¹

Nach dem Tod von A. E. Geyger 1819 wurde die Einartshäuser Ziegelhütte ab 1821 für 40 fl im Jahr an Jakob Schütz aus Langd bei Hungen verpachtet, der

57 StAD, F 24 C, 123/11; siehe auch Johann Georg Krünitz, Oekonomische Encyclopädie, 241, Berlin 1857, S. 248-258.

58 Zum Verfahren: Ost-Rassow (wie Anm. 15), S. 402-414.

59 Rolf Reutter, Zur Geschichte der Kalkproduktion im Rhein-Main-Neckar-Gebiet, in: Volkskunde im Odenwald, Gotthilde Güterbock zum 80. Geburtstag gewidmet, hrsg. v. d. Sammlung zur Volkskunde in Hessen, Museum Otzberg, Otzberg 1986, S. 47-56; erhaltene Beispiele in: Rainer Slotta, Technische Denkmäler in der Bundesrepublik Deutschland, Bochum 1975, S. 139-144.

60 StAD, F 24 C, 123/11.

61 StAD, E 10, 3.422 (Druck), nur Fragebogen ohne Ergebnisse.

für das Tausend Dachziegel mindestens 6 ½ fl (also für etwa 2 ½ Xer je Stück) verlangen durfte. Auch er hatte offensichtlich keinen wirtschaftlichen Erfolg und geriet 1824 in Pachrückstand. Ein Inventar von 1824 nennt unter anderem fünf hölzerne Backstein- und zwei unbrauchbare Firstziegelformen. Nachdem die Hütte von 1826 bis 1829 für nur 30 fl im Jahr an Elisabeth Gräb und ihren Sohn Johann verpachtet gewesen war, fand sich 1830 kein Pächter. 1831 stellte man Baumängel fest und erwog bereits einen Abbruch. 1835 begegnet noch einmal mit Johann Troß aus Schotten und seiner Frau ein Pächterehepaar, dessen Vertrag mit einer Jahrespacht vom 53 fl. Ende 1840 auslief. 1836 wurde über Abbruch, Verkauf oder einen neuen Ofen nachgedacht, der schon 1834 von einem neuen Pächter gesetzt werden sollte, und das Gebäude 1838 als baufällig angesehen. 1840 wurde die Ziegelhütte auf Abbruch verkauft und im Folgejahr niedergelegt. Noch vorhandene Trockenbretter wurden ebenfalls verkauft. Die Gemeinde, die das Gelände dazu unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatte, erhob jetzt Forderungen an die standesherrliche Regierung.⁶² Damit war die insgesamt wenig ertragreiche Geschichte des Ziegeleiwesens in Einartshausen beendet.

Die handwerkliche Ziegelei lebte durchaus noch bis ins 20. Jahrhundert oftmals im Nebenerwerb weiter, doch die Zukunft gehörte dem Ringofen, der einen ununterbrochenen Betrieb während der gesamten Ziegelkampagne vom Frühjahr bis zum Herbst ermöglichte. Diese Entwicklung wurde von einer Maschinisierung des Ziegeleigewerbes und des Einsatzes von Zieglerkolonnen begleitet. Standorte in der Nähe größerer und großer Städte mit umfangreicher Bautätigkeit hatten bessere Überlebenschancen als weit abgelegene Ziegeleibetriebe. Daneben lebte bis nach dem Zweiten Weltkrieg die Feldbrandziegelei weiter, bei der in großen Meilern unter freiem Himmel gebrannt wurde, oftmals nur für einzelne Baustellen.

Abbildungsnachweis:

Nr. 1-3 Hanspeter Borsch, Kronberg

Nr. 4-7 Staatsarchiv Darmstadt

62 StAD, F 24 C, 123/12 und. 123/13.

Die Gießener Auswanderungsgesellschaft

Vom Scheitern einer deutschen US-Republik

ROLF SCHMIDT

Sie hatten verwegene, idealistische Träume von einem neuen, demokratischen Deutschland in der Neuen Welt. Über 500 europamüde Auswanderer brachen im Frühjahr 1834 in Bremen auf, um in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine menschlichere Heimat zu finden und eine deutsche Republik zu begründen.

Sie verließen Bremen in zwei getrennten Gruppen auf Weserkähnen in Richtung Bremerhaven, doch für einen großen Teil von ihnen fand die Reise bereits nach einigen Stunden auf der Höhe von Brake ein vorläufiges Ende. Sie „strandeten“ auf der kleinen Weserinsel Harriersand. Das für sie gebuchte Schiff, die „Eberhard“, kam nie in Bremerhaven an. Sie hatte auf der Heimfahrt von New Orleans Schiffbruch erlitten.¹

Ein paar Tage, so hatte man ihnen versprochen, müssten sie wohl auf ein Ersatzschiff warten. Daraus wurde schließlich ein „monatelanges Biwak in einem elenden Kuhstall auf einer ungesunden Weserinsel“, wie einer der Mitreisenden notierte.² Der lange, nervenzehrende Zwangsaufenthalt mitten in der Weser versetzte dem gesamten Projekt einen empfindlichen Schlag, noch bevor die „Gießener Auswanderungsgesellschaft“ überhaupt den alten Kontinent endgültig verlassen hatte.

Die Gründer der Gesellschaft

Gießen war im Jahre davor zum Zentrum der Sammlung geworden. Von dort schickten die Initiatoren Paul Follenius und Friedrich Münch im Juli 1833 eine **„Aufforderung und Erklärung in Betreff einer Auswanderung im Großen aus Teutschland in die nordamerikanischen Freistaaten“** in alle Winkel Deutschlands.

Follenius war ein erfolgreicher Anwalt in Gießen. Sein Schwager Münch, ein Pfarrer aus Niedergemünden, einem Dorf in der Nähe Gießens, berichtet in seinen Erinnerungen:

„So wurde 1833 von P. Follenius und mir die Gießener Auswanderungsgesellschaft gestiftet zu dem Zwecke, nach und nach ein Stück neues Deutschland auf amerikanischem Boden zu gründen, dorthin den besten Theil der - damals in großer Menge vorhandenen - europamüden Deutschen zu ziehen und ein frisches und freies deutsches Volksleben in der neuen Welt erstehen zu lassen.

1 Der Deutsche Pionier, Monatsschrift für Erinnerungen aus dem deutschen Pionierleben in den Vereinigten Staaten. Cincinnati 1869, Heft 3, S. 90.

2 Briefe von Deutschen aus Nordamerika. Hrg. Fr. Gleich, Altenburg 1836 S. XV.

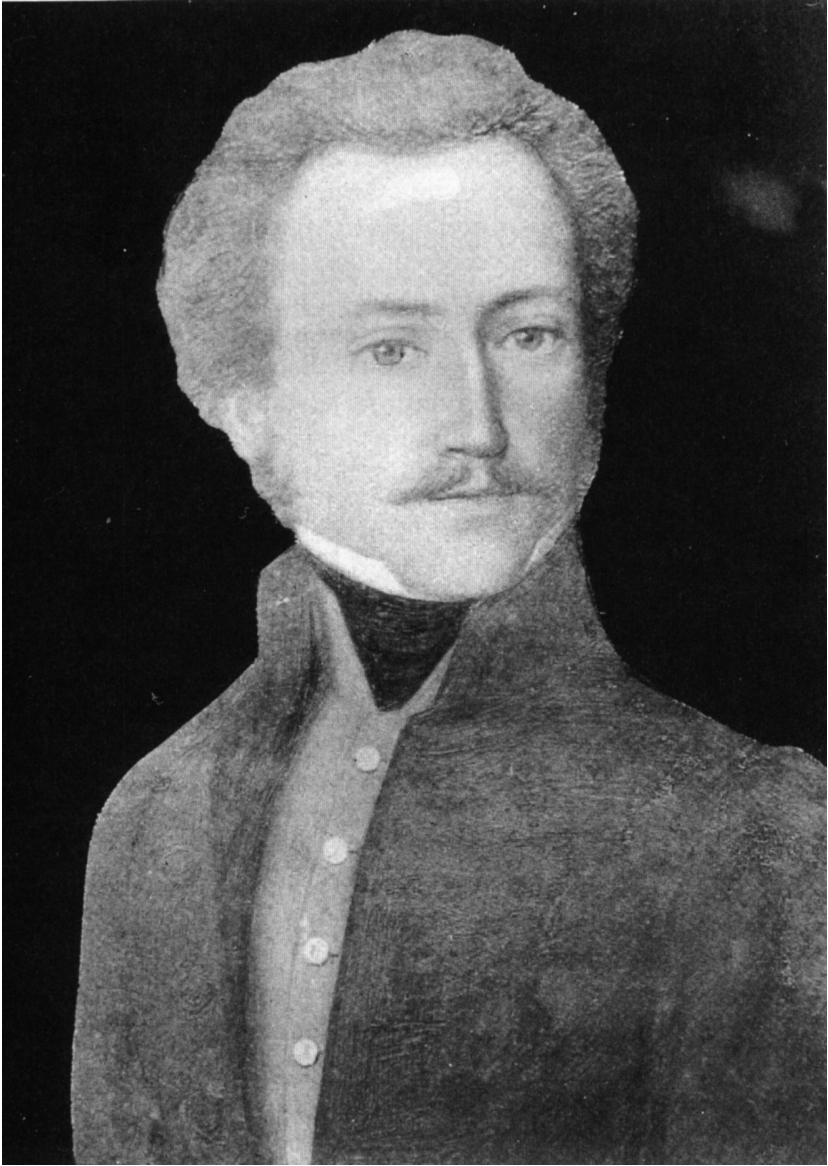


Abb. 1: Paul Follenius

An die ersten Colonien sollten alljährlich neue sich anschließen, bis die nöthige Bevölkerung vorhanden wäre, die zum Eintritt eines neuen Staates in die Union erforderlich ist. Da uns die in der alten Welt so lange vergebens bekämpften politischen und sozialen Gebrechen nur zu wohl bekannt waren, und in der neuen Welt alles von vorne zu machen war, auch nur unbescholtene und

freisinnige Menschen in die Gesellschaft aufgenommen werden sollten, so hofften wir, wenn auch im Kleineren, eine deutsche Musterrepublik herzustellen, von welcher eine wohlthätige Rückwirkung selbst auf das alte Vaterland zu erwarten wäre.“³

Im „alten Vaterland“ sahen die Gießener Initiatoren für sich und ihre Kinder keine Zukunft mehr, denn nach der napoleonischen Besatzung, die allerdings auch Neuerungen gebracht hatte, und den Befreiungskriegen, in denen die Hoffnung auf ein geeintes und freies Deutschland immer mitgekämpft hatte, setzte nach dem Wiener Kongress die große Enttäuschung ein. In den feudalen deutschen Kleinstaaten herrschten wieder Unterdrückung, Ausbeutung und Ungerechtigkeit. Die Restauration verfestigte die alten Machtverhältnisse und rückständigen Gesellschaftsstrukturen. Jegliche Selbstbestimmung war durch den Ständestaat beschnitten. Liberale und demokratische Tendenzen wurden nach den Karlsbader Beschlüssen in den Demagogenverfolgungen rücksichtslos mit Berufsverböten und Verhaftungen geahndet.

Auch Münch und Follenius hatten sich für eine Verbesserung der Verhältnisse in Deutschland eingesetzt. Friedrich Münch hatte als Student in Gießen den „Schwarzen“ angehört, einer radikalen liberalen Verbindung, die ihren Namen von ihrer „altdeutschen“, schwarzen Tracht herleitete. Die „Schwarzen“ wurden von den Behörden beobachtet und schließlich verboten, wie auch die „Burschenschaften“, die von Paul Follenius' Bruder Karl mitbegründet waren. Die Brüder Follenius gehörten in ihrer radikalen Ablehnung gegen die feudale Willkürherrschaft der fürstlichen Landesväter zum gewaltbereiten deutschen Jakobinertum. Karl Follenius war Mitorganisator des „Wartburgfestes“ von 1817 und verdächtigt, in das Attentat gegen den Schriftsteller August Kotzebue mitverstrickt zu sein.⁴ Als Universitätsdozent für Literatur in Jena bekam Karl Follenius Berufsverbot und floh über Zwischenstationen in Frankreich und der Schweiz 1824 nach Amerika. Diese Auswanderung des Bruders mag auch Paul letztlich bewogen haben, Deutschland zu verlassen.

Auch Paul Follenius hatte im Kampf gegen die Verhältnisse in Deutschland Misserfolgserlebnisse. Nachdem er zunächst schon mit 14 Jahren - seinem Bruder folgend - in einem Jägerbataillon gegen die Franzosen gekämpft hatte, schloss er sich als Gießener Student ebenfalls der Burschenschaft an. Wegen eines „Mangels an Unterwürfigkeit“ fiel er der Universitätsleitung unangenehm auf und bekam das consilium abeundi.⁵

3 Friedrich Münch, *Gesammelte Schriften*, Verlag Witter, St. Louis 1902, S. 99.

4 Der Attentäter Carl Sand war sein Schüler und glühender Verehrer gewesen. Karl Follenius' Rolle dabei ist bis heute nicht geklärt.

5 Münch, S. 94.



Abb. 2: Friedrich Münch (ca. 1860)

Er schloß sich revolutionären Kreisen an und wurde der Mittäterschaft an dem Attentat gegen den verhassten hessischen Minister und Menschenschinder Ibell verdächtigt.⁶

Dennoch gelang es Follenius, seine revolutionären Neigungen zu kaschieren, alle Zweifel zu zerstreuen und das Jurastudium erfolgreich abzuschließen. Er konnte sich eine berufliche Existenz als Advokat in Gießen aufbauen und behielt trotzdem Verbindungen zum revolutionären Untergrund.

Letztlich scheiterten jedoch alle Versuche, größere Massen für eine Revolution in Hessen zu mobilisieren. An eine deutschlandweite Erhebung war schon gar nicht zu denken. Zu unterschiedlich waren die Verhältnisse in den einzelnen Staaten.

Zu erneuten Unruhen kam es unter dem Eindruck der Julirevolution 1830 in Paris. In Hessen wurden Ämter gestürmt und geplündert. Der Großherzog musste das Militär einsetzen. Über 30 000 Menschen demonstrierten 1832 in der Hambacher Schlossruine für Freiheit, Einheit und Gerechtigkeit und gegen die

6 Ebd.

adelige Willkürherrschaft. Es wurden flammende Reden gehalten, aber ein handfester Aufstand folgte daraus nicht. Auch der Frankfurter Wachensturm ein Jahr später löste nicht den ersehnten Volksaufstand aus. Er wurde niedergeschlagen.⁷

Paul Follenius hatte den Aufständischen seine Mitwirkung in einer provisorischen Regierung zugesagt.

Auch die von Georg Büchner und Ludwig Weidig durch den „Hessischen Landboten“ 1834 initiierte Erhebung misslang letztlich durch Verrat und das Unverständnis der hessischen Bevölkerung. Aber da waren Paul Follenius und Friedrich Münch bereits unterwegs nach Amerika.

Der Plan zur Auswanderung

Paul Follenius und seine radikal-demokratischen Freunde waren durch die revolutionären Misserfolge frustriert. Jeder Versuch der Auflehnung wurde von den großherzoglich hessischen Behörden durch rigorosere Verfolgungsmaßnahmen, Bespitzelung und Unterdrückung beantwortet. Hinzu kam die Unlust im biedermeierlichen Deutschland, sich überhaupt mit politischen Veränderungen zu beschäftigen. Bürger und Bauern hatten die Nase voll vom Krieg und versuchten, ihren Frieden mit den Herrschenden zu machen oder wanderten aus, wenn es unerträglich wurde oder die Armut gar zu sehr drückte. Ganze Dörfer entvölkerten sich. Wie sollte auch in einem dezentralen Kleinstaaten-Wirrwarr eine einheitliche Bewegung in Gang kommen? Da hatten es die revolutionären Franzosen mit ihrer königlichen Zentralgewalt strategisch einfacher.

Friedrich Münch berichtete von einem Abschiedsgespräch zwischen Follenius und Ludwig Weidig, dem radikalen Mitstreiter Georg Büchners, das zu einem „heftigen Auftritt“⁸ geriet. Jeder versuchte, den anderen auf seine Seite zu ziehen. Weidig warf den Auswanderungswilligen „Verrat am Vaterlande“ vor. Doch Münch und Follenius waren endgültig entschlossen. Sie beriefen für den September 1833 eine Versammlung nach Friedberg (in der Wetterau zwischen Gießen und Frankfurt) ein, wo die Auswanderungsgesellschaft gegründet wurde.

„Der ersten Versammlung folgten andere. Es wurde eine Gesellschaftskasse gegründet, es wurden Agenten erwählt, das westliche Land der Vereinigten Staaten auszukundschaften und eine geeignete Heimstätte für die europamüden freien Männer aus Deutschlands Gauen aufzusuchen“.⁹

Es mag erstaunen, dass sowohl die in Gießen gedruckte „Aufforderung und Erklärung in Betreff einer Auswanderung im Großen aus Teutschland in die nordamerikanischen Freistaaten“ als auch die in Friedberg erfolgte Vereinsgründung, zu der Mitglieder aus Thüringen, Sachsen, Bayern und Preußen anreisten,

7 Etwa fünfzig bewaffnete Revolutionäre erstürmten die Frankfurter Polizeiwachen, um Waffen und Geld für einen Aufstand zu erbeuten. Aber die Bürger schauten tatenlos zu, während ein kampfbereites Bauerngrüppchen vor den verschlossenen Stadttoren vergebens wartete.

8 Der Deutsche Pionier, 1. Jg. Heft 1, S. 22.

9 Ebd.

von den großherzoglichen Behörden in Hessen unbehelligt blieben. Nicht selten jedoch waren die Landesregierungen froh, auf diese Weise revolutionäre Unruhestifter und Systemkritiker loszuwerden. Allerdings mussten fast überall in Deutschland die Auswanderer einen Reisepass beantragen und um die „Entlassung aus dem Untertanenverband“ ersuchen.¹⁰ Hierfür waren einige Bescheinigungen (Polizeiliches Führungszeugnis, Steuerbescheinigung, Militärdienst-Nachweis) und eine hohe Gebühr beizubringen.¹¹

„Die Aufforderung und Erklärung in Betreff einer Auswanderung im Großen aus Teutschland in die nordamerikanischen Freistaaten“

Der Gießener Aufruf von Follenius und Münch richtete sich vor allem an wohlhabende Interessenten, die Deutschland aus politischen Gründen verlassen wollten und nicht an Armutsflüchtlinge. Wer sich der Gesellschaft anschloss, musste über Mittel verfügen, um einen Pass und die Überfahrt sowie ein Stück Land in Amerika zu bezahlen. Vor der Abreise war eine Einlage in die Gemeinschaftskasse zu entrichten. „Familien, welche den Besitz eines solchen Vermögens nicht nachzuweisen vermögen, können nicht aufgenommen werden“, heißt es bündig in der Ausschreibung.¹²

Wichtig war außerdem eine berufliche Erfahrung, denn die Gründer der Gesellschaft achteten bei der Zusammenstellung der Passagierlisten darauf, dass alle handwerklichen und akademischen Berufe ausgewogen vertreten waren. Schließlich wollte man ein autonomes Staatswesen begründen.

Werfen wir einen Blick auf die Passagierliste der „Medora“, die die zweite Hälfte der Gesellschaft im Juli nach Baltimore brachte,¹³ so können wir ca. dreißig Personen mit der Bezeichnung „Farmer“ (Landwirt) zählen, ca. zehn Akademiker und ca. fünfzig Handwerker. Da zumeist ganze Familien unterwegs waren, verzeichnet die Liste etwa fünfzig Kinder, dazu kommen sechs Dienstmädchen (bei großen und wohlhabenden Familien). Ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl war, dass nur „unbescholtene und fleißige Familien“ und keine „sittlich Entarteten, Faulenzer und Trunkenbolde“ in Frage kamen.¹⁴

Man darf wohl vermuten, dass alles in allem höchstens ein Drittel der Mitreisenden zu den Ideenträgern des Projektes gehörte. In der Gruppe von Paul Follenius waren es vermutlich mehr, denn mit ihm sollen etliche flüchtige Auf-

10 Vgl. hierzu: Peter Assion, *Von Hessen in die Neue Welt*. Die Hessenbibliothek im Inselverlag, Frankfurt/Main 1987, S. 47 ff.

11 Friedrich Münch berichtet, dass die hessischen Behörden für seine Ausreisegenehmigung ein Zehntel seines gesamten Vermögens kassierten.

12 *Aufforderung und Erklärung in Betreff einer Auswanderung im Großen aus Teutschland in die nordamerikanischen Freistaaten*. Verlag Ricker, Gießen 1833, S. 22.

13 Ancestry.Com. *Baltimore Passenger and Immigration Lists 1820-1872* und Michael Tepper, *Passenger Arrivals at the Port of Baltimore 1820-1834*. Baltimore 1982.

14 *Aufforderung*, S. 10.

ständische nach dem gescheiterten Frankfurter Wachensturm von 1833 mit ihren Familien ausgewandert sein.¹⁵

Was trieb all diese Menschen hinaus in eine ferne Ungewissheit und was erfahren wir aus der Gießener „Aufforderung“ über die Ideale und die konkreten Pläne und Strukturen des Unternehmens?

Die Kritik an den Verhältnissen in der alten Heimat lässt sich am besten im Umkehrschluß aus den Idealen und gesellschaftlichen Zielen für die neue Heimat ablesen. Verhaßt waren die aristokratische Willkürherrschaft, der Ständestaat mit seinen Privilegien und Unterdrückungen, die Steuern, der Kastengeist und die „Parteienentzweiung“.¹⁶ Die Deutschlandmüden vermissten die Freiheit der Tat und des Geistes, religiöse Toleranz und wahre Menschlichkeit im christlichen Sinne.¹⁷ Sie lehnten den Zwang der Zünfte, den Militärdienst und die drückenden Abgaben an Staat und Kirche ab. Sie waren der Kriege in Europa überdrüssig. Stattdessen wollte man eine „neue Staatsform“, einen demokratischen „Freistaat“, ein „verjüngtes Teutschland“ innerhalb der Vereinigten Staaten errichten. Das erschien den Planern erstaunlicherweise „nicht allzuschwer“.¹⁸ Im neuen Deutschland sollte eine harmonische, christliche Gemeinschaft „ein einfaches und naturgemäßes Leben“, „ohne Luxus und Moderscheinungen“, ohne Standesunterschiede führen, getragen von einem „erhabenen Streben“, einer „höheren Idee“. Leider bleiben diese Begriffe etwas nebulös. Ausdrücklich ist an eine humane und gerechte Gemeinschaft ohne „irgendeine Art von Aristokratie“ und „ohne jegliche Sklaverei“ gedacht.¹⁹ Die Position der geplanten Republik innerhalb der USA wird in der Gießener „Aufforderung“ in recht problematischer (um nicht zu sagen naiver) Weise skizziert. Mit Fleiß, Disziplin und christlichem Gemeinsinn sollte schließlich am Rande des wilden Westens ein Deutschland entstehen, das weitgehend unter sich bleiben wollte. Von den bereits ansässigen Anglo- oder Franko-Amerikanern wollte man sich fernhalten, „zumal der Amerikaner gegen fremde Eigenthümlichkeiten wenig Schonung beweist“.²⁰ Man wollte nicht „amerikanisch“ werden. Stattdessen sollten deutsche Tugenden, deutsche Sitten und die deutsche Sprache intensiv gepflegt werden und die Jugend entsprechend erzogen werden. Man kann sagen, dass die USA und deren Territorium und Infrastruktur (Verkehrswege etc.) nur benutzt werden sollten, um ein Gegenmodell zum alten Deutschland zu schaffen.

15 Der Deutsche Pionier, Heft 1, S. 24.

16 Ebd. S. 6-8.

17 Ebd. S. 2.

18 Ebd.

19 Die Ablehnung der Sklaverei sollte den späteren Siedlern in Missouri noch Probleme beim Ausbruch des Sezessionskrieges bereiten.

20 Aufforderung, S. 4.

Aufforderung und Erklärung
in Betreff
einer
Auswanderung
im Großen
aus
Deutschland
in die
nordamerikanischen Freistaaten.

Zweite, mit den Statuten der Gießener Auswanderer-
gesellschaft vermehrte Auflage.

C. Türk.

Verlag von J. Ricker in Gießen.

Juli 1833.

Abb. 3: Titelblatt des Gießener Aufrufs

Tatsächlich bedurfte es nur einer Liste mit 60 000 männlichen Unterschriften, um als neuer US-Staat anerkannt zu werden.²¹

Ein bereits etablierter Bundesstaat (es gab inzwischen vierundzwanzig) kam als Siedlungsgebiet nicht in Frage, weil eine anglo-amerikanische Vorprägung einer selbständigen deutschen Entwicklung und „Selbstgesetzgebung“ hinderlich gewesen wäre. Missouri und Oregon waren „von wilden Indianerhorden durchzogen“, Florida erschien zu heiß und stickig, der Nordwesten (Michigan etwa) war nach Lage, Bodenbeschaffenheit und Klima ebenfalls ungeeignet.²²

Hier sei angemerkt, dass die Vorstellungen von der Neuen Welt bei deutschen Auswanderern sehr stark geprägt waren durch den Bericht von Gottfried Duden, der bereits zehn Jahre zuvor den Mittelwesten bereist und sich in Missouri niedergelassen hatte. In seiner Schrift „Bericht über eine Reise nach den westlichen Staaten Nordamerika’s“ empfahl er diese Regionen wärmstens deutschen Neusiedlern, ja, er konnte sich sogar vorstellen, dass am Missouri eine rein deutsche Kolonie, ein deutscher Staat entstehen könnte:

„Kein Land der Erde bietet den deutschen Auswanderern mehr an, als der Westen der Vereinigten Staaten... Wenn Millionen von Deutschen zum obern Mississippi und Missouri einwanderten, sie würden alle willkommen seyn. So groß ist der freie Raum dort, und so günstig ist uns die Meinung der Amerikaner von unsern Eigenschaften für den geselligen Zustand. Sobald der Deutsche den Boden der Freistaaten betreten hat, wird es keinem Amerikaner einfallen, sich irgend einen Vorzug vor ihm anzumaßen und insofern könnte es nicht besser stehen, wenn das Ganze eine Colonie von Deutschen wäre. Wenn die Zahl der Einwanderer sechzig tausend erreicht, so können sie einen eigenen Staat bilden, dessen Gesetzgebung sie nach Willkühr ihren vaterländischen Sitten und Gebräuchen anpassen dürften.“²³

Friedrich Münch und Paul Follenius kannten Duden persönlich und es ist möglich, dass gerade diese Sätze sie zu der Idee eines deutschen Staates in Amerika inspirierten. Follenius übernahm später dessen Farm. Die Gießener Gesellschaft hatte nach der Lektüre von Dudens Bericht die Region von Arkansas ins Visier genommen. Die „Aufforderung“ schildert diese Landschaft als „mit allen Reichthümern der Natur gesegnet“, fruchtbar, wildreich, „von dem Klima des nördlichen Italiens“ und nur spärlich besiedelt „von gutartigen Indianern“ und „zerstreuten Franzosen“.²⁴

Der Gießener Vorstand hatte schon im Sommer 1833 bei seiner Konstituierung beschlossen, zwei Kundschafter (den Homburger Apotheker Müller und

21 Münch, Gesammelte Schriften, S. 99 f. Vgl. auch Anmerkung 23: Duden spricht von 60.000 Einwanderern.

22 Aufforderung, S. 14.

23 Gottfried Duden, Bericht über eine Reise nach den westl. Staaten Nordamerika’s, Elberfeld 1829, S. 325 f.

24 Aufforderung, S.14.

den Dekan Schmidt aus Büdingen) zur Erkundung nach Arkansas vorauszuschicken. Dorthin wollten die beiden Gruppen von Follenius und Münch reisen, um gemeinsam Land zu kaufen. In der Folge sollten bereits etablierte deutsche Siedler aus den angrenzenden Bundesstaaten dorthin geworben werden und weitere Gruppen aus Deutschland (in der „Aufforderung“ Colonien genannt) folgen. Spezielle Ausschüsse in Übersee und in Deutschland hatten künftig in engem Kontakt miteinander die Bildung weiterer Colonien zu organisieren und sie über den Atlantik nach Arkansas zu führen.²⁵ Diese Colonien würden in dörflichen Gemeinschaften und freier Selbstbestimmung unter sich bleiben können, sofern sie sich den Idealen und Strukturen des deutschen Staates in Arkansas unterordnen würden.

Soweit die Tendenzen und Aspekte der „Aufforderung“ von 1833. „Das Schriftchen erlebte rasch zwei Auflagen und wurde in allen Theilen von Deutschland gelesen ...“ erinnert sich Friedrich Münch. „Es gab sogar Anfragen aus Wien und Prag.“²⁶ Die meisten Interessenten kamen jedoch aus Hessen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Württemberg. Auffallend sind nicht wenige Familien aus Altenburg und Coburg. Münch berichtet: „Tausende wollten uns nachkommen und den Gedanken des Unternehmens zur Wirklichkeit machen helfen. Und dies wäre wirklich geschehen, wenn alles der Erwartung gemäß gegangen wäre“. Aber dem war leider nicht so. „Unglück und Verlegenheiten kamen von Anfang an von allen Seiten her.“ Es schien, als ob das Unternehmen der Gießener unter keinem guten Stern stünde.²⁷

Ausreise und Überfahrt der ersten Abteilung

„Als 500 Köpfe zusammen waren, schlossen wir die Gesellschaft, welche 1834 abgehen sollte. Der Sache zu Liebe leisteten wir Verzicht auf die gemeinschaftliche Reise, indem Follenius die Führung der ersten Abtheilung von Bremen über New Orleans übernahm und ich mit der zweiten Abtheilung (weil nicht Alle früh genug sich fertig machen konnten) über Baltimore folgen sollte.“

So berichtet Friedrich Münch.²⁸

Man hatte die Atlantikpassagen für die 500 Auswanderer bei der Bremer Firma Everhard und Frederik Delius bestellt, die im Amerikahandel und im Auswanderergeschäft erfahren war. So schiffte sich die Abteilung von Follenius plangemäß am 31. März auf der „Olbers“ ein und erlebte eine anstrengende, stürmische Überfahrt, während der es bereits zu ersten Zerwürfnissen kam. Die Gruppe setzte sich aus etwa sechzig kinderreichen Familien zusammen, und es

25 Ebd. S. 20 ff.

26 Der deutsche Pionier, S. 189. Einem Bericht im „Deutschen Pionier“ zufolge war der Aufruf auch im „Frankfurter Journal“ und der „Augsburger allgemeinen Zeitung“ erschienen. (1. Jg., 1. Heft, März 1869, S. 20).

27 Münch, S. 99 f.

28 Ebd. S. 100.

sei zum Streit um die Verteilung der Milch der Kuh, die man mit an Bord genommen hatte, gekommen, wie ein späterer Bericht behauptete.²⁹

Zudem solle das erlesene Quartier der Familie Follenius (in einer separaten, bequemen Kajüte auf dem Oberdeck) bei den übrigen Passagieren im primitiven Zwischendeck Missgunst und Empörung provoziert haben.³⁰ Dazu kamen Hiobsbotschaften auf hoher See. Entgegenkommende Schiffe signalisierten der zerstrittenen Gruppe bereits im Golf von Mexiko, dass in New Orleans und im gesamten Tal des Mississippi die Cholera wütete. Dennoch setzte die Gruppe nach der Landung auf einem Flussdampfer die Reise nach Norden fort und musste Tag für Tag der Pest Opfer bringen. Es gab vierzig Todesfälle und einige Familien gingen in Verzweiflung und Panik von Bord des Flussdampfers, um eigene Wege zu suchen. Eine Führung gab es nicht mehr, denn auch Paul Follenius selbst und Mitglieder seiner Familie erkrankten schwer, konnten aber letztlich überleben.

Die Reise nach Arkansas war damit praktisch gescheitert. Der Plan einer deutschen Republik war plötzlich irrelevant geworden und interessierte kaum noch jemand. Für viele ging es nur noch um's nackte Überleben. Es war Ende Mai 1834.

Das Schicksal der zweiten Abteilung

Von all dem ahnten die Familien der zweiten Abteilung unter der Leitung von Friedrich Münch nichts. Sie waren im Mai 1834 noch guter Hoffnung, saßen allerdings auf einer kleinen Insel in der Weser fest und hatten kein Schiff.

Ende April hatten sie sich plangemäß in Bremen gesammelt und mussten eine böse Überraschung erleben. Die „Eberhard“ der Reederei Delius, mit der sie am 27. April von Bremerhaven auslaufen sollten, war von einer Reise nach New Orleans nicht zurückgekehrt, und ein Ersatzschiff stand nicht zur Verfügung. Obwohl Münch erbot sich zu reagieren und vergeblich einen Anwalt bemühte, ließ Delius sie warten. Der Makler war selbst in einer misslichen Lage, denn ein weiteres Schiff, das er unter Vertrag hatte, die „Shenandoah“, war in der Wesermündung gestrandet. Es gab Tote und er musste für die Versorgung der Überlebenden einen Hilferuf und die Bitte um Spenden in die „Bremer wöchentlichen Nachrichten“ setzen (14. April 1834).

Da Paul Follenius den Vertrag mit dem Reeder mitgenommen hatte und sein Schwager Münch nicht einmal eine Kopie besaß, war die zweite Abteilung der Firma Delius hilflos ausgeliefert. Immerhin konnte Delius bewirken, dass die Auswanderer auf der Weserinsel Harriersand eine primitive und preiswerte Bleibe fanden, denn die Unterkünfte in der Hansestadt waren teuer. Es sollte eine Bleibe für ein paar Tage sein, bis Delius ein Ersatzschiff gefunden hätte. Tatsächlich aber wurde „ein monatelanges Biwak in einem elenden Kuhstalle auf einer ungesunden Weserinsel“ daraus.³¹

29 Der Deutsche Pionier, S. 25.

30 Ebd. S. 19.

31 Briefe, S. 15.

„Die geringe Geldvergütung, die dem D. noch nicht einmal juridisch abgerungen werden konnte, reichte kaum hin, die Kosten des verzögerten Aufenthaltes in Bremen zu decken; unersetzlich war aber der Verlust, den die Gesellschaft durch Demoralisation während eines so langen und unthätigen Lebens erlitt; viele fingen schon dort ein Leben an, welches sie später um Gesundheit oder guten Ruf brachte; Streit und Zwistigkeiten blieben eben so wenig aus. Nicht minder schädlich war die verspätete Ankunft in Amerika, die jetzt in die heißeste Jahreszeit fiel, und nebenbei manche Familie in ihrer Einrichtung um ein ganzes Jahr zurückwarf.“³²

Dazu kam die schlechte Ernährung auf der Insel, denn der Bremer Reeder hatte die Auswanderer „auf Schiffskost gesetzt“ und das bedeutete: Hülsenfrüchte, Trockenobst, Pökelfleisch, Salzheringe, Schiffszwieback, Sauerkraut etc. Die Gemeinschaftskasse befand sich in einem desolaten Zustand, es fehlten Einzahlungen von säumigen Mitgliedern, die Friedrich Münchs Schwager hätte eintreiben müssen. An eine Hilfe aus der Umgebung war nicht zu denken, denn die Bewohner der Wesermarsch waren allen Fremden gegenüber eher misstrauisch. In Brake und den umliegenden Ortschaften hatten die Einwohner - nach entsprechenden Erfahrungen - Angst davor, dass mit den Auswanderern auch Seuchen eingeschleppt werden könnten. Ihnen war es nur recht, wenn die Fremden auf der Insel isoliert blieben und möglichst schnell auf ein Schiff kamen. Dennoch ist es wohl einigen Familien der Gruppe Münch gelungen, in Brake und Umgebung bessere Unterkünfte zu finden, um dem primitiven Biwak zu entkommen. Das war natürlich dem Zusammenhalt der Gruppe abträglich.³³

Auch die Regierung in Oldenburg tat sich schwer mit der „Auswanderungsseuche“. Im Süden des Großherzogtums (Diepholz, Vechta) herrschte in manchen Dörfern bittere Armut. Die Bauern fingen an auszuwandern. So hatten Ämter und Pfarrer Anweisung, vor der Auswandererei zu warnen. In der Presse wurden allenfalls Berichte veröffentlicht, wenn es sich um negative Erfahrungen handelte. Die Anwesenheit von 260 Auswanderern auf der Weserinsel wurde nirgendwo erwähnt.³⁴

So blieben die Gießener Auswanderer in ihrer Inselenklave ohne jede Hilfe auf sich alleine gestellt. Dabei mag ihr Führer, Friedrich Münch, in seiner besonnenen und ansprechenden Art und in seiner Eigenschaft als Geistlicher ihnen Trost und Zuversicht vermittelt haben. Es wird berichtet, dass er Gottesdienste abhielt und eine Geburt, eine Trauung und eine Seebestattung seelsorgerisch

32 Ebd.

33 Vgl. hierzu den Vortrag von B. Wechsler, Die Auswanderer; ein Vortrag, gehalten im Verein für Volksbildung zu Oldenburg am 20. Dez. 1846. Verlag Stalling, Oldenburg.

34 Die Presse im Großherzogtum Oldenburg erwähnt in jener Zeit mit keinem Wort die Anwesenheit einer so großen Auswanderergruppe auf der Weserinsel Harriersand. Lediglich das Tagebuch eines Gemeindevorstehers in Stadland (Rodenkirchen an der Weser) spricht im Jahre 1834 von „260 Auswanderern auf dem Harriersand, der Rest, der aus Hessen ausgewanderten Colonisten, die nach Amerika führen.“ W. F. Wulff, Tagebuch 1811-1880, in: Oldenburgische Familienkunde, Jg. 47, Heft 2, S.273.

betreute. Zeugen berichten von seiner Fähigkeit, Reden zu halten, „die zu Herzen gingen, weil sie von Herzen kamen“.³⁵ Münch war kein religiöser Eiferer. Er hatte „keinen besonders streng confessionellen Standpunkt.“³⁶ Sein Führungsstil wurde eher als tolerant und liberal empfunden. Mitunter musste er wohl auch die Inselgemeinschaft für Tage verlassen, um sich intensiv um ein Schiff für die Weiterreise zu kümmern.

Das wochenlange Warten zehrte an den Nerven und Kräften der Auswanderer.

Auf dem Harriersand schwanden Eintracht, Geld, Gesundheit und schließlich auch die Hoffnung langsam dahin. Münchs Gruppe bröckelte. Von bezeugten 260 Menschen in der Inselkolonie gelangten für die Überfahrt nach Amerika nur noch 195 Passagiere auf die „Medora“, mit der sie am 3. Juni 1834 Bremerhaven verließen.³⁷

Von den fehlenden Mitgliedern findet sich keine Spur. Sie mögen auf eigene Faust weitergereist, in der Wesermarsch geblieben oder in ihre alte Heimat zurückgekehrt sein.

Doch mit all dem war das Jammertal für Münchs Gemeinde noch nicht durchschritten. Auch ihre Überfahrt bei Kälte und Sturm war langwierig und voller Qualen und Entbehrungen. Kapitän Griffith, ein rauher und eigennütziger Mensch, verfütterte vergammelte Lebensmittel an seine Passagiere:

„Ohne Zweifel waren ihm die vertragsmäßigen Gegenstände der Beköstigung in gutem Zustande geliefert worden; er gab uns dagegen ungenießbares Salzfleisch, das - wie die Matrosen sagten - bereits die Reise nach Ostindien gemacht hatte und faules Wasser.“³⁸

Nach acht Wochen qualvoller Überfahrt im engen, niedrigen Zwischendeck erlebte die Gruppe die heißesten Tage des Jahres bei der Ankunft in Baltimore. Es gab Hitzeopfer, die Kinder litten. Die Gemeinschaftskasse war fast leer. Also trachtete man danach, schnell weiter zu kommen. Doch die Weiterreise an den Mississippi dehnte sich ebenfalls endlos und war voller Strapazen. Gauner zogen ihnen das letzte Geld aus der Tasche. Zwei Wochen allein dauerte der Treck mit Planwagen über das Aleghenny-Gebirge an den Ohio. Weitere zwei Wochen verbrachten sie auf dem Flussdampfer den Ohio hinunter in den Mississippi nach St. Louis.

„Wie aus allen Wolken gefallen“ fühlte sich Münch, als er unterwegs erfuhr, dass die Abteilung seines Schwagers schwer gelitten und sich inzwischen aufgelöst hatte. Jetzt war es gewiss:

35 Vgl. hierzu den Bericht von einer Trauerfeier durch Münch anlässlich einer Seebestattung während der Überfahrt der „Medora“. Briefe, S. 19.

36 Vgl. Der Deutsche Pionier, S. 90.

37 Vgl. die Angaben von Wulff mit der Schiffsliste der „Medora“.

38 Münch, S. 114.

„... der schöne Wahn war entzwei gerissen und es blieb nur noch die Frage, ob wir noch immer in kleinerer Zahl eine gemeinschaftliche Ansiedlung versuchen, oder auf gut Glück uns ebenfalls zerstreuen sollten“, schreibt Münch in seinen Memoiren.) „Mit großer, unausgesetzter Anstrengung und unsäglichen Opfern ... hatte ich bis dahin meine Abtheilung zusammengehalten. Jetzt war dies Alles zuende.“³⁹

Es blieb für Münch nach dem Wiederzusammentreffen mit seinem Schwager Paul Follenius in der Nähe von St. Louis nur noch der Versuch, die Finanzen mit den Mitgliedern der Gesellschaft abzurechnen. Aber auch das geriet zum Desaster. Es fehlte Geld. Die Rechnungen und Verpflichtungen gingen nicht auf. Es gab „hässliche Verdächtigungen“, „widerliche Auftritte“ und „beinahe sogar ... thätliche Angriffe gegen Follenius.“⁴⁰

Die beiden verschwägerten Unternehmer mussten privat tief in die Tasche greifen.

In der Tat, die erste deutsche Republik, das neue Vaterland in den Vereinigten Staaten von Amerika, war gescheitert! Ein großartiges, utopisches Projekt war bereits im Ansatz gestorben, trotz all der Qualen und Opfer, die die Gießener Auswanderungsgesellschaft erlitten hatte.

Die Gründe für das Scheitern

Es bleibt die Frage, warum dieser Versuch, in damaliger Zeit einen deutschen Staat in der neuen Welt zu etablieren, so kläglich scheitern musste, nachdem die Ausführung des Projektes den Initiatoren doch zu Beginn während der Planung in Gießen durchaus möglich, ja „nicht allzuschwer“ erschienen war.⁴¹

Die Ursachen sind auf zwei Ebenen zu suchen. Da sind einmal die zufälligen, verhängnisvollen Ereignisse, für die die Auswanderer nicht verantwortlich waren, wie das Wüten der Cholera in den Regionen am Mississippi im Frühjahr 1834 und auch der Zwangsaufenthalt der zweiten Gruppe auf der Weserinsel Harriersand.

Zum anderen haben gerade die Verantwortlichen des Projektes einige Fehler bei sich selbst ausgemacht. Friedrich Münch spricht rückblickend selbstkritisch von Fehlern, die vielleicht vermeidbar gewesen wären. So hatten sich die Gießener Auswanderer gutgläubig auf trügerische Quellen verlassen. Münch schreibt resümierend:

„Nach den von (Gottfried) Duden gegebenen Schilderungen hatten wir uns die Sache einigermassen anders gedacht.“⁴²

Das rosarote Kitschgemälde, das der Vorgänger von der Region am Missouri gemalt hatte, stimmte mit der Realität nicht überein. Innerhalb eines Jahrzehnts

39 Ebd. S. 116.

40 Münch, S. 117.

41 Aufforderung, S. 2.

42 Der Deutsche Pionier, Jg. 1 Heft 3.

mag sich da auch manches verändert haben. Weder in Missouri noch in Illinois oder Arkansas waren noch große Siedlungsräume für eine gemeinsame, abgeschlossene Kolonie vorhanden.⁴³

Eine solche Enklave, die „deutsch“ hätte bleiben wollen, ohne „amerikanisch“ zu werden, wäre ohnehin unrealistisch gewesen. Auch wenn es in den USA hier und da ethnische Enklaven gibt, so leben sie doch amerikanisch, sprechen englisch und hissen das Sternenbanner.

Spätestens seit der Rückkehr der Emissionäre mussten die Auswanderer wissen, dass Arkansas ohnehin eine schlechte Wahl war. Schmidt und Müller berichteten von wilden Indianern, schlechtem Boden und ungünstigem Klima. „Mit grünen Deutschen“ ließe sich, so schreibt Münch

„überhaupt in der vorgetzten Weise keine Colonie in Amerika gründen. Ein Rapp konnte durch religiösen Wahn seine Leute hier zusammenhalten, - unsere freisinnigen Ideen waren nicht mächtig genug gegenüber den individuellen Interessen und der rechthaberischen Natur unserer Landsleute.“⁴⁴

Hier spielt der hessische Pfarrer auf den unerschütterlichen Zusammenhalt mancher Religionsgemeinschaften an, die geschlossen eingewandert waren und noch lange (manche bis heute) zusammenblieben (man denke an die weitgehend autonomen Siedlungen der Mormonen oder der Amish-Brüder).

Die Gießener Auswanderer wurden nur durch ihren Hass auf die Verhältnisse im absolutistischen Deutschland und die Hoffnung auf ein menschlicheres und politisch freieres Leben zusammengehalten. Das war offenbar kein sehr fester ideologischer Kitt. Münch und Follenius waren hervorragende, überzeugende Redner, aber charismatische Sektenführer waren sie nicht.

Zudem stellte Münch resümierend fest, dass die Deutschen ein gespaltenes Verhältnis zu Führerfiguren hätten:

„Hier (in Amerika) , wo Jeder bald merkt, dass er sich selbst helfen muß, mag keiner gerne irgend eine Art von Leitung oder Beschränkung sich gefallen lassen, besonders, wenn er gerade soeben dem Zustande der Bevormundung entgangen und noch unerfahren ist im republikanischen Takte.“ „Außerdem leisten die Deutschen immer einzeln mehr als in gemeinsamen Unternehmungen indem sie zu leicht und gerne sich zersplittern und Dem misstrauen, der die Rolle des Führers übernimmt.“⁴⁵

43 Münch, S. 118.

44 Der deutsche Pionier, Jg. 1 Heft 3.

Der Schuster Johann Georg Rapp war der Leiter pietistischer Separatisten, die sich im Konflikt mit der Württembergischen Landeskirche befanden, 1803 nach Pennsylvania auswanderten und dort eine Siedlungsgemeinschaft gründeten, die lange Zeit blühte: die Harmony Society.

45 Münch, S. 189.



Abb. 4: Zeichnung der Münch-Farm um 1850

Vom Versagen der Führung des Projektes spricht auch Friedrich Gleich, der Herausgeber der „Briefe deutscher Auswanderer“:

„So endete ein Unternehmen, welches manches hohe Gefühl erweckt, manche schöne Idee aufblitzen gemacht hatte, welches aber ohne Kenntniß des Landes, Volkes und der Verhältnisse begonnen, vollends an der Unfähigkeit der Männer scheiterte, welche zu seiner Ausführung an der Spitze standen.“⁴⁶

Dennoch hielt Friedrich Münch die Idee des gesamten Projektes für durchführbar, wenn man mit einer besseren Planung und Kenntnis der amerikanischen Verhältnisse und mit einer besseren Zusammensetzung der Gesellschaft an die Sache herangegangen wäre:

„Unsere Sache ist der Form nach, wie wir sie auszuführen gedachten, gescheitert, nicht aber dem Wesen nach verloren. Ersteres war unvermeidlich, weil die hiesigen Verhältnisse durchaus zuwider sind (hier steht jedem die freieste Auswahl offen, nach Lust und Meinung, und als lästiger Zwang erscheint jede Anstalt eines geflissentlichen Zusammenhaltens). Ausführbar halte ich noch jetzt unsere Unternehmung, aber nur mit viel sorgfältig erlesenen Menschen; die Vortheile gemeinsamer Ansiedelung würden nicht ausbleiben, wenngleich erst später eintreten.“⁴⁷

46 Briefe, wie Anm. 2, S. XXV.

47 Münch, S. 100.

Frauen in Gießener Vereinen im 19. Jahrhundert¹

Helmut Berding zum achtzigsten Geburtstag

LUDWIG BRAKE

Die Beschäftigung mit Frauenvereinsgeschichte ist einerseits schwierig, weil es sich um ein Forschungsfeld handelt, wo die Quellenlage nicht immer günstig ist. Andererseits wiederum ist es ein sehr lohnendes Forschungsfeld weil sich hier, nicht nur im lokalen Rahmen, durchaus neue und auch überraschende Erkenntnisse gewinnen lassen.² Überdies fällt auf, dass in den jüngeren Forschungen zur Frauengeschichte und Frauenvereinsgeschichte, nicht nur in der lokalen Forschung, von unzutreffenden Voraussetzungen ausgegangen wird, die sich auf die Ergebnisse verzerrend auswirken. Wenn im Folgenden daher der Aspekt „Frauen in Gießener Vereinen im 19. Jahrhundert“ untersucht wird, geschieht dies auch mit der Intention, Erkenntnisse der lokalen Frauengeschichtsforschung zu überprüfen.³

„27. April 1878

Hochgeehrter Herr Bürgermeister,

Am 25. [aufenden] M[onats] ist in einer Versammlung, die Sie mit Ihrer Gegenwart beehrt haben, ein Verein gegründet worden, der sich die Aufgabe stellt, jungen Damen gegen ein verhältnismäßig geringes Honorar eine möglichst weitgehende Ausbildung in der Anfertigung weiblicher Handarbeiten zu geben. Zugleich soll ein Cursus für die Ausbildung von Industriehlehrerinnen für die Schulen eröffnet werden.

Da die Errichtung einer solchen Anstalt einen nicht unbedeutenden Kostenaufwand erfordert, bitten wir Sie bei den Herren Stadtverordneten dahin wirken zu wollen, daß uns zwei geeignete Zimmer für dieses gemeinnützige Unternehmen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

-
- 1 Dieser Beitrag ist aus einem Vortrag beim Oberhessischen Geschichtsverein im Frühjahr 2010 entstanden. Anlass zu dem Vortrag war die Diskussion um die Behauptung eines generellen Politik- und Vereinsverbots für Frauen im 19. Jahrhundert, welches die Bildung von Vereinen oder vereinsähnlichen Strukturen für Frauen unmöglich gemacht hätte. Da sich aus der Kenntnis lokaler Quellen dazu gegensätzliche Indizien ergaben, wurde der genannte Vortrag und somit dieser Beitrag konzipiert.
 - 2 Das bedeutet, dass auch das Folgende wegen der unzureichenden Forschungslage keine endgültigen Ergebnisse liefern kann, sondern auch das lokale Beispiel des Engagements von Gießener Frauen in Vereinen nicht viel mehr sein wird, als lediglich ein Kratzen an der Oberfläche.
 - 3 Aufgrund bestehender Theoriedefizite bei der Definition des Begriffs Frauenverein ist die Formulierung des Themas angebracht, da es sonst sehr viel schwieriger würde, Ergebnisse zu formulieren. Es wird zwar über Frauenvereine geforscht und diskutiert, es fehlt bisher jedoch eine schlüssige Definition, was der Begriff Frauenverein umschreiben soll.

Das provisorische Comité

L. Erdmann, Mathilde Weiffenbach, Mina Kauf, W. Hanstein, M. Bramm“.⁴

Bei den genannten Damen handelte es sich um die Frau des Polizeidirektors Georg Erdmann, die Gattin des Gymnasiallehrers Dr. Ferdinand Weiffenbach, die Ehefrau des Bauunternehmers Ludwig Kauf, die Frau des Likeurfabrikanten Johannes Hanstein und die Gattin des Bürgermeisters August Bramm.⁵

Diese Zusammenkunft hätte es nach den bisher gültigen Ergebnissen der Frauengeschichtsforschung nicht geben können. Denn danach war die Aufnahme von Frauen in Vereine, die politische Gegenstände erörtern oder öffentliche Angelegenheiten beraten wollten, untersagt. Sie durften auch nicht als Zuhörerinnen anwesend sein. Verbindungsaufnahme mit anderen Vereinen gleicher Art, selbst auf dem Schriftwege, war verboten, und Verstöße dagegen zogen die sofortige Schließung des Vereins oder die Schließung der Versammlung nach sich. Polizei und Ordnungshüter hatten alle Aktivitäten von Frauen genauestens zu beobachten und es war ihre Aufgabe, einzugreifen, wenn es zu gesetzwidrigen Handlungen, wie den geschilderten, kam.⁶

4 Stadtarchiv Gießen (StdtAG) L 1366-I, 27.04.1878.

5 Gießener Adressbuch (Adrb.) 1878.

6 Vgl. dazu: Ute Gerhard, Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Hamburg 1990: „Die politische Betätigung, die gemeinsame und öffentliche Behandlung ihrer wirtschaftlichen, rechtlichen, staatsbürgerlichen Interessen war den Frauen in Deutschland noch unerbittlicher und nachhaltiger als etwa den des Sozialismus verdächtigen Arbeitern untersagt. Zwar waren die ersten Verordnungen ‚über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechts‘, die Bayern und Preußen im Frühjahr 1850 fast gleichlautend erließen, vorrangig gegen die politischen Zusammenschlüsse der Arbeiter gerichtet. Doch alle vereinsrechtlichen Regelungen, auch die in den anderen deutschen Staaten - verstärkt durch einen Bundesbeschluß von 1854 -, liefen darauf hinaus, neben Maßregelungen aller demokratischen und oppositionellen Kräfte, die ‚eine Hälfte der Menschheit‘, die Frauen, auszuschalten, politisch mundtot zu machen, für mehr als ein halbes Jahrhundert zu bevormunden und zu gängeln, so der berühmte und folgenreiche Paragraph 8 des Preußischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850: ‚Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern gelten ... nachstehende Bestimmungen: a) sie dürfen keine Frauenspersonen, Schüler, Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen; b) sie dürfen nicht mit anderen Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten, insbesondere nicht durch Komités, Ausschüsse, Central-Organen oder ähnliche Einrichtungen oder durch gegenseitigen Schriftwechsel [...] Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge dürfen den Versammlungen auf Sitzungen solcher politischer Vereine nicht beiwohnen. Werden dieselben auf Aufforderung des anwesenden Abgeordneten der Obrigkeit nicht entfernt, so ist Grund zur Auflösung der Versammlung oder der Sitzung vorhanden.‘“ S. 73-75. Vgl. dazu, ebenfalls bezogen auf die preußischen Verordnungen zum Versammlungsrecht, Versammlungsrecht - Kommentar, Hg. von H. Ridder/M. Breitbach/U. Rühl/F. Steinmeier, Baden-Baden 1992, S. 49. Auch hier wird, ausgehend von der preußischen Rechtslage verallgemeinert. Vgl. dazu ähnlich verallgemeinernd Dagmar Klein, Von der Wohltätigkeit zum politischen Engagement. Die Gießener Frauenvereine 1850-1933, Gießen 2006, S. 14:

Aufgrund dieser gegensätzlichen Befunde reizt die lokale und regionale Perspektive zum Widerspruch, denn träfe das Vorstehende zu, hätte es die geschilderte Versammlung nicht geben dürfen. Hier aber saßen sowohl die Frau des Gießener Polizeidirektors als auch die Frau des Bürgermeisters, um nur diese beiden noch einmal zu nennen, im Gründungskomitee und der Bürgermeister, August Bramm, war ebenfalls bei dieser Gründungsversammlung anwesend. Das ist unter der geschilderten Voraussetzung „Politikverbot, Vereinsverbot für Frauen“ zumindest merkwürdig.⁷

Dies wirft die Frage nach der konkreten Rechtslage im Großherzogtum Hessen auf. Eine Überprüfung anhand der Quellen ergibt folgendes:

Zumindest im Falle des hessischen Großherzogtums fehlen seit 1848 Regelungen in den Gesetzen und Verordnungen zum Vereins- und Versammlungsrecht, die sich auf die Teilnahme und Mitwirkung von Frauen beziehen. Anhand der Gesetze und Verordnungen kann man die Entwicklung des Vereins- und Versammlungsrechts in Hessen-Darmstadt in der entscheidenden Phase von 1848 bis in die sechziger Jahre präzise nachvollziehen.

Da steht zunächst das Gesetz aus der Revolutionszeit, das Petitions- und Versammlungsrecht betreffend, vom 16. März 1848. Dessen Artikel zwei besagt: „Das Recht der Versammlung zur Berathung über allgemeine politische oder Privatinteressen kann frei ausgeübt werden.“⁸ Damit war unter den Vorzeichen der bürgerlichen Revolution von 1848 das Recht der Vereins- und Versammlungsfreiheit formuliert.

Doch schon zweieinhalb Jahre später erfolgte unter dem Vorzeichen der Restauration die hessische Verordnung, die politischen Vereine betreffend, vom 2. Oktober 1850:

„Um bei der außerordentlichen Lage, worin sich das Großherzogthum dermalen befindet, dem verderblichen Einfluß, welchen politische Vereine notorisch bisher geübt, ein Ziel zu setzen und den daraus entstehenden Gefahren für die öffentliche Ruhe und Ordnung vorzubeugen, haben wir (...) verordnet (...): Art. 1. Alle in dem Großherzogthume bestehenden Privatvereine oder Privatverbindungen, deren Zweck es ist, über öffentliche Angelegenheiten zu verhandeln oder auf dieselben einzuwirken -

„Das 19. Jahrhundert ist die Zeit der bürgerlichen Emanzipation und dazu gehört der freiwillige Zusammenschluß von Interessengruppen, der erstmals auch Nicht-Adligen möglich war. Allerdings enthielt das preußische Vereinsgesetz von 1850, das 1878 durch die sogenannten Sozialistengesetze noch verschärft wurde, ein Politikverbot für Frauen. Das Vereinsgesetz wurde 1890 gelockert, das Politikverbot jedoch erst 1908 aufgehoben.“

7 Nun ist die Gründung dieses Vereins nicht gleichzusetzen mit der Gründung eines Frauenwahlrechtsvereins oder einer politischen Partei. Doch, wenn man nicht einen sehr engen Politikbegriff anlegt, handelte es sich doch um eine Vereinigung, die, „öffentliche Angelegenheiten erörtern und berathen“ wollte. (Vgl. dazu: Versammlungsrecht - Kommentar, Hg. von H. Ridder/M. Breitbach/U. Rühl/F. Steinmeier, Baden-Baden 1992, S. 46). Und die versammelten Gießener Frauen gingen ja noch einen Schritt weiter, indem sie direkt auf die öffentlichen Angelegenheiten einwirken wollten.

8 Großherzoglich Hessisches Regierungsblatt (RGB), 1848, 17.03.

politische Vereine und Verbindungen - sind aufgelöst und die Bildung solcher Vereine und Verbindungen ist verboten“.⁹

Nur wenige Jahre später griff der Deutsche Bund bis auf die Ebene der Mitgliedsstaaten - also auch des Großherzogtums - durch, mit der Verkündung eines Bundesbeschlusses zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und Ruhe im deutschen Bunde, insbesondere das Vereinswesen betreffend vom 7. September 1854: „Da es im Interesse der gemeinsamen Sicherheit und Ordnung geboten erscheint, allgemeine Grundsätze für das Vereinswesen in den sämtlichen deutschen Bundesstaaten aufzustellen, so haben sich die höchsten und hohen Bundesregierungen über nachstehenden Bestimmungen vereinigt:

§ 1 In allen deutschen Bundesstaaten dürfen nur solche Vereine geduldet werden, die sich darüber genügend auszuweisen vermögen, daß ihre Zwecke mit der Bundes- und Landes-Gesetzgebung in Einklang stehen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gefährden.

§ 2 Die einzelnen Bundesregierungen werden demnach alle nöthigen Anordnungen treffen, um von der Einrichtung und den Zwecken eines jeden Vereines, sowohl im Beginne als im Laufe seiner Existenz und Wirksamkeit, Kenntnis nehmen zu können.

§ 3 In Beziehung auf politische Vereine insbesondere muß, sofern derartige Vereine nach Maßgabe der Landesgesetzgebung überhaupt untersagt sind, oder doch einer für jeden Fall besonders zu ertheilenden obrigkeitlichen Genehmigung bedürfen, die betreffende Staatsregierung sich in der Lage befinden, nach Maßgabe der Umstände besondere vorübergehende Beschränkungen und Verbote erlassen zu können.

§ 4 Allgemein sind für politische Vereine noch folgende Beschränkungen zur Geltung zu bringen: 1) Minderjährige, Lehrlinge und Schüler dürfen sich an solchen Vereinen nicht betheiligen; 2) Jede Verbindung mit anderen Vereinen ist unstatthaft“.¹⁰

Hier sind zwar Minderjährige - Schüler und Lehrlinge - ausgesprochen genannt, doch keine Frauen. Also auch hier kein Verbot für Frauen.

Damit war allerdings auch der Höhepunkt der restriktiven Maßnahmen auf dem Gebiet des Vereinsrechts für das Großherzogtum Hessen erreicht. Nach Ablauf einiger Jahre setzte hier eine Phase der Liberalisierung ein und so kam es am dritten Oktober 1862 in Hessen-Darmstadt zu einer Bekanntmachung, die Verordnung vom 2. Oktober 1850 über die politischen Vereine betreffend: „Seine königliche Hoheit der Großherzog haben (aus Anlaß des Gesetzes vom 15. Juli l. J., Anordnungen zur Sicherheit des Staates in dringenden Fällen betref-

9 Verordnung vom 02. Oktober 1850 (erneuert am 31. März 1852, RGB).

10 RGB 1854, S. 302-304.

find) sich bewogen gefunden, die Verordnung vom 2. Oktober 1850, die politischen Vereine betreffend, außer Wirksamkeit zu setzen“.¹¹ Damit bestand die im März 1848 bereits einmal errungene Vereins- und Versammlungsfreiheit von neuem. Und daran hat sich auch in den folgenden Jahrzehnten im Großherzogtum Hessen nichts geändert.

Das Ergebnis dieser Rückschau ist also:

1. Im Großherzogtum Hessen sind Frauen als in gesetzliche Regelungen einzubeziehende Gruppe im Vereinsrecht des 19. Jahrhunderts nicht genannt.
2. Mit Ausnahme der Zeit von 1850 bis 1862, wo alle Vereinstätigkeit in Hessen-Darmstadt erheblich eingeschränkt war, gab es kein Vereins- und Versammlungsverbot für Frauen.
3. Nach der Aufhebung des hessischen Vereinsverbots von 1862 bestand wieder Vereinsfreiheit.

Dieses Ergebnis stellt einen starken Kontrast zu der bisher vorgefundenen Meinung in der lokalen und überregionalen Frauengeschichtsforschung dar, die von einem allgemeinen Vereins- und Versammlungsverbot für Frauen ausgeht.¹²

Damit ist klar, die Frauen diskriminierenden Regelungen im Versammlungsrecht galten nicht reichsweit. Vor diesem Hintergrund wundert auch die Tatsache nicht mehr, dass vom 16. bis zum 18. Oktober 1865 in Leipzig eine erste Frauenkonferenz stattfand, auf der die Gründung des ‚Allgemeinen Deutschen Frauenvereins‘ (ADF) beschlossen wurde“.¹³ Dies geschah in Leipzig, weil in Sachsen ein wesentlich liberaleres Versammlungsrecht galt als in Preußen.¹⁴

Nach der Feststellung, dass es im 19. Jahrhundert in Deutschland kein allgemeingültiges Vereins- und Politikverbot für Frauen gab, scheinen auch andere als sicher angenommene Aussagen aus der Frauengeschichtsforschung auf tönernen Füßen zu stehen:

11 RGB 1862, S. 659.

12 Es hat kein allgemein, überall und auf Dauer in Deutschland geltendes Vereins- und Politikverbot für Frauen gegeben und dies ist auch in der älteren Literatur bekannt. Von der Mitgliedschaft in Vereinen waren Frauen ausgeschlossen in den Territorien „Preußen, Bayern, Braunschweig, Anhalt, Reuß j. L. und Lippe-Detmold“. Das Vereins- und Versammlungs-Recht in Deutschland in ausführlichen Erläuterungen zum preußischen Vereinsgesetz vom 11.03. 1850, S. 28.

13 Gerhard, S. 76.

14 Von der Mitgliedschaft in Vereinen tatsächlich ausgeschlossen waren Frauen in den Territorien „Preußen, Bayern, Braunschweig, Anhalt, Reuß j. L. und Lippe-Detmold“. Vgl. Das Vereins- und Versammlungs-Recht in Deutschland in ausführlichen Erläuterungen zum preußischen Vereinsgesetz vom 11.03. 1850 und einer Übersicht des Vereins- und Versammlungs-Rechts nach den reichsgesetzlichen und landesherrlichen Vorschriften, Berlin 1892 (Verlag der Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt), S. 28. Tatsächlich weist diese Publikation, die im Kommentar Versammlungsrecht (Hg. von H. Ridder/M. Breitbach/U. Rühl/F. Steinmeier) als Beleg für die Existenz des Vereins- und Politikverbots für Frauen herangezogen wird, genau das Gegenteil nach.

„Die Frauen waren (...) durch das deutsche Rechtssystem zur finanziellen Ohnmacht verurteilt“, „denn über das Vermögen, selbst über den eigenen Verdienst der Frau, bestimmte der Ehemann“.¹⁵

Auch hier weist ein Blick auf die Situation im Großherzogtum Hessen in eine andere Richtung. Wir müssen hier von der Vorstellung Abschied nehmen, dass Frauen in jeder Beziehung finanziell, rechtlich und ökonomisch abhängig waren von Männern. Dies galt zwar in rechtlichen Teilbereichen innerhalb einer Ehe, doch es ist mit Gisela Jung

„festzustellen, daß Frauen im Großherzogtum Hessen im 19. Jahrhundert eine selbständige, dem Mann grundsätzlich gleichgestellte Rechtsposition auf dem Gebiet des Privatrechts (...) zugestanden wurde“.¹⁶

Und

„Handelsfrauen wurden in Oberhessen und Starkenburg partikular- und gewohnheitsrechtlich eine Sonderstellung zuerkannt. In Betreff ihrer Handelsgeschäfte waren sie in der Regel uneingeschränkt geschäfts- und prozeßfähig“.¹⁷

Man kann also sagen, dass Frauen in Gießen durchaus ökonomisch und rechtlich selbständig zu handeln vermochten und dies auch taten. So finden sich schon relativ früh im 19. Jahrhundert einige Genehmigungen für Zapfkonzessionen oder zum Hausieren mit unterschiedlichen Waren, die hier in Gießen an Frauen, allerdings meist Witwen, erteilt wurden.¹⁸

In den Unterlagen des Stadtarchivs zu Konzessionsgesuchen allein für das Jahr 1841 erfährt man z. B., dass eine Johannette Ramspeck, die Stieftochter des Schuhmachermeisters Walz, am 10. 2. 1841 um „Erlaubnis zum Bier, Brandwein und Weißbrodverkauf auf Jahrmärkten“ nachgesucht hat. Ihre Bitte wurde zunächst „wegen notorischer schlechter Führung“ der Bittstellerin abgeschlagen. Dieser Beschluss musste jedoch kurz darauf, nach Widerspruch der Antragstelle-

15 Nave-Herz, Rosemarie, Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland, Hannover 1997(5) pdf-version, S. 11.

16 „Bei der Ehevormundschaft (...) kann in Oberhessen (...) von einem Fortwirken gesprochen werden. Dies äußerte sich in der Bestimmung des Mannes zum Haupt der Ehegemeinschaft, der Gehorsamspflicht der Frau gegenüber ihrem Mann und dem alleinigen Recht des Mannes, das eheliche Vermögen allein zu verwalten und einseitig darüber zu verfügen. Eine ehvormundschaftliche Gewaltstellung des Mannes bestand (...) nicht, da die Frau auch in der Ehe grundsätzlich unbeschränkt rechtlich handlungsfähig war und zumindest hinsichtlich ihres Vorbehaltsguts die volle Verfügungsgewalt besaß. Mit dem Verzicht auf eine an den Ehestand gebundene, geschlechtsspezifische Beschränkung der Handlungsfreiheit der Frau befanden sich die Partikularrechte Oberhessens (...) mit subsidiärer Geltung des gemeinen Rechts während des ganzen vorigen Jahrhunderts [19. Jh. L. B.] auf dem Stand des Bürgerlichen Gesetzbuches für das deutsche Reich von 1896.“ (Jung, S. 359)

17 Jung, S. 205.

18 StdtAG L 1432-III, Gesuche um Konzessionen.

rin, revidiert werden. Daraufhin wurde Johannette Ramspeck „ein Generalpatent zum Betrieb des Bier, Brandwein und Weißbrot-Verkaufs auf Jahrmärkten“ erteilt.¹⁹

Erfolgreich war auch das Gesuch der Ehefrau des Polizeisergeanten Kessler um Erteilung der Erlaubnis zum Brennen von Backsteinen (15.08.1842), ebenso wie die Bitte der Witwe des Bäckermeisters Jakob Wallenfels um Erteilung einer Konzession zum Betrieb einer Kaffeewirtschaft mit Billard (30.12.1842). Auch hier wurden die Genehmigungen erteilt.²⁰

Ein Blick auf die genannten Tätigkeitsfelder (Brandwein und Weißbrotverkauf auf Jahrmärkten, Betrieb einer Kaffee- und Billardwirtschaft oder Backsteinbrennen) zeigt, dass es sich nicht eben um „typisch weibliche“ Arbeitsgebiete handelt, wo die genannten Frauen tätig werden wollten. Bei einer Stichprobe Anfang der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts, finden sich bei den Gießener Gewerbean- und -abmeldungen von Frauen immer noch ganz ähnliche Geschäftsbereiche wie in den vorhergehenden Jahrzehnten.

Immer noch gehen Frauen dem Apfelwein-, Bier- und Brandweinzapf nach, in Ständen auf Jahrmärkten oder in Gast- und Speisewirtschaften, sie handeln mit Mineralwasser im Kleinen, betreiben den Braunkohle- und Haferhandel und ernähren sich auch vom Lumpensammeln oder Knochenhandel. Frauen melden Gewerbe als Bäcker an, als Federreiner, sie betreiben die Seifenkrämerei, den Samenhandel im Kleinen, Butterhandel im Großen, sowie die Schreibmaterialien-Krämerei und die Buchbinderei.²¹

Daneben jedoch wird schon eine stärkere Konzentration auf eher „typisch weibliche“ Gewerbe erkennbar, wie der Verkauf von wollenen Jacken und Kinderkleidung, die Lohnkürschnerei und Pelzwarenschneiderei. Frauen betätigen sich im Handel mit neuen Kleidern und Trödel mit alten Gegenständen, im Verkauf von Kurz- und Ellenwaren sowie von selbst gefertigter Kleidung und selbstgefertigten Spitzenkragenchemisetten. Sie betreiben Besorgungsunternehmen. Es gibt einige Putzmacherinnen, Putzwarenhändlerinnen mit oder ohne Laden und eine Schirmmacherin.²²

Einen ganz ähnlichen Befund ergibt ein Blick in die Zeitungsannoncen. Auch hier finden sich vielfältige Beispiele für die Berufs- und Geschäftstätigkeit von Frauen. Neben den ständig publizierten Annoncen, wo Dienstboten, Haushaltshilfen und Arbeiterinnen gesucht wurden oder ihre Dienste anbieten,²³ finden sich auch Stellenangebote, wo mehr an Qualifikation gefordert wurde. Da wird

19 StdtAG L 1432-III, Gesuche um Konzessionen.

20 StdtAG L 1432-III, Gesuche um Konzessionen. Vgl. auch: Gesuch der Witwe des Bäckermeisters Jakob Wallenfels um Erlaubnis zum Verzapfen von Wein, Bier und Likör, 20.02.1843. Erlaubnis wird zusätzlich zur Kaffeewirtschaft erteilt. „Der Unterthanin Ludwig Buschen Witwe, Bürgerin zu Gießen (...) wird gestattet, vom 15. November 1820 an drey Jahre lang Wein, Bier und Brandwein (...) zu verzapfen“.

21 StdtAG L 1432,III.

22 StdtAG L 1432,II Gewerbe An- und Abmeldungen 1870/71.

23 GA-13-12-1856; GA-21-01-1857.

ein Mädchen gesucht, das gute Zeugnisse hat und das Kochen versteht, oder es wird ein „gebildetes, nicht zu junges Mädchen, von zuverlässigem Charakter und anständiger Familie“ für ein größeres Gießener Geschäft gesucht, von welchem auch „Gewandtheit im Schreiben und Rechnen“ verlangt wurde.²⁴

Zusätzlich lassen sich zahlreiche Anzeigen nachweisen, wo Frauen selbst ihre handwerklichen Fertigkeiten und Dienstleistungen anbieten. So bot ein Mädchen, „das perfect Kleider machen und zuschneiden kann“ seine Kenntnisse an. Rosa Rothenberg aus dem Asterweg gab Unterricht „im Fertigen aller Arten Damenkleider“. Katharina Rauber, wohnhaft bei Herrn Lenz am Marktplatz, warb unter anderem für „das Steppen von Bett-Couvertüren und Damen-Röcken“. Wilhelmine Schneider, aus dem Neuenweg, bot ihre Fertigkeiten als Putzmacherin an, Elisabeth Rössing aus dem Neuenweg empfahl sich „den hiesigen Damen im Frisieren“. Unterricht im „Kleider-Mäntel- und Mantillien-Fertigen für Damen“ versprach Josephine Huthweller im Neuenweg.²⁵

Anscheinend kam es auch zu einer heftigen Konkurrenz zwischen zwei Damen: Sophie Schaab und Babette Blessing, die beide der Gießener Damenwelt Unterricht „im Verfertigen von Blumen“ erteilen wollten. Sie bekämpften sich in ihren Anzeigen im Wochenblatt.²⁶

Die genannten Frauen boten gelegentlich, über einen begrenzten Zeitraum oder dauernd ihre Waren und Fähigkeiten an. Daneben gab es andere die z. B. Immobilien vermieteten, wie die Witwe Mayländer aus dem Seltersweg,²⁷ oder für das eigene Geschäft warben, wie Susanna Weis aus der Neustadt, die dort ein Hutlager und eine Strohhutwäscherei betrieb.²⁸ Die Hebamme, Katharina Rautenstrauch, geb. Pausch, aus der Marktstraße empfahl sich mit ihrem „Examen in der Geburtshilfe“²⁹ und Luise Wittich warb für ihr Modewarengeschäft an der Stadtkirche.³⁰

Es lässt sich somit festhalten, dass es zumindest im großherzoglich-hessischen Gießen eine Vielzahl von Frauen gab, die ihren Lebensunterhalt selbständig und unabhängig verdienten, verdienen konnten und verdienen mussten.

Und zu ihnen zählt auch Johannette Lein, die Gießener Nähmamsell und Dichterin. Alleinstehend, musste sie sich auf irgendeine Weise ernähren. Dies gelang ihr, indem sie ihre Dienste als Näherin in Gießener Familien anbot. Auch

24 GA-21-11-1857; GA-02-06-1860

25 GA-01-12-1949; GA-28-07-1849; GA-01-11-1862; GA-18-03-1846; GA-08-04-1857; GA-17-01-1857.

26 GA 1852, 27.11.

27 GA-08-03-1856.

28 GA-06-03-1867.

29 GA-02-02-1856.

30 GA-18-03-1846. Wir finden aber auch, nun nicht gerade in den Geschäftsannoncen, aber doch in der Zeitung einen Hinweis auf die Tätigkeit einer Prostituierten. GA-19-02-1879.

sie konnte sich durch ihre Arbeit selbständig ernähren und fand daneben sogar noch Muse für ihre Poesie.³¹

Und noch ein weiterer Umstand ist zu bedenken. Auch die These:

„Frauen waren (...) auf das Wohlwollen und die Geneigtheit der Männer angewiesen. Da sie zudem durch ihren Ausschluß vom öffentlichen Bildungssystem nicht die nötigen rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Kenntnisse besaßen, mußten sie autodidaktisch das notwendige weitere Wissen erwerben“.³²

Gerade das Beispiel der Johanne Lein zeigt, dass es auch Möglichkeiten gegeben hat, wie sich Frauen aus sozial schwachen Schichten weiterbilden konnten. Nach bisherigem Kenntnisstand hat sie in Gießen lediglich die Armenschule durchlaufen. Dort, wo in der Regel Invaliden oder andere gesellschaftliche Randexistenzen Unterricht erteilten, wird sie kaum die sprachlichen Fertigkeiten erlernt haben, die es ihr ermöglichten, Poesie zu lesen und von sich aus lyrische Texte zu produzieren, wie sie von ihr erhalten sind. Und so trifft bei ihr vielleicht der Aspekt der autodidaktischen Weiterbildung zu.

Die Frage, wie Johanne Lein zu ihrer poetisch-literarischen Bildung kam, lässt sich für sie selbst heute noch nicht beantworten, doch lassen sich einige Aussagen über die für das 19. Jahrhundert in Gießen bestehenden Bildungsmöglichkeiten für Mädchen machen.

Dabei muss man im Auge behalten, dass das staatliche Schulsystem erst im 19. Jahrhundert allmählich seine gestufte Ausformung erhielt und der Zugang zu höherer Bildung keineswegs auf die öffentlichen, kommunalen und staatlichen Schulen monopolisiert war. Ebenso waren auch die Zugangsmöglichkeiten zu den Universitäten sehr viel weniger als wir dies heute kennen an das Durchlaufen des öffentlichen Schulsystems oder die Erreichung normierter, formeller Ziele gebunden.

Öffentliche Bildungseinrichtungen für Mädchen sind in Gießen erstmals seit dem 17. Jahrhundert nachweisbar, doch ist ihr Fortbestand umstritten und möglicherweise hat es keine durchgängige Kontinuität bis ins 19. Jahrhundert gegeben. Auch ist die Qualität der Ausbildung durchaus in Zweifel gezogen worden. Es etablierte sich daher schon seit dem 17. Jahrhundert, höchstwahrscheinlich, um das weitergehende Bildungsinteresse der Eltern für ihre Kinder zu befriedigen, eine Reihe von privaten Nebenschulen.

Die entscheidende Hürde für den Zugang zu Bildungschancen war daher nicht der Ausschluss der Töchter vom existierenden Bildungssystem, sehr viel eher war es die finanzielle Leistungskraft der Eltern, wie sie ihren Töchtern und Söhnen, je nach Vermögens- und Interessenlage, Zugang zu Bildung ermöglichen konnten oder wollten.

31 Die Lyrikerin Johanne Lein 1820-1903. Aus Anlass des Gießener Stadtjubiläums. In die Erinnerung gerufen von Erwin Leibfried, Fernwald 1997.

32 Nave-Herz, S. 11.

Blickt man nach Gießen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, so bestanden an öffentlich zugänglichen Bildungseinrichtungen die Stadtmädchenschule und darauf aufbauend eine höhere Mädchenschule. Das Ziel ihrer Gründung war, denjenigen

„Eltern, Staatsdiener, sowohl als Bürgern, welche ihren Kindern eine höhere Ausbildung geben wollen, als in den gewöhnlichen Schulen erzielt werden kann, Gelegenheit [zu] geben, ihre Absicht zu erreichen, ohne daß sie so bedeutende Kosten aufwenden müßten, was jetzt der Besuch der Privatschulen erfordert“.³³

Im Jahr 1841, am siebten Juni feierlich eröffnet, sollte an der höheren Mädchenschule

„in der Religions- und Sittenlehre, Religions- und biblischer Geschichte, in der deutschen Sprache und im deutschen Styl, verbunden mit der Lektüre ausgewählter Abschnitte aus deutschen Klassikern und deren Erklärung, in Geschichte, Geographie, Naturkunde, Naturlehre, im Rechnen, Recht- und Schönschreiben, im Gesang, ein gründlicher und erschöpfender Unterricht erteilt werden, dem sich die Unterweisung im Französischen und im Zeichnen wie auch in weiblichen Arbeiten anschließen wird“.³⁴

Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Ziele dieser Einrichtungen und Institutionen die Vorbereitung der Schülerinnen auf die Maturitätsprüfung oder die Aufnahme eines Hochschulstudiums waren. Trotz dieser Ausweitung des öffentlichen Unterrichts für Mädchen hielten sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts daneben noch weitere private Unterrichtsanstalten, die ihr Angebot speziell auf weibliche Schüler und deren vermeintliche Interessenlage ausgerichtet hatten.

So annoncierte im September 1855 ein Dr. Lips:

„Mit Beginn des Winterhalbjahres - 8. October - können in meinem Institut für Mädchen neue Schülerinnen eintreten. Der Unterricht erstreckt sich außer Geschichte, Literatur, Zeichnen, Turnen, weiblichen Handarbeiten und den gewöhnlichen Unterrichts-Gegenständen noch auf Französisch für alle Klassen - und zwar wird dieser Unterricht fast ausschließlich in französischer Sprache erteilt - und Englisch für die Oberklasse“.³⁵

Im Oktober 1857 machte der Mitprediger Balser in der Fortbildungsklasse der städtischen höheren Mädchenschule ein ähnliches Angebot und betonte, dass

„der Unterricht im Französischen und Englischen von einer geborenen Französin (...) erteilt wird, die durch vieljährigen Aufenthalt in England

33 Minke I, S. 208.

34 Minke I, S. 209.

35 GA 08.09.1855.

befähigt ist, das Englische so geläufig, wie ihre Muttersprache, zu sprechen“.³⁶

Die vorgenannten Institute waren jeweils von Männern initiiert oder geleitet. Daneben finden sich auch die Annoncen der Mathilde Schneider, die am 1. April 1867 eine eigene „höhere Lehranstalt für Mädchen“ in Gießen eröffnete. Sie beschäftigte mehrere männliche und weibliche Lehrkräfte und bot ebenfalls den Fächerkanon bestehend unter anderem aus Mathematik, Naturkunde, Sprachen Literatur und Geschichte und Geographie an.³⁷

Somit kann für Gießen festgestellt werden, dass Frauen einerseits keineswegs von weiterführenden Bildungseinrichtungen ausgeschlossen waren und andererseits auch eine ganze Reihe solcher Institutionen in Gießen bestanden.

Wenn man der Frage nach Frauen in Gießener Vereinen die Aussagen nach den referierten Ergebnissen vorausschickt,

1. Frauen waren im großherzoglich hessischen Vereinsrecht nicht speziell ihres Geschlechts wegen diskriminiert,
2. Frauen waren in der Lage rechtlich und ökonomisch selbständig zu agieren und
3. es existierten diverse Bildungsmöglichkeiten in Gießen, die über die Grundschule hinaus einige Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung für Frauen im 19. Jahrhundert anboten, dann erwartet man eigentlich ein Engagement von Frauen in Vereinen.

Die Erwartungen aufgrund der vorhergegangenen Überlegungen bestätigen sich. Schon am Ende des 18. Jahrhunderts hatte es in Gießen die Möglichkeit und Chance auf eine Beteiligung von Frauen an einer Lesegesellschaft gegeben. Das Projekt des Verlegers und Buchhändlers Justus Friedrich Krieger wollte für das „Schöne Geschlecht“ eine „wöchentliche gelehrte Zusammenkunft“ bieten, wobei Männer keinen Zutritt haben sollten. Als Gegenstand der Vereinstätigkeit war die „angenehme Lektüre von berühmten Schriftstellerinnen“ angegeben, der Vereinsbeitrag von ½ Taler im halben Jahr sollte freiwillig entrichtet werden und es sollten innerhalb des Vereins keine Rangunterschiede gemacht werden („Frauenzimmer [werden] alphabetisch rubricirt, damit der Rangstreit vermieden wird“).³⁸

Diese Lesegesellschaft für Frauen ist wohl nicht zustande gekommen. Vermutlich ist sie durch den Selbstmord Kriegers gescheitert.

Zentral und auch innovativ für die Beteiligung von Frauen am Vereinsleben in Gießen ist die Gießener musikalische Gesellschaft (Konzertverein). Sie wurde

36 GA 10.10.1857.

37 GA 20.03.1867.

38 Haug, in: HH 1994, S. 81.93, vgl. auch: Christine Haug: Weibliche Geselligkeit und literarische Konspiration im Vorfeld der Französischen Revolution - Über das Projekt zur Gründung einer Frauenlesegesellschaft in Gießen 1789/1790, in: Holger Zaunstöck/Markus Meumann (Hrsg.): Sozietäten, Netzwerke, Kommunikation. Neue Forschungen zur Vergesellschaftung im Jahrhundert der Aufklärung. Tübingen 2003, S. 177-192.

1792 gegründet und veranstaltete Konzerte auswärtiger und einheimischer Künstler und Dilettanten. Man wird davon ausgehen können, dass sich Damen an den Abendveranstaltungen, den Konzerten des Konzertvereins beteiligt haben, denn schließlich mussten allein aufgrund von wirtschaftlichen Erwägungen bei den Konzerten die Stühle besetzt sein.³⁹

Aus dem Konzertverein heraus gründete sich im Jahre 1819 der akademische Gesangverein. Von vorneherein war er als gemischter Chor geplant, was in den Statuten nachvollziehbar ist:

„§ 4. Mitglieder des Vereins können solche Herren und Damen werden, die in Gießen oder dessen näherer Umgebung wohnen oder sich längere Zeit aufhalten und durch ihre musikalische und stimmliche Veranlagung zur Teilnahme an den Aufführungen des Vereins befähigt sind.“⁴⁰

Zusätzlich legte der zweite Paragraph fest, dass auch unter den sieben Vorstandspersonen zwei „Damen“ zu sein hatten.⁴¹

Damit betrat der akademische Gesangverein zumindest für Gießen Neuland, denn hier ist, soweit bekannt, erstmals die Möglichkeit einer regulären Vereins-Mitgliedschaft für Frauen möglich.

Wer die Damen waren, die sich am akademischen Gesangverein in der Gründungszeit beteiligten, ist nicht bekannt. Doch eine erhaltene vollständige Mitgliedsliste des Jahres 1866 gibt genau Auskunft über die Zusammensetzung des Vereins zu diesem Zeitpunkt.

Von den aufgeführten 263 Mitgliedern waren 51 Frauen, was einem Anteil von 18% entspricht. Von diesen Frauen war ein hoher Anteil zudem unverheiratet. Sie waren also nicht über Familienmitgliedschaften mit ihren Ehemännern im Verein, sondern als selbständige und unabhängige Mitglieder.

Der akademische Gesangverein war somit - nach bisherigem Wissensstand - der erste der Gießener Vereine, bei dem eine Beteiligung und sogar eine Mitgliedschaft von Frauen nachweisbar ist.

Zeitlich folgend ist der „Frauenverein zu Gießen“ zu nennen, dessen Tätigkeit auf sozialem Gebiet seit Januar 1839 in den Gießener Quellen nachzuweisen ist. Immerhin kann man für ihn eine Mitgliederzahl von 140 Personen voraussetzen (Stand Januar 1840).⁴² Unbekannt ist derzeit noch sein genaues Gründungsdatum, doch lassen sich seine Aktivitäten auch für die folgenden Jahre belegen. Seine Aufgabe war die Mildtätigkeit.

Wie die veröffentlichten Auszüge aus den Vereinsrechnungen ausweisen, wurden aus den Mitgliedsbeiträgen, Geldzuwendungen und Sachspenden übli-

39 Katja Sonkeng, Und montags geht's es zur Probe Der Gießener Konzertverein von 1792 bis 2008, S. 38.

40 StdtAG 7/6, Nr. 57.

41 StdtAG 7/6, Nr. 57.

42 GA 08.02.1840 Dies weicht von den bisher einzeln publizierten Forschungsergebnissen stark ab. Vgl. Klein, Wohltätigkeit, S. 15: „Der erste Gießener Frauenverein wurde 1852 gegründet“.

cherweise Almosen an Arme verteilt, aber auch Opfer von Feuersbrünsten unterstützt.⁴³

Ob dieser Frauen-Verein dauerhaft fortbestanden hat, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Es gab Namenswechsel und daneben existieren Hinweise, dass es verschiedentlich zu Neugründungen gekommen sein kann.⁴⁴

Im Oktober 1848 fand die reguläre Zusammenkunft des Frauenvereins in der Mäusburg bei Kaufmann Höstrich statt und im November 1848 wurde ein Frauenverein neu gegründet, was die namentlich nicht genannte Vorsteherin in der Presse mitteilte. Jede Frau und Jungfrau Gießens konnte hier Mitglied werden, sofern sie den Bedingungen der Statuten entsprach.⁴⁵ 1849 trat ein „Frauenverein für Hilfsbedürftige“ auf⁴⁶ und 1852 folgte erneut eine Vereinsgründung.

Von diesem „Frauenverein zum Besten der Armen“ ist immerhin bekannt, dass er als Versammlungslokal einen Raum im Rathaus zugesprochen bekam.⁴⁷ Die Vereinsaktivitäten erstreckten sich unter anderem auf die Veranstaltung von Lotterien zugunsten der Stadtarmen.⁴⁸

Allgemein hat das Vereinswesen in der Revolution von 1848 einen enormen An Schub erhalten. Dies gilt auch für Frauenvereine in Gießen. Ausgelöst durch die allgemeine Politisierung entstanden nun auch „Frauenvereine“ mit „politisch“ unterschiedlicher Zielsetzung.

In Gießen entstand ein weiblicher Arbeiterverein,⁴⁹ ein weiblicher Arbeiterverein „neue Bildung“, ein demokratischer Frauenverein⁵⁰ und bei einem „Comité zur Unterstützung der deutschen Flotte“ waren ebenfalls einige Frauen beteiligt.⁵¹

Im Jahre 1860 erscheint ein Aufruf von Damen für Damen zur Gründung eines Comités zur Unterstützung der Schillergesellschaft.⁵² Im folgenden Jahr ist

43 GA 1843, 21.1.

44 Der Jüngste Tag, 1849, 4.11.; GA 1849, 1.12.; GA 1853, 5.3.; GA 1856, 25.10.

45 DJT 209, 1848.04.11. Die Statuten dieses Vereins konnten bisher nicht ermittelt werden.

46 GA 1849, 01.12

47 Beleg aus GA 1848, 4.11. Es spricht einiges dafür, dass es sich bei diesem Verein - über die erwähnten Vor-, Zwischenstufen ist mir bisher nichts weiter bekannt - um eine kirchlich orientierte oder sogar kirchlich initiierte Assoziation handelt. Denn wie schon bei dem vor der Jahrhundertmitte erwähnten Frauenverein treten hier in der Regel Gießener Pfarrer oder Personen aus dem Kirchenvorstand auf (z. B. Pfarrer Engel, Gustav Landmann, Daniel Ebel).

48 GA 1853, 05.03.

49 GA 27. 02. 1849

50 Gegründet im Oktober 1848, Michael Wettengel, Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum, Wiesbaden 1989, S. 537.

51 GA 1848, S. 351. Ebenfalls noch im Jahre 1848 beteiligen sich Damen an der Gestaltung der Fahne des Turnvereins. GA 1848, 05.11.

52 GA 6. 6. 1860.

zu erfahren, dass sich Damen bei der Gestaltung der Fahne des Liederkranzes beteiligten.⁵³

Für die Jahre danach lassen sich bisher keine weiteren neuen Vereinsaktivitäten Gießener Frauen erkennen. Erst im Frühjahr 1870 tritt hier neu ein Frauenverein für Krankenpflege auf, wo erkennbar Frauen sich engagierten.⁵⁴ Im Januar 1878 beteiligen sich die Gießener Damen an der Gestaltung der Ehrenfahne für den Kriegerverein⁵⁵ und im April des Jahres 1878 gründet sich ein „provisorisches Comité“, bestehend aus Damen zur „Ausbildung in der Anfertigung weiblicher Handarbeiten“,⁵⁶ bei welchem es sich möglicherweise um den späteren „Alice-Verein für Frauenbildung und Erwerb“ handelt.⁵⁷

Es folgen schließlich in den Jahren bis 1885 der Frauenverein für Armenpflege,⁵⁸ der Frauenverein für Armen- und Krankenpflege,⁵⁹ die Initiative zur Errichtung einer Kleinkinderbewahranstalt,⁶⁰ sowie der Allgemeine Verein für Armen- und Krankenpflege.⁶¹

An all diesen Vereinen, Vereinsaktivitäten, Komitees und Initiativen haben sich Gießener Frauen beteiligt.

Diese recht eindrucksvolle Liste von Frauenaktivitäten in Gießener Vereinen erlaubt jedoch nur in Ausnahmefällen Rückschlüsse auf die soziale und gesellschaftliche Stellung der beteiligten Frauen.

Einer der Vereine wandte sich in seinem Beitrittsaufruf speziell an die Gießener Jungfrauen,⁶² während in einem anderen Fall die Gießener Frauen insgesamt angesprochen waren.⁶³ In diesem - es handelte sich um den „Frauenverein für den Zweck der Armenpflege“ - gab es einen Vorstand, der aus 18 Frauen bestand.⁶⁴

Abgesehen von den weiblichen Mitgliedern des akademischen Gesangvereins sind nur wenige Personen namentlich bekannt. Die weiblichen Mitglieder des Akademischen Gesangvereins waren nach der Mitgliederliste von 1866: Frau Prof. Adrian, Eleonore, Frau Binzer, Secretär, Fräulein Buff, Fräulein Bergsträsser Anna, Frau Prof. Credner, Chlothilde, Fräulein Caspar, Frau Pfarrer Ditt-

53 GA 02.03.1861.

54 StdtAG L 1366-I, 29.03.1870.

55 Kriegerverein, Ehrenfahne, GA 30.01.1878.

56 StdtAG L 1366-I, 25.4.1878.

57 GA 09.06.1878.

58 GA 1880 14.04.

59 GA 10.06.1882.

60 GA 15.11.1882.

61 GA 05.03.1885.

62 GA 1849, 29.2.

63 GA 29.03.1862. „Der schon seit langen Jahren dahier bestehende Frauenverein für den Zweck der Armenpflege umfaßt alle Frauen unserer Stadt, welche einen vierteljährlichen Beitrag geben und der Vorstand desselben, welcher die Einsammlung der Beiträge und ihre Verwendung zu besorgen hat, wird von sämtlichen Mitgliedern aus ihrer Mitte gewählt.“

64 GA 29.03.1862.

mann, Frau Professor Ettlting, Caroline, Frau Prof. Eckhardt, Frau Ferber im hessischen Hof, Frau Advocat Faber, Frau von Grolmann I, Hofgerichtsrat, Frau Hofgerichtsrat von Grolmann II, , Frau von Gehren, Frau Greiner, Frau Kreisbaumeister Holzapfel I, Frau von Heimbracht, Rentnerin, Frau Accessist Hess, Frau Landrichter Heinzerling, Frau Kaufmann Hensel, Frau Amtmann Horst, Fräulein von Haxthausen, Minka, Fräulein Heinzerling, Frau Dr. Koch, Frau Pfarrer Köster, Frau Krebs, Frau Kammerdirektor Langermann, Frau Professor Mettenheimer, Louise, Frau Hofkammerrath Oswald, Frau Reuling, Frau Revierförster Rütty, Theodore, Frau Rausch, Louise, Frau von Rabenau, Fräulein von Rau, Frau Landrichter Rayss, Frau Hofgerichtsadvocat Steinberger, Frau Seipp, Frau Schirmer, Frau Pfarrer Simon, Frau Schulinspector Soldan, Fräulein Schmidt, Fräulein Schneider, Frau Pfarrer Scheck, Frau Pfarrer Soldan, Fräulein Trapp, Frau Hofgerichtsrat Weber, Frau Pfarrer Wimmenauer, Frau Hofrath Wehner, Frau Professor Weiß, Frau Walther, Frau Kaufmann Zurbuch,⁶⁵ die wir für das Jahr 1866 im Einzelnen durch eine Mitgliederliste kennen, bisher sind keine weiteren Mitgliederlisten bekannt. Wenn Einzelpersonen genannt werden, gehörten sie in der Regel einem Vorstand oder dem Gründungsgremium an.

Überschlägig gerechnet lassen sich in der Zeit von 1840 bis 1885 insgesamt 130 Frauen namentlich identifizieren.⁶⁶ Als eine der ersten wird eine Sophie Bansa (1843) erkennbar. Sie war anscheinend Mitglied im Frauenverein und bei ihr konnten interessierte Personen die Rechnungen des Frauenvereins einsehen; und eine Julie Roth gehörte anscheinend dem weiblichen Arbeiterverein (neue Bildung) an.⁶⁷

Äußerst interessant ist das Flotten-Unterstützungs-Komitee aus dem Jahre 1848, welches, anscheinend ausschließlich von Damen gebildet, das Ziel verfolgte, sich durch Beiträge aus der Mitgliedschaft „an dem großen vaterländischen Werk, der Gründung einer Flotte zu beteiligen“. Das Komitee setzte sich folgendermaßen zusammen: Theodore Dieffenbach, Charlotte Gros, Luise Kempff, geb. Eckstein, Susette Homberger, geb. Ballin, Julie Balsler, Caroline Heinrich, Caroline Faber, geb. Wortmann, Johanna Fulda, Albertine Wilbrand und Minna Welker sowie Sophie Bischoff.⁶⁸

Gerade diese Gruppierung mit ihrer dezidiert militärpolitisch-nationalen Ausrichtung belegt eindrucksvoll das tatsächliche politische Engagement von Frauen in Vereinigungen schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

Der Vorstand des Frauenvereins in Gießen bestand im Jahre 1856 aus folgenden Damen: H. Steinberger, J. v. Grolmann, L. Dickoré, K. Henry, L. Höpfner, H. Köster, Chr. Küchler, K. Martin, K. Merk, I. Noll, Ossan, W. Plank, L. Reiber, Spruck, W. Thorwart, Albertine Wilbrand und A. Windecker.⁶⁹

65 StdtAG, 7/6, Nr. 56.

66 Vgl. dazu Klein, Wohltätigkeit, S. 15: „Der erste Gießener Frauenverein wurde 1852 gegründet (...). Beteiligte Personen aus der Anfangszeit sind nicht bekannt“.

67 GA 1849, 10.2.; GA 1849 27.2.

68 GA 19.05.1848.

69 GA 1856, 27.9.

Das Komitee für eine Ehrenfahne des Kriegervereins, welches 1878 auftrat, hatte folgende Mitglieder: Noll, Joh., Hanstein, Wilhelmine, Petri, Margarete, Wenzel, Sophie, Montanus, J., Wittich, Ch., Echternach, H., Petrie, Julie, Jung, O., Wenzel, Pauline, Leo, Christiane, Schellenberg, Friederike, Lenz, Auguste, Lenz, Helene, Tresselt, Marie.⁷⁰

Ebenfalls für das Jahr 1878 werden für den Alice-Verein für Frauenbildung und Erwerb im provisorischen Komitee folgende Damen genannt: Frau Bürgermeister Bramm, Frau Landrichter Erdmann, Frau Fabrikant Hanstein, Frau Bauunternehmer Kauf, Frau Gymnasiallehrer Dr. Weiffenbach.⁷¹ In der von diesem Verein eingerichteten Arbeitskommission werden zusätzlich erwähnt: Fräulein Klos, Frau v. Titzenhofer und Frau Frank, Schirmfabrik.⁷²

Zwei Jahre später werden für den Frauenverein für Armenpflege für den Vorstand genannt: Frau Dr. Baur, Frau Bürgermeister Bramm, Fräulein Elisabeth Böss, Frau Echternach, Frau Hanstein, Frau Gas-Direktor Hess, Frau Kauf, Frau Klos, Frau Pfarrer Köster, Frau August Noll, Fräulein Simon, Fräulein Stammler, Frau Landgerichtsdirektor Stammler, Frau Wagner, Frau Steinberger, Frau Rechtsanwalt Thorwart, Frau von Titzhofer, Fräulein Sophie Walther, Frau Prof. Wilbrand, Fräulein Windecker. Ein Fräulein Dietz war für das Einsammeln der Beiträge zuständig.⁷³

Der Vorstand des Alicevereins für Frauenbildung und Erwerb zu Gießen bestand im Oktober 1882 aus der Präsidentin, Frau W. Hanstein, Frau Marie Bramm, Frau L. Bratuschek, Frau Marie Buchner, Frau M. Kauf, Fräulein E. Langermann und Frau M. Weiffenbach.⁷⁴

In der Kleinkinderbewahranstalt setzte sich Ende 1882 der Vorstand aus den Damen Fräulein Bansa, Frau Bürgermeister Bramm, Frau Dr. Bruel, Frau Chr. Keil (Witwe), Frau Pfarrer Köster, Fräulein Langermann, Frau Pfarrer Naumann, Frau Kanzler Wasserschleben sowie Fräulein Wortmann zusammen.⁷⁵

Abschließend sei noch der Vorstand des Allgemeinen Vereins für Armen- und Krankenpflege im Frühjahr 1885 erwähnt. Dort werden genannt: Frau Provinzialdirektor Boeckmann, Frau Bürgermeister Bramm, Frau I. Hanstein, Fräulein Henry, Frau L. Homberger, Frau Pfarrer Köster, Frau Prof. Riegel, Fräulein Cl. Simon, Fräulein P. Stammler, Fräulein A. Windecker, Schwester Luise Wolf und als Vereindienerin fungierte eine Frau Bickel, die Ehefrau eines Schuhmachers vom Kirchenplatz.⁷⁶

Wenn man versucht diese ersten Teilergebnisse zu strukturieren und zusammenzufassen, ergibt sich folgendes Bild: Bei den nach der Quellenlage aktivsten

70 GA 1878, 30.1.

71 GA 09.06.1878.

72 GA 28.07.1878.

73 GA 1880 14.04.

74 GA 25.10.1882.

75 GA 15.11.1882.

76 GA 05.03.1885. Vgl. zu Frau Bickel, Adrb. 1886. Der einzige Vertreter des Namens Bickel ist der genannte Schuhmacher am Marktplatz.

Frauen, die in Gründungs- und Aktionskomitees sowie in Vorstandsgremien vertreten waren, handelte es sich um Vertreterinnen aus dem Gießener Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum. Zahlreiche Töchter und Gattinnen von Staatsdienern, Funktionsträgern der Politik, Pfarrern und Lehrern waren beteiligt, aber auch Fabrikantengattinnen, Frauen von Handwerksmeistern und Vertreterinnen aus der Dienstleistungsbranche waren darunter.

Ab den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts ist eine der dominierenden Personen Marie Bramm, die Frau des Gießener Bürgermeisters und späteren Oberbürgermeisters, die sich immer wieder in den Vorständen oder als Vorsitzende von Vereinen findet. Ganz deutlich wird ebenfalls ab dem Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts das intensive Engagement von Professorengattinnen. Albertine Wilbrand stellt insofern eine Ausnahme dar, als sich bei ihr über den Zeitraum von 1848 bis 1880 ein anhaltendes Engagement in verschiedenen Vereinen und Komitees nachweisen lässt.⁷⁷ Weitere Professorengattinnen waren: Frau Riegel, Frau Bratuschek und Frau Wasserschleben, die aktiv seit Ende der siebziger Jahre tätig waren.

Und genau hier deutet sich eine Parallele zur Entwicklung des Gießener Vereinswesens insgesamt an, wo man ebenfalls seit Mitte der siebziger Jahre ein verstärktes Engagement von Universitätsangehörigen in Gießener Vereinen feststellen kann.

Damit ist jedoch nur ein kleiner Teil derjenigen Frauen, die sich in Vereinen engagierten oder sich durch Mitgliedschaft beteiligten, erfasst. Die ganze Breite der Mitglieder lässt sich aufgrund fehlender Daten derzeit noch nicht greifen. Und so sind auch Aussagen über die Gesamtheit der weiblichen Vereinsmitglieder nicht möglich.

Zusammenfassend kann man sagen: Da im Großherzogtum Hessen kein Politik- und Vereinsverbot für Frauen bestand, lagen hier günstige Rahmenbedingungen für Vereinsaktivitäten von Frauen vor. So ist es nicht verwunderlich, dass das Engagement von Frauen in Gießener Vereinen Traditionen aufweist, die weit über die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichen. Und wenn man nicht einen gar zu engen Politikbegriff annimmt (der nur die Beteiligung an Wahlkämpfen, die Diskussion der Wahlrechtsfrage oder das Engagement in politischen Parteien als „politisch“ gelten lässt), haben sich demnach eine Vielzahl von Frauen - zwar möglicherweise nicht in politischen Parteien oder deren Vorgängerorganisationen beteiligt, sie waren aber in eine Vielzahl andere gesellschaftlich wirksame Vereine und Vereinigungen eingebunden und konnten aus diesen Positionen durchaus eine nicht zu unterschätzende Wirksamkeit in einigen gesellschaftlichen Bereichen entfalten. Abschließende Wertungen können jedoch nicht vorgenommen werden, da insgesamt noch zu wenige Quelleninformationen zur Verfügung stehen.

77 Im Flottenunterstützungscomité, GA 19.05.1848; im Frauenverein, GA 27.09.1856; im Frauenverein für Krankenpflege, L 1366-I, 29.03.1870; im Frauenverein für Armenpflege, GA 1880 14.04.

Schloss Rauschholzhausen, Schöpfung eines kunstverständigen Bauherrn, der mit viel Liebe an seinem Bau hing¹

CHRIS NEES

Politik und Kunst, zum Erbe einer Industriellendynastie

Als Kunstverständigen bezeichnet der maßgebende Architekt des Schlosses, Alfred Friedrich Bluntschli, seinen ehemaligen Auftraggeber Ferdinand Eduard von Stumm (1843-1925).² Dieser entstammte einer über hundert Jahre alten Industriellendynastie. Die Eisenhütte Stumm war 1715 im Hunsrück gegründet worden. Ihr Besitz vermehrte sich durch eine kluge Erbfolgeregelung kontinuierlich. Stumms Großvater, Friedrich Philipp Stumm, übersiedelte 1802 nach Saarbrücken. Durch Kinderreichtum und entsprechende Heiraten stand man im Laufe der Zeit mit fast allen bedeutenden Industriellenfamilien des deutschen Südwestens in verwandtschaftlicher Beziehung. Sinn für Kunst und politisches Engagement auf Seiten Preußens hatten Tradition im Hause Stumm. In Saarbrücken bewohnte die Familie das ehemalige barocke Mandelsche Palais am Ludwigsplatz.³ Hier wurde der Vater des Bauherrn, Carl Friedrich Stumm (1798-1848), geboren. Aus Nebenlinien der Familie stammten im 18. Jh. ein berühmter Orgelbauer⁴ und der Architekt Christian Ludwig Hutt. Ein Bruder von Stumms Großvater war der Düsseldorfer Landschaftsmaler Adolph Böcking.⁵ In den Befreiungskriegen 1814/15 wurde das Haus Stumm in Saarbrücken zum Zentrum der nationalen Erhebung im Saarland. Blücher, Gneisenau und andere Generäle waren Gäste des Hauses auf dem Marsch nach Frankreich.⁶ Ferdinand Eduard und noch mehr sein ältester Bruder, Carl Ferdinand von Stumm-Halberg, traten in dieses Erbe ein. Geboren wurden sie in einem Herrenhaus in Neunkirchen, das ihr Vater in unmittelbarer Nähe zu seinem Eisenhüttenwerk

-
- 1 Lebenserinnerungen Alfred Friedrich Bluntschli, ZBZ FA Bluntschli 50 (Umschl. V), 54-55.
 - 2 1888 wurden die vier Brüder Stumm von Friedrich III. anlässlich seiner Thronbesteigung in den erblichen Freiherrenstand erhoben.
 - 3 Heinz Gillenberg, *Spurensuche. Untenwegs durch das alte Hüttengelände*, Neunkirchen 1995, 31.
 - 4 Johann Michael Stumm (1683-1774). Seine Familie gehörte zu den berühmtesten Orgelbauern Südwestdeutschlands. In: *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, Walter Killy/Rudolf Vierhaus (Hg.), München Bd. 9, 1998, 613.
 - 5 Geb. 1782 in Trarbach, verstorben in Amerika. Fritz Hellwig, *Carl Freiherr von Stumm-Halberg*, Heidelberg/Saarbrücken 1936, 13.
 - 6 Hellwig 1936, 7.

hatte bauen lassen. Die Arbeiter nannten es *Emm Stumm sei Schlefje*.⁷ Hinter dem Herrenhaus legte er einen großen Park an, errichtete auf einer Insel ein Denkmal für seine Vorfahren, baute im eigenen Park eine Kapelle und legte ein Familienbegräbnis an. Carl Stumm-Halberg vermehrte nicht nur als Geschäftsführer der offenen Handelsgesellschaft „Gebrüder Stumm“ das Vermögen der Familie. Er engagierte sich mit beachtlichem Erfolg auch politisch, wurde Mitglied des Reichstages, der wohl wichtigste Führer der Freikonservativen Partei und guter Freund Bismarcks. Dieser gab ihm den Beinamen „König Stumm“. Nach dem Abtreten Bismarcks wurde er kurze Zeit der engste Berater von Kaiser Wilhelm II., in Berlin sprach man von der Ära Stumm.⁸



Abb. 1: Blick durch die Halle nach Westen. Zustand spätestens 1904

Sein jüngerer Bruder, der Schöpfer von Schloss Holzhausen,⁹ konnte mit Hilfe seines einflussreichen Bruders und des Bismarckschen Wohlwollens, ohne zunächst die eigentlich dafür nötigen Voraussetzungen zu haben, in den diplomatischen Dienst eintreten. Persönlich bekannt mit dem späteren Kaiser Friedrich III. und seiner Frau, die auch zu Besuch auf Schloss Rauischholzhausen weilten,¹⁰ machte er mit großem persönlichem Einsatz Karriere. Als *liebenswürdiger Gesellschafter* und mit hoher Begabung galt er als *ein fähiger und tüchtiger Diplo-*

7 Gillenberg, *Spurensuche*, 1995, 31, 34.

8 1894 bis etwa 1897.

9 Der Ort Holzhausen erhielt erst 1934 im Zusammenhang mit der Gebietsreform den heutigen Namen.

10 An den Besuch erinnert im Park vor dem Schloss noch ein Denkstein, der heute leider, weil vollkommen zugewachsen, nicht mehr sichtbar ist.

mat,¹¹ der 1888 in Madrid in die damals noch sehr kleine Gruppe von Botschaftern des Deutschen Reiches aufstieg. Dort wurde der unpolitische Diplomat nach nur vier Jahren ein Opfer der Auseinandersetzungen zwischen dem Kaiser und Bismarck. Das Außenministerium in Berlin zwang ihn, sich zur Disposition stellen zu lassen und den Posten in Madrid aufzugeben. Während sein Bruder, der politisch besonnene Staatsmann und Industrielle mit der neuen Situation umzugehen wusste und sich von Bismarck distanzierte, blieb Ferdinand Eduard sich treu und für jedermann erkennbar ein Anhänger und Verehrer Bismarcks. Häufig besuchte er ihn in Friedrichsruh. *Sie sind einer meiner wenigen Freunde*, mit diesen Worten verabschiedete ihn der alte Mann bei einem seiner letzten Besuche. Und noch 1915 klagt Stumm die Gegner Bismarcks an, die von

„ohnmächtigem Haß gegen den Großen, in dem der Kleine seinen Feind sieht, sehen muss, weil seine bloße Gegenwart die Zwerggestalt der Minderwertigen enthüllt [...das] traurige Werk der Ausschließung und Vereinsamung des großen Mannes“ betrieben hätten.¹²

Bismarcks Gedenken widmet Ferdinand Eduard von Stumm 1901 einen Brunnen im Park mit dem Bronzerelief des Kanzlers. Er ließ ihn von Adolph von Hildebrand entwerfen, mit dem ihn freundschaftliche Kontakte verbanden. Bemerkenswerterweise ist es der bisher einzig bekannte große Auftrag an einen zeitgenössischen Künstler, den der Kunstsammler Stumm vergab. Die Tätigkeit Ferdinand Eduard von Stumms als Liebhaber und Kenner alter Gemälde und Kunstgegenstände war schon zu seinen Lebzeiten allgemein bekannt und wurde in den zeitgenössischen biographischen Angaben zu seiner Person erwähnt.¹³ Die Provenienz eines Objektes aus seiner Sammlung gilt im internationalen Kunsthandel heute noch immer als Empfehlung.¹⁴ Stumm war ein Sammler aus Leidenschaft, der schon als junger Mann seine vielen Reisen zum Kauf von Antiquitäten nutzte, die später zur Ausstattung von Schloss Rauischholzhausen dienten. Die Objekte stammten überwiegend aus der Zeit vom 16. bis Mitte des 18. Jahrhunderts. Räume und Flure füllten sich, wie alte Fotografien zeigen, mit antiken Möbeln, Gemälden, Tapisserien, Kleinkunstwerken, Fayencen und kunstgewerblichen Arbeiten in Gold, Silber und Glas. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Sammlung von Sakralkunst, wie kleinen Altären, Heiligenstatuen und Holzskulpturen. Weitere Kunstobjekte fanden später in eigens dafür einge-

11 So urteilt Bülow (1849-1919), von 1900-1909 Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Bernhard, Fürst v. Bülow, *Denkwürdigkeiten*, Franz v. Stockharmern (Hg.), 4 Bde. Berlin 1930-1931. Ebd. Bd. I, 22-23.

12 Freiherr v. Stumm, *Ein Besuch in Friedrichsruh*. In: *Erinnerungen an Bismarck*, Stuttgart/Berlin 1915, 73-86.

13 Siesmayer, Heinrich, *Aus meinem Leben*. Frankfurt, 1892, 28; *Wer ist wer?* Hermann Degener, Leipzig, 1914, Sp. 1680-1681.

14 Siehe die ausführlichen Hinweise in den Auktionskatalogen von *Sotheby's Preview*, George Plumptre (Edt.), Sotheby's Incorporation, London: St. Ives PLC., July 1997, 34 und *Christie's Geneva, Important European Silver, Gold Boxes and Objects of Vertu*, London: Vauxhall PRE Press, May 1997, Titelblatt und 72-74.

richteten Museumsräumen ihre Aufstellung, wo sie wohl, wie auch der Park, der Öffentlichkeit teilweise zugänglich waren.



*Abb. 2: Deckengemälde aus dem 17./18. Jh. im Großen Salon
„Dionysos bei Ino“(?)*

Stumms Interesse galt in hohem Maße der Kunst des südeuropäischen Raumes, vor allem der der iberischen Halbinsel. Seine Wertschätzung handwerklich qualitativvoller Holz- und Schmiedearbeiten, wie sie die Innenausstattung des Schlosses bis in die Gegenwart noch in Resten dokumentiert, macht den Kauf der zahlreichen spanischen Kunstobjekte verständlich. Auch hier findet sich eine Dichte von Muster und Ornament, ist ein sehr hohes Maß an handwerklicher Kunstfertigkeit eingesetzt, die zweifellos Stumms Bewunderung erregte. Die Hochwertigkeit seiner Kunstsammlung belegen nicht nur Spitzenobjekte, die sich heute im Besitz weltbekannter Museen befinden.¹⁵ Wichtige Quellen für eine Beurteilung der gesamten qualitativvollen Sammlung sind zwei Versteigerungskataloge von 1932 und 1939.¹⁶ Abbildungen und genaue Beschreibungen dokumentieren hier den überaus beeindruckenden Rang der zur Versteigerung eingereichten Kunstwerke und Antiquitäten.

15 Die National Gallery in Washington besitzt ein Bild von Goya (*Bildnis des Don Antonio Noriega*, Öl/Lw, 102,8 x 80,9 cm, 1801), das früher im Schloss hing. Das Victoria and Albert Museum, London, erwarb 12 spanische Silberschmiedearbeiten, die ehemals von Stumm erworben wurden.

16 *Antiquitäten und alte Gemälde aus dem Nachlass des verstorbenen Freiherrn F. von Stumm, kaiserlichen Botschafters A.D.*, Katalog Nr. 1 Dr. Günther Deneke, Berlin 1932. *Gemälde-Möbel-Tapisserien aus dem Besitz Baron F. von Stumm Schloss Holzhausen und aus anderem Besitz*. Hans W. Lange, Berlin 1939.



Abb. 3: Konsole mit Doppelsphingen, Italien 16. Jb. Ammanati oder Umkreis. Mit einer zweiten Konsole trug sie ein Pflanzbecken. Inv. R-I.41.

Stumm war aber nicht nur ein passionierter Sammler, der seine beachtlichen finanziellen Mittel zum Erwerb von Kunstwerken und Antiquitäten einsetzte. Er war, wie Bluntschli es ausdrückt, *kunstverständlich*. Seine Kennerschaft beschränkte sich nicht auf ein lebhaftes Interesse an Kunst, sie gründete auf einem intensiven Beschäftigen mit der Materie allgemein. Beim Kauf der Antiquitäten bediente sich Stumm nicht der Hilfe von Agenten. Die anerkannte Professionalität im kunsthistorischen Bereich belegt seine zehnjährige Tätigkeit als Vorsitzender (1902-1912) des 1898 gegründeten Vereins zur Erhaltung des Kunsthistorischen Institutes in Florenz. Denn in „seinem“ Ausschuss saßen zu dieser Zeit so renommierte Kunsthistoriker und Museumsleute wie Hugo von Tschudi, August Schmarsow, Heinrich Wölfflin und Wilhelm Bode. Letzterer wurde auch Stumms Nachfolger in dieser Funktion. Gleichzeitig führte Stumm den Vorsitz im Ortsausschuss von Florenz, zu dessen Mitgliedern Heinrich Brockhaus und Aby Warburg gehörten.¹⁷

Rauschholzhausen, ein Beispiel historisch-genetischen Zeitgefühls

Eine Beschäftigung Ferdinand Eduard von Stumms mit der Architekturtheorie seiner Zeit konnte nicht nachgewiesen werden,¹⁸ ist angesichts der unstrittigen

¹⁷ Hans W. Hubert, *Das Kunsthistorische Institut in Florenz*, Firenze: 1997, 23, 159, 179-180.

¹⁸ Die für die Zeit der ersten Bauphase herangezogenen Tagebuchnotizen (Depositum Universitätsarchiv Gießen) enthalten keine allgemeinen oder gar theoretischen Überlegungen, auch nicht zum entstehenden Bau. Stumm hat sich überwiegend auf Ereignisnotizen beschränkt.

Kompetenz im Bereich der Kunstwissenschaft aber vorauszusetzen. Nachweisbar ist seine Ideengeberschaft für die Gesamtkonzeption seines Schlosses. Es entstand in der Zeit des Historismus, im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts¹⁹ und eignet sich ob seiner architektonischen Beispielhaftigkeit in hohem Maße, Qualität von Baustil und die zugrunde liegenden Vorstellungen aufzuzeigen. Die teilweise negative Konnotation, die dem Stilpluralismus dieses Architekturstils zu starke Orientierung an der Vergangenheit, fehlende Originalität, Unfähigkeit Neues zu schaffen vorwirft, ihn gar als *künstlerischen Zusammenbruch*²⁰ bewertet, lässt sich mit Schloss Rauischholzhausen widerlegen. In überzeugender Weise werden Wertvorstellungen der Zeit veranschaulicht. Es ist typisch in der Ideengeberschaft des Bauherrn für die Gesamtkonzeption, in der Umsetzung der drei wesentlichen ästhetischen Bauprinzipien der Zeit, in Qualität von Bauformen, Material und handwerklicher Ausführung.

Fundament des Historismus ist das große Interesse an der Vergangenheit. Die Wissenschaft begann sich systematischer als je zuvor mit ihr zu beschäftigen. Vor allem aber entsprach diese Ausrichtung dem allgemein historisch-genetischen Lebensgefühl der Zeit, was die Entstehung zahlloser Geschichts- und Altertumsvereine belegt. Vergangenes wurde als hoher Wert erkannt, bewusst reflektiert mit dem Ziel, es in die Gegenwart zu integrieren und mit der Zukunft zu verbinden.²¹ So gab es im Schloss nicht nur alte Kamine, sondern auch eine moderne Heißluftheizung, nicht nur Butzenfenster mit antiken Schiffscheiben geschmückt, sondern auch versenkbare Fensterläden und ab 1901 im gesamten Schloss Elektrizität.

Zum Aufgreifen vergangener Stilelemente schreibt der mit dem ersten Entwurf beauftragte Architekt des Schlosses, Carl Schäfer:

Der Stil ist eine Sprache; und ein Dichter, der Neues schafft, braucht keine neue Sprache zu erfinden. Der neue Gedanke eines Bauwerkes bedient sich nur eines bekannten Ausdrucksmittels. Und die Änderungen der Sprache gehen nur sehr, sehr allmählich vor sich. Darum sollen wir in

19 Es lassen sich drei Bauphasen festmachen. Vom 6.9.1873 bis Dezember 1878 entstand der Kernbau mit Hauptbau, Ost- und Westflügel. 1884 war der Ostflügel (Kinderbau) wesentlich erweitert, der Westflügel (Bibliothek) wahrscheinlich vergrößert und um ein Stockwerk erhöht. Wohl bis 1900 erfolgten die neobarocken Erweiterungen auf der Nord- und Nordostseite.

20 Nikolaus Pevsner, *Wegbereiter moderner Formgebung*, Köln: Dumont, 1983, 34 (Bezug auf William Morris).

21 Evers machte den Vorschlag, nicht von Historismus sondern von Kontinuum zu sprechen, weil dies dem Zeitverständnis des 19. Jh. weit mehr entspreche als das Wort Historismus, das primär den abgeschlossenen, beendeten Aspekt der Vergangenheit beinhalte. Klaus Evers, *Der sogenannte „Historismus“ und die romantischen Schlösser in Österreich*, in: Wagner-Rieger/ Krause (Hg.), *Historismus und Schlossbau*, 1975, 55.

der alten Sprache neue gute Gedanken ausdrücken. Fortbilden tut sich die Sprache allein, darum brauchen wir uns nicht zu sorgen.²²

Gerade hochrangige Architekten legten für ein Bauprojekt Entwürfe in verschiedenen Stilen vor.²³ Der in Rauschholzhausen u.a. für den durch Form- und kleinteilige Motivfülle geprägten Ostflügel zuständige Fachwerkspezialist Aage Basse Gustav von Kauffmann (1852-1922) entwarf später in Frankfurt einen großen Palazzo im Stil der italienischen Hochrenaissance.²⁴ Wie ist das zu erklären? Der Einsatz eines bestimmten architektonischen Stils erfolgte im Historismus sehr reflektiert, aber unter Berücksichtigung ästhetischer Prinzipien.²⁵ Sie waren das Entscheidende bei der Lösung einer Bauaufgabe, der jeweils gewählte Stil eher sekundär. Hierin liegt der wesentliche Grund, dass die Architekten der Zeit kein Problem damit hatten, von einem Stil in den anderen zu wechseln.

In der Architekturtheorie des 19. Jh. tauchen drei Gesichtspunkte als Bau- und Beurteilungskriterien immer wieder auf. Zwar war die Schwerpunktsetzung in der Baupraxis dann unterschiedlich, aber stets von grundlegender Bedeutung.²⁶ Es ist, neben dem entscheidenden Prinzip der Zweckmäßigkeit und Funktionalität, die Forderung nach Wahrhaftigkeit und Materialgerechtigkeit. Am Schloss Rauschholzhausen ist ihre architektonische Umsetzung auch heute noch, vor allem am Außenbau, in überzeugender Weise nachvollziehbar und bestimmt den kunst- und kulturgeschichtlichen Wert der Anlage. Die den Historismus anfangs prägenden Neugotiker gingen von ihrer Beobachtung des mittelalterlichen Stadthauses aus, worunter sie Gebäude des 15. und 16. Jh. verstanden. Der beschränkte Raum in den engen Städten erforderte funktionale und zweckmäßige Anpassung an die gegebenen örtlichen Verhältnisse. Wurde mehr Wohnfläche gebraucht, vergrößerte man die Zimmer und ließ sie über die Straße im Obergeschoss vorkragen; man baute Erker an, wo sich die Möglichkeit bot, verlegte die Treppe in einen Turm, was feuersicherer und zugleich im Haus platzsparend war; man baute hohe Dächer, um zusätzliche Kammern und Lager Räume zu schaffen, hohe Schornsteine aus Brandschutzgründen usw. Diese an Funktionalität und Zweckmäßigkeit orientierten Gebäude, die den Anbau-

22 Zit. n. Jutta Schuchard, Carl Schäfer 1844 – 1906, Leben und Werk des Architekten der Neugotik, München 1979, 53.

23 Karl Friedrich Schinkel legte Entwürfe für die Friedrichwerdersche Kirche in Berlin in gotischem Stil und in dem der Renaissance vor. Leo von Klenze schlug für die Glyptothek in München drei Stilvarianten vor, einen im griechischen, einen im römischen und einen im Stil der Renaissance.

24 1795 erbaute er für die Champagner-Dynastie Mumm von Schwarzenstein diesen Palazzo mit mehr als 70 Zimmern. Er wird heute genutzt vom Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (Frankfurt, Richard-Strauss-Allee 11).

25 Dazu auch Wolfgang Bröner, *Die bürgerliche Villa in Deutschland 1830-1890*, Düsseldorf 1994, 24.

26 Im Zusammenhang mit der Neugotik (Hase, Ungewitter, Schäfer) Schuchard, 1979, 38-44. - Mit Bezug auf die Neurenaissance (Lübke, Semper, Bluntschli) Altmann 2000, 1. Bd., 238-254.

charakter oft nicht verleugneten, vermittelten den Eindruck des historisch Gewachsenen, des über lange Zeit hin Entstandenen, d. h. den der Kontinuität. Ihre Unregelmäßigkeit und Asymmetrie wirkte in hohem Maße malerisch. Das Bauen erfolgte von innen nach außen. Funktion und Zweck des Gebäudeteiles waren an der Fassade ablesbar.



Abb. 4: Luftaufnahme des Schlosses

Dieses Prinzip ist in Schloss Rauischholzhausen in eindrucksvoller Weise umgesetzt, natürlich nicht aus Notwendigkeit, Platz war genug da, sondern weil die so entstehende Gesamtform gefiel. An Hand der zwar nur unvollständig ab 1873 vorliegenden Baupläne ist das Bauen von innen nach außen sehr gut ablesbar. Die Weiterentwicklung des Gesamtkomplexes von Schloss Holzhausen nach Abschluss der ersten Bauphase im Dezember 1878 zeigt eine Beibehaltung dieser Konzeption. Den steigenden Raumbedarf nutzte Ferdinand Eduard von Stumm zu ihrer Ausdifferenzierung. Das Prinzip des Bauens von innen nach außen wurde weiterentwickelt. Funktion und Zweck eines Gebäudeflügels oder eines Raumes wird an der Außenfassade sichtbar gemacht, etwa durch die Wahl eines bestimmten Baustiles²⁷ oder durch die Ablesbarkeit der Raumerstreckung.

²⁷ Die sogenannte Gotik dominiert den Ostflügel, der als Kinderbau genutzt wurde. Der Mitteltrakt mit den Repräsentationsräumen ist in Renaissanceformen errichtet. Der West-

Historische Kontinuität, Verkörperung von Geschichtlichkeit reklamieren vor allem das Aufgreifen der drei wesentlichen abendländischen Baustile, den der Gotik,²⁸ der Renaissance und des Barock. Gerade die Präsenz des letzteren erklärt sich aus diesem Wunsch, einem unbefangenen Betrachter fehlt sonst der Schlüssel, der die ganz anders geprägten Formen des Barock mit denen von Gotik und Renaissance verbindet.

Ein wesentliches Charakteristikum des Schlosses Rauischholzhausen ist sein malerisches Moment. Besonders schön ist das vom inneren Schlosshof aus nachvollziehbar. Die einzelnen Bauelemente sind alles andere als symmetrisch einander zugeordnet oder über die Wandflächen hin exakt verteilt. Aber die Vielfalt der Formen von Fenstern, Portalen, Gebäudevor- und -rücksprüngen, der eingesetzten Fachwerkelemente und Schornsteinformen wirkt nicht als solche, sondern ist durch überlegte Platzierung und unauffällige korrespondierende Entsprechungen zu einer beeindruckenden Einheit zusammengefasst. So enthält der innere Schlosshof, den Formen der „Gotik“ und Renaissance prägen, ein Barockportal rechts neben der Ausfahrt. Es leitet über zu den Barockformen, die den äußeren Hof dominieren.

Das Prinzip der Wahrhaftigkeit deckt sich zum Teil mit der Forderung nach Funktionalität und Zweckmäßigkeit. Das Äußere eines Gebäudes verglich man mit dem Anzug eines Menschen, der auf das Innere schließen lasse.²⁹ So verkörpern die in die Türme verlegten Treppen in Rauischholzhausen ihren auf- bzw. absteigenden Charakter und ihre die Geschosse verbindende Funktion. Die Forderung nach Wahrhaftigkeit in der Durchführung eines Baues führte im 19. Jahrhundert auch zu einer neuen Wertschätzung des Handwerks. Alte Techniken wurden wieder gelehrt und gelernt. Materialgerechtigkeit begründete z.B. der Architekt Schäfer mit der Überzeugung, dass sich ein künstlerischer Gedanke nur in einer angemessenen Materialwahl äußert. Im Schloss Rauischholzhausen wurde dem weitgehend entsprochen. Das Eichenholz kam aus den eigenen Wäldern, die Basaltsteine aus schlossnahen Steinbrüchen. Selten wurden Surrogate eingesetzt. Vorbildlich ist im Schloss die Holzbearbeitung, die Qualität der Steinmetz- und Schmiedearbeit sowie der Schiefereindeckung (letztere nicht mehr vollständig in ursprünglicher Form erhalten). Im Inneren hat einiges der höchst qualitätvollen Ausstattung den Besitzerwechsel überdauert. Neben Gemälden, die bis ins 17. Jh. datieren, sind Wandverkleidungen erhalten, die als kostbar und selten zu bewerten sind. Seltene Buntmarmore fanden in den Kaminen Verwendung. Der Marmorfußboden der Halle ist eine schöne Fossilbrekzie mit Einschlüssen von Tintenfischen, Schnecken und Korallen. Die hel-

flügel mit der Bibliothek vereint beide Stile, wobei der Bibliotheksbereich sich in seiner Bauform dem repräsentativen Mitteltrakt anschließt. Die oberen als Wohnräume des Hausherrn vorgesehenen Räume sind fachwerkdominiert. Barocke Formen zeichnen die Zufahrt zum Schloss, den großen Speiseraum und den Zugang zur Küche aus.

28 Für Neugotiker wie Ungewitter und Schäfer war das historistische Fachwerk vor allem mit ihren Vorstellungen von Frühgotik verbunden.

29 Klaus Döhmer, „*In welchem Style sollen wir bauen?*“, 1973, 107.

len Platten haben eine auffallend feine Klüftung. Alte Fotografien zeigen, dass der Boden stets weitgehend von Teppichen bedeckt war. Noch höheren Wert hat in künstlerischer und materieller Hinsicht der Intarsienfußboden im Goldsalon.



Abb. 5: Intarsienfußboden im Goldsalon von 1877

Seltene Hölzer wurden eingesetzt, um u.a. in Zickzackbändern und gedrehten Taenien raffinierte Schattenwirkungen und perspektivische Gestaltung der Motive zu erreichen. Heute belegt, neben dem Plafond der Bibliothek, diese sehr aufwendige Intarsienarbeit wohl noch am eindrucksvollsten den hohen Stellenwert, den anspruchsvolle Handwerkskunst bei dem Erbauer des Schlosses hatte.

Umsetzung durch fachlich hochqualifizierte Persönlichkeiten

Die lange vertretene Ansicht, die Gesamtkonzeption des Schlosses gehe auf Carl Schäfer zurück, ist nach Auswertung des Skizzenbuches von Ferdinand Eduard von Stumm sowie der Berichte Karl Hormels und der Erinnerungen Heinrich Siesmayers nicht haltbar.³⁰ Stumm war der Ideengeber. Nur so ist es auch zu erklären, dass der Komplex trotz der von unterschiedlichen Stilpräferenzen ausgehenden Architekten und nach Abschluss der Arbeit Bluntschlis, des Haupt-

³⁰ Siesmayer 1892; Sketch-Book, Ferdinand Eduard von Stumm, Universitätsarchiv Gießen, Depositum aus Privatbesitz; Berichte Hormels in: Fezer-Modrow, U[rike] (Bearb.), *Der Park Rauschholzhausen, Konzeption, Entwicklung und Restaurierung der Anlage des ausgehenden 19. Jb.* (Unver. Manuskript), Hg. Justus-Liebig-Universität Giessen, 1986.

architekten, in gleicher Stimmigkeit und Harmonie weiterentwickelt wurde. Die Ausdifferenzierung der Baugruppe folgte stets dem Prinzip des Bauens von innen nach außen, der Eindruck der malerischen Einheit blieb nicht nur erhalten, sondern wurde vom Bauherrn durch überlegte Ergänzungen am Schloss und im Park verfeinert. Für die von Bluntschli erinnerte *Liebe* Stumms zu seinem Bau lassen sich viele zeitgenössische Belege finden.

Die Anlage des Parks übertrug Stumm einem der renommiertesten Gartenarchitekten Deutschlands, der, wie dieser erinnert, dabei im Wesentlichen den Ideen des Bauherrn folgte. Heinrich Siesmayer (1817-1900) hatte bereits aufsehenerregende Gärten geschaffen.³¹ Er bevorzugte den auch in Deutschland verbreiteten so genannten gemischten oder historischen Stil, der in Hausnähe formal gestaltete Gartenmotive vorsah,³² die in große Parkräume im Stil des englischen Landschaftsgartens übergangen. In Rauschholzhausen banden Sichtachsen Schloss und Park, Kirche, Dorf und Schornstein der Stummschen Dampfmolkerei in die Landschaft des Ebsdorfer Grundes und des Amöneburger Beckens ein.

Mit den ersten Bauplänen beauftragte Stumm spätestens im August 1873 den Neugotiker Carl Schäfer (1844-1908). Auch er hatte Stumms Ideen und Skizzen umzusetzen.³³ Zwar wurde er nach nicht einmal einem Jahr durch den Architekten Alfred Friedrich Bluntschli und sein Büro (Mylus&Bluntschli) abgelöst, doch sah man den Bau noch in Schäfers Nekrolog als eines seiner Hauptwerke an.³⁴ Das ist nicht wirklich verwunderlich. Das Schloss Ferdinand Eduard von Stumms galt schon den Zeitgenossen als eine architektonisch vorbildlich gelungene Anlage.³⁵ Sie mit dem Namen des berühmten Neugotikers zu verbinden, der die ersten Pläne geliefert hatte, ist nachvollziehbar. Um so mehr als Schloss Rauschholzhausen eine Fülle von Bauformen und Einzelmotiven zeigt, die architektonische Vorstellungen dieses wichtigsten Fachwerkforschers des 19. Jh. aufgreifen. Auch Stumm liebte, wie Sammlung und Inneneinrichtung belegen, ornamentales plastisches Detail, Motivfülle.³⁶ Das Aufgreifen Schäfer-

31 U.a. die Anlagen für das Schloss in Sayn (Fürst Wittgenstein-Berleburg), die Kuranlagen in Bad Nauheim und den Palmengarten in Frankfurt. Für F. E. v. Stumm arbeitete Siesmayer von Mai/Juni 1873 bis zum 24.6.1876.

32 Ein formales Element in Schlossnähe war der bedeckte Laubengang aus Hainbuchen, der vom inneren Schlosshof zum Bismarckbrunnen führt. Leider „verlor“ er kürzlich seine Wölbung.

33 Hormel 1926. In: *Der Park Rauschholzhausen*, 1986, 147.

34 Siehe Literaturhinweise bei Jutta Schuchard, Carl Schäfer 1844 – 1906 Leben und Werk des Architekten der Neugotik, München 1979, 205.

35 1888 besuchten der Oberhofmeister und Kabinettschef der verwitweten Kaiserin Friedrich zusammen mit dem Architekten Ernst Eberhard von Ihne das Schloss, weil die Kaiserin den Bau ihres Witwensitzes in Kronberg plante. Tagebuch Pauline von Stumm, 5.9.1888 (Universitätsarchiv Gießen, Depositum aus Privatbesitz).

36 In Schäfers Arbeiten zeigen sich, wie im Schloss Stumms, Akkumulation von turmartigen Baukörpern, unterschiedliche Firsthöhen, kleinteilige Außengliederung, steile Giebel- und Walmdächer, qualitätvolle Schiefereindeckungen. Auch sein Fachwerk ist beispielsweise

scher Architekturcharakteristika in seinem Schloss erklärt sich mit den sehr verwandten Präferenzen des Bauherrn. Dass Wünsche des Bauherrn zu Grunde lagen, legt zudem der ausführende Architekt nahe. Kauffmann, der wichtigste Vertreter des englischen Landhausstils in Deutschland, bevorzugte nämlich sonst einen viel schlichteren Fachwerkstil.³⁷

In den Entwürfen zum Schloss vom August 1873 verbindet Schäfer in künstlerisch überzeugender Weise den vom Bauherrn gewünschten Stil der Deutschen Renaissance mit seinem „gotischen“ Fachwerk. Schäfer hatte bis dahin kein Projekt in diesem neuen Stil ausgeführt.³⁸ Dass Stumm Schäfer entpflichtete, lag nicht an fachlichen Mängeln bei der Errichtung der Fundamente oder gar einem Unfall, wie es vielfach überliefert wird. Seine Tätigkeit in Rauschholzhausen verlief ohne jede Zwischenfälle. Künstlerisch unumstritten, scheint Schäfer aber mit Planung und Organisation seiner Baustellen überfordert gewesen zu sein. Stumm war mit dem langsamen Baufortschritt nicht zufrieden.³⁹

Mitte 1874 erhielten Mylius&Bluntschli den Auftrag. Das Frankfurter Büro hatte seine Professionalität beim Bau von Großprojekten bereits bewiesen.⁴⁰ Alfred Friedrich Bluntschli (1842-1930) war sein künstlerischer Kopf und von 1874 bis zum Ende der ersten Bauphase im Dezember 1878 der leitende Architekt in Rauschholzhausen.⁴¹ Als begeisterter Schüler Gottfried Sempers, dessen Lehrstuhl in Zürich er 1881 übernahm, fühlte sich Bluntschli dem Stil der Renaissance verpflichtet. Wegen der größeren Vielfalt von malerischen Elementen bevorzugte er für Bauaufgaben von nicht monumentaler Art Formen der französischen und deutschen Renaissance. Er entwarf, ausgehend von den Fundamenten Schäfers, neue Pläne, bei denen er sich ebenfalls an den Vorstellungen Stumms orientierte. Die sonst bei Bluntschlis Projekten stets zu beobachtende Berücksichtigung von Symmetrie und Axialität ist zugunsten lebhaft malerischer Gruppierungen zurückgenommen. Im Vergleich zu Schäfers Entwürfen werden Baukörper und Raumbild bei ihm sehr viel plastischer ausgebildet. Die Bauleitung vor Ort hatte überwiegend Kauffmann als Mitarbeiter des Büros. Für den

geprägt durch schmiedeeiserne Dachzierden, Fächerrosetten in der Fußstrebenzone, dem Einsatz dekorativer Holznägel.

37 Michael Imhof, *Historistisches Fachwerk*, Bamberg 1996, 356-359, 497-501.

38 Schuchard 1979, 204.

39 Das legen der Kommentar Siesmayers und die Vorgänge in Marburg nahe. Siesmayer 1892, 28. Zu Marburg Schuchard 1979, 15-16. Der Obergärtner Hormel nennt die Ablösung *plötzlich wegen mir unbekanntem Gründen*. Hormel 1926. In: *Der Park Rauschholzhausen*, 1986, 147.

40 U.a. Hotel Frankfurter Hof, Diakonissenhaus in Frankfurt Eschersheim, Wiener Zentralfriedhof.

41 Bernd Altmann, „Mein Motto fürs Leben bleibt Renaissance“. Der Architekt Alfred Friedrich Bluntschli (1842 – 1930), 3 Bde. Trier 2000.

Innenausbau des Schlosses im Stil der Deutschen Renaissance und das reiche historistische Fachwerk ist er als maßgebender Architekt anzusehen.⁴²



Abb. 6: Kopf der Religion im Plafond der Bibliothek von Lorenz Gedon

Ausgestaltung von Bibliothek und Treppenhaus erfolgte 1876 bis 1877 durch den noch am Beginn seiner Karriere stehenden Lorenz Gedon (1844-1883).⁴³ Mit seiner Beauftragung bewies Stumm aufs Neue sein Gespür für künstlerisch hochqualifizierte Fachleute. Als Bildhauer und vor allem als Innenarchitekt war er zu Lebzeiten sehr populär. Er galt als Makart von München,⁴⁴ hatte einen vielbeachteten Fassadenanbau am Palais Schack ausgeführt und für Franz von Lenbach und Carl von Piloty Zimmer bzw. Ateliers eingerichtet. Er war mit Wagner befreundet und schuf eines seiner bekanntesten Porträts. Im Schloss Stumms machen u.a. die Masken- und Grotteskengestaltung im Plafond der Bibliothek und die Baluster im Treppenhaus die Berühmtheit Gedons verständlich. Seine Arbeit überzeugt durch individuell und künstlerisch fein detailliertes Handwerk. Alte Fotografien überliefern seine Kunst als Innenraumgestalter. Er

42 Die Zufriedenheit Stumms mit seiner Arbeit belegen weitere Aufträge, so der für die Kirche von Holzhausen (1879-1881) und die Erweiterungsbauten am Ostflügel, vermutlich auch die der Bibliothek (1883 bis 1884).

43 Doris Bachmeier, *Lorenz Gedon, 1844-1883, Leben und Werk*, München 1988. Brigitte Gedon, *Lorenz Gedon. Die Kunst des Schönen*, München 1994. Internationale Aufmerksamkeit erregte Gedon ein Jahr nach seiner Arbeit für Stumm auf der Weltausstellung 1878 in Paris. Er gestaltete dabei die deutsche Abteilung, erhielt dafür das Ritterkreuz der Frz. Ehrenlegion und wurde in München Ehrenmitglied in der kgl. Akademie der Schönen Künste.

44 Bachmeier 1988, 58.

wusste Altes und Neues geschickt und wirkungsvoll zu präsentieren. Kleinplastiken aus der Sammlung Stumm reihten sich auf den Gesimsen. Schwere floral gemusterte Vorhänge, Stühle und Fauteuils, aber keine sich wiederholende Sitzgelegenheit, alle Einrichtungsgegenstände hatte Gedon, trotz der Überfülle von Formen und Mustern, harmonisch aufeinander abgestimmt. Sie bildeten einen Raum, der als Gesamtkunstwerk gedacht war und auch so wirkte.

Ein Gesamtkunstwerk waren Schloss und Park Rauischholzhausen zu Lebzeiten seines „Schöpfers“ insgesamt. Sein Lebensgefühl und seine Zeit ließen ein Wohnumfeld entstehen, in dem Tradition und Moderne harmonisch zusammengeführt wurden. Es ist auch heute noch, trotz Besitzerwechsel und Zeitläufe, ein architektonisches Kleinod des Historismus, das zu erhalten Verpflichtung ist.⁴⁵

Abbildungsnachweis

Nr. 1: UAG Slg. Nr. 38: Fotoalbum „*Holzhausen nach 25 Jahren - 1879-1904*“ (Repro M. Recke)

Nr. 2: M. Recke, Gießen

Nr. 3: Matthias Recke, *Katalog der Skulpturen, figürlich verzierte Gefäße und Konsolen, Terrakotta-Aufsätze und Vasen, antiken und neuzeitlichen Architekturelementen, aufsätze, Basen und Postamente von Schloss Rauischholzhausen*, unpubl. Manuskript, Gießen 1995

Nr. 4: Luftaufnahme des Schlosses, Fezer-Modrow, Ulrike (Bearb.), *Der Park Rauischholzhausen, Konzeption, Entwicklung und Restaurierung der Anlage des ausgehenden 19. Jh.*, unpubl. Manuskript, Justus-Liebig-Universität Gießen 1986

Nr. 5: M. Recke, Gießen

Nr. 6: M. Recke, Gießen

45 Vorliegender Aufsatz basiert auf der 2010 veröffentlichten umfangreichen Studie: Chris Nees, *Schloss Rauischholzhausen. Wohnsitz eines Industriellererben im frühen deutschen Kaiserreich*.

Chronik der „Heinrich-Cloos-Stiftung zu Gießen“

LOTHAR SCHÜLER

Heinrich Wilhelm Cloos (* 8.12.1856, † 12.11.1920, Vater des Stifters, war gelernter Kaufmann, lebte zunächst in Nidda und war Mitbegründer der Firma Rinn & Cloos - Zigarren und Tabakwaren in Heuchelheim (seit 1895). Auf Grund seiner kunstgeschichtlichen Verdienste wurde ihm durch „Großherzoglichen Erlass“ im Jahre 1910 der Titel „Kommerzienrat“ verliehen. Er war versierter Sammler von Antiquitäten, Fayencen, Porzellan-, Gläser- und Zinngegenständen, Möbeln, Stichen, Briefmarken und sonstigen Raritäten. Er veranstaltete Ausstellungen von Kunstgegenständen. Er war leidenschaftlicher Jäger, besaß Obstbaumgrundstücke und einige Steinbrüche.



Heinrich Cloos

Minna Cloos, geb. Uhl (* 8.3.1860, † 3.6.1938), Mutter des Stifters, stammte aus der Brauerei Stern in Nidda. Zum Besitz der Familie gehörte das dortige Hotel Stern. 1918 kaufte das Ehepaar Cloos das von einem Hauptmann Busse im Jahre 1910/1911 erbaute und im Jahre 1912 bezogene Haus in der Grünberger Straße 81. Im Jahre 1918 wurde Hauptmann Busse versetzt, so kam es zum Verkauf an die Eheleute Cloos aus Nidda.

Einziges Kind aus dieser Ehe war der Stifter des Anwesens „Villa Cloos“, Herr Heinrich Cloos. Nach dem Tode seines Vaters im Jahre 1920 schied er Anfang der 20er Jahre als Gesellschafter bei der Fa. Rinn & Cloos in Heuchelheim aus. 1922/1923 baute er den zweiten Stock der Villa und das Kutscherhaus zu Wohnungen aus und vermietete diese. Im Garten errichtete er ein Kelterhaus und ein Bienenhaus. Im Jahr 1944 erlitt die Villa Bombenschäden. Anfang der 50er Jahre überließ er der Bundespost einen Teil der Erdgeschosswohnung zur Errichtung einer Postzweigstelle.

Heinrich Cloos hatte in seinem Testament den langjährigen Freund der Familie, Dr. jur. Erich Zimmermann, als Testamentsvollstrecker eingesetzt. Er wurde vom Amtsgericht Gießen am 23.12.1968 als Testamentsverwalter bestellt. Aus der Schilderung der Lebensverhältnisse des Stifters Cloos:

„Am 17. September 1968 verstarb in Gießen, seinem ständigen Wohnsitz, Herr Heinrich Wilhelm Christian Ludwig Cloos in seinem 72. Lebensjahr. Er war Junggeselle, lebte sehr zurückgezogen in dem von seinen Eltern ererbten Hause, Gießen, Grünberger Straße 81. Er rauchte nicht und war Antialkoholiker. Er hatte zwar Landwirtschaft studiert, übte diesen Beruf aber nie aus, sondern versuchte sich, wenn auch mit Verlust, als Steinbruchbesitzer. Später betrieb er eine meist Lohnarbeiten ausführende Süßmosterei von bescheidenem Umfang und betätigte sich als Imker. Seinen Lebensunterhalt bestritt er im Wesentlichen aus der Veräußerung ererbten Grundbesitzes und Vermögens und der von seinem Vater, der Mitbegründer der Fa Rinn & Cloos und recht vermögend war, angelegten Sammlungen. Wie viele Menschen, die wesentliche Teile eines einst beträchtlichen Vermögens infolge zweier verlorener Kriege und der diesen folgenden Geldentwertungen, sowie sonstiger wirtschaftlicher Fehlschläge verloren haben, glaubte er seinen Lebensabend nicht gesichert, was seine geradezu spartanische Lebensweise erklärt. Auch die erheblichen, bis heute (18.3.1971) nur zu einem geringen Teil behobenen Kriegsschäden an seinem auch sonst in der laufenden Unterhaltung vernachlässigten, keine seiner Größe entsprechenden Rendite abwerfenden Haus und das Gefühl, hier noch erhebliche Aufwendungen machen zu müssen, haben zweifelsohne neben einer gewissen Veranlagung zu dieser Lebenseinstellung beigetragen.“

Soweit die Schilderung der Lebensverhältnisse des Stifters Heinrich Cloos, vortragen vom Testamentsverwalter und langjährigen Freund der Familie, Herrn

Amtsgerichtsdirektor Dr. Erich Zimmermann, wohnhaft in Gießen, Fröbelstraße 23.

In seiner Erbschaftsteuererklärung vom 18.3.1971 listete Dr. Zimmermann das gesamte Vermögen auf:

„Wesentlich für die spätere Stiftung waren die beiden bebauten Grundstücke in Gießen in der Grünberger Straße 81 (Flur III, Nr. 404/ und Nr. 404/2 Gemarkung Gießen), die mit einem Einheitswert von 48.700 DM beziffert waren, und 1/5 des Barvermögens und der Wertpapiere. Der Wert der Stiftung wurde in der vorgenannten Erbschaftsteuererklärung mit 106.394,04 DM beziffert. Die übrigen Vermögenswerte waren Grundvermögen in Nidda, bewegliches Vermögen (Holz aus einem Windbruch, eine nicht mehr vollständige Briefmarkensammlung) im Gesamtwert von 29.766 DM und ein Barvermögen von 61.612,26 DM, sowie Wertpapiere (Kurswert am Todestag) in Höhe von 68.932,50 DM.

Dem standen Schuldverpflichtungen, Beerdigungskosten und Grabanlage einschließlich Rückstellungen für künftige Grabpflege, Gebühren und Kosten der Testamentsvollstreckung von insgesamt 31.589,41 DM gegenüber. In 18 Testamenten und letztwilligen Verfügungen wurden der Zweck der Stiftung erläutert und 10 Erben und deren Anteile benannt. An Erbschaftssteuer waren 10.393,88 DM an das Finanzamt Gießen abzuführen.“

In einem Schreiben vom 14.5.1961 hatte Heinrich Cloos dem Testamentsvollstrecker Richtlinien und Anweisungen gegeben:

„In meiner letztwilligen Verfügung habe ich für die Grundstücke in Gießen die Errichtung einer Stiftung für die Zwecke eines Altersheims bestimmt. Da nach den heutigen Gesichtspunkten die Gebäude in ihrer jetzigen architektonischen Form für die unmittelbare Umwandlung in ein Altersheim ungeeignet sind, so soll die jetzige Verwendung und Nutzung zunächst bestehen bleiben, dann vielleicht im Sinne der Lebensabend-Bewegung verwendet werden, bis nach Jahren durch einen Ergänzungsbau der eigentliche Zweck auf die Dauer erreicht werden kann. Eine Veräußerung von Grundstücksteilen bleibt ausgeschlossen. Zu dem Verwaltungsrat der Stiftung sind in erster Linie die in der letztwilligen Verfügung als Testamentsvollstrecker und Bedachte genannte Personen zuzuziehen. Die Stiftung ist als Cloos'sche Stiftung zu bezeichnen.“

Aufschlussreich ist auch der Brief von Heinrich Cloos an den Pfarrer der evangelischen Luthergemeinde in Gießen vom 21.5.1961, in der er seine Stellung zur Kirche darlegt:

„Ich war kein regelmäßiger Kirchenbesucher, aber trotzdem stehe ich positiv zur kirchlichen Lehre im Glauben an eine göttliche Weltordnung nach meiner naturwissenschaftlichen Erkenntnis. Dieser Glaube hat als Ausdruck meiner christlichen Nächstenliebe dazu geführt, dass ich mich

in meinem Leben nach besten Kräften über 30 Jahre bemüht habe, den verhängnisvollen Auswirkungen des Alkoholismus durch Einführung der gärungslosen Früchteverwertung positiv entgegenzuwirken und damit das göttliche Geschenk der Natur zum Segen der Menschheit werden zu lassen.

Ferner habe ich mich in meinem Leben immer bemüht, hilfsbedürftigen Menschen, die mir als Verwandte oder Freunde nahe standen, nach bestem Können, durch Rat oder Verwaltungsarbeit zu unterstützen, und ich glaube auch damit im Sinne christlicher Nächstenliebe gehandelt zu haben. Ich war immer sehr für den Frieden und die Verständigung unter Menschen und Völkern in jeder Hinsicht, aber mein Leben war mit den Auswirkungen zweier Weltkriege belastet und ein dauerhafter Friede unter der Menschheit zeichnet sich immer noch nicht ab.“

Am 21.12.1973 wurde vom Hessischen Innenminister die „Heinrich-Cloos-Stiftung“ als eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts genehmigt. Dem Stiftungsvorstand gehörten das geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. jur. Erich Zimmermann und die beiden Stellvertreter Helmut Großmann aus Nidda-Bad Salzhausen und Robert Uhl aus Wetzlar an.

Das Stiftungsvermögen war bescheiden: Eine denkmalgeschützte, sanierungsbedürftige Villa mit sehr geringen Mieterträgen, eine denkmalgeschützte Remise, ein Baugrundstück und ein relativ geringes Vermögen von etwa 80.000 DM. Am 17.4.1974 wurde das Grundstück in der Grünberger Straße 81 an die Stiftung übergeben. (Flur 3, Nr. 404/1 und Flur 3, Nr. 404/2). Zu diesem Zeitpunkt lebte noch Frau Elisabeth Wendling, die langjährige Haushälterin von Heinrich Cloos, die gemäß Testament lebenslanges Einsitzrecht in der Villa hatte.

Neun lange Jahre war der Vorsitzende der Stiftung bemüht einen Partner zu suchen, um den Stiftungszweck zu erfüllen. Es wurde mit allen in Gießen aktiven Wohlfahrtsverbänden (Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz und Diakonie) verhandelt. Es war Zielsetzung des Vorsitzenden, die Stiftung selbständig zu halten. In Gießen fand sich kein Partner. Auch die langwierigen Verhandlungen mit dem Königsberger Diakonissenmutterhaus der Barmherzigkeit auf Altenberg bei Wetzlar führten zu keinem brauchbaren Ergebnis.

Bei den Verhandlungen mit Wetzlar kam jedoch ein neuer Partner ins Spiel: Die GEWOBAU Wetzlar (Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Wetzlar), vertreten durch den damaligen Geschäftsführer Ehret. Er bestärkte den Vorstand der Stiftung darin, auf eigenen Beinen stehend, altengerechte Wohnungen – so wie es der Stifter ursprünglich wollte – zu bauen. Erstmals wurde auf die Forderung nach pflegerischer Betreuung der Menschen in den zu bauenden Wohnungen verzichtet. Das war damals neu in Gießen.

Bereits im Januar 1982 konnte ein Verwaltervertrag mit der GEWOBAU über die vermieteten Wohnungen in der Cloos'schen Villa abgeschlossen werden. Als weitere Helfer hatte die Stiftung den Magistrat der Stadt Gießen, ver-

treten durch Oberbürgermeister Görnert und Stadtrat Schill, hinter sich. Stiftung, GEWOBAU und Magistrat der Stadt legten die Weichen für den Neubau. Im August 1982 konnte vom Architekten Johnsdorf aus Wetzlar der Bauantrag für 46 Wohnungen (damals noch Grünberger Straße 81, heute: Curtmannstraße) gestellt werden. Am 9.2.1983 wurde die Baugenehmigung erteilt.

Vorangegangen waren schwierige Verhandlungen mit dem Amt für Denkmalschutz, dessen Forderung es war, nicht nur die Cloos'sche Villa, sondern auch den Remisenbau in der Curtmannstraße unter Denkmalschutz zu stellen. Um den Neubau zu erstellen, war es notwendig, zusätzlich das Grundstück in Flur 3, Nr. 385/1, eine Grünanlage in der Fröbelstraße, von der Stadt Gießen zu erwerben. Der Kaufvertrag wurde am 27.2.1985 unterzeichnet (Kaufpreis 123.800 DM).



Dr. jur. Erich Zimmermann

Der langjährige Vorsitzende und Gründer der Stiftung, Dr. jur. Erich Zimmermann, starb am 4.8.1982. Den Baubeginn am 7.1.1985 erlebte er nicht mehr.

Heute ist festzuhalten: Ohne den tatkräftigen Einsatz von Dr. Zimmermann wäre die Heinrich-Cloos-Stiftung zu Gießen nicht entstanden.

Es ist sein Verdienst, dass heute über 50 ältere Gießener Bürger in preiswertem und attraktivem Wohnraum leben können.

Im Herbst 1986 konnten die Wohnungen bezogen werden. Am 24.3.1987 wurde das Haus offiziell eingeweiht. In dem Neubau waren neben einem Friseursalon und den Geschäftsräumen eines Sozialverbandes auch ein Seniorentreffpunkt mit Versammlungsraum, Küche und Toiletten untergebracht. Diese Räumlichkeiten wurden an die Stadt Gießen vermietet. Die Stadt organisiert ein regelmäßiges Angebot für ältere Menschen, nicht nur für die Bewohner aus der Curtmann Straße, sondern auch für die aus der näheren Umgebung.

Am 19.10.1984 wurde die geänderte Satzung der Stiftung vom Regierungspräsidenten in Gießen genehmigt. Neu in der Satzung war, dass der Stiftungsvorstand aus dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied, dessen ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und zwei Beisitzern besteht. Zweiter Stellvertreter ist kraft Verfassung der Sozialdezernent der Stadt Gießen.

Zum Nachfolger von Dr. Zimmermann wurde der Rechtsanwalt und Notar Gutschmidt in Gießen gewählt. Der Regierungspräsident in Gießen bestätigte mit Schreiben vom 19.10.1984 dessen Funktion als geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Die Zusammenarbeit der GEWOBAU und dem Magistrat der Stadt mit Herrn Gutschmidt war stark belastet. Terminabsprachen wurden nicht eingehalten, Abrechnungsunterlagen wurden nicht oder nur unzureichend vorgelegt. Zeitweise war die Fertigstellung des Neubaus gefährdet. Der Regierungspräsident verfügte am 18.3.1988 die Abberufung von Notar Gutschmidt. Als Nachfolger wurde Rechtsanwalt und Notar Dr. Wolfram Sichelschmidt gewählt, der dieses Amt bis zum 31.12.2008 ausübte.



Villa Cloos an der Grünberger Straße

1988 wurde Herr Architekt Reinhard Groh beauftragt, die unter Denkmalschutz stehende Cloos'sche Villa zu sanieren. Es folgten schwierige Verhandlungen mit den Geldgebern (Land Hessen, Denkmalschutz, Stadt Gießen und Banken). Die Bauarbeiten selbst gestalteten sich als sehr kompliziert. Das Treppenhaus aus Holz garantierte nicht genügend Standfestigkeit. Da auch ein Fahrstuhl installiert werden sollte, musste die Statik des Hauses verändert werden, was mit erheblichen Kosten verbunden war. Die Bauarbeiten begannen im Februar 1989. Richtschnur der gesamten Sanierungsmaßnahme war, einerseits das unter Denkmalschutz stehende Gebäude so weit wie möglich zu erhalten, andererseits moderne und barrierefreie altengerechte Wohnungen zu errichten, die den Ansprüchen der Zeit entsprachen.

Die sanierte Villa hat das Straßenbild der Grünberger Straße wesentlich geprägt. Insgesamt entstanden neun Zwei-Zimmer-Wohnungen in einer Größe von 54-71 Quadratmeter Wohnfläche. Die Gesamtwohnfläche beträgt 565 Quadratmeter. Die Sanierungskosten betragen 2,3 Millionen DM. In seiner Rede zur Übergabe des Hauses an die Bewohner stellte der Vorsitzende der Stiftung Dr. Sichelschmidt fest:

„Heute kann ich mit gutem Gewissen sagen, dass ohne die GEWOBAU die Stiftung nicht das wäre, was sie derzeit ist. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern der GEWOBAU, die mit der Betreuung zu tun hatten und noch zu tun haben. Insbesondere möchte ich nennen Herrn Direktor Ehret und Frau Kuhn. Ihr beispielloser Einsatz für die Stiftung, ihre absolute Zuverlässigkeit und ihre fachliche Kompetenz waren Garanten für die Realisierung des Stiftungszweckes.“

Die Wohnungen in der Curtmann Straße 46 und der Grünberger Straße 81 sind begehrt. Es gibt so gut wie keine Leerstände. Es besteht eine große Warteliste nach frei werdenden Wohnungen. Da die Stiftung auf Grund dieser erfreulichen Geschäftsentwicklung Rücklagen bilden konnte, entschloss sich der Stiftungsvorstand, den Bau von weiteren Wohnungen in Angriff zu nehmen. Im Dezember 2009 kaufte die Stiftung von der Wohnbau Gießen die Häuser Grünberger Straße 65-77 (zwischen VW-Michel und Cloos'scher Villa). Nach Umsetzung der Mieter in andere Wohnungen der Stadt sollen die beiden Häuser abgerissen werden. An dieser Stelle sollen 45 altengerechte, barrierefreie Wohnungen entstehen. Es wird ein Niedrigenergiehaus gebaut, so dass auch die Mieten im frei finanzierten Wohnungsbau noch bezahlbar bleiben. Mit dem Neubau soll auch die in die Jahre gekommene Heizung in der Curtmann Straße und in der Villa saniert werden. Für den Neubau werden fünf Eigentumswohnungen im Dachgeschoss geplant. Mit der Fertigstellung wird im Herbst 2011 gerechnet.



Kürzlich erworbene Häuser in der Grünberger Straße 65-77 für den Neubau



Gedenkplatte für Heinrich Cloos



*Grabmal der Familie Cloos,
Anfang 2000 aus Nidda in den Vorgarten der Villa Cloos versetzt*

Der Autor Lothar Schüler war als Bürgermeister und Sozialdezernent der Universitätsstadt Gießen von August 1985 bis Oktober 1997 stellvertretender Vorsitzender der Stiftung. Er blieb als Beisitzer im Stiftungsvorstand und wurde mit Wirkung vom 1.1.2009 zum Vorsitzenden gewählt.

Quellen: Schriftverkehr von Dr. Zimmermann, Testamente von Heinrich Cloos, Bericht Hiltrud Zimmermann, geb. Scriba, Ehefrau von Dr. Zimmermann und langjähriges Vorstandsmitglied der Stiftung.

Historische Porträtfotos von Heinrich Cloos und Dr. Erich Zimmermann: von Hiltrud Zimmermann, aktuelle Fotos von Lothar Schüler.

„Auf Dein Kommen ... freuen wir uns sehr ...“ - Martin Bubers Beziehungen zu Gießen*

DIETER STEIL

Einleitung

Gut acht Jahrzehnte ist es her, dass der bedeutende deutsch-jüdische Religionsphilosoph Martin Buber¹ während eines halben Jahrzehnts regelmäßig Gießen und die Umgebung besuchte. Auf diesen Sachverhalt wurde ich schon 1992 aufmerksam, als in der „Hessischen Heimat“, einer Beilage der „Gießener Allgemeinen“, von Armine E. Steinhäuser der Beitrag „Auf den Spuren Martin Bubers“ erschien.² Ihre Ausführungen weckten meine Neugier, mehr und Genaueres zu erfahren. Einige Ergebnisse meiner Studien der vergangenen Jahre lege ich hier vor.

Zunächst ist festzuhalten: Bubers Besuche in Gießen waren nicht von der Universität veranlasst. Entgegen seiner Erinnerung hatte Buber nach dem Ersten Weltkrieg keine Professur von der Universität angeboten bekommen, wie er dies wenige Monate vor seinem Tod gegenüber einem Gesprächspartner äußerte.³ Zu

* Überarbeitete und durch Anmerkungen ergänzte Fassung eines Vortrags, den der Vf. am 23.10.2007 in der VHS Gießen gehalten hat. Der Redestil ist weitgehend beibehalten.

1 S. biogr. Anhang.

2 Armine Eleonore Steinhäuser, Auf den Spuren Martin Bubers. Die Gießener Wirksamkeit des jüdischen Religionsphilosophen, in: Hessische Heimat Nr. 5 v. 07.03.1992, 20 (Beilage der „Gießener Allgemeinen Zeitung“).

3 Werner Kraft, Gespräche mit Martin Buber, München 1966, 139. Über das Gespräch am 21.3.1965 notierte er: „Dann eine andere Geschichte: Schmalenbach kam zu ihm [Buber, d. Vf.], um ihm eine Professur in Gießen anzubieten. Er lehnte ab. Später erfuhr er, daß man die Professur zuerst Spengler angeboten hatte, welcher auch ablehnte.“ In Martin Buber, Werkausgabe 1 Frühe kulturkritische und philosophische Schriften 1891-1924. Bearb., eingeleitet u. kommentiert v. Martin Tremel, Gütersloh 2001, 31 Anm.79 teilt der Bearbeiter mit, dass Gershom Scholem (1897 Berlin - 1982 Jerusalem) in seinem Exemplar notiert habe, der Ruf sei von Göttingen ausgegangen. Er lässt offen, welche Aussage zutrifft. Da sich weder im Gießener noch im Göttinger Universitätsarchiv Unterlagen finden, kann die Frage nicht aus den Akten entschieden werden. Doch lässt sich anhand der beiden Personen, die nach Krafts Aufzeichnung von Buber genannt worden waren, festhalten: Buber muss sich geirrt haben. [Einen Irrtum Krafts (1896 Braunschweig - 1991 Jerusalem) schließe ich aus, da er in Hannover aufwuchs und dort bis zu seiner Emigration tätig war.] Oswald Spengler (1880 - 1936) hatte 1919 tatsächlich die von Göttingen angebotene Professur abgelehnt. Bei Schmalenbach handelt es sich um den Philosophen Hermann Schmalenbach (1885 Breckerfeld/Westf. - 1950 Basel), der seit 1931 in Basel lehrte. Sein Habilitationsverfahren in Göttingen lief spätestens seit Sommer 1919 und war im März 1920 abgeschlossen. Als Göttinger Habilitand konnte er demnach Buber die Anfrage oder das Angebot „Professur in Göttingen“ überbringen, und zwar während der Heppenheimener „Tagung zur Er-

seinem Irrtum hat beigetragen, dass er hier und in der Umgebung nahe Freunde hatte. Mit ihnen traf er sich zwischen 1921 und 1925 meist zweimal jährlich; sicher belegt sind zehn Besuche. Von einem Teil dieser Aufenthalte wusste Steinhäuser aus knappen kalendarischen Notizen ihrer Schwiegermutter Maria Steinhäuser, in deren Wohnung in der Goethestraße (Abb. 1) viele der Treffen des Freundeskreises in einer wohlthuenden Atmosphäre stattfanden (Abb. 2).⁴



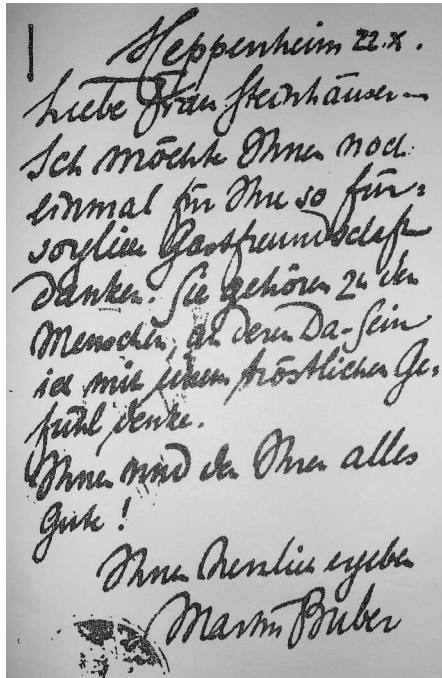
Abb.1: Goethestraße 25, Wohnung Familie Steinhäuser

Sie vermutete, Buber sei bei seinen Besuchen auch einer akademischen Lehrtätigkeit nachgegangen, die meist während der Semesterferien für fortgeschrittene Studierende und Lehrende stattgefunden habe. Diese Überlegung ist

neuerung des Bildungswesens“ im Juni 1919, auf der er über die Reform der Universität sprach. Zwar hatte er während des Ersten Weltkrieges in Oberhessen und Gießen gelebt und war in dieser Zeit über seinen Schwager Herman Chaim Müntz mit Buber in Kontakt gekommen, doch gibt es - zumindest für 1919 - keine Belege über einen Kontakt zur Gießener Universität. Hätte es aus Gießen ein Angebot gegeben, wäre Spira der geeignete Bote für die Übermittlung eines solchen Angebots gewesen, da er bereits als Lektor am Englischen Seminar arbeitete.

4 Damals wohnte Otto Erdmann zur Untermiete bei Frau Steinhäuser (s. biogr. Anhang).

offensichtlich falsch, denn Bubers Besuche fanden meistens sonntags oder von Sonntag auf Montag statt.⁵



Heppenheim 22.10.
Liebe Frau Steinhäuser
Ich möchte Ihnen noch
einmal für Ihre so feine
soyliche Gastfreundschaft
danken. Sie gehören zu den
Menochin, die dem Da-Sein
sich mit ihrem fröhlichen Ge-
fühl bedie.
Ihnen sende ich Ihnen alles
Gute!
Ihre Devotus eysche
Martin Buber

Abb. 2: Karte Bubers an Frau Steinhäuser, 22. 10 1922

Also private gesellige Treffen? Das könnte der Brief vermuten lassen, aus dem das Titelzitat genommen ist. Mit ihm nämlich antwortete ein Gießener Freund auf Bubers Zusage für eine Lesung. Zugleich bat Letzterer darum, sich um eine Unterkunft für seinen Sohn Rafael zu kümmern. Diese Hilfe wurde dem „lieben Freund“, so die Anrede von Theo Spira, dem Briefschreiber, zugesagt. Und dann betonte er: „Auf Dein Kommen im Februar und auch auf das Vorlesen freuen wir uns sehr ...“.⁶ Der Eintrag Maria Steinhäusers „Tagung des Frankfurter Bundes in Braunsfels bei Florens Chr. Rang“ zu einem Treffen von Samstag auf

5 26.-28.7.1921 (Dienstag bis Donnerstag, Gießen oder Gelnhaar); 26./27.3.1922 (Sonntag/Montag); 22.(21.?)10.1922 (Sonntag); 24./25.3.1923 (Samstag/Sonntag); 13./14.1.1924 (Sonntag/Montag); 10./11.5.1925 (Sonntag/Montag).

6 Jewish National and University Library Jerusalem, Martin Buber Archiv (MBA), Arc. Ms. Var. 350/751: Spira an Buber, 15. 01. 1921. Buber kam dann am Sonntag, 6. Februar 1921, zu der privaten Lesung. An diesem Tag fand auch eine Aussprache zwischen Vater und Sohn statt. Anlass war das gespannte Verhältnis zwischen Eltern und Sohn, nicht zuletzt wegen Rafafs Freundin und späteren ersten Frau Margarete Buber. Rafael konnte dann für einige Wochen allein bzw. mit ihr bei Frau Steinhäuser wohnen. Als Margarete Buber-Neumann wurde sie nach dem 2. Weltkrieg mit ihren Büchern, darunter „Gefangene bei Stalin und Hitler“, breiteren Kreisen bekannt. Zu Spira s. biogr. Anhang.

Sonntag (24./25. 03. 1923) lässt jedoch erkennen, dass Buber nicht aus rein privaten Gründen Gießen besuchte. Wenn also Buber nicht wegen einer akademischen Lehrtätigkeit und nicht aus rein privaten Gründen in einer Lebensphase nach Gießen kam, in der er sich nur „von meiner eigentlichen Arbeit bestimmen lassen“ wollte, „neben der nur noch solche bestehen dürfte, die sich ihr unterordnet“ - es war die Arbeit an seinem religionsphilosophischen Werk, zu dem das berühmte „Ich und Du“, erschienen 1923, die Einleitung war -, so müssen wir fragen: Welche Bedeutung haben die Begegnungen mit seinem hiesigen Freundeskreis für Buber gehabt? Haben die Diskussionen in diesem Kreis zu seiner eigentlichen Arbeit gehört? Ebenso muss nach der Bedeutung gefragt werden, die die Begegnungen mit Buber für seine Freunde hatten - auch über das Ende der regelmäßigen Gruppentreffen hinaus. In vier Schritten will ich die Antwort versuchen:

1. Die Frage nach einer ‚neuen Erziehung‘ als Ausgangspunkt der Freundschaft zwischen Buber und Spira sowie dessen Freunden (Heppenheim 1916/17 bis 1919).
2. Die Heppenheimer ‚Tagung zur Erneuerung des Bildungswesens‘ und ihre Folgen (1919 bis 1921).
3. Die Diskussionen im ‚Gießener Kreis‘ bzw. ‚Frankfurter Bund‘ (1921 bis 1924).
4. Die Bedeutung der Begegnungen mit Martin Buber für die Gruppenmitglieder.

1. Die Frage nach einer ‚neuen Erziehung‘ als Ausgangspunkt der Freundschaft zwischen Buber und Spira und dessen Freunden (Heppenheim 1916/17 bis 1919)

Bubers Beziehungen zu Gießen begannen in dem ruhigen Heppenheim an der Bergstraße, wohin Buber mit seiner Familie 1916 aus der hektischen Weltstadt Berlin gezogen war. Zu dieser Zeit war Buber bereits eine geachtete und anerkannte Persönlichkeit in wichtigen Gruppen des kulturellen Deutschland. Innerhalb der jüdischen Minderheit war er zunächst mit seinem kulturpolitischen Konzept der „jüdischen Renaissance“ bekannt geworden. In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg hatte er mit seinen drei Prager „Reden über das Judentum“⁷ vor der zionistischen Studentenvereinigung Bar Kochba insbe-

7 Martin Buber, Drei Reden über das Judentum, 1911. Diesen überragenden Einfluss spricht Hugo Bergmann in seinem Brief an MB vom 19.09.1919 an. Bergmann (1883 Prag - 1975 Jerusalem), eines der führenden Mitglieder des Prager Bar Kochba, entschied sich früh, den Aufbau einer jüdischen Bibliothek in Palästina zu fördern. Nach seiner Auswanderung 1920 widmete er sich dem Aufbau der Jüdischen Nationalbibliothek, deren Leiter er bis 1935 war. Er entgegnete Buber, der ihm vorgehalten hatte, er entferne sich mit seinem „radikalen Hebraismus“ von der gemeinsamen Sache: „Aber gerade weil ich weiß, daß die ganze Hoffnung des Zionismus in der ganzen Welt heute auf der Generation liegt, die Sie erzogen haben, gerade deswegen sehe ich auch deutlicher vielleicht als Sie die ungeheure Gefahr: daß infolge der Entfernung vom Volke und seiner Sprache die ganze Bewegung

sondere auf die Jugend aus dem assimilierten städtischen jüdischen (Groß-)Bürgertum, das den eigenen religiösen Traditionen fern stand, Einfluss gewonnen. In nichtjüdischen, insbesondere protestantischen zeitkritischen und reformorientierten Kreisen, in denen die eigene religiöse Bindung ebenfalls an Bedeutung verloren hatte, wurde Buber zunehmend als ernsthafter Gesprächspartner wahrgenommen. Insbesondere als Herausgeber der sozialpsychologischen Reihe „Gesellschaft“, die er seit 1906 als Lektor im Rütten und Loening-Verlag verantwortete, hatte er an Ansehen gewonnen. Wieweit er bereits vor dem Weltkrieg als Nachdichter der Chassidischen Geschichten über einen engeren Kreis hinaus bekannt geworden ist, ist offen.

Den Wechsel aus der Unruhe der Weltstadt in die Stille der Provinz deutet einer der wichtigsten Biographen Bubers als „äußerlich sichtbares Symbol“ für die „Veränderung, die der Erste Weltkrieg in Buber bewirkte“. ⁸ Mit dem Umzug nach Heppenheim verband er die Hoffnung, dass sich „das Bedürfnis nach einem Leben mit der Natur in einer unserem Gefühl adäquaten Landschaft“ erfüllen könnte. Das Erlebnis der blühenden Bergstraße, „unsere Welt, die farbige Welt“ wurde Buber dann tatsächlich zur „Glorie“. ⁹ Über 30 Jahre später formulierte Buber nüchterner, dass diese Erfahrung „die Kraft zum Neubeginn“ ¹⁰ gegeben hatte. In seine lang dauernde geistige Krise war Buber auch durch die scharfe Auseinandersetzung mit seinem Freund Gustav Landauer ¹¹ wegen seiner zunächst grundsätzlich positiven Einschätzung des Krieges für die Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere auch der osteuropäischen Juden, geraten. Wie tief diese krisenhafte Veränderung ging, lässt ein Brief erkennen, den Buber nach der Teilnahme an einem zionistischen Kongress 1920 in Prag einem dortigen Freund schrieb:

„Ich lebe einen Moment durch, in dem mich alle partiellen Interessen in dem schweren Ringen um das Eigentliche stören. Wenn ich sie doch für eine Zeit alle loswerden könnte! Ich weiß jetzt in Wahrheit, lieber Freund Weltsch, ¹² nicht bloß mit Hapoël Hazair, ¹³ sondern auch mit Zionismus -

bleibt, was sie bisher war: literarisch.“ (Martin Buber, Briefwechsel aus sieben Jahrzehnten, hg. u. eingel. von Grete Schäfer, 1973, Bd.2, 58 f. Nr. 45; Bubers Brief vom 9.9.1919, 57 f., Nr. 44; zukünftig zit. Br. u. Bandzahl).

- 8 Maurice Friedman, *Begegnung auf schmalen Grat: Martin Buber - ein Leben*. Münster 1999, 137.
- 9 Zitiert nach: Karl-August Helfenbein, *Martin Bubers Weg nach Heppenheim. Die geistige Empfänglichkeit für den südhessischen Lebensraum*. In: *Geschichtsblätter für den Kreis Bergstraße* Band 12, 1979, 219-232; hier: 226. Die Zitate in ihrer Reihenfolge stammen aus: Br I, 396, Nr. 269 Buber an Landauer v. 14.11.1915; Martin Buber, *Ereignisse und Begegnungen*, 21; ders., *Nachlese* 61.
- 10 Martin Buber, *Die Erzählungen der Chassidim*, Zürich 1949, 14.
- 11 1870 Karlsruhe - 1919 München, wegen seiner Beteiligung an der Münchener Räteregierung ermordet. (Religions-Philosoph, Literat; Sozialistischer Anarchist; Kriegsgegner).
- 12 Robert Weltsch (1891 Prag - 1982 Jerusalem), Mitglied im „Bar Kochba“. 1919-1938 Chefredakteur u. Mitherausgeber der „Jüdischen Rundschau“ Berlin. 1956 Mitbegründer des Leo-Baeck-Instituts.

mit Judentum nichts Rechtes anzufangen; und am allerwenigsten mit »mir«, das heißt, mit dem was ich bislang geredet und geschrieben habe.«¹⁴

Drei Jahre später, 1923, deutete Buber für die Öffentlichkeit diese Krise in der Vorrede zur ersten Ausgabe seiner zwischen 1907 und 1919 gehaltenen „Reden über das Judentum“, nur noch an. Jedoch ließ er mit Worten wie „widerfahren“, „Klärung“, „Bekehrung“ die religiöse Dimension seiner existenziellen Erschütterung anklingen.¹⁵

Sein ebenfalls 1923 erstmals erschienenen Buch „Ich und Du“, in einem ersten Entwurf bereits 1916 niedergeschrieben, ist bis heute ein bedeutendes positives Zeugnis dieser Wandlung. Die 1921 beginnende Zusammenarbeit mit Franz Rosenzweig¹⁶ im Freien Jüdischen Lehrhaus in Frankfurt¹⁷ war zweifellos von entscheidender Bedeutung für die Reifung Bubers als Autor, Lehrer, Dozent für Religionswissenschaft und Erwachsenenbildner.¹⁸ Ebenso fanden die zahlreichen Begegnungen, das direkte Gespräch mit seinen Gießener Freunden ihren Niederschlag in diesem Büchlein, mit dem er das dialogische Prinzip, für das er heute noch immer weltweit bekannt ist, erstmals darstellte.

Bubers Freund Spira (Abb. 3),¹⁹ der Schreiber des eingangs zitierten Briefes, stammte aus Worms und war dort in einer geistig aufgeschlossenen Atmosphäre aufgewachsen. Er hatte in Gießen und Genf Anglistik, Germanistik und Romanistik studiert. Nach Staatsexamen und Promotion wechselte er ein gutes Jahrzehnt lang zwischen Lehrtätigkeit und wissenschaftlichen Studien. Während eines Studienaufenthaltes an der Universität Cambridge 1912/13 beteiligte er sich als gesellschaftlich-politisch Interessierter an den dortigen „deutsch-englischen Verständigungsbestrebungen“.²⁰

13 Sozialistisch zionistische Partei „Der junge Arbeiter“.

14 Br. II, 67 Nr. 54 vom 14.6.1920.

15 Martin Buber, *Der Jude und sein Judentum*, 1963, 3.

16 Erste Begegnung 1914 in Berlin, als Rosenzweig bei Hermann Cohen an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums studierte. 1915 wollte MB Rosenzweig zur Mitarbeit an der bedeutenden Zeitschrift „Der Jude“, erschienen von 1916 bis 1923, gewinnen. S. biogr. Anhang.

17 Eindrucksvolle Zeugnisse enthalten Bubers wie Rosenzweigs Briefe. Eine eigene Ausgabe dieses Briefwechsels liegt bisher nicht vor. Das Gesamtbild muss sich der Interessierte zusammensetzen: aus Grete Schäders dreibändiger Ausgabe der Briefe Bubers (Bd. 2) und aus Franz Rosenzweig, *Der Mensch und sein Werk. Gesammelte Schriften*. Tl. 1 Briefe und Tagebücher, hrsg. v. Rachel Rosenzweig und Edith Rosenzweig-Scheinmann, 2. Bd. 1918-1929. Haag 1979.

18 Martin Zank, *Martin Buber - A Visualization of His Life in the Cities of His Work*. In: ders. (Ed.), *New Perspectives on Martin Buber*. Tübingen 2006 (*Religion in Philosophy and Theology* 22), 15.

19 S. biogr. Anhang.

20 Archiv der J. W. Goethe-Universität Frankfurt, Abt. 4, Nr. 189 Prof. Dr. Theodor Spira, Lebenslauf, undatiert [Anfang der 50er Jahre, D. St.].



Abb. 3: Dr. Theodor Spira, 1917



Abb. 4: Otto Erdmann

Sein Hauptinteresse galt jedoch dem englischen Erziehungswesen, von dem er sich neue Einsichten für eine grundlegende Reform des deutschen Erziehungswesens erhoffte. Über Schritte zu einer Reform war er seit dem Studium mit Otto Erdmann²¹ (Abb. 4), der in Gießen Mathematik studierte, und anderen Freunden im Gespräch.²² Erdmann wurde nach seiner Referendarausbildung der erste pädagogische Mitarbeiter Paul Geheeb's (1870 - 1961) an der von diesem 1910 gegründeten Odenwaldschule Oberhambach (OSO), einem koedukativen Landerziehungsheim. Schon bald begann er als entscheidende Kraft ein neues Unterrichtskonzept, nämlich das Kursprinzip, zu entwickeln und umzusetzen. Dieses Konzept diskutierte Spira von Cambridge aus mit seinem Freund. Nach seiner Rückkehr erprobte er als Lehrer der Odenwaldschule in seinen Unterrichtsfächern die Tragfähigkeit und Tragweite dieses Konzepts, musste jedoch bereits im August 1914 die Schule wegen unüberbrückbarer Spannungen mit Geheeb verlassen - wie sein Freund Erdmann bereits im Februar 1913; diesem wurde im Juni 1914 sogar ein Hausverbot erteilt.²³

Im September 1917 lernten sich der „gelehrte und geistvolle Neusprachler Dr. Theodor Spira“²⁴ und Buber in Heppenheim bei dem mit beiden befreundete-

21 S. biogr. Anhang.

22 Spira studierte hier mit Unterbrechung der Auslandssemester vom SS 1903 bis SS 1907, Erdmann vom SS 1904 bis WS 1906/07.

23 Martin Näf, Paul und Edith Geheeb-Cassirer. Gründer der Odenwaldschule und der Ecole d'Humanité. Deutsche, Schweizerische und Internationale Reformpädagogik 1910 - 1961, Weinheim - Basel 2006, 137-142.

24 Wilhelm Flitner, Erinnerungen 1889-1945. Paderborn u. a. 1986 (Gesammelte Schriften 11), 251. Auf der Suche von Berufsmöglichkeiten nach Beendigung seines Studiums besuchte er die Odenwaldschule kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs. Dort arbeitete seine Freundin und spätere Schwägerin Helene Czapski (1891 Jena - 1968 Gießen) als Kunst-

ten Ehepaar Magda und Chaim Herman Müntz²⁵ kennen. Die Biologin und der Mathematiker waren Kollegen Spiras an der Odenwaldschule gewesen. An der von Buber seit 1916 herausgegebenen Zeitschrift „Der Jude“ war Müntz einer der ersten und engsten Mitarbeiter.²⁶ Buber und Spira - dieser war die zentrale Persönlichkeit eines Freundeskreises, der sich schon vor dem Weltkrieg an der Odenwaldschule und in ihrem Umkreis gebildet hatte - kamen sich rasch näher. Sie fragten in ähnlicher Weise nach Möglichkeiten einer ‚neuen‘, einer ganzheitlichen Erziehung und ihrer anthropologischen und ethisch-religiösen Fundierung. Für Buber war diese Frage seit seinem Engagement in der zionistischen Bewegung um 1900 wichtig geworden. Im Blick auf eine jüdische Volkserziehung für und in Palästina wurden ihm neue Unterrichtskonzepte wie das eines epochalisierten Kursunterrichts ebenso wichtig wie die Fragen der Koedukation.²⁷ Spira und Erdmann wiederum dachten aufgrund ihrer Erfahrungen während des Studiums und in der Odenwaldschule daran, unter der Bezeichnung „freie Universität“²⁸ „ein Heim ... zu schaffen“, das Studenten eine alternative Lebens- und Lerngemeinschaft bieten konnte. In den Gesprächen zwischen Buber und Spira tauchte dieser Gedanke wieder unter dem Stichwort „freie Hochschulgründung“²⁹ auf. In einer solchen Einrichtung sollten die Gegenstände aus verschiedenen Fächern von den Lehrenden und den Lernenden in einer Kombination aus Vorlesung und Seminar so behandelt werden, „daß bis zu den Anfängen der Wissenschaft, also bis dorthin, wo sie aus dem Leben hervorgeht, zurückgegangen wird“. Das Ziel müsse sein, „die geistig-schöpferischen Kräfte im Menschen zum vollen Leben kommen zu lassen; dort ist Erziehung.“³⁰ Diese Zielsetzung und die Methode mögen der Vision zugrunde gelegen haben, die Spira und sein Kollege und Freund Erdmann bereits 1913 hatten,

erzieherin. Helene Czapski, verheiratete Holzmann, hat die unter dem Titel „Dies Kind soll leben“ 2000 erstmals veröffentlichten Aufzeichnungen über die Judenverfolgung in Kaunas, Litauen, verfasst. Nach ihrer Ausreise 1966 aus Litauen lebte sie bis zu ihrem Tod bei ihrer Tochter Margarete Holzmann in Gießen.

25 Spira an Erdmann 26.09.1917. Zu Müntz s. biogr. Anhang.

26 Unter dem Pseudonym Hermann Glenn publizierte er insgesamt 18 Beiträge in den acht regelmäßig erschienenen Jahrgängen.

27 In den Kreisen um Buber selbst war die Frage, ob eine neue jüdische Erziehung koedukativ sein konnte, umstritten. S. Br I, 419 f. Nr. 295 (Landauer an Buber), 420 ff. Nr. 296 (Ernst Joël).

28 Spira an Erdmann 19. Nov. 1917 (4seitiger Briefentwurf mit zwei Blatt Gesprächsnotizen). Eine Kopie des Briefes wurde mir freundlicher Weise von Frau Ulrike Vogt-Spira, Spiras Tochter, überlassen, wofür ich herzlich danke. Spira lässt erkennen, dass den Freunden bereits in der Phase ihrer internen Diskussionen vor Spiras Bekanntschaft mit Buber dessen Interesse an Erziehungsfragen bekannt war.

29 Geheeb-Archiv (Kopien; Originale im Archiv des Landschulheims Nordeck bzw. der Odenwaldschule): Spira an Erdmann 21.10.17; Anspielungen bereits in den Briefen Spiras v. 1.8.1917 und 2.8.1917.

30 Das erste Zitat in Spira an Erdmann 19.11.1917; das zweite aus den Gesprächsnotizen (wie Anm. 28).

„dass wir eines Tages in einer Universitätsstadt junge Menschen um uns sammeln müssten, um sie in der Zeit, in der sie in ihr fachwissenschaftliches Studium eingeführt würden, zugleich mit den Grundfragen der Menschenbildung und Erziehung vertraut zu machen [...].“

So erinnerte sich Spira 1951 nach fast vierzig Jahren anlässlich des 25-jährigen Bestehens des von Erdmann 1926 gegründeten Landschulheims Burg Nordeck. Und er fuhr fort:

„Die Völkerkatastrophe machte dem unmittelbaren Planen ein Ende.“³¹

Tatsächlich jedoch setzten Spira und Erdmann gemeinsam mit Freunden die konkreten Planungen auch nach dem Kriegsende fort. Ihr Ziel war, eine lernende Lebensgemeinschaft zu gründen, in der junge Menschen und Lehrende gemeinsam nicht nur geistig, sondern auch körperlich tätig waren. Sie sollten sich beispielsweise durch gärtnerisch-landwirtschaftliche Arbeit teilweise selbst versorgen können.³² Die Bemühungen, zu diesem Zweck in der Umgebung von Gießen ein geeignetes Grundstück zu kaufen, das „gemeinsamer Besitz“ sein sollte, scheiterten immer wieder an den fehlenden finanziellen Mitteln. Schließlich zerschlugen sich auch die Verhandlungen mit dem Volksstaat Hessen und der Forstbehörde, die Domäne Schiffenberg für diesen Zweck zu pachten. So blieb sie Domäne, und ihr Angebot einer Sommerfrische wurde von Buber und anderen Mitgliedern des Freundeskreises für mehrtägige Erholungsaufenthalte genutzt.³³

Doch nicht nur aus politischen und ökonomischen Gründen scheiterte das Projekt, in dem typische Elemente der vielgestaltigen Lebensreformbewegung der ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts erkennbar sind, u. a. die Siedlungsbewegung. Wenn Spira in einem Bericht vom April 1921 als zu erledigende Aufgabe festhielt: „Ausarbeitung des geistigen Planes nach den verschiedenen

31 Hartmut Alpei, Martin Buber und die Odenwaldschule - eine nicht ganz zufällige Nachbarschaft. (Schriftl. Fassung eines Vortrages in der Katholischen Akademie Rabanus Maurus, Frankfurt/M. am 4./5. 7. 2003), 5. Ich danke dem Verf. für die Überlassung seines Manuskripts.

32 Alpei (wie Anm. 31), 6: „Mehrere Freunde, Männer und Frauen, welche in innerer Föhlung miteinander leben und arbeiten, wollen in die Nähe einer kleinen mitteldeutschen Universitätsstadt zusammenziehen. Sie werden teils an der Universität und an Schulen, teils ohne Bindung an eine bestehende Anstalt lehren und arbeiten. Sie wählen die Nähe gerade dieser Universität, weil sie ein geistiger Sammelpunkt ihrer Heimat ist, in der sie bisher gewirkt haben, und in der sie auch weiter wirken wollen. Als Mittelpunkt ihres Zusammenlebens wollen sie in einem Dorfe, von dem aus die Stadt noch leicht zu erreichen ist, ein Haus mit Garten und Feld anschaffen, das gemeinsamer Besitz sein soll. Es soll ihnen, wenigstens einem Teil von ihnen, als Wohnung dienen und einen für alle gemeinsamen Speiseraum, der auch zu gleicher Zeit als Versammlungsraum dienen kann, enthalten; dazu eine Bibliothek mit Arbeitszimmer. ...“

33 MBA Jerusalem 350/606.9 u. 10: Rang an MB, Schiffenberg, 25.7.21 bzw. 8.8.21; ebda. 350/197.5 Erdmann an MB, Schiffenberg 7.5.28.

Seiten hin“³⁴ ,³⁴ dann heißt dies: Ihre Pläne scheiterten auch daran, dass sich die jahrelangen Diskussionen nicht zu einem praktikablen Konzept verdichtet hatten.

Dass Buber die Überlegungen seit Beginn seiner Begegnung mit Spira und seinen Freunden begleitet hat, dafür ist auch die Heppenheimer „Tagung zur Erneuerung des Bildungswesens“, auf die gleich einzugehen ist, ein indirekter Beleg. Ein konkreter Hinweis für seine Begleitung findet sich zuletzt 1921, also im ersten Jahr seiner regelmäßigen Besuche in Gießen. Offensichtlich diskutierte man im Laufe dieses Jahres über die Auswahl der Lernenden für eine „geschlossene Lehrgemeinschaft“. Gegen solche Überlegungen wandte sich Buber mit einem selbstkritischen Einspruch Ende 1921. Nach seinem letzten Gießen-Besuch in diesem Jahr schrieb er:

„Lieber Otto Erdmann -
Dem, was ich heute Theo Spira geschrieben habe und was ich Sie, wenn es ihm recht ist, auch zu lesen bitte, habe ich noch an Sie die Mitteilung beizufügen, daß ich den Plan einer geschlossenen Lehrgemeinschaft, von dem ich Ihnen bei Ihrem letzten Hiersein sprach, schon bald danach aufgegeben habe. Ich habe erkannt, daß alles Menschengewählwollen untauglich ist und ungesegnet bleiben muß. Es ist gut auf dem Markt zu reden, der allen offen ist; und es ist gut, ja gut, in der Wüste zu rufen, die eben doch auch allen offen ist; aber „was dazwischen ist, ist von Übel“. Dies mußte ich Ihnen noch sagen, damit nichts Unklares zwischen uns sei.“³⁵

Mit diesem biblisch begründeten Nein zu Überlegungen „einer geschlossenen Lehrgemeinschaft“, die das Gegenteil des Konzepts von Rosenzweigs Freiem Lehrhaus gewesen wäre, in dem Buber zu dieser Zeit zu arbeiten begann, hat er dem Kreis um die Freunde Spira und Erdmann offensichtlich an einem entscheidenden Punkt seinen Rückhalt und die ethische Begründung für ihre Pläne entzogen und so dazu beigetragen, dass der Kreis diese endgültig aufgab.

Wir werden aber auch sehen, dass bei den Treffen mit Buber die pädagogischen Fragen im engeren Sinn zunehmend von grundsätzlicheren gesellschaftlichen und ethischen Themen zurückgedrängt wurden. Ein Ausgangspunkt für diese Entwicklung war paradoxerweise die „Tagung zur Erneuerung des Bildungswesens“, die unmittelbar nach Pfingsten im Juni 1919 in Heppenheim stattfand.

34 Geheeb-Archiv (Kopie; Original im Archiv der Odenwaldschule), Theo Spira, „Wie sich unsere Arbeit entwickelt hat. Vorläufiger Entwurf, nur für den ganz persönlichen Gebrauch“, 4. Von Buber handschriftlich hinzugefügt „April 1921“. Dieser Bericht entstand zwischen Bubers erstem und zweitem Besuch in Gießen. Die Sache spielte, soweit sich dies aus der weiteren Korrespondenz und vereinzelt Protokollen entnehmen lässt, praktisch keine Rolle mehr bei den weiteren Treffen mit Buber, sondern eher bei Treffen zwischen einzelnen Freunden.

35 Br. II, 94 f. Nr. 74 v. 19.12.1921; der Brief an Spira ist offensichtlich nicht erhalten.

2. Die ‚Tagung zur Erneuerung des Bildungswesens‘ und ihre Nachwirkungen (1919 bis 1921)

Vergegenwärtigen wir uns kurz die damalige Situation: Der vierjährige Weltkrieg war verloren worden, die materielle Basis der Gesellschaft durch ihn entscheidend geschwächt. Durch die Revolution war die halbabsolutistische Monarchie gestürzt und es waren ein Reichspräsident und eine Nationalversammlung gewählt. Doch war die parlamentarische Demokratie von Anfang an von rechts und links bedroht. Die Not in der Gesellschaft wurde durch die im Waffenstillstand wie im gerade unterzeichneten Friedensvertrag erzwungenen wirtschaftlichen Entschädigungen und territorialen Veränderungen verschärft.

Diese Erscheinungen waren für Buber und den Freundeskreis um Spira Ausdruck einer schon lang andauernden, tiefgehenden geistigen Fehlentwicklung, an der auch das bisherige Bildungswesen verantwortlich beteiligt war. Für einen Neuanfang sei daher die grundlegende Reform des Bildungswesens nötig. „Ein dauerhafter Aufbau“, so die Auffassung dieser Gruppe in ihrer Tagungseinladung, „entsteht nicht aus zeitlich bedingten Antrieben ..., sondern nur aus den Kräften, welche die Welt im Innersten erschaffen und erhalten. Alles, was diese Kräfte im Menschen entbindet, ist Erziehung...“.³⁶ Neben diesem religiös und klassisch-idealistisch konnotierten Leitbild für eine neue Erziehung bestimmte die Vorstellung einer weitgehenden organisatorischen Unabhängigkeit von den bestimmenden gesellschaftlichen Institutionen Staat und Kirche die Planung der Heppenheimer Tagung. Beide Aspekte beherrschten stärker die Aussprachen während der gesamten Tagung als die Inhalte der sieben Referate, die über alle Bereiche des Bildungswesens gehalten wurden. Dass solche Diskussionen heftig sein können, ist von den zahlreichen geradezu unversöhnlichen Auseinandersetzungen um unser heutiges Bildungswesen durchaus bekannt. Vor allem Buber provozierte heftige Reaktionen, als er in die Eröffnungsdiskussion eingriff und diese mit drei Thesen verschärfte:

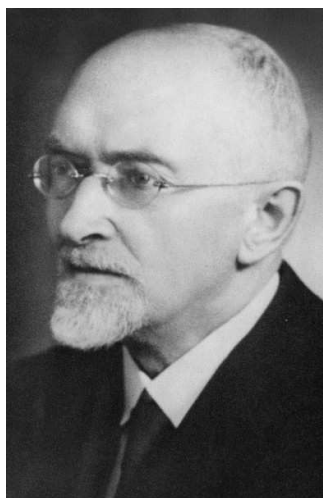
1. Er bestritt, dass der „Staat - der mechanisierte, zentralistische Staat - als ewig“ angesehen werden könne und dass der „Staat, den wir kennen, überhaupt die Realisierung einer ewigen Idee“ sei.
2. Er behauptete, die „jetzige Kulturkrisis“ könne „mit politischen Mitteln schlechthin nicht“ überwunden werden. Da die jetzige Krisis Ausdruck der politischen Krise sei, müsse an die Stelle des „Reichs der Politik“ jetzt „das Reich der Erziehung“ treten, „das ebenso zukunftsberechtigt ist, wie der Staat nicht zukunftsberechtigt ist.“
3. Er vertrat die Auffassung, die Idee der Gemeinschaft sei im Gegensatz zum Staat ewig und ein mächtiger Bundesgenosse der Erziehung im Kampf gegen den Staat.³⁷

36 UB Marburg HS 831 Nachlass Natorp, 861, Spira an Natorp 4.6.19 Beilage 1.

37 Heppenheimer Tagung für die Erneuerung des Erziehungswesens, Protokoll 7 f. Das Protokoll liegt sowohl im MBA als auch im Archiv der OSO. Ihre Seitenzählungen weichen ab

Für Buber folgte daraus, dass der Einzelne sich jeweils entscheiden müsse zwischen dem Bestehenden, d. i. der „Zwangsstaat“, und der „Seite ... des Werden, ... der Seite jener, die nach einer Erneuerung der Gemeinschaft streben.“ Als „Kampfideal“ schwebte ihm vor, den Staat durch Bildung von Gemeinden der verschiedensten Art, „Ortsgemeinden, Werkgemeinden, Erziehungsgemeinden, religiösen Gemeinden (Brüderschaften)“, zu überwinden. Dazu bedürfe es ihrer „Unabhängigkeit vom gegenwärtigen Staat und von der gegenwärtigen Politik, von den gegenwärtigen Parteien“.³⁸

Bubers Argumentation befremdet wohl nicht nur heute, sie rief schon auf der Tagung heftigen Widerspruch hervor. Seine Vorstellung von einem aus autonomen kleinen Gemeinschaften aufgebauten Gemeinwesen stellt nicht erst aus heutiger Erfahrung keine reale und praktikable politische Alternative dar zur Industriegesellschaft, zum modernen Industriestaat. Konservativ oder liberal orientierte Tagungsteilnehmer lehnten Bubers Staatsvorstellung, in der sie die Nähe zum Rätegedanken sahen, ab.



Zu den konservativen Kritikern gehörte der Gießener Referent Georg Koch (Abb. 5),³⁹ der gleichwohl den pädagogischen Grundsätzen über die Volkshochschularbeit zustimmte, die Buber vortrug. Auf diese wird im Folgenden eingegangen. Für die Demokraten war die Verabsolutierung der Gemeinschaft politische Romantik,⁴⁰ Bubers „Kampf gegen den Staat“ interpretierten sie zumindest als Distanz zur parlamentarischen Republik, als eine Schwächung ihrer Bemühungen, die vorhandenen autoritären Strukturen zu überwinden und den sozialistischen Zwangsstaat (Diktatur des Proletariats), den auch Buber nicht wollte, zu verhindern.

Abb. 5: Prof. Dr. Georg Koch

S. 14 voneinander ab. Deshalb wird jeweils in Klammern das Archiv genannt, aus dessen Exemplar zitiert wird.

38 Protokoll 8 f.; wiederholt am Schluss seiner Ausführungen über die Volkshochschule; aaO. 28 (MBA).

39 S. biogr. Anhang. Koch sprach über seine Erfahrungen als Leiter von Volkshochschulkursen für Soldaten während des Ersten Weltkriegs.

40 So der Philosoph und politische Publizist Julius Goldstein (1873 Hamburg - 1929 Darmstadt; PD an der TH Darmstadt), Mitglied der DDP: „Der Glaube eine Gemeinschaft hervorbringen zu können, ist ein typischer Zug der Romantik. Die Modernen sagen wieder: Wir müssen irgendeinen Mythos schaffen, aber man kann keinen Mythos schaffen, so wenig wie Unschuld.“ Protokoll 14 (OSO).

Dies formulierte besonders deutlich der damalige „Kultusminister“ Reinhard Strecker.⁴¹ Andere Teilnehmer wie der Gießener Universitätsbibliothekar Robert A. Fritzsche (Abb. 6)⁴² sahen in einzelnen polemischen Formulierungen Bubers offensichtlich ihr Nationalgefühl in Frage gestellt.⁴³ Dies hinderte Fritzsche allerdings nicht, in den kommenden Jahren gelegentlich an den Gesprächen mit Buber teilzunehmen.

Auf die kritischen Einwände reagierten die Einladenden mit Klarstellungen, die teilweise die Angemessenheit der Kritik bestätigten. So betonte Spira, er wäre „schärfster Gegner jedes Anarchismus“, doch müsse man den anarchistischen Zustand ganz begreifen, „um in den nachstaatlichen Zustand zu kommen“, der im Individuum beginne. Mit dieser Argumentation, mit der er sich in der Tradition des deutschen Idealismus, der „den Kampf mit den Staatstheorien aufgenommen“ habe, stehen sah,⁴⁴ wird Spira sich dem Kultusminister kaum als Weggefährten bei der Sicherung der Demokratie empfohlen haben.



Abb. 6: Prof. Dr. Robert A. Fritzsche

Und Buber will mit dem Begriff „Kampf gegen den Staat“ nicht „den politischen und revolutionären Kampf gegen den Staat“ gemeint haben, einen solchen Kampf lehne er ab; vielmehr meine er einen positiven Kampf für die „Gründung lebendiger, lebensfähiger Gemeinschaften“.⁴⁵ Diese Hervorhebung der „Gemeinschaft“ als Heilmittel für die Zerstörung von gesellschaftlichen Strukturen, die durch den umfassenden Modernisierungsprozess der deutschen Gesellschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte, kann allerdings nicht als rückwärts gewandte Utopie, als Verklärung vormoderner Gemeinschaftsformen verstanden werden. In seinen grundsätzlichen Überlegungen zur Volkshochschule, die er während der Tagung vortrug, wandte sich Buber klar gegen Tendenzen, die von der Pflege der Dorfkultur die Überwindung der gesellschaftlichen Krise erhofften. „Ein Zurückschrauben der Kultur auf ein primitives Leben ist nicht möglich.“ Als angemessen für eine Erziehung zu tragfähigen Gemeinschaften der städtischen Menschen, insbesondere des Industrieproletariats, sah er auf dem Land angesiedelte Heimvolkshochschulen an, in denen die Teilnehmer für

41 Protokoll 13 f. (MBA); R. Strecker (1876 Berlin - 1951 Gießen), SPD; 1919 - 1921 Präsident des Landesamtes für Bildungswesen („Kultusminister“).

42 S. biogr. Anhang.

43 S. biogr. Anhang. Protokoll 11 f. (MBA) „Ich habe nicht die Nerven, jetzt in diesem Moment zu einem Kampf gegen den Staat aufzurufen.“ Gemeint ist die politisch-gesellschaftliche Situation nach der gerade erfolgten Unterzeichnung des Friedensvertrages.

44 Protokoll 12 (MBA).

45 Protokoll 15 (MBA).

längere Zeit gemeinsam arbeiteten und lernten. Es ist nicht auszuschließen, dass er bei diesen Ausführungen auch das Projekt seiner Gießener Freunde Spira und Erdmann im Auge hatte. Als Lernmethode konnte sich Buber für diese Einrichtungen nicht den festen Vortrag vorstellen, sondern nur das Gespräch, „indem gleichsam der Geführte die Führung hat; denn den Gang der Unterredung bestimmen seine Fragen, kein fertiger unabänderlicher Lehrplan“.⁴⁶

Weiter gehe ich auf die Tagungsreferate nicht ein und weise nur darauf hin, dass vier von ihnen von Mitgliedern des späteren ‚Gießener Kreises‘ gehalten wurden: außer Buber waren dies Spira, Erdmann und der Marburger Professor der Philosophie und Pädagogik Paul Natorp.⁴⁷ Der Pfarrer und Universitätsbibliothekar Georg Koch⁴⁸ aus Gießen, der neben Buber über die Volkshochschule sprach, stand eher in loser Verbindung mit dem Kreis, auch wenn er in der Einladung zur Tagung als Mitglied des Vorbereitungsausschusses genannt ist. Nur die beiden Referenten über die Universität gehörten ihm nicht an,⁴⁹ kamen allerdings aus dem Freundes- und Bekanntenkreis von Buber und Spira.

Wichtiger ist mir, nach den Auswirkungen dieser Tagung, auch für die Besuche Bubers in Gießen, zu fragen. Festzuhalten ist zunächst: Entgegen der Absicht der Veranstalter fanden keine weitere Tagungen dieser Art statt. Auch wurden die Referate nicht veröffentlicht. Insoweit ist die Tagung wirkungslos geblieben, nicht jedoch in anderer Hinsicht. Auf drei Aspekte will ich hinweisen.

1. Es bildete sich der ‚Gießener Kreis‘, den Buber spätestens ab 1921 regelmäßig besuchte. Er war nicht identisch mit dem Freundeskreis um Spira und Erdmann, von dem im 1. Abschnitt die Rede gewesen ist.

Zu den engeren Mitgliedern gehörten neben Buber, Erdmann, Spira und Natorp der Philosoph und Journalist Hermann Herrigel („Frankfurter Zeitung“), der Schriftsteller und Publizist Alfons Paquet und der katholische Publizist und Lehrer an der Frankfurter Akademie für Arbeit Ernst Michel.⁵⁰

2. Pädagogen und Journalisten wirken öffentlich. Insofern müssen wir davon ausgehen, dass sie auch ihre Erfahrungen und Erkenntnisse aus dieser Tagung und aus ihren weiteren Gesprächen weitergegeben haben. Anders als im folgenden Fall können solche Spuren nicht immer nachgewiesen werden.

3. Schon bald nach der Heppenheimer Tagung wandte sich Elisabeth Rotten, Leiterin der Pädagogischen Abteilung der Deutschen Liga für Völkerbund, mit der Bitte an Spira und Erdmann, ihr bei der Organisation einer Tagung mit englischen und amerikanischen Quäkern zu helfen. Ausgelöst wurde diese Anfrage von dem Bericht über die Heppenheimer Tagung, den der

46 Protokoll 19-28 (MBA); die Zitate 22 und 25.

47 Spira „über die öffentliche höhere Schule“ (Protokoll 119-129, MBA); Erdmann, Das Wesen der Erziehung und die Freien Schulen. 5 Seiten (OSO, außerhalb des Tagungsprotokolls); Natorp, „über die Einheitsschule“ (Protokoll 72-78, OSO).

48 Protokoll 44-58 (MBA).

49 Dr. Georg Burckhardt (1881 - 1974), Goethe-Universität Frankfurt; Dr. H. Schmalenbach, Göttingen.

50 S. biogr. Anhang.

Mitarbeiter der Abteilung Walter Koch, ein Neffe Georg Kochs, der Leiterin vorgelegt hatte. Diese Tagung fand dann Anfang August 1919 in Wetzlar unter maßgeblicher Beteiligung des ‚Gießener Kreises‘ statt. Ein knappes Jahr nach dieser Tagung veröffentlichte Alfons Paquet in der Frankfurter Zeitung einen umfangreichen Beitrag über die Quäker. Darin berichtete er auch von dieser Tagung und wies darauf hin, dass die Teilnehmer u. a. über einen freiwilligen Aufbaudienst in Belgien und Frankreich unter deutscher Beteiligung gesprochen hätten.⁵¹ Seit dieser ersten Begegnung blieb das Thema Versöhnung und Friedensarbeit im ‚Gießener Kreis‘ aktuell und wird im Krisenjahr 1923 zu dem beherrschenden Thema.

3. Die Diskussionen im ‚Gießener Kreis‘ bzw. ‚Frankfurter Bund‘ (1921 bis 1925)

Am 6. Februar 1921 traf Buber also erstmals in Gießen mit seinen hiesigen Freunden zusammen. Der vertraute Briefton Spiras sowie die Bitte Bubers, sich um eine Unterkunft für seinen Sohn zu kümmern, lassen erkennen, dass während der anderthalb Jahre, die seit der Heppenheimer Tagung vergangen waren, der persönliche Kontakt der Freunde untereinander nicht abgerissen war. Wir erfahren jedoch nicht, aus welchem seiner Bücher Buber gelesen hat. Wir wissen nicht, wer an der Lesung teilgenommen hat; aufgrund der bisherigen Ausführungen können wir an folgende Personen denken: Vater und Sohn Buber, Spira und Erdmann, die Gastgeberin Steinhäuser und ihre studierenden Kinder sowie der eine oder andere Universitätsangehörige, insbesondere von den Teilnehmern an der Heppenheimer Tagung. Ob bei Bubers Besuch auch über das Spira/Erdmannsche Projekt einer Studien- und Lebensgemeinschaft diskutiert wurde, das ich im 1. Abschnitt vorgestellt habe, ob an diesem Tag bereits über ein längeres Treffen des ‚Gießener Kreises‘, nachgedacht wurde: Auch das ist unbekannt. Ein mehrtägiges Treffen dieses Kreises hat jedoch schon Ende Juli 1921 stattgefunden; mit ihm begann eine intensive „Gesprächs-Arbeit“, die die Gruppe als ‚Frankfurter Bund‘ bis ins Jahr 1924 gemeinsam mit Buber fortsetzte. Die Tatsache, dass er regelmäßig an diesen Treffen teilnahm und sich intensiv an den Diskussionen beteiligte, belegt, dass er dadurch nicht von seiner „eigentlichen Arbeit“ abgelenkt wurde, sondern dass diese gefördert wurde.

Es wurde deutlich, dass ich zwischen Freundeskreis Spira/Erdmann einerseits und ‚Gießener Kreis‘ bzw. ‚Frankfurter Bund‘ andererseits unterscheidet. Mit den beiden letzten Bezeichnungen ist die Gruppe gemeint, die ich gerade als ein Ergebnis der Heppenheimer Tagung vorgestellt habe. Ihre Mitglieder hatten sich dort „frei und fest zur werdenden Gemeinschaft bekannt“, wie sie Buber vorschwebte. So formulierte Ernst Michel in dem Brief, mit dem er Buber seinen Entschluss mitteilte, in dieser Gruppe mitzuwirken. Er sei inzwischen von der „Reinheit der inneren Verbindung“ ihrer Mitglieder - er nennt Buber, Spira, Erdmann - überzeugt, nachdem „intellektualistische Momente“ ihn gehindert

51 Alfons Paquet, Die Quäker, in: FZ 27.06.1920.

hätten, sich schon in Heppenheim der Gruppe anzuschließen.⁵² Während ‚Gießener Kreis‘ eine Fremdbezeichnung ist, ist ‚Frankfurter Bund‘ eine Selbstbezeichnung, die um die Jahreswende 1922/23 auf Vorschlag von Rang gewählt wurde. Mit der Namenswahl wollte der ‚Gießener Kreis‘, der in seiner Zusammensetzung seit Heppenheim fast unverändert geblieben war, den Eindruck einer festeren Gruppe vermitteln. Zugleich sollten so ihre nationalen und internationalen Aktivitäten, die nicht mehr einer im engeren Sinne Reform des Bildungswesens galten, mehr Gewicht erhalten.⁵³ Da die Gruppe sich in dieser Phase wohl ebenso häufig in Frankfurt wie in Gießen traf, lag diese Namenswahl nahe.

Die einzig bemerkenswerte Erweiterung erfuhr der ‚Gießener Kreis‘ bereits 1921, als Florens Christian Rang,⁵⁴ eine besonders ausgeprägte, ja schwierige Persönlichkeit, hinzukam. Walter Benjamin, der mit Rang von 1920 bis zu dessen Tod 1924 eng befreundet war und von diesem zahlreiche Anregungen für sein Frühwerk bekommen hatte, beobachtete an ihm geradezu dämonische Züge. Der Jurist und zeitweilige Pfarrer war 1920 aus dem Berufsleben ausgeschieden und hatte sich in Braunfels niedergelassen. Dort wollte er in Ruhe an seinen weit gespannten theologischen, philosophischen und literaturwissenschaftlichen Themen arbeiten. Buber und Rang hatten sich schon kurz vor Beginn des 1. Weltkrieges kennen gelernt. Ihre frühe freundschaftliche Nähe war während des Krieges einer deutlichen Distanz gewichen, die nach dem Krieg langsam von einer beide bereichernden Freundschaft abgelöst wurde.

„Messianische Kritik“, so der Titel von Lorenz Jägers „Studien zu Leben und Werk von Florens Christian Rang“,⁵⁵ charakterisiert recht genau Rangs Beiträge im ‚Gießener Kreis‘. Ihm hatte er sich spätestens seit seiner Teilnahme an der mehrtägigen Aussprache Ende Juli 1921 in Gelnhaar, heute Ortsteil von Ortenberg in der Wetterau, angeschlossen. Dieses „Freiluft-Seminar“, wie Paquet das Treffen nannte,⁵⁶ diente der Selbstverständigung der Gruppe. Die Teilnehmer

52 Br. II, 51 f., Nr. 40.

53 Näf (wie Anm. 23) 140, Anm. 162 hat diesen Wandel, der im Laufe des Jahres 1921 stattfand und mit der Tagung des ‚Gießener Kreises‘ im Juli 1921 in Gelnhaar, heute OT von Ortenberg, manifest wurde, nicht wahrgenommen. Die weitreichenden Pläne einer geschlossenen Lehr- und Lerngemeinschaft wurden schon 1921 aufgegeben, nicht erst mit der Berufung Spiras 1925 nach Königsberg und Erdmanns Gründung des Landschulheims Nordeck 1926, wie Näf meint. Auch die Initiative Spiras, im Herbst 1932 den ‚Gießener Kreis‘ nochmals zu einer Aussprache „über die gegenwärtige Lage und die aus ihr erwachsenen Aufgaben einzuladen“ (MBA 350/751 Spira an Buber 12.10.1932), zielt auf eine gesellschaftspolitische Aussprache. Spira war bereits damals sehr besorgt über die Haltung der Evangelischen Kirche zum Nationalsozialismus. Diese Gruppe als „geheimbündlerisch“ zu charakterisieren (Näf 335) wird dem Anspruch dieser gewiss „elitären“ Gruppe kaum gerecht.

54 S. biogr. Anhang.

55 Lorenz Jäger, *Messianische Kritik. Studien zu Leben und Werk Florens Christian Rang*, Köln u. a. 1997.

56 O. M. Piecha, *Der Weltdeutsche. Eine politische Biographie Alfons Paquets vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik*. Phil. Diss. Frankfurt 2003, Kap. 2.10 A

fürten ein selbstkritisches philosophisch-theologisches Gespräch über Handlungsmöglichkeiten in einer von Krisen geschüttelten Zeit. Wie viele andere Gruppen interpretierte dieser Kreis den gesellschaftlichen und politischen Zusammenbruch als Ende der alten Zeit. Die Gegenwart sahen sie als Übergang zu einer neuen Zeit. Für ihre Kritik der Kräfte, die zum Zusammenbruch geführt hatten, wie für ihr Handeln in der veränderten und sich ändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit suchten evangelische und katholische Christen wie Juden den Maßstab außerhalb der traditionellen Antworten ihrer Religionen und fanden ihn in der messianischen Verheißung einer neuen Welt. „Offenbarung“ wurde zum Punkt, auf den hin gedacht wurde - erinnert sei an Franz Rosenzweig „Stern der Erlösung“⁵⁷ -, von dem her gehandelt werden sollte, genannt sei „Politik aus dem Glauben“ von Ernst Michel.⁵⁸ Diese Andeutungen über das Selbstverständnis des ‚Gießener Kreises‘ mögen genügen.

Wenden wir uns stattdessen zwei anderen Fragen zu. Zunächst der Frage, welche Stellung einzelne Mitglieder des Kreises in ihm hatten.

Unbestritten war Buber in diesem Kreis die wegweisende Person. Sein Einfluss auf Kreismitglieder kommt in folgenden Äußerungen deutlich zum Ausdruck. Rang dankte unmittelbar vor der Gelnhaarer Tagung nach einem Besuch Bubers in Braunfels für seine „Weisung in´s göttlichende [sic] Verständnis“, die „innere Arbeit schafft“.⁵⁹ Und rund ein Jahr später schreibt Ernst Michel an Buber: „Unsere letzte Unterredung ging mir lange nach und beförderte meine Abrechnung mit mir selbst. Sie zwingen mich zur Wahrhaftigkeit, zur Reduktion meiner Lebenssphäre auf die letzte tragfähige Grundlage. Das danke ich Ihnen.“⁶⁰ Rang wurde der engste Gesprächspartner Bubers und gewann im Kreis eine starke Position, durch die der ruhigere und auf seine akademische Laufbahn hinarbeitende Spira etwas in den Hintergrund trat.⁶¹ Am ruhigsten, wohl durchweg im Hintergrund stehend, war zweifellos Erdmann, der offensichtlich den Plan eines eigenen Landerziehungsheimes immer vor Augen hatte.

Die herausragende Stellung Bubers wird auch bei dem Vorhaben deutlich, das er seit Ende 1922 vorbereitete. Damals versuchte er den Theologen Friedrich Gogarten als Miteinlader zu einem philosophisch-religiösen Gespräch über die gerade angedeuteten Grundfragen eines religiös begründeten Handelns, das

Plan for World Peace, Anm. 3. Ich danke Herrn Piecha für die Übermittlung dieses Kapitels seiner Dissertation.

57 Frankfurt 1921.

58 Jena 1926.

59 MBA, 350/606.9 Rang an Buber (Schiffenberg), 25.07.1921. (s. Anm. 33).

60 Br II, 100 f. Nr. 83 Michel an Buber 02.06.1922.

61 Rang hat sich offensichtlich als väterlicher Freund und Förderer der jüngeren Kreismitglieder verstanden. So schrieb er Hugo von Hofmannsthal in einem Brief vom 28.12.1923: „Einer meiner jungen Freunde, Dr. Theo Spira in Gießen, hat eine Schrift geschrieben ..., die auch fachwissenschaftlich endlich einmal der Welt-Bedeutung des Dichtens nachgeht ... Ich habe den Verfasser gebeten, sie Ihnen zu senden, und bitte, sie als einen Gruß von mir anzunehmen.“ Briefwechsel zwischen Florens Christian Rang und Hugo von Hofmannsthal, in: Neue Rundschau 70, 1959, 440-442; hier 442.

wegweisend für die Zukunft sein könnte, zu gewinnen. An ihm sollten neben den theologisch interessierten Mitgliedern des ‚Gießener Kreises‘ eine Reihe von Theologen im Umkreis der „Dialektischen Theologie“ sowie „moderne“ katholische Theologen teilnehmen. In dem Briefwechsel, der die Tagung vorbereitete - sie fand dann im April 1923 statt -, sprach Buber im Blick auf Gogartens theologische Position von dem „Unterschied der Glaubensweise“ zwischen ihnen beiden, zwischen Juden und Christen. Die Buber-Forschung sieht in dieser Formulierung die Keimzelle seines Büchleins „Zwei Glaubensweisen“.

Ebenso bemühten sich Buber und andere Gruppenmitglieder um Verbindung mit den Religiösen Sozialisten, gerade auch aus der Schweiz.

Die andere Frage lautet: Welche gesellschaftspolitischen Fragen erörterte dieser Kreis?

Wir hatten schon von den Kontakten zu den Quäkern gehört, die nach der Heppenheimer Tagung entstanden waren. Sie wurden von verschiedenen Mitgliedern intensiv fortgesetzt. Im ‚Gießener Kreis‘ selbst wurde über die Mitarbeit an einem „Quäkerplan“ gesprochen; allerdings ist nicht klar, ob es sich dabei um den Aufbau eines „Freiwilligen Aufbaudienstes“ in Belgien und Frankreich handelte, wie er bereits 1919 in Wetzlar angesprochen worden war.⁶² Auf Grund dieser Verbindung war es für Spira selbstverständlich, sich nach seinem Umzug nach Königsberg „an den gemeinsam mit den englischen und amerikanischen Quäkern gemachten Versuchen zur Verständigung mit Polen“ zu beteiligen.⁶³

Neben der Zusammenarbeit mit den Quäkern gab es Kontakte zu anderen christlichen Gruppen, die sich um Versöhnung mit den bisherigen Kriegsgegnern bemühten, insbesondere zum Versöhnungsbund mit dessen Vorsitzendem Friedrich Siegmund-Schultze.⁶⁴

Angesichts dieser Kontakte überrascht es nicht, dass die Frage der Kriegsdienstverweigerung im ‚Gießener Kreis‘ zumindest gelegentlich thematisiert wurde. Soweit erkennbar, wurde sie allerdings nicht im Rahmen eines prinzipiellen Pazifismus, sondern als situationsgebundene Entscheidung erörtert. So formulierte Rang nach dem Gelnhaarer Seminar in einem Brief: „Angesichts der Möglichkeit eines neuen Kriegs, ähnlich wie der eben hinter uns liegende geführt, mit jeder Art von Mordtechnik und Verwendung der Menschen zu seelenlosen Trägern derselben, kann es Pflicht sein, die Teilnahme an seiner Führung zu verweigern, und Sinn einer Gemeinschaft: diese Verweigerung zu verstärken; aber dieses Gewissensultimatum muß sich gänzlich freihalten von dem Versuch, prinzipielle Linien dahin zu ziehen, ob Krieg, ob Tötung überhaupt unstatthaft ... ist.“⁶⁵

62 S. Anm. 51.

63 Lebenslauf (wie Anm. 20).

64 1885 - 1969. Während des Ersten Weltkrieges hatte er die Gefangenenseelsorge für Engländer und die Gefangenenhilfe für deutsche Kriegsgefangene organisiert. Gemeinsam mit Quäkern organisierte er eine Kinderspeisung.

65 Ein Brief von Florens Christian Rang, Braunfels, 10. August 1921. Aus dem Nachlass abgedruckt in: Kreatur 1929/39, 278-289; Zitat 279. Original MBA 350.50.

Die Zuspitzung der innen- und außenpolitischen Situation Deutschlands um die Jahreswende 1922/23, die zunächst in der Besetzung des Ruhrgebiets ihren sichtbarsten Ausdruck fand, führte zu einer Beschleunigung bei der Erörterung der Frage, wie nationale und internationale Versöhnung möglich sein kann, welchen Beitrag Deutsche leisten sollten. Anscheinend noch 1922 hatte Spira bei einer Englandreise Kontakt mit dem englischen Völkerbundesdelegierten Sir Robert Cecil⁶⁶ aufgenommen. Dessen Anregungen wurden vom ‚Frankfurter Bund‘ vielleicht schon am 3. März in Frankfurt, auf jeden Fall am 12. März 1923 in Gießen diskutiert. Allerdings ist nicht zu klären, ob es sich dabei tatsächlich „um einen Meinungsaustausch zwischen einem englischen Kreis, u. a. Lord Cecil, und dem unsern handelte“, wie Buber zwei Tage später an Rosenzweig schrieb.⁶⁷ Denn das erhaltene Protokoll weist weder englische Teilnehmer noch einen entsprechenden inhaltlichen Hinweis auf. Allerdings erfahren wir aus diesem Protokoll, dass Walter Benjamin an dieser Besprechung teilnahm, wie er insgesamt die Beratung des Kreises in diesen Monaten während seiner Aufenthalte in Frankfurt aufmerksam begleitete.⁶⁸ Wie drängend dem Kreis die Thematik war, belegt die Tatsache, dass bereits am 24./25. März ein weiteres Treffen in Braunfels stattgefunden hat, wie wir aus den Notizen von Frau Steinhäuser wissen.⁶⁹ Schon bei diesen Treffen wurde deutlich, dass der ‚Frankfurter Bund‘ keine gemeinsame öffentliche Erklärung zum Völkerbund und zu den Verpflichtungen Deutschlands gegenüber Frankreich und Belgien abgeben konnte, wie dies von einzelnen Mitgliedern angestrebt wurde. So schrieb Rang sein Buch „Deutsche Bauhütte. Ein Wort an uns Deutsche über mögliche Gerechtigkeit

66 Sir Robert Cecil (1864 - 1958), engl. Politiker und Diplomat. Mitbegründer des Völkerbundes und dessen einziger Präsident (1923-1946). 1923 Gründer und Präsident der „League of Nations Union“ (bis 1945). 1938 Friedensnobelpreis als Präsident des „Rassemblement universel pour la paix“ (Internationale Friedenskampagne).

67 Br. II, 161, Nr. 127. Es könnte sich eher um einen Meinungsaustausch zwischen den Kreismitgliedern über einen englischen Vorschlag gehandelt haben.

68 Walter Benjamin (s. biogr. Anhang) war von seinem Freund Rang eingeladen worden, an den Beratungen des ‚Frankfurter Bundes‘ über die aktuelle Situation teilzunehmen. Während er an der ersten Zusammenkunft am 3.3.1923 in Frankfurt nicht teilnehmen konnte, da eine Verschiebung nicht möglich war, um die er gebeten hatte: „Sonst wäre es mir sehr ungenehm, wenn ich diese erste versäumen müsste“ (Brief Berlin 1.3.1923), dankte er Rang für seine Erfahrung bei der zweiten am 12.3. in Gießen in einem kurzen Brief Göttingen 13.3.1923: „...Wenn ich wieder zu Hause bin, schreibe ich Dir einige Zeilen über die gestrige Zusammenkunft, die mir - als Gesamteindruck - doch sehr wichtig gewesen ist. Eine unvermutete Seite Deutschlands sprang mir hervor. Ich bin Dir dankbar, mir diese Erfahrung gegeben zu haben.“ Walter Benjamin, Gesammelte Briefe Bd. II, 1919-1924. Hg. v. Christian Gödde und Henri Lonitz, Frankfurt 1996, die Zitate 320 bzw. 322. - Hier ist nicht der Ort, die Fehler und Ungenauigkeiten, die über diese Episode nicht nur in der Benjamin-Literatur, diese Briefedition eingeschlossen, bis heute festzustellen sind, im Einzelnen zu korrigieren.

69 S. Anm. 5.

gegen Belgien und Frankreich und zur Philosophie der Politik⁷⁰ in eigener Verantwortung, jedoch in der Hoffnung, von seinen Freunden öffentlichen Zuspruch zu erhalten. Darin begründete er ausführlich den Vorschlag einer Wiedergutmachung durch aktive persönliche, nicht staatliche Aufbauhilfe in Belgien und Frankreich, ein heute vielfach praktiziertes Prinzip. Damals scheiterte das Projekt an den objektiven gesellschaftlichen und politischen Bedingungen wie an der wirtschaftlichen Not durch die Superinflation, von der die Mitglieder des Kreises ebenso betroffen waren wie die gesamte Bevölkerung. Eine größere Wirkung verfehlte Rang aber auch wegen seiner Argumentationsweise und der eigenwilligen Sprachverwendung, die sogar bei Kreismitgliedern auf Widerspruch, ja Ablehnung stieß. Am deutlichsten hat sich der Senior dieses Kreises, der Philosoph Natorp, geäußert.⁷¹ Aber auch die im Buch veröffentlichten Zuschriften von Walter Benjamin, Martin Buber, Otto Erdmann, Ernst Michel, Alfons Paquet und Theodor Spira lassen neben Zustimmung eine nuancenreiche Distanzierung erkennen.

Dieses Buch ist, auch wenn von einem Einzelnen verfasst und verantwortet, das einzige direkte Ergebnis des ‚Gießener Kreises‘, des ‚Frankfurter Bundes‘. Er traf sich bis zum 2. 8. 1925 noch einige Male in Gießen. An diesem Tag verabschiedeten sich die Mitglieder voneinander. Nach Rangs Tod 1924 verlor der Kreis mit dem Weggang von Spira im Herbst 1925 die zweite zentrale Bezugsperson für Buber, der selbst in jenen Monaten mit der Bibelübersetzung und der Dozentur an der Frankfurter Universität neue Aufgaben übernommen hatte, welche ihn so über diesen Freundeskreis hinausführte.

4. Die Bedeutung der Begegnungen mit Martin Buber für die Gruppenmitglieder

Hatten die Gespräche des Kreises auch keine unmittelbaren handfesten, praktischen Ergebnisse: Die Erfahrungen und Einsichten, die die Freunde hier gewannen, wirkten - wie ein Blick auf die Biographien zeigt - zurück auf die berufliche Arbeit der Kreismitglieder oder auf die Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Einige Beispiele mögen dies zunächst belegen.

Das erste: 1932 berichtete Erdmann, der Gründer und Leiter des Landschulheims Nordeck, Buber von den Problemen, die ein Düsseldorfer Rabbinerehepaar mit ihrem etwa 12 Jahre alten Sohn und dieser insbesondere mit seinem Vater hatte, und erklärte seine Bereitschaft, diesen Jungen in sein Internat aufzu-

70 Mit Zuschriften von Alfons Paquet, Ernst Michel, Martin Buber, Karl Hildebrandt, Walter Benjamin, Theodor Spira, Otto Erdmann, Sannerz und Leipzig 1924.

71 Natorp an Paquet Marburg 21. November 1923 mit Anlage: Briefentwurf an Rang. In: Archiv SUB Frankfurt/M, Nachlass Paquet, Kapsel Sommerhalde. „... Rang kommt mir in dem Buche als ganzem vor wie ein Dr. Faust, der mit heißem Bemühen alle vier Fakultäten durchaus studiert ... Er predigt uns die Goethesche Ehrfurcht, aber bestätigt sie selbst nicht, nicht gegen die Dinge, nicht gegen die Menschen, nicht gegen unsere liebe deutsche Sprache, die er in einigen ihrer innerlichst begründeten Eigenheiten versewaltigt. So bin ich leider in jeder Hinsicht für seine Bußpredigt ein ungeeigneter Zuhörer.“

nehmen.⁷² Allerdings trennte Erdmann sich bereits 1934 ohne unmittelbaren Zwang von allen jüdischen Schülern seines Landerziehungsheimes, ein Verhalten, mit dem das Landschulheim Nordeck wie mit seiner Haltung während der nationalsozialistischen Herrschaft insgesamt bisher nur sehr zögerlich umgegangen ist.⁷³

Das zweite: Im Spätherbst 1932 trug Spira dem Evangelischen Oberkirchenrat, der Leitung der Altpreußischen Union, in Berlin die Sorgen eines pietistischen Kreises um seine Schwägerin hinsichtlich der Haltung der Evangelischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus vor. Auch versuchte er während eines Besuchs in Offenbach noch einmal, den ‚Gießener Kreis‘ zur Diskussion der aktuellen Entwicklung zusammenzuführen. Er wurde 1940 aus politischen und rassischen Gründen, eine seiner Großmütter war getaufte Jüdin, aus der Universität Königsberg entlassen.⁷⁴

Das dritte: Buber widmete seine 1932 erschienene theologische Arbeit „Königtum Gottes“ seinen beiden inzwischen verstorbenen Freunden Franz Rosenzweig und Florens Christian Rang und machte damit deutlich, wie wichtig ihm die Anregungen seines christlichen Freundes neben denen seines jüdischen gewesen sind.

Das herausragende Beispiel für die Folgewirkungen dieses Kreises ist jedoch eine Zeitschrift. Die Anregung für sie, die von Juden und Christen beider Konfessionen gemeinsam herausgegeben werden sollte und an der sie gleichberechtigt mitarbeiten sollten, hatte Rang gegeben und aus der genannten Erfahrung der Grenzexistenz in der jeweils eigenen Glaubensgemeinschaft den Titel „Aus

72 MBA 350/197.14 Brief 7.9.1932.

73 Näf (wie Anm. 23) 546 A. 952. Er kritisiert, dass das Landschulheim seine Geschichte im Dritten Reich nur zögerlich aufarbeite. „So wies Egon Trapp anlässlich des 75. Jubiläums von Nordeck zwar darauf hin, dass Erdmann sich bereits im Jahre 1934 - „zu einem Zeitpunkt (...), als dies noch niemand von ihm erwartet oder gefordert hatte“ - von allen seinen jüdischen SchülerInnen getrennt habe, ein Umstand, der die Geschichte des Heims lange belastet habe. In derselben Ansprache wird Erdmanns Nachfolger Alfred Zander, der Nordeck von 1953/54 bis 1970 leitete, jedoch noch immer nur als „Pestalozziforscher“ gewürdigt, während man die Tatsache, dass der 1941 aus der Schweiz nach Deutschland geflohene Alfred Zander zu den bekanntesten und aggressivsten Schweizer Frontisten gehörte und von der Schweiz deshalb 1947 zu 11 Jahren Zuchthaus wegen Landesverrat verurteilt wurde, weiterhin unerwähnt lässt.“

74 Margarete Dach, Widerstand und Erlösung. Tagebücher und Briefe der „Dachmutter“ 1930-1946. hg. V. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Vallendar-Schönstatt 2004, 39 f. Dach, Schwägerin von Spira, berichtet in ihrem Tagebuch 1932.10.18: „Nun war Theo beim Oberkonsistorialrat in Berlin, Dr. Fischer, und D. und hat ihnen unser Bedenken vorgebracht als Ergebnis nach langem Gebet und ernster Wahrheitsforschung ... *Sechs Punkte trug er vor über die Gefahr des Nationalsozialismus* ... Theo erklärte, daß die ihm verbundenen Menschen es als Notwendigkeit empfänden, daß verantwortliche Männer der Kirchenregierung in Gewissensforschung und unter Führung des Heiligen Geistes die Wahrheiten dessen erkennen ...“.

den Exilen“ vorgeschlagen.⁷⁵ Unter dem Titel „Die Kreatur“ wurde diese Anregung schließlich von Martin Buber gemeinsam mit dem protestantischen Mediziner Viktor von Weizsäcker (1886 - 1957) und dem damals exkommunizierten katholischen Theologen Josef Wittig (1879 - 1949) als Herausgebern und Mitarbeitern realisiert. Vom Krankenbett aus hatte Rosenzweig, der von dieser Idee Rangs fasziniert war, seinen Freund Buber bei der endgültigen Konzeption der Zeitschrift intensiv beraten und das Geleitwort formuliert.⁷⁶ Sie erschien in drei Jahrgängen von 1926/1927 bis 1929/1930 im Verlag des jungen christlichen Verlegers Lambert Schneider, der Buber zur Übersetzung der hebräischen Bibel angeregt hatte. Aus dem ‚Gießener Kreis‘ bzw. ‚Frankfurter Bund‘ waren mit Beiträgen u. a. Georg Koch, Ernst Michel, Alfons Paquet und Florens Christian Rang (Nachlass) in dieser sehr anspruchsvollen interkonfessionellen Zeitschrift vertreten.

Schließlich: Für manche aus dem ‚Gießener Kreis‘ waren die ersten Bände der dann von Buber und Rosenzweig gemeinsam begonnenen Übersetzung der hebräischen Bibel wertvolle, hilfreiche Begleiter gerade durch die Jahre der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die Erfahrungen des gemeinsamen Nachdenkens mögen dazu beigetragen haben, dass kaum einer von ihnen, soweit ich dies derzeit überblicken kann, ein Befürworter des Nationalsozialismus geworden ist; allerdings haben sich einzelne durchaus angepasst. Ob andere zu stillen Helden, zu Helfern für Verfolgte geworden sind, ist kaum mehr zu klären. Dass zumindest in einem Fall die alte Freundschaft nach dem Ende der Gewaltherrschaft früh durch eine persönliche Begegnung belebt und gestärkt werden konnte und so von Buber die Integrität des christlichen Freundes bestätigt wurde, das belegt das Treffen von Martin Buber und Theo Spira 1947 in der Schweiz (Abb. 7).



Abb. 7: Buber und Spira, Bern 1947

75 Rosenzweig (wie Anm. 16) 1053 f., Nr. 1036. An Eugen Rosenstock: „... Der Gedanke kam ursprünglich von Rang. Als Buber das letzt Mal mit Rang zusammen war, wollte Rang eine Zeitschrift gründen: Aus den Exilen. Nämlich aus den drei Exilen. ...“.

76 Die Kreatur 1, 1926, 1 f. „Geleitwort“.

Schlussbemerkungen

1. Ich habe einen Kreis vorgestellt, in dem Juden, katholische und evangelische Christen wie eher Religionsferne sehr selbstverständlich zusammengewirkt haben. Es waren Personen, die in ihren Religionsgemeinschaften Außenseiter waren. Das heißt aber umgekehrt auch, dass ein Gespräch zwischen den Religionen auf der Ebene der Gemeinden, ihrer Theologen, aber auch der Kirchenleitungen so gut wie nicht stattgefunden hat. Für Gießen kann ich kaum einen Gemeindepfarrer, einen Universitätstheologen benennen, der an solchen Gesprächen teilgenommen hätte. Die Gespräche des ‚Gießener Kreises‘, des ‚Frankfurter Bundes‘ waren ein „Dialog in dialogloser Zeit“⁷⁷.
2. In einem Teil der Gießener Öffentlichkeit wird die Geschichte der Stadt und der Universität in der Weimarer Republik vor allem als Vorgeschichte des Nationalsozialismus wahrgenommen. Dass diese Entwicklung nicht zwangsläufig, sondern dass die Situation offen war: Dafür ist die Existenz dieses Kreises ein Beleg. In Stadt und Universität lassen sich andere finden, sie aufzuspüren wäre reizvoll.

Bildnachweise:

Abb. 1: D. Steil

Abb. 2: Steinhäuser, GAZ

Abb. 3: und 7: U. Vogt-Spira

Abb. 4: Landschulheim Nordeck

Abb. 5 und 6: Fotosammlung der UB Gießen

77 M. Stöhr, Die Anfänge des jüdisch-christlichen Dialogs. In: M. Stöhr, Dreireden. Essays, Vorträge, Thesen, Meditationen, hg. v. Kl. Müller, A. Wittstock, Wuppertal 1997, S. 265. (Zuerst in: M. Brumlik u.a. (Hg.), Jüdisches Leben in Deutschland nach 1945, Frankfurt 1988, S. 197).

„Auf Dein Kommen freuen wir uns sehr...“ - Martin Bubers Beziehungen zu Gießen

Biographische Notizen

Walter **Benjamin** (1892 Berlin - 1940 Port Bou), Schriftsteller, Literaturkritiker. Wächst in einem großbürgerlichen jüdisch-assimilierten Elternhaus auf. Ab **1912** Studium der Philosophie, Germanistik und Kunstgeschichte in Freiburg, Br. (aktiv in der republikanischen „Freien Studentenschaft“) und München, dann Bern. **1919** Promotion in Bern. Rückkehr nach Berlin; Zerwürfnis mit Eltern. **1920** Beginn der Freundschaft mit Florens Christian Rang: bedeutender Einfluss auf Benjamins Theorie des Trauerspiels. **1922-25** vergebliche Versuche einer Habilitation in Heidelberg und Frankfurt. **1923** in Gießen: Teilnahme an einer Tagung des „Frankfurter Bundes“.

Martin **Buber** (1878 Wien - 1965 Jerusalem) Sozial- und Religionsphilosoph, Schriftsteller. Nach der Scheidung seiner Eltern lebt er 1881-1892 bei seinen Großeltern in Lemberg. Ab **1896** Studium u.a. von Philosophie, Psychiatrie sowie Germanistik in Wien, Leipzig, Berlin und Zürich. Ab **1898** mit wechselnder Intensität in der zionistischen Bewegung engagiert. So vertritt er **1901** auf dem fünften Zionistenkongress die „kulturzionistische“ Richtung. **1902** Mitbegründer des Jüdischen Verlags, der seine Aufgaben im Sinne der kulturellen und geistigen „Erneuerung des Judentums“ versteht. **1903** Dissertation. **1909-1911** Mit den „Drei Reden über das Judentum“ (in Prag gehalten) gewinnt Buber großen Einfluss auf die jüdische Jugend. **1916-1924** leitet er die Monatszeitschrift „Der Jude“ als Sprachrohr jüdischer Neubesinnung und Sammlung. **1921** Teilnahme am zwölften Zionistenkongress in Karlsbad.

Seit **1899** verheiratet mit Paula Winkler (1877-1960), die erst später zum Judentum konvertiert und unter dem Pseudonym Georg Munk als Schriftstellerin arbeitet. 1900 Geburt des Sohnes Rafael, der **1921** einige Wochen mit seiner Lebensgefährtin Margarete Buber-Neumann in Gießen lebt. 1901 Tochter Eva geboren.

1905/06 Florenz: „Die Geschichten des Rabbi Nachman“ und „Die Legenden des Baal-schem“ unter wesentlicher Mitwirkung seiner Frau (veröffentlicht 1908). **1906-1916** Berlin, bis 1915 Herausgeber der sozialpsychologischen Schriftenreihe „Die Gesellschaft“. **1913** Buber plant eine jüdische Schule in Deutschland, die Erziehung „im Sinne eines wahren und lebendigen Judentums inauguriert“. **1914** lernt er Florens Christian Rang kennen. **1916-1938** Heppenheim an der Bergstraße. **1917** lernt er Theodor Spira kennen. Ab **1919** initiiert oder beteiligt er sich an Tagungen zur Erneuerung des Bildungswesens (**1919**: Heppenheimer Tagung). Ab **1921** Lehrtätigkeit am Freien jüdischen Lehrhaus und an der Universität in Frankfurt/Main (statt des erkrankten Franz **Rosenzweig**). **1921-1925** regelmäßige Besuche in Gießen und Umgebung („Frankfurter Bund“). **1923** Veröffentlichung seiner Grundschrift „Ich und Du“. **1925-1961** Übersetzung der Hebräischen Bibeln (bis 1929 gemeinsam mit Franz Rosenzweig). **1926-1930** Herausgeber der Zeitschrift „Die Kreatur“ (gemeinsam mit Joseph Wittig [kathol., exkommuniziert] u. Viktor v. Weizsäcker [ev]).

Otto **Erdmann** (1883-1960), Gymnasiallehrer.

Zwischen 1910 (Gründung) und 1913 erster Unterrichtsleiter an der Odenwaldschule Oberhambach (OSO); entwickelte gemeinsam mit Paul Geheeb (Gründer) und anderen das Kursprinzip. Kriegsteilnehmer. Nach Krieg zunächst Lehrer in Gießen (Oberreal-/Liebigschule; Untermieter bei Frau Steinhäuser). **1919** Teilnehmer an Heppenheimer

Tagung. Mitglied des „Frankfurter Bundes“. **1926** Gründung des Landschulheims Burg Nordeck unter Mithilfe einer Schwester von Geheeb.

Robert Arnold **Fritzsche** (1868-1939 Bad Nauheim), Prof. Dr., Bibliothekar an der Gießener Universitätsbibliothek.

Schüler von Hermann Cohen; veröffentlicht 1922 Erinnerungen an Cohen, die von Rosenzweig sehr geschätzt wurden. Weitere Arbeiten über Cohen und philosophische Themen. Bespricht u.a. die von Rosenzweig eingeleiteten Jüdischen Schriften Cohens. Gehört zu Rosenzweigs (christlichen) Freunden, die diesen auch in seinen letzten Lebensjahren besuchen dürfen. Teilnehmer an der Heppenheimer Tagung 1919.

Georg **Koch** (1872-1957 Gießen), Prof. Dr.; Pfarrer, Bibliothekar an der Gießener Universitätsbibliothek.

Studium der Theologie und Geschichte in Straßburg und Bonn. Zwischen Tätigkeiten an der Universitätsbibliothek nur kürzere Zeit im Pfarramt (1912-1920 Hungen-Langd). Intensive Tätigkeit in der Dorfkirchenbewegung sowie der Volkshochschulbewegung. Teilnehmer an der Heppenheimer Tagung (Referat über VHS neben Grundsatzausführungen Bubers). Vereinzelt Mitarbeiter der „Kreatur“. 1920 Studienfahrt nach Dänemark zum Studium der Grundtvigschen Volkshochschulen (finanziert durch die Liga für Völkerbund, vermittelt von Dr. Walter Koch, Neffe von Georg, Sekretär der Liga). Weitgestreute Vortragstätigkeit in evangelischen Jugendgruppen: Neuwerk (Schlüchtern), Christdeutsche Jugend (Heimvolkshochschule Hohensolms). Kontakte zu Quäkern.

Ernst **Michel** (1889 Klein-Welzheim/Main - 1964 Frankfurt), kathol. Publizist und Dozent.

Elternhaus liberal katholisch. **1908-1912** Studium der Germanistik, Geschichte und Philosophie in Heidelberg, München und schließlich der Zoologie, Botanik und Geographie. **1912/13** Lektor im Verlag Eugen Diederichs. **1914** Promotion. **1914/15** Wissenschaftlicher Lehrer an der staatlichen Realschule in Michelstadt im Odenwald und danach am Pädagogium Neuenheim/Heidelberg. **1915-1918**: Kriegsteilnahme. **1918-1921** wechselnde Tätigkeiten im Bildungsbereich. **1919** Erste Begegnung mit Martin Buber in Heppenheim bei der Tagung „Erneuerung des Bildungswesens“). Seit **1921** Dozent und Direktor der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main bis zur Schließung durch das NS-Regime 1933.

Hermann (Chaim) **Müntz** (1884 Lodz - 1956 Stockholm), international bedeutender Mathematiker („Müntz-Axiom“).

Aus nichtreligiöser jüdischer Familie; Studium und Promotion in Berlin; ab 1910 als Privatlehrer und Lehrer an verschiedenen freien Schulen, darunter **1914/15** an der Odenwaldschule. Dort Kollege von Otto Erdmann und Theodor Spira. Von dort Korrespondenz mit Buber. Mitarbeiter an der Zeitschrift „Der Jude“ (Pseudonym Hermann Glenn). Als polnischer Staatsbürger während des 1. Weltkrieges auf Hessen beschränktes Aufenthaltsrecht. 1917/18 Schülerpensionat in Heppenheim. In den 20-er Jahren vergebliche Habilitationsversuche in München und Göttingen. Zeitweilig Mitarbeiter von Albert Einstein. 1929-1937 Professor in Leningrad. Nach Ausweisung seit **1937** in Schweden.

Paul **Natorp** (1854 Düsseldorf - 1924 Marburg), Philosoph und Pädagoge

1880 Studium in Marburg. **1892** Lehrstuhl in Marburg. Neukantianer, Vertreter der Marburger Schule. Er entwickelte eine Sozialpädagogik, der er später eine politische Wendung

zum Sozialismus gab. Die Bildung vollziehe sich nur in, durch und für die Gemeinschaften der Familie, der Schule und des Staates.

1919-1924 Teilnahme an der Heppenheimer Tagung zur Erneuerung des Erziehungswesens; „Frankfurter Bund“

Alfons **Paquet** (1881 Wiesbaden - 1944 Frankfurt/M.), Journalist und (Reise-)Schriftsteller.

Baptistisches Elternhaus. Gegen den Willen des Vaters nach einer Lehre seit 1901 Journalist. Verdient soviel, dass er seit **1902** studieren kann: Philosophie, Geographie, Volkswirtschaft in Heidelberg; **1908** Promotion in Jena mit einer volkswirtschaftlichen Arbeit über das moderne Ausstellungswesen. Dazwischen Reise auf der Sibirischen Eisenbahn. Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung. Für diese während des Weltkriegs in Stockholm, 1918 (Juni-November) als Presseattaché in Moskau. Lässt sich Ende 1918 endgültig in Frankfurt nieder. Seit **1916** Mitarbeit an „Der Jude“. Mitglied des „Frankfurter Bundes“. Steht den Quäkern nahe. 1927 Sekretär des Preiskuratoriums für den Goethepreis (1928: Albert Schweitzer; 1930: Sigmund Freud)

Florens Christian **Rang** (1864 Kassel - 1924 Hohemark), Verwaltungsjurist, Pfarrer.

Vater kathol., Mutter ev.; seit 1869 evangelisch erzogen. Nach Abitur **1883** in Köln Jura-Studium in Lausanne, Leipzig, Berlin, Bonn, abgeschlossen mit Promotion **1886**. Eintritt in staatlichen Verwaltungsdienst, auf eigenen Wunsch nach Posen versetzt. Dort im Kirchenreferat tätig; Kontakt zu pietistischen Kreisen. Nach Umkehrerlebnis **1895** Studium der Theologie in Greifswald - als Verheirateter. **1899-1904** Pfarrer in Westpreußen. Nach radikalem Bruch mit der Kirche Rückkehr in den staatlichen Verwaltungsdienst in Koblenz seit **1905**. Dort Mittelpunkt der städtischen Kultur - Freundschaft mit R. Dehmel, seit 1909 Bekanntschaft mit Hugo von Hofmannsthal. Preußischer Nationalist. **1914** Begegnung mit Walter Rathenau; mit Martin Buber. **1914-1917** Leiter der Zivilverwaltung im besetzten Frankreich (hinter V. Armee). **1917-1920** Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Raiffeisenverbandes in Berlin. **1920** Übersiedlung nach Braunfels. Literarische Arbeiten. Mitglied im „Frankfurter Bund“.

Theodor **Spira** (1885 Worms - 1961 Kronberg)

Nach Abitur in Worms Studium der Anglistik, Germanistik und Romanistik in Gießen und Genf. **1907** Staatsexamen (Lehramt für Gymnasium) und Promotion. **1907-1919** Wechsel zwischen Lehrtätigkeit und wissenschaftlicher Forschungstätigkeit (Berlin, Heidelberg, Cambridge). Während Studienaufenthalt in Cambridge **1912/13** Engagement für deutsch-englische Verständigung. Studium des englischen Erziehungswesens. **1913/14** Praktische Erprobung des Kurssystems (z.T. mit Erdmann von C. aus erarbeitet) an der Odenwaldschule. Nach Zerwürfnis mit Geheeb von 1914 bis 1919 wieder an verschiedenen Schulen tätig (u.a. Worms). Seit **1917** Bekanntschaft und Freundschaft mit Buber: Zusammenarbeit in Erziehungsfragen und Fragen der Völkerverständigung (1919: Heppenheimer Tagung zur Erneuerung des Erziehungswesens; Frankfurter Bund). **1919-1925** Lektor für Englisch an der Gießener Universität; 1922 Habilitation. **1925-1940** Professor in Königsberg/OPr. Dort beteiligt an Versuchen der deutsch-polnischen Verständigung. **1940** aus polit. und rass. Gründen entlassen [Großmutter getaufte Jüdin]; Übersiedlung nach Offenbach. Unter Einfluss einer zum Katholizismus konvertierten Schwägerin eigene Konversion. **1945-47** in Kultusministerium tätig (Aufbau der Kirchenabteilung); **1947-53** Professor in Frankfurt (Aufbau des Instituts für Amerika-Studien). **1947** Wiederbegegnung mit Buber in der Schweiz.

Heinrich von Zügel (1850-1940): Tiermaler und Ehrendoktor der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Gießen

KURT HEYNE

Es war eine gelungene Ausstellung mit Tierbildern und Plastiken von Heinrich von Zügel und seinen Schülern, die Oberbürgermeister Manfred Mutz am 27. Juli 1990 eröffnete. Anlass für die Präsentation war das 60. Jahr der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Veterinärmedizinische Fakultät der Universität Gießen an den Tiermaler Heinrich von Zügel, zudem war es das 140. Jahr seines Geburtstags. In seiner Laudatio führte Hermann Goller, Professor für Veterinär-anatomie an der Universität Gießen, unter anderem aus:

„Vor 60 Jahren hat unsere Fakultät den damals 80-jährigen Heinrich von Zügel, den Meister der Tiermalerei, durch die Verleihung der Ehrendoktorwürde geehrt. Die Verleihung der Ehrendoktorwürde ist die höchste Auszeichnung, die eine Fakultät vergeben kann.“

In der Verleihungsurkunde von 1930 hieß es, Zügel werde

„als der große Meister der Tiermalerei geehrt, der durch seine hervorragenden Werke die Eigenart und das Seelenleben der Haustiere in harmonische Gestaltung der Landschaft, Licht und Luft zur künstlerisch vollendeten Darstellung brachte, den Gründer einer Schule schaffensfreudiger Künstler, die auf neuen Wegen in der deutschen Tiermalerei eine führende Stellung errungen hat.“

In seiner Ansprache erläuterte Goller weiter, dass 1930 nur sieben Professoren der Veterinärmedizinischen Fakultät angehörten: der Chirurg Wilhelm Pfeiffer, die Anatomen Paul Martin und Wilhelm Schauder, der Pathologe Adam Olt, der Hygieniker Wilhelm Zwick, der Internist Heinrich Jakob und der Geburtshelfer Diedrich Küst. Die Professoren Martin, Schauder und Olt seien laut Gollers Recherchen mit der künstlerischen Darstellung von Tieren vertraut gewesen und hatten somit einen Bezug zu Zügels Werken.

Dann führte er die vier Gründe für die Verleihung des Dr. med. vet. h.c. an Heinrich von Zügel (Murrhardt 1850 - 1941 München) weiter aus:

1. Ein großer Meister der Tiermalerei

Hierzu zitierte er den Maler Fries, der in einem Bericht im Gießener Anzeiger die Tiermalerei folgendermaßen beschrieb:

„Die Holländer waren die Ersten, die die Poesie der Tierwelt in der Landschaft sahen und empfanden. Spätere, Constable, Corot Rousseau usw., kamen hinzu und lasen den idyllisch-theokritischen Ton aus der duftigen Waldflur ab, in der das Tier sich urweltlich-dämonisch ausnimmt und den Naturgeist symbolisiert.“



Unter dem Rektorat des ordentlichen Professors der Rechtswissenschaft
Dr. jur. Otto Eger

ernennt die veterinär-medizinische Fakultät der Ludwigsuniversität
durch ihren Dekan ordentlichen Professor der Veterinärhygiene
Dr. Dr. med. vet. h. c. et sc. nat. Wilhelm Zwick

Herrn Geheimrat Professor
Heinrich von Zügel
in Murrhardt

den großen Meister der Tiermalerei, der durch seine hervorragenden Werke
die Eigenart und das Seelenleben der Haustiere in harmonischer Gestaltung mit Landschaft,
Licht und Luft zur künstlerisch vollendeten Darstellung brachte,
den Erfinder einer Schule schaffensfreudiger Künstler, die auf neuen Wegen in der deutschen Tiermalerei
eine führende Stellung errungen hat,

ehrenhalber

zum

Doktor der Veterinärmedizin

Zum Zeugnis dessen ist gegenwärtige Urkunde ausgestellt, mit dem großen Siegel
der Universität versehen und von Rektor und Dekan unterschrieben worden

Gießen, Weihnachten 1930

Der Rektor
Dr. Eger



Der Dekan
Dr. Zwick

Ehrenpromotionsurkunde für Heinrich von Zügel, Universität Gießen 1930

Letzteres mag dahin gestellt sein als subjektive Bewertung. Dagegen ist die aufgeführte Ahnenreihe wichtig, zeigt sie doch, welchen Aufschwung die Tiermalerei in der Kunst des 19. Jahrhunderts nahm. Von der Dämonisierung des Tieres in Brehms Tierleben ging die Entwicklung weiter zum Tier als Partner des Menschen in der Arbeitswelt. Zwangsläufig ergab sich, dass das Tier bei der Darstellung der Landschaft ebenbürtig war.

Mit diesem letzten Aspekt war Heinrich von Zügel seit seiner Kindheit vertraut, da er bei seinem Vater die Schaftierhaltung erlebt hatte. Die Eltern förderten das Talent ihres Sohnes, der schließlich von dem Maler Braith „entdeckt“ wurde. In Zügels künstlerischer Darstellung waren Tiere nicht mehr die „romantischen Staffagefiguren“, sondern kamen aus der Arbeitswelt. Der gleiche Aufgabenkreis, dem die Veterinärmedizin auch gewidmet war. In der Gießener Ausstellung wurden genau solche Werke gezeigt.

2. In harmonischer Gestaltung mit der Landschaft

Als von Zügel 1894 einem Ruf an die Akademie Karlsruhe folgte, hatte er als Tiermaler reüssiert und war als Maler des Impressionismus bekannt. In seiner Münchener Zeit (ab 1869) hatte er die dortige Kunstszene kennengelernt, „die aus der Tradition der Historien-, Genre- und Landschaftsmalerei lebte.“¹ Diese Atelierbilder hat er wegen der vorherrschenden Brauntöne später einmal „braune Soße“ genannt. Eine Reise nach Paris 1887 führte dazu, dass er mit der impressionistischen Malweise bekannt wurde. Der Pleinärismus, das Malen im Freien, prägte den Malstil von Zügels ab 1892. Zwei Jahre später beginnt die Freilichtmalerei in Wörth am Rhein, nahe Karlsruhe.

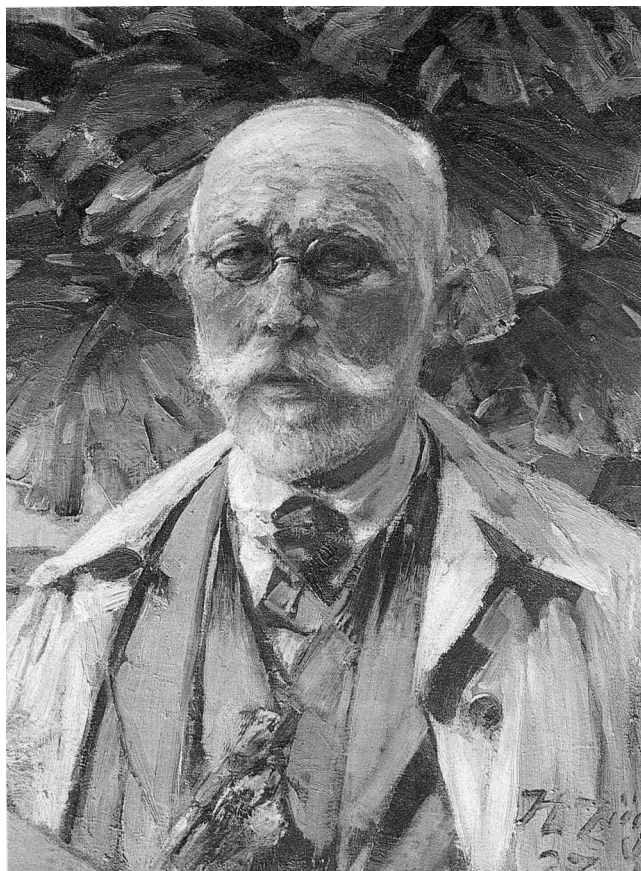
Die Gegend von Wörth ist im Sommer geprägt durch das flirrende Licht über dem Rhein. Die Verdunstung des Wassers führt zu Lichtbrechungen, die gerade in dieser Gegend charakteristisch sind. Dort verbrachte Zügel mit seinen Schülern über 30 Jahre die Sommerzeit mit der Darstellung von Tieren. Der Meister fuhr mit dem Fahrrad zu den entfernt liegenden Plätzen und sorgte für die strenge Durchführung seines Malstils.

3. Eigenart und Seelenleben der Haustiere zur Darstellung gebracht

Diesen Punkt hob Prof. Goller in seiner Laudatio besonders hervor, bezieht es sich doch darauf, dass in der Tierdarstellung seelische Prozesse ausgedrückt werden können. Der Gedanke ist uralte, dem Tier ähnliche Lebenskraft bzw. Seele zuzuschreiben wie dem Menschen. So ordnen manche Veterinärmediziner dem Tier menschliche Ausdrucksweisen zu, sprechen vom Essen und Trinken statt vom Fressen und Saufen. Und in der Tat haben manche Tiere dem Menschen zugeschriebene Regungen, so dass man durchaus von einem Seelenleben sprechen kann. Wie oft beobachten wir beim Menschen vorkommende Gefühlsäußerungen wie Lachen und Weinen, Trauer und Freude auch beim Tier, sogar kognitive Leistungen sind bei einigen Tierarten feststellbar. Vollendet man diesen Gedankengang, kommt man zu einer ganz anderen Auffassung von der Würde des Tieres, und das führt zu einer Korrektur des Bildes vom Tier als

¹ Elisabeth Feilen in ihrem Vorwort zum Katalog der Gießener Ausstellung, S. 1.

einem Lebewesen, das dem Menschen total unterworfen ist. Der Gedanke der Individualität von Tieren liegt nahe und wurde in der Literatur oft beschrieben (z.B. Thomas Manns „Herr und Hund“). Das Tier als Subjekt und nicht als Objekt der bloßen Verfügungsgewalt des Menschen - das wollte Zügel in seinen Bildern ausdrücken.



Selbstbildnis Heinrich von Zügel, 1927, Katalog Gießen 1990

4. Gründer einer Maltradition

Gemeint ist damit die „Schule von München und Wörth“, also die Gruppe seiner Schüler, die unter seiner Anleitung arbeitete (ab 1894). Vor Zügel hatte bereits der Maler Baisch gelegentlich Wörth mit seinen Schülern aufgesucht, das wegen der besonderen Lichtwirkungen, die vom Einfluss der Sonne auf das Wasser des Rheins herrührte, aber auch wegen der verschiedenen Tierarten - insbesondere der Rinderrassen - besonders gut geeignet für Malstudien war. Die Bevölkerung des kleinen Fischerorts hatte einen nicht unerheblichen Verdienst, sie sorgten für Unterkunft von Meister und Schülern. Die Schüler Zügels stellten

Hütebuben an, die für sie die „Tiermodelle“ in Ruhestellung brachten. „Die Schüler malten in Gruppen und keineswegs immer nur die gleiche Tiergattung. Während eine Gruppe sich an Rinderdarstellungen übte, standen einer anderen Gruppe Pferde und Ziegen als Modelle zur Verfügung.“²

In der Gießener Ausstellung von 1990 war eine Werkauswahl von 35 Schülern zu sehen, die allerdings keinen repräsentativen Querschnitt darstellte. Man war im Wesentlichen auf das eingelieferte Bildmaterial angewiesen, darunter waren nicht viele Wörther Motive zu finden. Auch hatten viele Schüler in späteren Jahren die Tiermalerei nicht weiter verfolgt.



„Zur Koppel“, Gemälde von Heinrich von Zügel, o.J., Katalog Gießen 1990

Der Maler Willy Tiedjen war mit zwei Werken vertreten, auf denen typische Wörther Motive zu sehen waren: „Kiesfuhrwerk“ (1912) und „Heimkehr vom Felde“ (1913). In den hier dargestellten Tiergesichtern ist die Tierseele zu erkennen, von der vorhin die Rede war. Man kann deutlich die Zuordnung des Tieres zum Menschen, ja sogar eine gewisse Partnerschaft erkennen. Willy Zügel, der Sohn von Heinrich Zügel, war mit zahlreichen Tierplastiken vertreten, die auf genauen anatomischen Studien beruhten, also dem Naturalismus zugehören.

Mit seiner pointillistischen Malweise hatte sich Julius Seyler von der Zügel-schen Darstellung abgekehrt, seine Werke „Heimkehrende Fischer im Watt“, „Kartoffelernte“ usw. weisen eine starke Verfremdung auf. Auch bei anderen Zügel-Schülern lässt sich der Einfluss des Meisters nur noch erahnen und zeigt sich eine völlig Abkehr von den Motiven und der Zügel-schen Darstellungsweise. Neben Seyler kann hier auf Arnold Grabonés orientalische Szenen verwiesen

² Ebenda S. 3.

werden. Zügel, einst Vertreter einer neuen Kunstrichtung, schlug keinen anderen Weg mehr ein.

Bildnachweis:

Aus dem Katalog: Heinrich Zügel. Murrhardt - Wörth; hrsg. v. d. Gesellschaft der Heinrich-von-Zügel-Freunde e.V. Wörth, zum 140. Geburtstag H. v. Zügels aus Anlass des 60. Jahrestags der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Veterinärmedizinischen Fakultät der Universität Gießen an Heinrich von Zügel zur Jubiläumsveranstaltung in der Kongresshalle Gießen; Ausstellung in der Kongresshalle Gießen 27. Juli - 19. August 1990, anschließend in der Galerie Remise, Bad Nauheim, 24. August - 20. September; darin der Beitrag von Elisabeth Feilen: Heinrich von Zügel und seine Schüler.

Weitere Literatur:

Eugen Diem: Heinrich von Zügel und seine Zeit, Recklinghausen 1986

Laudatio von Prof. Dr. Hermann Goller, dem Autor freundlicherweise überlassen von Prof. Dr. Hartwig Bostedt

„Kirchenkampf“ zwischen Beschreibung und Deutung

Zu Auseinandersetzungen zwischen Evangelischer Kirche und Nationalsozialismus am Beispiel Paul Schneiders (1897-1939)

KARL DIENST

Deutung statt Beschreibung?

Trotz des immer weiter wachsenden Umfangs zeitgeschichtlicher Literatur auch zum Verhältnis von Kirche und Nationalsozialismus macht sich im Blick auf die Werturteile und praktischen Interessen, die dabei im Spiel sind, zunehmend ein Unbehagen breit. Schon 1991 behauptete der Mainzer katholische Theologe Georg May:¹

„Die Geschichte des Nationalsozialismus ist seit langem ein Tummelplatz für die Austragung der Kämpfe der Gegenwart geworden. Schuldzuweisung und Schuldentlastung werden so vorgenommen, dass sie den Gegner von heute treffen wollen.“

Auch bei den eigenen Forschungen bin ich immer wieder auf die Tatsache gestoßen, dass in den Auseinandersetzungen der verschiedenen kirchenpolitischen Gruppen auch bestimmte „Erlebnis- und Kampfbilder“ eine wichtige Rolle spielen.² Historische Ereignisse werden in der Regel über Bilder, Wörter und Ideen, die z. B. die Sprache, die Kultur, der „Zeitgeist“ und auch die Religionskultur zur Verfügung stellen, angeeignet; wichtig ist ihre „Diskurspräsenz“. Nicht nur wir denken. Es denkt auch in uns! Es ist sehr wahrscheinlich, dass „Zeitzeugen“ direkt oder indirekt in ihren Erzählungen oder bei ritualisierten „Erinnerungen“ auf solche „Erlebnis- und Kampf-Bilder“ Bezug nehmen oder sogar von ihnen gesteuert werden. Demgegenüber will die folgende Untersuchung anhand des Schicksals des „Märtyrers von Buchenwald“ Paul Schneider (29.8.1897-18.7.1939) von einer theologienahen, selbstrechtfertigenden Kirchenkampfforschung hin zur historisch-kritischen Rekonstruktion des protestantischen Milieus und damit auch des nicht nur theologisch, sondern auch kulturell und politisch bedeutsamen Phänomens „Kirchenkampf“ führen.

Auf den ersten Blick weist der Ausdruck „Kirchenkampf“ auf die (bereits in einer bestimmten Richtung gedeuteten) Auseinandersetzungen zwischen Kirche

1 Georg May, Kirchenkampf oder Katholikenverfolgung?, Stein a. Rh. 1991, S. X.

2 Vgl. Anette Neff (Hrsg.), Oral History und Landeskirchengeschichte. Religiosität und kirchliches Handeln zwischen Institution und Biographie, Darmstadt 2004 (Schriftenreihe des Zentralarchivs der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau; Bd. 2).

und Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 hin. Bei der zunächst vorherrschenden theologienahen, Beschreibung und Deutung öfters miteinander verquickenden Forschung handelte es sich in nicht wenigen Fällen um die Geschichte einer gewissen Idealisierung der Haltung der „Bekennenden Kirche“ (BK), mithin um „verkündigende Literatur“.

„Die Bekennende Kirche ist entstanden als eine Bußbewegung von Pfarrern, Ältesten und Gemeindegliedern, die sich durch den Herrn der Kirche haben rufen lassen zur Anerkennung seiner alleinigen Herrschaft in Verkündigung und Ordnung der Kirche. Diese Bußbewegung wurde stark im Kampfe gegen die deutschchristliche und nationalsozialistische Bedrohung einer an Schrift und Bekenntnis gebundenen Kirche“.

Diese kurze Beschreibung aus der Feder von Karl Herbert, des früheren Propstes für Nord-Nassau und Anhänger Martin Niemöllers³ ist inzwischen als „kirchennahe Grunderzählung“, als „familiennahe hagiographische Darstellung des radikalen bruderrätlichen Flügels der BK“ ins Gerede gekommen.⁴ Gleichzeitig wird auf ihre (von der BK oft bestrittene) über eine „schrift- und bekenntnisgemäße Theologie“ hinausgehende kirchenpolitische, ja auch politische Relevanz aufmerksam gemacht.⁵ Demgegenüber macht sich zunehmend bei jüngeren Kirchenhistorikern, vor allem aber auch bei nicht wenigen Vertretern der Allgemeingeschichte die Forderung nach einem Abschied von solchen „heroisch-selektiven“, „selbstlegimatorischen“ Kirchenkampfbildern, vom „Kirchenkampf“ als theologisch-kirchlicher Selbstbehauptung und heroischem „christlichen Widerstand“ und die Hinwendung zur historisch-kritischen Rekonstruktion des protestantischen Milieus breit, wobei „der Religionsgeschichte treibende Historiker nicht Theologe werden“ müsse.⁶

Zu diesem „Abschied“ von „Erlebnis- und Kampfbildern“ gehört auch die kritische Überprüfung des Bildes, das die BK von den „Deutschen Christen“ (DC) entworfen hat und das sich in historischer Perspektive weithin als ein Kampfbild entpuppt! Es geht hier um das Verständnis der DC als einer Spielart der neuheidnischen und völkischen „Deutschen Glaubensbewegung“, das nicht nur die aus der Erweckungsbewegung und dem (liberalen) Neuprottestantismus sowie der Volksmission den Deutschen Christen zugeflossenen Impulse übersieht.

3 Karl Herbert, Kirche zwischen Aufbruch und Tradition. Entscheidungsjahre nach 1945, Frankfurt/M. 1997, S. 117. - Ders., Durch Höhen und Tiefen. Eine Geschichte der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, hrsg. von Leonore Siegele-Wenschkewitz unter Mitarbeit von Gury Schneider, Frankfurt/M. 1997. Dieses Kirchenkampfbild bestimmt in weiten Teilen auch die „Dokumentation zum Kirchenkampf in Hessen und Nassau“, 9 Bände, Darmstadt 1974-1996.

4 Vgl. Manfred Gailus, Protestantismus und Nationalsozialismus. Ein Bericht über den Stand der Debatte, in: Lucia Scherzberg (Hrsg.), Vergangenheitsbewältigung im französischen Katholizismus und deutschen Protestantismus, Paderborn 2008, S. 155-172 (Lit.).

5 Vgl. Richard Ziegert, Kirche ohne Bildung, Frankfurt/M. (1997) ²1998 (Beiträge zur rationalen Theologie; Bd. 8), S. 592 ff.

6 Gailus (wie Anm. 4), S. 164, 172.

„Es ist vollständig eindeutig, daß die Deutschen Christen kein arteigenes Christentum im Sinne Dinters oder eine neuheidnische Religiosität im Sinne der Hauerschen bzw. Ludendorffschen Glaubensbewegungen im Sinn hatten ... Soviel ist klar, daß die DC mehr waren als ein oberflächlich vom Politischen ausgehender Versuch, die Kirche nationalsozialistisch zu machen.“⁷

Sie hatten eine theologische Motivation, hofften sie doch, dass der Nationalsozialismus mit seinem Sieg über die für die Entfremdung des Menschen von der Kirche verantwortlichen Mächte der westlich-liberalen Zivilisation zu einer neuen Chance für die Kirche führen könnte. In diesem Kontext wurde das so genannte Dritte Reich z. B. interpretiert

„als Basis und Garant einer Neuverankerung von Volk, Staat und Kultur in Gott, von dem sie ... selbstzerstörerisch abgefallen waren, und als der Garant einer Rückkehr der religiösen Institutionen in die Verwaltung des universalen religiösen Sinnzusammenhangs in seiner gesellschaftlichen Repräsentanz- und Legitimationsfunktion“.⁸

Diese volksmissionarische Intention lediglich als „Einführung liberalistischen Gedankenguts der Vergangenheit in das Dritte Reich von Leuten, die nichts für die Kirche übrig haben“, zu interpretieren und damit abzuqualifizieren, beruht eher auf einem Kampfbild.⁹

„Die Deutschen Christen wollten ‚Volkskirche‘, was heißt: maximale Integration und Transformation des Religiösen in Ethik, in gesellschaftliche und individuelle Praxis, die die Gesellschaft verändern soll. Sie brauchen dafür in ihren Bildungs- und Vermittlungsinstitutionen den Staat als Kooperator und Garant dieser Institutionen.“¹⁰

Dass der NS-Staat, der den Kirchen durch führende Repräsentanten (z. B. Reichsregierung, Staatspräsident Werner im Volksstaat Hessen) diese Unterstützung Anfang 1933 zugesagt hatte, sich aber ab Ende 1933 selbst von der Unterstützung der Bewegung der Deutschen Christen zurückzog, steht auf einem

7 Notker Slenczka, Das „Ende der Neuzeit“ als volksmissionarische Chance? Bemerkungen zum volksmissionarischen Anliegen der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ in der Hannoverschen Landeskirche in den Jahren 1933/34, in: Kirchliche Zeitgeschichte 11, Heft 2/1988, S. 255-317; hier S. 302.

8 Kurt Nowak, Zur protestantischen Säkularismus-Debatte um 1930, in: WUPKG 69, 1980, S. 37-51; hier S. 50.

9 Vgl. Kurt Meier, Die Deutschen Christen, Halle/Saale 1964, S. 200. - Anders: Hans-Jochen Kaiser, Die Deutschen Christen im Spannungsfeld von kirchlichem Hegemonieanspruch und völkischem Neuheidentum auf dem Weg zur Sekte?, in: Religiöser Pluralismus im vereinten Europa. Freikirchen und Sekten. Hrsg. von Hartmut Lehmann, Göttingen 2005 (Bausteine zu einer europäischen Religionsgeschichte im Zeitalter der Säkularisierung; Bd. 6), S. 49-71.

10 Ziegert (wie Anm. 5), S. 246.

anderen Blatt. Hinter den Hoffnungen auf den NS-Staat standen auch ganz bestimmte Erlebnisbilder: Z. B. die Bedrohung der christlichen Leitkultur durch den weltanschauungsneutralen Staat der Weimarer Republik, der die Kirchen zu „Religionsgesellschaften“ zurückstufte, die jetzt in Konkurrenz mit den Ansprüchen anderer Weltanschauungen und Sinnstiftungsinstitutionen treten mussten, was für die katholische Kirche infolge des Einflusses der Zentrumspartei und ihrer Vereinsstruktur leichter war als für den nicht nur politisch „verwaisten“ Protestantismus, ferner der „Vormarsch der Gottlosen“ (Kirchenaustritte und Freidenkerbewegung, der kulturpolitische Schock durch den „Zehn-Gebote-Hoffmann“ und die Bayrische Räte-Republik), das Gespenst des Säkularismus, die vom Zweifel an dem Sinn der Geschichte begleitete Spaltung der Kultur ins Uneindeutige und Fragmentarische, mit der am ehesten das Judentum zurecht kam, dachte es doch am wenigsten in den Kategorien der „Einheitskultur“ usw. Man mag die „Objektivität“ dieser Erlebnisbilder bestreiten. Darüber wird leicht vergessen, dass auch die subjektive Wahrnehmung dieser Lebens- und Erlebniswelten ein unumstößlicher Bestandteil der historischen Realität ist.¹¹ In seinem 1947 erschienenen Buch „Der Ertrag des Kirchenkampfes“ betonte der aus Darmstadt kommende spätere Heidelberger Systematiker Edmund Schlink:¹²

„Was hinter uns liegt, ist wahrlich nicht nur die Gewalt des Dritten Reiches, sondern auch die Enthüllung des Neuprotestantismus“!

Dieses Kampfbild der BK interpretiert den „Kirchenkampf“ auch als Kreuzzug gegen den Neuprotestantismus, als Kampf gegen alle rationale, kontextorientierte christlich-religiöse Bildung und Vermittlung, als totale Verkirchlichung der protestantischen Welt. „Leib Christi“ wird zur meistgebrauchten kirchlichen Formel, die die Perspektive der Mitglieder allerdings weithin ausblendet. Durch die zum „Leib Christi“ hypostasierte konkrete Gruppe, Kerngemeinde oder Synode glaubte man die Gefahr des aufklärerisch-liberalen Individualismus durch eine restriktiv wirkende Überperspektive zu bannen.

Dass von solchen theologischen Positionen, überhaupt von der „Pfarreroptik“ aus auch der Anteil des theologischen Faktors am „Kirchenkampf“ höher eingeschätzt wurde als er de facto wohl der Fall war, liegt auf der Hand. Denn: Nicht nur „Glaubensinhalte“ und theologische Diskurse waren hier maßgebend; auch soziale, dorf- und familienpolitische, individual- und sozialpsychologische Gegebenheiten sowie auch geschichtlich vermittelte religionskulturelle Angelegenheiten spielten eine wichtige Rolle.¹³ Auch die kirchenpolitischen Frak-

11 Vgl. Lutz Raphael, Diskurse, Lebenswelten und Felder. Implizite Vorannahmen über das soziale Handeln von Kulturproduzenten im 19. und 20. Jahrhundert, in: Wolfgang Hardtwig/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996, S. 165-181.

12 Edmund Schlink, Der Ertrag des Kirchenkampfes, Gütersloh 1947, S. 14.

13 Vgl. auch Wolfram Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 106).

tionierungen der Gemeinden spiegelten diejenige der sozialen, kulturellen sowie dorf- und familienpolitischen Situation wider, jetzt allerdings mit einem kirchlichen Aushängeschild versehen! „Religion“ ist eben auch ein Stück allgemeiner Deutungskultur; sie ist nicht allein eine Orientierungsmacht der etablierten Kirchen. Übersehen wird häufig auch die Transformation politischer Opposition in eine kirchenpolitische bei früheren (nicht nur kirchlichen) Führungseliten, die durch die Nationalsozialisten bzw. die DC um ihren bisherigen Einfluss gebracht worden waren. Von hier aus erklärt sich z. B. auch der schnelle Wechsel bei nicht wenigen Pfarrern von den DC zur BK. Otto Fricke und auch Karl Herbert sind hier Beispiele.

Diese historischen Analysen bedeuten aber gerade nicht, dass die jeweiligen Erlebnis- und Kampfbilder, die jeweilige biographische Sicht, Deutung und Bewertung der Ereignisse, nebensächlich oder gar überflüssig sind! Die subjektive Wahrnehmung der jeweiligen Alltags- und Lebenswelt mit ihren konkreten Lebensumständen wird von mir ausdrücklich als unumstößlicher Bestandteil der historischen Realität anerkannt:

„Lebenswelt bezeichnet in einer solchen theoretischen Perspektive die Form, in der ‚objektive‘ soziale Gebilde wie Familie, Gruppen, aber auch Unternehmen, Behörden, schließlich solche Entitäten wie Staat, [Kirche], Nation oder Gesellschaft zu ‚Realität‘ werden, ‚Alltag‘ sind ... Von anderen sozialwissenschaftlichen Zugriffen unterscheidet sich der lebensweltliche Zugang in der Regel dadurch, daß er dem ‚common sense‘, der Wahrnehmungsweise der Akteure, konstitutive Bedeutung für jede Konstruktion historischer Realität beimißt.“¹⁴

Die vorrangige Betonung des theologischen Faktors im Blick auf den Kirchenkampf lässt außertheologische Faktoren nur zögernd in den Blick kommen: etwa die sich aus dem allgemeinen Krisenbewusstsein nach 1918 speisende antilibérale Grundstimmung vor allem der jüngeren Generation, die aus der Jugendbewegung und den Kriegserlebnissen kam und die dem Krisenbewusstsein nach dem Ersten Weltkrieg nun auch theologisch-kirchlich Ausdruck gab.

Bereits hier wird deutlich: Der Terminus „Kirchenkampf“ ist nur zu oft weniger eine Beschreibungs- als vielmehr eine Deutungskategorie, deren Geltung von der jeweiligen Deutungshoheit abhängt. Wird aber die Unterscheidung von Beschreibung und Deutung nicht beachtet, besteht die Gefahr einer Instrumentalisierung des „Kirchenkampfes“ für „praktische Interessen“. Das herrschende Bild des Kirchenkampfes ist, so mein Eindruck, primär aus der Pfarreroptik und auch der Siegeroptik einer bestimmten kirchenpolitischen Gruppe, der BK, entworfen, die ihr gesamtes, auch kirchenregimentliches Handeln als theologisch-

14 Lutz Raphael, Diskurse (wie Anm. 11), S. 174 f. Vgl. auch Ders., Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Theorien, Methoden, Tendenzen von 1900 bis zur Gegenwart, München 2003.

gewissensmäßig-bekennnishaft bestimmt ansah und nicht zögerte, es auf Dauer zu stellen.¹⁵

Demgegenüber gilt es, der bisherigen kirchen- und theologiepolitischen oder auch sozialgeschichtlich orientierten kirchlichen Zeitgeschichtsforschung eine stärker subjektorientierte, das heißt aber auch mikrohistorisch ausgerichtete und verstehend-hermeneutisch arbeitende „Kulturgeschichte“, zu der auch die Kirchengeschichte gehört, zur Seite zu stellen. Dazu gehört auch eine Themenverschiebung hin zu individuellen Erlebniswelten und Wahrnehmungsweisen: Vor allem durch bestimmte Erlebnis- und Kampfbilder miteinander verbundene Personengruppen sind hier wichtig. Weiter gehört dazu eine Vorsicht gegenüber makrohistorischen Zugriffsweisen mit ihrer Orientierung z. B. an sozialen Lagen, gesellschaftlichen Prozessen und säkularen Trends, an Ständen, Klassen und Politik.

„Die Aufmerksamkeit für das Individuelle hat die Biographie auch als wissenschaftliches Genre zu neuem Leben erweckt, die Mikrogeschichte ist das neue historiographische Leitbild ... Angesichts der dezidierten Hinwendung zum Subjekt, zum Individuellen und Erlebten gewinnen die theoretischen Vorannahmen über das soziale Handeln individueller Akteure auch forschungspraktisch große Bedeutung.“¹⁶

Damit ist gesagt: Versuchten die älteren sozialhistorischen Ansätze in objektivistischer Manier durch die Bestimmung von sozialer Lage, politischer Ideologie oder gesellschaftlicher Großkonflikte Problemlagen und Produktionen der kulturellen Felder zu „erklären“, so versucht man jetzt eher eine Brücke von den Objektivationen der Kulturproduzenten zu den Akteuren zu spannen.¹⁷ In diesem Kontext ist auch das (dem „Milieu-Begriff“ verwandte) Konzept der „Lebenswelt“ als Sammelname für die konkreten Lebensumstände, die Alltagssituationen, in denen kulturelle Prozesse eingebettet waren, wichtig: Die subjektive Wahrnehmung dieser Lebensumstände wird als unumstößlicher Bestandteil der historischen Realität anerkannt:

„Lebenswelt ist in dieser Perspektive vorrangig ‚sedimentierte Gruppenerfahrung‘, der Bereich des ‚Fraglosen‘, in dem der Einzelne pragmatisch in einem ‚System von Motivierungen für durchführbare Ziele‘ handelt.“¹⁸

15 Vgl. Karl Dienst, „Zerstörte“ oder „wahre“ Kirche: Eine geistliche oder kirchenpolitische Entscheidung?, Frankfurt/M. 2007 (THEION XX). - Ders., Zwischen Wissenschaft und Kirchenpolitik. Zur Bedeutung universitärer Theologie für die Identität einer Landeskirche in Geschichte und Gegenwart, Frankfurt/M. 2009 (THEION XXII). - Ders., Kirche - Schule - Religionsunterricht. Untersuchung im Anschluß an die Kirchenkampfdokumentation der EKHN, Berlin 2009 (Schriften aus dem Comenius-Institut. Beihefte; Bd. 5).

16 Raphael, Diskurse (wie Anm. 14), S. 165.

17 Raphael, Diskurse (wie Anm. 14), S. 168 f.

18 Raphael, Diskurse (wie Anm. 14), S. 174 f.

Dies bedeutet forschungsmethodisch aber auch, die jeweilige Zeit von ihren Voraussetzungen und Selbstverständnissen her zu beurteilen und sie nicht aus einer späteren „Optik“ einfach zu bewerten und meistens - da den eigenen Einstellungen und Überzeugungen widersprechend - zu verurteilen!

Perspektiven auf einen dörflichen Kirchenkampf

Um nicht bei abstrakten Theoriefragen stehen zu bleiben, will ich mich im Folgenden auf einen konkreten Ausschnitt historischer Handlungszusammenhänge beziehen, näherhin auf das Schicksal und hier vor allem auf die Rezeptionsgeschichte des als „Prediger von Buchenwald“ bekannten Hochelheimer und (späteren) Dickenschieder Pfarrers Paul Schneider.¹⁹ Auch wenn er Pfarrer der damals zur Altpreußischen Union gehörenden Evangelischen Kirche im Rheinland war, bewegte sein Schicksal doch auch Hessen und Nassau! Am 29.8.1897 in Pferdsfeld im Hunsrück geboren nahm er, einem national denkenden Pfarrhaus entstammend, von 1915-1918 als Kriegsfreiwilliger, zuletzt als Leutnant der Reserve und Träger des Eisernen Kreuzes am Ersten Weltkrieg teil. Von 1919-1922 studierte er zunächst in Gießen, dann in Marburg und Tübingen Evangelische Theologie. 1919 trat er in Gießen in die farbentragende christliche Studentenverbindung „Wingolf“ (Wilhelmstr. 40) ein, wo er derselben „Confuxia“ wie

19 Aus der umfangreichen Literatur seien genannt: Albrecht Aichelin, Paul Schneider. Ein radikales Glaubenszeugnis gegen die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus, Gütersloh 1994 (Heidelberger Untersuchungen zu Widerstand, Judenverfolgung und Kirchenkampf im Dritten Reich 6). - Ders., Paul Schneider (1897-1939), in: Karl-Joseph Hummel/Christoph Strohm (Hrsg.), Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer des 20. Jahrhunderts, Leipzig und Kevelaer 2000, S. 72-82. - Rudolf Wentorf (Hrsg.), Der Fall des Pfarrers Paul Schneider. Eine biographische Dokumentation, Neukirchen-Vluyn 1989. - Ders., Paul Schneider. Der Zeuge von Buchenwald, Gießen/Basel ²1986. - Claude R. Foster, Paul Schneider. The Buchenwald Apostle. A Christian Martyr in Nazi Germany. A Sourcebook on the German Church Struggle. West Chester (USA) 1995. Eine gekürzte deutsche Fassung: Brigitte Otterpohl, Paul Schneider. Seine Lebensgeschichte. Der Prediger von Buchenwald, Neuhausen 2001. - Markus Geiger, Pfarrer Paul Schneider und seine Rezeptionsgeschichte, Heidelberg 2007 (Schriftenreihe der Pädagogischen Hochschule Heidelberg 49). - Gerhard Ringshausen, Paul Schneider und Oskar Brüsewitz, in: Kirchliche Zeitgeschichte (KZG) 9, 1996, S. 89-110. - Sigrid Lekebusch, Pfarrer Karl Immer und Paul Schneiders Familie. Eine Ergänzung zur Familienbiographie des Predigers von Buchenwald, in: Geschichte im Wuppertal 7, 1998, S. 50-61. - Thomas Martin Schneider/Simone Francesca Schmidt, „Wenn die nordische stolze Rasse dem Jesuskind die Türe weist“ - Dokumente zur Theologie Paul Schneiders, in: Monatshefte für evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes (MEKGR) 50, 2001, S. 345-360. - Der Christuszeuge Paul Schneider. Gedenkschrift anlässlich des 50. Todestages. Hrsg. von der Ev. Kirche im Rheinland, Düsseldorf 1989. - „Ihr Ende schauet an ...“ Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Harald Schultze, Andreas Kurschat unter Mitarbeit von Claudia Bendick, Leipzig (2006) ²2008. - Thomas Martin Schneider, Märtyrer oder Fanatiker? Zur Rezeptionsgeschichte Paul Schneiders, in: Mitteilungen zur kirchlichen Zeitgeschichte (MkiZ) 3/2009, S. 81-94 (Lit.). - Albrecht Martin, „Getreu seinem Herrn, loyal seinem Land“. Gedanken zum 70. Todestag von Pfarrer Paul Schneider, in: Informationsbrief der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ August 2009 Nr. 255, S. 8-13.

z. B. der spätere Propst für Oberhessen Wilhelm Weinberger angehörte.²⁰ Schneiders erste Pfarrstelle war ab 1926 Hocheilheim (Hüttenberg), von wo aus er 1934 auf Betreiben der Nationalsozialisten nach Dickenschied im Hunsrück versetzt wurde.

„Nach anfänglicher Zustimmung zur nationalsozialistischen Machtübernahme kritisierte Schneider öffentlich die Kirchenpolitik und totalitäre, antichristliche Weltanschauung. 1934 schloß er sich der Bekennenden Kirche an und wurde im gleichen Jahr erstmals verhaftet. 1937 wurde Schneider wegen Nichtbeachtung seiner Ausweisung aus dem Rheinland erneut in Haft genommen und schließlich wegen seiner konsequenten Widersetzung in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Hier wurde er zum ‚Prediger von Buchenwald‘, indem er aus seiner Zelle heraus zum morgendlichen Appell Andachten hielt. Schneider wurde [am 18.7.1939] durch eine bewußt überdosierte Strophantinspritze ermordet“

- so die Kurzbiographie von Stefan Pautler im renommierten theologischen Standardwerk „Religion in Geschichte und Gegenwart“ (RGG).²¹ Schneider wurde in Dickenschied beerdigt.

Die Spanne der Schneider-Interpretationen sei kurz angedeutet: In dem im Auftrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 2006 herausgegebenen Gedenkbuch „Ihr Ende schauet an ... Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts“ stellt Folkert Rickers die kritische Frage, ob Schneider „so ungebrochen als Märtyrer bezeichnet werden“ könne, denn er sei „auch ein religiöser und moralischer Eiferer“ gewesen, „der das Leiden um Christi willen als Erweis der Standhaftigkeit im Glauben vor der Öffentlichkeit ansah“.²² An anderer Stelle macht Rickers auf das gesetzliche Denken Schneiders, auf seine geringe Flexibilität und sein Unvermögen, zwischen Gesetz und Evangelium zu unterscheiden, aufmerksam.²³

„Rickers hat Schneider sozusagen Stück für Stück demontiert, sein politisches Denken, sein theologisches Denken, sein gesamtes ‚Weltbild‘, sein Martyrium. Gleichzeitig hat er sich deutlich von seinem Buch von 1997²⁴ entfernt, dessen Titel noch lautete ‚Widerstehen in schwerer Zeit‘ und dessen Intention es war, die ‚Erinnerung an Paul Schneider‘, so der

20 Der Wingolfsbund beginnt sein alle zwei Jahre in Eisenach stattfindendes Wartburgfest mit dem Paul-Schneider-Gedenken im KZ Buchenwald.

21 Stefan Pautler, Schneider, Paul, in: RGG⁴, Bd. 7, Tübingen 2004, Sp. 943 f.

22 S. 425 f.; hier S. 426.

23 Folkert Rickers, Das neuerliche Interesse an Märtyrern und Märtyrerinnen und Paul Schneider, in: MEKGR 56, 2007, S. 253-271; hier S. 270. - Vgl. auch Folkert Rickers, Das Weltbild Paul Schneiders, in: MEKGR 53, 2004, S. 133-184.

24 Folkert Rickers, Widerstehen in schwerer Zeit. Erinnerung an Paul Schneider (1897-1939). Ein Arbeitsbuch für den Religionsunterricht in den Sekundarstufen und für die kirchliche Bildungsarbeit, Neukirchen-Vluyn 1997.

Untertitel, im Religionsunterricht und der kirchlichen Bildungsarbeit wach zu halten.“²⁵

Auf der anderen Seite war der Kirchenkampf für den (späteren) Moderator des Reformierten Bundes Prof. Dr. Wilhelm Niesel geradezu eine geschichtliche Offenbarung, in die er auch (fast apokalyptisch!) Paul Schneider einzeichnete. Sein Sarg sei „mit 7 Siegeln versehen“ (vgl. Offbg. 5, 1!) nach Dickenschied gebracht worden.

„Die Feier wurde zu einem einzigen Lobpreis Gottes über seinen Märtyrer. Während sie gehalten wurde, war am Mittelrhein ein heftiges Erdbeben zu verspüren, wie es seit Jahrzehnten nicht mehr verzeichnet worden war. Gottes Zorngericht stand vor der Tür“ (vgl. Matth. 27, 52!).²⁶

Die Rezeptionsgeschichte Paul Schneiders war lange Zeit praktisch die einer gewissen Idealisierung.

„Die Literatur zu Paul Schneider hatte jahrzehntelang meist einen erbaulich-missionarischen Charakter; Schneider wurde als Blutzeuge Jesu Christi, Glaubensheld, Vorbild und Märtyrer unkritisch verehrt.“²⁷

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang vor allem das Buch der Ehefrau Margarete Schneider.²⁸ Hier, wie z. B. auch bei Rudolf Wentorf und Claude R. Foster, handelt es sich eher um verkündigende Literatur.

Eine ideologische Inanspruchnahme Schneiders geschah in der DDR, wo er zum antifaschistischen Widerstandskämpfer stilisiert und zur Legitimierung des SED-Staates und seiner Ideologie, einschließlich des vorgeblich auch Christen umfassenden Gedankens der „Nationalen Front“ unter der Führung der SED und als Kronzeuge des Christen und Kommunisten gemeinsamen Kampfes „gegen Faschismus und Militarismus in Westdeutschland“ benutzt wurde. In diesem Zusammenhang wurde gerne der Kommunist und Mithäftling Schneiders in Buchenwald Hasso Grabner zitiert: „Dein [sc. Paul Schneiders] Tod legt unsere Hände ineinander“.²⁹ Auch staatstreue Theologen wie z. B. der Dresdner Pfarrer und Vorsitzende der Kirchlichen Bruderschaft in Sachsen Walter Feurich³⁰ ist hier zu nennen:

25 Schneider, Märtyrer (wie Anm. 19), S. 89.

26 Zitiert nach Hans-Georg Ulrichs, Kirchenkampf als permanente Bewährungsprobe, in: Martin Breidert/Hans-Georg Ulrichs (Hrsg.), Wilhelm Niesel - Theologe und Kirchenpolitiker, Wuppertal 2003, S. 36-74; hier S. 68 Anm. 153.

27 Schneider, Märtyrer (wie Anm. 19), S. 82.

28 Margarete Schneider (Hrsg.), Der Prediger von Buchenwald, Neuhausen/Stuttgart (1953) ²1981.

29 Hasso Grabner, In memoriam Paul Schneider, in: Das war Buchenwald! Ein Tatsachenbericht. Hrsg. von der KPD, Leipzig 1945, S. 89-94.

30 Walter Feurich, Paul Schneider: Brüder, seid stark..., Berlin (1967) ²1984 (Reihe: Christ in der Welt 13).

„Die politisch-moralische Einheit von Christen und Nichtchristen im Kampf gegen den Nazismus ... ist es, die Christen und Marxisten in Buchenwald heute Ernst Thälmann und Paul Schneider in gleicher Weise ehren lässt ... So ist es nur folgerichtig, wenn Paul Schneider als ein Mann, der vom Martyrium des Konzentrationslagers ‚ungebrochen‘ blieb, in der ‚Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung‘ eine ergreifende Würdigung gefunden hat und wenn sein Opfer zusammen mit dem der heldenhaft kämpfenden Kommunisten genannt wird.“

Anlässlich des 50. Todestages konnte der damalige rheinische Präses Peter Beier³¹ bei seiner Predigt am 22. Juli 1989 in Dickenschied Paul Schneider für die Tagespolitik instrumentalisieren:

„Vom Hunsrück aus muß man hinunter nach Koblenz, wenn hauptinstanzlich geurteilt wird. Das war so eh und je. Paul Schneider in Koblenz vor dem Richter; die Blockierer von Bell [sc. Nachrüstungsgegner im Hunsrück, die vor US-amerikanischen Militäreinrichtungen demonstrierten und deren Zufahrten blockierten] in Koblenz vor dem Richter.“

Allerdings fügte Beier, nachdem er solche Assoziationen geweckt hatte, hinzu:

„Versucht nicht, Parallelen herzustellen und zusammenzubiegen, die sich niemals im Endlichen treffen. Heute ist eine andere Zeit.“

Thomas Martin Schneider macht sogar auf Versuche aufmerksam, Paul Schneider für das spezifisch römisch-katholische Heiligenverständnis zu vereinnahmen.³²

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Paul Schneider begann eigentlich erst mit der bereits erwähnten Dissertation Albrecht Aichelins, die vor allem die „politische Dimension“ von Schneiders Denken und Handeln in den Vordergrund stellte: Schneider sei „zum fundamentalen Gegner des Regimes“ geworden, der „ganz bewußt mit politischen Mitteln dem Regime trotzte“.³³ Dieser These Aichelins, dass Paul Schneider auch als politischer Widerständler anzusprechen sei, wurde von Martin Greschat³⁴ und vor allem von Folkert Rickers widersprochen. Dieser behauptete schließlich, dass Paul Schneider weder eine profilierte politische noch eine profilierte theologische Position gehabt habe.

„Schneider verfügte weder über ein politische noch über theologische Reife. Sein extrem antiliberales Weltbild habe sich durch geografische und geistige Enge ausgezeichnet. Es sei durch Aufklärung und Wissenschaft nicht gebrochen gewesen und passe eher zum Lager der Wegbereiter der Nazis als zum Lager der NS-Gegner ... Schneiders an Fanatismus gren-

31 Zitiert nach Schneider, Märtyrer (wie Anm. 19), S. 93 f.

32 Schneider, Märtyrer (wie Anm. 19), S. 83 f.

33 Aichelin 1994 (wie Anm. 19), S. 325 ff.

34 Martin Greschat, Rezension zu Aichelin, Paul Schneider, in: ZKG 106, 1995, S. 424-426.

zende Kompromißlosigkeit habe ihn schließlich in Konflikt mit den Nazis gebracht“

- so die Zusammenfassung der Position von Rickers durch Thomas Martin Schneider, der Rickers einer differenzierten Kritik unterzieht.³⁵

„[Paul] Schneider hatte sehr wohl eine - durchaus eigenartige - theologische Position, die sich im Wesentlichen wohl mit folgenden Stichworten umschreiben läßt: Elemente der dialektischen Theologie, der biblizistischen Theologie und der Zwei-Regimenten-Lehre Luthers, Leidensnachfolge Christi und reformierte Kirchengenossenschaft. Auch wer heute theologisch anders als Schneider denkt, sollte konzedieren, daß Schneider eine Theologie hatte. Zugegebenermaßen erreichte diese nicht das wissenschaftliche Reflexionsniveau etwa eines Dietrich Bonhoeffer, aber der von Rickers immer wieder vorgenommene Vergleich Schneider - Bonhoeffer ist wegen der unterschiedlichen Viten, sozialen Milieus und Berufsfelder auch nicht angemessen. Schneiders Theologie war wie sein gesamtes Weltbild in der Tat antiliberal bzw. antimodern. Aber die Gleichung ‚Modernismus‘ = NS-Gegnerschaft stimmt so nicht, denn sie verkennt die modernen Züge des Nationalsozialismus ... Die Theologie war der das Weltbild Schneiders absolut dominierende Faktor. Schneider hat der totalitären Ideologie der Nazis gewissermaßen eine totalitäre Theologie entgegengesetzt.“³⁶

Leider ist es im Rahmen dieses Aufsatzes nur möglich, auf einzelne Beispiele näher einzugehen. Zunächst auf Schneiders kritische Haltung gegenüber einer vor allem milieufundierten,³⁷ das heißt in starkem Maße auf dörflicher Sitte beruhenden Religionskultur. Kirchlichkeit drückte sich vor allem in der Nachfrage nach den wichtigsten Angeboten der „Amtskirche“ aus, zu denen vor allem

35 Schneider, Märtyrer (wie Anm. 19), S. 87.

36 Schneider, Märtyrer (wie Anm. 19), S. 87 f.

37 Der weit gefaßte Milieubegriff bezieht „Milieu“ nicht nur auf die soziostrukturelle Verankerung im Sinne der Klassenbindung, sondern meint „eine kulturell überformte Lebensweise, welche den ganzen Menschen gefangen nimmt, dessen Denken prägt und seinem Handeln den Stempel aufdrückt ... Vor allen Dingen zeichneten sich solche ‚Milieus‘ durch eine kollektive Lebensführung aus, die ihre Angehörigen mit einem verbindlichen Werte- und Verhaltenskanon auszurüsten suchten ... Es ist einer der entscheidenden Vorzüge eines solchen Milieubegriffs, dass er die terminologische Brücke schlägt zwischen der sozioökonomischen Verfaßtheit des Lebens und der zur ‚Kultur‘ zählenden Sphäre der Deutungsmuster und Weltbilder, mit denen sich Menschen in ihrer sozialen Umgebung mental einrichten. Das Ineinandergreifen von Gesellschaft und Kultur wird mithin durch die Einführung des Milieu-Konzeptes auf den Begriff gebracht“ (Pyta [wie Anm. 13], S. 12 f.). Auf Zusammenhänge und Unterschiede von „Milieu“ und „Lebenswelt“ kann hier nicht eingegangen werden. - Als Sammelbegriff für das Ensemble der geistigen Lebensäußerungen hebt der Begriff „Kultur“ darauf ab, dass den menschlichen Ideen, Wahrnehmungen und Vorstellungen ein Eigenleben zuerkannt werden muß, dass sie also nicht einfach als Reflex soziostruktureller Verankerungen verstanden werden können, was insbesondere für das Verständnis religionskultureller Zusammenhänge von Bedeutung ist.

Taufe, Konfirmation, Trauung und Beerdigung, der Besuch des Gottesdienstes und Teilnahme am Abendmahl („Ständeabendmahl“: Jugend an Weihnachten, Landwirte am Erntedankfest, Alte am Totensonntag) gehörten. Die Vermittlung oberster Werte und Normen (z. B. durch Predigt, Religions- und Konfirmandenunterricht, Christenlehre für Konfirmierte) und die helfende Begleitung an den Wendepunkten und in den Krisensituationen des Lebens sind die wichtigsten Kennzeichen dieser „Volkskirche“. „Kirchlichkeit“ war hier weniger eine Sache der Überzeugung denn der Gewohnheit. Sie war intakt, wenn sie fest in die dörfliche Gemeinschaftskultur eingepflanzt war und durch sie abgestützt wurde.

„Gehörte die Beachtung kirchlicher Gebote zur Grundausrüstung des dörflichen Normensystems, dann war das Amt des Pfarrers aus dem dörflichen Gemeinschaftsleben nicht wegzudenken. Der Pfarrer verdankte in diesem Fall seine herausgehobene Position [allerdings] nicht so sehr pastoralen Fähigkeiten als dem Umstand, daß die von ihm ausgeübte Funktion in die Dorfsitte inkorporiert war.“³⁸

Hier treffen wir auf eine vor allem in der Person und Biographie Schneiders und in seinem Amtsverständnis begründete, außerhalb der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus liegende Konfliktzone, die - abgesehen von Schneiders persönlicher Frömmigkeit - mentalitätsgeschichtlich wohl auch in dem mit dem Krisenbewusstsein nach dem Ersten Weltkrieg verbundenen theologischen Aufbruch im Zeichen der „Dialektischen Theologie“ (Theologie des „Wortes Gottes“) mit seiner entschiedenen Abkehr von den Traditionen der Aufklärung, des Idealismus und des Kulturprotestantismus der Vorkriegszeit begründet war: Schneider widersetzt sich vor allem im Interesse der „Kirchenzucht“ einer milieubedingten „Kirchlichkeit als Sitte“.³⁹ In seiner Hochelheimer Gemeinde war es Brauch, dass jede Altersgruppe gesondert zweimal im Jahr an bestimmten Sonntagen zum Abendmahl ging. Besonders mit dem Jugendabendmahl hatte Schneider hier Schwierigkeiten, weil dieser Brauch, wie er dem zuständigen Superintendenten schrieb, „allzu sehr die Wahrhaftigkeit und die Ehrlichkeit“ erstickte. Die Diskrepanz zwischen spärlichem Gottesdienstbesuch, anstößigem Lebenswandel einerseits und der großen Beteiligung an diesen Abendmahlsfeiern andererseits war ihm unerträglich. Ohne Zustimmung des Presbyteriums (des Kirchenvorstandes) setzte er das für Weihnachten 1933 vorgesehene übliche Jugendabendmahl ab und lud stattdessen zu einem allgemeinen Abendmahlsgottesdienst unter der Woche ein, was zu einem gemeindlichen Konflikt führte.

Die Frage der Kirchenzucht begegnet auch bei den Vorfällen, die 1937 die Verhängung der „Schutzhaft“ über Paul Schneider auslösten. Für ihn stand fest, dass man Gemeindegliedern, die für die DC warben und die im Schulunterricht rassistische und deutschgläubige Lehren verbreiteten, auch mit Mitteln der Kir-

38 Pyta (wie Anm. 13), S. 108.

39 Vgl. auch Karl Themel, Die religiöse Lage auf dem Lande in der Nachkriegszeit, Berlin 1925. Zum Vorfall vgl. Martin (wie Anm. 19), S. 9.

chenzucht begegnen müsse. Solche Personen konnten z. B. nicht mehr am Abendmahl teilnehmen. Schneider bemühte sich zwar um das seelsorgerliche Gespräch mit ihnen.

„Aber das Presbyterium [in Dickenschied] ermahnte alle Gemeindeglieder, allen freundschaftlichen und gesellschaftlichen Verkehr mit den unter der Bußzucht stehenden Personen abubrechen. Es rief darüber hinaus die Eltern auf, ihre Kinder von dem Religionsunterricht des aus der Gemeinde ausgeschlossenen Lehrers abzumelden und in eine vom Pfarrer zu verantwortende ‚biblische Unterweisung‘ zu schicken. Diese Ermahnung wurde dann auch zu einem der wichtigsten Anklagepunkte der Geheimen Staatspolizei. Denn die ja zunächst rein örtliche Angelegenheit einer Gemeinde auf dem Hunsrück brachte den Stein ins Rollen und führte zur Schutzhaft, dann zur Ausweisung und Einlieferung ins Konzentrationslager und schließlich zur Ermordung.“⁴⁰

Dass hinter dieser Auseinandersetzung zwischen Kirche und Schule, Pfarrer und Lehrer nicht nur theologische, sondern auch soziale und standespolitische Aspekte eine Rolle spielten, kann hier nur angedeutet werden! Im Gefolge der Emanzipation des Lehrerstandes reklamierte auch der soziale Aufsteiger Lehrer Ansprüche auf die örtliche soziale und politische Führerschaft.⁴¹

„Der Kern der Spannungen bestand darin, daß die meisten Landpfarrer wenig Neigung verspürten, mit dem Landlehrer, dessen dienstliche Vorgesetzte sie als Ortsschulinspektor bis 1918 im Regelfall gewesen waren, von gleich zu gleich zu verkehren ... Zu sehr ... hing dem Lehrer der Ruf eines Halbgebildeten an, mit dem sich der studierte Pfarrer nun fürwahr allein aus Standesrücksichten nicht auf dieselbe Stufe begeben könne ... Daß viele Landlehrer jede sich bietende Gelegenheit nutzten, um sich gegenüber dem einstigen Dienstherrn zu profilieren, muß vor dem Hintergrund dieser fast schon traumatischen Erfahrungen gesehen werden“;⁴² zumal diese von manchen Lehrerverbänden auch bewusst „gepflegt“ wurden.

Als Beispiel für eine plakative Auseinandersetzung Paul Schneiders mit dem Nationalsozialismus⁴³ wird in der Literatur gewöhnlich Schneiders Protest bei der Beerdigung eines Hitler-Jungen erwähnt: Als der NS-Kreisleiter erklärte, der junge Mann sei nun in den „himmlischen Sturm Horst Wessels“ hinübergegangen, entgegnete Paul Schneider: „Ob es einen himmlischen Sturm Horst Wessels gibt, weiß ich nicht. Aber Gott segne deinen Ausgang aus der Zeit und

40 Martin (wie Anm. 19), S. 10.

41 Pyta (wie Anm. 13), S. 149 f., 421 ff.

42 Pyta (wie Anm. 13), S. 149 f. Auf die seit 1874 etwas anders gelagerte Situation im Großherzogtum Hessen kann hier nicht eingegangen werden.

43 Weitere Fälle wie z.B. Arierparagraph, Angriffe der Nationalsozialisten auf die kirchliche Jugendarbeit siehe Martin (wie Anm. 19), S. 11 ff.

deinen Eingang in die Ewigkeit.“ Darauf der Kreisleiter: „Kamerad, du bist doch hinübergegangen in den himmlischen Sturm Horst Wessels!“ Darauf Schneider:

„Ich protestiere! Dies ist eine kirchliche Feier, und ich bin als evangelischer Pfarrer für die reine Lehre der heiligen Schrift verantwortlich.“

Zwei Tage später wurde Schneider verhaftet.⁴⁴

Märtyrer oder Fanatiker?

Weithin gilt Paul Schneider als exemplarischer Märtyrer im vollen Sinne des Wortes. Hingewiesen sei hier auf die zahlreichen Straßen, Gemeindehäuser, Schulen und Kirchen, die nach ihm benannt wurden.⁴⁵ „Gerade weil die evangelische Kirche anders als die römisch-katholische keine eindeutige, verbindliche Definition von Märtyrern, etwa mit klar geregelter Kanonisierungsverfahren, kennt, sollte zunächst einmal ... gelten: Märtyrer ist, wer als solcher rezipiert wird.“⁴⁶

In systematisch-theologischer Hinsicht weist Wolf-Dieter Hauschild⁴⁷ auf eine Übereinstimmung zwischen biblisch-altkirchlicher und evangelisch-reformatorischer Sicht im Märtyrerverständnis hin:

„Märtyrer/Märtyrerinnen als getötete ‚Christen/Christinnen‘ stehen in einem fundamentalen Bezug zum gekreuzigten Jesus, dem ‚Christus‘. Sie leben und sterben in dessen Nachfolge, aber dabei gibt es eine kategoriale Differenz in soteriologischer Hinsicht“,

womit vor allem die Heilsmittlerfunktion gemeint ist. Historische Forschung allein kann eine Entscheidung in der Ausgangsfrage nicht herbeiführen. Wohl aber kann sie ihren Beitrag dazu leisten, dass eine historisch wie theologisch bedenkliche Entkopplung des Märtyrerverständnisses von den eigentlichen Wurzeln stattfindet: Zur Verkürzung des Märtyrerverständnisses gehört eine Beschränkung auf rein theologisch-dogmatische Aspekte, aber auch auf politisch-ethische Dimensionen. Letztlich ist die Märtyrerfrage eine wohl eher kirchen- und theologiepolitisch als historisch zu entscheidende Frage.

44 Dass es sich bei der Aussage des Kreisleiters um NS-Ideologie handelt, ist unbestritten. Allerdings erinnere ich mich ungern an so manche „Nachrufe“, die ich als Pfarrer in Wiesbaden und Gießen erleiden mußte! Die „ewigen Jagdgründe“, in die tote Jagdliebhaber hineinbefördert wurden, waren bei solchen säkularen Eschatologien noch die harmloseren! Auch manche „Evangelikale“ standen einem solchen Verfahren, wenn auch mit anderen Vokabeln, nicht nach. Theologie wurde und wird von „Laien“ meist lebensweltlich und nicht fachtheologisch angeeignet.

45 Geiger (wie Anm. 19), S. 197-201.

46 Schneider, Märtyrer (wie Anm. 19), S. 91.

47 Wolf-Dieter Hauschild, Märtyrer und Märtyrerinnen nach evangelischem Verständnis, in: „Ihr Ende schauet an ...“ (wie Anm. 19), S. 49-69; hier S. 50 ff.

„Paul Schneider paßt wohl so recht in keine Schublade, er läßt sich insbesondere für bestimmte aktuelle politische Anliegen oder Einsichten kaum vereinnahmen ... Aus seiner Lebensgeschichte ist längst die Geschichte seiner unterschiedlichen Rezeption geworden“,⁴⁸

bei der Darstellung und Deutung sich vermischen. Im Blick auf das Verständnis des „Kirchenkampfes“ zugespitzt: Die (vielleicht ein wenig summarisch) als „Pastorentheologie“ zu beschreibende Theologie der BK mit ihrer Betonung des Faktums der Predigt als dem sich jetzt ereignenden „Wort Gottes“ und dem Verständnis von „Gemeinde“ als „Gemeinde unter Wort und Sakrament“ wirkte sich nicht nur auf die Inhalte, sondern auch auf den Kommunikationsstil aus. Die Ausrichtung der Verkündigung auf eine utopische Zukunft christlicher Existenz erlaubt eine Radikalität, die jeden denkerischen Einwand a priori erledigt.

„Jeder Funktionsträger in der Kirche ist damit in der Rolle des theologischen Moralisten gleichzeitig der Funktionär einer politischen Vision totaler Gemeinschaft geworden, die er im Auftrag der virtuell allgegenwärtigen ‚Gemeinde‘ maximal zu stützen hat.“⁴⁹

Dagegen erhoben vor allem die Deutschen Christen den Vorwurf, dass der Barmen-Protestantismus nichts anderes sei als der Versuch, eine neue, mit möglichst enger Kirchengemeinschaft konstitutiv verbundene, uniformierende Klerikalherrschaft in der Kirche aufzurichten. Allerdings ist eine Theologie des Wortes Gottes, die als Theologie der unbedingten und diskussionslosen Herrschaft Gottes durchgeführt wird, in außertheologische Zusammenhänge des menschlichen Weltumgangs weder übersetzbar noch vermittelbar, mag auch eine solche „autoritäre“ Theologie in der Auseinandersetzung mit dem „autoritären“ Staat zunächst nützlich sein. Zwischen der „Pastorentheologie“ und derjenigen des „Kirchenvolkes“ lagen auch damals zuweilen Welten!

48 Schneider, Märtyrer (wie Anm. 19), S. 94.

49 Ziegert (wie Anm. 5), S. 64.

Opfer des NS-Regimes - Angenrods letzte Israeliten

Etabliert seit 1736: Die Israelitische Religionsgemeinde Angenrod

INGFRIED STAHL

Die Entstehung der jüdischen Gemeinde Angenrods geht bis ins 16./17. Jahrhundert zurück. Älteste Nachrichten hierzu sind nachzulesen im Buch „Die jüdischen Gemeinden in Hessen“ von Arnsberg,¹ Weitere, zum Teil auch ausführliche Veröffentlichungen zur Geschichte der Juden in Angenrod beziehungsweise der israelitischen Religionsgemeinde Angenrod nehmen mit der Publikation von Richard Jung 1961 ihren Anfang. Wichtige Beiträge zum Thema folgten.²

Ihren Ausgang nahm die israelitische Gemeinde Angenrod auf dem ehemaligen Gutsgelände der Linie derer von Wehrda, als Junker Walter Rudolf von Wehrda genannt Nodung (1685 - 1753) als Angenröder Herr 1736 zwölf kleine Häuser bauen ließ, in die er die jüdischen Familien einwies und ihnen somit einen festen Wohnsitz verschaffte - eine auch deutschlandweit nicht oft vorkommende Aktion (Abb. 1).

Im Jahr 1806 (Kaufvertrag vom 14. Oktober 1806) wurden die ursprünglichen kleinen Häuser an jüdische Familien verkauft.³

Der Bereich in der jetzigen Judengasse Angenrods wurde nach 1800 von den jüdischen Bürgern der Landregion Vogelsberg „Klein-Jerusalem“ als Bezeichnung für den Ortsnamen genannt. In den nachfolgenden Jahrzehnten stabilisierte sich die israelitische Religionsgemeinde Angenrod - sie gehörte dem orthodoxen Provinzrabbinat Gießen an - zu einem wesentlichen Faktor des innerörtlichen Gemeinschaftslebens mit den Angenrödern christlicher Konfes-

1 Paul Arnsberg: „Die jüdischen Gemeinden in Hessen - Bilder, Dokumente“, Darmstadt, Roether 1973.

2 Richard Jung in: Festschrift aus Anlass des 50jährigen Jubiläums des Männergesangvereins Harmonie Angenrod, 1961. Dr. Ursula Wippich: Memorbuch von Klein-Jerusalemern in Angenrod, 1981/1982. Helmuth Riffer: „Die jüdische Gemeinde zu Angenrod“ in „Angenrod - Bilder und Texte zur Geschichte eines Ortes“, Bildband Angenrod, Magistrat der Stadt Alsfeld in Verb. mit dem Schmalfilm- und Foto-Club Alsfeld e.V., mit dem Fotoclub Lauterbach e.V. und dem Geschichts- und Museumsverein Alsfeld e.V., Ehrenklau Druck und Verlag, 1989. Ingfried Stahl: Heimatchronik der „Oberhessischen Zeitung“, 22. Jahrgang, Heft 4, April 2006, Heft 5, Mai 2006, Heft 6, Juni 2006. Ingfried Stahl: „Die Israelitische Religionsgemeinde Angenrod“, Mitteilungen des Geschichts- und Museumsvereins Alsfeld, Heft 1, Juni 2007. Website: http://www.alemannia-judaica.de/angenrod_synagoge.htm#Zur%20Geschichte%20der%20j%20C3%BCdischen%20Gemeinde e. Online-Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen (MOHG-digital) 2010, URL: <http://www.ohg-giessen.de/mohg/digital/>.

3 HStAD Best. G 31 C, Sig. 22/d1.

sion, wie die Beteiligungen und Mitwirkungen in zahlreichen örtlichen Vereinen und auch im örtlichen Gemeinderat belegen.

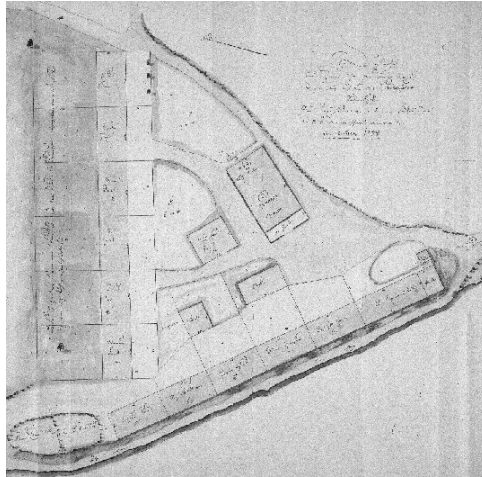


Abb. 1: Plan der ursprünglichen Judenbäuschen von 1736 in der Angenröder Judengasse.

HStAD Best. P 1, Sig. 1427.

Foto: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt, Copyright

Äußeres Zeichen für die Festigung der israelitischen Gemeinde war am 27. Februar 1797 die Errichtung einer repräsentativen und in der Region einzigartigen Synagoge (Abb. 2) - wiederum auf dem Gelände des ehemaligen Hofguts im zentralen Bereich der heutigen Judengasse. Bei ihrer feierlichen Einweihung war übrigens auch der Alsfelder Stadtsyndikus Karl Dieffenbach mit zugegen, der auch eine Ansprache hielt.⁴ 1861 wurde das jüdische Gotteshaus Angenrods umfassend renoviert - hierzu ist eine bewegende Berichterstattung zur „freundlichen Beteiligung der christlichen Bewohner des Ortes“ dokumentiert: „die sämtliche christliche Einwohnerschaft des Ortes“ sei „festlich gekleidet“ gewesen und die an der Straße wohnenden Christen hätten „gleich den Israeliten ihre Häuser decorirt.“ Auch die kreisamtlichen Behörden hätten sich an der Feier in „hervorragender Weise beteiligt“.⁵

„Von solchen Vorgängen“ müsse „Act genommen werden, da sie Belege dafür seien, „dass das eigentliche Rischus (nicht geoffenbarter Judenhass, d. Verf.) im Volke keinen rechten Boden mehr hat“, heißt es optimistisch gegen Schluss des Berichts. Dementsprechend fand auch 1897 das 100jährige Jubiläum der Synagoge - wiederum Zeichen der Dorfgemeinschaft von Christen und Juden -

4 Mitteilungen des Geschichts- und Altertumsvereins der Stadt Alsfeld, Sechste Reihe, Nr. 18 (Januar 1933), S. 146.

5 Allgemeine Zeitung des Judentums vom 26.11.1861.

mit einem großen innerörtlichen Fest und Beteiligung auch zahlreicher nichtjüdischer offizieller Repräsentanten der Region statt.



*Abb. 2: Die in den zwanziger Jahren noch unbeschädigte Angeröder Synagoge.
Foto: Schularchiv der Mittelpunktschule Romrod*

In der Angenröder Synagoge dürften wohl bis 1938 - die Zahl der jüdischen Gemeindemitglieder lag damals noch knapp oberhalb von zehn, der Minimalzahl für Abhaltung von Synagogengottesdiensten - noch regelmäßig Gottesdienste abgehalten worden sein. Auch Angenrods Synagoge blieb in der NS-Zeit von den November-Pogromen 1938 nicht verschont, jedoch wurde sie, im Gegensatz zu leider vielen Synagogen im Deutschen Reich, nicht angezündet. Umliegende Häuser nichtjüdischer Bewohner hätten wohl wegen der dichten Bebauung ebenfalls in Brand geraten können - so die übereinstimmenden Aussagen Angenröder Zeitzeugen und auch in offiziellen Staatsarchiv-Dokumenten.

Über die dramatischen Geschehnisse in der NS-Zeit auch Angenrods, verbunden mit auch Zwangsarisierung des jüdischen Gotteshauses, - es wurde 1961 abgerissen und machte einem 1962 erbauten Gefrierhaus Angenrods Platz - wird aber an späterer Stelle dieses Beitrags noch ausführlicher zu reden sein.

Letzter Vorsänger, so genannter „Benscher“, der Israeliten war - dies bestätigen auch Zeitzeugen - der 1940 in Angenrod verstorbene Sally Abt (16.12.1876 - 21.10.1940). Abt ist auch der letzte auf dem jüdischen Friedhof Angenrods bestattete Angenröder Israelit.

Ihren bevölkerungsstatistischen Höhepunkt hatte die israelitische Religionsgemeinde Angenrod im Jahr 1861. So wird übereinstimmend in zwei Publikationen aus 1992⁶ und 1996⁷ für das Jahr 1861 eine Quote von 41,94% Juden entsprechend 247 Israeliten Angenrods angegeben.

Mit 247 Juden unter 589 Einwohnern entsprechend 41,94 Prozent hatte Angenrod also 1861 den zweithöchsten jüdischen Bevölkerungsanteil im heutigen Bundesland Hessen (nach Rhina mit 52,21%) und den damals höchsten in ganz Hessen-Darmstadt, Rheinhessen mit eingeschlossen. Eigenen archivalischen Recherchen zufolge betrug der Anteil von Häusern in jüdischem Besitz um 1867 laut Brandkataster und Grundbuch der ehemaligen Gemeinde Angenrod sogar mehr als 45 Prozent.⁸

Seit ihren Ursprüngen in der damals von den Niederadligen der von Noding beherrschten Gemeinde Angenrod spielten die jüdischen Ortsansässigen eine wichtige Rolle im innerörtlichen Leben, aber auch darüber hinaus. Das Schwerkgewicht ihrer Tätigkeit - von der ausgeprägt religiösen Verhaltensweise mit zahlreichen Ritualen einmal abgesehen - lag stets auf dem Sektor Handel. So lag der Warenhandel in und um Angenrod fast ausschließlich in den Händen heimischer Juden. Angenrod war sogar, wie Zeitzeugen bestätigen, ein ausge-

6 Pinkas Hakehillot in: „Encyclopaedia of Jewish Communities from the foundation till after the Holocaust. Germany Vol. III Hesse - Hesse-Nassau - Frankfurt“, Yad Vashem, Jerusalem 1992 (hebräisch), S. 76.

7 Uziel Oscar Schmelz in: „Die jüdische Bevölkerung Hessens. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1933“ (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck-Instituts 51), Tübingen, Mohr-Siebeck 1996.

8 Stadtarchiv Alsfeld: Grundbücher und Brandkataster von Angenrod im 19. Jahrhundert.

sprochener Handelsort für die umliegenden Dörfer. Daneben wurde auch in geringem Maße Landwirtschaft betrieben. Im Bereich des Geldhandels liefen von Angenrod und Alsfeld aus bereits Verbindungen nach Nordamerika und in andere Länder Europas.

Besser gestellte jüdische Handelsfirmen und Viehhändler, dies belegt das alte Gesindebuch Angenrod für die zweite Hälfte des 19. Jahrhundert bis hin in die NS-Zeit im 20. Jahrhundert⁹, waren auch des Öfteren in der Lage, Dienstknechte und insbesondere Dienstmädchen (-mägde) einzustellen und oftmals auch mehrere Jahre lang zu beschäftigen, genau so, wie dies die Angenröder Landwirte und kleineren Gewerbeunternehmer wie Maurer- und Schreinerbetriebe und die Schmiedemeister praktizierten.

Dokumentiert im Gesindebuch sind in diesem Zeitraum viele Beschäftigungen von zumeist jungen Frauen und Männern, aus Angenrod und oftmals auch aus den umliegenden Orten wie Ohmes, Seibelsdorf, Vockenrod, Ruhlkirchen, also den katholisch-konfessionellen „Katzenberggemeinden“, Leusel und von weiter her, bei etablierten jüdischen Geschäfts- und Handelsleuten wie Herz und Sally Wertheim, Herz Levi, Isaac Levi, Seligmann Levi, Haune Schaumberger, Liebmann Stern, Heimemann Abt, Alexander Grünstein, Isaac Speier, Hirsch Rothschild, Samuel Rothschild, Hermann Rothschild, Joseph Wertheim, Hermann Löwenstein und Israel Lorsch.¹⁰

Das am weitesten in die NS-Zeit hineinreichende Dienstverhältnis einer Haushaltshilfe, nämlich von Januar 1934 bis Mitte Februar 1935, unterhielt dem Gesindebuch Angenrods zufolge Sally Wertheim, dem später die Handelskonzession entzogen wurde. Die Dienstbeschäftigungen in Angenrod bildeten seinerzeit wichtige Verdienstmöglichkeiten in der Region. Übrigens hatte die christliche Bevölkerung Angenrods regelmäßig auch Verdienste bei Tätigkeiten am Sabbat wie Anzünden von Feuer für die Angenröder Israeliten, an dem als dem Ruhetag Gottes der orthodox-jüdischen Religion zufolge von Juden keine Arbeiten verrichtet werden dürfen.

Große Bedeutung maßen traditionsgemäß auch die Angenröder Israeliten ihrer Schulbildung bei. Zur früheren jüdischen Schule eingangs der „Wuhls-gasse“ („Jirreschul“) - sie wechselte in 1927 rechtmäßig von der jüdischen Gemeinde in den Besitz von Helwig Bernhardt und Familie - findet sich ein recht früher historischer Beleg im Archiv der OZ¹¹. Seit 1880, dem Bau der Volksschule im Dorf, besuchen dann sowohl Kinder christlicher als auch israelitischer Konfession eine gemeinsame Schule im Ort.

Ein attraktiver neuer weiterbildender Standort war auch für Angenröder Juden insbesondere die nahegelegene Stadt Alsfeld mit seiner guten Schul-Infrastruktur. Es ist bekannt, dass der Bildungshunger der Israeliten ausnehmend groß war. So wurde schon von Angenrod aus die in 1861 gegründete Alsfelder

9 Stadtarchiv Alsfeld: Gesindebuch Angenrod.

10 ebd.

11 OZ-Archiv: 31.08.1833.

Realschule und die später neugegründete Ober-Realschule stark von Angenröder Israeliten frequentiert. Aus offiziellen Schuldokumenten¹² geht hervor, dass von insgesamt 68 Angenröder Realschülern seit dem 7. Januar 1861 nicht weniger als 51 Israeliten waren (75 Prozent), darunter auch Alexander Fuchs, später Oberkantor in Luxemburg, Moses Rothschild, später Dr. med. in Groß-Auheim und Hugo Schaumberger, der spätere Doktor der Naturwissenschaften und Professor in Frankfurt am Main.¹³

Leben in Angenrods Dorfgemeinschaft: Miteinander von Christen und Israeliten

Seit 1800 hatte sich für das jüdische Wohngebiet Angenrods ein eigenständiger Name durchgesetzt: „Klein-Jerusalem“. Und wie Jerusalem verfügte auch Angenrods „Klein-Jerusalem“ über eine „Klagemauer“, eine lange Basaltbruchsteinmauer parallel zum Mühlgraben der Unteren Mühle.



Abb. 3: Ausschnitt aus dem Schulbild von Ostern 1914 mit den Schülern der Oberstufe der Volksschule Angenrod. Obere Reihe, von links: Zaduk Stern („Ranjes“), Justus Jung („Pirresch“), August Ermel, Otto Bambej („Wänesch“), Heinrich Decher („Awels“). Mittlere Reihe, von links: Elise Decher (verb. Spoer, „Awels“), Elise Martin (verb. Goebel), Rosa Stern („Ranjes“), Marie Fink (verb. Möller, „Finkebauersch“), Emmy Rothschild (verb. Bachrach, „Heschjes“). Unten, von links: Elise Decher (verb. Hofmann, „Pirresch“), Marie Lerch (verb. Korell), Elise Jungk (verb. Heß, „Joste“) und Elise Fink (verb. Stahl, „Finkebauersch“). Die Namen in Klammern sind die Ehe- bzw. Dorfnamen. Die beiden Stern und E. Rothschild sind Angenröder Israeliten. Foto: Elise Stahl

12 Festschrift zur Feier des 50jährigen Bestehens der Realschule zu Alsfeld am 1. Juli 1911, zusammengestellt von Direktor Dr. Pitz, Druck von F. Ehrenklau, Alsfeld.

13 Ingfried Stahl: „Professor Dr. Hugo Schaumberger“, in: Heimatchronik der „Oberhessischen Zeitung“, 22. Jahrgang, Heft 4, April 2006; Ingfried Stahl: „Die Israelitische Religionsgemeinde Angenrod“, Mitteilungen des Geschichts- und Museumsvereins Alsfeld, Heft 1, S. 65 -70, Juni 2007.

Die Gemeinsamkeit im dörflichen Miteinander von Christen und Israeliten dokumentieren immer wieder, neben den schularchivalischen Unterlagen, die schönen historischen Schulfotos, beginnend ab dem Jahr 1904 (Abb. 3).

Entsprechend dem Bevölkerungs- beziehungsweise Kinderanteil sind bis zum letzten dokumentierten gemeinsamen Schulfoto israelitischer und christlicher Schulkameraden in 1935 natürlich auch die jüdischen Schulkinder abgeleitet. Durchschnittlich betrug, wie die Schularchivdokumente seit 1878 nachweisen, der Anteil israelitischer Schulkinder etwa 20 Prozent.¹⁴

Wie auch die noch lebenden Zeitzeugen in teils auch bewegenden Mitteilungen übereinstimmend berichten, gab es im 20. Jahrhundert bis zum Beginn der NS-Zeit keine wesentlichen Probleme im Zusammenleben von Angenrödern christlicher und israelitischer Religionszugehörigkeit. Die Harmonie zwischen Christen und Juden wird auch bei Sichtung des OZ-Archivs mit den Berichten aus Angenrod aus dem auch noch 19. Jahrhundert bestätigt. Angenrods Israeliten waren bis 1933 weitgehend im dörflichen Miteinander integriert, so im Kegelverein „Fall um“, im Radfahrverein „Radlerlust“, im Männergesangverein „Harmonie“, im Angenröder Ziegenzuchtverein sowie ganz allgemein im Miteinander von Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen (Abb. 4).



Abb. 4: Schlittenfahrt Angenröder Kinder in der Wuhlgasse im Winter 1930 mit, von links: Lina Jung (verb. Lämmer, „Dambusch“), Marie Ermel (verb. Jung, „Lukkese“), Meta Wertheim („Vogels“), August Schmidt, Karl Östreich, Ludwig und Georg Ermel („Lukkese“). Heinrich Selzer („Schmeeds“) und Otto Dietz („Dottjes“). Meta Wertheim (geb. 1919) war Angenröder Israelitin und wurde in der Shoah ermordet. Foto: Bildband Angenrod (1989)

14 Schularchiv der Mittelpunktschule Romrod.

Angenröder Israeliten waren immer auch in den Vorständen von Vereinen sowie natürlich auch im Gemeinderat - mit mindestens zwei Gemeindevertretern von sechs - repräsentiert. So weist das Gemeinderatsprotokollbuch¹⁵ von Angenrod in 1921 laut Unterschriften der Gemeinderatsmitglieder folgende Zusammensetzung des Angenröder Gemeinderats aus: Speier (Isaak Speier, Israelit, d. Verf.), Jung 3. (Karl Jung 3., „Schusterkarl“, d. Verf.), Levi (Seligmann Levi, Israelit, d. Verf.), Schmidt (Otto Schmidt, „Gosse“, d. Verf.), Jung II. (Konrad Jung II. auch Feldschütz in Angenrod, d. Verf.), Martin (Johannes Martin, „Kispersch“, d. Verf.). Als Bürgermeister unterzeichnete Schlitt (Heinrich Schlitt, „Ludwigs“, d. Verf.). (Abb. 5).

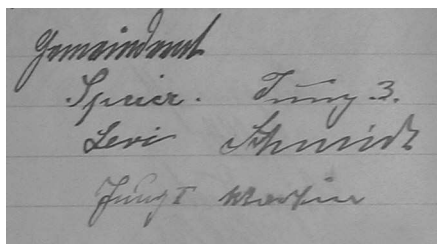


Abb. 5:
Autographen des Angenröder Gemeinderats von Oktober 1919. Quelle: Stadtarchiv Alsfeld, Protokollbuch der Gemeinde Angenrod

Auf einen deutlichen Unterschied im örtlichen Miteinander von Israeliten und Christen sei jedoch besonders hingewiesen: das Feiern der traditionellen Kirmes in Angenrod. Die Kirmes wurde, wie die Zeitzeugen berichten, immer am ersten Oktoberwochenende ausgerichtet und zwar abwechselnd in der Gaststätte Wertheim (Josef Wertheim bzw. nach dessen Tod von Josef Wertheim Wwe.) und in der anderen Angenröder Gaststätte, dem auf eine lange Tradition zurückblickenden Gasthaus Bambey.

Bei diesen Kirmessen waren die Angenröder Christen weitgehend unter sich. Die jüdischen Mitbürger veranstalteten, wie in der OZ durch entsprechende Inserate dokumentiert ist, religiös geprägte Bälle wie zum Beispiel ihren „Simchas Thora-Ball“ - einen religiös fundierten Ball der Freude - bei Joseph Wertheim (September 1909) oder den „Israelitischen Ball“ im Zulauf'schen Saal (1881). Dabei waren die Israeliten - auch aus der Umgebung - eher unter religiös Gleichgesinnten.

Noch immer heikles Thema: Kuckuckskinder

Ein Themenbereich, der heute angesichts der wissenschaftlich fast Routine gewordenen Genanalytik - zum Beispiel für Abstammungsnachweise - allerdings immer noch eine gewisse Tabuzone impliziert, nämlich die Zuordnung unehelicher Kinder („Kuckuckskinder“) zu den tatsächlichen genetischen Eltern, soll hier ebenfalls kurz gestreift werden.

Infolge der engen dörflichen Lebensgemeinschaft von Dienstpersonal (Mägden und Knechten), arbeitgebenden Bauern, Händlern und Gewerbetreibenden

15 Stadtarchiv Alsfeld, Gemeinderatsprotokolle Angenrod 1901 bis 1935.

sowie der einfachen arbeitenden Dorfbevölkerung gab es, wie die Auswertung älterer Kirchenarchivstatistiken¹⁶ des evangelischen Kirchspiels Billertshausen (18. und 19. Jahrhundert) belegt, für Angenrod immer auch zwischen zehn und zwanzig Prozent so genannter unehelicher Kinder - fast immer unter Nichtangabe des tatsächlichen Vaters.

Den Gesprächen mit Angenröder Zeitzeugen zufolge gab es in Angenrod gegen Anfang des 20. Jahrhunderts wohl mehrere sogenannte KuckucksKinder aus Beziehungen jüdischer Männer mit nichjüdischen Frauen.¹⁷ Auch ein umgekehrter Fall eines unehelichen Kindes - der Vater soll Nichtjude, die unverheiratete Mutter Israelitin gewesen sein - wird kolportiert. Übereinstimmend mit diesen Zeitzeugenberichten ist in den standesamtlichen Eintragungen auch dokumentiert, dass die unverheiratete Mutter ein uneheliches Kind zur Welt gebracht hatte. Der Vater wird hier nicht benannt.

In einigen wenigen Fällen wird durch spätere Eintragungen des seinerzeitigen Pfarrers auch festgehalten, dass sich bei anschließender Heirat der dann Ehemann als Vater des vormalig unehelichen Kindes - manchmal als „Thäter“ deklariert - bekannte. Bei zahlreichen Kindern ist jedoch der eigentliche Vater bleibend nicht dokumentiert. Ungewollte Schwangerschaften waren früher übrigens aufgrund der Problematik der Schwangerschaftsverhütung sehr häufig der Fall.

In einem Interview der Zeitschrift „Die Welt“ in 2005 mit dem österreichischen Verhaltensforscher Karl Grammer - angesprochen auf die Statistik, dass zehn Prozent der Jungen und Mädchen in Deutschland KuckucksKinder sein sollten und ob diese Quote überhaupt realistisch sei - entgegnete der Wissenschaftler unter anderem: „Leider gibt es bislang kaum verlässliche Daten und nur wenige Studien.¹⁸ Das ist eben ein heikles Thema, über das die Menschen nicht gerne reden und erst recht keine ehrlichen Angaben geben. Es wäre daher sehr interessant, einmal zuverlässig Daten zu ermitteln.“ Das Phänomen der KuckucksKinder, so die Einschätzung Grammers, scheine im Übrigen durch alle Kulturkreise zu gehen.

Neue und umfassende Genanalysen haben unter anderem auch nachgewiesen, dass nur wenige Deutsche „echte Germanen“ sind. Lediglich sechs Prozent aller Deutschen väterlicherseits haben einen germanischen Ursprung, so die Studie eines seriösen Schweizer Genanalyse-Labors auf der Basis des Vergleichs

16 Kirchenarchiv des evangelischen Kirchspiels Billertshausen.

17 Gespräche, Interviews und private Mitteilungen der Angenröder Zeitzeugen: Erwin Bernhard, Theo Bernhard (verst.), Hermann Decher (Billertshausen), Karl Fey (Ohmes), Irmgard Frank, Herta Friedrich, Erna Höhler, Heinz Jung (Dortmund), Wilhelm Jung, Lina Lange (verst.), Hanns Martin, Else Mattusch, Auguste Möller (verst.), Erwin Möller (Röllshausen), Hedwig Müller (Zell), Karl Raab, Marie Roth, Emmi Sauer mann, Berta Schmitt, Helmut Schlitt (verst.), Dieter Schlosser, Elise Schwarz (Zell), Irene Stumpf (Billertshausen), Marie Vogel (verst.). Außerdem konnten verschiedene Sekundärmitteilungen von Nachkommen unmittelbarer Zeitzeugen mit eingebunden werden.

18 „Die Welt“, 14.01.2005.

von 19 457 Genanalysen von Deutschen.¹⁹ Ein sensationelles Nebenresultat der Schweizer Studie über die Abstammung der Deutschen lautete dabei, dass mehr als 30 Prozent der Deutschen von Osteuropäern abstammten und ein Zehntel der Deutschen jüdische Wurzeln habe.

Wenig überrascht von den Ergebnissen der Studie zeigte sich der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Prof. Salomon Korn (Frankfurt am Main). Die Geschichte der Juden in Deutschland sei 1700 Jahre alt, und damit älter als die vieler während der Völkerwanderung zugewanderter Stämme, erklärte Korn.²⁰ Sowohl vor Beginn der Kreuzzüge im Jahr 1096 als auch im 19. und 20. Jahrhundert habe es Mischehen zwischen Juden und Christen gegeben, deshalb sei es „nicht verwunderlich“, dass zehn Prozent der Deutschen jüdische Vorfahren hätten, so Korn.

Die letzten Angenröder Israeliten

Geschichtsaufarbeitung kann und darf sich auch nicht nur auf die nüchterne Dokumentation von Daten, Zahlen, Fakten und Namen beschränken. Geschichte ist weitaus lebendiger - sie ist immer mit Menschen und deren Lebenswegen verbunden. Auch die schon von der Zahl her unvorstellbare und grauenhafte Ermordung von 6 Millionen Juden im zweiten Weltkrieg ist immer vor diesem Hintergrund zu sehen: Auslöschung von 6 Millionen Leben von Einzigartigkeit und Unwiederholbarkeit auf unserer Erde.

Der Autor des Beitrags über die israelitische Religionsgemeinde in Angenrod kann sich daher bei der Abbildung der letzten Jahre der Angenröder Israeliten - obwohl er als Nachkriegskind keinen einzigen Angenröder Israeliten persönlich kannte - von innerer Bewegtheit bei der Abfassung dieses Kapitels nicht frei sprechen. Dies insbesondere auch dadurch, dass eine emotionale Bindung zur jüdischen Tradition Angenrods dem Autor bereits in die Wiege gelegt wurde.

Er wurde nach dem Krieg in einem ehemals jüdischen Haus - dem Haus der Angenröder „Vogels“, seit Juni 1938 („Zwangsarisierung“) von Karl Gonder (Arnshain)²¹ - geboren, wuchs in der Angenröder Judengasse auf und hatte bereits zu frühen Kinderzeiten immer die damals leerstehende, herabgekommene und nicht mehr im Dienste des jüdischen Glaubens stehende aus dem Jahr 1797 stammende ehemals prächtige Angenröder Synagoge vor Augen. Das jüdische Gotteshaus - damals im Besitz der selbständigen Gemeinde Angenrod - musste 1962 - aus heutiger Sicht in der Geschichte der Angenröder nicht gerecht werdender und eigentlich unverantwortlicher Weise - einem Gefrierhausneubau weichen. Es wurde 1961²² abgerissen.

19 „Die Welt“, 25.11.2007.

20 „Berliner Morgenpost“, 26.11.2007.

21 OZ-Archiv: 22.07.1938.

22 Mitteilung Kreisbauamt Vogelsbergkreis sowie auch auf S. 4 des Protokolls der Ortsbeiratsitzung Angenrod vom 04.08.2010, nachzulesen unter http://www.alsfeld.de/?Protokolle-Ortsbeiraeete=&cmd=01_01_06_01.

Das einzige jetzt noch stehende und von Anbeginn an jüdische und sich weiterhin in jüdischem Besitz befindliche Haus in Angenrod ist das Haus an der Bundesstraße 62, das Ghetto-Haus Speier - Leuseler Straße 3 -, von dem aus am Montag, den 7. September 1942²³ die letzten in Angenrod verbliebenen acht Israeliten, auf engstem Raum und unter menschenunwürdigen Bedingungen zusammengepferchte Angehörige von vier Familien, über die Zwischenstationen Gießen und Darmstadt²⁴ in die Todeslager und die Gaskammern der SS deportiert wurden (Abb. 6).

Die ursprünglichen Wohngebäude der Speiers, von Anfang an in jüdischem Eigentum²⁵, umfassten ein giebelseitig und ein traufseitig stehendes Gebäude, die über einen, woran sich auch der Autor noch sehr gut erinnern kann, illustren - mit kunstvoll gestaltetem schmiedeeisernem Gitter umrahmten - Fußwegübergang im ersten Stock - „fast wie in Neapel“ - miteinander verbunden waren. Dieses Haus der Speiers, noch vor 1945 Wohnhaus auch der Angenröder Familie der „Konjes“, also von Heinrich Jung IV., wurde bereits um die Mitte der achtziger Jahre abgerissen²⁶.

Seit Jahrzehnten bis heute befindet sich somit an der Stelle dieses laut Brandkataster Angenrods um 1898 erbauten Zusatzgebäudes der Speiers²⁷ eine ungepflegte Freifläche - direkt an der Leuseler Straße, der Bundesstraße 62. Im Brandkataster ist das abgerissene zweite Gebäude der Familienlinie Speier in Angenrod als „Scheuer mit Stall und Wohnung 1. Stock“ ausgewiesen. Versicherter Eigentümer - wie auch beim noch stehenden letzten ursprünglichen Bauzeugnis der israelitischen Gemeinde Angenrods, dem Haus Leuseler Straße 3 - ist Isaac Speier (1843 - 1921), der Sohn des Primäreigentümers Benedict Speier (1810 - 1892) und Vater des späteren Shoah-Opfers Leopold Speier (1875 - 1944).

Von dem abgerissenen Haus liegen auch Fotodokumente vor wie zum Beispiel ein gut aufgelöstes aus den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. (Abb. 7), aus dem zahlreiche Details wie Blumenschmuck vor den Wohnungsfenstern oder wohlaufgesetzte Brennholzscheite und auch Kästen und Behälter vor dem Scheunentor herausgearbeitet werden können.

Nach wie vor rechtmäßig im Grundbuch des Amtsgerichts Alsfeld eingetragener Eigentümer der Grundstücke ist Isaac Speier (1871), der Vater des Shoah-Opfers Leopold Speier. Somit sind aktuelle Grundeigentümer des Hauses Speier sowie auch noch eines weiteren größeren Wiesengrundstücks am nördlichen

23 Private konkrete Zeitzeugenangabe Angenrod.

24 Zur Deportation aus Oberhessen: Monica Kingreen, „Die gewaltsame Verschleppung aus Oberhessen im September 1942“, in: MOHG NF 85 (2000), S. 5 - 95.

25 Stadtarchiv Alsfeld: Grundbuch und Brandkataster Angenrod.

26 Mitteilung Kreisbauamt Vogelsbergkreis.

27 Stadtarchiv Alsfeld: Grundbuch und Brandkataster Angenrod.

Dorfrand die genealogisch rechtmäßigen Erbennachfolger der Linie Isaac Speier.²⁸

Auch Angenrod „unterm Hakenkreuz“

Auch Angenrod - traditionsgemäß ein Dorf einfacher arbeitenden Menschen, von Dienstknechten und -mägden, mit einer überregional bedeutenden jüdischen Landgemeinde und einigen damals ortsdominierenden größeren bäuerlichen Betrieben - passte sich letztlich in den „Mainstream“ der deutschlandweiten Hitler-Bewegung seit Mitte der zwanziger Jahre ein, wenngleich zunächst nur verhalten: so wehte in 1929 von einer etablierten Angenröder Gastwirtschaft die Hakenkreuzfahne, wobei sich der damalige Ortsdiener gehalten sah, einzuschreiten und die Fahne entfernen zu lassen.²⁹

Bei den ersten Reichstagswahlen am 5. März 1933, also nur fünf Wochen nach Hitlers Machtergreifung, erzielte die NSDAP in Angenrod im Vergleich mit allen übrigen der insgesamt 96 Gemeinden des Altkreises Alsfeld ihr schlechtestes Ergebnis. Bei damals noch neun kandidierenden Parteien erhielten die Nationalsozialisten „nur“ 159 der gültigen Stimmen (48,9%), die SPD immerhin noch 130 (40%).³⁰ Zudem stimmten damals auch 26 Wähler (8%) für die Kommunistische Partei, so dass diese Wahlen noch ein deutliches Abbild der Sozialstruktur des Dorfes waren. In manchen Gemeinden des Kreises Alsfeld mit einer ausgeprägt bäuerlichen Sozialstruktur erzielte die NSDAP bereits im März 1933 bis zu 100 Prozent der gültigen Stimmen.

Die Linien vorzeichnend für die sich auch in Angenrod in unheilvoller Weise kehrenden Verhältnisse im Nazi-Deutschland waren aber dann schon sofort die Bürgermeisterwahlen im gleichen Monat, als zwei Landwirte sich um das Amt bewarben. Die regionale NS-Administration bestimmte den bei der Wahl unterlegenen parteikonformen Karl Hoffmann („Feiks“) zum Angenröder Bürgermeister.

Johannes Bernhard 2. („Scholtesse“), dem gute Beziehungen zu den Angenröder Arbeitern und auch den Israeliten eine Herzenssache waren - er war übrigens ein Nachfahre der „Scholtesse“, der Großherzoglichen Bürgermeister der Linie der Bernhards des 18. und 19. Jahrhunderts in Angenrod - hatte die Bürgermeisterwahl damals mit 148:145 Stimmen, also mit drei Stimmen Vorsprung, für sich entschieden - und wurde dennoch nicht zum Bürgermeister ernannt³¹ (Abb. 8, 9).

28 Siehe auch ausführliche Presse-Veröffentlichung, „Eine Ruine erinnert an viele ermordete Juden“, „Alsfelder Allgemeine“, Nummer 260, Seite 7, 09.11.2009.

29 HStAD, Best. G 27 Darmstadt Nr. 42, Justizaktenzeichen SM 62/33 .

30 OZ-Archiv: 06.03.1933.

31 OZ-Archiv: 13.03.1933.



Abb. 8: Wurde trotz Stimmenmehrheit in 1933 nicht Bürgermeister: Johannes Bernhard 2.
Foto: Bildersammlung I. Stahl



Abb. 9: Angenrods Bürgermeister in der NS-Zeit: Karl Hoffmann, Dienstausweis.
Foto: HStAD, Best. R4, Nr. 90171

Bei diesen Bürgermeisterwahlen war es den israelitischen Bürgern Angenrods noch gestattet, ihre Stimme abzugeben - vermutlich, wie auch übereinstimmend Zeitzeugen berichten, für den ihnen wohlgesonnenen Johannes Bernhard 2.

Bei den nachfolgenden Reichstagswahlen allerdings - die nächste bereits am 12. November 1933 - hatte sich auch in Angenrod das Gleichschaltungsprinzip der Hitler-Diktatur voll durchgesetzt. 321 Wähler (99,7%) votierten für die

NSDAP, die als einzige kandidierte.³² Es gab lediglich eine ungültige Stimme. Unter Berücksichtigung der Gesamtzahl der Wahlberechtigten dürften damals auch die noch in Angenrod lebenden Israeliten für die Nationalsozialisten gestimmt haben. Laut Bevölkerungsstatistik wohnten 1933 in Angenrod noch 63 Israeliten, zu denen jedoch auch die nicht wahlberechtigten Kinder und Jugendlichen zählten.³³

Juden werden ausgegrenzt: Der Gemeinderatsbeschluss 1935

Die möglicherweise Hoffnung Angenröder Juden, dass es für sie auch in der NS-Zeit eine Chance zum Verbleiben im Heimatort Angenrod geben werde, sollte sich allerdings, wie die nachfolgenden Jahre schonungslos deutlich machten, auch in Angenrod - wie für die jüdische Bevölkerung im gesamten Deutschen Reich - nicht erfüllen.

Auch in Angenrod schlug der mit den Nürnberger Gesetzen von 1935 vom Hitler-Regime verordnete und krass demütigende Antisemitismus von oben wie in allen Städten und Gemeinden des Deutschen Reichs durch. In einem Angenrod, in dem in der Folgezeit - wie überall im Reich - auch alle bekannten Suborganisationen der NSDAP Fuß fassten wie NSDAP-Ortsgruppe, NS-Frauenschafter, Jungvolk, BDM, HJ, Reichsluftschutzgruppe, aber auch eine stramme SA-Ortsgruppe und weitere. Und auch nichtjüdische Angenröder mussten dem NS-Terrorregime Tribut zollen. Acht Angenröder wurden aufgrund des Gesetzes zur Erhaltung der Erbreinheit in Kliniken - insbesondere in der Uni-Klinik Gießen - zwangssterilisiert.³⁴

Und dann dokumentiert letztlich der Angenröder Gemeinderatsbeschluss - noch vor Erlass der Nürnberger-Rassegesetze im August 1935 gefasst und im OZ-Archiv nachzulesen³⁵ - die rigorose Abkehr der nichtjüdischen Angenröder von ihren israelitischen Mitbürgern (Abb. 10).

„Angenrod, 15. August. Der Gemeinderat beschloss in seiner jüngsten Sitzung, dass in Zukunft sämtliche Gemeinderatsmitglieder, Gemeindebeamten und Volksgenossen, welche irgend Geldbezüge aus der Gemeinde beziehen, auf der Bürgermeisterei eine eidesstattliche Erklärung abzugeben haben, dass sie sowie ihre Angehörigen nicht mehr mit Juden Geschäfte tätigen oder sonstigen Verkehr pflegen. Kein Handwerker, kein Geschäftsmann oder sonstiger erhält eine Gemeindefarbe oder Lieferung, der noch mit Juden verkehrt oder sie im Handel unterstützt. Desgleichen wird die Gemeindeviehwaage für jüdische Händler nicht mehr zugelassen. Landwirte, welche unter ihrem Namen für den Juden

32 OZ-Archiv: 13.11.1933.

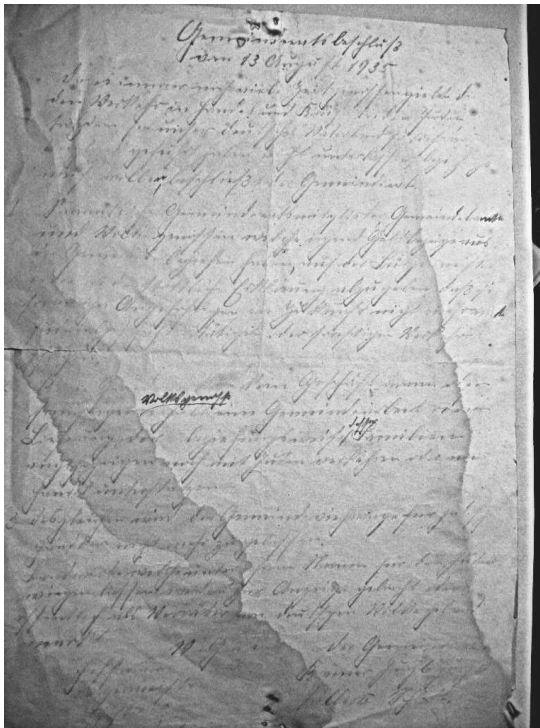
33 Pinkas Hakehillot in: „Encyclopedia of Jewish Communities from the foundation till after the Holocaust. Germany Vol. III Hesse - Hesse-Nassau - Frankfurt“, Yad Vashem, Jerusalem 1992.

34 HStAD, Best. G 29 U, Signaturen 1461, 1578, 1608, 1458, 1513, 1577, 1460, 1395.

35 OZ-Archiv: 17.08.1935.

wiegen lassen, werden zur Anzeige gebracht oder öffentlich als Verräter gebrandmarkt.“

Aus archivalischer Sicht bedeutsam ist, dass das originalhandschriftliche Protokoll des Gemeinderatsbeschlusses, wohl direkt während der Sitzung angefertigt, wenngleich stark unansehnlich wegen durch Wassereinwirkung verlaufener Tinte - noch im Stadtarchiv Alsfeld erhalten ist.³⁶ Von allen Gemeinderatsmitgliedern (Bürgermeister Karl Hoffmann, Beigeordneter Karl Höhler sowie den seinerzeitigen (ab 1933) Gemeinderatsmitgliedern Jung 6., Tröller II., Jung V., Schlitt und Krämer unterzeichnet ist dieses Dokument der einzige Original-Beleg einer Gemeinderatsaktivität in Angenrod seit Entfernen (Herausschneiden) der offiziellen Gemeinderatsprotokolle ab April 1933 aus dem Protokollbuch (Abb. 11).



*Abb. 11: Originalprotokoll des Gemeinderatsbeschlusses.
Dokument: Stadtarchiv Alsfeld, Abt. XV, Abschn. 2 -
Angenrod, Gemeinderatsbeschluss vom 15.08.1935*

36 Stadtarchiv Alsfeld: Abt. XV, Abschn. 2 - Angenrod, Gemeinderatsbeschluss vom 15.08.1935.

Zwangsarisierung des jüdischen Grundbesitzes in Angenrod

Schon bald nach der Machtergreifung Hitlers und somit der NSDAP setzte das Naziregime mit dem Boykott jüdischer Geschäfte ein unübersehbares Signal seiner ausgrenzenden und demütigenden Judenpolitik. Grundlage aller späteren antisemitischen Aktionen im Deutschen Reich bildeten die in 1935 auf den Weg gebrachten so genannten Nürnberger Rassengesetze, beim 7. Reichsparteitag der NSDAP („Reichsparteitag der Freiheit“) angenommen und vom damaligen Reichsparteitagspräsidenten Hermann Göring feierlich verkündet.

Diese der Menschenwürde Hohn sprechenden Gesetze verliehen der antisemitischen Ideologie der Nationalsozialisten eine formalrechtliche Grundlage. Dabei ging es vor allem um das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ (Blutschutzgesetz) und das „Reichsbürgergesetz“, dem gemäß nur „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“ Reichsbürger sein konnten - mit letztlich schlimmsten Auswirkungen für deutsche Bürger jüdischer Abstammung.

Auch die „Oberhessische Zeitung“ (Alsfeld) berichtete über die Hausverkäufe 1937 unter der Titelzeile „Juden wandern aus“ über das Abwandern der Angenröder Israeliten aus ihrem angestammten Heimatort - oft nach dem als für Juden als sicher geglaubten Frankfurt am Main oder in einigen Fällen nach Übersee, überwiegend in die USA.³⁷

„Die Zahl der in unserer Gemeinde wohnenden Juden wird nach und nach immer kleiner. Das Anwesen der Josef Wertheim Wwe. (frühere Gastwirtschaft) ging in den Besitz des Viehhändlers Jung über; dasjenige des Sigmund Hecht hat der Arbeiter Karl Stieler von Altenburg erworben und das Anwesen des Simon Wertheim kaufte Karl Gonder.“

Ab 1935, nach dem die jüdische Bevölkerung stigmatisierenden und ausgrenzenden Nürnberger Parteitag, begannen also leider auch in Angenrod die notgedrungenen Veräußerungen von Häusern und Grundstücken der israelitischen Mitbürger - zum einen, um das erforderliche Geld für die Emigration ins Ausland - zumeist in die USA - zu erhalten und zum anderen, um in dem vermeintlich sicheren Frankfurt am Main mit jahrhundertelanger jüdischer Tradition und Liberalität eine neue Heimat zu finden.

Die Chronologie der Haus- und Grundstücksverkäufe in Angenrod, soweit sie ab 1935 im Rahmen der so genannten Entjudung beziehungsweise „Zwangsarisierung“ vorgenommen wurden oder werden mussten, lässt sich anhand der Dokumente des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt - Bestand G 15 Alsfeld³⁸ -, des Hauptstaatsarchivs in Wiesbaden - den Devisenakten, den Entschädigungs-

37 OZ-Archiv: 27.06.1938.

38 HStAD Best. G 15 Alsfeld Nr. T 93.

akten und den Rückerstattungsakten - aber auch den Eintragungen in die Brandkataster³⁹ archivalisch belegen.

„Arische“ Grunderwerber waren teils Bürger Angenrods selbst, teils aber auch Käufer, die von Nachbarorten nach Angenrod kamen, also „Neu-Angenröder“ wurden. Die Erstehungskosten im Rahmen dieser sogenannten Entjudungen - sie wurden in Einzelfällen sogar noch amtlich heruntergesetzt - lagen in Angenrod in der Spanne von unterhalb 1000 Reichsmark bis noch unterhalb 5000 Reichsmark.

Aus Rücksichtnahme auf die Angehörigen beziehungsweise Nachfahren der inzwischen verstorbenen Käufer nimmt der Autor ganz bewusst Abstand von der Nennung der einzelnen Grunderwerber und der detaillierten Dokumentation der im Gefolge der Nachkriegszeit abgewickelten Entschädigungen beziehungsweise Rückerstattungen.

In der nachfolgenden chronologischen Übersicht enthalten sind daher lediglich die damals zwangsveräußerten Grundstücke und deren jüdische Eigentümer. Wesentlich, was die letztlich offiziellen, von einem Notar (zumeist in Alsfeld) abgefassten und beurkundeten „Kaufverträge“ anbelangt, ist es aber festzuhalten, dass die jeweiligen Kaufbeträge sich in der Regel am Einheitswert des Grundeigentums ausrichteten, nicht aber am tatsächlichen Verkehrswert.

So war es auch in Angenrod so, wie generell im Deutschen Reich, dass die einzelnen in jüdischem Besitz befindlichen Angenröder Wohn- und Stallgebäude beziehungsweise Grundstücke aufgrund der Basierung auf dem Einheitswert deutlich unter tatsächlichem Verkehrswert verkauft werden mussten. Selbst wenn der Käufer, was durchaus denkbar war und auch vielleicht in dessen Absicht lag, deutlich mehr zu bezahlen gewillt gewesen wäre, er hätte dies aufgrund der Einheitswertbasierung rechtlich gar nicht praktizieren können.

Im Einzelnen wurden in Angenrod „Zwangsararisierungen“ des Grundeigentums folgender Angenröder Israeliten vorgenommen:⁴⁰

1934:

Gerson Steinberger, geb. um 1847 (Angenrod), gest. 25.03.1929 (Angenrod), lt. Brandkatastereintrag Eigentümer seit 1894 des Hauses Nr. 29 mit Grundstück. Kaufvertrag vom 07.06.1934, zitiert in⁴¹ (Rückerstattungsakte).⁴² Den Archivalien zufolge wurde dieses Anwesen auf unpolitischer Basis und auf eigenen Wunsch der damaligen Bewohner, der Geschwister Steinberger (Selma und Franziska), verkauft, die vom Wohnort Angenrod wegzogen.

39 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster über die Gebäude in Angenrod, Ortsexemplar, Alsfeld, 18. Mai 1867.

40 Der Verfasser dankt hier ganz besonders Herrn Prof. Dr. Michael Kißener, Historisches Seminar der Universität Mainz, für wertvolle fachkompetente Hinweise mit Blick auf vor allem Wahrung des Personendatenschutzes, wie auch in weiteren spezifischen Abschnitten dieses MOHG-Beitrages.

41 Stadtarchiv Alsfeld: Grundbuch und Brandkataster Angenrod.

42 HHStAW, Abt. 519/A, Sig. Gi 25944.

1936:

Hermann Levi, geb. 24.10.1891 (Angenrod), gest. 19.12.1944 in New York, lt. Brandkatastereintrag Eigentümer seit 1931. In die USA (New York) ab Mai 1936 mit Familie (Ehefrau Martha Levi geb. Groos, Sohn Erich und Tochter Silvia) nach New York ausgewandert⁴³, dort am 19.12.1944 verstorben. Wohnort der Familie in 1961: New York. Anwesen (Haus Nr. 112) veräußert in 1936⁴⁴, lt. Brandkatastereintragung parallel zur Archivalie ebenfalls im Jahr 1936.

Moses Simon, auswärtiger Nachbesitzer (seit 1925) des Angenröder Israeliten **Isaak Wertheim**, geb. 1854 (Bürgel/Kreis Marburg), gest. 07.10.1934 (Angenrod), lt. Brandkatastereintrag war Isaak Wertheim Versicherter seit 1893, ab 1925 eingetragen: Moses Simon. Verkauf des Hauses (Haus Nr. 108) mit Grundstück im Jahr 1936.⁴⁵

1937:

Julius Justus, geb. 13.08.1886 (Angenrod), gest. 07.08.1961 in New York, lt. Brandkatastereintrag Eigentümer ab 1921.⁴⁶ In die USA (New York) mit Ehefrau Sofie geb. Friedmann im Juni 1937 ausgewandert.⁴⁷ Tochter Rosi, später verh. Schindler, (geb. 17.04.1915) war bereits im April 1936 - von Hamburg aus mit dem Schiff „Washington“ - nach New York emigriert.⁴⁸ Sie kam dort am 1. Mai 1936 an und arbeitete in der Ostküstenmetropole bis Ende 1943 als Hausgehilfin, in einem 1a-Versandgeschäft und auch als Büroangestellte. Verkauf des Hauses (Haus Nr. 59) und Grundstück lt. Brandkatastereintragung im Jahr 1937.⁴⁹

Karl Oppenheimer, geb. 19.05.1895 (Angenrod) und **Hirsch Oppenheimer**, geb. 07.03.1865 (Angenrod) je ½ lt. Brandkatastereintrag von 1931. Karl Oppenheimer war Neffe des Hirsch Oppenheimer, Sohn des Zaduk Oppenheimer, geb. 16.05.1863 (Angenrod). In die USA (Hartford/Connecticut) ausgewandert mit Familie. Korrespondentin bei den Nachkriegs-Entschädigungsverhandlungen war die Schwester Karl Oppenheimers, Clothilde Kaufmann (geb. 03.02.1893). Clothilde hatte zuletzt in Laubach gewohnt und den am 26.06.1892 in Ettinghausen geborenen Albert Kaufmann geheiratet. Der Ehemann verstarb am 14.11.1946 in Hartford (USA).⁵⁰ Verkauf des Hauses (Haus Nr. 2) und der Grundstücke lt. Brandkatastereintrag ab 1937.⁵¹

43 HHStAW, Best. 518, Sig. 45901.

44 HHStAW, Best. 519/A, Sig. Gi 26325.

45 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

46 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

47 HHStAW, Best. 518, Sig. 24095.

48 HHStAW, Best. 518, Sig. 28597.

49 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

50 HHStAW, Best. 518, Sig. 29748.

51 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

Isidor Rothschild, geb. 01.02.1898 (Angenrod), lt. Brandkatastereintrag: Hermann Rothschild ab 1896.⁵² Nach Südafrika (Johannesburg) ausgewandert am 5.10.1936. Die Korrespondenz in der Nachkriegszeit führte die Tochter Isidor Rothschilds, Sonja (geb. 08.12.1927 in Angenrod) verh. Barnett.⁵³ Der Verkauf des Hauses (Haus Nr. 107) sowie des Grundstücks erfolgte laut Kaufvertrag über einen Alsfelder Rechtsanwalt, die Überschreibung der Grundstücke zum Eigentum ist datiert zum 23.04.1937.⁵⁴

Zaduck Stern, geb. 11.02.1903 (Angenrod, Sohn des Juda Stern), lt. Brandkatastereintrag: Zaduck Stern (ab 1929).⁵⁵ In die USA (New York) mit mehrköpfiger Familie ausgewandert.⁵⁶ Verkauf des Hauses (Haus Nr. 114) und des Grundstücks lt. Brandkatastereintrag ab 1937.⁵⁷ Das Haus wurde 1980 vom Nachbesitzer abgerissen. Heute befindet sich an seiner Stelle eine Freilandhaltung für Hühner.

1938:

Meier Wertheim, geb. 22.09.1887 (Angenrod), und Genossen (Gießen), lt. Brandkatastereintrag: 1931.⁵⁸ Das Haus (Haus Nr. 84) mit Grundstück wurde am 23.03.1938 per notariellem Vertrag veräußert. Die Rückerstattungsabwicklung zwischen der „Hessischen Treuhandverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Wiesbaden, Gustav-Freytag-Straße 4 (Antragstellerin) und dem Antragsgegner wurde 1951 abgeschlossen.⁵⁹

Exemplarisch für die auch übrigen Abwicklungen sei hier ein Auszug aus dem diesbezüglichen Vergleich zitiert. Unter Ziffer 2 dieses Vergleichs wird festgestellt: „Die Jewish Restitution Organisation in New York (JRSO) hat fristgerecht eine Anmeldung auf Rückerstattung dieses Grundstücks eingereicht. Durch Vertrag zwischen der JRSO und dem Land Hessen vom 13.02.1951 ist der vorliegende Rückerstattungsanspruch auf die Hessische Treuhandverwaltung G.m.b.H. in Wiesbaden übergegangen.“ Und unter 3) heißt es dann: „Die Antragstellerin verzichtet auf ihre Rückerstattungsansprüche hinsichtlich des vorstehend bezeichneten Grundstücks.“ Im weiteren Verlauf des Vergleichs werden dann die finanziellen Auflagen - in Jahresratenbeträgen - fixiert, die an die Staatshauptkasse Hessen in Wiesbaden auf ein angegebenes Konto mit Zusatz „auf Konto HTV“ einzuzahlen sind: „Der Bestand des Treuhandkontos fällt dem Antragsgegner zu.“

„Mit diesem Vergleich sind alle gegenseitigen Ansprüche der Parteien in der vorliegenden Rückerstattungssache abgegolten. Jede Partei trägt ihre Kosten“,

52 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

53 HHStAW, Best. 518, Sig. 23231; und Best. 518, Sig. 33090.

54 HHStAW, Abt. 519/A, Sig. Gi 25232.

55 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

56 HHStAW, Abt. Best. 518, Sig. 28652.

57 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

58 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

59 HHStAW, Abt. 519/A - Gi 26357.

heißt es dann gegen Ende des Vergleichs, der im vorliegenden Fall am 09.03.1953 in Marburg geschlossen wurde.

Hannchen Hecht geb. Lorsch, geb. 23.05.1871 (Angenrod), Shoah-Opfer: Theresienstadt (1943), lt. Brandkatastereintrag: seit 1929. Käufer des Hauses (Haus Nr. 79) mit Grundstück war zunächst, wie in der „Oberhessischen Zeitung“ veröffentlicht, Arbeiter Karl Stieler (Altenburg). Rechtlich verbindlich erwarb dann aber (Auflassung) am 30.08.1938 ein anderer Käufer dieses Anwesens.⁶⁰

Bei der Rückerstattungsabwicklung war hier eine vorausgehende Grundstücksschätzung durch das Ortsgericht Angenrod (Ortsgerichtsvorsteher Hoffmann, sowie Ortsgerichtsmänner H. Schlitt und K. Jung 6.) durch Rechtsanwalt und Notar Wachtel (Alsfeld) eingeschaltet worden.⁶¹

Jeanette Wertheim, geb. 20.08.1859 (Angenrod), später Bad-Nauheim, dann Shoah-Opfer 1943, Theresienstadt) und Rosa Wertheim, geb. 30.11.1853, gest. 04.05.1925 (Angenrod), beide Töchter des Markus Wertheim. Versicherter lt. Brandkatastereintrag: Markus Wertheim (1824 - 13.11.1867, „Ortsbürger“, ab 1835.⁶² Der Verkauf der Hofreite Haus Nr. 56 im Ort sowie des Ackers „Grabenberg“ erfolgte mit Kaufvertrag und Auflassung vom 12.09.1938, die Umschreibung am 18.01.1939.⁶³

Auch hier wurde bezüglich der Rückerstattung - nominell sind die Töchter von Markus Wertheim, Rosa Wertheim und Jeanette Wertheim aufgeführt - ein Vergleich geschlossen, und zwar mit den Erben Wertheim in Angenrod.

Vogel Wertheim (Angenrod), geb. 22.03.1857 (Angenrod) und Frau Minna geb. Adler. Versicherter lt. Brandkatastereintrag: Vogel Wertheim 1. (seit 1881).⁶⁴ Letzte Bewohner des Grundstücks (Hofreite mit Grabgarten) waren Simon Wertheim, geb. 03.01.1883 (Angenrod) und dessen Familie (Ehefrau Jenny geb. Oppenheim, Töchter Frieda und Meta sowie Sohn Fritz), die nach dem Notverkauf ihres Anwesens nach Frankfurt am Main verzogen (zuletzt: Obermain-Anlage 16).

Bis auf Tochter Frieda (geb. 25.04.1914 in Angenrod), die über England (10 Jahre lang, seit April 1938 war sie in London Köchin für Allgemeine und Diätküche und heiratete dort am 30.06.1944) in die USA auswanderte (Wohnadresse noch in 1978: Landershill in Florida) wurden alle übrigen Familienmitglieder Opfer der Shoah.⁶⁵

Käufer des Hauses (Haus Nr. 102) und des Grundstücks, wie in der „Oberhessischen Zeitung“ damals bereits veröffentlicht: *Karl Gonder* (Bernsburg),⁶⁶ lt.

60 HHHStAW, Abt. 519/A - Gi 26173.

61 HHHStAW, Abt. 519/A - Gi 26173.

62 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

63 HHHStAW, Abt. 519/A, Sig. Gi 25878.

64 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

65 HHHStAW, Best. 518, Sig. 49622.

66 OZ-Archiv: 27.06.1938.

Brandkatastereintrag seit 1939, lt. Kaufvertrag: 01.06.1938.⁶⁷ Auch dieser Grundstücksverkauf in der NS-Zeit wurde durch außergerichtlichen Rückerstattungsvergleich in der Nachkriegszeit endgültig abgeschlossen (am 26.04.1952).

Rosa Wertheim geb. Kartbacher, Witwe des in 1914 verstorbenen Gastwirts Josef Wertheim (Angenrod), Versicherte gemäß Brandkatastereintrag: seit 1927.⁶⁸ Käufer der Gastwirtschaft (Haus Nr. 117) mit allen Gebäuden und Grundstücken, in der „Oberhessischen Zeitung“ bereits publiziert: „Viehhändler Jung“ (Angenrod) (lt. Brandkatastereintrag: 1942).⁶⁹

Sally Wertheim, geb. 30.01.1888 (Angenrod), Shoah-Opfer und letzter israelitischer Gemeindevorsteher Angenrods. Versicherter lt. Brandkatastereintrag: Sally Wertheim ab 1922.⁷⁰ Sally und Minna Wertheim's Kinder - Walter, Margot und Karl-Heinz Wertheim - emigrierten ab Mai 1938 in die Vereinigten Staaten von Amerika (New York).⁷¹ Das Haus/Grundstück (Haus Nr. 111, Hofreite und Grabgarten sowie Grasgarten) wurde mit Kaufvertrag vom 05.08.1938 veräußert.⁷² Der Rückerstattungsvergleich wurde auch hier rechtens: am 28.06.1952.

1939:

Salomon Schaumberger, geb. 20.04.1861 (Angenrod), gest. in Belgien/Liege, lt. Brandkastereintrag Versicherter seit 1903.⁷³ Salomon Schaumberger starb vermutlich - er war zuvor mit seiner Ehefrau Fanny geb. Gras von Tochter Selma verh. Hertog zu ihr nach Lüttich geholt worden - in Belgien. Die übrigen Familienmitglieder bis auf Tochter Franziska (Opfer der Euthanasie/Brandenburg) wurden jedoch aus Belgien (Mechelen) deportiert und starben in der Shoah. Der Verkauf des Hauses (Haus Nr. 103) mit Grundstück erfolgte an den „arischen“ Nachbesitzer mit Kaufvertrag und Auflassung vom 13.03.1939, Umschreibung: 14.09.1939.⁷⁴

Israel Lorsch II., geb. 1846, gest. 15.01.1927, lt. Brandkatastereintrag Versicherter seit 1886.⁷⁵ Zum Verkauf gelangten lt. Kaufvertrag vom 15.03.1939 das einstöckige Wohnhaus mit Stall (Haus Nr. 35) sowie der Acker am Mühlberg.⁷⁶ Dem Haus waren lt. Brandkatastereintrag 1827 die Gemeinde sowie Johannes Heidelberg als Besitzer zugewiesen. Es war damals als „Hirthaus“, Haus mit Anbau, ausgewiesen und wechselte 1835 in den Besitz von Matthäus Lorsch über.

67 HHStAW, Abt. 519/A - Gi 25182.

68 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

69 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

70 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

71 HHStAW, Best. 518, Sig. 2187/05; Best. 518, Sig. 24288; Best. 518, Sig. 30501.

72 HStAD, Best. G 15 Alsfeld Nr. T 93; HHStAW, Abt. 519/A, Sig. Gi 25880.

73 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

74 HStAD Best. G 15 Alsfeld Nr. T 93 und HHStAW, Abt. 519A, Sig. Gi 26185.

75 Stadtarchiv Alsfeld, „Brandversicherungs-Kataster des Orts Angenrod im Landraths-Bezirk Kirtorf verfertigt im Jahr 1822 für das Steuer-Kommissariat“.

76 HStAD Best. G 15 Alsfeld T 93 und ebd. Abt. G 15 Kreis Alsfeld, Nr. XXI 93 T.

Das alte Fachwerkhaus ist im Bestand H2 (Landratsamt Alsfeld) aus dem Jahr 1951 in der Akte „Abbruch von baufälligen Gebäuden 1947 - 1954“ als „Baufälliges Haus Nr. 35“ ausgewiesen.⁷⁷ Es wurde in den fünfziger Jahren abgerissen und machte einem Wohnhausneubau des Grundeigentümers Platz.

Hermann Löwenstein, geb. 1869, gest. 23.07.1930 (Angenrod), Versicherter lt. Brandkatastereintrag: ab 1896.⁷⁸ Verkauft wurde das Haus (Haus Nr. 86) mit Grundstück per Kaufvertrag vom 06.04.1939.⁷⁹ Der Kaufvertrag wurde seinerzeit mit Leopold „Israel“ Speier in Vollmacht für den in den USA wohnhaften Sohn Löwensteins abgewickelt. Der moderat gehaltene Rückerstattungsvergleich wurde am 24.01.1950 geschlossen.⁸⁰

Israel Oppenheimer, geb. 17.10.1839, Versicherter lt. Brandkatastereintrag: ab 1870.⁸¹ Verkauft mit Kaufvertrag vom 21.06.1939 wurden die beiden Häuschen (Häuser Nr. 56 und 56a, dann Haus Nr. 100).⁸² Der Kaufvertrag wurde mit der einzigen noch dort wohnenden und unverheirateten Tochter **Bertha Oppenheimer** (geb. 04.10.1888, „Bule's Berthachen“), dem späteren Shoah-Opfer, geschlossen.

1940:

Sally Abt, geb. 16.12.1876 (Angenrod), gest. 21.10.1940 in Angenrod. Versicherter lt. Brandkatastereintrag: Sally Abt (ab 1904).⁸³ Das Haus (Haus Nr. 94) samt zugehörigem Grundstück wurde im Jahr 1940 verkauft.⁸⁴ Der von der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) Hessischen Treuhandverwaltung G.m.b.H (HTV) geltend gemachte Rückerstattungsanspruch endete mit einem Rückerstattungsvergleich am 20.07.1954.⁸⁵

Judengemeinde Angenrod - Verkauf des jüdischen Friedhofs Angenrod:

Der im Rahmen der Arisierung jüdischen Grundbesitzes erfolgte Verkauf der „Israelitischen Begräbnisstätte am Gerhardsgarten (Flur I Nr. 212, 4920 qm) an eine Privatperson ist mit Kaufvertrag auf den 18. September 1940 datiert. Kaufvertragspartner für die jüdische Gemeinde Angenrod war in Vollmacht deren Vorsteher Sally Wertheim.⁸⁶

Der israelitische Friedhof in Angenrod befindet sich am westlichen Ortsausgang dicht bei der ehemaligen Angenröder Möbelfabrik („Am Gerhardsgarten“).

77 HStAD Best. H 2, Sig. 3411.

78 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

79 HStAD Best. G 15 Alsfeld Nr. T 93.

80 HHStAW, Abt. 519, Sig. Gi 269.

81 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

82 HStAD Best. G 15 Alsfeld Nr. T 93 und HHStAW, Abt. 519/A, Sig. Gi 25261.

83 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

84 HStAD Best. G 15 Alsfeld Nr. T 93.

85 HHStAW, Abt. 519/A, Sig. Gi 26137.

86 HStAD Best. G 15 Alsfeld Nr. T 93.

Insgesamt sind zurzeit noch exakt 201 Grabsteine - teilweise auch mit kaum noch lesbaren Inschriften - vorhanden. Bei einem weiteren Grab ist lediglich noch die Grabumfassung vorhanden. Somit sind heute noch insgesamt 202 Grablagen nachweisbar. Der Friedhof steht unter Denkmalschutz.⁸⁷ Er verfügt über eine Fläche von 1439 qm.⁸⁸ Von insgesamt 28 seit 1920 in Angenrod verstorbenen Angenrödern israelitischer Konfession sind also heute nur noch 17 zuzuordnende Gräber vorhanden.

Wie im Bildband „Kulturdenkmäler in Hessen - Stadt Alsfeld“ des Landesamts für Denkmalpflege (2002) bereits ausgeführt wird, war der jüdische Friedhof Angenrod (jetzt: Flur 1, Flurstück 212/1) Begräbnisplatz für Juden aus Alsfeld, Romrod, Leusel, Ober-Gleen und in seiner Anfangszeit auch aus Grebenau, also ein typischer Sammelfriedhof.⁸⁹ Er soll diesen Angaben zufolge seit der Mitte des 18. Jahrhunderts bestehen.

Reliefdarstellungen auf den Sandsteingrabmalen - der Sandstein soll seinerzeit aus dem Steinbruch bei Ruhlkirchen herangeschafft worden sein⁹⁰ - finden sich auch in Form von zum Beispiel Eichenlaub und Eisernem Kreuz. Wie Michael Lenarz (Jüdisches Museum der Stadt Frankfurt) hierzu erläutert, handele es sich bei diesen Symbolen um ein klares Bekenntnis der damaligen Angenröder Israeliten - Zeichen ihrer Integration - zum Deutschtum.

Die einschlägigen Archivalien bestätigen in Übereinstimmung mit den Berichten der Zeitzeugen, dass der jüdische Friedhof Angenrod vor der Nazizeit erheblich größer gewesen war - um etwa das Doppelte der heutigen Fläche. Ältestes noch vorhandenes Grab auf der jetzigen Friedhofsfläche ist das des Schutzjuden Haune Moses Rothschild, gest. 21.03.1842.

Und wiederum ist es die „Oberhessische Zeitung“, die wichtige Belege für einen bereits deutlich vor dem Jahr 1843 bestehenden und genutzten jüdischen Friedhof gleicher Lokalität wie heute liefert.

Mit Datum vom 27. April 1843 - also nur 1 Jahr nach der Bestattung von Haune Moses Rothschild, dessen Grab das älteste des aktuellen Friedhofsareals darstellt - findet sich in der OZ bereits eine Versteigerungsanzeige für Ausführung diverser Arbeiten am „israelitischen Friedhof zu Angenrod“, darunter Anlage einer Fichtenhecke, Hausteine zu Thorpfeiler, Kapitäl und Schwellen, ein zweiflügeliges Lattentor und Zugehör - „mit olivengrauer Oelfarbe anzustreichen“ - sowie den dazugehörigen Beschlag „an die Wenigstnehmenden in Accord“ zu geben. Versteigerungsgastgeber war seinerzeit „Wirth Bambei“, unterzeichnet war das Inserat von I. Lorsch, dem israelitischen Vorsteher Angenrods.⁹¹

Auch historische Erweiterungsmaßnahmen des alten jüdischen Friedhofs (mit Gräbern vor 1840, zum Beispiel auch denjenigen Grebenauer Israeliten)

87 <http://denkxweb.denkmalpflege-hessen.de/>.

88 Amtsgericht Alsfeld, Grundbuchblatt Nr. 134 Angenrod.

89 „Stadt Alsfeld“, Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Kulturdenkmäler in Hessen, herausgegeben vom Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Wiesbaden 2002.

90 Zuverlässige Zeitzeugenfeststellung.

91 OZ-Archiv: 29.04.1843.

lassen sich auf der Basis von Planzeichnungen und schriftlichen Dokumenten eindeutig belegen.⁹²

Anhand dieser archivalischen Unterlagen ergibt sich zwanglos, dass der jüdische Friedhof von Westen nach Osten sukzessive ausgedehnt wurde. Damit übereinstimmend ist auch, dass die letzten noch vorhandenen Gräber Angenröder Israeliten (Abb. 12) - markiert durch weiße Linien - sich auf der dorfwärts befindlichen Seite des jetzigen „Judenfriedhofrelikts“ befinden - bis hin zur jüngsten Grabstätte eines Angenröder Israeliten, des Vorpredigers, des „Benschers“, Sally Abt, gest. 21.10.1940.

Ganz bewusst möchte sich der Autor aber eines Kommentars zur Verkleinerung des jüdischen Friedhofs Angenrods enthalten. Er weist dabei auch auf weitere - in der Nazi- und Nachkriegszeit erfolgte - massive Reduzierungen der Flächen jüdischer Friedhöfe und Entfernung von Grabsteinen jüdischer Ruhestätten hin wie zum Beispiel dokumentiert auch für den Judenfriedhof im benachbarten Kirchhain, speziell Stadtallendorf-Hatzbach, Nichtachtung jüdischer Religion und Tradition implizierend.⁹³



*Abb. 12: Foto aus Südrichtung vom derzeitigen israelitischen Friedhof Angenrods. Die weiße Linie verdeutlicht die Abgrenzung zu den Nachbargrundstücken.
Foto: Ingfried Stahl*

92 HStAD Best. E 10, Sig. 1970 mit auch einer Lageskizze.

93 http://www.alemannia-judaica.de/marburg_lahn-dill-kreis_friedhoeft.htm#Kirchhain.

Hermann Katz, geb. 12.03.1872 (Ludwigshafen), zuletzt wohnhaft in Kassel-Niederzwehren (Wartekuppe) gemeinsam mit Ehefrau Fanny geb. Schaumberger, deren unverheirateten Schwester Friederike (Ricke) Schaumberger und deren in Kassel verstorbenen Bruder Moritz Schaumberger, mit seiner Frau und Schwägerin Shoah-Opfer Minsk, Versicherter des Wohnhauses in Angenrod lt. Brandkatastereintrag: Heinemann Schaumberger seit 1880.⁹⁴ Das halbe Haus - zweistöckig mit Balkenkeller - (Haus Nr. 43) gelangte mit Kaufvertrag vom 10.01.1940 zum Verkauf.⁹⁵ In diesem Falle wurde die Rückerstattungsanmeldung der JRSO bei der Wiedergutmachungsbehörde, dem Amt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Gießen, im November 1950 wieder zurückgezogen.⁹⁶

1942:

Sally Wertheim, (geb. 30.01.1888), Shoah-Opfer, lt. Brandkatastereintrag seit 1911 Besitzer, später „Beth Horzar - Wohltätigkeitsverein der israelitischen Gemeinde Angenrod“, lt. Brandkatastereintrag seit 1924. Der Verkauf des Hauses (Haus Nr. 47) mit Grundstück an den Erwerber muss lt. Brandkatastereintrag um 1942 erfolgt sein.⁹⁷

Ausgewanderte Angenröder Israeliten

Aus Angenrod wanderten - soweit zu Beginn der historischen Recherchen durch zumeist Zeitzeugenaussagen bekannt, aber jetzt auch durch einige Archivalien des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt sowie des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden (Entschädigungs- und Rückerstattungsakten) belegt - noch rechtzeitig aus:

Julius Abt, geb. 1904, ab Dezember 1934 in New York⁹⁸

Die **Eheleute Julius Justus** (geb. 1886) seit Juni 1937 in die USA (New York).⁹⁹ Tochter Rosi verh. Schindler (geb. 17.04.1915) war schon im April 1936 nach New York ausgewandert.¹⁰⁰

Die **Familie Hermann Levi** (geb. 1891) („Lejbjes“) seit Mai 1936 nach New York.¹⁰¹

Die **Familie Oppenheimer** (Hirsch Oppenheimer (geb. 07.03.1865 in Angenrod), Neffe Karl Oppenheimer (geb. 19.05.1895), Nichte Clothilde verh. Kaufmann - zuletzt wohnhaft in Laubach -, geb. 03.02.1893 -, Tochter Klara verh. Adler (geb. 10.05.1892) und Hirschs Tochter Hilda (geb. 28.05.1895) nach West-

94 Stadtarchiv Alsfeld: Brandkataster Angenrod (ab 1867).

95 HStAD Best. G 15 Alsfeld Nr. T 93.

96 HHStAW, Abt. 519 A, Sig. Gi 25170.

97 Stadtarchiv Alsfeld: Grundbuch und Brandkataster Angenrod.

98 HHStAW, Best. 518, Sig. 23178.

99 HHStAW, Best. 518, Sig. 24095.

100 HHStAW, Best. 518, Sig. 28597.

101 HHStAW, Best. 518, Sig. 45901.

Hartford (USA).¹⁰² Clothilde Kaufmanns Ehemann Albert Kaufmann, geb. 26.06.1892 in Ettinghausen, verstarb am 14.11.1946 in Hartford (USA).

Die Familie **Isidor Rothschild** (geb. 01.02.1898) („Heschjes“) mit Ehefrau Irene, Vater Hermann Rothschild und Tochter Sonja (geb. 18.12.1927, später in Südafrika verheiratete Barnett seit Oktober 1936 nach Johannesburg/Südafrika).¹⁰³ Sonja Barnett hatte eigenen Angaben zufolge in 1949 ein Studium an der renommierten „University of the Witwatersrand“ in Johannesburg begonnen, das sie mangels Finanzmitteln nicht abschließen konnte. Sie war später als Büroangestellte beschäftigt.¹⁰⁴

Ludwig Speier (geb. 13.05.1924, gest. 14.01.2007), einziger Überlebender der Familie Leopold Speier (Angenrod), ab 5. Januar 1939 nach Basel, wo er als Flüchtling im Arbeitslager in Schauenburg interniert war und bei Straßenarbeiten eingesetzt wurde. In Basel erlernte Ludwig Speier, der noch bis 10. November 1938 die jüdische Bezirksschule in Bad Nauheim besucht hatte, das Bäckerhandwerk. Von 1941 bis September 1943 war er als Bäckergehilfe bei Bäcker Willi Sutter in Basel, Lothringer Straße 110, beschäftigt. 1947 wanderte Ludwig Speier in die USA aus, wo er in New York erneut als Bäckergehilfe Arbeit fand: „Anstatt Arzt zu werden, bin ich nunmehr Bäcker.“ Ludwig Speier wohnte lt. Archivalie 1967 in Belle Harbor, N.Y.¹⁰⁵

Familie Stern („Ranjes“) mit Juda Stern (geb. 1873) und Zadock Stern (geb. 11.02.1903) ab 1937 in die USA.¹⁰⁶ Zadock Stern lebte zuletzt in Großen-Buseck, war selbständig und führte ein Manufakturwarengeschäft - „welches sehr gut ging.“ In 1937 wanderte er zusammen mit Familie Schiff von Hamburg mit dem Schiff „Washington“ der United States Line in die USA aus. Ab Anfang August 1937 fand er in New York wieder Arbeit.

Ein **Teil der Familie Sally Wertheims** („Herze“) in die Schweiz (Herz und Enkel Karl-Heinz), der andere (Margot und Walter Wertheim) sofort in die Vereinigten Staaten.¹⁰⁷ Walter Wertheim (geb. 25.08.1920) war bereits mit polizeilicher Abmeldung vom 16.05.1938 nach New York (Springfield/Long Island) ausgewandert. Noch bis zu diesem Zeitpunkt lebte er in Angenrod bei seiner Familie in der Judengasse 111.

Bruder Karl-Heinz Wertheim (geb. 05.05.1926) berichtet in einem Schriftwechsel von der der Auswanderung vorausgegangenen Juden ausgrenzenden Zeit in Angenrod, dass „die Lehrer Pfeiffer und Freundlich mich täglich misshandelten.“¹⁰⁸

102 HHStAW, Best. 518, Sig. 29748.

103 HHStAW, Best. 518, Sig. 23231 und Best. 518, Sig. 33090.

104 HHStAW, Best. 518, Sig. 23231.

105 HHStAW, Best. 518, Sig. 55590.

106 HHStAW, Best. 518, Sig. 28652.

107 Mathilda W. Stein in: „The way it was: The Jewish World of Rural Hesse“, Frederick Max Publications, 430 Montevallo Drive, Atlanta, Georgia, 2002, S. 138, 139; HHStAW, Best. 518, Sig. 24288.

108 HHStAW, Best. 518, Sig. 30501.

1936 sei er von der Schule in Angenrod „verwiesen“ worden. Von 1936 bis 1938 habe er die jüdische Schule in Bad Nauheim besucht. Im Juni 1939 habe er seine Eltern in Angenrod mit einem Kindertransport in die Schweiz verlassen. Dort habe er keinen Beruf gehabt, vielmehr sei er bis 1946 als Landarbeiter tätig gewesen.

Danach sei er in die Vereinigten Staaten geflogen. Die Flugzeugkarte hätten seine Schwester Margot Mayer und sein Bruder Walter Wertheim bezahlt. In den USA (New York) habe er das Metzgerhandwerk erlernt.

Die Eltern Sally und Minna Wertheim geb. Löwenthal blieben in Angenrod. Sie zählten zu den letzten acht Angenröder Israeliten, die am 7. September 1942 aus dem Haus „Speier“ (Leuseler Str. 3) deportiert wurden. Beide wurden Opfer der Shoah.

Frieda Wertheim verh. Rauch, geb. 25.04. 1914, wanderte als einzige ihrer Familie von der Zwischenwohnstation Frankfurt aus über England in die Vereinigten Staaten (Landershill, Florida) aus.¹⁰⁹ Dort wohnte sie noch in 1978. Ihre einzelnen Stationen bei der Auswanderung und das Schicksal ihrer vier Familienangehörigen, der Familie Simon Wertheim („Vogels“), wurden bereits im Zusammenhang mit den Notverkäufen der Häuser geschildert.

In der Hoffnung, nach dem Verkauf ihrer Häuser noch rechtzeitig Deutschland verlassen zu haben, wanderten auch aus: die Familie Salomon Schaumberger („Salme“) - zunächst Schwiegersohn Alexander Hertog (geb. 03.08.1880 in Meerssen Prov. Limburg/Holland) mit Frau Selma geb. Schaumberger (geb. 23.06.1894), später Schwiegervater Salomon Schaumberger (geb. 20.04.1861, verst. vermutlich in Lüttich) und dessen Frau Fanny geb. Gras - nach Lüttich/Belgien und die Familie Leopold Klein (geb. 18.01.1905 in Rust in Baden) mit Ehefrau Mathilde Klein geb. Hecht (geb. 17.02.1905 in Angenrod) und den beiden kleinen Mädchen Hilma (geb. 21.02.1932) und Ruth (12.04.1934) nach Benfeld in Elsass Lothringen. Leopold Klein war Metzger und Schuhhändler. Seine Eheschließung mit Mathilde Hecht am 05.09.1930 war die letzte israelitische Heirat in Angenrod. Näheres zum Schicksal dieser beiden Familien siehe im Unterkapitel „Shoah-Opfer“.

NS-Zeit in Angenrod: Gravierende Auswirkungen für Juden und Oppositionelle

Schon mit Beginn der NS-Zeit in Angenrod (ab 1933) hatte sich gleich krass angedeutet, dass nicht parteikonforme - also politisch sozialdemokratisch oder kommunistisch eingestellte - Bürger nicht geduldet werden, darunter sogleich auch jüdische Mitbürger.

So sollen bereits 1933/34 aufgrund von Zeitzeugenangaben drei Angenröder Männer in das im März 1933 in Betrieb genommene Konzentrationslager Osthofen (bei Worms) eingewiesen worden sein: August Decher (geb. 1900) und Hermann Müller (geb. 1908, später Kriegsgefallener), beide als „Schutzhäftlinge“

109 HHStAW, Best. 518, Sig. 49622.

wegen politischer Einstellung, sowie ebenfalls als jüdischer „Schutzhäftling“ Leopold Speier (geb. 1875).¹¹⁰

Zu Speier, von Beruf Kaufmann, finden sich in der Datenbank „Widerstand und Verfolgung“ des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt Belege für seine „Delikte“: „Vergehen gegen die Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21.03.1933.“¹¹¹

Als Zeit der Verfolgung sind die Jahre 1934, 1938 und 1944 angegeben. Der Datenbank zufolge stellt sich der Sachverhalt wie folgt dar: Speier wurde wegen abfälliger Äußerungen über die Politik des Dritten Reichs, unter anderem, dass Hitler das Volk „verkohle“ und belüge, im Frühjahr 1934 in Schutzhaft genommen und für vier Wochen in das Konzentrationslager Osthofen eingewiesen.

Am 20. April 1934 verurteilte ihn das Amtsgericht Alsfeld in der gleichen Angelegenheit zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat, die er möglicherweise aber nicht verbüßen musste. Speier verkaufte am 15. November 1936 zwangsweise ein Grundstück in Leusel. Der verbliebene Besitz wurde im April 1944 von der Gemeinde Leusel eingezogen. Speier gilt als im Konzentrationslager Auschwitz verschollen. Durch Belege des ITS-Arolsen konnte das Schicksal von Leopold Speier und seiner Familie aber jetzt aufgeklärt werden (siehe bei Shoah-Opfern).

Offizieller Beleg für die Schutzinhaftierung von August Decher ist auch das Gemeinderatsprotokoll vom 29. Oktober 1933.¹¹² Dort ist der Tagesordnungspunkt „Unterstützung der als politischer Häftling eingezogene August Decher Ehefrau“ eingetragen. Im Beschluss heißt es dann: „die Frau Decher soll während der Haft ihres Mannes eine wöchentliche Unterstützung aus der Gemeinde von 20 Pfund Backmehl, 1 Liter Öhl und 2 Mark in bar.“ Das Wort „erhalten“ fehlt im Protokoll.

Grundlage der Inhaftierungen bildete die nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 durch Reichspräsident von Hindenburg erlassene „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“, die der „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“ dienen sollte. Hierdurch wurden viele Grundrechte außer Kraft gesetzt, den Nationalsozialisten war es somit gestattet, politische Gegner ohne Anklage und Beweise in „Schutzhaft“ zu nehmen.

Während es in Osthofen zu keinen Todesfällen kam - August Decher arbeitete zum Beispiel sechs Wochen lang in der Landwirtschaft, berichtete Tochter Elise verh. Schwarz -, waren aber ansonsten die Rahmenbedingungen aufgrund von Misshandlungen, Demütigungen, harter Arbeit, Krankheiten und schlechten hygienischen Bedingungen sehr hart. Im ebenfalls frühen und politischen Konzentrationslager Dachau dagegen herrschten noch weit schlimmere Schutzhaftbedingungen - bis hin zu Todesfällen.

110 Übereinstimmende Angaben mehrerer Angenröder Zeitzeugen.

111 HStAD, Datenbank: „Widerstand und Verfolgung“; Quellen D Abt. G 15 Alsfeld Nr. T 93; D Abt. G 21 A, Nr. 2088; <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

112 Stadtarchiv Alsfeld, Gemeinderatsprotokolle Angenrod 1901 bis 1935.

In Dachau ist später im Zuge der Reichskristallnacht die Inhaftierung eines Angenröder Israeliten belegt, des damals in Frankfurt wohnenden Simon Wertheim.¹¹³ Laut Auskunft der jetzigen KZ-Gedenkstätte Dachau war Simon Wertheim, geb. am 3.1.1883 in Angenrod, wohnhaft in Frankfurt/M., Uhlandstr. 47, im Zuge der sog. Reichskristallnacht nach Dachau gebracht worden und hier für mehrere Wochen inhaftiert. Das Zugangsdatum war der 14.11.1938, seine Haftlingsnummer 25726.

Im Zugangsbuch des KZ ist Simon Wertheim mit dem Beruf „Viehtreiber“ verzeichnet. Die genaue Dauer der Haftzeit ist nicht bekannt, da das Zugangsbuch die einzige Quelle ist. Weitere Dokumente zu Wertheim liegen nicht vor, auch nicht zu weiteren Dachau-Häftlingen mit dem Geburts- oder Wohnort Angenrod, so das Ergebnis einer Datenbankrecherche in der Gedenkstätte.¹¹⁴

Ein innerörtlicher früher Beleg für die sich für die Angenröder Israeliten ab 1933 zunehmend verschärfende Situation ergibt sich bei der Sichtung der Angenröder Gemeinderatsprotokolle.¹¹⁵ So ist beispielsweise im Protokoll vom 20.05.1922 vermerkt, dass dem „Gesuch der israelitischen Gemeinde Angenrod um Erhöhung des von der politischen Gemeinde Angenrod zu zahlenden Beitrags zum Gehalt des israelitischen Religionslehrers“ für das Rechnungsjahr 1922 entsprochen wurde. Es wurde eine Summe von 600 Mark bewilligt.

Das Protokoll ist unterzeichnet von Bürgermeister Schlitt (Heinrich Schlitt, d. Verf.) sowie den damaligen Gemeinderatsmitgliedern Hoffmann (Karl Hoffmann, d. Verf.), Jung 3., Bamby (Ludwig Bamby, d. Verf.), Bernhard II. (Johannes Bernhard, d. Verf.), Jung I., Müller, Martin (Johannes Martin, d. Verf.), Oppenheimer (Hirsch Oppenheimer, geb. 1865 Israelit, d. Verf.), Schmidt (Otto Schmidt, d. Verf.) sowie Levi (Seligmann Levi, geb. 1860, gest. 1935 Israelit, d. Verf.).

Wohltuende Beschlüsse des Gemeinderats Ersuchen jüdischer Bürger Angenrods gegenüber lassen sich auch noch in weiteren Protokollen bis zu Beginn der dreißiger Jahre finden.¹¹⁶ Aber gleich nach Beginn der NS-Zeit, am 4. Mai 1933, belegt ein ablehnender Gemeinderatsbeschluss einem Israeliten gegenüber, dass sich auch in Angenrod die bislang eher harmonischen Verhältnisse im Zusammenleben von Christen und Juden umzukehren beginnen.

Beschlossen wurde unter Punkt 2 der Tagesordnung über einen Antrag von Hermann Levi um Stundung seines Rückstands von Gemeindegeldern vom Jahre 1931 und 1932. Der Beschluss hierzu trug dann folgenden sehr deutlichen und kompromisslosen Wortlaut: „Der Gemeinderat lehnt jede Stundung ab. Die Rückstände vom Jahr 1931 sollen bis zum 15. Mai 1933 erledigt sein, die Rückstände des Jahres 1932 müssen in Raten bis spätestens 1. Oktober 1933 beglichen sein.“

113 HStAD, Best. G 27 Nr. 42.

114 Datenbankrecherche der KZ-Gedenkstätte Dachau nach Anschreiben des Verfassers, für die der Autor an dieser Stelle herzlich dankt.

115 Stadtarchiv Alsfeld, Gemeinderatsprotokolle Angenrod 1901 bis 1935.

116 Stadtarchiv Alsfeld, Gemeinderatsprotokolle Angenrod 1901 bis 1935.

Mit „vorgelesen genehmigt und unterschrieben“ unterzeichneten das Protokoll Bürgermeister Hoffmann (Karl Hoffmann, d. Verf.) und „die Vorstandspersonen“ Bernhard (Johannes Bernhard 2., d. Verf.) und Höhler (Karl Höhler, d. Verf.).¹¹⁷

Schon in den Jahren vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten, in der Zeit der so genannten Hitler-Bewegung, muss in Angenrod in Kreisen der Bevölkerung die Propaganda der Nazis auf Resonanz gestoßen sein, wie ein in einer Archivalie des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt dokumentierter Fall in einer Gerichtsakte dokumentiert.¹¹⁸

Der Angenröder Viehhändler Sally Wertheim wurde aufgrund von Zeugenaussagen von der Staatsanwaltschaft zu Darmstadt angeklagt, „am 2. April 1933 oder um diese Zeit zu Angenrod vorsätzlich eine unwahre Tatsache behauptet und verbreitet zu haben, die geeignet ist, das Ansehen der Reichsregierung oder das Ansehen der hinter der Regierung stehenden nationalsozialistischen Partei schwer zu beschädigen, indem er äußerte: „In Straubing (Bayern) sei ein Jude misshandelt worden, demselben habe man den Geschlechtsteil abgeschnitten, ihn dann erschossen und die Leiche auf einem Scheiterhaufen verbrannt“ oder so ähnlich.“

Als Zeuge wurde ein Landwirt aus Zell aufgeführt, dem Wertheim - erfolgreicher Viehhändler und auch letzter Vorsteher der israelitischen Gemeinde in Angenrod - bei sich zu Hause erzählt hatte, von dieser Greuelthat von einem Viehhändler in Frankfurt erfahren zu haben.

Am 15. Mai 1933 erließ der Vorsitzende des Hessischen Sondergerichts (Darmstadt) Haftbefehl gegen Sally Wertheim. Es wurde ersucht, den Haftbefehl sofort zu vollstrecken und „den Wertheim“ in das Landgerichtstagegefängnis in Gießen einzuliefern. Vor der Einlieferung sei „der Wertheim“ dem Amtsgericht in Gießen zur Eröffnung des Haftbefehls vorzuführen.“

Bei der Vernehmung in Gießen (Hessisches Amtsgericht) erklärte Wertheim, Ende März 1933 sei er in Frankfurt M. auf dem Viehmarkt gewesen. Ein Albert Levi von Frankfurt a. M. habe ihm zugerufen, er solle doch einmal mitzuhören, was hier gesprochen würde über den Otto Selz.

Im Weiteren schildert Wertheim dann, vor etwa 15 Personen habe ein Xaver Solcher von Steinburg bei Straubing erzählt, dass fünf vermummte Gestalten mit einem Auto bei Otto Selz vorgefahren seien. Dann seien sie in das Schlafzimmer des Otto Selz gegangen und hätten ihn nach einem Warnschuss mit in das Auto genommen, hätten ihn erschossen und hätten ihm den Geschlechtsteil abgeschnitten. 20 Kilometer von diesem Ort entfernt hätten sie die Leiche aus dem Auto geworfen und es käme niemals heraus, wer es getan hätte.

Wertheim gibt im Vernehmungsprotokoll zu, zu Hause in seinem Stall einem Landwirt von Zell davon erzählt zu haben: „Ich habe mir aber nichts dabei gedacht, da auch dieser Vorfall in der Zeitung gestanden hat.“ Und Wertheim gibt

117 Stadtarchiv Alsfeld, Gemeinderatsprotokolle Angenrod 1901 bis 1935.

118 HStAD, Best. G 27 Darmstadt, Sig. 42, Justizaktenzeichen SM 62/33.

abschließend einen Zeugen aus Alsfeld an, der bestätigen könne, dass Solcher dies alles in Frankfurt erzählt habe.

In der Strafsache wurde Wertheim nach dem Ergebnis der Ermittlungen auch vorgeworfen, schon seit langer Zeit im Kampfe gegen die deutschvölkische Bewegung zu stehen. „Das Gegenteil ist richtig“, schreiben Wertheim's Rechtsanwälte dem Hessischen Sondergericht in Darmstadt mit Blick auf den Vorwurf der Kreisleitung der NSDAP in Alsfeld.

Zum Beweis dafür, dass der Angeklagte, der Frontsoldat gewesen sei, „jederzeit national gedacht und gehandelt hat und niemals die deutschvölkische Bewegung bekämpft hat“, werden zwei Zeugen aus Angenrod benannt: Landwirt Ökonomierat Korell und der seinerzeitige kommissarische Bürgermeister Hoffmann.

Am 27. Mai 1933 wurde Wertheim mittags 12.55 Uhr aus dem Hessischen Landgerichtsgefängnis in Gießen „in Freiheit gesetzt.“ Die Verpflegungskostenabrechnung des Entlassungspapiers umfasst die Zeit vom 18.5.33 bis 27.5.33. Somit war Sally Wertheim insgesamt wegen „Vergehen gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 21.03.33“ neun Tage in Gießener Untersuchungshaft.

Mit Schreiben der Hessischen Staatsanwaltschaft Darmstadt vom 12. Juni 1933 erhielt Viehhändler Wertheim die Ladung zur Hauptverhandlung am 16. Juni 1933 vor dem Sondergericht in Gießen. Unter den insgesamt vier geladenen Zeugen befand sich auch Angenrods Gendarmerie-Meister Wagner. Diese Verhandlung wurde allerdings abgesetzt. Und nach Einbindung auch der Staatsanwaltschaft Straubing fasst die Staatsanwaltschaft Darmstadt am 25. August 1933 den Beschluss: „das Verfahren wird eingestellt.“

In der Tat handelte es sich bei dem im März 1933 ermordeten Straubinger Vieh- und Güterhändler Otto Selz (1885 - 1933) um das erste jüdische Opfer der NS-Herrschaft in Deutschland.¹¹⁹ An ihn erinnert heute ein Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Regensburg.¹²⁰

Als letztlich unhaltbar erwies sich auch im Zusammenhang mit der oben geschilderten Anklage eine von der Kreisleitung Alsfeld der NSDAP mit Schreiben vom 14. Juni 1933 vorgetragene Beschuldigung Wertheims für eine weit zurückliegende politische Aktion in Angenrod. Wertheim wurde beschuldigt, für die Entfernung der bereits im Jahre 1929 vom Haus einer traditionellen Angenröder Gastwirtschaft hängenden Hakenkreuzfahne verantwortlich zu sein.¹²¹

Vor besagter Fahnenentfernung soll sich laut Aussagen der Beteiligten der Angenröder Polizeidiener gehalten gesehen haben, die an der Gastwirtschaft herabhängende Hakenkreuzfahne wieder entfernen zu lassen.

Über seine Gießener Rechtsanwälte verwahrte sich Wertheim unter Benennung von mehreren - auch Angenröder - Zeugen gegen diese Beschuldi-

119 <http://de.wikipedia.org/wiki/Straubing>.

120 <http://www.ipernity.com/doc/ruebenkraut/3497720>.

121 HStAD, Best. G 27 Nr. 42.

gungen. Mit der Herunterholung der Hakenkreuzfahne habe er „nicht das geringste zu tun.“ Im August 1929 habe der Angeklagte mit einem Herrn Oppenheimer aus Angenrod vor besagter Wirtschaft gestanden, als der Polizeidiener gekommen sei und den Wirt aufgefordert habe, er möge die Fahne herunterholen, „sonst gäbe es den größten Streit.“

Daraufhin habe dann der Knecht des Gastwirts die Fahne heruntergeworfen. Der Angeklagte habe sie aufgehoben und dem Eigentümer behündigt. Als Zeuge wurde der Knecht persönlich angegeben.

Pogromgeschehen in Angenrod 1938

Jahrzehntelang nach dem Krieg blieb das Geschehen in der sogenannten Reichskristallnacht am 9. November 1938 in Angenrod ein Tabuereignis. Es wurde wie so vieles in der unseligen Nazizeit auch in Angenrod verdrängt. Erst im Rahmen der ortshistorischen Recherchen des Autors und auf gezieltes Nachfragen bei den verschiedenen aufgeschlossenen Auskunft gebenden Angenröder Zeitzeugen hin werden die auch in Angenrod abgelaufenen schändlichen Aktionen deutlich. Sie gewinnen an Authentizität durch Beiziehung auch einschlägiger Archivalien der Staatsarchive.

Während der sogenannten Reichskristallnacht im November 1938 müssen, so bestätigen die übereinstimmenden Aussagen Angenröder Zeitzeugen, auch in Angenrod Ausschreitungen gegenüber jüdischen Einrichtungen erfolgt sein.¹²² So sollen von Bauarbeitern aus dem Raum Marburg, die damals mit der Ausbesserung der Hauptstraße in Angenrod beschäftigt waren, Steine in die Fenster des Hauses Speier geworfen worden sein.

Massive Steinwürfe gab es auch in der Judengasse, als rund zehn gestandene Angenröder Erwachsene - darunter keine Angehörige der Angenröder SA und der NSDAP - zumindest die Fensterscheiben der Synagoge zertrümmerten. Ein in Brand setzen der Judengasse wurde tunlichst vermieden, standen doch eine Reihe von Häusern, die nicht in jüdischem Besitz waren, dicht gedrängt in der Nähe. Es hätte ein flammendes Inferno ausgelöst werden können.

Ein etwas deutlicheres Bild vom Pogromgeschehen in Angenrods Judengasse, allerdings nicht am 9., sondern einen Tag später, am 10. November 1938, liefert ein Rechtsstreit 1951 zweier Angenröder mit gegenseitigen Beschuldigungen, der im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt dokumentiert ist.¹²³

Den Aussagen des damaligen Ortsgruppenleiters der NSDAP in Angenrod zufolge sei in der Nacht vom 8.11. auf den 9.11.1938 hier „keinem Juden etwas zuleide getan worden, obwohl damals noch viele Juden in Angenrod wohnten.“ Der wegen Beleidigung Strafantrag Stellende wies den Vorwurf des Streitgegners zurück mit der Äußerung, „weder bei der Zerstörung der Synagoge maßgeblich beteiligt noch bei der Vertreibung der hier verbliebenen Juden aus ihren An-

122 Gespräche, Interviews und private Mitteilungen der Angenröder Zeitzeugen.

123 HStAD, Best. H 13 Gießen, Band 510/1-2.

wesen und Zusammenpferchung von vier Parteien in einem Haus“ beteiligt gewesen zu sein.

Bei der Vernehmung des Beklagten durch die Angenröder Gendarmeriestation ging der Beklagte näher auf die Vorkommnisse während der sogenannten Reichskristallnacht („Handlungsfreiheit gegen die Juden“) vom 8.11. auf den 9.11.1938 in Angenrod ein.

Den Aussagen des ehemaligen Ortsgruppenleiters zufolge stellt sich das Pogromgeschehen in Angenrod wie folgt dar. Die Synagoge soll erst am Abend des 10.11.1938 von mehreren Angenrödern - fünf Namen wurden hier genannt - und im Beisein von zwei namentlich genannten Angenröder HJ-Jungen in Mitleidenschaft gezogen worden: durch Einwerfen von Fensterscheiben, durch Zertreten des „Schranks zur Aufbewahrung der jüdischen Heiligtümer“ durch zwei Personen, Ausräumen des Schranks durch die beiden Akteure und Durchrollen der Gebetsrolle durch die ganze Synagoge. In der vorausgegangenen Nacht, der eigentlichen Pogromnacht im Deutschen Reich, sei Bewachung der Synagoge durch den Gendarmerie-Beamten Stattmüller und den damaligen Bürgermeister Hoffmann aus Angenrod erfolgt.

Einem weiteren Angenröder, an der Synagogenaktion unbeteiligt und seinen eigenen Worten nach im Ort „allgemein als Judenfreund bekannt“, wurden laut eigener Aussage „verschiedene Gegenstände aus der Synagoge auf die Treppe vor meinem Haus“ gestellt.

Da die Angenröder Synagoge nach dem Krieg - also in den Jahren 1945/46 - vollständig wiederhergestellt wurde, - 1962 wich sie nach Abbruch einem Gefrierhaus - ergibt sich aus diesen einschlägigen Archivalien ein das oben Beschriebene ergänzende detailliertes Bild.¹²⁴

So heißt es in einem Schreiben des Bürgermeisters von Angenrod an die Deutsche Regierung des Landes Hessen - Finanzabteilung Darmstadt - vom 15. September 1945, aus den beigefügten Berichten des Bürgermeisters von Angenrod sei ersichtlich, dass der Gemeinde von amerikanischen Soldaten der Auftrag erteilt worden sei, die seinerzeit beschädigte Synagoge wiederherzustellen. Der Schaden belaufe sich auf 600 bis 700 Reichsmark, in der Hauptsache für zertrümmerte Fensterscheiben und ähnliche kleinere Sachschäden. Tatsächlich seien jedoch laut anliegenden Rechnungen 6150,51 DM angefallen.

Im Entscheid des Regierungspräsidenten Hessen zu „Kosten für die Instandsetzungsarbeiten an der Synagoge in Angenrod“ vom 9. Januar 1946, der dem Bürgermeister mitgeteilt wurde, heißt es dann, sämtliche entstandenen Kosten seien von der Gemeinde beziehungsweise von den Personen, die „ihren Mut bei der Zerstörung des Gebäudes bewiesen“ hätten, zu tragen: „Die Feststellung der Täter dürfte bei einer Einwohnerzahl von 500 Personen nicht schwierig sein.“

Außerdem seien noch die Personen zur Zahlungsleistung heranzuziehen, „die seinerzeit in der Verwaltung (Bürgermeister-Polizei) und in der politischen Führung der Gemeinde (Ortsgruppenleiter - SA - HJ) an erster Stelle standen.“

124 HStAD, Best. H 2 Alsfeld, Sig. 1540.

Fest stehe, dass diese Personen direkt oder indirekt an der Zerstörung der Synagoge beteiligt gewesen seien, heißt es zum Schluss des Bescheids.

In einem vorausgegangenen Schreiben des Regierungspräsidiums Hessen Abt. II (Finanzen) in Darmstadt vom 14. Dezember 1945, die „Lieferungen und Sachleistungen im Auftrag der amerikanischen Besatzungsbehörde“ betreffend, an den Landrat des Landkreises hieß es bereits, die Übernahme der für die Herstellung der Synagoge in Angenrod erwachsenen Aufwendungen auf die Staatskasse (Besatzungskosten) „kommt nicht in Frage.“

In erster Linie seien die Personen zu Ersatzleistungen heranzuziehen, die „in verbrecherischer Weise die Beschädigungen vorgenommen haben. Die Täter sind einzeln ja wohl bekannt.“ Es könne aber auch verantwortet werden, wenn darüber hinaus die gesamte Gemeinde dazu beitrage, da sie sich ja durch „ihr damaliges duldendes Verhalten insbesondere ihrer verantwortlichen Leitung und der Polizeiorgane mitschuldig gemacht hat.“

Dass die jetzigen Aufwendungen weit über den ursprünglichen Schaden hinausgingen, könne „nur als Ironie des Schicksals betrachtet werden“, heißt es dann abschließend.¹²⁵

Im Zusammenhang mit den Pogromaktionen im Deutschen Reich muss wohl auch Sally Wertheim festgenommen worden sein.¹²⁶ Diese Festnahmen basierten bekanntermaßen auf dem Gestapo-Fernschreiben an alle Dienststellen im Reich vom 9. November 1938, mit dem die Vorbereitung der Festnahme von 20 000 bis 30 000 Juden angeordnet wurde. „Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden“, hiess es darin unverblümt.

In Angenrod waren von diesen abschreckenden Maßnahmen den Belegen zufolge zwei jüdische Bürger betroffen: der nicht unvermögende und bereits erwähnte Viehhändler Sally Wertheim¹²⁷, Landwirt und Handelsmann Leopold Speier¹²⁸ aber auch noch der im November 1939 mit Schwester Rike und den Eheleuten Hermann und Fanny Katz geb. Schaumberger nach Kassel emigrierende Moritz Schaumberger¹²⁹ und auch Abraham Steinberger.¹³⁰ Zu sowohl Speiers als auch Steinbergers Buchenwald-Inhaftierung gab es bei den Zeitzeugen keine Angaben, sehr wohl aber zu Sally Wertheim. Steinberger, gebürtiger Angenröder, wohnte zum damaligen Zeitpunkt allerdings in Eifa, Grebenauer Straße 38.

125 HStAD, Best. H 2 Alsfeld, Sig. 1540.

126 Über die Festnahme und Internierung Sally Wertheims in Buchenwald berichtet M. W. Stein detailliert in „The way it was“: *The Jewish World of Rural Hesse*, Frederick Max Publications, 430 Montevallo Drive, Atlanta, Georgia, 2002, S. 137 sowie ITS-Archiv: KL Buchenwald, Ordner 104, S. 159.

127 ITS-Archiv Arolsen: KL Buchenwald, Ordner 104, S. 159.

128 HStAD Datenbank: „Widerstand und Verfolgung“, D Abt. G 21 A Sig. 2088; D Abt. G 15 Alsfeld, Sig. T 93; ITS-Archiv Arolsen: KL Buchenwald, Ordner 104, S. 197.

129 ITS-Archiv Arolsen: KL Buchenwald, Ordner 104, S. 124.

130 ITS-Archiv: KL Buchenwald, HPK Männer, A. Steinberger.

Obwohl auf Nachfrage bei der KZ-Gedenkstätte Buchenwald nach einem möglichen Aktionshäftling Sally Wertheim nur ein Hinweis auf einen Häftling gleichen Namens, allerdings aus dem Raum Eschwege kam - ein weiterer Beleg liege dort nicht vor - konnten jedoch jetzt im ITS Bad Arolsen eindeutige Belege zur Inhaftierung aller vier Angenröder im Zusammenhang mit der „Judenaktion vom 10. November 1938“ als Häftlinge nach dem Pogromgeschehen recherchiert werden.

Den Belegen zufolge wurden sowohl Sally Wertheim (Häftlingsnummer: 24551) als auch Abraham Steinberger (Häftlingsnummer: 24553) (Abb. 13) am 11. November 1938 in das Konzentrations-Lager Buchenwald eingeliefert. Bei Steinberger ist auf der Originalkarteikarte auch das Datum der Schutzhaft-Anordnung angegeben: 10. November 1938 durch Behörde Darmstadt. Leopold Speier hatte die Häftlingsnummer 21905, Moritz Schaumberger die Häftlingsnummer 24559.¹³¹

Während Abraham Steinberger und Moritz Schaumberger bereits am 12. Dezember 1938 entlassen wurden, erfolgte die Entlassung von Wertheim aus dem KZ Buchenwald einige Tage später, am 17. Dezember 1938. Am längsten inhaftiert bei dieser „Judenaktion“ war dagegen Leopold Speier, der erst am 29. Dezember 1938 abends, also kurz vor Jahreswechsel 1938/1939, wieder in Freiheit gesetzt wurde. Die „Veränderungsmeldung“ dieses Tages weist die Anzahl der zu diesem Zeitpunkt noch Inhaftierten mit einer „Stärke“ von 10 991 Mann aus.

Wie sowohl Mathilda W. Stein als auch gut informierte Angenröder Zeitzeugen übereinstimmend berichten, wurde Wertheim direkt in das KZ Buchenwald bei Weimar abtransportiert.¹³² Dort wurde er kahlgeschoren. Barhäuptig kehrte Sally Wertheim drei Wochen später nach seiner Freilassung mit der Bahn nach Alsfeld zurück. Zu Fuß lief er mitten in der Nacht wieder in seinen Heimatort zurück und klopfte gegen 4 Uhr morgens an sein Schlafzimmerfenster. Er hatte bereits starke Erfrierungen davon getragen.

Wie Mathilda W. Stein weiter schreibt - dies war allerdings bisher von Angenröder Zeitzeugen nicht berichtet worden - sollen in der Reichskristallnacht mehrere jüdische Frauen, darunter auch Sallys Frau Minna Löwenthal Wertheim, gezwungen worden sein, Wagen durch den Ort zu ziehen.

Die gleiche Autorin berichtet übrigens auch von lange zurückliegenden antisemitischen Aktionen von Angenrödern gegen die jüdische Bevölkerung, nämlich aus dem Jahr 1819. Damals seien - wie weit verbreitet in Deutschland - auch in Angenrod die sogenannten „Hep! Hep“-Krawalle gegen die Juden abgelaufen. Dieser verachtenswerte Jagdschrei könne auch auf den Ausruf von Kreuzfahrern „Hierosolyma est perdita“ (Jerusalem is lost) zurückgeführt werden.

131 ITS-Archiv Arolsen: KL Buchenwald, Ordner 104, S. 159; ITS-Archiv: KL Buchenwald, HPK Männer, A. Steinberger; ITS-Archiv Arolsen: KL Buchenwald, Ordner 104, S. 197; ITS-Archiv Arolsen: KL Buchenwald, Ordner 104, S. 124.

132 Mathilda W. Stein in: „The way it was: The Jewish World of Rural Hesse“, Frederick Max Publications, 430 Montevallo Drive, Atlanta, Georgia, 2002; Gespräche, Interviews und private Mitteilungen der Angenröder Zeitzeugen.

Fiskalische Ausplünderung auch Angenröder Juden

Wie die einschlägigen Devisenakten des Hessischen Hauptstaatsarchivs Wiesbaden seinerzeit in Frankfurt am Main lebender Angenröder Juden ausweisen, blieben auch sie nicht von der fiskalischen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung Hessens im „Dritten Reich“ verschont.

Die Akten zeigen, dass die sogenannte Arisierung jüdischer Unternehmen nur ein relativ unbeträchtlicher Aspekt der Gesamtstrategie gewesen ist: In engem Miteinander zogen diverse Dienststellen in Finanzbehörden, Zollfahndung und Devisenstellen - hier der Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten in Frankfurt am Main (Goethestraße 9) - in in gemeinsam mit der Gestapo und anderen Organisationen legalisierten Aktionen Sparbücher, Devisenguthaben und Wertpapierdepots jüdischer Bürger ein.

Sie belegten ihre Opfer mit Sondersteuern und Strafkontributionen und versteigerten öffentlich das Hab und Gut der aus Deutschland Geflohenen oder Deportierten. Diese Ausplünderung war ein wichtiger Teil der Vernichtungsmaschinerie und zugleich Bestandteil der NS-Kriegswirtschaft.

Angenröder Betroffene, die allesamt damals in Frankfurt wohnten und zum Teil nur ganz unerhebliche Vermögen besaßen, waren: Louis und Ida Breidenbach geb. Stern, geb. 14.08.1891 in Angenrod,¹³³ Meier und Fanny Fried, geb. Wertheim, geb. 20.01.1873 in Angenrod,¹³⁴ Siegmund und Johanna Hecht geb. Lorsch, geb. 23.05.1871 in Angenrod,¹³⁵ Juda Justus, geb. 06.06.1880 in Angenrod,¹³⁶ Leopold Kaufmann, der Angenröder Lehrer, geb. 22.06.1877,¹³⁷ Leopold Levi, geb. 15.02.1883 und Hilde Levi geb. Wertheim, geb. 11.03.1885 in Angenrod,¹³⁸ Natalie Nußbaum geb. Goldschmidt, geb. 10.12.1873 in Sterbfritz,¹³⁹ Abraham Steinberger, geb. 14.10.1877 in Angenrod und Amalie Strauss geb. Stern, geb. 20.09.1867.¹⁴⁰

Die Deportation der letzten 8 Angenröder Israeliten aus Angenrod (Haus Speier, Leuseler Str. 3)

Das Deportationsgeschehen der letzten acht Angenröder Israeliten aus ihrem angestammten Heimat- und Wohnort Angenrod - über belegte Zwischenstationen wie Gießen und Darmstadt bis letztlich hin in die Vernichtungslager im Osten - nahm bereits ab dem frühen Montag Vormittag, dem 7. September 1942, gegen 8 Uhr, präziser und fundierter Zeitzeugenangabe zufolge, seinen grauenvoll-schicksalsschweren Verlauf.

133 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 1350.

134 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 2674.

135 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 9923.

136 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 3348.

137 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 3327.

138 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 21191.

139 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 5353.

140 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 31546.

Da fuhr ein planenüberdachter Wehrmachts-Opel-Blitz mit zwei unbekanntem Uniformierten - mit Stahlhelmen und Karabinern bewaffnet - vor dem Wohnhaus der Familie Speier (heute: Leuseler Straße 3) vor, in dem die letzten acht Angenröder Israeliten, bereits monatelang auf engstem Raum zusammengepfercht und von der übrigen Angenröder Bevölkerung isoliert, ghettoartig und unter kärglichsten, praktisch menschenunwürdigen Bedingungen leben mussten. Gebrandmarkt waren die letzten Angenröder israelitischer Religionszugehörigkeit den Zeitzeugenberichten zufolge mit dem „gelben Stern“, wie generell im deutschen Reich. Rund um das Haus Speier sei sofort, so Zeitzeugen, alles abgeriegelt gewesen.

An besagtem 7. September 1942 müssen die Uniformierten sich wohl stundenlang im Haus Speier aufgehalten haben, vermutlich, um den Ausgegrenzten den weiteren Deportationsablauf zu vermitteln und um den Bewohnern des damaligen „Judenhauses“ in Angenrod noch Zeit für das Zusammenpacken letzter Habseligkeiten zu geben. Generell im Deutschen Reich waren damals die letzten Israeliten vor ihren Abtransporten in so genannten Judenhäusern zwangszusammengeführt worden.

Belegbare Protokolle mit Beschlüssen des damaligen Angenröder Gemeinderats zur innerörtlichen Umquartierung der vier Israeliten, den Eheleuten Sally und Minna Wertheim, von Frieda Abt und von Bertha Oppenheimer, alle aus der Angenröder Judengasse, liegen leider nicht mehr vor. Im Gemeindeprotokollbuch Angenrod, archivalisch erschließbar im Alsfelder Stadtarchiv, sind nämlich die dem 3. April 1934 nachfolgenden Protokollseiten herausgeschnitten worden - vermutlich, um aus Gründen plagenden Gewissens diverse Gemeinderatsbeschlüsse und -beratungen in der NS-Zeit für alle Zeiten zu vertuschen.

Unter den Augen von auch zahlreichen Angenröder Schulkindern und vier führenden Frauen der NS-Frauenschaft Angenrod, darunter auch deren Vorsitzende - insgesamt deutlich mehr als 30 Personen, quasi im Sinne eines innerörtlichen Volksaufmarschs ohne allerdings Beteiligung der mit der Kartoffelernte befassten Bewohner und natürlich der Kriegsteilnehmer - führten die beiden Uniformierten die Familie Speier (Leopold und Ehefrau Johanna geb. Weisenbach und die kleinen erst 15 beziehungsweise 9 Jahre alten Geschwister Alfred und Liselotte Speier), Angenrods „Bannes“ Sally Wertheim („Herze Sally“) und dessen Frau Minna geb. Löwenthal - sie wird als selbstbewusst und klug beschrieben - , Frieda Abt geb. Bauer - gutherzige und intelligente Gattin des bereits in Angenrod verstorbenen „Benschers“ Sally Abt - und Bertha Oppenheimer („Bules Berthache“) gegen 14 Uhr nachmittags aus dem Hause Speier zum vor dem Haus wartenden Wehrmachts-Opel-Blitz ab. Bertha Oppenheimer, eine große mitleiderregende Frau von zerbrechlich-hagerer Statur, war unverheiratet.

Dass sich bei dieser Abholaktion, dem absoluten Tiefpunkt Angenröder Dorfgeschichte, auch insbesondere vier führende Frauen der Angenröder NS-Frauenschaft in höchst beschämender Weise moralisch schuldig gemacht haben, steht laut Zeitzeugenberichten außer Zweifel!

Aber da waren auch Angenröder Frauen, die Mitgefühl zeigten und den Angenröder Mitbürgern jüdischer Religionszugehörigkeit etwas zu Essen mit auf den Weg geben wollten. Beim Verlassen ihres Heimatorts, den sie nie mehr wiedersehen sollten, habe Johanna Speier, die als einzige der acht Deportierten am Ende des Fahrzeugs zu sehen gewesen sei, noch kurz deutlich sichtbar den Arm gehoben - ein letztes Zeichen für die den Abtransport tatenlos beobachtenden Angenröder Mitbürger, so die Beobachtung eines Augenzeugen der Deportation aus Angenrod.¹⁴¹ Diese Beobachtung eines lebenden unmittelbaren Augenzeugen ist zuverlässiger einzustufen als die Beschreibung des Abtransports in der Veröffentlichung von Mathilda Wertheim Stein, in der es damaligen Befragungen Angenröder Nachbarn der Autorin zufolge heißt, Sally Wertheim und seine Gattin Minna hätten beim Wegfahren des Autos den umstehenden Angenröndern noch zugewunken. Offensichtlich hätten sie die Perfidität ihrer christlichen Nachbarn nicht verstehen können, so die Interpretation in der Lebensbeschreibung der inzwischen 95jährigen Autorin, die jetzt zusammen mit ihrem Sohn, Prof. Kenneth Stein, in Atlanta, Georgia, lebt.¹⁴²

Authentischer in dem Werk Wertheim Steins dürfte aber ein schriftliche Äußerung Sally Wertheims auf einer Postkarte 1942 an seinen Neffen Alfred Mühlstein (damals in Genf/Schweiz) zu werten sein. Darin habe Sally Wertheim seine Verbitterung darüber ausgedrückt, ein Sündenbock für den Rest der Familie Wertheim zu sein.¹⁴³

So wurden wohl auch die aus Angenrod verschleppten acht Israeliten zunächst, einer präzisen Zeitzeugenaussage zufolge zusammen mit anderen Juden der Region wie die drei aus Kestrich nach Alsfeld zum Landratsamt verschleppt¹⁴⁴ und anschließend, wie Monica Kingreen recherchierte, in das Sammellager in Gießen, dem zur Unterbringung der Juden hergerichteten Erdgeschoss und der Turnhalle der Goetheschule, eingewiesen.¹⁴⁵ Später wurden sie dann am 17. September 1942 in ein weiteres Sammellager in Darmstadt abtransportiert, in die dortige Goetheschule.

Fünf der acht Angenröder Israeliten wurden schließlich mit Transport vom 27. September 1942 vom Güterbahnhof in Darmstadt aus - von den insgesamt 1288 Personen waren 264 aus Oberhessen - in das Ghetto Theresienstadt deportiert.

Theresienstadt war eine als Ghetto umfunktionierte Garnisonsstadt nördlich von Prag mit zu dieser Zeit etwa 53 000 verschleppten Tschechen und Deut-

141 Detailbeschreibung des Deportationsablaufs eines zuverlässigen und ortsgeschichtlich bestens informierten Zeitzeugen.

142 Mathilda W. Stein in: „The way it was: The Jewish World of Rural Hesse“, Frederick Max Publications, 430 Montevallo Drive, Atlanta, Georgia, 2002, S. 138.

143 Mathilda W. Stein in: „The way it was: The Jewish World of Rural Hesse“, Frederick Max Publications, 430 Montevallo Drive, Atlanta, Georgia, 2002, S.138.

144 Zuverlässige Aussage eines bestens informierten Angenröder Zeitzeugen.

145 Zur Deportation aus Oberhessen: Monica Kingreen, „Die gewaltsame Verschleppung aus Oberhessen im September 1942“, in: MOHG NF 85 (2000), S. 5 - 95.

schen, ein so genanntes Altersghetto, das vor allem aber auch - wie auch bei zahlreichen jüdischen Angenrödern insgesamt - Durchgangslager für weitere Transporte in die Vernichtungslager im Osten wie Auschwitz und Treblinka war.

Nicht nach Theresienstadt, sondern am 30.09.1942 nach Polen (Generalgouvernement) deportiert wurden drei der acht Angenröder Israeliten: Bertha Oppenheimer, ledig, geb. 04.10.1888 in Angenrod, Sally Wertheim, geb. 30.01.1888 ebenfalls in Angenrod sowie dessen Ehefrau Minna geb. Löwenthal, geb. 04.09.1892 in Hösbach (Bayern)

Pro Person durften am 7. September 1942 aus ihrem Heimatort Angenrod, wie ein gut informierter Angenröder Zeitzeuge zu berichten weiß, nur 50 Pfund Gepäck mitgenommen werden.¹⁴⁶ Angenrods herzkrankem Parnas Sally Wertheim, damals 54 Jahre alt, war es als letztem noch gestattet, kurz gegenüber im Lebensmittelladen von Anna Jost einen Einkauf zu tätigen.

Es waren die letzten in ihrem Heimatort verbliebenen Angenröder israelitischer Religionszugehörigkeit, die sich nicht mehr rechtzeitig vor dem Nazi-Terror in Sicherheit bringen konnten. Alle acht Angenröder wurden ermordet. Alfred und Liselotte Speier waren erst 17 und 11 Jahre alt, als im Oktober 1944 in den Gaskammern der Todesfabrik Auschwitz Zyklon B die Menschen erstickte.

Noch Jahrzehnte nach der gewaltsamen Verschleppung der Angenröder Israeliten zeigten sich Zeugen der Deportation noch nachhaltig traumatisiert von den aufwühlenden Erlebnissen in Angenrod. So war von diesen Angenrödern, insbesondere damals älteren Frauen, immer wieder zu hören (aus Angenröder Mundart ins Hochdeutsche übertragen): „Kommt, redet („schwatz“) nicht davon. Wir haben genug mitgemacht!“ Zeuge solcher Äußerungen, zum Beispiel auch bei Familiengesprächen, war auch der Verfasser dieses Beitrags.

Die Angenröder Shoah-Opfer

Die Ermittlung der Angenröder Opfer der Shoah in der NS-Zeit des Deutschen Reiches erfolgte im wesentlichen auf Basis folgender Quellen: der Namentennung der Angenröder Zeitzeugen,¹⁴⁷ durch Angaben im „Gedenkbuch online“ des Bundesarchivs in Berlin,¹⁴⁸ der Datenbank „The Central Database of Shoah Victim's Names“ in Jerusalem,¹⁴⁹ der Datenbank „Deportierte Juden aus Frankfurt am Main“ des Jüdischen Museums Frankfurt 1996 - 2006 mit auch personalisierten Angaben zu den Opfern,¹⁵⁰ der einschlägigen Archivalien der beiden Hessischen Staatsarchive in Wiesbaden und Darmstadt sowie ganz be-

146 Private konkrete Mitteilung eines bestens informierten Zeitzeugen.

147 Gespräche, Interviews und private Mitteilungen der Angenröder Zeitzeugen.

148 Gedenkbuch online, Bundesarchiv Berlin 2007: <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

149 Online-Datenbank „The Central Database of Shoah Victim's Names“ (Jerusalem): http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON>Welcome.

150 Datenbank „Deportierte Juden aus Frankfurt am Main“ des Jüdischen Museums Frankfurt 1996 - 2006: http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01/portal01.php?ziel=t_ak_dok_gesch_frnk_juden_01.

sonders - weil mit Belegen konkretisierend - durch Archivalien des „International Tracing Service“ (ITS) in Bad Arolsen.¹⁵¹

16 Angenröder Israeliten hatten, wie bereits angesprochen, noch gehofft, sich in Frankfurt dem Zugriff der Gestapo und somit dem Abtransport in die Vernichtungslager entziehen zu können. Die Hoffnung sollte sich jedoch für fast alle in Frankfurt lebenden Juden nicht erfüllen. Sie wurden - wie auch die Zugezogenen aus Angenrod - Opfer der Shoah.

Zum Gedenken an alle 5000 aus Frankfurt deportierten Israeliten - somit auch der 16 Angenröder Shoah-Opfer - ließ die Stadt Frankfurt am Main im Jahr 1990 ein Mahnmal am historischen jüdischen Friedhof zwischen der Battonstraße und der Rechneigrabenstraße (von 1270 bis 1828 Begräbnisstätte) errichten. Es handelt sich um eine 1000 Fuß lange manns hohe Friedhofsmauer mit den Inschriften der Namen aller derer, die von Frankfurt aus deportiert und ermordet wurden.

Ihre Namen seien daher zusammenfassend hier im Gedenken an die ermordeten Angenröder Israeliten für die Nachwelt dokumentiert

Abt geb. Bauer, Frieda, geb. 04.04.1874 in Merlau, deportiert am 7. September 1942 aus Angenrod zusammen mit sieben weiteren Angenröder Mitbürgern, die zuletzt im Ghettohaus Speier ein menschenunwürdiges Leben auf engstem Raum führen mussten. Frieda Abt ist Ehefrau des Angenröder Vorsängers Sally Abt, der als letzter Israelit auf dem jüdischen Friedhof Angenrods 1940 bestattet wurde.

Frieda Abt wurde über Gießen und Darmstadt am 27. September 1942 nach Theresienstadt verschleppt. Am 16. Mai 1944 wurde sie nach Auschwitz deportiert, wo sie ermordet wurde¹⁵² (Abb. 14).

Abt, Jacob, geb. 23.10.1872 in Angenrod, zuletzt wohnhaft in Gießen, deportiert 1942 aus Gießen nach Darmstadt und von dort am 27. September ins Ghetto Theresienstadt, dort am 28.01.1944 im Alter von 71 Jahren gestorben.¹⁵³

Details zum Transport: Transportnummer XVII/1 Zug Da 520 von Darmstadt nach Theresienstadt am 27.9.1942. Häftlingsnummer während des Transports: 4.¹⁵⁴

151 „International Tracing Service“ (ITS), Bad Arolsen; <http://www.its-arolsen.org/de/startseite>.

152 Zur Deportation aus Oberhessen: Monica Kingreen, „Die gewaltsame Verschleppung aus Oberhessen im September 1942“ In MOHG NF 85 (2000), S. 5 - 95, <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>. („Gedenkbuch online“, Bundesarchiv Berlin 2007), http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome (Online-Datenbank „The Central Database of Shoah Victim's Names“ (Jerusalem)).

153 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>, ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Transportkarteikarte.

154 Theresenstädter Gedenkbuch, Institut Theresienstädter Initiative, Bd. I-II, Melantrich, Praha 1995, Bd. III: Academia Praha 2000.

Die zentrale Kartei der Transporte des Ghettos Theresienstadt weist - vom Tschechischen ins Deutsche übersetzt - Jacob Abt unter „Personen aus verschiedenen Gebieten nach Theresienstadt“ aus. Als Geburtsdatum ist der 9.7.1869 vermerkt. Kein Eintrag findet sich bei „letztbekannte Adresse vor der Deportation.“

Dann folgt unter „Deportation nach“: „Osten“ mit der Nummer „BN-727. Als „Tag“ ist der 26.IX.1942 angegeben.

Die Karteikarte schließt mit der „Transportnummer“: 260-VIII/1-

Breidenbach geb. Stern, Ida, geb. 14.08.1891 in Angenrod, zuletzt wohnhaft in Frankfurt und von dort deportiert aus Frankfurt mit Ehemann Louis Israel Breidenbach und Tochter Gerda, Todesort Theresienstadt 1943, 42 Jahre.¹⁵⁵

Letzte Wohnadresse von Ida Breidenbach war der Dominikanerplatz 16 in Frankfurt. „Evakuiert“ laut Dokumenten der Frankfurter Devisenstelle wurden die drei am 22. Mai 1942 aus Frankfurt.¹⁵⁶

Buchthal, Justus (Julius), geb. 07.07.1878 in Brilon, wohnhaft in Anröchte und Ehemann von Lina Justus, die er am 26.09.1902 in Angenrod geheiratet hatte.

Julius Buchthal wurde am 27./28. April 1942 ab Dortmund ins Ghetto Zamosc deportiert.¹⁵⁷ Buchthal ist in der Residentenliste des Landkreises Lippstadt der von 1933 bis 1945 in Anröchte, Kreis Lippstadt, wohnhaft gewesen und deportierten Juden registriert.¹⁵⁸ Die Eheleute wohnten demzufolge in Anröchte in der Hauptstraße 222. Als Datum der Deportation nach Zamos in Polen wird der 28. April 1942 angegeben.

Buchthal geb. Justus, Lina, geb. 05.07.1874 in Angenrod, deportiert am 28. April 1942 mit ihrem Ehemann Julius Buchthal (siehe dort) aus Anroechte ins Ghetto Zamosc.¹⁵⁹

Lina Buchthal, vor ihrer Heirat „ohne Beruf“, war Tochter des Angenröder Kaufmanns Moses Justus und seiner Ehefrau Bertha geb. Oppenheimer. Trauzeugen der in Angenrod vor dem Standesbeamten Bürgermeister Heinrich Obermann geschlossenen Ehe waren damals Vater Moses Justus (58) und Lina Buchthals Bruder, Kaufmannsgehilfe Julius Justus (22).¹⁶⁰

Fried geb. Wertheim, Fanny, geb. 20.01.1873 in Angenrod, deportiert am 15.09.1942 aus Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt Todesdaten: 16. November 1942, Theresienstadt, Ghetto. Fanny Fried wurde 69 Jahre alt.

155 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

156 HHStAW, Best. 519/3, Sig. 1350, Sig. 1527/04; ITS-Archiv: SK Frankfurt, Ordner 1975, S. 172.

157 Gedenkbuch online, Bundesarchiv Berlin 2007: <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

158 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome

159 HHStAW, Best. 519/3, Sig. 3348; http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

160 Personenstandsregister Angenrod, Eheschließungen 1878 bis 1930.

In der Theresienstadt-Kartei des ITS-Archivs sind weitere Details des Transports von Frankfurt aus enthalten: Transp. Nr. XII/3-225, Zugang in Theresienstadt am 16. September 1942, auch das Todesdatum in Theresienstadt mit dem 16. November 1942 ist registriert.¹⁶¹ Über den letzten Wohnsitz von Fanny Fried gibt die Transportliste der Gestapo Frankfurt Auskunft: Frankfurt am Main, Sandweg 34/II.¹⁶² Fanny Fried hatte die laufende Nummer 224 auf der Liste.

Fried, Meier, geb. am 27.10.1873 in Großheubach/Bayern, Ehemann von Fanny Wertheim. Meier Fried wurde gemeinsam mit seiner Ehefrau Fanny geb. Wertheim (siehe dort) am 15. September 1942 von Frankfurt ins Ghetto Theresienstadt deportiert.¹⁶³ Im Verzeichnis der „Wohnsitzverlegung von Juden nach Theresienstadt“ der Staatspolizeistelle in Frankfurt der Geheimen Staatspolizei (Lindenstraße 27) ist Meier Fried, Sandweg 34/II unter Nr. 223 aufgeführt.

Als Todesdatum ist der 15. Mai 1944 verzeichnet¹⁶⁴ (Liste der in Theresienstadt verstorbenen Juden 1942 - 1943 und 1944), aber auch die Karteikarte des Krematoriums Terezin mit dem Einäscherungsdatum ist vorhanden.¹⁶⁵

Gailinger geb. Wertheim, Mathilde („Joseps“), geb. 23.09.1895 in Angenrod, wohnhaft in Stuttgart, deportiert am 26. April 1942 ab Stuttgart ins Ghetto Izbica (Lublin).¹⁶⁶ Mathilde Gailinger wurde für tot erklärt.

Mathilde Gailinger (geb. 23.09.1895 in Angenrod) war Tochter des Angenröder Gastwirts und Handelsmanns Joseph Wertheim (gest. 12.06.1914) und von Rosa Wertheim geb. Karlsruher. Sie war verheiratet mit dem Stuttgarter Metzger Max Gailinger, geb. 28.06.1882. Die Eheschließung erfolgte am 02.10.1926 vor dem Angenröder Standesbeamten Heinrich Schlitt, damals auch Bürgermeister der Gemeinde. Trauzeugen waren damals Kaufmann Julius Gailinger und Angenrods Handelsmann Sally Abt.

Gans geb. Oppenheimer, Jenny, geb. 20.06.1890 in Angenrod, wohnhaft in Frankfurt, deportiert aus Frankfurt, Todesort KZ oder Vernichtungslager, Status zum Kriegsende: verschollen.¹⁶⁷ Verheiratet war sie mit dem Dekorateur und Polsterer Selmar Gans, der am 21. März 1942 im Krankenhaus der Israelitischen Gemeinde, Gagerstraße 36, starb; Mutter von Irmgard Gans, die ebenfalls Opfer des Holocaust wurde. Der Ehemann betrieb eine Polsterei in der Fischerfeldstraße 8. Letzte Frankfurter Adresse: Vogelsbergstraße 30.

Jenny Gans und ihre Tochter Irmgard wurden vermutlich in ein Konzentrations- oder Vernichtungslager verschleppt, wo beide Frauen wahrscheinlich ums Leben kamen. Ihre Todesdaten wurden auf den 8. Mai 1945 festgesetzt. Ehemann Selmar Gans starb, wie bereits einleitend erwähnt und auch Unterlagen

161 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Karteikarte.

162 ITS-Archiv: Gestapo Ffm., Ordner 25a, S. 118.

163 ITS-Archiv: Gestapo Ffm., Ordner 25a, S. 117.

164 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Ordner 7, S. 22.

165 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Karteikarte.

166 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

167 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

des Standesamts Frankfurt am Main zufolge am 21. März 1942. Er wurde knapp 67 Jahre alt.

Hecht geb. Lorsch, Johanna, geb. 23.05.1871 in Angenrod, wohnhaft in Frankfurt, deportiert am 15.09.1942 aus Frankfurt, Todesort Theresienstadt 26.02.1943,¹⁶⁸ 71 Jahre. „Hannchen“ Hecht war seit 1902 verheiratet mit dem Viehhändler Siegmund Hecht (Echzell, zwischen Friedberg und Hungen gelegen). Aus der Ehe ging ein 1903 geborener Sohn (Zaduck) hervor, dem die Flucht in das Exil nach Uruguay gelang, außerdem Tochter Mathilde, später verh. Klein, ebenfalls Opfer der Shoah.

Die Familie lebte in Angenrod im eigenen Haus (Nr. 79), wo der kriegsversehrte Ehemann einen Viehhandel betrieb. Das Grundstück wurde im Juni 1938 zwangsweise gegen Geldzahlung veräußert. Verfolgungsbedingter Umzug nach Frankfurt. Dort verkaufte Hannchen Hecht laut Information in der Entschädigungsakte Möbel, um den Lebensunterhalt zu bestreiten.¹⁶⁹ Frankfurter Adressen: Großer Wallgraben 24 (Börnestraße), zuletzt Obermainstraße 11/II.

Von dort wurde Hannchen Hecht am 15. September 1942 im Alter von 71 Jahren bei der neunten großen Deportation auf Frankfurt in das Durchgangs- und Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt, wo sie fünfeneinhalb Monate später starb. Der Ehemann war am 11. Juli 1941 vermutlich durch Freitod - dies wird auch von Angenröder Zeitzeugen berichtet - aus dem Leben geschieden.¹⁷⁰ Sein Grab befindet sich auf dem Neuen jüdischen Friedhof in Frankfurt am Main, Eckenheimer Landstraße.

Die Tochter Mathilde Klein geb. Hecht wurde aus dem französischen Exil am 13. April 1944 in das Vernichtungs- und Konzentrationslager Auschwitz deportiert und dort wahrscheinlich ermordet. Ihr Todesdatum wurde auf den 8. Mai 1945 festgesetzt.

Hecht, Siegmund, geb. 10.02.1875 in Echzell, gest. 11.07.1941 in Frankfurt am Main, Todesursache lt. Standesamtlicher Eintragung in Ffm: „lymphatische Leukämie“,¹⁷¹ unabhängige mehrfache Zeitzeugenmitteilung in Angenrod:¹⁷² Selbstmord durch Erhängen, 66 Jahre.

Das Grab Siegmund Hechts befindet sich auf dem Neuen jüdischen Friedhof in Frankfurt am Main (Eckenheimer Landstraße).

Hertog geb. Schaumberger, Selma, geb. 23.06.1894 in Angenrod, deportiert am 26.09.1942 aus Lüttich/Belgien, Todesort vermutlich Auschwitz, 48 Jahre alt. Sie war die ältere von zwei Töchtern der Eheleute Salomon Schaumberger und dessen Ehefrau Fanny geb. Gras.

In Angenrod heiratete sie am 30. Juni 1914 den Handelsmann Joseph Alexander Hertog, geboren am 3. August 1880 in Meerssen Provinz Limburg im

168 http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01.php?ziel=t_ak_dok_gesch_frank_juden_01.

169 ebd.

170 ebd.; Zeitzeugenangaben aus Angenrod.

171 ITS-Archiv: SK Frankfurt, Ordner 1964, S. 295.

172 Mehrfache Zeitzeugenangaben aus Angenrod.

Königreich Holland, wo er auch seinerzeit wohnhaft war. Hertog war Sohn des Handelsmanns Alexander Hertog und dessen Ehefrau Karoline geb. Ansel.

Wie Zeitzeugen übereinstimmend berichten, emigrierten die Eheleute Hertog zunächst nach Lüttich (Liege) in Belgien.¹⁷³ Später sei Tochter Selma nach Angenrod zurückgekehrt, um ihre Eltern Salomon und Fanny Schaumberger geb. Gras zu sich nach Belgien zu holen. Das Haus in Angenrod mit Grundstück musste verkauft werden.

Laut umfassender Recherche des jüdischen Deportations- und Widerstandsmuseums in Mechelen, für die der Autor recht herzlich dankt, war Selma Schaumberger - verheiratet mit Joseph Hertog - von Beruf Hausfrau. Sie wurde verhaftet und am 25. September 1942 nach Mechelen gebracht und von dort zusammen mit ihrem Ehemann Joseph Alexander Hertog, damals von Beruf Metzger, am 26. September deportiert mit Transport XI/2723.¹⁷⁴ Die Eheleute hatten die Transportnummern 2722 und 2723. In Auschwitz verlieren sich ihre Spuren. Es wurde keine Stammnummer gefunden und auch keine Todesakte.

„Weil wir wissen, dass mehr als 94% der Frauen von diesem Transport direkt nach Ankunft in den Gaskammern von Birkenau ermordet wurden, können wir ableiten, dass sie - 48 Jahre alt - wahrscheinlich auch zu dieser Gruppe von Opfern gehörte“, teilt das jüdische Deportations- und Widerstandsmuseum in Mechelen mit (Abb. 15, 16).

Einem Dokument vom 6. März 1942 des Judenrats in Liege zufolge ist in dessen Einschreibungsformular auch noch die damalige Wohnadresse der Hertogs zu entnehmen: Rue Ferdinand Hénaux Nr. 7, Liège.¹⁷⁵ Unter der gleichen Adresse ist auch die Mutter Selmas, Fanny Schaumberger geb. Gras, verzeichnet. Vater Salomon Schaumberger ist nicht registriert. Zu ihm waren keine Angaben nach der Emigration mehr zu ermitteln. Aufgrund seines hohen Alters von über 80 Jahren könnte es möglich sein, dass Salomon Schaumberger in Belgien verstorben ist.

Justus, Juda (Julius), geb. 06.06.1880 in Angenrod, deportiert am 01.02.1942 aus Frankfurt, Todesort Theresienstadt 29.05.1943, 62 Jahre.

Kaufmann Julius Justus, so sein Vorname auch in den Entschädigungsakten, war Sohn von Moses Justus und Bertha Justus geb. Oppenheimer. Verheiratet war er mit Rosa Justus geb. Hanauer. Aus der Ehe gingen zwei 1906 und 1913 geborene Söhne hervor, die nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA beziehungsweise in der Bundesrepublik Deutschland lebten.

Juda Justus war Soldat im Ersten Weltkrieg. Später betrieb er in Alsfeld ein Textilwarengeschäft mit Herren- und Damenkonfektion. Alsfelder Adressen Ludwigsplatz 2 und Schwabenröder Straße 7 (eigenes Haus). Während des

173 Mehrfache Zeitzeugenangaben aus Angenrod, insbesondere recht detaillierte unmittelbarer Nachbarn.

174 Jüdisches Deportations- und Widerstandsmuseum (Mechelen): Transportliste.

175 Jüdisches Deportations- und Widerstandsmuseum (Mechelen): Einschreibungsformular im Judenrat.

November-Pogroms 1938 wurde das Wohnungsmobiliar größtenteils zerstört. Nach dem Umzug der Familie in die Stadt Frankfurt plünderten Alsfelder Einwohner das Haus. Zwangsweise Entrichtung der „Judenvermögensabgabe“ in Höhe von 1 000 Reichsmark. Frankfurter Adressen der Eheleute: Baumweg 38, zuletzt Bäckerweg 9/III.

Von dort wurde Juda Justus am 1. September 1942 im Alter von 62 Jahren bei der achten großen Deportation aus Frankfurt zusammen mit seiner 63-jährigen Ehefrau in das Durchgangs- und Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt, wo er acht Monate später starb. Seine Ehefrau wurde am 15. Mai 1944 mit dem Transport „Dz“ in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert, wo sie wahrscheinlich ermordet wurde.¹⁷⁶

Präzisiert werden können die Angaben mit einer Karteikarte des ITS-Archivs in Bad Arolsen der Theresienstadt-Kartei. Demnach wurde Juda Justus mit Transp. Nr. XII/2 - 223 der Gestapo Frankfurt am Main deportiert. Darauf ist auch das Datum der Einäscherung im Krematorium von Theresienstadt vermerkt: 29. Mai 1943.¹⁷⁷ Abgestempelt ist der Beleg mit „Kremace - Terezin“ (Krematorium-Theresienstadt).

Katz geb. Schaumberger, Fanny, geb. 02.02.1881 in Angenrod, deportiert aus Kassel, Todesort Minsk.

Fanny Katz ist Tochter der Eheleute Heinemann und Auguste Schaumberger geb. Süsel. Ihr Geburts- und Wohnhaus stand in der damaligen Schellengasse (jetzt: „Zur Antrift“), angrenzend an das Haus der Angenröder „Benns“, der Bernhards.

Verheiratet war Fanny Katz seit dem 15.06.1911 (Heirat in Angenrod) mit dem Tapezierer und Dekorateur Hermann Katz, der damals in Ludwigshafen wohnte.

Nach dem Zwangsverkauf ihres Angenröder Häuschens zogen die Eheleute Hermann und Fanny Katz zusammen mit Fanny's unverheirateter Schwester Friederike („Ricke“) und Bruder Moritz Schaumberger - er war Witwer - nach Kassel-Niederzwehren, Wartekuppe. Unter dieser Adresse ist auch eine amtliche Eingabe von Hermann Katz im Zusammenhang mit ausstehenden Geldern vom Häuschenverkauf geführt.¹⁷⁸

Letzte Wohnadresse vor der Deportation war den Belegen des ITS-Archivs zufolge die Schillerstraße 7 in Kassels Innenstadt. Dies ergibt sich aus der Aufstellung der Gestapo Kassel über die am 7. September 1942 erfolgte „dritte Umsiedelung von Kasseler Juden“, in der auch Fanny Katz geb. Schaumberger verzeichnet ist.¹⁷⁹ Das Datum der Deportation - 7. September 1942 - aus Kassel nach Theresienstadt ist in einer Liste des Polizeipräsidenten für die Devisenbe-

176 http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01.php?ziel=t_ak_dok_gesch_frank_juden_01.

177 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Karteikarte.

178 HStAD Best. G 15 Alsfeld Nr. T 93.

179 ITS-Archiv: Gestapo Kassel, Ordner 25, S. 28.

wirtschaftungsstelle in Kassel vermerkt, außerdem im Gedenkbuch online.¹⁸⁰ In einer weiteren Akte ist auch die Kasseler Aufenthaltsdauer von Fanny Katz dokumentiert: ab dem 1. November 1939 bis ?.¹⁸¹

Die letzte Lebenswegstation von Fanny Katz wird durch eine Karteikarte aus Theresienstadt belegt: Transport BS 849 ins Todeslager Treblinka am 29. September 1942. Mit Transport 529-XV war Fanny Katz wie Ehemann Hermann Katz als Zugang in Theresienstadt registriert.¹⁸²

Katz, Hermann, geb. am 12.03.1872 in Lingen an der Ems, später wohnhaft in Ludwigshafen, Ehemann von Fanny Katz geb. Schaumberger.

Über das weitere Schicksal von Hermann Katz siehe unter dessen Ehefrau Fanny Katz. Er wurde ebenfalls mit der „dritten Umsiedelung“ in die Kasseler Schillerstraße 7 umgesiedelt.¹⁸³ Mit Transport BS 848, also dem gleichen Transport wie Ehefrau Fanny Katz, vom 29. September 1942 wurde auch Ehemann Hermann Katz nach Treblinka deportiert. Auch er war auf der Karteikarte des Ghetto Theresienstadts wie seine Frau mit Transport-Nr. 528 - XV als Zugang in Theresienstadt registriert worden.¹⁸⁴

Katz geb. Steinberger, Selma, geb. 25.12.1879 in Angenrod, deportiert aus Nentershausen, „killed by the nazis“.¹⁸⁵

Selma Katz war Tochter des Viehhändlers Gerson Steinberger („Geschom“) und dessen Ehefrau Friederike Steinberger geb. Nußbaum. Sie war verheiratet mit Solomon Katz und wohnte vor dem Krieg in Nentershausen bei Kassel.¹⁸⁶ Selma Katz wurde am 1. Juni 1942 von Kassel über Chemnitz nach Izbica/Sobibor deportiert.¹⁸⁷ Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt. Vermutlich wurde sie dort Opfer der Shoah.

Kaufmann, Leopold, geb. 22.06.1877, deportiert am 22.11.1941 aus Frankfurt, Todesort Kowno, formal 31.12.1945.

Leopold Kaufmann kam in Bisses als Sohn des Metzgers Simon Kaufmann und von Hannchen Kaufmann geb. Rossmann zur Welt. Am 16. Oktober 1901 heiratete er in Wölfersheim Hilda Kaufmann geb. Sonneborn. Der 1915 in Sprendlingen geborenen Tochter gelang 1937 die Flucht in die USA. Sämtliche Kinder, eine weitere Tochter und ein Sohn, lebten nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA. Leopold Kaufmann war Lehrer.

Zum Zeitpunkt der Heirat lebte Leopold Kaufmann in Angenrod. Die Eheleute besaßen in Sprendlingen ein Haus, Rathausstraße 8, mit acht Zimmern. Leopold Kaufmann war jahrzehntelang in Sprendlingen als Volksschullehrer

180 ITS-Archiv: SK Kassel, Ordner 2243, S. 69; <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

181 ITS-Archiv: SK Kassel, Ordner 2240, S. 189.

182 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Karteikarte.

183 ITS-Archiv: Gestapo Kassel, Ordner 25, S. 24.

184 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Karteikarte.

185 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

186 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

187 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

tätig; nebenbei gab er Privatunterricht in französischer und hebräischer Sprache. Ferner gehörte er zur Redaktion der Zeitung „Israelit“, die in Frankfurt herausgegeben wurde, und schrieb für eine Sprendlinger Zeitung.

Außerdem war er Mitglied im örtlichen Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Am 1. Juli 1933 Entlassung aus dem Schuldienst auf Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“. Um der für Juden geltenden Ablieferungspflicht für Schmuck und Silbergegenstände zu entgehen, warf die Ehefrau laut Aussagen ihrer Schwiegertochter ihren Schmuck, silbernes Besteck und andere Edelmetallgegenstände in den Main. Nach 1937 Umzug in die Großstadt Frankfurt in eine Vier-Zimmer-Wohnung Am Schützenbrunnen 13 (Alfred-Brehm-Platz).

Von dort wurde Leopold Kaufmann am 22. November 1941 im Alter von 64 Jahren gemeinsam mit seiner gleichaltrigen Ehefrau bei der dritten großen Deportation aus Frankfurt laut Deportationsliste nach Riga verschleppt, das bislang irrtümlich als Sterbeort galt und deshalb auch auf dem Namensfries der Gedenkstätte Börneplatz aufgeführt ist.

Der Transport erreichte jedoch seinen ursprünglichen Bestimmungsort nicht und wurde wegen Überfüllung des dortigen Ghettos nach Kowno umgeleitet, wo die Frankfurter Verschleppten, darunter wahrscheinlich auch das Ehepaar Kaufmann, ausnahmslos ermordet wurden. Beide Eheleute wurden mit Wirkung vom 31. Dezember 1945 für tot erklärt.¹⁸⁸

Aus der Deportationsliste der Gestapo Frankfurt am Main findet sich der archivalische Beleg der Verschleppung Leopold Kaufmanns: „am 22. Feb. 41. III. Transport nach Osten voraussichtlich Riga.“¹⁸⁹ Hier ist auch seine letzte Adresse in Frankfurt vermerkt: Am Schützenbrunnen 13. Auch seine Ehefrau Hilde Kaufmann geb. Sonneborn (geb. 16.5.1877 in Wölfersheim) wurde mit dem gleichen Transport verschleppt (Abb. 17).

Kleeblatt, Baruch, geb. 16.03.1887 in Röhrenfurth, israelitischer Lehrer in Angenrod. Seine Kinder mit Frau Elma - Max Ernst (geb. 19.11.1911) und Rosalie (geb. 24.06.1913 - kamen in Angenrod zur Welt. Kleeblatt war auch Teilnehmer des Ersten Weltkriegs in Frankreich Nähe Verdun (Reservist der 5. Kompanie des Res. Inf. Reg. 116) und erhielt im November 1914 das Eisernes Kreuz „infolge Lösung einer gefährlichen Aufgabe in Feindesland.“¹⁹⁰ Im Oktober 1921 hatte sich Kleeblatt mit Familie mit einer Annonce in der „Oberhessischen Zeitung“ mit einem „herzlichen Lebewohl“ wegen Wegzuges nach Meerholz von allen Freunden und Bekannten aus Oberhessen verabschiedet.¹⁹¹ Seine Deportation und die seiner Frau erfolgte ab dem 9. Dezember 1941 von Kassel aus ins Ghetto Riga. Dort war auch der letzte Wohnaufenthalt.¹⁹²

188 http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01.php?ziel=t_ak_dok_gesch_frank_juden_01.

189 ITS-Archiv: Gestapo Frankfurt am Main, Ordner 25, S. 130.

190 OZ-Archiv: 09.11.1914.

191 OZ-Archiv: 11.10.1921.

192 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

Im ITS-Archiv Bad Arolsen sind noch weitere Angaben zu Kleeblatts Schicksal dokumentiert: letzter Wohnort Felsberg bei Kassel (zusammen mit Frau Elma und Sohn sowie Tochter), letzte Adresse Kaiserstraße in Kassel, Zugang in Auschwitz am 2. November 1943 (Nr. Au. 160754), gestorben am 27. Dezember 1943 im Häftlingskrankenhaus Monowitz.¹⁹³ Als Zugangsdatum des Krankenhauses ist der 16. Dezember 1943 registriert.

Kleeblatt geb. Baum, Elma geb. 31.08.1883 in Bosen, Ehefrau des Angenröder Lehrers Baruch Kleeblatt.

Elma Kleeblatts letzte Lebensstationen verliefen gemeinsam mit denen ihres Ehemannes Baruch Kleeblatt (siehe dort). Auch sie wurde am 2. November 1943 ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Todesdaten: 5. November 1943, Vernichtungslager Auschwitz.¹⁹⁴

Klein, Hilma, geb. 21.02.1932 in Angenrod, deportiert aus dem Sammellager Drancy bei Paris (Frankreich), Todesort Auschwitz 18.04.1944, 12 Jahre.¹⁹⁵

Hilma Klein, in Angenrod als Tochter von Leopold und Mathilde Klein geb. Hecht zur Welt gekommen, ging nicht mehr in Angenrod zur Schule. Sie war das zweitjüngste Shoah-Opfer Angenrods. Als ständiger Wohnsitz ist Benfeld im Oberrheintal des Elsass ausgewiesen. Aufenthaltsort während des Krieges war - zusammen mit ihrer Familie - Beuzemont in der Nähe von Nancy in Lothringen/Frankreich.¹⁹⁶

Sie wurde mit dem gleichen Transport wie ihre Mutter Mathilde (siehe dort) und ihre jüngere Schwester Ruth am 13. April 1944 von Drancy im nordöstlichen Paris nach Auschwitz deportiert.¹⁹⁷ Hilma hatte die laufende Nummer 17936 des Transportes.¹⁹⁸ Als Beruf ist „Schülerin“ angegeben.

Als Todesdatum für Hilma wird der 18. April 1944 dokumentiert.¹⁹⁹ Hier findet sich auch die Wohnadresse vor dem Krieg: Benfeld im Elsass (Frankreich).

Klein geb. Hecht, Mathilde, geb. 17.02.1905 in Angenrod, deportiert von Drancy (Frankreich), Todesort Auschwitz, 39 Jahre.²⁰⁰ Mathilde Klein war Tochter von Siegmund und Hannchen Hecht geb. Lorsch. Am 05.09.1930 heiratete sie den Metzger Leopold Klein (geb. 18.01.1905 in Rust in Baden). Klein wohnte damals in Merzhausen (Kreis Ziegenhain).

193 ITS-Archiv: Karteikarte Sonderstandesamt Arolsen, Sterbeurkunde Nr. 31, Abt. A; ITS-Archiv: Karteikarte Alphabetisches Verzeichnis von verstorbenen Häftlingen im Häftlingskrankenhaus Monowitz (Nachkriegsaufstellung), Ordner Nr. 66, S. 24.

194 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

195 Memorial de la Shoah: <http://mms.pegasis.fr/jsp/core/MmsRedirector.jsp?id=28335&type=VICTIM#>.

196 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome;
<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

197 Memorial de la Shoah: <http://mms.pegasis.fr/jsp/core/MmsRedirector.jsp?id=28335&type=VICTIM#>.

198 Memorial de la Shoah: <http://mms.pegasis.fr/jsp/core/MmsRedirector.jsp?id=28335&type=VICTIM#>, Beleg C 71_27.

199 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

200 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

Mathilde Klein emigrierte mit Ehemann Leopold und den beiden Töchtern Hilma und Ruth nach Benfeld in Elsass-Lothringen.²⁰¹ Zusammen mit ihren Kindern wurde Mathilde Klein mit dem Konvoi Nr. 71 am 13. April 1944 von Drancy im Nordosten von Paris nach Auschwitz deportiert.²⁰² Der Transport umfasste insgesamt 1500 Personen und kam am 16. April 1944 in Auschwitz an.²⁰³ Mathilde Klein hatte die Transportlisten-Nr. 17935. Als Beruf ist „ohne“ in der Originalliste angegeben.²⁰⁴ Zum Aufenthalt von Mathilde Klein im Internierungscamp Drancy liegen im „Memorial de la Shoah“ auch zwei Beleg-Vignetten vor.²⁰⁵

Klein, Ruth, geb. 12.04.1934 in Angenrod, deportiert am 13. April 1944 aus Drancy (Frankreich), Todesort Auschwitz, 10 Jahre.²⁰⁶

Ruth Klein, wie ihre Schwester Hilma in Angenrod geboren - sie war das einzige jüdische Kind in Angenrod, das nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten zur Welt kam - war ebenfalls keine Angenröder Volksschülerin mehr. Mit erst zehn Jahren ist Ruth das jüngste Angenröder Holocaust-Opfer überhaupt. Für ihren letzten Lebensweg, von Angenrod aus, gilt das Gleiche wie für ihre Mutter Mathilde (siehe dort) und ihre ältere Schwester Hilma. Ruth Klein hatte die Listen-Nummer 17937 des Transports von Drancy nach Auschwitz. Auch sie ist unter „Schülerin“ registriert.

Ruth kam wie auch ihre Familienangehörigen in den Gaskammern von Auschwitz um.

Als Todesdatum für Ruth Klein ist, wie auch für ihre Mutter Mathilde und ihre zwei Jahre ältere Schwester Hilma, der 18.04.1944 belegt.²⁰⁷

Levi geb. Wertheim, Hilde, geb. 11.03.1885 in Angenrod, deportiert mit Transport XII/3 am 15.09.1942 aus Frankfurt nach Theresienstadt, von dort mit Transport Ea nach Auschwitz am 16.09.1944, Todesort Auschwitz.²⁰⁸

Die Angenröderin Hilde Levi war laut Devisenakten verheiratet mit Leopold Levi (geb. 15.02.1883).²⁰⁹ Letzte Frankfurter Adresse der Eheleute: Eckenheimer Landstraße 238. Hilde Levi mit der Transportlisten-Nummer 588²¹⁰ wurde am 15. September 1942 bei der neunten großen Deportation aus Frankfurt zusam-

201 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

202 Memorial de la Shoah: <http://mms.pegasis.fr/jsp/core/MmsRedirector.jsp?id=28335&type=VICTIM#>, Beleg C71_27.

203 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

204 Memorial de la Shoah: <http://mms.pegasis.fr/jsp/core/MmsRedirector.jsp?id=28335&type=VICTIM#>, Beleg C71_27.

205 Memorial de la Shoah: <http://mms.pegasis.fr/jsp/core/MmsRedirector.jsp?id=28335&type=VICTIM#>, Belege CF 169_1388 und CF 175_1939.

206 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>;
http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

207 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

208 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Karteikarte.

209 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 21191.

210 ITS-Archiv: Gestapo Frankfurt am Main, Ordner 25a, S. 141.

men mit ihrem Ehemann in das Durchgangs- und Konzentrationslager Theresienstadt und von dort am 16.05.1944 in das Vernichtungslager Auschwitz verschleppt, wo beide in der Shoah starben.

Leopold und Hilde Levi hatten laut Devisenakten 1939 noch alle Unterlagen für die Auswanderung nach Amerika eingereicht, darunter auch den Fragebogen mit der dezidierten Auflistung ihres Umzugsguts.²¹¹ Am 14.08.1939 erteilte die Devisenstelle S Leopold Israel Levi Genehmigung: „Die Verbringung des auf anliegender Aufstellung verzeichneten Umzugsguts in das Ausland wird gemäß § 57 des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung vom 12. Dezember 1938 genehmigt. Die Genehmigung wird drei Monate nach ihrer Erteilung unwirksam.“

In den Devisenakten findet sich dann ein Schreiben des Leopold Levi, Eckenheimer Landstr. 345, vom 25. November 1940 an die Devisenstelle Frankfurt, Goethestraße 9, betreffend die „Listengenehmigung vom 14. August 1939“.

Levi schreibt mit drei Anlagen: „In der Anlage überreiche ich Ihnen einen Brief des „Stichting voor Bijzondere Joodsche Belangen, Amsterdam“, und bitte ich Sie die beigefügten Abschriften zu beglaubigen.“ Am 3. Dezember 1940 entspricht die Devisenstelle der Beglaubigungsbitte von Leopold und Hilde Levi und vermerkt unter 3) und 4): „das Verfahren ist eingestellt“ und „weglegen“. Offensichtlich wanderten die Eheleute Levi nicht mehr aus, sie wurden Opfer der Shoah.

Lewi, Theresia geb. Levi, geb. 18.08.1874 in Angenrod, wohnhaft in Königsberg (Preußen), Deportation ab Tilsit - Königsberg am 24./25.08.1942 nach Theresienstadt, von dort am 23.09.1942 in das Vernichtungslager Treblinka.²¹²

Theresia Lewi war Tochter des Angenröder israelitischen Lehrers Nathan Levy und dessen Ehefrau Sara geb. Bein.²¹³ Sie wohnten damals in Haus 77, also der „Jirreschul“, der damals noch in Besitz der Judengemeinde befindlichen jüdischen Schule in der Wuhlgasse. Dort befand sich auch die Mikwe, das Judenbad. Theresia Levi ist nicht mehr als Schülerin der Angenröder Volksschule aufgeführt.

Moses geb. Rothschild, Ida, geb. 09.12.1890 in Angenrod, vor dem Krieg wohnhaft in Alsfeld. Deportiert am 21.04.1942 aus Essen, ab Düsseldorf am 22.04.1942 nach Izbica (Ghetto), Todesort Lodz.²¹⁴

Ida Moses ist in der Liste der am 22. April 1942 nach Izbica „evakuierten Juden“ der Gestapo Düsseldorf registriert.²¹⁵ Lt. Gedenkblatt Yad Vashem war Ida Moses Tochter von Samuel Rothschild und Sannchen geb. Präger.²¹⁶ Verheiratet war sie mit Philip Moses, geboren in Dinslaken. Sie wurde zusammen mit

211 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 21191.

212 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

213 Dr. Ursula Wippich: „Memorbuch von Klein-Jerusalemern in Angenrod“, 1981/82.

214 http://www.ffmhst.de/ffm33-45/portal01.php?ziel=t_ak_dok_gesch_frank_juden_01.

215 ITS-Archiv: Gestapo Düsseldorf, Ordner 19a, S. 84.

216 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

ihrem Mann deportiert. Als letzte Wohnadresse in Deutschland ist in der Transportliste Essen, Bismarckstraße 19 ausgewiesen.²¹⁷

Nußbaum geb. Goldschmidt, Natalie, geb. am 10.12.1873 in Sterbfritz und dann wohnhaft in Angenrod, Tochter des Handelsmanns Benedikt Goldschmidt, verheiratet mit dem Neukirchener (Kreis Ziegenhain) Handelsmann **Moritz Nußbaum**, geb. am 30.03.1873.

Die Eheschließung erfolgte am 10.10.1901 in Angenrod. Natalie Nußbaum war Tochter des Handelsmannes Benedikt Goldschmidt. Die Eheleute wohnten in Frankfurt am Main, wie auch die Devisenakten nachweisen.²¹⁸ Die Deportation in das Ghetto Litzmannstadt (Lodz) von Frankfurt aus erfolgte am 20. Oktober 1941.²¹⁹ Natalie Nußbaum starb in Lodz.²²⁰

Oppenheimer, Bertha („Bules“), Tochter des Israel Oppenheimer, geb. 04.10.1888 in Angenrod, deportiert am 7. September 1942 mit den sieben weiteren und letzten Israeliten Angenrods aus dem Ghettohaus Hauptstraße 113 (Haus Speier, jetzt Leuseler Straße 3).²²¹

Bertha Oppenheimer war nicht verheiratet und mit damals knapp 54 Jahren zwar nicht die Älteste der letzten acht aus Angenrod deportierten Israeliten, wird von den Zeitzeugen als gebrechlich geschildert: „das arme Berthachen.“ Gute Beziehungen zu ihr, obwohl in der NS-Zeit strikt untersagt, unterhielt zu ihr die Familie der Nachbarn, die während der Zwangsarisierungen von Frau Oppenheimer die beiden Häuschen mit Grundstück erwarb. Bertha Oppenheimer wohnte bei freier Miete in ihrem einfachen einstöckigen Häuschen.

Laut Evakuierungslisten von Juden der Gestapo Darmstadt wurde Bertha S. Oppenheimer mit der Listen-Nummer 199 am 30. September 1942 von Darmstadt aus - wie auch Sally und Minna Wertheim - nach Polen verschleppt.²²² Der Transport ist unter „Wohnsitzverlegung nach dem Gen. Gouvernement“ registriert.

Dann verliert sich ihre Spur. Bertha Oppenheimer gilt als verschollen.²²³

Oppenheimer geb. Abt, Johanna, geb. 25.05.1867 in Angenrod, deportiert am 18.08.1942 aus Frankfurt nach Theresienstadt, Todesort Theresienstadt 24.03.1943, fast 76 Jahre.

Johanna Oppenheimer war ältestes Kind der Angenröder Eheleute Heine- mann und Jettchen Abt geb. Höchster. Letzte Frankfurter Adresse Jüdisches Altersheim, Wöhlerstraße 6. Johanna Oppenheimer wurde am 18. August 1942

217 ITS-Archiv: Gestapo Düsseldorf, Ordner 19a, S. 84.

218 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 5353.

219 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

220 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

221 Angenröder Zeitzeugen, siehe Fußnote 17; zur Deportation aus Oberhessen: Monica Kingreen, „Die gewaltsame Verschleppung aus Oberhessen im September 1942“, in: MOHG NF 85 (2000), S. 5-95.

222 ITS-Archiv: Transportliste Gestapo Darmstadt, Ordner Nr. 27b, S. 105.

223 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

laut Dokumentation der Gestapo Frankfurt am Main im Alter von 75 Jahren in das Durchgangs- und Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt.²²⁴

In der Liste der in Theresienstadt verstorbenen Juden von 1942 bis 1943 und 1944 ist Johanna Oppenheimer 24. März 1943 aufgeführt.²²⁵ Aber auch die Karteikarte des Krematoriums mit Einäscherungstag 24. März 1943 bestätigt diese Angabe.²²⁶ Darauf ist auch der Transport von Frankfurt aus näher bezeichnet: XII/1 - 660. Die laufende Nummer dieses Beleges (660) weicht allerdings von der laufenden Nummer der Gestapo-Transportliste Frankfurt (664) ab.

Rothschild, Manuel, geb. 30.04.1876 in Angenrod, deportiert am 19.10.1941 ab Frankfurt am Main in Ghetto Litzmannstadt (Lodz), Todesdatum 25.11.1941.

Der gebürtige Angenröder wurde laut Entschädigungsakten Emanuel genannt. Er war Sohn des Angenröder Handelsmanns Salomon Rothschild, Haus Nr. 44, und dessen Ehefrau Auguste Rothschild geb. Strauß. Manuel Rothschild hatte zwei Schwestern und zwei Brüder, denen die Flucht in das US-amerikanische Exil gelang.

Manuel Rothschild war als Rechtsanwalt und Notar mit eigener Kanzlei in Langen tätig. Verfolgungsbedingte Aufgabe der Berufstätigkeit und Büroauflösung 1935. Umzug nach Frankfurt, wo er nicht mehr arbeitete. Zwangsweise Entrichtung einer hohen „Judenvermögensabgabe“ und einer „Dego-Abgabe“ in Höhe von 2 000 Reichsmark. Letzte Frankfurter Adresse Unterlindau 47/EG.

Von dort wurde Manuel Rothschild am 19. Oktober 1941 im Alter von 65 Jahren bei der ersten großen Deportation aus Frankfurt in das Ghetto Lodz verschleppt, wo er fünf Wochen später - am 25.11.1941 - ums Leben kam.

Nach der Deportation von Manuel Rothschild wurden Wertpapiere aus seinem Besitz mit erheblichem Wert zu Gunsten des Reiches eingezogen.²²⁷

Schaumberger geb. Gras, Fanny, geb. 23.04.1862 in Bastheim bei Würzburg, wohnhaft in Angenrod. Fanny Schaumberger war von Beruf Krankenpflegerin und Ehefrau des Mehlhändlers Salomon („Salme“) Schaumberger.²²⁸

Zusammen mit ihrem Mann und Tochter Selma Hertog emigrierte sie im Krieg nach Liege (Lüttich) in Belgien.²²⁹ Laut Auskunft des jüdischen Deportations- und Widerstandsmuseums Mechelen wohnte Fanny Schaumberger in Lüttich in der Rue Ferdinand Hénaux. Sie wurde verhaftet und am 30. Oktober 1942 ins Sammellager nach Mechelen gebracht. Von dort wurde sie mit insgesamt 1937 Personen deportiert mit Transport XVII/872 am 31. Oktober 1942

224 ITS-Archiv: Gestapo Frankfurt am Main, Ordner 25, S. 207.

225 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Ordner 7, S. 50.

226 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt-Kartei.

227 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>;

http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome;

http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01.php?ziel=t_ak_dok_gesch_frank_juden_01.

228 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

229 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

ins Vernichtungslager Auschwitz. In der Liste ist sie auch als Witwe gekennzeichnet, so dass ihr Ehemann zuvor wohl verstorben sein dürfte²³⁰ (Abb. 18).

In Auschwitz kam der Transport am 3. November 1942 an.²³¹ Im Vernichtungslager verliert sich Fanny Schaumbergers Spur. Es wurde keine Stammmummer und auch keine Todesakte gefunden. Weil diese Frau schon 80 Jahre alt war, wurde sie direkt nach Ankunft in den Gaskammern von Birkenau ermordet, so die Mitteilung des jüdischen Deportations- und Widerstandsmuseums Mechelen.²³²

Schaumberger, Friederike (Rike), geb. 12.11.1875 in Angenrod und bis 1940 nach Notveräußerung des Häuschens durch die Familie ihres Schwagers Hermann Katz auch in Angenrod wohnhaft.

Sie war Tochter des Heinemann Schaumberger und dessen Ehefrau Auguste Schaumberger geb. Süsel und wohnte in der damaligen Angenröder Schellengasse („Schälgass“).

Rike blieb unverheiratet und zog zusammen mit ihrem Bruder, dem Witwer Moritz Schaumberger - gemeinhin bei den Zeitzeugen bekannt als das Paar „Rike und Moritz“ - sowie ihrer Schwester Fanny Katz geb. Schaumberger und deren Ehemann Hermann Katz im Krieg nach Kassel (zunächst Wartekuppe, später auf Gestapo-Anordnung in die Kasseler Innenstadt, Schillerstraße 7). Ihr Wohnaufenthalt in Kassel ist ab 1. November 1939 dokumentiert.²³³

Rike Schaumberger wurde am 07.09.1942 von Kassel aus über Chemnitz ins Ghetto Theresienstadt deportiert.²³⁴ Am 29.09.1942 erfolgte die Deportation ins Vernichtungslager Treblinka.²³⁵

Schaumberger, Rosa, geb. 13.10.1895 in Angenrod, später während der NS-Zeit war ihre Wohnadresse Gießen. Rosa Schaumberger war unverheiratete Tochter von Salomon und Fanny Schaumberger geb. Gras. Als Todesdatum wird infolge Euthanasie in Brandenburg der 01.10.1940 angegeben.²³⁶ Letzter Wohnort Rosa Schaumbergers war Gießen, Licherstraße 105.²³⁷

Den Recherchen Monica Kingreens zufolge wurden jüdische Patienten - darunter auch Rosa Schaumberger - aus Anstalten und Einrichtungen in verschiedenen Orten wie Gießen gewaltsam in die Gießener Heil- und Pflegeanstalt, die als „Sammelanstalt für jüdische Patienten“ fungierte, verschleppt. Wenige Tage

230 Jüdisches Deportations- und Widerstandsmuseum (Mechelen): Transportliste Gras.

231 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

232 Recherche von Frau Laurence Schram, Historikerin des jüdischen Deportations- und Widerstandsmuseums Mechelen, auf Anfrage des Verfassers. Der Verfasser dankt Frau Schram sehr herzlich für die fundierten Angaben und die Zusendung der Dokumente zu Schaumberger und Hertog via E-Mail (27.05.2009).

233 ITS-Archiv: SK Kassel, Ordner 2240, S. 182.

234 ITS-Archiv: SK Kassel, Ordner 2243, S. 144.

235 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

236 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

237 ITS-Archiv: SK Gießen.

später wurden die Menschen in die Tötungsanstalt Brandenburg transportiert und dort am 1. Oktober 1940 durch Gas ermordet.²³⁸

Scheuer geb. Löwenstein, Jette, geb. 07.05.1862 in Angenrod, wohnhaft in Laasphe. Sie war Tochter der Eheleute David und Bertha Löwenstein geb. Rothschild.

Jette Scheuer wurde am 29.07.1942 ab Dortmund ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Als Todesdatum wird der 20.02.1943 angegeben, Todesort: Theresienstadt, Ghetto.²³⁹

Schirling, Hännel Hannchen geb. Rothschild, geb. 25.01.1862 in Angenrod als Tochter von David Hirsch Rothschild und dessen Ehefrau Sara geb. Schaumburger.

Am 06.07.1891 heiratete Hannchen Rothschild in Angenrod den Handelsmann Moses Schirling aus Mardorf, Kreis Kirchhain. Wohnhaft war die Verheiratete dann in Schweinsberg.

Hannchen Schirling wurde ab Kassel - Chemnitz am 07.09.1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert, und zwar mit Transport XV/1 aus Kassel mit Zugang in Theresienstadt am 08. 09.1942. Mit Transport Bs wurde Hannchen Schirling dann am 29. September 1942 von Theresienstadt nach Treblinka ins Vernichtungslager deportiert.²⁴⁰

Speier, Alfred, geb. 07.10.1927 in Angenrod, war in Angenrod auch noch Volksschüler gewesen mit zahlreichen Angenröder Mitschülern wie Wilhelm Jung, Karl-Heinz Wertheim oder Irmgard Meier. Er wurde aus Angenrod aus seinem Elternhaus deportiert, später mit seiner Familie über Gießen nach Darmstadt verschleppt. Deportation ab Darmstadt am 27.09.1942 ins Ghetto Theresienstadt, am 28.09.1944 ins Vernichtungslager Auschwitz.²⁴¹

Alfred Speier war Sohn von Leopold und Johanna Speier geb. Weisenbach und Bruder der kleinen Liselotte Speier.

Alle vier Speier-Familienangehörige wurden in der Shoah ermordet. Alfred Speier wurde von Darmstadt aus mit Transport 111-XVII/1 vom 27. September 1942 ins Ghetto Theresienstadt „überstellt“.²⁴² Seine Anschrift in Theresienstadt lt. Verzeichnis der in Theresienstadt inhaftierten Personen, aufgestellt von „Czechoslovak Relief Action“ in London im März 1945 lautete: Hauptstraße 14.²⁴³ Der Abtransport von Alfred Speier mit Transport Ek-1336 ins Vernichtungs-

238 M. Kingreen, Psychiatrie in Gießen, Hist. Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen Quellen und Studien Band 9, S. 277, Psychosozial-Verlag, Gießen 2003.

239 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

240 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome; Theresienstädter Gedenkbuch, Institut Theresienstädter Initiative, Band I - II; Melantrich, Praha 1995; Band III: Academia, Praha 2000.

241 ITS-Archiv: Gestapo Darmstadt, Evakuierungslisten von Juden, Ordner 27b, S. 67; Transportliste des Ghettos Theresienstadt, Ordner Nr. 26, S. 71; <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

242 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Ordner Nr. 25, S. 71.

243 ITS-Archiv: Verzeichnis der in Theresienstadt inhaftierten Personen, aufgestellt von „Czechoslovak Relief Action“ in London im März 1945, Ordner Nr. 14, S. 200.

lager Auschwitz ist auf der Theresienstadt-Karteikarte des ITS-Archivs in Arolsen vermerkt²⁴⁴ (Abb. 19, 20).

Speier geb. Weisenbach, Johanna, geb. 10.03.1898 in Leihgestern, war in Angenrod zunächst Dienstmädchen im Haushalt des Nähmaschinen- und Landmaschinenhändlers Isaac Speier, bevor sie dessen Sohn Leopold heiratete.

Am 07.09.1942 wurde sie mit ihrer Familie (Ehemann Leopold, Kinder Alfred und Liselotte) und weiteren vier Angenröder israelitischer Konfession aus Angenrod deportiert, später mit ihren Familienangehörigen über Gießen nach Darmstadt verschleppt. Deportation ab Darmstadt am 27.09.1942 ins Ghetto Theresienstadt, am 28.10.1944 ins Vernichtungslager Auschwitz.²⁴⁵

In Theresienstadt lautete ihre „Anschrift“: Seestraße 18.²⁴⁶ Die Karteikarte des Ghettos Theresienstadt belegt, dass Johanna mit Transport 109-XVII/1 in Theresienstadt eintraf und von dort am 28. Oktober 1944 mit Transport Ev-1567 ins Vernichtungslager Auschwitz verschleppt wurde.²⁴⁷ (Abb. 21)

Speier, Leopold, geb. 04.01.1875 in Angenrod, am 07.09.1942 aus Angenrod deportiert und später mit seiner Familie über Gießen nach Darmstadt verschleppt. Deportation ab Darmstadt am 27.09.1942 ins Ghetto Theresienstadt, am 28.10.1944 ins Vernichtungslager Auschwitz.²⁴⁸

Leopold Speier war als Sohn des Isaac Speier (1843 - 1921) und dessen Ehefrau Bertha (Betty) Speier geb. Bachrach (geb. 1849 in Kestrich - 1925) Nachkomme der ganz ursprünglichen israelitischen Angenröder Linie der Speier, beginnend mit dem Schutzjuden Hertz Speier (18. Jahrhundert). In Angenrod war er als Landwirt und Handelsmann tätig.

Leopold Speier wurde mit Transport-Nr. 108-XCVII/1 ins Ghetto Theresienstadt deportiert und von dort am 28. Oktober 1944 mit Transport Ev-1566 in das Vernichtungslager Auschwitz.²⁴⁹

Speier, Liselotte, geb. 16.04.1933 in Angenrod, am 07.09.1942 aus ihrem Geburts- und Heimatort als erst neunjähriges Mädchen deportiert, danach mit ihrer Familie (Vater Leopold, Mutter Johanna und Bruder Alfred) über Gießen nach Darmstadt verschleppt. Deportation ab Darmstadt am 27.09.1942 ins Ghetto Theresienstadt, am 28.10.1944 ins Vernichtungslager Auschwitz - mit erst elf Jahren.²⁵⁰

244 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Karteikarte; Transportliste des Ghettos Theresienstadt, Ordner Nr. 26, S. 71.

245 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>; ITS-Archiv: Gestapo Darmstadt, Evakuierungslisten von Juden, Ordner 27 b, S. 67.

246 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Ordner 14, S. 200.

247 ITS-Archiv: Transportliste des Ghettos Theresienstadt, Ordner Nr. 31, S. 148; ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Karteikarte.

248 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

249 ITS-Archiv: Gestapo Darmstadt, Evakuierungslisten von Juden, Ordner Nr. 27 b, S. 67; Transportliste des Ghettos Theresienstadt, Ordner Nr. 31, S. 148; Ghetto Theresienstadt Karteikarte.

250 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

Liselotte Speiers Anschrift in Theresienstadt lautete: Jaegerstraße 19.²⁵¹ Liselotte Speier wurde laut Karteikarte Theresienstadt's am 28. Oktober 1944 mit Transport Nr. Ev-1568 von Theresienstadt ins Vernichtungslager Auschwitz verschleppt.²⁵²

Alle vier Angenröder Familienangehörigen Speier, Eltern Leopold und Johanna sowie die Kinder Alfred und Liselotte, ereilte also mit zwei verschiedenen Transporten - zunächst vier Wochen vorher nur Sohn Alfred, dann die Eltern und Tochter Liselotte Speier - von Theresienstadt aus nach Auschwitz das gleiche grauenhafte Schicksal - Ermordung in den Gaskammern von Birkenau (Abb. 22, 23).

Speier, Willi, geb. 15.03.1922 in Angenrod, später wohnhaft in Frankfurt am Main. Willi Speier wurde vermutlich aus Frankfurt deportiert, Todesort Auschwitz. Willi Speiers Name findet sich auf dem Namenfries (Mahnmal) am jüdischen Friedhof an der Battonstraße (Frankfurt).

Das Shoah-Opfer Willi Speier war Sohn von Leopold und Johanna Speier in Angenrod. Er ging seinerzeit auch in Angenrod zur Schule - an ihn erinnern mehrere Schulfotos - war von Beruf Zimmermann und wohnte vor dem Krieg in Frankfurt am Main.²⁵³ Das Gedenkblatt in der Datenbank von Yad Vashem wurde von Willi Speier's in 2007 in New York verstorbenen Bruder Ludwig, dem einzigen Überlebenden der Familie Speier in Angenrod, 1990 eingegeben (Abb. 24).

Steinberger, Abraham, geb. 14.10.1877 in Angenrod, wohnhaft in Eifa und Frankfurt am Main, deportiert 1941 aus Frankfurt, Todesort ein KZ oder Vernichtungslager, formal 08.05.1945.²⁵⁴

Abraham Steinberger wurde geboren als Sohn des Viehhändlers Gerson Steinberger und seiner Ehefrau Friederike Steinberger geb. Nußbaum und war mit Sara Steinberger geb. Heilbrunn verheiratet. Die Ehefrau starb am 12. März 1940 in Frankfurt. Abraham Steinberger war Vater der Kinderpflegerin Berta Steinberger und einer weiteren 1914 in Alsfeld geborenen Tochter, der 1939 die Flucht in das US-amerikanische Exil gelang. Von Beruf war er Viehhändler.

Seit 1922 betrieb er eine Metzgerei und einen Viehhandel in Eifa, wo seine Familie im eigenen Haus wohnte. Nach erheblichem Umsatzrückgang durch die Boykotte seit 1933 und verfolgungsbedingter Geschäftsaufgabe vermutlich Ende 1938 musste die Liegenschaft durch Kaufvertrag vom 18. Dezember 1940 im Rahmen der Zwangsarisierung veräußert werden. Der ursprüngliche Kaufpreis war behördlich deutlich herabgesetzt worden und musste auf ein Sperrkonto eingezahlt werden, über das Abraham Steinberger nicht verfügen konnte. Im

251 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Ordner 14, S. 200.

252 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Karteikarte.

253 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

254 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>;

http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome;

http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01.php?ziel=t_ak_dok_gesch_frank_juden_01.

Zusammenhang mit dem November-Pogrom 1938 war Steinberger im Konzentrationslager Dachau in Haft.

Am 6. Juni 1939 zogen die Eheleute Steinberger nach Frankfurt um, die Tochter Berta Steinberger lebte bereits seit April 1938 in der Mainmetropole, wo sie eine Ausbildung zur Kinderpflegerin im Kinderhaus der Weiblichen Fürsorge e.V., Hans-Thoma-Straße 24, absolvierte. Laut Mitteilung der Landesversicherungsanstalt in den Entschädigungsakten war Berta Steinberger bis Ende Dezember 1941 bei der Invalidenversicherung als Beitragszahlerin registriert.

Letzte Frankfurter Adresse der Familie: Rhönstraße 29. Nach dem Tod der Ehefrau lebte Abraham Steinberger dort mit seiner Schwägerin zusammen (Name unbekannt). Die Devisenstelle hatte den monatlichen „Freibetrag“ seines noch vorhandenen Geldvermögens auf 300 Reichsmark festgesetzt. Die beabsichtigte Emigration gemeinsam mit der Tochter Berta Steinberger nach Kuba scheiterte aus unbekanntem Gründen. Das Einreisevisum lag bereits vor. Ein Beleg für Abraham Steinberger aus seiner Frankfurter Zeit liegt auch in den Devisenakten vor.²⁵⁵

Abraham Steinberger wurde laut Internationalem Suchdienst 1941 in ein Vernichtungs- und Konzentrationslager im Osten verschleppt, wo er wahrscheinlich ums Leben kam.²⁵⁶ „Evakuierungsvermerk“ in der Devisenakte. Sein Todesdatum wurde auf den 8. Mai 1945 festgesetzt.

Abraham Steinberger wurde laut Internationalem Suchdienst 1941 in ein Vernichtungs- und Konzentrationslager im Osten verschleppt, wo er wahrscheinlich ums Leben kam.²⁵⁷ „Evakuierungsvermerk“ auf der Devisenakte. Sein Todesdatum wurde auf den 8. Mai 1945 festgesetzt.

Das weitere Schicksal Abraham Steinbergers in seinem späteren Wohnort Eifa geborenen und danach in Frankfurt wohnenden Tochter **Berta Steinberger** (geb. 21. Oktober 1921) ist übrigens nicht bekannt. Vermutlich wurde auch sie in ein Vernichtungs- und Konzentrationslager verschleppt, wo sie wohl zu Tode kam.²⁵⁸ Ihr Todesdatum wurde ebenfalls auf den 8. Mai festgesetzt.

Steinberger, Adolf, geb. 10.01.1876 in Angenrod, wohnhaft in Bollendorf.

Adolf Steinberger war Sohn des Viehhändlers Moses Steinberger und dessen Frau Rosa geb. Rosenberg. Er ist im namentlichen Verzeichnis der Juden des Kreises Bitburg als Kaufmann registriert. Als Wohnort ist Bollendorf 186 verzeichnet.²⁵⁹

Adolf Steinberger wurde am 29. Juli 1942 ab Dortmund mit Transport 906-X/1 ins Ghetto Theresienstadt deportiert, von dort mit Transport Bq 1127 am 23. September 1942 ins Vernichtungslager Treblinka.²⁶⁰

255 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 24083.

256 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

257 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

258 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

259 ITS-Archiv: Gestapo Köln, Ordner 14A, S. 92.

260 ITS-Archiv: Ghetto Theresienstadt, Karteikarte.

Stern, Markus, geb. 14.03.1865 in Angenrod, später wohnhaft in Mainz.

Markus Stern war Sohn von Zaduk Stern und dessen Frau Ranchen geb. Wallach. Er wohnte seinerzeit in Angenrod im Haus der „Ranjes“. Sein dorfinterner Spitzname lautete „Mottche“.

Markus Stern wurde am 27. September 1942 ab Darmstadt ins Ghetto Theresienstadt deportiert. Als Todesdatum wird der 11. Oktober 1942 (Ghetto Theresienstadt) angegeben.²⁶¹

Strauss geb. Stern, Amalie, geb. 20.09.1867 in Angenrod. Verheiratet war sie vermutlich mit Hermann Strauss. Letzte Frankfurter Adresse: Reuterweg 49/III. Amalie Strauss wurde aus Frankfurt deportiert, Todesort Theresienstadt 06.02.1943, 76 Jahre.

Zu Amalie Strauss liegt ein konkreter Beleg in den Devisenakten des Hauptstaatsarchivs vor.²⁶² Demnach wurde sie am 15. September 1942, unmittelbar vor ihrem 75. Geburtstag, mit ihrem 73-jährigen Ehemann bei der neunten Deportation aus Frankfurt in das Durchgangs- und Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt, wo sie fünf Monate später starb.²⁶³ Der Ehemann kam dort im März 1943 zu Tode.

Strauss geb. Wertheim, Sara, geb. 28.04.1879 in Angenrod, deportiert am 11.11.1941 aus Frankfurt, Todesort Minsk, formal 08.05.1945.²⁶⁴

Sara Strauß war Tochter des Angenröder Viehhändlers Löb Wertheim und dessen Ehefrau Hannchen geb. Schaumberger. Ihr Vorname im Standesamtsregister Angenrods ist 1879 mit Sara eingetragen. Verheiratet war Sofie mit dem Kaufmann Moses Strauss. Das Ehepaar hatte einen Sohn und eine Tochter, die 1908 beziehungsweise 1910 in Frankfurt zur Welt kamen. Den beiden Kindern gelang dann später die Flucht in das US-amerikanische Exil.

Ehemann Moses Strauss arbeitete seit 1925 als Alteisen- und Produkthändler; im Mai 1937 verfolgungsbedingte Einstellung des Betriebes. Nach dem November-Pogrom Haft des Ehemannes im Konzentrationslager Buchenwald vom 13. November bis 14. Dezember 1938 (Häftlingsnummer 29697). Frankfurter Adressen Ostendstraße 63, zuletzt Gwinnerstraße 4 (Moussonstraße).²⁶⁵

Strauss geb. Stern, Wally (Malle), geb. 29.09.1876 in Angenrod, später wohnhaft in Frankfurt am Main.

Wally (Malle) Strauss wurde als Tochter der Eheleute Zadik Stern und dessen Ehefrau Ranchen geb. Wallach im Angenröder jüdischen Haus der „Ranjes“ (Haus 114) als viertes von fünf Kindern - darunter Markus, Wolf und Juda Stern - geboren. Ihr Vorname ist mit Malle verzeichnet.²⁶⁶

261 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

262 HHStAW, Abt. 519/3, Sig. 31546.

263 http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01.php?ziel=t_ak_dok_gesch_frank_juden_01.

264 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

265 http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01.php?ziel=t_ak_dok_gesch_frank_juden_01.

266 Dr. Ursula Wippich: „Memorbuch von Klein-Jerusalemern in Angenrod“, 1981/82.

Wally Strauss wurde ins Ghetto Theresienstadt deportiert, als Todesdatum ist der 6. Februar 1943 angegeben.²⁶⁷

Weinberg geb. Rothschild, Cäcilie, geb. 09.07.1888 in Angenrod, wohnhaft in Trier.

Cäcilie Weinberg emigrierte nach Luxemburg. Sie wurde von dort über Trier am 16. Oktober 1941 in das Ghetto Litzmannstadt (Lodz) in Polen deportiert. Dort wurde sie ermordet.²⁶⁸

Sie war Tochter des Angenröder Handelsmanns Samuel Rothschild und dessen Ehefrau Hannchen geb. Präger.²⁶⁹

Wertheim, Fritz, geb. 21.03.1917 in Angenrod, deportiert aus Frankfurt am 11./12. November 1941 ins Ghetto Minsk, Todesort Minsk, formal 31.12.1945.²⁷⁰

Fritz Wertheim wurde in Angenrod als Sohn von Jenny Wertheim geb. Oppenheimer und des Viehtreibers Simon Wertheim („Vogels“) geboren. Er war Bruder von Meta Wertheim. Der 1914 in Angenrod zur Welt gekommenen Schwester (Frieda, d. Verf.) gelang die Flucht in das US-amerikanische Exil. Fritz Wertheim war gelernter Bäcker und Konditor.

Die Familie lebte in Angenrod. Dort besuchte Fritz Wertheim die Volksschule (Einschulung am 16.04.1921, Schulentlassung 1931, Klassenkamerad von Emma Jungk verh. Jung („Grohe“), Karl Kern und Berta Müller verh. Kister („Kills“, d. Verf.).

Anschließend absolvierte er eine Ausbildung zum Bäcker. 1937 vermutlich verfolgungsbedingter Umzug nach Frankfurt. Nach dem November-Pogrom Haft des Vaters im Konzentrationslager Dachau ab 14. November 1938 (Abb. 25, 26).

Fritz Wertheim wurde in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt, wo er als Folge von Misshandlungen sein Gehör verlor. Belege über seinen Aufenthalt in Buchenwald sind im ITS in Bad Arolsen vorhanden. Eingeliefert wurde Fritz Wertheim am 12. November 1938, entlassen am 15. Februar 1939, 15 Uhr.²⁷¹ Er hatte die Haftnummer 4965.

Bei seiner Einlieferung abgegeben hatte Fritz Wertheim, Uhlandstraße 47 (Frankfurt am Main), folgende persönliche Sachen: je ein Paar Schuhe und Strümpfe, einen Mantel, einen Rock, eine Hose, einen Pullover, zwei Schlüssel sowie Wäsche.

Von seiner Mutter Jenni hatte er am 10. Dezember 1938 10 Reichsmark in Buchenwald erhalten, von seinem Vater Simon am 24. Januar 1939 5 Reichsmark. Bei seiner Entlassung am 15. Februar 1939 quittierte Fritz Wertheim, den Bestand von insgesamt 15 Reichsmark wieder zurückerhalten zu haben.

267 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

268 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html> .

269 Zur Genealogie der Rothschild in Angenrod siehe auch: Norbert Hansen in: Mitteilungen des Geschichts- und Museumsvereins Alsfeld, Jg. 106, 2 (2007).

270 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html> .

271 ITS-Archiv: KL Buchenwald, HPK individuelle Unterlage und HPK-Effektenkarte.

Fritz Wertheim wurde am 11. November 1941 mit seinen Eltern sowie der Schwester (Meta, d. Verf.) bei der zweiten großen Deportation aus Frankfurt in das Ghetto Minsk verschleppt, wo die Familie wahrscheinlich ums Leben kam.²⁷² Das Todesdatum für alle Angehörigen wurde auf den 31. Dezember 1945 festgesetzt (Abb. 27).

Wertheim, Jeanette, „die Jeanette vom Bergschlösschen“, geb. 20.08.1859 in Angenrod. Später wohnte sie als betagte Frau von über 80 Jahren in Bad Nauheim im dortigen jüdischen Altersheim.²⁷³

Jeanette Wertheim wurde am 27. September 1942 ab Darmstadt deportiert ins Ghetto Theresienstadt. Als Todesdatum ist der 15. Februar 1943 dokumentiert (Ghetto Theresienstadt).²⁷⁴

Jeanette Wertheim war Tochter des „Ortsbürgers“ Marcus Wertheim und dessen Ehefrau Sara geb. Katz. Ihr Bruder war zum Beispiel auch Josef Wertheim, der spätere Gastwirt der „Josefs“.

Wertheim geb. Oppenheimer, Jenny (geb. 28.12.1879 in Kleinwallstadt/Bayern) war mit dem Viehtreiber Simon Wertheim („Vogels“) verheiratet. Sie war Mutter des Bäckers Fritz Wertheim und von Meta Wertheim, beide Opfer der Shoah. Der 1914 in Angenrod zur Welt gekommenen Tochter (Frieda, d. Verf.) gelang die Flucht in das US-amerikanische Exil.²⁷⁵

Später wohnte die Familie Wertheim - Ehemann Simon und die Kinder Fritz und Meta - in Frankfurt am Main, erst noch 1938/39 Umlandstraße 47, dann Obermainanlage 16, von wo aus sie am 11./12. November 1941 ins Ghetto Minsk deportiert wurde²⁷⁶ (Abb. 28).

Wertheim, Meta („Vogels“), geb. 31.03.1919 in Angenrod, deportiert ab Frankfurt am 11./12. November 1941 nach Minsk, Todesort Minsk, formal 31.12.1945.²⁷⁷

Meta Wertheim wurde in Angenrod als Tochter von Jenny Wertheim geb. Oppenheimer und des Viehtreibers Simon Wertheim geboren. Das junge Mädchen mit der hübschen Ponyfrisur, wie auf einem Bild bei einer Schlittenfahrt mit Angenröder Kindern dokumentiert, war Schwester des Bäckers Fritz Wertheim. Der 1914 in Angenrod zur Welt gekommenen Schwester (Frieda, d. Verf.) gelang die Flucht in das US-amerikanische Exil.

Die Familie lebte in Angenrod. Meta Wertheim wurde am 20.04.1925 in die Volksschule Angenrod eingeschult. Sie war die einzige Schülerin ihres Jahrgangs, hatte also keine Klassenkameraden. Auf den historischen Schulfotos ist sie leider nicht zu sehen. Dokumentiert ist jedoch das hübsche Mädchen bei einer Schlittenfahrt in der Wuhlgasse zusammen mit anderen Angenröder Kindern wie August Schmidt und Marie Jung verh. Ermel.

272 ITS-Archiv: Gestapo Frankfurt am Main, Ordner 25, S. 110.

273 http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome.

274 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

275 http://www.ffmhist.de/ffm33-45/portal01.php?ziel=t_ak_dok_gesch_frank_juden_01.

276 ITS-Archiv: Gestapo Frankfurt am Main, Ordner 25, S. 110.

277 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

In den schularchivalischen Dokumenten sind letzte Schulnoten für das fünfte Schuljahr Meta Wertheims eingetragen, als Schulentlassungsjahr ist 1933 angegeben. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass Meta Wertheim in 1933 die Angenröder Volksschule abschloss.

1937 erfolgte der wohl im Rahmen der Zwangsarisierung und Verkauf des Angenröder Wohnhauses samt Grundeigentum verfolungsbedingte Umzug der Familie nach Frankfurt. Nach dem November-Pogrom Haft des Vaters im Konzentrationslager Dachau ab 14. November 1938. Der Bruder (Fritz, d. Verf.) verlor infolge von Misshandlungen im Konzentrationslager Buchenwald sein Gehör.

Frankfurter Adressen Uhlandstraße 47, laut Entschädigungsakten Hausnummer 48, zuletzt Obermainanlage 16.²⁷⁸

Meta Wertheim wurde am 11. November 1941 mit ihren Eltern sowie dem Bruder bei der zweiten großen Deportation aus Frankfurt (1042 Frankfurter, 20 von außerhalb, darunter die vier Familienangehörige Simon Wertheim aus Angenrod) in das Ghetto Minsk verschleppt, wo die Familie wahrscheinlich zu Tode kam.²⁷⁹ Das Todesdatum für alle Angehörigen wurde auf den 31. Dezember 1945 festgesetzt (Abb. 29).

Wertheim geb. Löwenthal, Minna, geb. 04.09.1892 in Hösbach im Spessart, wurde im September 1942 aus Angenrod zusammen mit ihrem Ehemann Sally Wertheim und den weiteren noch sechs in Angenrod verbliebenen Israeliten deportiert. Obwohl Minna Wertheim ein Visum für Auswanderung in die USA erhalten hatte, verblieb sie in ehelicher Gemeinsamkeit bis zum Letzten bei ihrem Ehemann Sally, dem aufgrund rheumatoider Arthritis und Herzerkrankung keine Einreisegenehmigung erteilt worden war.²⁸⁰

Über das Landratsamt Alsfeld und die Verschleppungszwischenstation Gießen erfolgte dann der Abtransport nach Darmstadt und von dort aus am 30. September 1942 die Deportation, vermutlich nach Treblinka.²⁸¹ Minna Wertheim wurde später für tot erklärt.²⁸²

Von der Verlobung Minna Löwenthals mit Sally Wertheim ist übrigens 1918 ein Inserat in der „Oberhessischen Zeitung“ (Alsfeld) erschienen. Die Eheschließung der beiden ist jedoch nicht in Angenrod erfolgt. Aus ihrer Ehe gingen drei Kinder hervor: Walter, Margot und Karl-Heinz. Die Kinder konnten sich durch Emigration in die USA (New-York) vor dem Zugriff der Nazis retten und wurden somit nicht Opfer der Shoah.

278 HHStAW Best. 518, Sig. 49622.

279 ITS-Archiv: Gestapo Frankfurt am Main, Ordner 25, S. 110; Monica Kingreen: „Und keiner hat für uns Kaddisch gesagt ...“, Deportationen aus Frankfurt am Main 1941 bis 1945, S. 389, Jüdisches Museum Frankfurt, Stroemfeld Verlag.

280 Mathilda W. Stein in: „The way it was: The Jewish World of Rural Hesse“, Frederick Max Publications, 430 Montevallo Drive, Atlanta, Georgia, 2002, S. 137.

281 ITS-Archiv: ITS-Archiv: Gestapo Darmstadt, Ordner 27b, S. 105.

282 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

Im ITS-Archiv ist außerdem dokumentiert, dass Minna Wertheim am 1. November 1939 von Angenrod nach Bad Nauheim umgezogen ist.²⁸³ Vermutlich handelte es sich um einen temporären Wohnortwechsel im Zusammenhang mit dem Besuch der jüdischen Schule ihrer Kinder dort (Abb. 30).

Wertheim, Sally, geb. 30.01.1888 in Angenrod, wurde am 7. September 1942 vom Haus Leuseler Straße 3, dem früheren Haus Speier, aus Angenrod zusammen mit den letzten weiteren sieben Angenröder Israeliten, darunter auch seine Ehefrau Minna geb. Löwenthal, mit einem planenüberdachten Wehrmachtso-pel-Blitz deportiert.

Über die Verschleppungszwischenstation Gießen erfolgte dann der Abtransport des Ehepaars nach Darmstadt und von dort aus am 30. September 1942 die Deportation, vermutlich nach Treblinka.²⁸⁴ Zur Deportation von Sally und Minna Wertheim liegt eine Evakuierungsliste nach dem Generalgouvernement (Polen) der Gestapo Darmstadt im ITS vor.²⁸⁵

Über Sally Wertheims Biografie insbesondere in der schweren Angenröder NS-Zeit wurde schon an anderen Stellen ausführlich berichtet. Er war Sohn des Viehhändlers Herz Wertheim und dessen Ehefrau Hannchen geb. Levi. Seine Kinder Walter, Margot und Karl-Heinz - letzterer über die Zwischenstation Schweiz (Genf) - konnten ihr Leben durch Emigration in die USA retten.

Sally Wertheim war letzter israelitischer Gemeindevorsteher in Angenrod (Parnas). Im Zuge der deutschlandweiten sogenannten „Judenaktion vom 10. November 1938“, das heißt der auf ausdrückliche Weisung Hitlers erfolgten Verschleppung von annähernd 30 000 männlichen Juden in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen in direkter Verbindung mit den November-Pogromen, war Wertheim bereits 1938 - vom 11.11.1938 bis 17.12.1938, also fünf Wochen lang - im KZ Buchenwald inhaftiert.²⁸⁶ Im Ersten Weltkrieg war Sally Wertheim noch Soldat für das Deutsche Reich, eingesetzt im Westen (Frankreich) (Abb. 31, 32).

Wertheim, Simon („Vogels“), geb. 03.01.1883 in Angenrod, war verheiratet mit Jenny Wertheim geb. Oppenheimer. Später, nach Notverkauf ihres Hauses, wohnten sie seit 1937 in Frankfurt am Main. Deportiert wurde Simon Wertheim zusammen mit seinen Familienangehörigen - Ehefrau Jenny, Sohn Fritz und Tochter Meta - am 11./12. November 1941 ab Frankfurt ins Ghetto Minsk.²⁸⁷ Minsk mit formalem Todesdatum 31.12.1945 wird auch als Todesort angegeben.

Der 1914 in Angenrod zur Welt gekommenen Tochter Frieda Wertheim (später verh. Rauch gelang die Flucht in das US-amerikanische Exil. Frieda Wertheim war am 12.04.1920 eingeschult und am 31.03.1928 aus der Volksschule Angenrod entlassen worden. Sie war Klassenkameradin von unter ande-

283 ITS-Archiv: Meldungen über Veränderungen der jüdischen Bevölkerung in Bad Nauheim, Ordner 27d, S. 90 u. 91 (Bestand gesperrt).

284 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

285 ITS-Archiv: Gestapo Darmstadt, Ordner 27b, S. 105.

286 ITS-Archiv: KL Buchenwald, Ordner 104, S. 159.

287 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>.

rem Lina Östreich verh. Lange, Marie Dietrich verh. Diebel, Karl Müller („Kills“) und Auguste Müller verh. Möller („Hebamms“, Anm. d. Verf.).

Als Beruf von Simon Wertheim („Vogels“ in der Angenröder Judengasse, dem späteren Wohnhaus von Karl Gonder) wird in den Akten angegeben: Viehtreiber, Kaufmann. Dies ist in Übereinstimmung mit den Angaben unserer Zeitzeugen. Simon Wertheim soll sogenannter Schliach, also Viehtreiber, bei Sally Wertheim („Herze“) gewesen sein.

Nach dem November-Pogrom war Simon Wertheim auch zeitweise ab dem 14. November 1938 im Konzentrationslager Dachau in Haft.²⁸⁸

Hierzu wurde auf Anfrage des Autors bei der KZ-Gedenkstätte Dachau ergänzend folgendes mitgeteilt: „Eine Recherche zeigte, dass Herr Simon Wertheim, geb. am 3.1.1883 in Angenrod, wohnhaft in Frankfurt/M., Umlandstraße 47, im Zuge der sog. Reichskristallnacht nach Dachau gebracht wurde und hier für mehrere Wochen inhaftiert war.

Das Zugangsdatum war der 14.11.1938, die Häftlingsnummer 25726. Herr Wertheim ist im Zugangsbuch des KZ mit dem Beruf „Viehtreiber“ verzeichnet. Die genaue Dauer der Haftzeit ist nicht bekannt, da die einzige Quelle das Zugangsbuch ist. Leider haben wir keine weiteren Dokumente zu Wertheim.

Beide Personen, Sally und Simon Wertheim, sind im Gedenkbuch - Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 - 1945, Band IV (herausgegeben vom Bundesarchiv 2006) auf S. 3666 aufgeführt.

Eine Datenbankrecherche ergab, dass keine weiteren Dachau-Häftlinge mit dem Geburts- oder Wohnort Angenrod verzeichnet sind“.

Frankfurter Adressen der Familie Simon Wertheim: Krankenhaus der Israelitischen Gemeinde, Gagernstraße 36, Umlandstraße 47, laut Entschädigungsakten Hausnummer 48, zuletzt Obermainanlage 16.²⁸⁹

Simon Wertheim (58) wurde am 11. November 1941 mit seiner 61-jährigen Ehefrau sowie den beiden Kindern bei der zweiten großen Deportation aus Frankfurt in das Ghetto Minsk verschleppt, wo die Familie wahrscheinlich ums Leben kam. Das Todesdatum für alle Angehörigen wurde auf den 31. Dezember 1945 festgesetzt (Abb. 33).

Wolf geb. Steinberger, Bertha („Geschom“), geb. 20.08.1886 in Angenrod (unterzeichnender Standesbeamter war der damalige Angenröder Bürgermeister Heinrich Obermann), war verheiratet mit Salomon Wolf (geb. 28. April 1884 in Sötern). Ständiger Wohnsitz der Eheleute war Sötern im nördlichen Saarland, wie Angenrod eine Landgemeinde mit einer relativ großen jüdischen Gemeinde im 19. Jahrhundert.²⁹⁰ Bertha Wolf war Tochter des Angenröder Handelsmanns Moses Steinberger und dessen Ehefrau Rosa Steinberger geb. Rosenberg.

288 Der Verfasser dankt Herrn Albert Knoll (Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau) für Recherche bezüglich Angenröder Dachau-Internierter in den Archivalien beziehungsweise der Datenbank der KZ-Gedenkstätte Dachau (23.01.2007).

289 HHStAW, Best. 518, Sig. 49622.

290 http://www.juden-in-badende/soetern_synagoge.htm.

„Gemäß § 2 der 2. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Führung von Familiennamen und Vornamen vom 17. August 1938 hat die Nebenstehende mit Erklärung vom 1. Januar 1939 zusätzlich den weiteren Vornamen Sara angenommen“, so lautet der offizielle Eintrag ins Standesamtsregister von Angenrod, unterzeichnet am 20. Dezember 1938 vom damaligen Angenröder Standesbeamten, Bürgermeister Karl Hoffmann.

Mit Nachtrag vom 1. März 1950 findet sich dann eine darunter stehende Erklärung des Nachkriegsbürgermeisters Angenrods: „Der Vorname Sara in der Zeile 8 des vorstehenden Eintrags wird hiermit gelöscht.“

Abschließend in der Geburtsurkunde Bertha Steinbergers findet sich dann noch der lapidare handschriftliche Eintrag des Bürgermeisters: „Für tot erklärt; festgestellt durch rechtskräftigen Beschluss des Amtsgerichts Nohfelden - Saar vom 21.07.1952 (-II 5/52-). Als Zeitpunkt des Todes wird der 31.12.1944 festgestellt. Die Todeserklärung ist im Standesamtsregister Angenrod unter Nr. 952/1952 eingetragen!“²⁹¹

Bertha Wolf wurde am 29. April 1942, zusammen mit ihrem Ehemann Solomon, deportiert, der Deportationsort ist bislang unbekannt.²⁹²

Die erschütternde Summe der bisher recherchierten Opfers des „Holocaust - jüdisch: der „Shoah“ - für Angenröder Israeliten - 40 davon auch in Angenrod geboren, die weiteren in Angenrod die Ehe schließend oder in Angenrod wohnend - beträgt demzufolge 52 Menschen. Sie alle „heiligten“ in einer Zeit Deutschlands, wo Unmenschlichkeit und menschenverachtender Rassismus furchtbare „Triumphe“ feierten - wie es Dr. Ursula Wippich in ihrem Memorandum formulierte - „ihren Namen“.²⁹³ Im Tal der Gemeinden in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem ist auch Angenrod dokumentiert (Abb. 34).

Wir Nachkommen jener Zeit gedenken mit Scham jener unseligen Epoche. Möge sich dies niemals mehr wiederholen!

Die Einzelpersonlichkeiten der letzten Angenröder Israeliten beleuchten - und für diese Berichte ist der Autor sehr dankbar - die Erzählungen zahlreicher Angenröder Zeitzeugen, die die jüdischen Mitbürger Angenrods noch selbst gekannt haben.²⁹⁴ Danach ergibt sich folgendes Bild.

Die Angenröder Juden waren Menschen wie du und ich - mit sicher auch Fehlern und Mängeln, aber auch mit viel Mitmenschlichkeit und Einbindung in das dörfliche Miteinander: in den verschiedenen Vereinen, in den örtlichen Gemeinderat und auch beim allgemeinen dörflichen Beisammensein. Der wesentliche Unterschied zwischen Angenröder Christen und orthodoxen Israeliten lag auf der Ebene, wie der Glauben im Alltag gelebt wurde und auf der Ebene der Ausübung der Berufe.

291 Standesamtsregister Angenrod, Geburten 1876 bis 1933.

292 <http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/directory.html>;

http://www.yadvashem.org/wps/portal/IY_HON_Welcome

293 Siehe Fußnote 17.

294 Siehe Fußnote 21.

In Angenrod lebten um 1930 noch etwa 23 jüdische Familien und Einzelpersonen in ebenso vielen Häusern. Wie die Zeitzeugen übereinstimmend berichten, zeichneten sich die jüdischen Mitbürger - egal, ob sie in ärmlichen oder in besser situierten Verhältnissen lebten - vor allem auch durch Sauberkeit und gepflegte Haushaltsführungen aus.

Exemplarisch seien daher einige der letzten Angenröder Israeliten in einem Kurzprofil vorgestellt: die Familie des Schaf-, Ziegen- und Rinderhändlers **Sally Abt** (Sally Abt: sehr korrekt, stattlich gebaut, großartiger Bass-Sänger im Angenröder Gesangverein „Harmonie“, Vorsänger in der Synagoge; Ehefrau Frieda: sehr angenehmes und menschliches Wesen; sehr gepflegtes neueres Wohnhaus mit bereits zwei Korridoren), die Familie von **Sally Wertheim**, des letzten israelitischen Ortsvorstehers („Bannes“) in Angenrod (Vater Herz Wertheim, wie sein Sohn Viehhändler, hatte es geschafft, ein Kalb - von Gleimenhain kommend - auf dem Rücken bis nach Angenrod zu tragen; Sohn Sally - bei allen Angenröder Zeitzeugen noch in bester Erinnerung - wird ebenfalls als ein nicht nur intelligenter und gutaussehender, sondern vor allem auch sehr aufrichtiger jüdischer Händler beschrieben), die wenig begüterten „Vogel“ um Simon Wertheim (letzterer war ein Helfer, ein sogenannter Schliach, von „Herze Sally“; der Familie mit ihren drei Kindern fehlte es im harten Winter des öfteren an Geld, um die Wohnung ausreichend zu heizen: man legte sich daher oft frühzeitig zu Bett), die **Familie Hermann Levi** (auch die „Lejbjes“ waren Viehhändler und für ihren korrekten Handel bekannt, sie beschäftigten sogar Dienstmädchen und Knechte aus den Reihen der übrigen Angenröder Bevölkerung), die Familie **Joseph Wertheim Wwe.** („Joseps“, eine Vorzeigewirtschaft und das Vereinslokal der Angenröder Vereine), die Familie um **Hermann Löwenstein** („Haune“, Kolonialwarenhandlung), die **Familie Justus** (Vater Julius war der letzte jüdische Metzger - Schächter - in Angenrod, Tochter Rosi verh. Schindler war vor der Auswanderung Büroangestellte bei Steinberger -später Vierheller - in Alsfeld und ihr Sohn Melvin avancierte in Hartford (Connecticut/USA) zum Atomphysiker) und die **Familie Oppenheimer** („Manesse“).

Von den Brüdern Hirsch und Zaduk Oppenheimer wird berichtet, dass sie unter anderem sehr geschickt gewesen seien beim Mähen mit der Sense. So hätten sie auch des Öfteren den Angenröder Bauern beim Mähen geholfen in einer Zeit, als es noch keine Mähmaschinen gegeben habe. Zaduks Sohn Karl Oppenheimer betrieb seinerzeit Handel mit Stoffen („Weißwaren“), Vater Zaduk dagegen Fruchthandel. Zaduks Bruder Hirsch - übrigens auch langjähriges Mitglied im Angenröder Gemeinderat - verdiente seinen Lebensunterhalt vor allem als Pferdehändler.

Weitere Angenröder Israeliten - darunter auch mehrere Einzelpersonen wie die **Jeanette** am „Bergschlösschen“ (Jeanette Wertheim) oder das „Fräulein Stern“ - eine ältere Frau -, oder auch die Geschwister **Moritz und Rickchen (Friederike) Schaumberger** lebten wie ein großer Teil der Angenröder Juden in sehr bescheidenen Verhältnissen. Moritz Schaumberger war übrigens der einzige Angenröder Israelit, der in einem regulären Arbeitsverhältnis stand, näm-

lich als Arbeiter in einer Alsfelder Möbelfabrik. Außerdem handelte er noch mit Fellen.

Auch die „Ranjes“ um die Brüder **Wolf und Markus Stern** („Wölfche“ und „Mottche“) sowie des verheirateten **Juda Stern** mit vier Kindern lebten in eher ärmlichen Verhältnissen. Sie führten eine Manufakturwarenhandlung. Markus Stern verdingte sich daneben noch als Lumpenhändler und auch Knochen-sammler. Das Wohnhaus der „Ranjes“ - an der Hauptstraße stehend und von Anbeginn in jüdischem Besitz sich befindend - wurde in der Nachkriegszeit von dem Angenröder Nachbarbesitzer abgerissen.

Schon immer in ihrer langen Geschichte waren Juden eine Minderheit. Weltweit umfasste die jüdische Bevölkerung in 1930 noch etwa 15,9 Millionen Menschen. Durch den in der Menschheitsgeschichte beispiellosen Genozid von über 6 Millionen Menschen jüdischer Religionszugehörigkeit verminderte sich ihre Gesamtzahl um fast 40 Prozent. In 2001 betrug ihre Bevölkerungszahl etwa 13,2 Millionen, was einem Anteil von nur 0,22 Prozent der Weltbevölkerung entspricht.

Von diesen leben derzeit etwa 4,9 Millionen im erst 1948 gegründeten Staat Israel, 8,2 Millionen in der Diaspora - insbesondere in den USA -, davon circa 100 000 in Deutschland.

In einem Geleitwort zum „Gedenkbuch - Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933-1945“ aus dem Jahr 1986, das vom Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst in Arolsen veröffentlicht und von der Bundesregierung, der „Erinnerungsstätte für die Märtyrer und Helden des Holocaust“, Yad Vashem in Jerusalem übergeben wurde, schreibt der seinerzeitige Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1984-1994): „Schuld ist, wie Unschuld, persönlich. Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Aber jeder Deutsche trägt die Erbschaft der Geschichte seines Volkes - die Erbschaft der ganzen Geschichte mit ihren hellen und dunklen Kapiteln. Es steht ihm nicht frei, die dunklen Kapitel auszu-schlagen“.²⁹⁵

Ex-Bundespräsident Horst Köhler (2004-2010) hatte sein Geleitwort zur zweiten Auflage der Printversion in folgende Worte gekleidet: „Dieses Gedenkbuch gibt den Ermordeten ihren Namen und damit ihre Menschenwürde wieder. Es ist zugleich ein Denkmal und eine Erinnerung daran, dass jedes einzelne Menschenleben einen Namen und eine einzigartige Geschichte hat.“²⁹⁶

295 „Gedenkbuch - Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 - 1945“, herausg. vom Bundesarchiv Koblenz und dem Internationalen Suchdienst Arolsen, 1986 (1. Auflage).

296 „Gedenkbuch - Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 - 1945“, Bundesarchiv, Berlin 2006 (2. Auflage).

Aktuelle Häuserübersicht der in den 1930er-Jahren in jüdischem Besitz befindlichen Wohnhäuser in Angenrod

Blickt man auf das Angenrod der heutigen Tage, des Jahres 2009, zurück, so lassen sich nach Auswertung der Archivdokumente zwanglos die in den 30er Jahren, also der Nazi-Zeit Deutschlands, noch in jüdischem befindlichen Eigentum und von Angenröder Israeliten bewohnten Häuser zuordnen. Sie sind der Übersicht halber mit einem weißen Punkt hervorgehoben (Abb. 35). Zugrunde liegt der Darstellung eine aktuelle Google Earth-Satellitenaufnahme Angenrods, die bildbearbeitet wurde.²⁹⁷



Abb. 35: Häuserübersicht Angenrods mit Hervorhebung der in den 1930er-Jahren in jüdischem Besitz befindlichen Angenröder Wohnhäuser (mit weißen Punkten hervorgehoben). Darstellung orthogonal mit Google-Earth-Ausschnitt.

297 Der Verfasser dankt der Firma Google Earth für ihr Einverständnis zur Veröffentlichung in den MOHG.

Weitere Abbildungen



Abb. 6: Das ehemalige Haus der Speiers - späteres Ghettohaus - an der Leuseler Straße, jetzt: Leuseler Straße 3. Foto: Ingfried Stahl



Abb. 7: Die beiden Häuser Speier - rechts das in den achtziger Jahren abgerissene, links das spätere, heute noch stehende und denkmalgeschützte Ghettohaus Leuseler Straße 3 - mit einer Aufnahme aus den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Ganz rechts der Spezereiladen und Gastwirtschaft Grünstein („Café Bückdich“). Foto: Schularchiv der Mittelpunktschule Romrod

**** Angenrod, 15. August.** Der Gemeinderat beschloß in seiner jüngsten Sitzung, daß in Zukunft sämtliche Gemeinderatsmitglieder, Gemeindebeamten und Volksgenossen, welche irgend Geldbezüge aus der Gemeinde beziehen, auf der Bürgermeisterei eine eidesstattliche Erklärung abzugeben haben, daß sie sowie ihre Angehörigen nicht mehr mit Juden Geschäfte tätigen oder sonstigen Verkehr pflegen. Kein Handwerker, kein Geschäftsmann oder sonstiger erhält eine Gemeindefarbe oder Lieferung, der noch mit Juden verkehrt oder sie im Handel unterstützt. Desgleichen wird die Gemeindeviehwaage für jüdische Händler nicht mehr zugelassen. Landwirte, welche unter ihrem Namen für den Juden wiegen lassen, werden zur Anzeige gebracht oder öffentlich als Verräter gebrandmarkt.

Abb. 10: OZ-Bericht (17.08.1935) vom Gemeinderatsbeschluss zur rigorosen Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung Angenrods

Konzentrations-Lager Buchenwald		I.T.S. FOTO No 097243
Familienname: Steinberger Vorname: Abraham geb. am 14.10.77. in Angenrod/Alsfeld Beruf: Viehhändler Religion: mos. Staat: D. verh., led., gesch. Frau: Sara St., Eifa/Alsfeld Grebenauerstr. 38. Kinder: 2		<div style="font-size: 2em; font-weight: bold; margin-bottom: 10px;">Jude</div> Häftling Nr. 24553 Block: Schutzhaft angeordnet: am: 10.11.38 durch (Behörde): Darmstadt Bisherige Parteizugehörigkeit: keine Vorstrafen: keine
Grund: „Judenaktion vom 10. 11. 38.“		eingeliefert: 11. 11. 38. entlassen: 12. 12. 38

Copy in conformity with the ITS Archives
 ITS/ARCHIV BUCHENWALD-HPK/München

Abb. 13: Buchenwald-Beleg Abraham Steinberger, Aktionsjude.
 Dokument: ITS-Archiv Arolsen



*Abb. 14: Shoah-Opfer Frieda Abt geb. Bauer.
Bilddokument: Yad Vashem, Jerusalem, Copyright*



*Abb. 15: Shoah-Opfer Selma Hertog geb. Schaumberger.
Bilddokument: Staatsarchiv Belgien, Brüssel, XI-27234*

25/9/42

XI. TRANSPORT

170

2721.	Marie Schwaiger-Picard Henriette	5/11/94 Herri e heim	X	Stl. F	Haendlerin	V
2722.	Hertog ^{Ep. de Schaumberger, Selma} Joseph-Alexandre	3/8/80 Meerssen	X	Stl. H	Metzger	V
2723.	Hertog-Schaumberger Selma ^{Ep. Hertog Joseph}	23/6/94 Angenrod	X	Stl. F	Hausfrau	V
2724.	Hammerschlag Otto	13/9/1900 Duderstadt	X	Stl. H	Waffenfabrikant	V
2725.	Michelson ^{Ep. de Rosen, Kusobla} Schlama	1/11/90 Zdunska Wola	X	Stl. H	Felcuarbeiter	V
2726.	Sboni Aberitz	12/3/81 Bel-Abbès	X	Stl. H	Haendler	V
2727.	Friedman Jean Maurice	5/10/89 Berlad	X	Stl. H	Koch	V
2728.	Lendau ^{Ep. de Goldberg, Mechama} Hockka Pinkus	Mai 1887 Kamorniki	X	Stl. H	Lehrer	V
2729.	Korngrun Rudolf	28/3/96 Budapest	X	Stl. H	Arbeider	?
2730.	Koninski ^{Ep. de Olyer, Gela} Laszer Szmul	30/3/97 Suchodebit	X	Stl. H	Reisender	V

Abb. 16: Transportliste Schaumberger-Hertog vom 25.09.1942 aus Mechelen. Dokument: Jüdisches Deportations- und Widerstandsmuseum Mechelen, Belgien



Abb. 17: Leopold Kaufmann mit Ehefrau Hilda, geb. Sonneborn. Foto aus: Arno Baumbusch u.a. (Bearb.), Die Sprendlinger Juden, Sprendlingen 1983, S. 29

Abb. 18: Shoah-Opfer Fanny Schaumberger geb. Gras. Bilddokument: Staatsarchiv Belgien, Brüssel, XV/II-0872

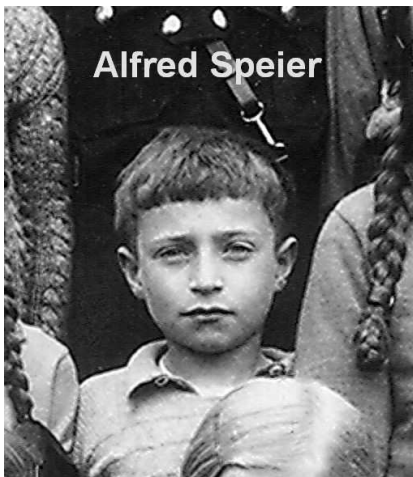


Abb. 19: Shoah-Opfer Alfred Speier. Foto: Bildersammlung I. Stahl

ÚSTŘEDNÍ KARTOTÉKA — TRANSPORTY.

Osoby došlé do Terezína z různých území

Speier Alfred

rodná data *7. 10. 1927*

adresa před deportací

Deportace na východ: Číslo **Ek - 1336**

dne **28 IX 1944**

(původní transportní číslo: *111 - XII / 1 -*)

Abb. 20: Theresienstadt-Karteikarte von Alfred Speier. Dokument: ITS-Archiv Bad Arolsen



Abb. 21: Shoah-Opfer Johanna Speier geb. Weisenbach.
 Bilddokument: Internet-Datenbank Yad Vashem, Jerusalem, Copyright



*Abb. 22: Shoah-Opfer Liselotte Speier.
Bildokument: Internet-Datenbank Yad Vashem,
Jerusalem, Copyright*

ÚSTŘEDNÍ KARTOTÉKA — TRANSPORTY.

Osoby dojíždě do Terezína z různých zemí

Speier Liselotte

rodná data *16. 4. 1933*

adresa před deportací

Deportace na východ: Číslo **EV-1568**

dne *28. X. 1942*

(původní transportní číslo: *110 - 800 / 7 - 7*)

III.

1/1 original

*Abb. 23: Theresienstadt-Karteikarte von Liselotte Speier.
Dokument: ITS-Archiv Bad Arolsen*



*Abb. 24:
Shoab-Opfer Willi Speier.
Foto: Bilder-Sammlung
I. Stahl*



*Abb. 25:
Shoab-Opfer Fritz Wertheim.
Foto: Bilder-Sammlung I. Stahl*

AJ - Häftling Fritz Wertheim Haft-Nr. 4380
 4965
 Beruf: Bäcker geboren am 21.3.17 in Angenrot Kra.Alsfeld
 Anschrifts-Ort: Vater: Simon W., Ffm., Umlandstr.47
 Eingel. am: 12.11.38 / Uhr von Ffm. Entf. am: 15.2.39 / 15 Uhr nach Adr.wie ober

Bei Einlieferung abgegeben:

..... Hut/Mütze Kragen Brieftasche/Papiere Kamm Spiegel
/ P. Schuhe/Stiefel Binder Bücher Rasiermesser	
..... P. Stümpfe Vorhemd Ino-Verf.-Karte	<u>Nein</u>	
..... P. Damascen Leibriemen Drehschleift		
/ Mantel Sommer P. Sockenhalter Füllfederhalter Koffer/Altentasche	
..... W. Winter Mantel-Knöpfe Messer Schere Pakete
/ Rock Kragenknöpfe Geldbörse Uhr mit Kette	
..... A. Nole Halsstuch Schlüssel Armbanduhr	
..... Weste / Pullover Taschentuch Feuerzeug/hölzer Ringe	
..... Hemd P. Handschuhe Tabak Pfeife	
..... Unterhose				

Anerkannt: Fritz Wertheim I. T. S. FOTO No. 3631 Effektenverwalter:

Prof. Dr. R. Buchmann, Weimar (1120/3)

Abb. 26: Konzentrationslager Buchenwald, ITS-Archiv: HPK individuelle Unterlage Fritz Wertheim, AJ (Aktionsjude). Dokument: ITS-Archiv Bad Arolsen



Abb. 28: Shoah-Opfer Jenny Wertheim geb. Oppenheimer (Lt. Standesamteinträgen), Gedenkblickchen Frankfurt am Main. Foto: Ingfried Stahl

- 48 -

110

3886

Weinberg	Nathan I.	Thomasiusstr.11	3.12.35	Thüngen
Weinberg geb.Lamm	Rosa S.	Röderbergweg 38	3.7.97	Oberkleen
Weinberg	Sally	"	30.9.93	Storndorf
Weinberger	Alfred I.	Sandweg 38	11.3.14	Langendernbach
Weinberger	Irmgard S.	"	29.8.18	Langendernbach
Weinberger	Norbert I.	"	24.10.20	Langendernbach
Weinberger geb.Lehrberger	Recha S.	"	8.4.87	Borken
Weinberger	Rosa S.	Grünestr.15	25.7.06	Langendernbach
Weis geb.Simon	Emilie S.	Finkenhofstr.26	31.1.97	Krofdorf
Weis	Ernst I.	"	26.5.20	Wetzlar
Weis	Lotte S.	"	20.2.26	Ffm.
Weis	Martin I.	"	21.4.95	Hainz
Weis geb.Scheuer	Selma S.	Friedb.Ldstr.29	16.10.90	Gelnhausen
Weis	Siegfried I.	"	14.5.89	Nordenstadt
Weis	Trude S.	Finkenhofstr.26	16.4.29	Ffm.
Wertheim	Fritz I.	Obermain-Anl.16	21.3.17	Angerod
Wertheim geb.Oppenheim	Jenny S.	"	28.12.79	Kl.-Wallstadt
Wertheim	Martin I.	Jos.Haydnstr.55	6.2.85	Ffm.
Wertheim	Meta S.	Obermain-Anl.16	31.3.19	Angerod
Wertheim	Simon I.	"	3.1.83	Angerod
Wetterhohn geb.Würzburger	Hilda S.	Hanss-Allee 7	25.5.82	Mannheim
Wied geb.Mansbacher	Ida S.	Hans Handw.str.38	16.4.87	Elberfeld
Wieseneck geb.Rosenfelder	Bella S.	Hans Handwerkstr. 57	9.7.95	Gunzenhausen
Wieseneck	Emanuel I.	"	24.6.80	Ffm.
Wiesenfelder	Bertha S.	Kl.Wollgraben 8	4.10.28	Fulda
Wiesenfelder	Dewara	"	25.2.39	Fulda
Wiesenfelder	Herbert I.	"	15.7.26	Eiterfeld

ITS/ARCH/Gestapo Frankfurt, Ordner 25, Seite 110

Copy in conformity with the ITS archives

Abb. 27: Evakuierungsliste der Gestapo Frankfurt am Main vom November 1941, auf denen die vier Angenröder Deportierten der Familie Simon Wertheim - Simon, Jenny, Fritz und Meta - verzeichnet sind (ITS-Archiv, Gestapo Frankfurt, Ordner 25, S. 110). Dokument: ITS-Archiv Bad Arolsen



Abb. 29: Shoah-Opfer Meta Wertheim. Foto: Bildband Angenrod (1989)

Abb. 30: Shoah-Opfer Minna Wertheim geb. Löwenthal. Foto: M. W. Stein





*Abb. 31: Shoab-Opfer Sally Wertheim.
Foto: Hessisches Staatsarchiv Darmstadt,
Best. R4 Nr. 18323, Copyright*

- 5 -

105

Lfd. Nr.	Nachname	Vorname	Pen. Stand	Geburtsdatum	Wohnort und Strasse
180	Löwenberg	Elsa S.	led.	17.11.03	Weiskirchen, Hauptstr. 3
181	Mark	Selma S.	"	26.3.00	" " " 3
182	Saum	Sophie S.	"	7.9.10	Ruppertsburg, Bahnhofstr. 1
183	Wetzstein	Hermann J.	verh.	22.1.03	Trois, Weinbergstr. 4
184	Wetzstein	Elsa S.	"	11.7.02	" " " 4
	geb. Joseph				
185	Wetzstein	Liselotte S.	led.	29.3.22	" " " 4
186	Wolf geb. Plaut	Hosi S.	verw.	31.10.00	" Hauptstr. 66
187	Wolf	Bernt J.	led.	14.5.35	" " " 66
188	Wolf	Liesel S.	"	23.10.23	" " " 66
189	Ziegelstein	Siegmann J.	verh.	7.11.92	" " " 90
190	Ziegelstein	Elsa S.	"	23.2.02	" " " 90
	geb. Haldschmitt				
191	Ziegelstein	Ilse S.	led.	18.10.24	" " " 90
192	Katz	Ididor J.	verh.	30.8.07	Wetasch-Stewing, Ad. Hitlerpl.
193	Katz geb. Samsendorf	Hilde S.	"	29.8.95	" " " 134
194	Katz	Max J.	verh.	5.12.95	" " Gassenerstr.
195	Katz geb. Wertheimer	Betty S.	"	4.9.08	" " " 1
196	Katz	Irene S.	led.	29.4.20	" " " 1
197	Sunntzhi	Elsa S.	verw.	26.11.05	" " " 36
	geb. David				
198	Hunenthal	Kate E.	led.	14.12.13	" " " 30
199	Oppenheimer	Berte S.	led.	4.10.04	Angenrod, Hicberg. 100
200	Wertheim	Sally J.	verh.	30.1.03	" " " "
201	Wertheim geb. Nina	S.	"	4.9.92	" " " "
202	Joseph	Sally J.	"	4.6.93	Hobenhansen
203	Joseph	Paula S.	"	1.7.90	" " " "
	geb. Aaron				
204	Joseph	Hellmut J.	led.	5.9.23	" " " "
205	Joseph	Igida S.	"	25.7.25	" " " "
206	Bacharach	Sally J.	"	17.5.03	Kestrich
207	Kappenberg	Leopold J.	verh.	15.10.80	" " " "
208	Kappenberg	Irma S.	"	19.4.04	" " " "
	geb. Hayer				
209	Kaufmann	Albert J.	"	7.4.01	Eirdorf
210	Kaufmann	Litta S.	"	29.9.09	" " " "
	geb. Sommer				
211	Flaut	Sigmond J.	verw.	23.5.80	" " " "
212	Sonthalm	Therese S.	led.	26.3.80	" " " "
213	Heilbronn	Hermann J.	verh.	10.4.79	Schzell, Hauptstr. 124
214	Heilbronn	Emma S.	"	25.8.04	" " " 124
	geb. Mayer				
215	Katz	Nathan J.	"	16.12.70	Schotten, Bergstr. 15
216	Katz geb. Stern	Selma S.	"	21.9.04	" " " 16
217	Katz	Pauline S.	led.	21.12.17	" " " 16
218	Katz	Fosa S.	verw.	23.7.02	" " " 9
	geb. Bamberger				
219	Katz	Ludwig J.	led.	10.10.06	" " " 9
220	Stern	Sale J.	"	3.7.98	" Parallelnstr. 2
221	Badenheimer	Kath H.	"	1.3.05	Bad Nauheim, Hermannstr. 60
222	Badenheimer	Frieda S.	verh.	20.1.03	" " Karlstr. 19
	geb. Gutvind				
223	Cahn	Albert J.	"	27.10.80	" " Hermannstr. 11
224	Cahn	Hilse S.	"	28.3.95	" " " 11
	geb. Liebmann				

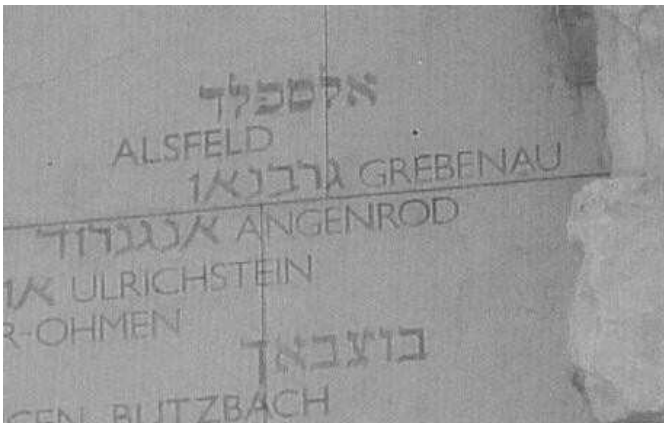
ITS/ARCH/Gestapo Darmstadt, Ordner 27b, Seite 105

Copy in conformity with the ITS archives

Abb. 32: Deportationsliste von Sally und Minna Wertheim gemeinsam mit Bertha Oppenheimer.
 Dokument: ITS-Archiv Bad Arolsen: Gestapo Darmstadt, Ordner 27b, S. 105



*Abb. 33: Shoah-Opfer Simon Wertheim, Gedenkblöckchen Frankfurt am Main.
Foto: Ingfried Stabl*



*Abb. 34: Dokumentation der israelitischen Gemeinde Angenrod
im „Tal der Gemeinden“ in Yad Vashem.
Foto: Bilder-Sammlung I. Stabl*

II. MISZELLEN

Regionalgeschichte für alle Ein OHG-Projekt zur Geschichte Oberhessens im Internet

LUDWIG BRAKE, SUSANNE GERSCHLAUER, VOLKER HESS

Seit einigen Monaten arbeitet eine Arbeitsgruppe im Oberhessischen Geschichtsverein Gießen an Konzeption und Aufbau einer modernen Online-Plattform zur Geschichte des oberhessischen Raums im Internet. Träger der Initiative ist der Oberhessische Geschichtsverein Gießen in Kooperation mit dem Stadtarchiv Gießen. Wichtiges Etappenziel des Projekts war Anfang 2010 die Umstellung des Webauftritts des Geschichtsvereins auf ein eigenes leistungsfähiges Serversystem am Hochschulrechenzentrum der Justus-Liebig-Universität Gießen. Für weitere Aktivitäten stehen damit nachhaltige technische Kapazitäten eines leistungsfähigen Kooperationspartners zur Verfügung.

Eine zeitgemäße Online-Präsenz des Vereins kann von Mitgliedern und Interessierten bereits seit langem genutzt werden.

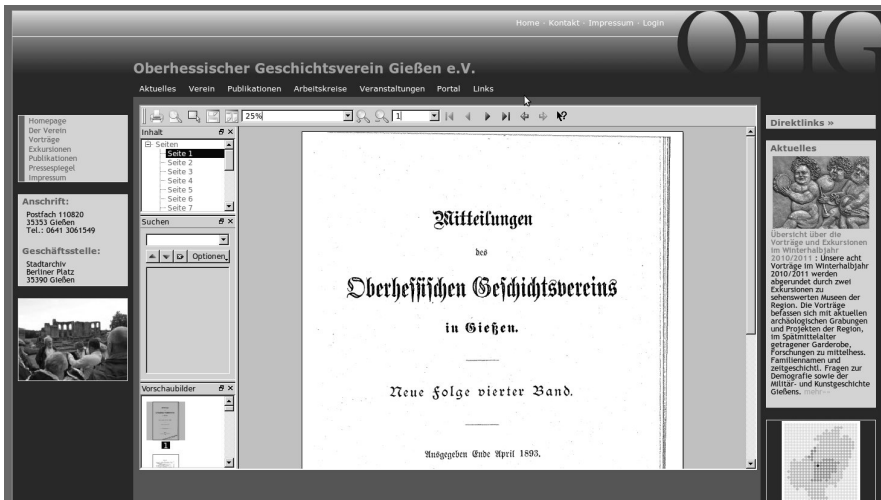


Abb. 1: MOHG im Internet

Die geplante Internet-Plattform soll parallel dazu die Zusammenarbeit der historisch interessierten Personen, Vereine und Einrichtungen, kurz aller, die etwas zur Erforschung der regionalen Geschichte beitragen können, ermöglichen und auch deren Ergebnisse zugänglich machen. Das Projekt ist als Informations-,

Kommunikations- und Kooperationsplattform zur Geschichte der historischen Region „Oberhessen“ angelegt. Dabei ist die ständige Ergänzung, Veränderung und Erweiterung des Angebots als Ziel gesetzt. Dadurch soll ein Entwicklungsprozess in Gang gesetzt werden, in dem Inhalte und Interaktionsmöglichkeiten immer weiter angereichert werden können. Nachbarvereine und Initiativen sollen sich hier genauso einbringen können, wie Nutzerinnen und Nutzer aus aller Welt, indem thematisch Passendes an zentraler Stelle zusammengeführt, angemessen präsentiert und abgerufen werden kann. Austausch mit Projekten konzeptionell und inhaltlich vergleichbarer Ausrichtung auf unterschiedlichen Plattformen ist dabei angestrebt, das Schlagwort „Web 2.0“ sollte in diesem Kontext keine leere Wordhülle bleiben.

Vordringlich erscheint jedoch zunächst, bereits vorhandene Informationen zur Geschichte der Region unter einem einheitlichen Dach zusammenzuführen und zu präsentieren.

Kontakt | Impressum | Login

STADTARCHIV GIESSEN

Home Über Bestände Publikationen Team Gießen Links

- Aktenarchiv 1920-1945
- Allendorf
- Architekt Nikolaus Schmidt
- Foto- und Bildersammlung Stadtarchiv Gießen
- Fremdprovenienzen - Lastenausgleich
- Historisches Archiv bis 1918/19
- Lützellinden
- Nachlaß Malkomesius
- Ortsteil Kleinlinden
- Rödingen
- Sammlungsabteilung
- Wieseck

Bestand: Foto- und Bildersammlung Stadtarchiv Gießen

Aktenplan: 01.10 Denkmäler, Grabdenkmäler, Gedenktafeln | Auswählen

73 Datensätze

Alle Titel anzeigen | Nur Liste anzeigen

<< Seite 1/4 >>

81 0026:	Jahndenkmäl mit Bergstr. und Gartenstr.
81 0054:	Liebigdenkmal in der Ostanlage
	<p>Liebigdenkmal in der Ostanlage</p> <p>Laufzeit:</p> <p>+ Foto- und Bildersammlung Stadtarchiv Gießen</p> <p>++ 01.10 Denkmäler, Grabdenkmäler, Gedenktafeln</p>  <p>Bearb.: 03/14/02 00:00:00</p>
81 0068:	Röntgendenkmal (Rückseite) im Grünstreifen an der Südanlage mit Blick auf das Behördenhochhaus (Ostanlage 45)
81 0069:	Röntgendenkmal (Vorderseite) im Grünstreifen an der Südanlage
81 0079:	Denkmal des Verbandes ehemaliger 116er auf dem Landgraf-Philipp-Platz
81 0081:	Gedenktafel Georg Büchner am Hause Seltersweg 46
81 0082:	Liebigdenkmal in der Ostanlage
81 0348:	Verändertes Liebigdenkmal (Liebig mit Hut und Schal, Minerva mit Regenschirm) in der Ostanlage
81 0349:	Röntgendenkmal im Grünstreifen an der Südanlage
81 0350:	Grab und Grabstein von Constance Charlotte Röntgen, geb. Frowein (28.2.1806-8.8.1880), Friedrich Konrad Röntgen (11.1.1801-12.6.1884), Berta Röntgen, geb. Ludwig (22.4.1839-31.10.1919) und Wilhelm Konrad Röntgen (27.3.1845-10.2.1923) auf dem Alten Friedhof
81 0351:	Grab mit Grabstein von Constance Charlotte Röntgen, geb. Frowein (28.2.1806-8.8.1880), Friedrich Konrad Röntgen (11.1.1801-12.6.1884), Berta Röntgen, geb. Ludwig (22.4.1839-31.10.1919) und Wilhelm Konrad Röntgen (27.3.1845-10.2.1923) auf dem Alten Friedhof mit niedergelegtem Kranz anlässlich des 39. Todestages von Wilhelm Konrad Röntgen
81 0352:	Röntgendenkmal in der Südanlage (Vorder- und Seitenansicht)
81 0359:	Gedenktafel für Professor D. Peter Haberkorn (gest. 1676) in der Kapelle auf dem Alten Friedhof

<< Seite 1/4 >>

Sie befinden sich hier: stadtarchiv giessen / bestaende / index.xsp
1999-2010 Stadtarchiv Gießen online mit Hilfe von XIMS, YAML und Tagebergen

Abb. 2: Bestandsnachweis Stadtarchiv Gießen

Hier ist eine Publikationsplattform vorgesehen, die in Orientierung an vergleichbaren Anstrengungen im akademischen Bereich ein gemeinfreies digitales Informationsangebot schaffen und über entsprechende Annotation und technische Schnittstellen auch transparent in andere Kontexte integrierbar sein soll.¹

Die Digitalisierung der Publikationen des Vereins und deren Benutzung im Internet sind so eines der vordringlichsten Ziele. Forschungsarbeiten studentischer oder anderer wissenschaftlicher Arbeitsgruppen können hier ebenso eingebunden werden wie Arbeitsergebnisse schulischer Arbeitsgruppen oder Einzelpersonen. Seit Anfang des Jahres 2010 sind Teile der digitalisierten „Mitteilungen“ (bislang die Ausgaben 1889 - 1922) sowie der Vorgängerzeitschrift „Jahresberichte des Oberhessischen Vereins für Localgeschichte“ (1879-1887) im Netz nutzbar.²

Die regionalen Archive sind generell wichtige Informationsproduzenten. Neben den Bestandsinformationen werden in kommunalen Archiven Daten vielfältigster Art im Laufe der täglichen Arbeit zusammengetragen. Aber auch von Forschern und in Heimat- und Geschichtsvereinen werden Daten zu ganz unterschiedlichen Themen gesammelt. Diese Informationen sind oft nicht allgemein zugänglich. Auf der Plattform des Oberhessischen Geschichtsvereins soll die einrichtungs- und bestandsübergreifende Ermittlung und Bereitstellung von Literatur, Archivquellen, Daten und Fakten zur Regionalgeschichte ermöglicht werden.³ Es bietet sich die Möglichkeit, bisher erarbeitete Informationen (z. B. Materialsammlungen und Bibliographien) zu bündeln und unter Einsatz von dem Medium angemessenen modernen Publikationstechniken (Blog, Wiki, ...) öffentlich nutzbar zu machen.

Die Entwicklung des Projekts ist als offener Prozess geplant, der in ständiger Rückkopplung mit dem Vereinsvorstand vorangetrieben wird. Die Koordinationsgruppe (s. u.) ist offen für weitere Interessenten, auch themen- oder projektbezogene Teams sind vorstellbar. Interessierte wenden sich bitte an die Koordinationsgruppe unter der Email-Adresse ip@ohg-giessen.de.

Weitere Informationen künftig auch unter
<http://www.ohg-giessen.de/arbeitskreise/ip/>

1 Zur Initiative: Göttinger Erklärung zum Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft vom 5. Juli 2004 (<http://www.urheberrechtsbuendnis.de/>); zum rechtlichen Kontext: Creative Commons (<http://de.creativecommons.org/>).

2 <http://www.ohg-giessen.de/mohg/mohgcc.html>.

3 Die Bestandsnachweise der Stadtarchive Gießen und Staufenberg sind als Ergebnis eines inzwischen abgeschlossene Pilotprojekts (<http://www.online-h.de/>) bereits seit über 10 Jahren im Internet recherchierbar und werden exemplarisch auf dem Portal zusammengeführt: <http://www.stadtarchiv.staufenberg.de/>, <http://stadtarchiv-giessen.tagebergen.de/bestaende/>

Jahresbericht aus der Gießener Antikensammlung 2009-2010

MATTHIAS RECKE



Zur Eröffnung der Ausstellung „Herakles & Co.“ schlüpfen Gießener Studierende in die Kostüme griechischer Götter und Helden

1. Aktivitäten und Ausstellungen in der Antikensammlung

Im Berichtsjahr fanden vier Sonderausstellungen in der Antikensammlung statt. Verbunden mit der Vorstellung der Neuerwerbungen wurde am 28. Oktober 2009 die Ausstellung „PAN-*tastisch!* HAP Grieshaber und die Antike“ eröffnet. Obwohl Grieshaber (1909-1981), der zu den bedeutendsten deutschen Künstler der Nachkriegszeit zählt, anlässlich seines 100. Geburtstages im Jahre 2009 mit einer Vielzahl von Werkschauen geehrt wurde, nahm die Veranstaltung in Gießen eine herausragende Stellung ein. Erstmals wurde das Verhältnis von Grieshaber zur Antike thematisiert und in einer eigenständigen Publikation umfassend gewürdigt. In der Gegenüberstellung mit Kunstwerken der Antikensammlung wurden diese Bezüge besonders deutlich.

Die Ausstellung, die im Rahmen eines museumsdidaktischen Seminars unter Leitung des Kustoden der Antikensammlung, Dr. Matthias Recke, von enga-

gierten Studentinnen und Studenten der Klassischen Archäologie und der Kunstgeschichte konzipiert und realisiert wurde, fand auch überregional große Beachtung. Unter den Exponaten waren auch Werke, die bislang noch nie öffentlich zu sehen waren und Varianten, die selbst im Werkverzeichnis des Künstlers fehlen.



Ein rituelles Service für Trankspenden in Miniaturform: „Kulttisch“ aus Zypern

Die ab 16. Januar 2010 gezeigte Ausstellung „Kult-Tisch. Kyprische Keramik im Kontext“ wurde anlässlich des 90. Geburtstages von Prof. Dr. Hans-Günter Buchholz veranstaltet. Buchholz war von 1969 bis 1985 Inhaber der Professur für Klassische Archäologie in Gießen; er ist dem Institut auch als Emeritus bis heute eng verbunden. Um seine langjährige Ausgrabungstätigkeit in Zypern zu würdigen, wurden rund 120 Antiken aus Zypern, vom Neolithikum (8. Jahrtausend v. Chr.) bis in die römische Kaiserzeit, präsentiert. Die wissenschaftliche Bearbeitung der ausgestellten Stücke erfolgte durch Prof. Dr. Karin Nys von der Universität Brüssel, Leiterin der Ausgrabungen von Hala Sultan Tekke auf Zypern, und Dr. Matthias Recke von der Gießener Antikensammlung. Das Spektrum der Exponate reichte von Keramik und Kleinfunden aus Siedlungen und Nekropolen bis zur großformatigen Kalksteinplastik aus Heiligtümern. In der Ausstellung wurden die zahlreichen zyprischen Objekte der Antikensammlung, die Buchholz aufgrund seiner hervorragenden Beziehungen zum Cyprus Museum Nikosia in den 70er Jahren für die Sammlung hatte erwerben können, erstmals in Gänze der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie wurden durch einige Leihgaben ergänzt. Eine Rückkopplung in die akademische Lehre erfolgte mit einer Bestimmungsübung zur kyprischen Keramik im Sommersemester 2010. Als Resonanz auf diese Ausstellung folgte eine stattliche Anzahl an Schenkungen

und die Übernahme der Ausstellung durch das Archäologische Museum in Münster (ab Dezember 2010).



Blick in die Ausstellung „Herakles & Co.“

In Kooperation mit der Antikensammlung der Friedrich-Schiller-Universität Jena wurde ab dem 29. April 2010 die Sonderausstellung „Herakles & Co. Götter und Helden im antiken Griechenland“ präsentiert. Kaum ein anderes Thema ist in der antiken Kunst so beliebt wie die Mythologie. Bilder von Göttern und Helden schmücken Staatsdenkmäler ebenso wie Gegenstände des täglichen Lebens. Durch die Kooperation der beiden größten universitären Antikensammlungen in Hessen und Thüringen konnten rund 160 Objekte aus allen Bereichen des antiken Kunstschaffens gezeigt werden; viele davon waren bei dieser Gelegenheit erstmals zu sehen.

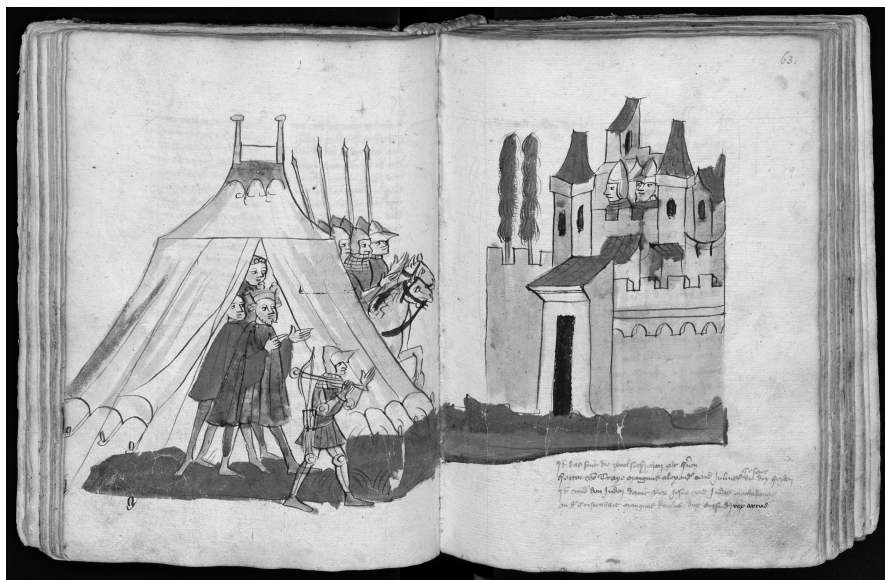


Herkules, römischer Kalksteinkopf von der Saalburg

Auch hier erfolgte als direkte Reaktion der Gießener Bevölkerung die Vermittlung einer Leihgabe für die Ausstellung: ein römischer Kalksteinkopf, der wahrscheinlich von einer so genannten Jupiter-Giganten-Säule stammt. Stilistisch lässt sich der bärtige Kopf auf griechische Vorbilder des späten vierten Jahrhunderts v. Chr. zurückführen, die mit dem berühmten Bildhauer Lysipp, Hofkünstler Alexanders des Großen, in Verbindung gebracht werden. Der überlieferte Fundplatz dieses seit 1880 in Privatbesitz befindlichen Köpfchens ist das

römische Kastell Saalburg bei Bad Homburg. Der Fund wurde dem Denkmalamt und den Verantwortlichen am Saalburg-Museum zur Kenntnis gebracht.

Die Herakles-Ausstellung, die auch ein reges Presseecho hervorrief, stieß bei den Schulen auf enorme Resonanz, gegen Ende der Ausstellung wurden täglich bis zu drei Führungen für Schulklassen durchgeführt.



Das Zeltlager der Griechen vor Troja, in einer Buchmalerei um 1418

In Ergänzung zu dieser Ausstellung veranstalteten Studierende des Instituts für Altertumswissenschaften vom 14. Juli bis zum 3. Oktober 2010 eine Kabinett-ausstellung mit dem Titel „Troja, Texte, Traditionen“. Sie führte den Besucher anhand von Schautafeln, Hörstationen und einer Beamer-Präsentation von Homers Ilias und Odyssee über weitere Stationen der Antike bis in die frühe Neuzeit. Mit dem so genannten „Elsässischen Trojabuch“, einer kostbar illustrierten Handschrift aus der Zeit um 1418 im Besitz der Universitätsbibliothek, war ein wichtiges und ausgesprochen kostbares Beispiel für die Trojarezeption des späten Mittelalters sogar im Original zu sehen.

Die am 3. November 2010 eröffnete Ausstellung „Kein Krieg in Troja“ knüpft nahtlos an diese Konzeption an: Großformatige Tuschkfederzeichnungen von Alfred Georg Seidel (1918-2001) schlagen den Bogen des Troja-Rezeption bis in die Gegenwart. Jean Giraudoux Theaterstück von 1935, das unter dem Eindruck der deutsch-französischen Spannungen und der wachsenden Kriegsgefahr in Europa den Zweiten Weltkrieg vorausahnt, bot dem in Breslau geborenen Künstler den Stoff für seinen 1970 entstandenen Zyklus.

Bei der Vernissage wurden wieder die zahlreichen Neuerwerbungen und Leihgaben vorgestellt (s.u.) und eine neue Abteilung in der Antikensammlung eröffnet. In fünf Vitrinen sind Highlights der umfangreichen Terrakotten-

Sammlung zu sehen. An rund 80 Tonfiguren werden u.a. gezeigt: Herstellungstechniken, Götterdarstellungen, Alltagsleben und die Welt des Theaters.



Tiergefäß in Gestalt eines Stieres, aus Zypern

2. Schenkungen und Neuerwerbungen

Zahlreiche Zugänge in die Sammlung sind zu verzeichnen. So wurde bei der Eröffnung der Ausstellung „Kult-Tisch. Kyprische Keramik im Kontext“ ein Stieraskos präsentiert, der im Namen der Freunde, Schüler und Kollegen von Professor Dr. Hans-Günter Buchholz aus Spenden anlässlich von Buchholz' 90. Geburtstag erworben worden war. Das Tiergefäß stammt aus der Mittelbronzezeit (um 1700 v. Chr.) und fand als rituelles Spendegefäß bei Bestattungen Verwendung. Es ergänzt die feine, zum größten Teil von Buchholz selbst angelegte Sammlung kyprischer Antiken vortrefflich.

Als direkte Reaktion auf diese Neuerwerbung erhielt die Antikensammlung zu Ehren von Hans-Günter Buchholz im April 2010 eine rund 130 Objekte umfassende Kollektion antiker Kleinkunst aus Potsdam. Die Schenkung vereinigt Stücke der alten und traditionsreichen Sammlungen Boese (Berlin) und Ebertz (Wetzlar) und umfasst mehrheitlich kyprische Antiken, aber auch attisch rotfigurige Keramik, antike Terrakotten und Marmorwerke.

Vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst bekam die Antikensammlung Anfang August 2010 ein Konvolut von über 440 Antiken übereignet. Die als Kulturgut klassifizierten Artefakte waren bereits vor mehreren Jahren als Teil einer umfangreichen, illegal angelegten Privatsammlung beschlagnahmt worden. Sofern sich die genaue Herkunft der aus Raubgrabungen stammenden Objekte lokalisieren ließ, waren die Stücke den entsprechenden Behörden im In- und Ausland zurückerstattet worden; der verbleibende Rest wurde nun nach Gießen gegeben. Darunter befinden sich zahlreiche römische Münzen, Steininschriften, Bronzestatuetten, Siegelsteine, -ringe und Rollsiegel sowie Tonlampen und etliche Gefäße.

Die umfangreichen Neuzugänge werden in den nächsten Monaten inventarisiert, vermessen, fotografiert und bestimmt; geeignete Stücke werden von den Studierenden im Rahmen von museumsdidaktischen Veranstaltungen sowie Bestimmungs- und Zeichenübungen bearbeitet werden. Eine museale Präsentation ausgewählter Stücke in einer Sonderausstellungsvitrine in der Antikensammlung ist für 2011 geplant. Einige Objekte werden über Gießen hinaus Beachtung finden. Leihanfragen häufen sich in letzter Zeit, was für die zunehmende Bekanntheit der Gießener Antikensammlung spricht.

Ein besonderes Einzelstück sei abschließend hervorgehoben: Aus dem Nachlass des Althistorikers und Archäologen Adolf Schulten (1870-1960), Ausgräber von Numantia in Spanien, ist eine reizvolle schwarzfigurige Lekythos in die Antikensammlung gelangt. Das um 550 v. Chr. zu datierende Ölgefäß kann der Werkstatt der „Delphin-Gruppe“ zugewiesen werden und zeigt Herakles bei der Jagd auf die kerynitische Hirschkuh, eine der zwölf Aufgaben des antiken Helden.

3. Gießener Antiken unterwegs

Einige Objekte aus der Gießener Antikensammlung waren im Berichtsjahr wieder als Leihgaben in auswärtigen Museen und Sammlungen, um dort thematische Ausstellungen zu ergänzen. Besonders hervorgehoben werden soll jedoch vor allem die Sonderausstellung „Antike Kunst“, die vom 16. April bis zum 20. Juni 2010 im Museum im Spital Grünberg stattfand. Die Ausstellung, zu der ein reich illustriertes Bilderheft erschienen ist, bot einen umfassenden Überblick über die antiken Kulturen des Mittelmeerraumes. Dieses Konzept, mit Beständen der Gießener Antikensammlung eigenständige Ausstellungen für auswärtige Museen zu konzipieren, wurde erstmals 2008 mit dem Deutschen Medizinhistorischen Museum in Ingolstadt erprobt; Planungen für vergleichbare Veranstaltungen laufen derzeit mit den Museen in Butzbach und Wetzlar.



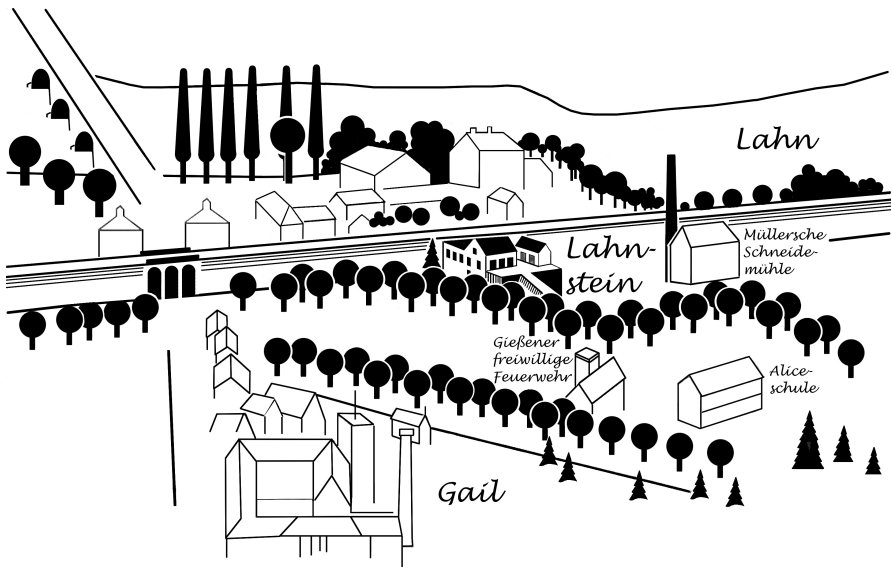
Griechisches Parfümgefäß (Lekythos) mit Darstellung des Herakles

Der Lahnstein

HANS-JOACHIM WEIMANN

Zu dem von Otto Buchner im Jahre 1891 herausgegebenen „Führer für Gießen und das Lahntal“ gehört ein „Vogelschau-Panorama“ im Kabinettformat, in dem die Stadt Gießen von der Luthereiche oberhalb des Alten Friedhofs aus gesehen wird. Hinter dem Oswaldsgarten erkennt man ein Gebäude oben auf dem Bahndamm neben den Gleisen. Eine lange, steile Rampe dient dem Zugang von der etwa fünf Meter tiefer gelegenen Nordanlage her. Dies ist der „Lahnstein“, Nordanlage 1.

Ursprünglich war es das Gießener Stationsgebäude der 1849/50 gebauten Gießener Strecke der Main-Weserbahn. Damals hat die Stadt Interesse an einem Bahnstandsstandort an dieser Stelle. Man orientiert sich aber an der Stadterweiterung in südlicher Richtung. Dort auf dem Seltersberg entsteht 1853/54 das größere Bahnhofsgebäude. Die Station am Oswaldsgarten wird nach nur vierjähriger Nutzungsdauer aufgegeben.



Nach einem Vogelschau-„Panorama“ von Gießen, 1891

Im Adressbuch 1878 sehen wir Georg Carl Gail, den Prinzipal der Tabakfabrik Neustadt 42, als Eigentümer des Grundstücks. Zu dieser Zeit wird dort eine Gastwirtschaft betrieben. Werner Stephan geht in seinem Buch über Gießener

Gaststätten davon aus, dass um 1870 ein Umbau für diesen Zweck stattgefunden hat⁴. Kommerzienrat Wilhelm Gail spricht später auch von einer Nutzung als Tabaklager. Kurz nach seiner Eheschließung mit der Deutsch-Amerikanerin Wilhelmine Mahla im August 1883 hat er das Gelände beiderseits der Rampe als Lust- und Nutzgarten einrichten lassen. Der Gailsche Gärtner Wellhausen kümmert sich nun um drei Flächen, die mit je ½ ha gleich großen Parkanlagen in der Gießener Neustadt und in Rodheim sowie den Lahnstein-Garten.

1892 verpachtet Wilhelm Gail den Lahnstein an den Gastwirt Christian Kruse. Das Haus wird zu einer Stätte der Gastlichkeit und der Musik. Das Adressbuch von 1895 nennt einen Musiker Karl Kruse als Bewohner im ersten Stock, den Gastwirt und einen Musiklehrer Kruse im zweiten Stock. Mit einem bebilderten Inserat⁵ wird am 16.7.1892 im Gießener Anzeiger für das Unternehmen Reklame gemacht:

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich jüngst die Lahnstein-Restaurations übernommen, ein gutes Glas Bier, dunkel und hell Export aus der Lahnthal-Brauerei zu Nassau verzapfe, sowie reine Weine, kalte und warme Speisen, Kaffee, Kuchen und Waffeln verabreiche. Es soll mein Bestreben sein, den schön gelegenen „Lahnstein“ einem hochverehrlichen Publikum, Vereinen und Verbindungen wieder zu einem besseren Aufenthaltsort zugänglich zu machen und sollen Dienstags und Freitags Entrée-Concerte stattfinden. Sonntag den 10. Juli, Nachmittags und Abends: Frei-Concert der verstärkten Hauscapelle eigener Familie. Im Saal ein neu renovirtes Orchestrion. Abends bestimmt: Feuerwerk und Illumination. Es ladet ergebenst ein: C. Kruse.

Die dazu gehörige Zeichnung zeigt auf dem früheren „Bahnhofsvorplatz“ eine siebenköpfige Musikergruppe, zwei Kellner und einen Gast.

1896 verkauft Wilhelm Gail das Grundstück an den Kaufmann Bär. Veräußerungsabsichten hat er schon seit einiger Zeit. Er muss den Lahnstein als unrentables Eigentum sehen, schreibt dann schließlich an seinen Bruder Karl:

Habe neulich den unglücklichen Lahnstein endlich verkauft. Komme mit zwei blauen Augen davon.

Der Erwerber zieht in das Haus ein. Der Betrieb der Gastwirtschaft wird fortgesetzt. Ein Nachbarhaus wird errichtet - Nordanlage 3. Die Firma Bär & Wetterhahn, Landesprodukte, Mehl und Düngemittel ist auf beiden Grundstücken tätig.

Jetzt gibt es an dieser Stelle wieder eine Bahnstation. Traurig stimmt ein Begeleitfund im Adressbuch. Jenseits des Bahndamms befand sich die Gastwirtschaft „Promenade-Haus“ mit schönem Blick auf die Lahn und das Sachsenhäuser Ufer.

4 Werner Stephan: Es stand ein Wirtshaus an der Lahn, Gießen 1985, S. 149.

5 Herrn Wilhelm Bingson ist für die Entdeckung dieser Quelle sehr zu danken.



Aus einer Anzeige vom 16.7.1892

III. REZENSIONEN

Ulrich Klein, Cornelia Süßmuth: Die mittelalterliche Synagoge in Marburg. Dokumentation der Ausgrabung, (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur, 92), Marburg 2009, 25,50 €

Seit 2003 schützt ein Glaskubus die baulichen Reste der mittelalterlichen Synagoge am „Markt 24“ in Marburg. Sein Umfang beschreibt die rekonstruierte oberirdische Größe des jüdischen Gotteshauses.

Mit der aktuellen Publikation aus der Reihe der „Marburger Stadtschriften“ wird erstmals der abschließende umfassende Bericht zur Ausgrabung der mittelalterlichen Synagoge Marburgs vorgelegt, die (mit Unterbrechungen) von 1994 bis 2003 verlief.

Der Band im DIN-A-5-Format umfasst 515 Seiten mit zahlreichen s/w-Abbildungen und Zeichnungen. Eine Kartentasche am Buchende enthält sieben gefaltete Din-A4- und drei DIN-A3-s/w-Pläne, jeweils auf beiden Seiten bedruckt.

Die Dokumentation ist in fünf Kapitel eingeteilt. Die Geschichte der Juden im mittelalterlichen Marburg am Anfang des Werkes bietet mit der Erläuterung der Quellenlage trotz seines bescheidenen Umfangs detaillierte und relevante Grundlageninformationen. Die Synagoge selbst wurde erstmals 1317 schriftlich erwähnt. Erläutert wird die nahe liegende Vermutung, dass nicht erst aufgrund der Ansiedlungspolitik des damaligen Stadtherrn, einem Bischof von Münster, bereits Juden in Marburg lebten. Die archäologischen Befunde zur mittelalterlichen Synagoge belegen eine jüdische Gemeinde schon in früherer Zeit, nämlich mindestens seit der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts.

Die Architektur des in drei Bauphasen nachweisbaren mittelalterlichen Steinbaus, die im Zeitraum um 1200 und um 1319 liegen hat das folgende Kapitel zum Gegenstand. Erläuterungen zur Forschungsgeschichte und die Darstellung des aktuellen Forschungsstandes ordnen die Fund- und Befundlage dieser Marburger Synagoge ein. Dabei werden nicht nur nationale, sondern auch internationale Forschungen herangezogen und vorgestellt (Frankreich, Tschechien, Ungarn). Wichtige aktuelle Untersuchungen und Erkenntnisse zur mittelalterlichen Synagogenarchitektur bilden eine Folie für die Marburger Befunde und deren Interpretation. Exemplarisch hierfür stehen u.a. die Forschungsergebnisse zur mittelalterlichen Synagoge Erfurts von dem Marburger Bauhistoriker Elmar Altwasser.

Aus dem mittleren Steinbau (um 1270) der Marburger Synagoge stammt der Fund eines verzierten Schlusssteins. Er ist der wohl älteste Beleg seinesgleichen in Mitteleuropa im Zusammenhang mit jüdischer Sakralarchitektur. (S. 33, S. 66) Der in der Aufsicht runde Stein zeigt eine hier dem jüdischen Formenkanon zugeschriebene Zier aus einem Motiv von sechs stilisierten Blütenblättern, die einen sechszackigen Stern (Hexagramm) bilden. Ein vergleichbares Stück kennt die Forschung bisher nur aus der alten Synagoge in Prag (Alt-Neu-Schul), dieses datiert in das letzte Viertel des 13. Jahrhunderts.

Im zweiten Kapitel werden außerdem wichtige Erkenntnisse zur Architektur des mittelalterlichen Synagogenbaus im Allgemeinen und der Marburger Synagoge im Besonderen vermittelt; so die spezifischen Lösungen in Raumstruktur und -abschluss, z.B. als zweischiffige Halle (Worms). Die Rekonstruktion der Marburger Synagoge zeigt demgegenüber für

die Bauphasen zwei, um 1270 und drei, um 1319, einen sechsteiligem, rippengewölbten Saal. Architektonische Besonderheiten, die durch die Funktion und Position von Thoranischen und Podesten für Bima und Vorbeter im Raum bestehen, werden unter anderem vor dem Hintergrund der jüdischen Liturgie anschaulich erläutert. (S. 43) Die mittelalterliche Synagoge, auch als Judenschule bezeichnet, war vermutlich etwa 200 Jahre als jüdisches Gotteshaus in Benutzung, ehe sie um 1452 - wohl im Zuge eines Pogroms gegen die Juden - aufgegeben und ein Großteil ihres Mauerwerks zur Wiederverwendung in der Kirchenmauer der Marburger Kilians-Kapelle umgenutzt wurde.

Die Vorstellung der Befunde und Funde auf der Ausgrabungsfläche Markt 24, stellt im dritten Kapitel auch vom Umfang her den zentralen Teil der Publikation dar. Auf 215 Seiten werden die auf der Grabung gewonnenen Funde und Befunde ausgewertet, zugeordnet und interpretiert. Die Erkenntnisse und Thesen aus dem vorhergehenden Kapitel werden hier - quasi am Objekt - belegt und erläutert. Das Unterkapitel 3.3. geht zurück auf einen bereits 2004 im Auftrag des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen, Abtl. Bodendenkmalpflege, von Elmar Altwasser verfassten Fundkatalog der mittelalterlichen Keramik. Er stellt neben der beschreibenden auch eine umfangreiche, aus den wichtigsten Einzelstücken bestehende, gezeichnete Dokumentation dar.

Auf den folgenden Seiten sind im Katalogteil die insgesamt 853 Befunde und sechs Bohrsondierungen kompakt beschrieben und z.T. interpretiert. Zur verbesserten Nutzbarkeit wird auf die beiliegenden Pläne mit Profil- und Planarstellungen verwiesen.

Den Abschluss bildet das fünfte Kapitel mit einem umfassenden Planwerk aus Profil- und Planzeichnungen, das um die

bereits genannten Tafeln in der Kartentasche ergänzt wird.

Die Marburger Autoren Ulrich Klein und Cornelia Stüßmuth, beide renommierte Bauhistoriker bzw. Archäologen, kommen dem selbst auferlegten Anspruch nach, auch für fachfremde Leserinnen und Leser verständlich zu bleiben. Die Gliederung der Dokumentation ist bewusst so gewählt, dass speziell interessierte ganze Kapitel überblättern können. Sinnvolle und durchdachte Handreichung bieten die Referenzen, die auf die beigegeführten Pläne oder den Befundkatalog verweisen. Zentraler Punkt der Publikation ist die zeitliche und geografische sowie kunsthistorisch-architekturgeschichtliche Verortung der mittelalterlichen Synagoge in Marburg resp. die Dokumentation ihrer archäologischen Erforschung. Durch die vorgelegte Veröffentlichung erfolgt zum ersten Mal eine vollständig zugängliche Zusammenstellung aller bisher erschienenen Berichte und Aufsätze zur immerhin fast 10 Jahre dauernden Ausgrabung. Die vorkommenden Flüchtigkeitsfehler sind wohl einem hohen Fertigstellungsdruck zu schulden (z.B. die drei unterschiedlichen Schreibweisen des Namens von Prof. Dr. Erwin Knauß, auf S. 17 und 18).

Die auch international beachtete Dokumentation bietet mehr als eine rein darstellende Berichterstattung. Durch die beiden vorangestellten Kapitel erlangt sie den Status eines wissenschaftlichen Werkes, das jenseits des monografischen Charakters einer einfachen Grabungsdokumentation liegt. Das Buch ist allen zu empfehlen, die über die Einblicke zur Baugeschichte der Synagoge im mittelalterlichen Marburg hinaus ihren Blick auch in Bezug auf architekturhistorische Entwicklungszusammenhänge erweitern möchten. Fachleute wie interessierte Laien finden hier fundierte Informationen.

Susanne Gerschlauber, Staufenberg

Germania Judaica Teil 4 (1520–1650), hrsg. v. Stefan Rohrbacher, Michael Toch u. Israel Yuval; Band 2, Wolfgang Treue, Landgrafschaft Hessen-Marburg, Tübingen: Mohr 2009, 210 S., 59 €

Das unentbehrliche Nachschlagewerk zur jüdischen Geschichte im deutschsprachigen Raum während des Mittelalters ist die *Germania Judaica*. 1903 von der „Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums“ als alphabetisches Ortslexikon konzipiert, konnten bis 1934 nur die beiden Teile des 1. Bandes (bis 1238) erscheinen. Erst 2003 wurde mit dem Erscheinen des 3. Teils des 3. Bandes (1350–1519) das Werk für das Mittelalter abgeschlossen. Dieser letzte Teil, der neben Einleitungsartikeln und Indices auch Gebietsartikel enthält, lässt bereits einen Wandel in der ursprünglichen Konzeption erkennen. „Die Epoche von 1520 bis 1650, eine Zeit des tiefgreifenden Umbruchs nach dem Verlust nahezu aller städtischen Zentren jüdischer Siedlung im ausgehenden Mittelalter,“ machte das ursprüngliche Konzept eines vollständigen „Ortslexikons“ „vollends unpraktikabel“ (Vorwort der Herausgeber S. VIII). Stattdessen wird der Teil IV aus einer „Abfolge von Gebietsuntersuchungen“ bestehen. Nur für Frankfurt und Worms wird es eigene Darstellungen geben. Als erste Gebietsuntersuchung liegt nun die Arbeit von Wolfgang Treue über die Juden in der Landgrafschaft Hessen-Marburg vor.

Im Sinne der Herausgeber ist diese Landgrafschaft, die formal nur von 1567 bis 1604 bestanden hat und bis zu endgültigen Einigung 1648 zwischen Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt umstritten war, „typologisch bedeutsam“, da „jüdisches Leben in dieser Epoche stets von starker Zerstreuung geprägt, marginal und fragil blieb“ (Vorwort S. IX). Diese Feststellung gilt auch wegen der zentralen Lage der Landgrafschaft „im Zentrum Deutschland und Europas, in der ...

Geschichte in europäischem Dimensionen stattfand“, wie Treue in seiner Einleitung betont. Wenn auch die Geschichte der Juden in dieser Landgrafschaft unter dem Gesichtspunkt der Geistesgeschichte nur von geringem Interesse sei, sei sie jedoch unter dem Aspekt der Alltags- und Mentalitätsgeschichte von umso größerem Interesse. Dem Autor gelingt es mit seiner Darstellung, in Ansätzen die Geschichte einer jüdischen Landbevölkerung lebendig werden zu lassen, deren Lebensbedingungen weithin repräsentativ für die Juden in weiten Teilen des Deutschen Reiches sein dürften.

Für seine Darstellung konnte Treue auf keine innerjüdische Überlieferung, sondern nur auf christliche Quellen zurückgreifen, insbesondere der Hessischen Staatsarchive in Marburg und Darmstadt. Diese sind durch die Regestenwerke von Ute Löwenstein (Marburg) und Friedrich Battenberg (Darmstadt) gut erschlossen. Allerdings wird an vielen Stellen der Arbeit deutlich, dass durch die Kriegsverluste im Darmstädter Archiv sowie die Verluste von Lokalarchiven zu verschiedenen Zeiten nicht mehr alle Teile des Untersuchungsgebietes gleich gewichtig berücksichtigt werden konnten. Dies gilt insbesondere für die Teile der Landgrafschaft, die seit 1604 von Hessen-Darmstadt kontrolliert wurden. Zu ihnen gehörte auch Gießen, eine der wenigen größeren Städte in Hessen-Marburg.

Die hier beschriebene Asymmetrie fällt auch bei dem Vergleich der konkreten Gliederung dieser Arbeit mit der für alle Arbeiten geltenden Generalgliederung auf. So können im Abschnitt „5. Innerjüdische Organisationsstrukturen“ nur 7 von 12 Unterpunkten, bei „6. Religion und Kultur“ nur 3 von 9 und im Abschnitt „7. Juden und Nichtjuden“ 5 von 7 behandelt werden. Der Ausfall von Abschnitt „8. Persönlichkeiten“ bestätigt die Feststellung, dass dieses Territorium für die jüdische Geistesgeschichte im behandelten Zeitraum ohne Bedeutung

gewesen ist. Da die christlichen Quellen im Wesentlichen das landesherrliche und lokale Verwaltungshandeln sowie deren Rechtssprechung widerspiegeln, umfassen die Abschnitte „3. Politisch-rechtliche Rahmenbedingungen“ und „4. Wirtschaftliche und soziale Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung“ rund die Hälfte der Arbeit.

Im 3. Abschnitt liegt der Schwerpunkt zum einen auf der recht knappen Skizzierung der ersten Judenordnung im Deutschen Reich und ihrer unterschiedlichen Modifikationen während des Untersuchungszeitraums. Hier wie an einigen anderen Stellen könnte die antijüdische Einstellung der Theologen deutlicher betont sein. Zum andern gibt der Treue eine umfassende Darstellung der finanziellen Belastung der jüdischen Bevölkerung. Dabei werden einerseits die willkürlichen Erpressungsversuche einzelner Landesherren wie die allmähliche Vereinheitlichung des landesherrlichen Verwaltungshandeln erkennbar, andererseits Eigenmächtigkeiten einzelner Städte wie Marburg, das durch überhöhte Abgaben den Abzug der jüdischen Einwohner zu erreichen versuchte.

Der 4. Abschnitt ist weniger wegen der Übersicht über die wirtschaftlichen Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung von Interesse, da diese kaum etwas Neues bringt. Von Bedeutung sind vielmehr die in der Regel knappen Aussagen zu den sozialen Verhältnissen, die der Autor aus den Quellen erschließen kann: etwa zur sozialen Schichtung, zur Familie, zur Stellung der Frau, zu den Wohnverhältnissen oder zur Kriminalität. An vielen Stellen wird dabei deutlich, dass der Autor sich mit eigenen Urteilen zurückhält und eher Hinweise zu möglichen Interpretationen gibt.

Diese Haltung prägt auch die Darstellung der weiteren Abschnitte, in denen der Alltag wie die Mentalität der jüdischen Bevölkerung weiter differenziert wird.

Angesichts der jeweils wenigen Zeugnisse für die Existenz von Synagogen oder Beträumen, von jüdischen Lehrern oder dem Fehlen von Belegen für die Tätigkeit von Rabbinern in dieser Landgrafschaft, ist es schon überraschend, dass sich jüdisches Leben durch fast eineinhalb Jahrhunderte halten konnte. Auch über die Zeit des Dreißigjährigen Krieges und des darin eingebetteten hessischen Bruderkrieges hinaus. Der Autor legt anhand der erhaltenen archivalischen Zeugnisse mindestens in zweierlei Richtung Hinweise zur Erklärung. Zum einen war das Zusammenleben in den Dörfern weniger verkrampft als in den Städten, wo die Geistlichkeit einen größeren Einfluss hatte. Zum andern waren die lokalen Adligen wie die Schenken zu Schweinsberg oder die von Breitenstein (Breidenbach) am Bleiben „ihrer“ Juden in der Regel aus wirtschaftlichen Gründen stark interessiert.

Für die weitere regionale Erforschung der jüdischen Geschichte liegt nun ein zuverlässiges Handbuch für die ehemalige Landgrafschaft Hessen-Marburg vor.

Dieter Steil, Gießen

Geschichte der Stadt Fulda. Band II: Von der fürstlichen Residenz zum hessischen Sonderstatus. Hrsg. vom Fuldaer Geschichtsverein, Red.: Wolfgang Hamberger, Thomas Heiler, Werner Kirchoff. Fulda: Parzellers Buchverlag 2008. 752 S. mit zahlreichen Abb. 40,00 Euro.

Es war ein anspruchsvolles Projekt, das sich der Fuldaer Geschichtsverein zum Ziel gesetzt hatte. Während die Fuldaer Kloostergeschichte in Verbindung mit der Geschichte der Fürstabtei Fulda durch zahlreiche Publikationen gut dokumentiert ist, fehlte bislang eine zusammenhängende Geschichte der Stadt Fulda. Diese Lücke zu schließen machte sich der Fuldaer Geschichtsverein zur Aufgabe

und kam damit seiner eigenen Zielsetzung, die Geschichte, Kultur und Wirtschaft des Fuldaer Raum zu erforschen, in äußerst verdienstvoller Weise nach. Den Auftakt bildete ein Symposium im Jahr 2004, an dem namhafte Fachleute aus ganz Hessen und darüber hinaus teilnahmen und auf dem die Inhalte und der zeitliche Rahmen der geplanten Veröffentlichung festgelegt wurden. Unter Federführung des Ersten Vorsitzenden des Fuldaer Geschichtsvereins, Dr. Wolfgang Hamberger, und mit tatkräftiger Unterstützung des Stadtarchivs Fulda unter der Leitung von Dr. Thomas Heiler wurde anschließend die Realisierung des Unternehmens in Angriff genommen. Das Ergebnis – ein zweibändiges Werk zur Geschichte der Stadt Fulda, an dem insgesamt 53 Autorinnen und Autoren mitgewirkt haben – kann nicht anders als gelungen bezeichnet werden. Bereits im November 2008 wurde zunächst der Band II der Öffentlichkeit vorgestellt und ein gutes Jahr später – im Dezember 2009 – folgte Band I, der die Geschichte Fuldas von den Anfängen bis zum Ende des Alten Reiches umfasst.

Der hier vorzustellende Band II reicht vom Ausklang des Ancien Regime bis zum Jahre 1970, wobei das auf den ersten Blick etwas willkürlich gewählte Enddatum auf den Wunsch Dr. Wolfgang Hambergers zurückzuführen ist, der als Oberbürgermeister die Amtsgeschäfte der Stadt Fulda von 1970 bis 1998 leitete und verständlicherweise nicht zum Chronisten seiner eigenen Amtszeit werden wollte. Die einzelnen Beiträge des Bandes stammen von insgesamt 31 Autorinnen und Autoren, unter denen sich neben ausgewiesenen Wissenschaftlern auch ein Fuldaer Unternehmer, ein Bundesminister a. D. (Dr. Christian Schwarz-Schilling) und der Herausgeber der Fuldaer Zeitung befinden. Dem im Geleitwort formulierten Anliegen, die Geschichte Fuldas gut lesbar zu erzählen und die Möglichkeit zu bieten, Sachverhalte und

Geschehnisse in einen Zusammenhang einordnen und Linien ziehen zu können, wird die klare Gliederung des Bandes zweifellos gerecht. In einem ersten Teil erfolgt in neun Beiträgen die chronologische Darstellung der Stadtgeschichte. Mit dem Ende der geistlichen Herrschaft und der Säkularisation kam das Fürstentum Fulda 1802 zunächst an Prinz Wilhelm Friedrich von Nassau-Oranien, der es allerdings 1806 schon wieder aufgeben musste. Es folgten für Fulda vier Jahre unter französischer Militärverwaltung, bevor es 1810 an das Großherzogtum Frankfurt unter Fürstprimas Karl von Dalberg gelangte und schließlich 1816 an Hessen-Kassel fiel. Diese ersten wechselvollen Jahre zeichnet Ludolf Pelizaeus im ersten Beitrag nach, der von der französischen Herrschaft bis zum Übergang an Preußen im Jahr 1866 reicht. Mit dem Ende des Fürstentums Fulda hatte die Stadt ihre einstige Residenzfunktion verloren und obwohl sie in kurhessischer Zeit Provinzzentrum und 1866 preußische Kreisstadt wurde und seit 1828 wieder als Bischofssitz diente, blieb sie bis zum Ende des 19. Jahrhunderts hinter ihrer früheren Bedeutung zurück. Dies spiegeln die bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts stagnierenden Einwohnerzahlen und die langsame Überwindung der in vielen Bereichen noch anzutreffenden mittelalterlichen Zustände. Die lang andauernde Stagnation in der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt unterstreicht Stadtarchivar Thomas Heiler im zweiten Beitrag, der mit der einsetzenden Industrialisierung den allmählichen Beginn einer neuen Zeit skizziert. Unter den folgenden Beiträgen, die den Bogen von der Weimarer Republik über die Kriegsjahre (1939-1945), die Zeit der Besatzung (1945-1949) bis zum Neubeginn und Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg ziehen, ist besonders auf den Aufsatz von Udo Engbring-Romang zur Machtergreifung, Opposition und Verfolgung während des NS-

Regimes hinzuweisen. Er sucht darin eine Antwort auf die Frage, wie auch in einer Stadt, die in ihrer Mehrheit vor 1933 antinationalsozialistisch eingestellt war, alle Verfolgungsmechanismen der nationalsozialistischen Machthaber reibungs- und fast widerstandslos funktionieren konnten. Er gedenkt dabei auch der Verfolgung der Sinti und Roma, an die seit 1995 eine Gedenktafel am Fuldaer Stadtschloss erinnert. Den Abschluss in der chronologischen Darstellung bildet der Beitrag von Wolfgang Hamberger, der die Stadtentwicklung unter seinen Vorgängern im Amt des Oberbürgermeisters bis 1970 schildert.

Im zweiten Teil des Bandes schließen sich Beiträge zu speziellen Themen an, die die chronologische Betrachtung der Stadtgeschichte vertiefen und einzelne Bereiche querschnittartig beleuchten. Zu nennen sind hier unter anderem der Aufsatz von Gerd Hardach zu Fuldas Wirtschaft im 19. und 20. Jahrhundert, die Untersuchung zur Entstehung und Entwicklung der politischen Parteien von Franz-Georg Trabert sowie ein Abriss der Schulgeschichte (1802-1990) von Heinz Gellings. Aber auch Beiträge zur Siedlungstopographie der Stadt Fulda (Ursula Braasch-Schwersmann), zu Städtebau und Architektur 1803 bis 1945 (Werner Kirchhoff) und zu Kunst und Kunsthandwerk in Fulda (Gregor Stasch) fehlen nicht. Zeigt dies schon, wie breit das Spektrum des vorliegenden Bandes ist, so gewinnt er noch an Lesbarkeit durch die sogenannten „Schlaglichter“, die, eingestreut in die einzelnen Beiträge, zur deren Auflockerung und Veranschaulichung dienen. Zu dieser Rubrik gehört unter anderem der von Günter Sagan geschilderte „Tod im Bunker“, der weit mehr als reine Daten und Fakten das Grauen des Bombenkrieges verdeutlicht. Aber auch Heiteres wird durch die „Schlaglichter“ in Erinnerung gerufen, darunter die Dreharbeiten zum Film „Königliche Hoheit“ im Jahr 1953, als

ganz Fulda bei diesem Ereignis nach den entbehrungsreichen Nachkriegsjahren dabei sein wollte. Abgerundet wird die gelungene Publikation durch eine Vielzahl von Abbildungen, eine Zeittafel zur Stadtgeschichte und ein ausführliches Literaturverzeichnis. Ein vorzügliches Register – gegliedert in Personen-, Orts- und Sachregister – erleichtert den Zugang. Mit dem vorliegenden Band hat der Fuldaer Geschichtsverein nicht nur ein lesenswertes Buch für die Bürgerschaft zur Geschichte ihrer Stadt geschaffen, sondern durch die wissenschaftlich fundierten Beiträge ist ein Standardwerk entstanden, das ohne Frage auch bei Wissenschaftlern großen Anklang finden wird.

Eva-Marie Felschow

Margret Lemberg: Die Grablegen des hessischen Fürstenhauses, Band 71 der Historischen Kommission für Hessen, Marburg 2010, 270 Seiten, 126 Abb., 24 €

Übersichtsarbeiten sind mit immens viel Aufwand verbunden. Zur üblichen Sichtung der Literatur und Recherchen in verschiedenen Archiven kommt in diesem Fall noch eine rege Reisetätigkeit, zu den zahlreichen Orten nämlich, an denen sich „Die Grablegen des hessischen Fürstenhauses“ befinden. Die Autorin Dr. Margret Lemberg befindet sich in Marburg mit der Elisabethkirche zwar an der Wiege dieser Entwicklung, doch haben sich die Wohnsitze der hessischen Fürsten im Laufe von 700 Jahren - gemäß der hessischen Teilung - bis nach Darmstadt und Kassel verschoben sowie zu den diversen Nebenlinien, etwa nach Rotenburg, Langenschwalbach und Philippthal. Dazu kommen Meisenheim und Kamp-Bornhofen, aber auch Weimar und Schleswig als Bestattungsorte von Töchtern Philipps des Großmütigen. Es ist vieles zu entdecken in diesem Buch.

Dr. Margret Lemberg schließt mit dieser Arbeit an ihr erstes Buch zur Sepulkralkultur an, das 1987 mit dem Titel „Sprechende Steine“ erschien. Darin stellte sie die Grabsteine der „einfachen Menschen“ auf den Friedhöfen im Marburger Raum vor. In ihrem aktuellen Vorwort berichtet sie, dass bereits damals Karl Demandt, der Nestor der hessischen Landesgeschichte, ihr geraten habe, ein Buch über die Landgrafengräber in der Elisabeth-Kirche zu schreiben. Viele Jahre sind darüber hinweggegangen und nun endlich legt sie dieses beeindruckende, reich bebilderte Werk als Ergebnis ihrer jahrelangen Recherchen vor.

Die Landgrafen-, respektive Landgräfinnengräber werden je einzeln vorgestellt im Rahmen von Personen-, Landes- und Kunst-Geschichte. Der Zeitraum reicht von der Gründung Hessens 1264 über die Religionsstreitigkeiten seit der Reformation bis zur Abschaffung der Monarchie 1918. Zum Abschluss verdeutlicht Lemberg noch einmal ihr Anliegen „eine die Regionen übergreifende Entwicklung der Frömmigkeit anhand der fürstlichen Sepulkralkultur in Hessen zu erarbeiten.“

Ursprünglich war es der Wunsch jedes Christen möglichst in Altarnähe beigesetzt zu werden, damit der Leib bis zur Auferstehung beim Jüngsten Gericht immer in die Gebete der Gemeinde beim Gottesdienst einbezogen bleibe. Wegen Überfüllung der Kirchen galt dies ab dem 9. Jahrhundert nur noch für Priester und Adlige, wurde also zum Privileg. Die Sorge um die Seele spiegelt sich auf den ältesten landgräflichen Grabmonumenten in der Marburger Elisabeth-Kirche in den Figürchen, die die Seele des/der Verstorbenen in Empfang nehmen. Auch das Beten für die armen Seelen im Fegefeuer wird figürlich dargestellt über Mönche mit aufgeschlagenen Büchern.

Durch die Reformation waren all diese Maßnahmen nicht mehr nötig: Leib und Seele seien der Gnade Gottes am Jüngs-

ten Tag teilhaftig ohne die Abhängigkeit von Heiligen und Fürbitten. Grabdenkmale wurden jetzt zum Medium des Kampfes um den rechten Glauben, will heißen zwischen den Lutheranern, die das Kreuz als Zeichen des rechtgläubigen Christen akzeptierten und weiterhin darstellten, und den Calvinisten, die jegliches Bildwerk ablehnten, ja aus den Kirchen entfernen ließen (Moritz von Hessen-Kassel). Langatmige Inschriften dominieren ab dem 17. Jahrhundert, benennen für die Nachwelt das Lebenswerk eines Individuums.

Interessanterweise blieben Kirchen die Orte der Repräsentation für die hessischen Fürsten, obwohl es in allen Städten neue große Friedhöfe vor der Stadt gab; dort entstanden nur vereinzelt Mausoleen. Das änderte sich nach dem gesellschaftlichen Paradigmenwechsel, den Aufklärung und französische Revolution mit sich brachten. Die Entdeckung der Natur, nicht die wilde, sondern die geordnete Natur in Parks und Gärten, führte beim Adel zur Anlage von Gräbern im Freien. Was bis heute besonders eindrucksvoll ablesbar ist auf der Rosenhöhe in Darmstadt. Fazit: Ein spannendes Lesebuch für Interessierte und ein wichtiges Nachschlagewerk zugleich.

Dagmar Klein, Wetztenberg

Holger Th. Gräf, Eckart Rittmannsperger unter Mitarbeit von Boris Queckbömer (Bearb. und Hrsg.): Die Chronik der Stadt Grünberg von Victor Habicht (1822-1902), erschienen in: Stadt Grünberg, Museum im Spital und Freundeskreis Museum Grünberg (Hrsg.), Veröffentlichungen aus dem Museum im Spital Grünberg, Band 2, Neustadt an der Aisch 2008, 19,50 €

Das 19. Jahrhundert war das Jahrhundert des Historischen. Eine Rückbesinnung auf die Vergangenheit hatte breite Kreise

der Bevölkerung, vor allem aber das Bürgertum erfasst. Häufig waren es auch Pfarrer, die sich darum bemühten Nachrichten aus der Vergangenheit ihrer Gemeinden zusammenzutragen. Die vorliegende Chronik der Stadt Grünberg hat ihre Wurzel in dieser Geschichtsbegeisterung.

Ihr Verfasser, Victor Habicht, stand von 1859 bis 1870 auf der Kanzel der Grünberger Pfarrkirche. Seine erfolgreiche Tätigkeit in Seelsorge und kirchlicher Verwaltung führte ihn über eine Pfarrstelle in Rüsselsheim und weitere Stationen schließlich in die Position des Superintendenten der Provinz Oberhessen. Daneben entfaltete er auf dem Gebiet des karitativen Vereinswesens große Wirksamkeit, so gehörte er unter anderem zu den Mitbegründern des Darmstädter Armenvereins. 1898 war er Mitglied der Delegation, die Kaiser Wilhelm II. bei seiner Palästina-Reise begleitete, in deren Rahmen die Jerusalemer Erlöserkirche eingeweiht wurde. Er starb 1902 als über die Grenzen der hessendarmstädtischen Landeskirche hinaus hochgeachteter Kirchenmann.

In seine Zeit als Grünberger Pfarrer fällt die nun gedruckt vorliegende Schrift. Er selbst hatte sie wohl nicht zum Druck vorgesehen, sondern sie zu seiner eigenen Unterrichtung verfasst. Als Manuskript lag sie im Archiv der Pfarrgemeinde, wo sie gelegentlich von Lokalhistorikern herangezogen wurde. Den Herausgebern und Bearbeitern ist es zu verdanken, dass diese Schrift nun einem breiteren Leserkreis zugänglich wird. Die sorgfältige Transkription des Textes und die umsichtige Erläuterung heute nicht mehr ad hoc verständlicher Begriffe und Sachverhalte in einem Anmerkungsapparat ist nicht genug zu loben. Dem besseren Verständnis dient auch ein dem Text vorangestelltes Verzeichnis der Maße und Gewichte, die dem Leser bei der Lektüre immer wieder begegnen.

Der Titel den Habicht seinem Werk gab, ist allerdings etwas irreführend, denn eine Chronik im strengen Sinne, das heißt eine reine Darstellung von Ereignissen in zeitlicher Folge, war von ihm nicht beabsichtigt. Er trug Fakten zusammen, die er nach systematischen Gesichtspunkten ordnete. Die Hauptabschnitte seiner „Chronik“ tragen deshalb die Überschriften: Politische Verhältnisse, Kirchliche Verhältnisse, Schulverhältnisse, Armenwesen und Stiftungen. Der sich daran anschließende letzte Hauptabschnitt befasst sich mit den Verhältnissen in den Grünberger Filialgemeinden Stangenrod und Lehnheim.

Alle Abschnitte sind wiederum durch Unterabschnitte strukturiert. Kurz gefasst und quellennah gibt der Verfasser dort Überblicke über seine Themen, wobei er den Bogen meist bis in seine Gegenwart (die Mitte des 19. Jahrhunderts) schlägt. Im ersten Hauptabschnitt zu den politischen Verhältnissen der Stadt informiert er den Leser so über Geschichte, wirtschaftliche Verhältnisse, städtische Verfassung, Behörden, Einnahmen und Ausgaben der Stadt und andere interessante Sachverhalte. Gleichwohl ist dieser erste Abschnitt der kürzeste von allen.

Das Hauptaugenmerk des Seelsorgers Habicht lag dann doch auf den kirchlichen Verhältnissen und dem damit in enger Beziehung stehenden Schul- und Armenwesen. Sehr ausführliche Beachtung finden die Amtsvorgänger des Verfassers, ihre Aufgaben, ihre Besoldung und ihre Mitarbeiter. Nicht zuletzt gibt er eine vollständige Auflistung der Gottesmänner seit den Tagen der Reformation. Ähnlich ausführlich widmet er sich auch den Lehrern der Grünberger Schulen. Angaben zu Kirchenbesitz und Gefällen der Gemeinde werden ebenfalls aus den Quellen extrahiert und dem Leser vor Augen gestellt. Auch Kirchen- und Schulgebäude erfahren ausführliche Berücksichtigung. Nicht anders ist es im Abschnitt über das Armen- und Stif-

tungswesen. Einkünfte, Ausgaben, Gebäude und Personal werden von den Anfängen bis in das 19. Jahrhundert behandelt.

Der vorgelegte Text ist ohne Frage ein wichtiges Kompendium zur Geschichte der Stadt Grünberg. Besonderes Interesse verdient er nicht zuletzt deshalb, weil er Auskünfte gibt, die bis in das 19. Jahrhundert reichen und die in dessen Jahrzehnten eingetretenen Änderungen widerspiegeln. Ein wenig bedauert man den allzu nüchternen Stil der Darstellung, der die Persönlichkeit des Verfassers kaum deutlich werden lässt. Gerne erföhre der Leser auch etwas über die persönlichen Sichtweisen Habichts zu den Verhältnissen seiner Zeit. Allerdings war in der von ihm gewählten Form der Darstellung für so etwas kein Platz.

Diesem Desiderat kann die dem Buch beigegebene biographische Skizze Habichts etwas abhelfen. Ein Register erschließt den Band über das Inhaltsverzeichnis hinaus und macht ihn als Nachschlagewerk ausgezeichnet nutzbar. Nicht vergessen sei hier auch die Bebilderung mit teilweise historischen Photographien, Plänen und Karten, die dem Leser das alte Grünberg auch optisch nahebringen. Der Band sei allen an der Geschichte Grünbergs Interessierten nachdrücklich empfohlen.

Carsten Lind, Ortenberg

Jens Flemming, Christina Vanja (Hrsg.): „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“. Das Ständehaus in Kassel und seine parlamentarische Tradition. Kassel: euregioverlag 2007 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Quellen und Studien Band 13), 151 S., zahlreiche Abb.

Im Zentrum des vorliegenden Sammelbandes, der aus einer Tagung im November 2006 hervorgegangen ist, steht das

Ständehaus in Kassel als Ort parlamentarischer Tradition. An der Geschichte des ältesten Parlamentsgebäudes in Hessen, das am 22. November 1836 mit einer Sitzung der damaligen Ständeversammlung des Kurstaats feierlich eröffnet wurde, verdeutlichen die insgesamt zehn Beiträge auf eindrucksvolle Weise einen von der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart fortwährenden verfassungspolitischen Wandel.

Nach dem zähen Ringen um eine Verfassung in Kurhessen, die erst im Jahr 1831 - ein Jahrzehnt später als im benachbarten Großherzogtum Hessen-Darmstadt - verabschiedet wurde, galt das neu errichtete Ständehaus vielen Befürwortern des Parlamentarismus geradezu als ein Sinnbild gebauter Demokratie. Gerd Fenner, der sich im ersten Beitrag des Bandes der Planungs- und Baugeschichte des Gebäudes widmet, spricht daher treffend von einem „sichtbaren Denkmal der Verfassung“. Anhand zahlreicher Zeichnungen und Fotos dokumentiert er die bauliche Entwicklung des Hauses bis zum Wiederaufbau nach den Bombenschäden des Zweiten Weltkriegs, der mit großen Verlusten an historischer Bausubstanz verbunden war. Nach dem Blick auf das Gebäude, das Fenner als eines der interessantesten und bedeutendsten Baudenkmäler Kassels wertet, wenden sich die folgenden Beiträge Verfassungsfragen und dem parlamentarischen Geschehen im Ständehaus zu. Winfried Speitkamp und Ewald Grothe beleuchten zunächst die Verfassungsverhältnisse in Kurhessen zwischen 1806 und 1866, wobei Grothe angesichts der fortwährenden Auseinandersetzungen zwischen Regent und Regierung für den Zeitraum nach 1831 von einem „permanenten Verfassungskonflikt“ spricht. Die oft hitzigen Debatten spielten sich in den ersten Jahren bemerkenswerterweise in einem Einkammerparlament ab, das man in Kurhessen - in Anknüpfung an die Zeit des Königreichs Westfalen - 1831 etabliert hatte. Erst mit

der im reaktionären Geist formulierten Verfassung von 1852, durch die u.a. das Budget- und Gesetzesinitiativrecht des Landtags aufgehoben wurde, erfolgte auch in Kassel die Einrichtung des üblichen Zweikammersystems.

Mit dem Übergang an Preußen im Jahr 1866 fand der kurhessische Parlamentarismus ein jähes Ende, das Ständehaus wurde nun zur Tagungsstätte des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel, der sich 1868 konstituierte. Jens Flemming untersucht, inwiefern die Einrichtung und Tätigkeit dieser Körperschaft zur Integration des annektierten Kurstaats in das Königreich Preußen beitrug. Anschließend thematisiert Dirk Hainbach die weitere Entwicklung des Kasseler Kommunallandtags in der Weimarer Republik bis zu seiner Auflösung 1933.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Bildung des Bundeslandes Hessen blieb die Frage der Neuordnung der kommunalen Selbstverwaltung zunächst in der Schwebe. Während sie in den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden als preußischen Gebieten eine jahrzehntelange Tradition besaß, hatte sie in dieser Form in dem ehemaligen Volksstaat Hessen-Darmstadt, der einen eigenen Regierungsbezirk bildete, nicht bestanden. Der Wiederaufbau der kommunalen Selbstverwaltung vollzog sich daher in Nordhessen in den ersten Nachkriegsjahren auf unsicherem Terrain, wie Walter Mühlhausen herausarbeitet. Das Wirken des neu eingerichteten Beirates, der die Aufgaben des früheren Kommunallandtags übernahm, war nur von kurzer Dauer. Trotz starker Widerstände vor allem in Nordhessen, das um den letzten Rest seiner Eigenständigkeit fürchtete, verfügte der hessische Landtag im Mai 1953 die Auflösung der bezirklichen Selbstverwaltungskörperschaften und übertrug deren soziale Aufgaben dem neu geschaffenen Landeswohlfahrtsverband. Dessen Gründung und Aufbaujahre seit

1953 schildert Christina Vanja und stellt dessen organisatorischen Aufbau mit Verwaltungsausschuss und der Verbandsversammlung als oberstem Beschlussorgan vor. Da der Landeswohlfahrtsverband seinen Sitz in Kassel nahm, tagt die Verbandsversammlung, die schon bald als hessisches „Sozialparlament“ bezeichnet wurde, seither im einstigen Ständehaus. Die dort in den vergangenen Jahrzehnten geführten Verhandlungen und das vielfältige Aufgabenspektrum des Landeswohlfahrtsverbandes sind Gegenstand der drei abschließenden Beiträge des Sammelbandes. Besonders eindrucksvoll ist dabei der aus persönlicher Erfahrung verfasste Rückblick von Heinrich Kunze auf die Geschichte der Psychiatrie-Reform in den 1970er Jahren.

Das Anliegen der beiden Herausgeber, mit der vorliegenden Publikation die parlamentarischen Traditionen des Kasseler Ständehauses wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken, ist mit dem ansprechenden Band sicher gelungen. Darüber hinaus erhält der interessierte Leser aufschlussreiche Einblicke in die Arbeit des hessischen Landeswohlfahrtsverbandes und seines „Sozialparlaments“.

Eva-Marie Felschow

Friedhelm Gerecke: Historismus - Jugendstil - Heimatstil in Hessen, im Rheinland und im Westerwald. Das Lebenswerk des Architekten und Denkmalpflegers Ludwig Hofmann aus Herborn, 22 x 30 cm, 528 Seiten, 1009 Abbildungen, davon 27 in Farbe, Hardcover, Michael Imhof-Verlag Petersberg 2010, 69 €

Erstmals wird das Lebenswerk des Architekten Ludwig Hofmann (1862-1933) aus Herborn in einer Publikation umfassend vorgestellt. Sein Nachfahre Friedhelm Gerecke, ebenfalls Architekt, hat 30 Jahre lang gesucht, gesammelt und sortiert. Dass es so lange gedauert hat, ist

höchst erstaunlich, schließlich hat Ludwig Hofmann als Architekt und Denkmalpfleger viele hessische Orte, sogar ganze Landschaften geprägt. Bekannter ist sein älterer Bruder Karl (1856-1933), der ebenfalls Architekt war, in Worms und Darmstadt, und als Beauftragter der Landesregierung über Einfluss verfügte; dessen Werk wurde bereits durch eine Dissertation gewürdigt. Insofern ist mit dem umfangreichen und schwergewichtigen Buch von Gerecke jetzt eine Lücke geschlossen worden - auch, damit künftig die sich im Leben so ähnlich sehenden Brüder, die noch dazu denselben Beruf ausübten, künftig nicht mehr verwechselt werden.

Das Buch beginnt mit der Familiengeschichte, es beschreibt den Weg vom Webermeister Hofmann in Herborm bis zu seinen heutigen Nachfahren. Der reich bebilderte Band beschreibt auch die Geschichte eines Architekturbüros und dessen Arbeitsweise, es benennt Bauleiter sowie Handwerker, mit denen Hofmann zusammen arbeitete. Vornehmlich ist es jedoch ein Katalog der Werke Ludwig Hofmanns, die je nach Quellenlage unterschiedlich ausführlich beschrieben werden. Dank eines Orts- und Personenverzeichnisses im Anhang lässt sich alles gut finden.

Zur Ausbildung Ludwig Hofmanns gibt es nur Hinweise auf einen Aufenthalt in Wetzlar 1880-1885. Während Bruder Karl seinen Geburtsort bald nach Schulabschluss verließ, blieb Ludwig in Herborm verwurzelt. Hier baute er bereits als 26-Jähriger seine Villa mit Park (1888) benachbart zum Herborner Schloss. Er engagierte sich in Kirchen- und Stadtvorstand, im Altertumsverein und beim Roten Kreuz. Benachbart zu seiner Villa baute er diverse private und öffentliche Gebäude, in Herborm ist von einem Hofmann-Viertel zu sprechen.

1890 beginnt der phänomenale Aufschwung seines Architekturbüros: allein

20 Kirchenneubauten entstehen in diesem Jahrzehnt, unter anderem in Biebertal-Fellingshausen. Er baut auch eine Synagoge in Hachenburg und ein Krankenhaus (St. Martin) in Koblenz. Unter den von ihm erbauten Villen befindet sich 1893/94 auch das Corpshaus Teutonia in Gießen (Grünberger Straße 81), als Bauleiter fungierte mit Wilhelm Küchler der Oberbürgermeister von Worms und spätere hessische Finanzminister.

Denkmal- und Heimatpflege sind ein persönliches Anliegen für Ludwig Hofmann. Seit seiner Jugend ist er mit Wilhelm Thielmann befreundet, dem Maler und Begründer der Willingshäuser Malerkolonie (und Mitglied des 1943 in Gießen gegründeten Oberhessischen Künstlerbunds). Die beiden halten Zeit ihres Lebens Kontakt, unternehmen gemeinsame Wanderungen durch die hessische Landschaft, immer auf der Suche nach Motiven zum Zeichnen. Immer wieder bedauert Hofmann, wenn ein Dorf „sein Gesicht verloren“ hat durch zu große Neubauten mit glatten Fassaden.

Hofmann übernimmt denkmalpflegerischen Aufgaben beim Umbau von Kirchen, Schlössern und Rathäusern. Letzteres gilt auch für Gießen: er restauriert das Alte Rathaus (1898-1900) und das Alte Schloss (1903-1905), die jeweils für eine Teilnutzung als Museum des Oberhessischen Geschichtsvereins fungieren. Gereckes Vermutung, dass Hofmann auch für die Sanierung des Neuen Schlosses zuständig gewesen sei, erweist sich als lokalhistorischer Kenntnis als unzutreffend. (Da war Wilhelm Jost zuständig, der spätere Bauleiter für die Bad Nauheimer Bäderanlage.) Für die neu entstehenden Bahnlinien entwirft Hofmann Typenhäuser und erhält schließlich - durch Empfehlung seines Bruders - den Großauftrag für den Erweiterungsbau des Gießener Bahnhofs (1904-11).

Als der Denkmalschutz im Großherzogtum Hessen durch Gesetz aufgewertet wird (1900), trägt Hofmann Verantwortung: In der evangelischen Kirche wird das Amt des Kirchenbaumeisters eingeführt, das Ludwig Hofmann 1904 für Nord- und Süd-Nassau übernimmt; als Denkmal- und Heimatpfleger ist er ab 1911 im Bezirk Wiesbaden tätig. 1906 erhält er anlässlich der Einweihung der Dankeskirche in Bad Nauheim das Ritterkreuz II. Klasse und wird 1913 zum Preußischen Königlichen Baurat ernannt.

Wenn Auftraggeber Umbauten oder gar den Abriss eines historischen Gebäudes verlangen, zeichnet er immer auch Alternativpläne, mit denen er den Erhalt oder zumindest die Weiterverwendung des Materials vorschlägt; auch aus Kostengründen. Er plant durchaus zeitgemäße ‚moderne‘ Ergänzungen, doch habe er sich „jedem Objekt verantwortungsvoll gewidmet“ und immer „am jeweiligen Ambiente orientiert“, so Gerecke. Das klingt aktuell bis heute, denn es „zeugt vom Respekt vor der Leistung vorangegangener Kollegen und Bauleute“. Eine Haltung, die heutigen Architekten und Bauherren oft fremd zu sein scheint - ganz aktuell zu beobachten beim unsensiblen Umgang mit dem historischen Bahnhofsensemble in Gießen.

Fazit: Ein wichtiges Nachschlagewerk für alle an Architektur und Architekturgeschichte, Denkmalpflege und überhaupt an Hessen interessierte Menschen. Ein Buch, das in keiner öffentlichen Bibliothek fehlen sollte.

Dagmar Klein, Wettenberg

Kerstin Unsel: Werner Bock - Ein deutscher Literat am Rio de la Plata, Heidelberg, Winter 2009, 521 S., 65 € (Beiträge zur neueren Literaturgeschichte, Bd. 263)

Diese Dissertation, 2008 in Karlsruhe vorgelegt, ist eine gründliche Studie über

Leben und Schaffen des in Gießen 1893 geborenen Lyrikers Werner Bock, der im Exil in Argentinien zum bedeutenden Essayisten, Übersetzer und Vermittler zwischen der deutschen und argentinischen Literatur geworden ist. Für die Autorin ist es ein Glücksfall, dass ihre Arbeit rechtzeitig in der Zeit der Vorbereitung der diesjährigen Buchmesse mit dem Gastland Argentinien fertig geworden ist und so in einem bedeutenden Wissenschaftsverlag erscheinen konnte.

Die Arbeit basiert auf der sorgfältigen Auswertung von Bocks umfangreichem Nachlass im Deutschen Literaturarchiv Marbach sowie der differenzierten Analyse der weithin zu recht auch biographisch gelesenen Veröffentlichungen: der Lyrik, Prosa und Essays - sowohl in deutscher wie in spanischer Sprache. Ein sorgfältig erarbeitetes Werkverzeichnis Bocks ist der Arbeit beigegeben. Schon im ersten von zehn Kapiteln, das wie der Titel der Festschrift zu Bock 60. Geburtstag „Lenz im Herbst“ lautet, markiert Unsel die unter schwierigen Umständen erfolgte Emigration Bocks - er wurde am 24. November 1939 zusammen mit seinem Sohn auf dem Auswandererschiff nach Argentinien verhaftet und für sechs Wochen in „Les Mille“ interniert, bevor sie seiner Frau und Mutter nachreisen konnten - als Beginn einer neuen, seiner wohl bedeutendsten Schaffensphase. Hatte Bock, der 1919 in Gießen mit der Studie „Die ästhetischen Anschauungen Wielands“ promoviert worden war, bis 1933 nur einen schmalen Gedichtband sowie verstreut einzelne Gedichte veröffentlicht, war er wegen seiner Herkunft aus einer jüdischen Familie seit 1933 weitgehend zum Schweigen verurteilt.

Eindrucksvoll beschreibt die Autorin, wie Bock unmittelbar nach seiner Ankunft in Buenos Aires beginnt, einerseits die spanische Sprache zu lernen, andererseits den dortigen Buch- und Büchermarkt zu erkunden. Anders als viele andere Emi-

granten sah er das Exil die Chance, im Gastland nicht nur als Eigentümer einer kleinen Schraubenfabrik (er konnte offensichtlich einen Teil seines Vermögens im Tausch mit einem zurückwandernden Deutschen nach Argentinien retten), sondern auch als Mensch des Geistes Fuß zu fassen. Dies gelang ihm in der Tat sowohl in der deutschsprachigen, dem nationalistisch bis nationalsozialistischen Gedankengut distanziert bis ablehnend gegenüberstehenden republikanisch Presse („Argentinisches Tageblatt“, „Deutsche Blätter“) als auch in der spanischen („La Nación“).

Die Situation der argentinischen Presse wird in diesem Kontext dem Leser differenziert dargelegt. Diese Stärke der Arbeit wird auch in anderen Zusammenhängen deutlich. So bei der Darstellung der besonderen Bedeutung, die die nähere Bekanntschaft mit der bedeutenden Verlegerin und Essayistin Victoria Ocampo für Bock bedeutete. Sie war Gründerin und Herausgeberin der Mitte des 20. Jahrhunderts einflussreichsten lateinamerikanischen Kulturzeitschrift „Sur“. Als deren Mitarbeiter lernte er u.a. Jorge Luis Borges kennen, auf den er nach Ende des Zweiten Weltkrieges als einer der ersten im deutschen Sprachraum aufmerksam machte. An der Übersetzung von Borges Lyrik arbeitete Bock noch, als er im Februar 1962 plötzlich verstarb.

Aus Unselds Werkanalysen wird deutlich, wie prägend das Vaterhaus, ein bedeutender Mittelpunkt des kulturellen Lebens in Gießen über mehr als zwei Generationen, und insbesondere die Goethe-Verehrung auf Werner Bock gewirkt hat. Sie ist nicht nur in seiner frühen Lyrik spürbar. Dieses Fundament ermöglichte es Bock, im Exil rasch zum Vermittler deutscher Kultur in Argentinien und Uruguay, hier als Dozent an der neu gegründeten Universität Montevideo, zu werden. Die angemessene sprachliche Form dieser Vermittlung fand Bock im Essay, für

dessen sprachliche Gestaltung er wesentliche Anregungen von Borges bekam. Wohl mit Recht betont die Autorin, dass Bock gerade wegen dieser Arbeiten bis heute in Argentinien bekannt geblieben ist. Hingegen ist er dort wie auch in Deutschland mit seiner Lyrik wie mit seiner Prosa weitgehend ein Unbekannter geblieben oder geworden. Dies hängt nicht nur mit den Brüchen in der kulturellen Tradition nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen, sondern auch daran, dass Bock als Erzähler, jedenfalls was die größeren Erzählformen Novelle und Roman betrifft, weitgehend gescheitert ist.

Unseld lässt dennoch keinen Zweifel daran, dass Bock sowohl in Argentinien als auch in Deutschland verdienstermaßen geachtetes Mitglied angesehenen Schriftstellervereinigungen geworden ist. In Argentinien war er, der 1942 die dortige Staatsbürgerschaft angenommen hatte, 1943 in den argentinischen Schriftstellerverband aufgenommen worden und gehörte zu den frühen argentinischen Mitgliedern der ersten Goethe-Gesellschaft Lateinamerikas, die 1948 im Blick auf das Goethe-Jubiläum 1949 in Sao Paulo gegründet worden war. In Deutschland wurde er in die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt gewählt. Dies war auch eine Anerkennung der Vermittlungsarbeit, die Bock seit 1950 auf regelmäßigen Reisen nach Europa, auch nach Deutschland, zwischen seiner neuen und der alten Heimat leistete. Die Schweiz wurde dann für Bocks vier letzte Lebensjahre sein Zuhause.

Unselds Arbeit wird für lange Zeit die maßgebliche Arbeit über Leben und Werk Werner Bocks bleiben. Umso bedauerlicher sind einige kleinere Fehler: Sie tradiert die falsche Überlieferung, Bocks Eltern seien konvertierte Juden (S. 56). Zumindest für Bocks Vater ist klar, dass dieser bis zur Jahreswende 1925/26 der jüdischen Gemeinde Gießen angehörte.

Einige Lebensdaten der Geschwister sind falsch (S. 57) ebenso die Mitteilung, dass Bocks Schwester mit einem „Minister“ und in „zweiter Ehe mit Hans Lachmann-Mosse“ verheiratet gewesen sei (S. 57 Anm. 26 mit falschen Todesdatum; es war die dritte Ehe). „Minister“ beruht offensichtlich auf einem sprachlichen Missverständnis. Ihr erster, früh verstorbener Mann war evangelischer Pfarrer. Dass die Mutter mit ihren drei Kindern spätestens seit 1903 in Karlsruhe lebte, hängt offensichtlich mit ihren freundschaftlichen oder verwandtschaftlichen Beziehungen dorthin zusammen - dort hatten sich die Eltern kennen gelernt und verlobt. Diese Fehler wären bei Beachtung von Michael Keuerlebers Alfred Bock-Lesebuch (Gießen 1991) vermeidbar gewesen.

Wie Bergengruen ein Exil-Schriftsteller genannt werden kann (S. 29) ist ebenso unverständlich wie die Zurechnung Schnitzlers zu Alfred Bocks Freunden (S.104 Anm. 3); jedenfalls geben die veröffentlichten Teile seiner Tagebücher dies nicht her. Und schließlich: Wer sich in der kulturellen Welt des Kaiserreichs und der Weimarer Republik nur etwas auskennt, wird die wiederholte Feststellung, im Bockschen Elternhaus hätten sich „die namhaftesten Vertreter aus Literatur, Bildender Kunst und Musik“ getroffen, als Übertreibung wahrnehmen. Unbeschadet dieser Bemerkungen verdient die Arbeit hohe Anerkennung.

Dieter Steil, Gießen

IV. AUS DEM VEREINSLEBEN

Zusammengestellt von Dagmar Klein (Schriftführung)

Die Exkursionen und Vorträge der Jahre 1991-1999 sind in MOHG 84/1999 publiziert, zusammengestellt vom damaligen Schriftführer Prof. Dr. Hans-Heinrich Kaminsky; die von 1999/2000-2004 sind in MOHG 89/2004 publiziert, seitdem fortlaufend in den Jahresbänden.

1. OHG-Vorträge 2009/10

28. Okt. 2009	Marburg und der Deutsche Orden von Philipp dem Großmütigen bis heute	Prof. Dr. Ursula Braasch-Schwersmann, Marburg
11. Nov. 2009	Jungsteinzeitliche Besiedlung im Gießener Raum	Dr. Sabine Schade-Lindig, Wiesbaden
25. Nov. 2009	„Schon seit langer Zeit hat sich das Bedürfnis für eine bessere Verbindung der Bahnhöfe mit der Stadt fühlbar gemacht ...“ - Bemerkungen zu den Anfängen des öffentlichen Personennahverkehrs in Gießen	Dr. Ludwig Brake, Gießen
09. Dez. 2009	Bergbau in Gießen? - Gießener Braunsteinwerke 1843-1976	Dr. Philipp Bockenheimer, Linden
13. Jan. 2010	Archäologie ohne Spaten - Geophysikalische Prospektion zwischen Dünsberg und Vogelsberg	Norbert Buthmann M.A., Marburg
27. Jan. 2010	Gemüsebeet und Federvieh - Buntles Leben in den Hinterhöfen der Streifenhäuser eines römischen Kastellorfes	Dr. Carsten Wenzel, Frankfurt
17. Febr. 2010	Frauen in Gießener Vereinen im 19. Jahrhundert	Dr. Ludwig Brake, Gießen
03. Mrz. 2010	„Gießen ist ein holdes Nest“ - Fundstücke aus Robert Sommers Wanderbuch	Dr. Ulrike Enke, Wettenberg

2. OHG-Exkursionen 2009/10

H = Halbtog, G = Ganztog, T = Tage

Erstmals Museumsbesuche im Winter (H, PKW)

Organisiert von Karin Bautz M.A. und Prof. Dr. Siemer Oppermann

20. Nov. 2009	Homberg/Ohm: Museum im Alten Brauhaus
19. Febr. 2010	Laubach: Ofenmuseum der Firma Alban

Sommer-Exkursionen

24. April 2010 (G)	Essen Ruhr Museum: Sonderausstellung „Das große Spiel. Archäologie und Politik zur Zeit des Kolonialismus“,	Karin Bautz, Kooperation mit JLU-Institut für Archäologie, Prof. Dr. Anja Klöckner <i>Ausgefallen wegen zu geringer Anmeldungen</i>
4. Juli 2010 (G, per PKW)	Bad Arolsen: Alter Friedhof, Christian-Daniel-Rauch-Museum und Geburtshaus	Dagmar Klein M.A., Dr. Brigitte Cornelius, Freundeskreis Alter Friedhof
21. Aug. 2010 (G, per Bus)	Erfurt: Auf den Spuren jüdischer Geschichte	Günter Kern
30. Okt. 2010 (G, per Bus)	Mannheim: Reiss-Engelhorn-Museum - Landesausstellung „Die Stauer und Italien. Innovationsregionen im mittelalterlichen Europa“	Karin Bautz M.A., Dr. Carsten Lind

3. Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft

Seit der Mitgliederversammlung 2003 wird die langjährige Mitgliedschaft mit einer Urkunde gewürdigt. Am 11. Mai 2010 waren 16 Personen für 25 Jahre Mitgliedschaft zu ehren:

Telse Bahlo, Dr. Heinrich Brinkmann, Joachim Drescher, Trude Immel, Josef Hollas, Michael Janitzki, Eva Gießler, Thomas Euler, Gernot Jakobi (alle Gießen), Horst Becker, Gertrud Becker, Walter Appenheimer, Hans Kirstein, Rosemarie Rauhut (alle Buseck), Dr. Klaus Schmitt-Plank (Linden), Friedel Rinn (Wetzlar-Münchholzhäusen).

4. Publikationen

In den vergangenen zwei Vereinsjahren (2009, 2010) hat der OHG folgende Publikationen finanziell unterstützt:

Sarah Hartwig: Wegweiser - Gießen zur Zeit des Nationalsozialismus. Ein Geschichtsheft für Kinder, Jugendliche und andere Neugierige, erschienen in der Reihe Kinderhefte zur Geschichte Gießens und Umgebung, herausgegeben von Rita Rohrbach, Gießen 2009

Karl Dienst: Gießen - Oberhessen - Hessen. Beiträge zur evangelischen Kirchengeschichte, Sonderband der Quellen und Studien zur hessischen Kirchengeschichte, herausgegeben von der Hessischen Kirchengeschichtlichen Vereinigung, Darmstadt und Kassel 2010

Hanno Müller und Friedrich Damrath: Juden in Steinbach, 2. verbesserte Auflage, Fernwald-Steinbach 2010

V. PRESSEBERICHTERSTATTUNG

Über die OHG-Vorträge im Winterhalbjahr 2009/10

Der Deutsche Orden in Marburg

Historikerin Ursula Braasch-Schwersmann erinnert an Wirken der Ordensbrüder
Die Historikerin Prof. Ursula Braasch-Schwersmann nahm die Besucher der Vortragsreihe des Oberhessischen Geschichtsvereins am Mittwochabend im Netanya-Saal mit auf eine spannende Zeitreise vom Mittelalter bis heute. Sie sprach über den Deutschen Orden und die Elisabethkirche in Marburg. Das gotische Gotteshaus wurde vom Deutschen Orden nach der Heiligsprechung Elisabeths von Thüringen, 1235, über deren Grablege erbaut. Auch führte der Orden das von Elisabeth gegründete Hospital weiter. Der Deutsche Orden ist ein Ritterorden aus der Zeit der Kreuzzüge.

Die Ausstattung der Kirche war erlesen, ein Dokument führt 800 Einzelstücke von unschätzbarem Wert an. In der Zeit der Reformation gingen die konfessionellen Auseinandersetzungen mit umwälzenden Veränderungen einher. Im Zuge der Säkularisation geistlicher Einrichtungen hoffte Philipp der Großmütige von Hessen auf die Selbstaflösung des Deutschen Ordens. Auch drang der Landesherr in die Elisabethkirche ein und ließ gewaltsam die Gebeine und Reliquien entfernen. Später musste er allerdings die Gebeine zurückgeben. Viele Ordensbrüder wechselten die Konfession; in der Marburger Niederlassung waren drei Konfessionen zugelassen: lutherisch, calvinistisch und katholisch.

Die Aufnahme in den Deutschen Orden war ein gesellschaftliches Ereignis von hohem Rang, wusste Braasch-Schwersmann zu berichten. Die Amtstracht unterlag im Laufe der Zeit einem Wandel: Das geistliche Gewand wich der

weltlichen Robe. Von einer besonderen Begebenheit berichtete die Expertin ebenfalls. So wurde 1662 der Leichnam des Deutschordensritters Adolph Eitel von Nordeck zur Rabenau vom Schiffenberg nach Marburg überführt. Obwohl er katholisch war, wurde er nach lutherischem Brauch beigesetzt. Eine vier Meter lange Zeichnung vom Leichzug ist erhalten, wobei jede abgebildete Person identifiziert ist.

Unter Landgraf Moritz fand 1605 der Bildersturm auf die Elisabethkirche statt. Doch sagte die Historikerin, dass die Verwüstungen weniger radikal ausfielen als in anderen hessischen Kirchen. Auch im Siebenjährigen Krieg (1756 bis 1763) erlitt die Kirche schwere Schäden. 1809 wurde der Deutsche Orden in Marburg aufgelöst. Die Ordensgebäude wurden vom Marburger Ökonom Hoffmann aufgekauft, der sie dann gewinnbringend an die Universität weiterverkaufte. Von 1811 bis 1827 an wurde die Elisabethkirche von zwei Konfessionen gleichzeitig genutzt.

Anlässlich des 600. Todestages von Elisabeth, 1931, wurde die Kirche von Hubert Lütcke restauriert. Er verfolgte ein anderes Konzept als Lange 100 Jahre zuvor: Lütcke sah das Raumgefüge als eigenes Kunstwerk, frei von jeder Zweckgebundenheit und ebenfalls nicht als historisches Baudenkmal. Am Altar ließ er einen Barlach-Christus anbringen. Im Zweiten Weltkrieg blieb die Kirche unbeschädigt. Aufgrund des im 19. Jahrhundert erwachten historischen und kunstgeschichtlichen Bewusstseins ist die Elisabethkirche heute nicht nur Gottes-

haus, sondern auch Kulturdenkmal und Touristenattraktion.

Seit 2006/2007 finden Grabungen rund um die Kirche statt. Der Außenbereich wird umgestaltet: Dies entflammete bereits heftige Debatten. Auch das Elisabethjubiläum 2007 zeigte, dass das Interesse an der historischen Persönlichkeit

und der Kirche ungebrochen ist. Die Elisabethkirche gehört heute zur kurhessischen-waldeckischen Landeskirche.

Ursula Braasch-Schwersmann ist akademische Direktorin des Landesamtes für geschichtliche Landeskunde.

Tanja Löchel (tjl); erschienen am 30. Oktober 2009 im Gießener Anzeiger

Deutscher Orden in Marburg Die Mitgliedschaft war „ein heiliges Band“

Vortrag von Prof. Ursula Braasch-Schwersmann

Die Geschichte der Ballei Marburg des Deutschen Ordens und die der Elisabethkirche sind untrennbar miteinander verbunden. Dies war nur eine der vielen Einsichten, die am Mittwochabend im Netanyasaal des Alten Schlosses den zahlreichen Besuchern des ersten Vortrags des Oberhessischen Geschichtsvereins im Winterhalbjahr vermittelt wurden. Vorsitzender Dr. Michael Breitbach hatte das um zwei Vorträge gekürzte neue Programm und die Referentin Prof. Ursula Braasch-Schwersmann, Leiterin des hessischen Landesamtes für geschichtliche Landeskunde Marburg, vorgestellt. Die Referentin begann ihre Ausführungen zum Thema „Marburg und der Deutsche Orden von Philipp dem Großmütigen bis heute“ mit dem Mittelalter und dem Tod der heiligen Elisabeth 1231 und erinnerte daran, dass der Deutsche Orden Bauherr der Elisabethkirche war. Diese wurde nicht nur schon in den ersten Jahren als Wallfahrtskirche genutzt, sondern auch als Grablege des hessischen Landgrafenhauses und als Konventskirche des Ordens.

Nicht zuletzt der Ruf der Heiligen füllte dem Orden die Schatzkammer, so weist eine Inventarliste von 1477 fast 800 Kunstwerke aus, meist Sakralgegenstände und Messgewänder. Zwei Glocken aus der frühen Neuzeit rufen bis heute die Gläubigen zum Gottesdienst.

Veränderungen brachte erst die Reformationszeit, wobei Landgraf Philipp seit 1526 vergeblich versuchte, den Deut-

schen Orden in Marburg aufzulösen. Doch der Orden wehrte sich erfolgreich gegen die Säkularisation, die dann erst 1809 unter Napoleon erfolgte. Trotz des Konfessionswechsels vieler Brüder brachte die Reformation keine Veränderung des Ordenslebens, wobei sich die Versorgungspraxis adeliger Familien konsolidierend auswirkte.

Für die Brüder bedeutete die Mitgliedschaft „ein heiliges Band“, auch wenn Einkleidungsfestlichkeiten woanders stattfanden. Zusammenkünfte fanden fast nur zu besonderen Anlässen statt, aber als Beisetzungstätte von Ballei-Herren blieb Marburg beliebt. Dies belegt ein Gemälde vom Trauerzug des Ordenskomturs Adolph Eitel von Norddeck zu Rabenau 1687.

Die Referentin wusste ihre Ausführungen mit opulentem Bildmaterial zu illustrieren. Intensiv widmete sie sich der Geschichte der Elisabethkirche. Von den „Bilderstürmern“ der Calvinisten bis zu den jüngsten Jubiläumsfeiern spannte sich der Darstellungsbogen. Über den Misthaufen im benachbarten Wirtschaftshof bis zu Überschwemmungen und Restaurationsversuchen hatte die seit 1809 vom Orden getrennte Kirche einiges zu überstehen. Heute weiß die Stadt ihren einzigartigen Kunstschatz geschickt und erfolgreich zu vermarkten.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 31. November 2009 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Die Kultur der Bandkeramiker

Sabine Schade-Lindig hielt beim Oberhessischen Geschichtsverein einen Vortrag

Einmal mehr erwies sich kürzlich im Netanya-Saal des Alten Schlosses ein Vortragsabend des Oberhessischen Geschichtsvereins mit archäologischem Schwerpunkt als Publikumsmagnet. So konnte Manfred Blechschmidt neben der Referentin Dr. Sabine Schade-Lindig zahlreiche Gäste zum Thema „Jungsteinzeit“ begrüßen. Die Referentin, als Bezirksdenkmalpflegerin beim Landesamt für Denkmalpflege in Wiesbaden tätig und für die Kreise Wetterau, Lahn-Dill und Limburg-Weilburg zuständig, berücksichtigte für ihre Ausführungen auch Grabungen und Funde aus dem Gießener Raum.

Sie stellte zu Beginn klar, dass die Menschen der Steinzeit ganz anders waren, als sie sich die meisten vorstellten. Vor etwa 7500 Jahren zunächst im Gebiet von Euphrat und Tigris nachweisbar, legten sie den Grundstein für alle Kultur, können als „Erfinder des Getreides“ gelten und domestizierten Schaf, Ziege und Rind. In dieser Zeit vollzog sich auch der Übergang des Menschen vom „Jäger und Sammler“ zum sesshaften Ackerbauern - ein Einschnitt, der einer Revolution gleichkam. Benannt nach einem kennzeichnenden Merkmal ihrer Kultur, kamen die Bandkeramiker über Bosporus, Karpaten und Donau bis Europa, das sie kulturell entscheidend prägten.

In ihrem mit modernster Präsentationstechnik gehaltenen und ausgesprochen spannenden Vortrag stellte die Referentin die Langhäuser mit der typischen Blockbauwand im Nordwesten vor, die mit einer Breite von bis zu neun Metern und einer Länge bis zu 50 Metern riesige Dimensionen erreichten, aber nur von einer Familie mit vier bis acht Personen bewohnt wurden. Das hatte natürlich einen immensen Holzbedarf zur Folge, da auch die Haltbarkeit der Häuser auf etwa 40 Jahre beschränkt war.

Unverwechselbar sind auch Grabungsfunde, da die Bandkeramiker ihre Gefäße mit Bändern verzierten, die sich im Laufe der Zeit stilistisch veränderten, so dass Scherben heute nicht nur eine chronologische Einordnung erlauben, sondern auch regionale Zuordnungen ermöglichen. Artefakte aus der Endzeit der Bandkeramiker machen einen fast schon maschinell produzierten Eindruck. Entstanden sind die Muster durch Verwendung mehrzinkiger Kämme. Die für die Kultur typischen Steine wurden in Wannen oder Mulden geschärft und in Holme oder Schäfte eingesetzt. Neben Beilen, Messern und Sichel wurden aber auch Geräte zum Weben und Spinnen genutzt.

Gesiedelt wurde bevorzugt in fruchtbaren Senken, wie etwa auch im dicht besiedelten Gießener Becken, wobei Funde aus Inheiden und Leihgestern vorgestellt wurden. Die Gräberfunde in der dortigen Rathausstraße waren so bedeutend, dass der „Leihgesterner Stil“ jedem ein Begriff ist, der sich mit der Bandkeramik-Erforschung beschäftigt.

Viel verdankt die Archäologie den so genannten Feldbegehern, die - wie etwa der Sammler Becker aus Gießen-Allendorf - mit seinen Funden auf heimischen Äckern wichtige Erkenntnisse ermittelten.

So kann davon ausgegangen werden, dass der heimische Raum bis zur Mörleiner Senke und dem Butzbacher Becken gut organisiert besiedelt war. Hier fand für die Zeit von 5300 bis 5000 ein Zusammenleben ohne Krieg statt. Wichtige Funde dank dem Einsatz modernster Technik bei der Bodenprospektion wurden auch im „Goldenen Grund“ zwischen Bad Camberg und Eppstein möglich.

Die Referentin verwies darauf, dass gerade der technische Fortschritt für die Archäologie noch eine sehr ergiebige

Zukunft verspreche. Der enorme Siegeszug der Bandkeramiker garantiere noch viele Schätze in den heimischen Äckern. Die sollten aber möglichst unberührt bleiben, so dass zumindest archäologische

Notgrabungen im Falle von Baumaßnahmen möglich sind.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 14. November 2009 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

400 Siedlungsjahre ohne Krieg und Kämpfe Denkmalpflegerin Sabine Schade-Lindig beleuchtet Rolle der Bandkeramiker im Gießener Raum

In die faszinierende Welt der Menschen der Jungsteinzeit entführte Dr. Sabine Schade-Lindig vom Landesamt für Denkmalpflege die Vortragsbesucher im Netanya-Saal am Mittwochabend. Die Archäologin berichtete lebendig über „Jungsteinzeitliche Besiedlung im Gießener Raum“, bezog sich aber auch auf Befunde außerhalb Gießens. Anhand der vielen Bilder wurden die Ausführungen anschaulich und für jedermann verständlich erklärt. Veranstalter war der Oberhessische Geschichtsverein.

Im abgedunkelten Saal reisten alle 7500 Jahre zurück. Am Anfang der Epoche der Jungsteinzeit wurden die Jäger und Sammler von den ersten Ackerbauern und Viehhaltern verdrängt. Bandkeramische Kultur (5400 bis 4900 v. Chr.) ist eine Bezeichnung für diese bäuerliche Kultur. Funde von Keramikscherben, die mit eingeritzten Bändern verziert waren, gaben dieser Epoche den Namen. Schade-Lindig zeigte zahlreiche Abbildungen von Gefäßen und den Verzierungen: Im Laufe der Zeit wurden die Muster auf den Töpfen komplizierter, auch waren die Muster mit Farbpasten gefüllt.

Die Bandkeramiker bauten Getreide an (Emmer und Einkorn), kannten Linsen und Erbsen als Gartenfrüchte, hielten

Rinder, Schafe und Ziegen und verarbeiteten das Getreide zu Mehl - und das „gleich auf Anhieb“. Schade-Lindig bezeichnete dies als revolutionär. Interessant waren die Bilder von Ur-Schafen, den Mufflons, die keine Wolle hatten. Trotzdem kannten die Menschen Spindeln und Webgewichte.

Eine Karte von Gießen und Umgebung mit eingetragenen Fundstellen zeigt, dass die Bandkeramiker sich im Gießener Becken, einer Löss-Senke, angesiedelt haben. Die Grenzen der Besiedlung waren die Gebirge Taunus, Vogelsberg und Westerwald. Löss-Gegenden sind die typischen Siedlungsgebiete. Funde in Leihgestern gaben einem in Fachkreisen weltweit berühmtem Keramik Stil den Namen: Keramischer Stil Leihgestern.

Die Menschen der Jungsteinzeit, so die Referentin, siedelten 400 Jahre lang ohne Krieg und Kämpfe, hatten keine Subventionen, aber schon Plagen wie den Kornkäfer und Missernten. Es sei beachtlich, wie die Aufsiedlung organisiert gewesen ist, lobte Schade-Lindig die Bandkeramiker. Erst gegen Ende der Epoche scheint es Kämpfe gegeben zu haben. Sie wies abschließend daraufhin, dass es noch viel zu erforschen gibt.

Tanja Löchel (tlj); erschienen am 13. November 2009 im Gießener Anzeiger

Ältere erinnern sich noch an Wettläufe mit Straßenbahn Stadtarchivar: Über Anfänge des Personenverkehrs in Gießen

100 Jahre Gießener Straßenbahn: Anlass in den vergangenen Wochen für Jubiläumsveranstaltungen und Bildberichte in den Tageszeitungen. Am Mittwochabend kam ein weiterer Vortrag im Netanya-Saal des Alten Schlosses hinzu: Stadtarchivar Dr. Ludwig Brake referierte beim Oberhessischen Geschichtsverein Gießen unter dem Titel „Bemerkungen zu den Anfängen des öffentlichen Personenverkehrs in Gießen“.

„Ein Vortrag, der uns Freude machen wird“ stellte Prof. Erwin Knauß, Ehrenvorsitzender des Geschichtsvereins, zur Begrüßung fest. „Die alte Elektrische, manche wünschen sie sich ja heute noch zurück“, sei letztendlich nur 44 Jahre alt geworden (1909 bis 1953). Und er hatte aus jenen Jahren gleich eine Anekdote parat: In seiner Jugendclique gab es ein besonderes sportliches Ereignis: den Wettlauf mit der Straßenbahn, Start an der Volkshalle über Kaiserallee und Alicenstraße bis hin zum Bahnhof. „Manchmal, wenn wir Glück hatten, haben wir gewonnen“.

Brake brachte seine Zuhörer zum Schmunzeln, als er einräumte, lieber über das 19. Jahrhundert zu referieren. Da laufe er nicht Gefahr, dass jemand im Publikum besser informiert sei. Doch das Stadtarchiv, seit jüngstem im Kulturrathaus angesiedelt, ist reich bestückt und ermöglicht es den Wissenschaftlern, detailliert aus der Vergangenheit zu berichten:

So auch aus jener Phase, als die Gießener meinten, die Mietsdroschken reichen für die Beförderung durch die Stadt und zum Bahnhof nicht mehr aus. Die erste Idee zur Gründung einer „Droschkenanstalt“ kam 1850 von den großherzoglich-hessischen Behörden.

Doch diese ersten Bemühungen verliefen rasch im Sand. Damals hatte Gießen schon Anschluss an die Bahn in Richtung Norden, der Bahnhof lag aber weit außerhalb des kleinen Stadtzentrums. 1862 ein weiterer Vorstoß. Die Stadt Gießen und der damalige Bürgermeister beschäftigten sich erst in den 70er Jahren mit dem Thema.

1894 schließlich wurde die erste Pferdeomnibuslinie eröffnet, eine Fahrt kostet 10 Pfennige. Bald war das nicht mehr zeitgemäß: Die PS wurden durch elektrischen Strom sichergestellt. Eine Zeit der enormen Fortentwicklung in Gießen, stellte Brake heraus: Bau des E-Werks und der Kläranlage, Installation der Wasserleitungen und auch auf dem kulturellen Sektor wurde durch den Bau des Stadttheaters ein enormer Fortschritt erzielt.

Die reguläre Aufnahme des Verkehrs der zweiachsigen Triebwagen fand am 20. November 1909 statt, berichtet Brake. Wichtigstes Ziel: Den Bahnhof mit der Stadt und vor allem den nördlichen und östlichen Vierteln verbinden. Der Anfang vom Ende kam in der verheerenden Bombennacht im Dezember 1944: Auch die Elektrische wurde schwer beschädigt und später nur notdürftig repariert. Dies führte letztendlich dazu, dass die Straßenbahn 1953 durch die moderneren Oberleitungsbusse ersetzt wurde.

Brake verwies noch auf sein aktuelles Buch „Stadtverkehr in Gießen“, das er zusammen mit Dietrich Augstein und Dieter Eckert verfasst hatte. Ein lebhaftes Frage und Antwortspiel setzt nach dem Vortrag ein, bei dem viele Zuhörer auch eigene Erlebnisse zum Besten gaben.

Ulla Hahn-Grimm (uhg), erschienen am 27. November 2009 im Gießener Anzeiger

Ein entscheidender Schritt der Entwicklung

Stadtarchivar Ludwig Brake sprach beim Oberhessischen Geschichtsverein über die Anfänge des Personennahverkehrs

Die Freude, seinen Freund und Nachfolger in der Leitung des Stadtarchivs, Dr. Ludwig Brake, als Referenten des Vortrags über die Anfänge des öffentlichen Personennahverkehrs in Gießen vorstellen zu können, war Prof. Erwin Knauß am Mittwochabend im Netanya-Saal des Alten Schlosses deutlich anzumerken. Hinzu kam, dass eine große Zahl von Besuchern der Einladung des Oberhessischen Geschichtsvereins gefolgt war. Knauß machte mit einer Kindheitserinnerung über den „Wettlauf mit der Elektrischen“ dem Auditorium so richtig Appetit auf die Ausführungen Brakes.

Der Referent erinnerte daran, dass fast auf den Tag genau vor 100 Jahren, am 20. November 1909, die erste öffentliche Straßenbahn über die Gleise der Stadt ratterte. Er verwies darauf, dass die erste Anregung zum öffentlichen Personennahverkehr als Idee der großherzoglich-hessischen Verwaltung bereits 1850 eingebracht wurde, als Gießen bereits über einen Bahnanschluss nach Norden verfügte. Zu diesem Zeitpunkt hielt der Bürgermeister dies aber nicht für nötig. Anders der Stadtrat und einige Bürger, die bereits am 20. August 1850 im „Wochenblatt“ um Unterstützung warben. Da sich nur neun Personen meldeten und keine Einigung erfolgte, ruhte das Projekt bis 1862, als eine Initiative der Kreisverwaltung darauf verwies, dass kaum eine Stadt der Größenordnung Gießens noch ohne öffentlichen Personennahverkehr sei. Die Klagen über derbe Droschkenkutscher und holprige Straßen mehrten sich.

Eine Neuordnung gab es erst in den 1890er Jahren. Der Bahnhof auf dem Seltersberg hatte längst ein festes Gebäude, der Bedarf nach einem leistungsfähigen innerstädtischen Verkehrsmittel wuchs. Am 20. Dezember 1893 brachte der Bezirksverein Nordost eine Eingabe

an den Stadtrat mit der Forderung nach einer regelmäßigen Omnibuseinrichtung ein. Als förderliche Entscheidungshilfe erwies sich das Beispiel Marburgs, das darin Gießen bereits voraus war. Diesmal meldeten sich auf das Angebot, für das Projekt zu zeichnen, 35 Bürger, darunter Prominente wie Gail, Heichelheim und nicht zuletzt der Betreiber der Bahnhofsr Restauration, Jean Kirch.

Im Sommer 1894 war ein Aufsichtsrat gebildet, die Stadtverordnetenversammlung stimmte zu. Unter den Genossenschaftlern waren 27 Prozent Handwerker und 23 Prozent Händler und Kaufleute. Die Stadt zeichnete zehn Anteile für 100 Mark. Eröffnet wurde die erste Pferde-Omnibus-Bahn am 1. August 1894 mit drei Linien, Der Fahrpreis betrug 10 Pfennig, Ende 1895 standen neun Wagen und 18 Pferde zur Verfügung. Nie erreicht wurde, wie Brake hervorhob, die Gewinnzone.

Der grundlegende Wandel in der Stadt zwischen 1870 und 1910 mit reger Bautätigkeit und Steigerung der Einwohnerzahl auf 30 000 im Jahr 1906 ließ eine Modernisierung des innerstädtischen Verkehrsangebotes dringlich erforderlich erscheinen. Am 29. März 1906 wurde auf einer Bürgerversammlung der Bau einer „Elektrischen“ gefordert. Der Straßenverlauf der „Pferdeisenbahn“ wurde übernommen, zwölf Wagen der Hannoverischen Waggonfabrik mit 16 Sitz- und 20 Stehplätzen wurden angeschafft.

Das Datum der ersten Fahrt 1909 markiert nach Ansicht des Referenten nicht nur einen vollständigen Neuanfang, sondern auch einen entscheidenden Schritt in der Weiterentwicklung Gießens. 1941 führte Gießen als erste Stadt des Volksstaates Hessen den Oberlinien-Busverkehr ein.

Abschließend skizzierte der Referent die Weiterentwicklung bis in die Gegen-

wart, unterstützt von aussagestarkem Bildmaterial, etwa die letzte Fahrt der Straßenbahn am 3. April 1953 über die Einführung der deutlich flexibleren Kraftomnibusse bis hin zur modernen umweltfreundlichen Busflotte der

Gegenwart, betrieben mit Erdgas. Eine interessante Gesprächsrunde schloss sich an.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 27. November 2009 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Eisenwäschen an Kleebach und Lahn

Seit 1843 Bergbau in Gießen - Wilsonstraße nach schottischem Experten benannt

Viele Sammelstücke, Bildmaterial und Publikationen hatte der Geograf und ehemalige Lehrer Dr. Philipp Bockenheimer als Anschauungsmaterial für seinen Vortrag „Bergbau in Gießen? - Gießener Braunsteinwerke 1843 bis 1976“ mitgebracht. Die Veranstaltung im Netanya-Saal setzte die Vortragsreihe des Oberhessischen Geschichtsvereins fort. Die Besucher hatten am Ende die Gelegenheit, sich die unterschiedlichen Erz-Konkretionen (Gesteinsausscheidungen) aus dem Bergwerk, Original-Grubenlampen, Fotos, eine Uniform und weitere Gegenstände rund um den Bergbau anzuschauen.

Der Bergbau begann in Gießen in der Lindener Mark 1843. Die ersten Aktivitäten fanden am Oberhof („Bergwerkswald“) statt. Oberhof und Unterhof waren reine Bergbausiedlungen. Vor allem Manganerz wurde abgebaut, aber auch Brauneisenstein, so Bockenheimer. Der „Braunstein“ wurde für die Erzeugung von Chlorkalk benötigt, der für das Bleichen von Textilien verwandt wurde. Zuerst wurde am Kleebach, dann an der Lahn Eisenwäschen eingerichtet.

In den Anfängen wurde das Fertigerz noch auf der Lahn verschifft. 1852 wurde es dann auf der neuen Main-Weser-Bahn transportiert, ab 1863 ging der Weg über die Bahnstrecke Gießen-Niederlahnstein.

1849 hatte das Bergwerk 800 Beschäftigte und gehörte damit zu den größeren Unternehmen seiner Art in Deutschland, so Bockenheimer. 1856 wurde fast 30mal so viel erzeugt wie in allen anderen Gruben des Großherzogtums Hessen.

Der Referent sprach auch über die Industrialisierung im 19. Jahrhundert. England lag zunächst weit vorn. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts produzierte die Schwerindustrie Eisenerz, in der zweiten Hälfte Stahl. Zur Stahlproduktion benötigte man manganhaltige Erze, wie sie in der Linderer Mark abgebaut wurden. 1853 erwarb der Engländer Ebenezer Waugh Fernie, ein erfahrener Industrieller, die hiesige Grube. Er holte den schottischen Experten Peter Wilson, nach dem die Gießener Wilsonstraße benannt ist.

Im Laufe der Zeit wurden auch im Bergbau vermehrt modernere Methoden eingesetzt. Gab es am Anfang Grubenpferde und Pferdewagen, so wurden sie von elektrischen Fahrrädern, E-Lokomotiven und anderen Fahrzeugen abgelöst. 1976 wurde das Bergwerk stillgelegt, da es keine relevanten Vorkommen mehr gab.

Tanja Löchel (tl); erschienen am 11. Dezember 2009 im Gießener Anzeiger

Erztransport mit der Bahn

Vortrag des Oberhessischen Geschichtsvereins über den Gießener Bergbau

Auch das Thema „Bergbau“ hat bei der Klientel des Oberhessischen Geschichtsvereins viele Freunde, wie sich am Mittwoch beim Vortragsabend im Netanya-Saal des Alten Schlosses zeigte. Manfred

Blechschmidt konnte sich über eine große Besucherzahl freuen, als er mit Dr. Philipp Bockenheimer den Referenten zum Thema „Bergbau in Gießen - Gießener Braunsteinwerke 1843-1976“ begrüßte.

Dr. Bockenheimer, der in Gießen und Linden als Lehrer tätig war und Geograf ist, hatte neben aufschlussreichem Bildmaterial auch typische Bergmannsgegenstände mitgebracht. Er erinnerte daran, dass die Bergwerksgeschichte von 1843 bis 1976 in Gießen durch den Abbau von Braunstein und Manganstein erst möglich wurde.

Der Abbau des teils in der Lindener und Leihgesterner Mark liegenden Rohstoffes begann am Oberhof. Dieser und der Unterhof waren reine Bergbausiedlungen. Der Referent ordnete die Gießener Vorgänge in den Kontext der industriellen Revolution im 19. Jh. ein und hob hervor, dass die Industrie zunächst Eisenerz, dann Stahl erzeugte. Die lokale geologische Situation war durch zahlreiche Kalkvorkommen geprägt und wies viele Störungen auf, die den Abbau erschwerten. Das für die Herstellung von Chlorkalk wichtige Braunsteinlager hatte Justus von Liebig untersucht und als bedeutender als das Ilmenauer eingestuft.

Im chronologischen Überblick weist das Jahr 1849 bereits 800 Beschäftigte aus, 1855 wurde die Erzwäsche an der Heuchelheimer Brücke eingerichtet. 1856 kaufte Ebenezer Waugh Fernie aus Leicester die Grube und setzte den Schotten Peter Wilson als Betriebsleiter ein, der erfahrene Bergleute aus dem Lahn-Dill-Raum anwarb. Mit ihnen kam Obersteiger

Christoph Appel, von dem auch, wie bei Fernie und Wilson, Sohn und Enkel in entsprechender Funktion in Gießen tätig blieben. 1863 war der Transport des Erzes mit der Bahn von Gießen nach Niederlahnstein möglich, da sich der Schiffstransport als wenig rentabel erwiesen hatte. 1879 wurden 121 000 Tonnen produziert, nachdem es 1856 noch 7000 Tonnen waren. In Europa verzehnfachte sich die Stahlerzeugung von 1880 bis 1910. Bilder von der Anlage, von Grubenpferden und Loren bis zu den ab 1896 eingesetzten Dampfloks und den modernen Löffelbaggern kurz vor Ende des Abbaus machten die Entwicklung deutlich. Samuel Pascoe zog auf Fernies Wunsch hin nach Gießen und wurde von 1857 bis 1897 Bergwerksdirektor. Er prägte die Geschichte des Braunsteinbergbaus erheblich.

Insgesamt wurden sieben Millionen Tonnen Erz gefördert, 1915 war das Bergbaugbiet aufgrund seiner Ausdehnung laut Aussage des Referenten weltbekannt. 1916 kaufte Friedrich Krupp das Bergwerk, bis 1976 wurde weiter abgebaut, dann endete Gießens Bergbaugeschichte. Im ehemaligen Maschinenhaus betrieb Pfarrer Scriba mit seiner Frau von 1949 bis 1959 ein Jugendheim.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 12. Dezember 2009 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Archäologie ohne Spaten

Vortrag über moderne archäologische Methoden

„Unser Blick in den Boden ist ungewöhnlich, um nicht zu sagen gewöhnungsbedürftig“, sagte Norbert Buthmann und zeigte Bilder, die diesen Blick dokumentierten. Rechteckige und runde Strukturen in einer Umgebung aus grauen Flecken waren zu erkennen und mit den Erklärungen des Archäologen erschlossen sich den Zuschauern Grundrisse von römischen Villen, mittelalterlichen Wachtürmen und verfallenen Kirchen.

Der Oberhessische Geschichtsverein hatte zu einem Vortrag geladen. „Archäologie ohne Spaten - Geophysikalische Prospektion zwischen Dünsberg und Vogelsberg“ hieß das Thema. Nach der Begrüßung durch den zweiten Vereinsvorsitzenden Manfred Blechschmidt, der bereits bei verschiedenen Untersuchungen mit Buthmann zusammengearbeitet hat, erläuterte der Forscher verschiedene Prospektionsmethoden.

Die Geomagnetik nutzt das Magnetfeld der Erde zur Bodenuntersuchung. Da die Magnetwellen durch unterirdische Objekte abgelenkt und beeinflusst werden, können aus den erhobenen Daten am Computer Lagekarten der Funde erstellt werden. Die Geoelektrik nutzt den elektrischen Widerstand der im Boden befindlichen Materialien und erlaubt ebenfalls eine Kartenzeichnung am Computer. Mit dem Bodenradar ließe sich sogar ein „Schattenbild“ des Untergrunds schaffen, da mit dem Radar auch die Lagetiefe des Fundstücks exakt ermittelbar ist. Die Firma Posselt und Zickgraf in Marburg, bei der Buthmann arbeitet, verwendet alle drei Methoden, da Feuchtigkeit, geologische Strukturen und Bodenbeschaffenheit die drei Vorgehensweisen unterschiedlich stark beeinträchtigen können.

Gemeinsam sei den drei Methoden, dass die zu untersuchende Fläche komplett abgegangen wird, wobei die Messgeräte den Untergrund kartieren. Die Auswertung und die Vereinigung der Messwerte zu lesbaren Karten erfolge am Computer. Neben der Möglichkeit, in kurzer Zeit große Flächen zu untersuchen, haben die Methoden den Vorteil, dass keiner der Funde beschädigt oder gar zerstört wird bei der Aufzeichnung, was bei Grabungen unvermeidlich sei.

„Die Grundidee ist, wie bei der Spatenarchäologie, die Suche nach Kontra-

sten“, so Buthmann. Die Methoden erlaubten die Auffindung und die weitgehend zerstörungsfreie Untersuchung von Fundstellen. Als Belege für die Vorteile der modernen Methoden stellte der Archäologe Beispiele aus dem Gießener Raum vor, bei denen mit den Prospektionsmethoden erstaunliche Ergebnisse erzielt wurden.

Bei der Untersuchung der Befestigungsanlagen am Dünsberg sei man auf ein keltisches Zangentor gestoßen, so Buthmann. Die Suche nach Resten des fehlenden Seitenschiffs der Basilika auf dem Schiffenberg sei zwar gescheitert, gleichwohl habe man mit dem Bodenradar Reste der vorkirchlichen Bebauung entdecken können. In Grünberg sei es gelungen, dem Stadtmaueransatz am Diebsturm zu folgen und Hinweise auf den Verlauf der früheren Stadtmauer zu finden. Die größte Sensation sei die Entdeckung des Römerkastells Alteburg in der Nähe des Klosters Arnburg gewesen, so Buthmann. Dort habe ein Zusammenspiel der drei Methoden erst zum gewünschten Erfolg geführt.

Mittels der modernen Prospektionsmethoden sei die Gefahr aufwändiger Fehlgrabungen nicht mehr gegeben. Damit ermöglichten die Methoden Forschung im großen Ziel ohne Zerstörungen.

Klaus J. Frahm (kjj); erschienen am 16. Januar 2010 im Gießener Anzeiger

Eine Erfolgsmeldung kam vom Schiffenberg Norburt Buthmann sprach beim Oberhessischen Geschichtsverein über geophysikalische Prospektion

Trotz des unfreundlichen Winterwetters konnte Manfred Blechschmidt am Mittwochabend im Netanya-Saal des Alten Schlosses zahlreiche Besucher zu einem Vortrag des Oberhessischen Geschichtsvereins mit dem Referenten Norbert Buthmann begrüßen. Buthmann berichtete über den Einsatz bodenschonender Verfahren unter dem Thema „Archäologie ohne Spaten - Geophysikalische Pros-

pektion zwischen Dünsberg und Vogelsberg“. Er stellte zunächst klar, dass die Methoden Geomagnetik, Geoelektrik und Bodenradar keinen Ersatz für Grabungen darstellen, sondern diese ergänzen sollten.

Bei der geomagnetischen Prospektion bildet sich über der Oberfläche das Magnetfeld des Untergrunds ab. „Anomalien“ werden durch Störkörper hervorgerufen. Dabei unterstrich Buthmann, dass Geo-

physik und Grabung dadurch nach dem gleichen Prinzip arbeiten, dass sie Veränderungen suchen. Die Geoelektrik arbeite ähnlich der Geomagnetik, indem sie Strukturen im Untergrund aufzeige. Mit dem Georadar sind, wie der Referent erwähnte, im Unterschied zu den anderen Methoden auch dreidimensionale Bilder möglich. Für die Archäologie sei in der Regel die Tiefe des Eindringens von ein bis zwei Metern ausreichend. Am Beispiel einer römischen Villa bei Salzburg konnte das Publikum erkennen, dass die Methode des Bodenradars im Ergebnis Profile lieferte, als ob man den Boden durchschnitten hätte.

An ausgewählten Beispielen aus dem heimischen Raum demonstrierte der Referent eindrucksvoll die beeindruckenden Resultate der geophysikalischen Prospektion. So etwa am Beispiel der Wallanlagen am Tor IV der bis auf die Urnenfelderzeit zurückgehenden Besiedlung am Dünsberg oder der 1995 untersuchten Grabgärten im Krofdorfer Forst, die vorher irrtümlich als Schanzanlagen aus der Zeit des Siebenjährigen Krieges eingestuft worden waren. Der Nachweis kleinerer Gebäudestrukturen unter der Basilika auf dem Schiffenberg bei einer Prospektion 2006 wurde, wie Manfred Blechschmidt verkünden konnte, zum Anlass einer Grabung, die mit dem Nachweis eines Grubenhauses aus keltischer Zeit zum vollen Erfolg wurde.

Eine winzige Messfläche südlich des Grünberger Diebsturmes erbrachte zwar kaum Hinweise auf Stadtmauerreste, dafür aber die Reste einer modernen Garagenanlage. Die geoelektrische Prospektion der Wüstungskirche von Baumkirchen, einer Wüstung im Laubacher Wald, wies nicht nur den exakten Standort der Kirche, sondern den weiteren Gebäude nach.

Den Abschluss bildeten tiefe Einblicke in das Weltkulturerbe Limes, zum einen im Bereich des Wartturms 4-48 bei Grüningen, wo römisches Baumaterial zum Bau von Warttürmen der frühen Neuzeit genutzt wurde. Zum anderen Ergebnisse der geomagnetischen und geoelektrischen Prospektion der römischen Lager und des Steinkastells bei Arnsburg - Alteburg, Hofgüll. Hier erbrachte die Kombination der Methoden glasklare Linien der bildlichen Darstellung.

Untersucht wurden 2002 und zwischen 2006 und 2009 mit geophysikalischen Methoden 20 Hektar, zahlreiche Gebäudeumrisse wurden nachgewiesen, und der Straßenverlauf wurde auf 500 Metern sichergestellt. Buthmann riet abschließend, vor den Beginn von dann möglichen gezielten Grabungen die geophysikalische Prospektion zu stellen. Eindrucksvoll wurde dies bestätigt durch die Erfolgsmeldung vom Schiffenberg.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 16. Jan. 2010 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Vorbildliche Hygiene ist nur Legende

Archäologe Carsten Wenzel spricht als Gast des Oberhessischen Geschichtsverein über Leben in römischem Kastelldorf

„Schon die Römer kannten Bauvorschriften“, erläuterte der Archäologe Dr. Carsten Wenzel den geschichtsinteressierten Besuchern im Netanya-Saal am Mittwochabend. Wenzel leitete die Grabungen der Frankfurter Universität in Groß-Gerau, wo auf dem Arealstück „Auf Esch“ ein römisches Kastell und daran angeschlossen eine zivile Siedlung

(Vicus) existierte. Die Veranstaltung setzte die Vortragsreihe des Oberhessischen Geschichtsvereins fort.

In seinem durch zahlreiches Bildmaterial sehr anschaulich gestalteten Vortrag „Gemüsebeet und Federvieh - Buntes Leben in den Hinterhöfen der Streifenhäuser eines römischen Kastellendorfs“ entwarf Wenzel ein Lebensbild der

Siedlung. Dabei bediente er sich einer neueren ganzheitlichen wissenschaftlichen Methode, die die Naturwissenschaften (Archäobotanik und Archäozoologie) einbezieht.

In der im 1. Jahrhundert n. Chr. gegründeten Siedlung wurden auf jeden Fall Schweine gezüchtet, auch Hunde, Schafe und Ziegen waren vorhanden. Bemerkenswert sei auch, dass es einen Zuchtstier gab. Dies wurde anhand eines Knochenfundes herausgefunden. Man konnte rekonstruieren, dass Getreide, Walderdbeeren, Tollkirschen und andere Früchte vorhanden waren, aber auch Ruderalpflanzen („Unkraut“) wie Disteln, die an den Häusern wuchsen.

Die Häuser des Vicus waren lang und schmal, daher der Begriff „Streifenhäuser“, und zur Straße hin ausgerichtet. Es wurde geplant gebaut, berichtete der Fachmann. Auch muss es so etwas wie ein Grundbuch gegeben haben.

Gemeinsam genutzte Hauswände, wie bei unseren Reihenhäusern, waren ebenfalls vorhanden. Hier gab es Regeln, wie mit diesen Hauswänden umzugehen war. Anhand der Brunnen in den Häusern, räumte Wenzel mit dem Bild der hygienischen und ordentlichen Verhältnisse zur Römerzeit auf. Die Menschen warfen Abfälle in die Brunnen, war er voll, wurde ein anderer ausgehoben. Die Latrinen benutzen die Menschen erst als Vorrats-

grube, dann als Latrine. Das einzig öffentliche Gebäude sei das Bad gewesen; hiervon wurde noch ein Stück Fensterglas und Ziegel gefunden.

Um 115/120 wurde das römische Kastell geräumt. Die Siedlung wurde aber weiterhin genutzt. Wer genau dort gelebt hat, konnte Wenzel nicht sagen. Er nahm aber an, dass romanisierte Kelten, Romanen und Germanen dort angesiedelt gewesen seien, später dann Germanen, Alemannen.

Ein interessanter Exkurs erhellte, dass das römische Militär für Kelten eine Möglichkeit der Assimilierung bot. Dies kann man unter anderem an Namensänderungen bei Eintritt in die Armee nachvollziehen. Neben Handwerk (Töpferei, Metallverarbeitung, Beinschitzerei, Gerberei, Textilverarbeitung) gab es Handel, wie Austern-, Koriander- und Feigenfunde beweisen. Für die Siedlung spielte es eine große Rolle, dass sie von einem alten Neckarbett umschlossen war.

Der Fluss soll zwar flach gewesen sein, aber hat noch als Transportweg funktioniert. Abschließend sagte der Experte, Groß-Gerau und die Limesregion war damals für den antiken Menschen das Ende der Welt. Für das Kastell Arnsburg wünschte sich Wenzel eine ähnliche Aufarbeitung.

Tanja Löchel (tjl); erschienen am 29. Januar 2010 im Gießener Anzeiger

Auf einer hochwasserfreien Sanddüne

Dr. Carsten Wenzel sprach beim Oberhessischen Geschichtsverein über ein römisches Kastell

Das frostige Winterwetter sorgte dafür, dass Manfred Blechschmidt für den Oberhessischen Geschichtsverein deutlich weniger Besucher am Mittwochabend im Netanya-Saal des Alten Schlosses zum Vortrag begrüßen konnte, als sonst zu archäologischen Themen erscheinen. Sein Kommen musste keiner bereuen, denn Referent Dr. Carsten Wenzel (Universität Frankfurt) machte seine Ankündigung wahr und erweckte mit Unterstützung

moderner Medien ein römisches Kastell zum Leben.

Bei der Vorstellung der Grabungen und Befunde aus dem nahe Groß-Gerau in der Flur „Auf Esch“ gelegenen „vicus“ stellte der Referent klar, dass die Lage im hessischen Ried mit seinen Sandböden ganz anders ist als in der Wetterau. Trotzdem könne man davon ausgehen, dass die in Groß-Gerau gewonnenen Erkenntnisse etwa auch auf Arnsburg

übertragbar seien. Errichtet wurde um 75 nach Christus zunächst ein Kastell auf einer hochwasserfreien Sanddüne, an dessen Bau sich unmittelbar der eines Lagerdorfes („vicus“) anschloss. Verkehrsgünstig am damals noch befahrbaren Altneckar und der Straße zwischen der Provinzhauptstadt Mainz und Frankfurt-Nida gelegen, handelte es sich bei einer Fläche von 20 Hektar um eine der größten unüberbauten Siedlungen dieser Zeit in Deutschland.

Gegeben wurde von der Frankfurter Universität 1997 bis 2000 in mehreren Kampagnen. Erste Grabungen des Landesamts für Denkmalpflege fanden 1989 bis 1992 statt. Wenzel hob hervor, dass von der Gesamtfläche gerade zwei Hektar untersucht wurden, was trotzdem „ungewöhnlich viel“ sei. Das unter Vespasian errichtete Holz-Erde-Lager wurde unter Domitian um 90 nach Christus in Stein ausgebaut, geräumt wurde das Lager um 115/120, vermutlich durch Verlegung an den Odenwald-Limes. Die Anlage des Lagerdorfes begann mit dem Ausmessen der Fläche und dem Abstecken von Straßen durch die Armee, auch die Parzellierung für Wohnbauten erfolgte nach bekanntem Schema. Dem entspricht auch die Anlage des Gräberfeldes, das in 98 Prozent der Fälle außerhalb der Siedlungsgrenzen angelegt wurde. In der Frühphase wurden zweimal zwei Parzellen zusammengefasst, die nach ihrer Anlage als Streifenhäuser bezeichneten Wohngebäude waren in der Frühzeit wie bei den Kelten Fachwerkbauten, allerdings nach mediterraner Art zur Straße ausgerichtet. Wenzel legte anhand der Entwicklung des Lagers dar, dass von der

Existenz eines Grundbuchs ausgegangen werden könne.

Der Nachweis vieler holzverschalter Gruben könne sowohl auf Vorratslager als auch auf Latrinen hinweisen. Schlimm muss es nach unseren Vorstellungen um die Hygiene bestellt gewesen sein, denn Hausmüll und Nahrungsreste wie Tierknochen wurden im Brunnen entsorgt, die besonders fetten Fische aus den Abwassergräben gern verzehrt. Keineswegs sei die römische Kultur „eine Welt voller WCs mit Wasserspülungen“ gewesen. Vom Vorhandensein einer mediterranen Badekultur zeuge die Existenz eines Bades. Hier wurde 30 Jahre nach Räumung des Bades privat gebaut, wobei auch dies klar geregelt war und die These vom Grundbuch bestätigt.

Nach dem Ende der römischen Siedlung um 260/70 herrschten 30 Jahre Ruhe, danach siedelten Germanen, wohl Alemannen (etwa 310 bis 350). So entstand auch hier eine Mischbevölkerung römischer, keltischer und germanischer Menschen wie im gesamten Nordwesten des Reiches.

Faszinierend auch die Ergebnisse, die von den seit Grabungsbeginn mit einbezogenen Archäozoologen und -botanikern, deren Arbeit „weit mehr als nur Knochen zählen“ bedeutete. Am Ende der Ausführungen entstand tatsächlich ein aufschlussreiches Bild der Menschen dieser Zeit. Diese hatten durchaus Probleme wie wir heute auch, wie die Geschichte vom Fluchtäfelchen eines geprellten Liebhabers, der an seiner Ex-Geliebten Priscilla kein gutes Haar lässt, beweist.

Hans-Wolfgang Steffek (hm); erschienen am 30. Jan. 2010 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Dokument tiefer Freundschaft

Im Geschichtsverein sprach Ulrike Enke über Robert Sommers Wanderbuch

Mit einem Vortrag von Dr. Ulrike Enke schloss der Oberhessische Geschichtsverein am Mittwochabend im Netanya-Saal des Alten Schlosses die Vortragsreihe

des Winterhalbjahres 2009/10 ab. Für den Vorstand begrüßte Dr. Eva-Marie Felschow die Besucher und die vielen bereits von früheren Vorträgen bekannte

Referentin Dr. Ulrike Enke. Sie teilte dem Publikum mit, dass sich Enke derzeit an der benachbarten Universität Marburg mit der Auswertung des Nachlasses von Nobelpreisträger Emil von Behring befasst. Für diesen Abend habe sie das Wanderbuch des Gießener Psychiatrieprofessors Robert Sommer ausgewertet und werde es in einer Power-Point-Präsentation vorstellen. Die Abbildung zeigt eine Wandergruppe aus dem Buch, das im Universitätsarchiv aufbewahrt wird.

Enke verwies zunächst darauf, dass der 1864 geborene Sommer von 1896 bis 1934 den Lehrstuhl für Psychiatrie an der Justus-Liebig-Universität innehatte und zudem von 1911 bis 1922 Mitglied des Stadtparlaments war. Er habe nicht zuletzt durch die Initiative für das Liebig-Museum die Stadtgeschichte mitgestaltet, während seine für das Militär gedachte Erfindung der Wasserschuhe eher ins Reich der Kuriositäten gehöre. Sommer habe als „herzensgut“ gegolten, habe viel auf sein Äußeres gehalten und sei von seinen Studenten als väterlicher Freund und guter Kamerad geschätzt worden.

Sein kleines, in gemustertem Stoff gefasstes Wanderbuch belege Aktivitäten vom 1. Januar 1909 bis zum 26. Juli 1919 und dokumentiere mit zahlreichen Dingen wie Teilnehmerlisten, Postkarten, Informationen über Proviant, Getränke, Einkehrstätten oder Fahrplänen Freizeitaktivitäten der hiesigen Professorenschaft in der Zeit vor und während des Ersten Weltkriegs. Nicht zuletzt aber sei dieses Wanderbuch ein Dokument tiefer Freundschaft der Mitglieder des Wanderbundes.

Enke hob zudem hervor, dass den Frauen eine bedeutende Rolle zukam: Sie könnten als Initiatoren dieser Gemeinschaft gelten und seien bei den Aktivitäten meist in der Überzahl gewesen. Unter den Mitgliedern befanden sich nicht nur Mediziner mit ihren Frauen, sondern auch Vertreter verschiedener anderer Fachrichtungen. Da viele der Professo-

renfrauen von weit her stammten, konnte über die Gemeinschaft beim Wandern auch eine gewisse Integration erreicht werden. Das Wanderbuch biete mit seiner Materialfülle eine reizvolle Quelle für verschiedene historische Fachrichtungen wie etwa Wissenschafts-, Lokal-, Zeit-, Alters-, Erinnerungs- oder Medizinhistoriker, aber auch für Literaturwissenschaftler oder Freunde zeitgenössischen Fotomaterials.

Die Wanderungen selbst führten meist zu Zielen in der näheren Umgebung, wobei Sommer eine besondere Liebe zum Limes gezeigt habe, die sich an dem von ihm bei Grünungen gesetzten Limesstein heute noch dokumentiere. Wanderungen führten auch zum Schiffenberg, wo Sommer im „Läuszipfel“ eine Waldhütte hatte, nach Ehringshausen und Greifenstein, zur Dianaburg, in die Rabenau oder nach Friedberg und zur Saalburg.

Größere Fahrten wurden zur Wartburg und zum Rennsteig, in den Frankfurter Zoo oder ins Waldecker Land unternommen. Der Weltkrieg brachte gerade den Medizinern der Gemeinschaft unendlich viel Arbeit, führte aber trotzdem nicht zur Einstellung der Aktivitäten. Nach Luthers Lied „Ein feste Burg“ verfasste Sommer sogar patriotische Lyrik nach dem Motto „Frisch auf zu kühnen Taten“.

Gelegenheitslyrik ist im Wanderbuch recht oft vertreten, nicht zuletzt beim Blick vom Gleiberg auf das „holde Nest Gießen“, wie überhaupt der Stil der Aufzeichnungen mal ausgelassen-heiter, mal wehmütig-heimatverbunden ist. Auf jeden Fall sei Sommer zu Recht als der „poetische Psychiater“ eingestuft worden, der die Erkenntnisse seiner „Psychohygiene“ auch bei den Eigenaktivitäten berücksichtigt habe. Mehr als 170 Treffen in zehn Jahren zeigten, dass der Wanderbund vor allem auch ein fester Freundschafsbund gewesen sei.

Zweifellos dokumentiere, wie Enke ihre Ausführungen schloss, das „album amicorum“ oder „liber memorialis“, dass Sommers Wanderklub als im Entstehen begriffenes soziales Netzwerk verstanden werden könne, das gleichzeitig der Identitätsstiftung diene. Ein nicht nur unter

lokalhistorischen Aspekten besonders gelungener, oft vergnüglicher Schlusspunkt der lohnenden Vortragsreihe.

Hans-Wolfgang Steffek (hw); erschienen am 6. März 2010 in der Gießener Allgemeinen Zeitung

Freizeitverhalten der Gießener Professorenschaft um 1910 Robert Sommers aufschlussreiches Wanderbund-Buch

Das Wanderbund-Buch aus dem Nachlass des Gießener Psychiatrieprofessors Robert Sommer (1864 bis 1937) war das Thema des letzten Saison-Vortrags des Oberhessischen Geschichtsverein im Netanya-Saal. Das kleinformatige Heft (12 mal 16 Zentimeter) hat 72 Doppelseiten. Eingetragen wurden darin von 1909 bis 1919 Wanderziele, das Datum, Ausflugsteilnehmer, Wegstrecken, Zwischenstationen, Rast- und Einkehrstätten, auch der jeweilige Proviant und die Getränke. Darüber hinaus enthält das Büchlein Gedichte und Lieder, eingeklebte Schwarzweißfotos von den Wanderern und Postkarten.

Die Medizinhistorikerin Dr. Ulrike Enke von der Uni Marburg (ehemals JLU Gießen) hat das Buch erforscht und die Ergebnisse anschaulich durch Bildmaterial vorgestellt. Ihr munterer Vortrag beinhaltet Alltägliches, Literaturwissenschaftliches sowie Zeit-, Lokal- und Wissenschaftsgeschichtliches.

Das Dokument gibt Einblicke in das Freizeitverhalten der Gießener Professorenschaft. Der Wanderbund war ein privater Kreis, dem Sommer und seine Frau angehörten. Die Mitglieder waren überwiegend Professoren der Gießener Universität und deren Frauen. Die meisten von ihnen waren Zugezogene. Die Ausflugsziele sind fast identisch mit denen der Gegenwart: Schiffenberg, Wetzlar (hier unter anderem zum Lottehaus), Münzenberg, Lich, Badenburg.

Man sei damals schon sehr mobil gewesen, merkte Ulrike Enke an. Die Strecken, teilweise benutzten die Ausflügler auch die Bahn, konnten - außer den Fernzielen - alle innerhalb eines Tages bewältigt werden. Meistens wurden das Wandern und die Bewegung an frischer Luft (laut Eintragungen waren das Schneeballwerfen Rodeln, Freiübungen, Skiwanderungen) mit Kultur wie Vorträgen und Besichtigungen verbunden. Der Dermatologe Albert Jesionek, ebenfalls Wanderbund-Mitglied, beschrieb in seinen Publikationen die heilende Wirkung der Sonne und der Bewegung im Freien.

Während des Ersten Weltkriegs gingen die Aktivitäten weiter, allerdings nicht mehr so oft. Robert Sommer dichtete einen Tag nach Beginn des Krieges ein patriotisches Lied (zu singen nach Luthers „Eine feste Burg“), das im Dokument erhalten ist. Ein Gleiberg-Lied Sommers ist auch erhalten. Das „Wanderbuch“-Lied stammt auch aus der Feder Robert Sommers. Es enthält die Zeile „Gießen ist ein holdes Nest“, die dem Vortrag den Titel gab. Abschließend sagte Ulrike Enke, das Buch sei ein „Erinnerungsmittel“, das die Gruppe der Zugereisten identitätstiftend festigte und die Mitglieder über Jahre hin verbunden habe.

Tanja Löchel (tlj); erschienen am 6. März 2010 im Gießener Anzeiger

Der OHG dankt dem
- **Gießener Anzeiger**
www.giessener-anzeiger.de

und der
- **Gießener Allgemeinen Zeitung**
www.giessener-allgemeine.de

für die Möglichkeit der Onlinepublikation.

VI. Autorinnen und Autoren dieses Bandes:

Dr. Ludwig Brake, Stadtarchiv Gießen, Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Prof. Dr. Karl Dienst, Pfungstädter Straße 78, 64297 Darmstadt-Eberstadt

Susanne Gerschläuer M.A., Gießener Straße 69, 35460 Staufenberg,
Susanne.Gerschlaue@tagebergen.de

Michael Gottwald, Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Abteilung
Archäologie und Paläontologie, Schloss Biebrich/Ostflügel, 65302 Wiesbaden
gottwald-michael@web.de

Volker Hess, Gießener Straße 69, 35460 Staufenberg, v@tagebergen.de

Kurt Heyne, Rodtgärten 12, 35396 Gießen

Dagmar Klein M.A., Talstraße 10, 35435 Wettenberg, dkl35435@web.de

Chris Nees, Söderweg 23, 61231 Bad Nauheim

Dr. Gabriele Rasbach, c/o Römisch-Germanische Kommission (RGK)
Frankfurt am Main, Palmengartenstraße 10-12, 60325 Frankfurt am Main

Dr. Matthias Recke, c/o Professur für Klassische Archäologie an der Justus-
Liebig-Universität, Otto-Behaghel-Straße 10 D, 35394 Gießen,
Matthias.Recke@archaeologie.uni-giessen.de

Christoph Röder, Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Abteilung Archäologie
und Paläontologie, Schloss Biebrich/Ostflügel, 65302 Wiesbaden
chr.roeder@gmx.net

Rolf Schmidt, Loignystraße 42, 28211 Bremen

Dr. Konrad Schneider, Herzbergweg 9, 65760 Eschborn

Lothar Schüler, Heinrich-Cloos-Stiftung zu Gießen, Sonnenstraße 1, 35390
Gießen

Prof. Dr. Ingfried Stahl, Seestraße 7, 36304 Alsfeld, Ingfried.Stahl@web.de

Dieter Steil, Jenaer Straße 13, 35396 Gießen

Prof. Dr. Hans-Joachim Weimann, Friedlandstraße 5, 35444 Biebental

An alten Jahrgängen der „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ sind noch vorhanden und können über die Geschäftsstelle im Stadtarchiv, Postfach 11 08 20, 35353 Gießen, bezogen werden:

Nr. 40/1955	2,50 €
Nr. 41/1956	2,50 €
Nr. 43/1959	2,50 €
Nr. 44/1960 Festschrift Prof. Dr. Rauch	2,50 €
Nr. 46/1962	2,50 €
Nr. 47/1963	2,50 €
Nr. 48/1964	2,50 €
Nr. 49/50/1965	2,50 €
Nr. 51/1966	2,50 €
Nr. 52/1967	2,50 €
Nr. 53/54/1969	2,50 €
Nr. 55/1970	2,50 €
Nr. 56/1971	2,50 €
Nr. 57/1972	2,50 €
Nr. 60/1975	2,50 €
Nr. 62/1977 Festschrift Dr. Herbert Krüger	2,50 €
Nr. 63/1978 Festschrift 100 Jahre OHG	2,50 €
Nr. 65/1980	2,50 €
Nr. 66/1981	2,50 €
Nr. 67/1982	2,50 €
Nr. 76/1991	2,50 €
Nr. 79/1994	2,50 €
Nr. 80/1995	2,50 €
Nr. 81/1996	2,50 €
Nr. 82/1997	2,50 €
Nr. 83/1998	2,50 €
Nr. 84/1999	2,50 €
Nr. 85/2000	2,50 €
Nr. 86/2001	10,30 €
Nr. 87/2002	14,00 €
Nr. 88/2003	9,30 €
Nr. 89/2004	14,50 €
Nr. 90/2005	14,00 €
Nr. B1 Beiheft „Amerika-Haus“	10,00 €
Nr. 91/2006	14,50 €
Nr. 92/2007	14,50 €
Nr. 93/2008	14,50 €
Nr. 94/2009	14,50 €
Nr. 95/2010	14,50 €

Ältere Jahresbände werden öfter für wissenschaftliche Institutionen gesucht. Der Verein bittet seine Mitglieder um Abgabe von „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“ Nr. 1-79.

OBERHESSISCHER GESCHICHTSVEREIN

Mitgliedsbeitrag: 15 € jährlich für Einzelmitglieder
20 € für Familienmitgliedschaft

Konten: Sparkasse Gießen
BLZ 513 500 25, Kto. Nr. 200 508 512
Volksbank Gießen
BLZ 513 900 00, Kto. Nr. 457 701

Die Mitgliedschaft berechtigt:

1. Zum Bezug der jährlich erscheinenden „Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins“. Die persönliche Abholung im Stadtarchiv ist erwünscht. Die spätere Zustellung ist mit Portokosten verbunden.
2. Zum freien Eintritt zu allen Vorträgen und bevorzugter Teilnahme an den Exkursionen des Oberhessischen Geschichtsvereins.

Für Form und Inhalt der Aufsätze in den „Mitteilungen“ sind die Verfasserinnen und Verfasser verantwortlich. Manuskripte werden in folgender Form erbeten: unformatierte Texte als Word-Datei auf CD (oder Diskette) abgespeichert und ein Ausdruck. Sofern Abbildungen vorgesehen sind, bitte diese nummerieren und die entsprechende Stelle im Text markieren. Die Abbildungen möglichst gescannt (300 dpi) und auf CD.

Anschrift: Oberhessischer Geschichtsverein Gießen e.V.
Geschäftsstelle im Stadtarchiv
Postfach 11 08 20, 35353 Gießen
www.ohg-giessen.de

Besuchsadresse: Geschäftsstelle im Stadtarchiv
Berliner Platz 1, 35390 Gießen
Telefon: 0641/3061540, Fax: 0641/3061545
eMail: stadtarchiv@giessen.de

Redaktion: Manfred Blechschmidt, Michael Breitbach,
Eva-Marie Felschow, Susanne Gerschlauser
und Dagmar Klein

Der Schriftentausch wird von der Universitäts-Bibliothek Gießen, Otto-Behaghel-Straße 8, durchgeführt.

